AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.)

History is unwritten

Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft

Ein Lesebuch

edition assemblage

Publikation und Dokumentation zur gleichnamigen Tagung vom 6.-8. Dezember 2013 in Berlin.

Gefördert von der Humboldt-Universitäts-Gesellschaft (HUG) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)

AutorInnenkollektiv Loukanikos (Hg.): History is unwritten
Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft. Ein Lesebuch.

1. Auflage 2015
ISBN 978-3-942885-77-5
© edition assemblage
Postfach 27 46
D-48014 Münster
info@edition-assemblage.de | www.edition-assemblage.de

Mitglied der Kooperation *book:fair*

Umschlag: Paula Bulling und Martin Wecke
Lektorat: AK Loukanikos, Tim Bessel und Hildegard Fuhrmann
Satz: edition assemblage, Münster
Druck: CPI Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany 2015

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der HerausgeberInnen 6

AK Loukanikos
Vorschau. Neue Wortmeldungen zur linken Sicht auf Geschichte 7

AK Loukanikos
Rückblick. Zur Debatte um das Für und Wider linker Mythen und zu den Produktionsbedingungen einer Konferenz 15

I. Retrospektiven 23

David Mayer
Gute Gründe und doppelte Böden.
Zur Geschichte ‚linker' Geschichtsschreibung 28

Wolfgang Uellenberg-van Dawen
Die deutschen Gewerkschaften im 1. Weltkrieg.
Selbstverständnis und Geschichtsbild 53

Susanne Götze
Der Metaphilosoph Henri Lefebvre.
Linke Krise und Erneuerung in den 1960er Jahren 72

Dominik Nagl
Edward P. Thompson, die Neue Linke und die Krise im britischen Marxismus der 1960er und 1970er Jahre 85

Ralf Hoffrogge
Vorwärts und nicht vergessen? Warum die Linke große Erzählungen braucht und dabei auf die Erfahrungen der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verzichten kann 102

Bernd Hüttner
Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von *Making History* (2003) zu *History is unwritten* (2013) 120

tippel orchestra
Scheitern zum Kommunismus 134

II. Ausgraben und Erinnern 139

Christiane Leidinger und Ingeborg Boxhammer
„*Lesbian-like*“ Geschichte – Vom Wettstreit richtiger Bezeichnungen, Verdächtigungen, Lesbensex und einer Vermisstenanzeige 144

Chris Rotmund
Offenes Gedenken und staatliche Erinnerung.
Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V. 160

Claudia Krieg
Wissenschaft braucht keine Tränen. Ein Vortrag ohne Format 175

Saskia Helbling und Katharina Rhein
Faites votre jeu! Hausbesetzer_innen im ehemaligen Knast.
Geschichte und Gegenwart eines Gefängnisses, das keines mehr ist 189

Friedemann Affolderbach und Uwe Hirschfeld
Zwischen Legitimation und Emanzipation? Geschichtspolitik in der kritischen Bildungsarbeit 202

III. Angreifen und Stören 219

Anton Tantner
Europa bauen als kritische Geschichtswissenschaft?
Zu zwei Büchern von Josep Fontana und Luciano Canfora 224

Antifaschistische Initiative Moabit
Kein Vergessen – Kein Vergeben. Wir greifen ein. Antifaschistisches Gedenken und linke Geschichtspolitik 236

gruppe audioscript
Der Geschwätzigkeit des Stillen Gedenkens widersprechen. Die Auseinandersetzung mit der Shoah und revisionistischer Erinnerungspolitik als politische Intervention in der Gegenwart 242

Dörte Lerp und Susann Lewerenz
Museen hacken, oder: Das „revolutionäre Potential der Partizipation“ 252

Katharina Morawek und Lisa Bolyos
Im Konflikt mit dem Postnazismus. Ein Gespräch über geschichtspolitische Strategien und künstlerische Praxis 268

IV. Im Zweifel für den Zweifel? 281

Renate Hürtgen
Mehr als ein Tabubruch: Linke Geschichte vor einem Neuanfang? 287

Gottfried Oy und Christoph Schneider
Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik 299

Max Lill
Schattenboxen im Spiegelkabinett. Oder: Vom altmodischen Versuch, Geschichte(n) zu schreiben 316

Florian Grams
Lehrstoff aber keine Legenden – Ein Beitrag zum notwendigen Geschichtsverständnis für emanzipatorische Praxis 337

Bündnis „Rosa&Karl“
„Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran“ 348

Cornelia Siebeck
Ein ‚postmodernes‘ Gedächtnis für die bessere Zukunft?
Nachdenken über Möglichkeiten emanzipatorischer Gedächtnispolitik 358

Bini Adamczak
Plädoyer für eine Utopie politischer Amnesie 379

V. Dokumentation 385

Tagungsmappe der Konferenz „History is unwritten“ 386

Autor*innenverzeichnis 395

Vorwort der HerausgeberInnen

Das vorliegende Buch ist die umfangreich erweiterte Dokumentation einer Konferenz, die vom 6. bis 8. Dezember 2013 in Berlin unter dem Titel *History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft – Gestern, Heute und Morgen* stattfand. Dazu kommen Beiträge, die uns geeignet scheinen, das Puzzlebild *History is unwritten* um wichtige Perspektiven zu erweitern.

Die Konferenz versammelte ReferentInnen und TeilnehmerInnen von Universitäten wie auch aus (geschichts-)politischen Initiativen. Organisiert wurde sie von den HerausgeberInnen dieses Bandes, dem *AutorInnenkollektiv (AK) Loukanikos.* Sowohl die Organisation der Konferenz als auch die Herausgabe dieses Sammelbands waren jedoch nicht nur das Werk des *AK.* Möglich wurde beides erst durch die solidarische Mitarbeit von FreundInnen und GenossInnen, die produktive und solidarische Zusammenarbeit mit KollegInnen, die finanzielle Unterstützung durch Institutionen. An dieser Stelle möchten wir ihnen allen herzlich danken: Paula Bulling und Martin Wecke (für die wunderbare Covergestaltung), Tim Bessel und Hildegard Fuhrmann (für das unersetzliche Korrektorat), Bernd Hüttner (für die ausdauernde Begleitung), Wolfgang Uellenberg (für die unkomplizierte Zusammenarbeit) sowie Markus End und vielen weiteren FreundInnen, die unterstützend zur Seite standen. Zu Dank verpflichtet sind wir auch der Rosa-Luxemburg-Stiftung (hier noch einmal besonders Bernd Hüttner), der Humboldt-Universitäts-Gesellschaft, der Gewerkschaft ver.di, dem AStA der Freien Universität Berlin, der ITH (International Conference of Labour and Social History) für finanzielle und logistische Unterstützung und nicht zuletzt den beteiligten AutorInnen und dem Verlag edition assemblage (besonders Willi Bischoff) für die gute Zusammenarbeit und die Umsetzung dieses umfangreichen Projekts.

Das AK Loukanikos freut sich immer über neue Anregungen und ebenso über Kritik, Rückmeldungen und Einladungen jeder Art. Zu erreichen sind wir über https://historyisunwritten.wordpress.com/ und unwrittenhistory@riseup.net.

Das AutorInnenkollektiv Loukanikos, Berlin im Januar 2015.

AK Loukanikos

Vorschau.
Neue Wortmeldungen zur linken Sicht auf Geschichte

History is unwritten

> „Über die Kämpfe, die verloren wurden, und die Menschen, die unterdrückt und getötet wurden, über Geschichte überhaupt ist niemals alles gesagt: History is unwritten."[1]

„History is unwritten" – so lautet der Titel dieses Buches. Was genau wir darunter verstehen, bedarf einer Erläuterung. Denn zunächst einmal ist festzustellen: „History is *written.*"

In den Geschichtsbüchern, in Fernsehsendungen und Filmen, in den Dauerausstellungen von Museen und Gedenkstätten – an all diesen Orten wird Geschichte geschrieben, fixiert und konserviert. Das Resultat ist eine scheinbar widerspruchsfreie Erzählung über die Vergangenheit, die Anspruch auf Vollständigkeit und Allgemeingültigkeit erhebt. Tatsächlich beruht ihre vermeintliche Eindeutigkeit jedoch auf Glättungen und Auslassungen – und aus politischer Perspektive bedeutet das auch: auf dem mehr oder weniger bewussten Ausblenden sozialer Kämpfe, auf dem Vergessen unterdrückter und getöteter Menschen. Geschichtsschreibung ist immer eine Konstruktion, die bestimmte Momente der Vergangenheit betont und hervorhebt, während sie andere in den Hintergrund drängt oder gänzlich verschweigt. Dadurch vermittelt sie den Anschein von Objektivität und Unveränderlichkeit. Tatsächlich sind Repräsentationen von Geschichte – und auch die oft zitierte *Erinnerungskultur* – jedoch Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen: Sie sind umkämpft und umstritten. Das Bild der Vergangenheit ist niemals festgestellt, es verändert sich in Korrespondenz mit den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und es kann durch kritische Interventionen transformiert werden.

Die Losung „History is unwritten" betont diesen potenziell offenen und umkämpften Charakter von Geschichtsschreibung und ist zugleich als Einladung zu verstehen, Geschichte neu und anders zu schreiben und die herrschende Geschichtsschreibung mit eigenen, widerständigen Erzählungen zu konfrontieren.

Doch nicht allein auf der Ebene des Schreibens, des Erzählens, der Darstellung ist Geschichte *ungeschrieben*: Auch in Hinblick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gilt es, sich die Offen-

1 Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/König, Jana/Steffen, Elisabeth/Sträter, Till: Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Westfälisches Dampfboot: Münster 2012, S. 10.

heit historischer Prozesse immer wieder vor Augen zu halten. Daran beständig zu erinnern erscheint heute dringlicher denn je, da der Mythos vom „Ende der Geschichte“ die Denk- und Handlungshorizonte weiterhin in nahezu allen politischen Bereichen zu bestimmen scheint. In dieser Situation bedarf es eines deutlichen Kontrapunktes zu der zynischen Lüge, wir lebten in der „besten aller möglichen Welten“, in einer Gegenwart, deren Zukunft bereits geschrieben stünde.

Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft

Tatsächlich ist die Geschichte keinesfalls an ihrem Ende angelangt, sondern sie wird gemacht, immer wieder aufs Neue. „History is unwritten“ betont hier die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Veränderung, die in jedem historischen Augenblick gegeben ist. Sich der postulierten Abgeschlossenheit der Geschichte zu verweigern bedeutet aber keinesfalls, die realen Macht- und Kräfteverhältnisse zu verleugnen und die Vergangenheit als ein „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ weich zu zeichnen: Politische Kämpfe vollziehen sich innerhalb bestehender gesellschaftlicher Strukturen, welche die Handlungsmöglichkeiten verschiedener AkteurInnen entscheidend beeinflussen.

Indes bergen diese Strukturen immer auch Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne einer besseren Welt. Der Blick zurück ist immer auch verbunden mit einem Blick nach vorn, mit der Suche nach einer noch zu verwirklichenden Utopie:

> „Letztlich ist es die Frage nach einer neuen linken Perspektive, einer Zukunft jenseits von Kapitalismus und ‚Realsozialismus‘, jenseits bisheriger feststehender Wahrheiten; es geht um Denk- und Handlungsangebote für einen Weg dahin. Alles gehört auf den Prüfstand, namentlich die eigene Geschichte.“[2]

Die Suche nach einer neuen linken Perspektive in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung und die Frage, welche Bedeutung linken Mythen hierbei zukommt, war auch Ausgangspunkt einer Debatte über linke Geschichtspolitik, die im Jahr 2013 in der Monatszeitschrift *analyse & kritik – zeitschrift für linke debatte und praxis* (ak) geführt wurde.[3] Diese Debatte bewegte das AK Loukanikos dazu, eine Konferenz zu organisieren, bei der diese Fragen weiter diskutiert werden sollten: Wie kann eine linke Geschichtspolitik und

2 Vgl. den Beitrag von Renate Hürtgen in diesem Band.

3 Diese Debatte wird ebenso wie die erwähnte Konferenz im zweiten Teil unserer Einleitung mit dem Titel „Rückblick. Zur Debatte um das Für und Wider linker Mythen und zu den Produktionsbedingungen einer Konferenz“ ausführlich beleuchtet. Die Beiträge sind als ak-Sonderbeilage erschienen und als PDF abrufbar unter: http://www.akweb.de/themen/sonderbeilage_unwritten.htm.

ein emanzipatorischer Umgang mit der Geschichte heute aussehen? Auf welche historischen Momente kann sich ‚die Linke‘ heute beziehen, in welcher Form sollte dies geschehen, von welcher Motivation sollte dies getrieben sein und in welchem Verhältnis sollte eine linke Erzählung zum vorherrschenden Geschichtsbild stehen?

Der Anspruch der Konferenz bestand darin, eine kritische Sicht auf die Geschichte zu befördern, die sich mit einer Vision von politischer Emanzipation zu verbünden wagt – oder, wie es die Einladung zur Konferenz formulierte,

> „sich den Möglichkeiten und Fallstricken eines Bezugs auf die Vergangenheit [widmet], der sich auch einer besseren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Gegenwart verpflichtet sieht“[4].

Für dieses Anliegen kommt der Verbindung von kritischer Geschichtsanalyse mit den Praxen sozialer Bewegungen in der Gegenwart zentrale Bedeutung zu: Kritische Geschichts*wissenschaft* vermag die Leerstellen hegemonialer Geschichtsschreibung und die Möglichkeiten emanzipatorischer Bemühungen aufzuzeigen – kritische Geschichts*politik* kann diese Erkenntnisse in den öffentlichen Raum und weite Teile der Gesellschaft tragen.[5] Die Formen geschichtspolitischer Interventionen sind dabei vielfältig und reichen von künstlerischen Interventionen und Aktionen politischer Initiativen bis hin zur Arbeit von historisch und kulturwissenschaftlich Forschenden. Die Konferenz, die diesem Buch vorausgegangen ist, verfolgte entsprechend das Anliegen, kritische Wissenschaft und linke Geschichtspolitik zusammen und miteinander ins Gespräch zu bringen.

Dieses Buch ist somit auch eine Dokumentation eben dieses Versuchs – nämlich des Bemühens, die weit verbreitete Arbeitsteilung zwischen Akademie und Aktivismus zu verlassen oder zumindest Auswege aus ihr zu diskutieren. Stattdessen wollten wir ins Gespräch kommen über die Frage, was Geschichte für eine emanzipatorische Politik heute bedeutet und was wissenschaftlich Arbeitende und geschichtspolitische Initiativen voneinander und miteinander lernen können.[6]

4 Aus dem Programm der Tagung, siehe http://historyisunwritten.files.wordpress.com/2013/10/programm_history-is-unwritten_6-8-dezember_berlin.pdf.

5 Vgl. AK Loukanikos: Kritische Geschichtspolitik, in: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Opratko, Benjamin/Thimmel, Stefan (Hrsg.): ABC der Alternativen 2.0. Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft, Hamburg 2012, S. 150f.

6 Das hat nur halb geklappt – mehr dazu ebenfalls in *Rückblick* (vgl. Anm. 3).

Ein Lesebuch

Die in diesem Sammelband enthaltenen Beiträge sind eine Dokumentation sowohl der inhaltlichen Fragen und Probleme als auch der konkreten Praxen und ihrer Schwierigkeiten, wie sie sich auf der Konferenz im Dezember 2013 zeigten – sie gehen aber in viele Richtungen darüber hinaus, diskutieren eigene Themen, spinnen eigene rote Fäden.

Wir haben dieses Buch in vier inhaltliche Kapitel unterteilt, die jeweils wissenschaftliche Beiträge und solche von politischen Initiativen vereinen, ergänzt durch Texte, die anderweitig hinzugekommen sind. Die Linie, die die Kapitelanordnung verfolgt, ist die einer Suchbewegung: Nach einer Bestandsaufnahme unter dem Titel *Retrospektiven* folgt die Betrachtung zweier Haupttätigkeiten kritischen Geschichtsbezugs – einerseits das ‚rettende' *Ausgraben und Erinnern*, andererseits die kritische Wendung gegen vorherrschende Geschichtspolitiken – *Angreifen und Stören.* Unter dem Titel *Im Zweifel für den Zweifel?* schließlich sind Beiträge versammelt, die sich grundsätzliche Gedanken über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten kritischer Geschichtsschreibung und linker Geschichtspolitik machen. Alle Kapitel werden von uns kurz eingeleitet, die Beiträge vorgestellt und ihre Anordnung erklärt.

Die Einteilung der Beiträge ist dabei nicht als starre Zuordnung zu verstehen; sie sind allesamt vielschichtig anknüpfungsfähig, einige von ihnen könnten auch in einem anderen Kapitel auftauchen. Wir schlagen deshalb vor, in diesem Buch auch *outside of the chapter box* zu lesen, es als ein *Lesebuch* zu nutzen, das zum Flanieren und Umherschweifen einlädt. Durch die Kapitel ziehen sich verschiedene rote Fäden, die mal unvermittelt beginnen, mal scheinbar in der Luft hängend enden können. Damit setzen wir auf die produktive und auch überraschende Konfrontation der im Band versammelten Thesen und Themen und ihre inhaltliche Kommunikation miteinander. Darüber hinaus spiegelt diese Form aber auch die diverse Beteiligung an der Konferenz und damit einen bestimmten Ausschnitt des deutschsprachigen Feldes kritischer und linker Beschäftigung mit Geschichte, soweit wir es mit der Konferenz erreicht haben und es sich angesprochen fühlte.[7]

7 Die hier versammelten 25 Beiträge zeigen also ein zwangsläufig unvollständiges Bild der deutschsprachigen Diskussion im Feld kritischer Geschichte; sie sind keinesfalls als umfassender Überblick über „linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft" in Deutschland oder sogar darüber hinaus zu verstehen. Ein solcher Überblick müsste einige wichtige Themenfelder und Diskussionen mit einbeziehen, die in diesem Buch aufgrund des beschriebenen Entstehungsprozesses nicht enthalten sind; dies wäre ein sinnvolles Unternehmen, war von uns aber nicht zu leisten. Das AK Loukanikos hat sich in diesem Fall zudem auf die Redaktion und Koordination der Beiträge beschränkt und konnte leider neue eigene Ideen und Analysen kaum einflechten, wie es anfangs durchaus geplant war.

Die Beiträge in diesem Band

Dieses Lesebuch beginnt mit dem Kapitel *Retrospektiven.* Es versammelt Beiträge, die eine kritische und historisierende Reflexion unterschiedlicher Aspekte sowohl von linker Geschichte als auch von linker Geschichtspolitik unternehmen. David Mayer stellt in einem großen Überblick die *Geschichte ‚linker' Geschichtsschreibung* im 20. Jahrhundert vor und untersucht sie aus der Perspektive der Kritik an bestehender Herrschaft und der gleichzeitigen Legitimierung nahestehender politischer AkteurInnen – *Gute Gründe und doppelte Böden.*

Es folgt Wolfgang Uellenbergs Rückblick *Die Deutschen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg. Selbstverständnis und Geschichtsbild*, der sich unter den Vorzeichen „Burgfrieden" und „Sozialpartnerschaft" auch kritisch mit der folgenden geschichtlichen Selbstdarstellung der Gewerkschaften auseinandersetzt. Die beiden anschließenden Beiträge des Kapitels setzen einen wissenschaftlichen Schwerpunkt, indem sie das Wirken und die Wirkung zweier kritischer Theoretiker analysieren, die sich in ihren Ländern mit der Krise der Linken konfrontiert sahen und darauf reagieren mussten.

Im Fokus des Beitrags von Susanne Götze steht dabei der *Metaphilosoph Henri Lefebvre* und die *linke Krise & Erneuerung in den 1960er Jahren* in Frankreich, während Dominik Nagl *Edward P. Thompson, die Neue Linke und die Krise im britischen Marxismus der 1960er und 1970er Jahre* nachzeichnet. Beide AutorInnen nehmen dabei auch das Verhältnis der kritischen Wissenschaft zu politischen Parteien – hier den kommunistischen – und den sozialen Bewegungen dieser Zeit in den Blick. Die Geschichte der sozialen Bewegung steht auch im Mittelpunkt von Ralf Hoffrogges Beitrag *Vorwärts und nicht vergessen? Warum die Linke große Erzählungen braucht und dabei auf die Erfahrungen der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verzichten kann*, der im Anschluss dem Geschichtsbewusstsein und der Geschichtsvergessenheit der westdeutschen Linken seit den 1950er Jahren nachspürt. Das Kapitel endet mit zwei Retrospektiven anderer Art. Bernd Hüttners Rückblick *Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von Making History (2003) zu „History is unwritten" (2013)* untersucht auf mikroskopischer Ebene die Lage kritischer Geschichtsbemühungen in der BRD zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen. Der Text *Scheitern zum Kommunismus* des „tippel orchestra" vereint Auszüge aus dem literarischen und musikalischen Vortrag des Orchesters in einer Montage zur Geschichte linken Scheiterns.[8]

Das zweite Kapitel widmet sich konkreten Momenten widerständiger und kritischer Geschichtspraxis: *Ausgraben und Erinnern* im Angesicht eines herr-

8 Ein Auftritt des tippel orchestra eröffnete die Konferenz History is unwritten im Dezember 2013.

schenden Geschichtsbewusstseins, das die Vergangenheit zur Vorgeschichte dessen degradiert, was heute als Normalität wahrgenommen wird.

Zu Beginn des Kapitels stellen Christiane Leidinger und Ingeborg Boxhammer unter dem Titel *„Lesbian-like" Geschichte – Vom Wettstreit richtiger Bezeichnungen, Verdächtigungen, Lesbensex und einer Vermisstenanzeige* – ihr Online-Portal lesbengeschichte.org vor und beschreiben ihre Bemühungen um die Sichtbarmachung der Geschichte marginalisierter Personen und Identitäten. Es folgt unter dem Titel *Offenes Gedenken und staatliche Erinnerung. Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.* von Chris Rotmund eine Vorstellung der Praxis, der politischen Absichten und der Diskussionen einer geschichtspolitischen Initiative. Das Gedenken an das Konzentrationslager Uckermark – ab 1942 in nächster Nähe zum Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück gelegen – stellt die Perspektive der Überlebenden und die Kontinuitätslinien der Verfolgung auch nach 1945 in den Mittelpunkt der geschichtspolitischen Praxis.

Der anschließende essayistische Beitrag *Wissenschaft braucht keine Tränen. Ein Vortrag ohne Format* von Claudia Krieg richtet den Blick auf die Entwicklung institutionalisierter Gedenkpraxis in der BRD und ihre Haltung gegenüber den Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen.

Es folgt ein weiterer Artikel von geschichtspolitischen Akteurinnen, der sich mit den Verbrechen der deutschen Gesellschaft im Nationalsozialismus an deren konkreten Tatorten beschäftigt. Saskia Helbling und Katharina Rhein beschreiben in *Faites votre jeu! Hausbesetzer_innen im ehemaligen Knast* ihre Beschäftigung mit der komplexen Vergangenheit des ehemaligen Polizeigefängnis Klapperfeld, das im deutschen Kaiserreich, im Nationalsozialismus und in der BRD als Haftstätte diente, mit der *Geschichte und Gegenwart eines Gefängnisses, das keines mehr ist*. Das Kapitel abschließend beschäftigen sich Friedemann Affolderbach und Uwe Hirschfeld unter dem Titel *Zwischen Legitimation und Emanzipation? Geschichtspolitik in der kritischen Bildungsarbeit* mit der Frage, wie die Ergebnisse der Geschichtsarbeit von *Ausgraben und Erinnern* sinnvoll weitervermittelt werden können.

Im dritten Kapitel *Angreifen und Stören* haben wir Beiträge versammelt, die sich nicht (nur) mit dem Bergen verschütteter Vergangenheiten beschäftigen, sondern bei denen die Intervention in vorherrschende Repräsentationen der Geschichte im Mittelpunkt steht. Zu Beginn macht sich Anton Tantner für das zersetzende Potenzial der Kritik an hegemonialen Narrativen stark und diskutiert unter der Überschrift *Europa bauen als kritische Geschichtswissenschaft? Zu zwei Büchern von Josep Fontana und Luciano Canfora* die Strategien, Gefahren und Chancen einer Beteiligung kritischer wissenschaftlicher Ansätze an herrschenden akademischen Diskursen. Die *Antifaschistische Initiative Moabit* reflektiert in ihrem anschließenden Beitrag *Kein Vergessen – Kein Vergeben. Wir greifen ein. Antifaschistisches Gedenken und linke Geschichtspolitik* ihre stärker aktivistisch ausgerichtete geschichtspolitische Praxis, in der sie sich mit der Integration der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in die nationale Selbstdarstellung des ‚Aufarbeitungsweltmeisters' Deutschland konfrontiert sieht – eine Aufarbeitung, die einst gegen die herrschende Geschichtsdarstellung erkämpft werden musste, die nun aber zu einer Legitimation der deutschen Nation herangezogen wird. Die Leitfragen des Kapitels werden im Weiteren diskutiert von der Gruppe *audioscript*, die in dem Interview *Der Geschwätzigkeit des Stillen Gedenkens widersprechen. Die Auseinandersetzung mit der Shoah und revisionistischer Erinnerungspolitik als politische Intervention in der Gegenwart* über ihr Eingreifen in die geschichtspolitischen Debatten und Rituale in Dresden spricht. Auch die Überlegungen von Dörte Lerp und Susann Lewerenz mit dem Titel *Museen hacken, oder: Das „revolutionäre Potential der Partizipation"* reflektieren die Praxis kritischer Interventionen in nationale Diskurse und Repräsentationen. Der Beitrag dokumentiert die konkreten Erfahrungen der kolonialismuskritischen Initiative in der Auseinandersetzung mit dem Deutschen Historischen Museum in Berlin und die Gefahren der Eingemeindung von Interventionen. Im Beitrag *Im Konflikt mit dem Postnazismus. Ein Gespräch über geschichtspolitische Strategien und künstlerische Praxis* reflektieren Lisa Bolyos und Katharina Morawek abschließend die Möglichkeiten von politischen und künstlerischen Interventionen zur Störung des nationalgeschichtlichen Einklangs.

Das vierte und letzte Kapitel des Bandes widmet sich unter dem Titel *Im Zweifel für den Zweifel?* einigen Grundproblemen linker Geschichtsschreibung. Hier erfolgt am deutlichsten ein Anknüpfen an die Kontroversen, die in der oben erwähnten Debatte in *ak* zum Verhältnis von Mythos, Geschichte und der Linken geführt wurden. Die Beiträge in diesem Kapitel untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln das Spannungsverhältnis, in dem sich eine kritische linke Geschichtsschreibung bewegt, namentlich den Ort zwischen dem Anspruch eines differenzierten und (selbst-)reflexiven Umgangs mit dem „Gegenstand" Geschichte und dem emanzipatorischen Anliegen einer besseren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Zukunft – auch unter Rückgriff auf die Vergangenheit. Zur Eröffnung des Kapitels untersucht Renate Hürtgen in ihrem Artikel *Mehr als ein Tabubruch: Linke Geschichte vor einem Neuanfang?* die oben genannte Debatte als zeitgeschichtliches und politisches Phänomen, das nicht nur das Geschichtsbewusstsein, sondern auch grundlegende Identitätsfragen der Linken betrifft. Auch die folgenden Beiträge von Gottfried Oy und Christoph Schneider: *Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik* und von Max Lill: *Schattenboxen im Spiegelkabinett oder: Vom altmodischen Versuch, Geschichte(n) zu schreiben* beziehen sich auf die im Rahmen dieser Debatte geäußerten Annahmen und hinterfragen ihre Referenzpunkte. Bei unterschiedlichen Annahmen und Schwerpunktset-

zungen eint die Autoren die Annahme, dass auch ein linker Geschichtsbezug ganz ohne mythische Formen nicht zu haben ist. Es folgen mit der Relektüre marxistischer Geschichtstheorien und deren historischer Rezeption durch Florian Grams unter dem Titel *Lehrstoff aber keine Legenden – Ein Beitrag zum notwendigen Geschichtsverständnis für emanzipatorische Praxis* Überlegungen auf geschichtstheoretischer Ebene. Das Bündnis *„Rosa&Karl"* widmet sich im Anschluss umso konkreter den Fallstricken und den Möglichkeiten einer dem Zweifel verpflichteten Agenda. Ausgehend von einer linken Kritik an der jährlich in Berlin stattfindenden „Luxemburg-Liebknecht-Demonstration" sucht das Bündnis nach Möglichkeiten eines offenen und kritischen Rahmens für ein linkes Gedenken unter der Losung *„Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran".* Die Infragestellung von fundamental gedachten Wahrheiten steht im Mittelpunkt von Cornelia Siebecks Beitrag *Ein ‚postmodernes' Gedächtnis für die bessere Zukunft? Nachdenken über Möglichkeiten emanzipatorischer Gedächtnispolitik*, in dem sie sich dafür ausspricht, politische Ungewissheit als Strategie zur Öffnung von historischem Sinn zu verwenden, und darüber auch die Zukunft offen zu halten. Der Band *History is unwritten*, ein Buch zu Gründen und Wegen der empathischen und notwendigen Begegnung mit der Vergangenheit, wird abgeschlossen von Bini Adamczaks *Plädoyer für eine Utopie politischer Amnesie* und der dort aufgeworfenen Frage, ob die Perspektive der kritischen Geschichte nicht auch in der Emanzipation der Gesellschaft und damit in der Möglichkeit des befreienden Vergessens liege.

Für das AutorInnenkollektiv Loukanikos schließt mit diesem letzten Absatz die jüngste Etappe eines langen und aufregenden Prozesses von Diskussion, Textproduktion und Kommunikation: der Veröffentlichung von gemeinsamen Gedanken in Artikeln und einem Buch, der Organisation einer Konferenz für öffentlichen Austausch und der darauf folgenden Herausgabe eines Sammelbands und Lesebuchs, das Überlegungen und Diskussionen dieser Konferenz mit vielen anderen zusammenbringt und möglichst vielen Interessierten zugänglich machen soll. Es ging uns bei diesem Prozess, und es geht uns immer noch und weiterhin letztlich um nichts Geringeres als darum, dazu beizutragen, dass Geschichtsbücher immer auch mit der Perspektive auf die Überwindung der Schrecken dieser Welt verfasst werden, mit dem Blick auf kommendes gesellschaftliches Glück; es geht darum, dass Geschichte weiterhin offen und Zukunft möglich, also *History unwritten* bleibt.

Nothing is forgotten and many things should be invented anew.[9]

9 Chto Delat, Short Dialogue about the Present.

AK Loukanikos

Rückblick. Zur Debatte um das Für und Wider linker Mythen und zu den Produktionsbedingungen einer Konferenz

Die Konferenz und ihre Vorgeschichte

Den Ausgangspunkt für dieses Buch bildete eine Konferenz. Diese hatte eine Vorgeschichte[1] und eine Nachgeschichte, der wir uns hier zuwenden wollen. Denn weder die Konferenz noch dieses Buch sollen als aus dem Nichts kommende Produkte beschrieben sein, sondern verständlich werden aus ihren Entstehungsbedingungen, ihrem Kontext und den politischen Absichten derer, die sie organisiert haben. Deshalb an dieser Stelle nun einige Worte dazu, wie man auf die Idee kommt, eine wissenschaftlich-politische Konferenz zu organisieren und zu den Schwierigkeiten, die sich dabei auftun.

Die Vorgeschichte der *History is unwritten*-Konferenz beginnt mit dem Sammelband *Zwischen Ignoranz und Inszenierung*[2], den wir als *AK Loukanikos* im Frühjahr 2012 herausgaben. Er beschäftigte sich mit der Bedeutung von Geschichte und Mythos für identitäre Formierungen in den Gesellschaften gegenwärtiger Nationalstaaten. Form und Inhalt des Bandes waren gleichermaßen Produkt unserer universitären Ausbildung wie unserer politischen Absicht, kritisch auf die bestehende Vorstellung von Nation und Geschichte einzuwirken: Gegen die verbreitete Ansicht, eine Nation *habe ihre Geschichte* so wie sie eben passiert sei, wollten wir historisierende Nadelstiche setzen: die Aufdeckung der geschichtlichen Kontingenz, die zur Gegenwart der Nation führte und die von deren BiografInnen zur Teleologie verklärt wird. Davon ausgehend diskutierten wir Fragen nationalgeschichtlicher Mythen und hegemonialer Geschichtspolitik. Der Abschlussbeitrag des Buchs beschäftigte sich mit den Möglichkeiten linker Gegenstrategien in diesem Feld; eine gekürzte Fassung erschien im März 2012 unter dem Titel „Im Zweifel für den Zweifel" in *analyse & kritik – zeitschrift für linke debatte und praxis* (ak).[3] Daraus entwickelte sich

1 Siehe dazu auch den Beitrag „Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von ‚Making History' (2003) zu ‚History is unwritten' (2013)" von Bernd Hüttner in diesem Band.

2 Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/König, Jana/Steffen, Elisabeth/Sträter, Till: Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Westfälisches Dampfboot: Münster 2012.

3 Im Zweifel für den Zweifel. Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik, ak 570, 3/2012. Die vollständige Fassung kann auf der Seite der

eine überraschende und erfreuliche Debatte über linke Geschichtspolitik und linkes Geschichtsbewusstsein.[4] In der Debatte wurde zum einen diskutiert, wie mit den Mythen des linken Geschichtsbilds umzugehen sei – hier verstanden als verkürzte und mit politischem Sinn und Identifikationsangeboten versehene Erzählungen über geschichtliche Ereignisse, Gruppen oder Personen. Das war zum anderen verbunden mit der Frage, wie eine kritische wissenschaftliche Perspektive auf die Geschichte mit den Erfordernissen politischer Bewegungen der Gegenwart zu vereinbaren ist. Unsere Eröffnungsaussage: „Wir brauchen keine linken Mythen!" traf dabei auf ablehnende, zustimmende und weiter fragende Reaktionen.

So wurde einerseits die Position formuliert, es sei unbedingt zu vermeiden, mit der unkritischen Weitergabe oder Neuerschaffung linker Mythen zwar motivierendes Material für aktuelle linke Bewegungen zu liefern, dadurch im Grunde aber Geschichte genauso zuzurichten wie es zum Beispiel die deutsche Nationalgeschichte tue. Dies traf auf die Entgegnung, dass die Absicht politischer Veränderung nicht auf die mobilisierende, kollektivierende Wirkung mythischer Formen verzichten könne, und dass es darüber hinaus auch gar nicht möglich sei, eine Erzählung ohne jeglichen mythischen Charakter zu entwickeln. Zudem käme weder eine übergreifende, verallgemeinernde Erzählung von (linker) Geschichte noch ein nicht vollständig ‚rationalisiertes' Geschichtsbewusstsein sofort einem Mythos gleich.[5]

Rosa-Luxemburg-Stiftung nachgelesen werden: http://www.rosalux.de/news/38405/im-zweifel-fuer-den-zweifel.html (zuletzt 15. Januar 2015).

4 Siehe AK Loukanikos und Cornelia Siebeck: „Wir brauchen keine linken Mythen" (ak 578), Jens Renner: „Antworten, die neue Fragen aufwerfen" (ak 580), David Begrich: „Erzählung statt Mythos" (ak 581), Renate Hürtgen: „Bisherige Antworten in Zweifel ziehen" (ak 584), wieder AK Loukanikos: „Trotz Stalin, Knopp und alledem" (ak 585) und schließlich Max Lill: „Die Melodie des Dr. Martin Luther King" (ak 586). Im Dezember 2013 erschienen die Beiträge als Broschüre: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013. Sie ist als PDF abrufbar unter: http://www.akweb.de/themen/sonderbeilage_unwritten.htm (zuletzt 15. Januar 2015).

5 Die Debatte fand noch in weiteren Reaktionen eine Fortsetzung – eine davon ist der Beitrag *Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik* von Gottfried Oy und Christoph Schneider, den wir erfreulicherweise in diesen Band mit aufnehmen konnten. Zudem erschien im März 2014 in den *Sozialistischen Positionen* eine Rezension unseres „Zwischen Ignoranz und Inszenierung"-Bands von Gregor Kritidis, die sich auch inhaltlich mit der Frage von Mythos und (linker) Geschichte beschäftigte: http://www.sopos.org/aufsaetze/531ed5162bc8e/1.phtml (zuletzt 2. Dezember 2014).

Eine Konferenz machen: Zu Produktionsbedingungen und Förderlogiken

> „and the people in the houses / all went to the university / where they were put in boxes / and they came out all the same"[6]

Die Lebendigkeit der Debatte brachte uns Ende des Jahres 2012 auf die Idee, diese Themen auf einer Konferenz zu diskutieren, die anfänglich noch als Workshop geplant war. Ihr grundsätzlicher Zweck sollte es sein, geschichtspolitische Initiativen mit universitären Beiträgen zusammenzubringen.[7] Wir wollten zwei sehr getrennte Sphären in Kommunikation und Konfrontation miteinander bringen, und insbesondere die Selbstbezüglichkeit universitärer Wissensproduktion wenn nicht überwinden, dann zumindest zeitweise aufbrechen. Dieses Unterfangen fand statt unter den erschwerten Bedingungen einer globalen Linken auf der Suche nach Orientierung und eines akademischen Betriebs, der die Blindheit ökonomischer Verwertbarkeitsprinzipien und eine restlos verschulte Wissensproduktion zu seiner allgemeinen Geschäftsgrundlage gemacht hat. Weil diese Bedingungen das Kampffeld, das Terrain, den Irrgarten darstellen, in dem wir, die etwas bewegen wollen, uns bewegen, sind sie hier miterzählt. Der momentane Zustand von linker Bewegung und kritischer Wissenschaft – das Fehlen von mitgliederstarken Organisationen oder unabhängigen institutionellen Ressourcen – bringt es mit sich, dass größere Veranstaltungen ohne die berühmt-berüchtigten „Drittmittel" von GeldgeberInnen wie Stiftungen, Parteien oder Gewerkschaften kaum auf die Beine gestellt werden können. Zudem braucht es die Selbstausbeutung der organisatorischen Arbeit ‚nebenbei' durch einige Wenige, die das Event für die Vielen auf die Beine stellen.

Es präsentierte sich gleich zu Beginn ein struktureller Widerspruch in sich: Das unabhängige Nachdenken über den kritischen Umgang mit Geschichte muss unter Berücksichtigung der formalen Anforderungen der potenziellen

6 Malvina Reynolds, „Little Boxes", 1962.

7 Die kritische Diskussion linker Gewissheiten und die Einladung, diese öffentlich auf einer Konferenz zu führen, wurde allerdings auch mit großer Empörung aufgenommen, etwa in der Onlinezeitung trend, nach eigenen Angaben die „älteste deutschsprachige linke Onlinezeitung im World Wide Web", vgl. http://www.trend.infopartisan.net/trd0115/edit0115.html (zuletzt 12. Januar 2015). Dort warf man uns im Dezember 2013 „umherirrlichternde Deutungen" und die Inszenierung einer „Metadebatte" vor und vermutete, dass wir die Konferenz strategisch gegen die jährliche „Luxemburg-Liebknecht"-Demonstration in Berlin positioniert hätten, um „zu einer Spalterdemo" im Januar 2014 zu mobilisieren. Vgl. Müller, Karl: Über die Mühen mit der Theorie, Editorial trend Onlinezeitung, 12/2013, online: http://www.trend.infopartisan.net/trd1213/edit1213.html (zuletzt 12. Januar 2015). Wir verweisen an dieser Stelle auf den Beitrag des „Rosa&Karl"-Bündnisses in diesem Band.

Finanziers organisiert werden. Die eigene Wissenschaftlichkeit muss nachgewiesen, die Produktivität und Nachhaltigkeit der eigenen Gedanken unter Beweis gestellt werden. Im Tausch gegen die Gelder, die unter anderem Raummiete, Verpflegung, Fahrtkosten, Unterbringung und Honorar der Beteiligten aufbringen, ist darzulegen, wie die eigene Veranstaltung in die Agenda und in das Portfolio der geldgebenden Institution passt. Trotzdem beschlich uns bisweilen das Gefühl, in der akademischen Sphäre im weiteren Sinne mehr intellektuelle Freiheiten zugestanden (und gefördert) zu bekommen, als irgendwo anders, wo Geld vorhanden ist; freilich um den Preis einer akademisierten Sprache, die in ihrer Extremform nur noch einem Spezialpublikum zugänglich ist.[8]

Das ist, wie es ist, und es ist nicht gesagt, dass sich unabhängige Diskussionen nicht auch dort entwickeln können, wo Konkurrenz von Stiftungen, Parteien oder wissenschaftlichen Institutionen herrscht. Die Kritik muss sich momentan auf niedrigem Niveau durchschlagen, das entspricht ihrer historischen Situation. Wer es „wissenschaftlich" genug formuliert, darf auch ‚Marx' und ‚Emanzipation' sagen und bleibt doch finanziert; die Revolution darf und soll erforschen, wer nicht zu ihr aufruft. Die Klage über die integrierte und damit ausgelaugte Kritik ist ein alter Hut. Zur Vollständigkeit der Geschichte gehört allerdings: Wir haben uns diesen Hut aufgesetzt, denn als AbsolventInnen staatlich anerkannter Universitäten wurde es uns immerhin möglich gemacht, einen solchen kritischen diskursiven Raum wie den der *History is unwritten*-Konferenz zu eröffnen. Auch die finanziell abhängige Situation kritischer Wissenschaft enthält die Chance zur Präsentation und Diskussion kritischer Gedanken zur (linken) Geschichte und die Möglichkeit, sie zu verstehen und in sie einzugreifen. In dieser Möglichkeit liegt auch die Verantwortung, sie zu nutzen – und die offene Kritik der frustrierenden Situation für AntragstellerInnen muss nicht heißen, die erfolgte Unterstützung nicht zu schätzen zu wissen. Es gehört im Übrigen unserer Ansicht nach zum verantwortungsvollen Umgang mit dieser Situation, die Dokumentation dieser kritischen Gedanken so zu gestalten, dass sie für möglichst viele Menschen zugänglich und relevant ist und nicht in der akademischen Asservatenkammer verschwindet. Das betrifft die Sprache und die Form der Beiträge ebenso wie den Ladenpreis dieses Bandes. Wir haben einige Anstrengungen unternommen, ihn möglichst niedrig zu halten.

Im Rückblick, das wird das weitere Fazit zeigen, erwiesen sich formale Anforderungen als ebenso schwerwiegend wie inhaltliche Vorgaben bzw. diskursive Rahmen. Eine Konferenz, die auch WissenschaftlerInnen versammeln will,

8 Siehe in diesem Zusammenhang auch die Kritik an der während der Konferenz teilweise verwendeten Sprache im Beitrag *Offenes Gedenken und staatliche Erinnerung. Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.* von Chris Rotmund in diesem Band.

muss, so scheint es, sich dem akademischen Betriebsverfahren unterwerfen, um finanziert zu werden. Ein ‚Call for Papers'[9] ist an die akademische ‚Community' zu richten, die Verwaltung der fördernden Gelder ist von einem ordentlichen Universitätsinstitut zu leisten – der Nachwuchs soll sich schon einmal dort tummeln, wo ein Bruchteil von ihm später eine Überarbeitungsstelle finden wird.

Von dieser Erwartung, das ist das selbstkritische Fazit zu den Produktionsbedingungen der Tagung, haben wir uns einfangen lassen. Die Idee, „WissenschaftlerInnen" und „AktivistInnen" – soweit man das in der Tendenz oder den Schwerpunkten der Tätigkeiten so trennen kann – zusammen zu bringen, bekam durch die oben beschriebene Förderlogik und unseren teils naiven Umgang damit eine „wissenschaftliche" Schlagseite. Diese machte sich wohl in der Form der Einladung zur Konferenz, sicherlich aber in der Gestaltung der Konferenz selbst bemerkbar.

Eine weitere Herausforderung neben dem Magnetismus des akademischen Betriebs ergab sich aus dem Umstand, dass das *AK Loukanikos* in Anspruch und Praxis ein kollektives Unterfangen ist. Wir haben uns eine solche kollektive Form gegeben, um der Vereinzelung, die gerade in der Sphäre von Wissensproduktion und theoretisch-forschender Arbeit rund um den Kult des Individuums-als-Genie besteht, zumindest zeitweise zu entkommen und der Vereinzelung etwas entgegenzusetzen. Die gemeinsame Organisation einer Veranstaltung in einer akademischen Sphäre, die Arbeitsteilung sowohl in flacher als auch in äußerst steiler Hierarchie in Perfektion betreibt, stellt in dieser Hinsicht allerdings ganz besondere Herausforderungen. Sie bringt gesellschaftlich produzierte Dynamiken verstärkt ins Spiel, die bestimmte Tätigkeiten und Fähigkeiten bestimmten Personen und ihren Rollen zuschreiben. Während wir das Gefühl hatten, in der Vorbereitungszeit diesen Dynamiken kollektiv mit feenhafter Leichtigkeit die Stirn bieten zu können, mussten wir nach Abschluss der Konferenz feststellen, dass die konventionelle Form der Tagung und die Zwänge ihrer Organisation uns selbst tendenziell in gesellschaftliche Rollen von Männern (in öffentlichem Auftreten) und Frauen (in weniger öffentlich sichtbaren Tätigkeiten) gedrängt hatten – obwohl wir diese Gefahr während der Organisation wahrgenommen und besprochen hatten.

Zur Form der öffentlichen Konferenz gehört auch, dass kaum wahrnehmbar ist, was sich dahinter für eine Arbeits- und Organisationsleistung verbirgt. Uns war nicht klar, was für einen kommunikativen, bürokratischen, planerischen und emotionalen Aufwand eine Konferenz bedeutet, an der letztlich 21 ReferentInnen und Initiativen teilnahmen, die von fünf KooperationspartnerInnen unterstützt wurde und zu der erfreulicherweise doppelt so viele TeilnehmerIn-

9 Siehe unseren „CfP" für die „History is unwritten"-Konferenz auf dem wissenschaftlichen Portal „HSozKult": http://www.hsozkult.de/hfn/event/id/termine-23387 (zuletzt 2. Dezember 2014).

nen wie erwartet erschienen. Diese organisatorische Arbeit wurde von uns (fast) unbezahlt neben unseren ständigen politischen, wissenschaftlichen sowie Erwerbs- und Reproduktionstätigkeiten geleistet.

Das alles soll keineswegs nahe legen, dass sich kritische und kollektive Unternehmungen nur selbstmitleidig über strukturelle Zwänge beschweren können. Die Debatte in *ak*, die Organisierung der Konferenz *History is unwritten*, die auch in diesem Sammelband deutlich werdende Diversität der teilnehmenden Einzelpersonen und Initiativen, die Kommunikation mit AkteurInnen im Feld kritischer Geschichte vor, während und nach der Konferenz – all das hat uns die Relevanz und das Potenzial der hier dargestellten Fragen und Vorhaben angezeigt: Es gibt Möglichkeiten zur kritischen Erforschung von Geschichte und es gibt Möglichkeiten, in die herrschende Geschichtspolitik kritisch einzugreifen. Es gibt zudem eine große Anzahl von wissenschaftlich und politisch Interessierten, denen Geschichte und Zukunft linker Bewegungen und linker Politik am Herzen liegen. Einige davon – weitaus nicht alle – waren bei der Konferenz vertreten, viele treten durch ihre schriftlichen Beiträge in diesem Band miteinander und mit den LeserInnen in Austausch und Diskussion.

Versuch und Scheitern? Themen und Verlauf der Konferenz

Zu den *hard facts* der Konferenz *History is unwritten*: Sie fand vom 6. bis 8. Dezember 2013 in der Bundesverwaltung der Gewerkschaft ver.di in Berlin-Mitte statt, vereinte ein kulturelles Programm, Vorträge, Panels, Workshops und einen kritischen Museumsbesuch im *Deutschen Historischen Museum* (DHM) und hatte über die drei Tage einen Besuch von weit über 200 TeilnehmerInnen.[10] Sie wurde unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), dem AStA der Freien Universität (FU) Berlin, der Humboldt-Universitäts-Gesellschaft (HUG), der Gewerkschaft ver.di und der International Conference of Labour and Social History (ITH). Durch die finanzielle und materielle Unterstützung waren wir in der Lage, allen Beteiligten Fahrtkosten, Unterbringung und ein – zu gering ausfallendes – Honorar zu zahlen.

Die Konferenz wurde eröffnet mit einer Text- und Soundcollage des *tippel orchestra* zu *Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Scheiterns zum Kommunismus*. Nach einer Begrüßung durch das *AK Loukanikos* folgten am nächsten Tag ein Grußwort von Bernd Hüttner (Bremen, Rosa-Luxemburg-Stiftung) und ein Beitrag von Wolfgang Uellenberg (Berlin, ver.di) zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg. Anschließend widmete sich

10 Zum genauen Ablauf und den Inhalten der Konferenz siehe das „Tagungsmäppchen“: https://historyisunwritten.files.wordpress.com/2013/12/tagungsmc3a4ppchen2.pdf (zuletzt 2. Dezember 2014).

der Eröffnungsvortrag von David Mayer (Wien/Amsterdam) dem weiten Feld einer „Geschichte der linken Geschichtsschreibung“.

Das erste Panel der Tagung mit dem Titel „Linke Geschichtsschreibung in der ‘Postmoderne’: Das Ende der großen Erzählungen?“ bestritten Cornelia Siebeck (Berlin) und Florian Grams (Hannover) aus zwei recht unterschiedlichen Perspektiven – einer poststrukturalistischen stand hier eine marxistische Herangehensweise gegenüber. Im zweiten Panel diskutierten Anton Tantner (Wien), Susanne Götze (Paris/Berlin) und Dominik Nagl (Mannheim) unter dem Titel „Zwischen Akademie und Bewegung“ anhand verschiedener Beispiele das Verhältnis von kritischer Wissenschaft zu sozialen Kämpfen und Herrschaftsprojekten.

Es folgte die Workshop-Phase, in der zehn geschichtspolitische Initiativen den Blick auf ein breites Spektrum von geschichtlichen Themensetzungen, strategischen Ansätzen und konkreten Praxen eröffneten.[11] Die Konferenz fand ihren Abschluss mit einer Podiumsdiskussion zur Frage „Eine andere Gegenerzählung? Konturen einer gemeinsamen kritischen Verortung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, die von Bini Adamczak, Ralf Hoffrogge und Renate Hürtgen (alle Berlin) diskutiert wurde. Tags darauf trafen sich gut dreißig Teilnehmende im Deutschen Historischen Museum (DHM) für einen kritischen Rundgang mit der Initiative „Kolonialismus im Kasten?“.

Die große Beteiligung an der Tagung hat auf der einen Seite ein reges Interesse und ein großes Potenzial im Feld kritischer Geschichtspolitik und -wissenschaft deutlich gemacht. Auf der anderen Seite muss rückblickend festgestellt werden, dass Interesse und Potenzial auf der Tagung vielerlei Hindernissen begegneten, die dazu geführt haben, dass ein produktiver Austausch nur bedingt erreicht wurde. Dies lag vor allem an einem Konstruktionsfehler im Programm am Samstag der Konferenz. Das ursprüngliche Vorhaben war es, inhaltlich gewissermaßen vom Allgemeinen ins Besondere aufzusteigen: Nach dem der Eröffnungsvortrag von David Mayer die Geschichte linker Geschichtsschreibung offen gelegt hatte, sollten auf dem ersten der folgenden Panels

11 Vertreten waren unter anderem die Gruppen audioscript und Faites votre jeu!/ Ehemaliges Polizeigefängnis Klapperfeld, die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V., Katharina Morawek und Lisa Bolyos und das Bündnis „Rosa&Karl“; die Antifaschistische Initiative Moabit musste ihre vorgesehene Teilnahme leider absagen. Während diese Initiativen mit einer Verschriftlichung ihres Beitrag oder einem Artikel in diesem Sammelband vertreten sind, konnten wir dieses Anliegen trotz großer Anstrengungen aller Beteiligten für die ebenfalls an der Workshop-Phase teilnehmenden Initiativen und Gruppen berlin postkolonial, Mahngang Täterspuren, das Rroma-Informations-Centrum, TOP B3RLIN und die anwesenden ehemaligen Mitglieder des Netzwerks kanak attak aus den verschiedensten Gründen leider nicht verwirklichen.

zunächst die aktuellen Existenzbedingungen linker Geschichtspolitik und Geschichtsschreibung diskutiert werden. Das folgende Panel hatte zum Ziel, in einem weiteren Schritt der Konkretisierung kritische Geschichtsschreibung im oftmals schwierigen Spannungsfeld zwischen elitären Diskursen und sozialen Bewegungen zu positionieren – daraufhin sollten vor diesem Hintergrund die fünf Workshops, die insgesamt zehn Initiativen präsentierten, konkrete Projekte und geschichtspolitische Interventionen vorstellen und zur Diskussion öffnen. Der Abschlussdiskussion war die Rolle zugedacht, die über den Tag sichtbaren Fäden zusammenzubringen, abschließend zu bewerten und grundsätzliche Überlegungen zu formulieren.

Dieses Vorhaben ist uns nicht gelungen. Wir hatten zu wenig bedacht, bei der inhaltlichen Vorbereitung der Panels auf den besonderen Charakter der Konferenz hinzuweisen und um Brückenschläge zu den folgenden Workshops zu bitten. So blieb der Tag zwiegespalten und was zusammen gebracht werden sollte – ‚Akademie' und ‚Aktivismus' – blieb organisatorisch und inhaltlich zu weit voneinander entfernt. Zudem hatten wir mit einer finanziellen Unterstützung kalkuliert, die nur einen wirklichen Programmtag zuließ, was nun dazu führte, dass die geschichtspolitischen Initiativen ihre Arbeit in den Workshops zeitlich parallel diskutieren mussten. Aus diesem Grund konnten die TeilnehmerInnen aus dem Panorama der konkreten politischen Aktivität jeweils nur einen kleinen Ausschnitt wahrnehmen und die politischen Initiativen hatten über den Tag gesehen eine deutlich geringere Präsenz, als es ihrer Anzahl und Bedeutung entsprochen hätte. Die geplante produktive Gegenüberstellung von wissenschaftlichen und politischen Perspektiven bekam so eine schwere akademische Schlagseite. Letztlich sorgte dieser Konstruktionsfehler dafür, dass auch die geplante konkretisierende Zusammenführung der ‚roten Fäden' in der Abschlussdiskussion keine Gestalt annehmen konnte.

Damit gelangen wir an das Ende dieser kleinen Retrospektive der Konferenz – ein Rückblick, der einige Schieflagen und Einbahnstraßen zu Tage gefördert hat und der auch unser Scheitern an den eigenen Ansprüchen vor Augen führt. Die hieraus resultierende Frustration in ein produktives Unbehagen zu verwandeln, das ein Fundament für neue tastende Schritte bilden kann, war kein einfaches Unterfangen. Nichtsdestotrotz sind wir überzeugt, dass sich die Mühen gelohnt haben und dass kein Weg vorbei führt an einem zweifelnden Zurückblicken und einem fragenden Voranschreiten. Wir hoffen, dass dieses Buch als Resultat kollektiver Bemühungen in dieser Sache ein Ausgangspunkt für viele weitere Schritte und Sprünge in die richtige Richtung sein wird.

I.

Retrospektiven

Retrospektiven

„Wir fangen gerade wieder einmal an, den Anfang des Anfangs des Weges zu suchen, der uns möglicherweise zu unserem Ziel führen kann."[1]

Das folgende Kapitel macht einen Anfang: Es eröffnet das Lesebuch „History is unwritten". Unter dem Titel „Retrospektiven und Ausblicke" sind sieben Texte unterschiedlicher Art und Themensetzung versammelt. Sie vereint der (selbst-) kritische Blick auf das, was die ‚eigene Geschichte' der Linken genannt werden kann: Rückblicke und Schlaglichter auf die Bereiche der Geschichtsschreibung, der Theoriebildung, der sozialen Bewegungen, der praktischen Netzwerkarbeit und der Kunst und Literatur. Die Retrospektiven befragen das Vergangene auch im Hinblick auf seine Bedeutung für Probleme der Gegenwart und werden so gleichzeitig zu politischen Ausblicken. Der kritische Blick in die Geschichte sucht nach Anknüpfungspunkten für einen neuen Anfang für einen neuen Weg.

Dieses Kapitel beginnt mit David Mayers Beitrag *Gute Gründe und doppelte Böden. Zur Geschichte ‚linker' Geschichtsschreibung,* der die Entwicklung linker Historiografie nach 1917 in Europa analysiert. Mayer betont, dass Politik für die Linke stets „in hohem Maße durch das Medium des Historischen vermittelt"[2] worden sei – beginnend bereits bei den frühen ArbeiterInnenbewegungen. Linke Geschichtsschreibung sei seitdem immer auch „eine Erzählung über sich selbst" auf dem „Kampffeld" der Geschichtspolitik. Diese Erzählung, so Mayer, bewege sich dabei zwischen zwei Stilen linker Geschichtsschreibung: einem „sinnlich-schwärmerischen" und einem „logisch-analytischen". Insgesamt ergibt sich über zahlreiche Stationen ein breit aufgespanntes Panorama linker Geschichtsbezüge im 20. Jahrhundert: von der Zäsur von 1917 über die britische marxistische Geschichtsschreibung und die „Krisen und Verschiebungen" ab den späten 1960er Jahren, den Folgen des *linguistic turn* und der Geschichtswerkstätten der 1980er Jahre bis zur Kontroverse zwischen dem italienischen Historiker Carlo Ginzburg und dem zapatistischen Subcomandante Marcos im Jahr 1995.

Die darauf folgenden drei Beiträge vertiefen einzelne Aspekte des von Mayer aufgespannten Panoramas: Wolfgang Uellenberg unterzieht *Die deutschen Gewerkschaften im 1. Weltkrieg. Selbstverständnis und Geschichtsbild* einer kritischen Betrachtung und konzentriert sich dabei vor allem auf deren politische Entscheidungen zu „Burgfrieden statt Klassenkampf" und „Sozialpartnerschaft statt Revolution". Dass im Sommer 1914 der Aufruf zum Generalstreik gegen

1 Elsner, Gisela: Ruf aus der tiefsten Tiefe des Unlands [1990], in: dies.: Flüche einer Verfluchten. Kritische Schriften 1, Berlin 2013, S. 373f, hier: S. 373. Leicht verändert durch das AK Loukanikos. Vgl. den Beitrag des „tippel orchestra" in diesem Band.

2 Zitate sind im Folgenden immer aus dem jeweils vorgestellten Beitrag entnommen.

den Krieg ausblieb und stattdessen die Einbindung der Gewerkschaften in den nationalen Kontext erfolgte, ist für ihn „dringend erklärungsbedürftig", zumal antimilitaristische Positionen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung durchaus vorhanden gewesen seien. Ein Teil dieser Erklärung findet sich seiner Ansicht nach in der (berechtigten) Hoffnung der Gewerkschaften, über die Kooperation mit den staatlichen Eliten zu mehr Mitbestimmung zu gelangen. Mit seiner kritischen Revision der späteren Selbstdarstellung der Gewerkschaften beleuchtet Uellenberg auch die explizit geschichtspolitischen Dimensionen seines Gegenstandes.

Mit den Artikeln von Susanne Götze und Dominik Nagl verlagert sich der Fokus auf das Verhältnis zwischen kritischen WissenschaftlerInnen und der politischen Linken. Unter dem Titel *Der Metaphilosoph Henri Lefebvre. Linke Krise und Erneuerung in den 1960er Jahren* widmet sich Susanne Götze der theoretischen Erneuerung der französischen Linken jener Tage, die sich gegen die vulgärmarxistische Mythenproduktion der stalinistischen Parteien und Diskurse wendete. Ausgehend von Lefebvres humanistischer Marx-Lektüre und seinen geschichtswissenschaftlichen Arbeiten, z.B. zur Pariser Commune, beschreibt sie Lefebvres Anspruch, die historische Analyse solle nicht dazu dienen, „Geschichten zu erzählen", sondern Erkenntnisse über die politische Praxis zu generieren: „Sich vom Aktuellen zu entfernen, um durch die Vergangenheit wieder ins Jetzt zu steigen". Lefebvres Verbindung mit den konkreten politischen Geschehnissen seiner Zeit war laut Susanne Götze nicht nur durch seinen wissenschaftlichen Versuch gegeben, „das utopische Element der Geschichtsschreibung zu rehabilitieren", sondern auch durch direkten Kontakt mit den studentischen AktivistInnen des Mai 68 in Frankreich.

Ein Vertreter des antistalinistischen Marxismus steht auch im Zentrum von Dominik Nagls Beitrag *Edward P. Thompson, die Neue Linke und die Krise im britischen Marxismus der 1960er und 1970er Jahre.* Anhand der theoretischen Auseinandersetzung zwischen dem britischen Historiker Thompson und seinem Kollegen Perry Anderson stellt sich die Konfrontation der ersten und zweiten politischen Generation der „Neuen Linken" dar. Eine Konfrontation, die sich im Angesicht der Krise vollzog, die der theoretische und staatspolitische Stalinismus für den Marxismus bedeutete und bis heute bedeutet. Nagl analysiert die Kontroverse als einen geschichtstheoretischen Konflikt: Während sich Thompson als Vertreter eines humanistischen Marxismus in seinen geschichtswissenschaftlichen Werken auf die konkrete „Erfahrung" und „Tradition" von „demokratischen und romantisch-antikapitalistischen Strömungen" bezog, setzte Anderson auf Theoretisierung und Bruch, um zu einer analytisch-distanzierten Sicht auf die Geschichte der englischen Arbeiterklasse zu gelangen. Thompsons Appell „an den Handlungswillen der Arbeiterschaft" Großbritanniens bedeutete für Anderson dabei schlimmstenfalls einen „pro-

vinziellen ‚Kulturnationalismus'". Der Beitrag berührt damit auch die stets aktuelle Frage, welche Gefahren dem linken Bezug auf historische Traditionen bewusst sein müssen.

Die Notwendigkeit eines solchen Bezugs auf die ‚eigene' Tradition steht im Zentrum von Ralf Hoffrogges Plädoyer *Vorwärts und nicht vergessen? Warum die Linke große Erzählungen braucht und dabei auf die Erfahrungen der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verzichten kann*. Er zeichnet dabei sowohl das Geschichtsbewusstsein als auch die Geschichtsvergessenheit der westdeutschen Linken seit den 1950er Jahren nach, die vom dreifachen „Traditionsbruch aus Faschismus[,] Restauration" und der deutschen wie globalen Zäsur von 1989 geprägt seien. Es schließen fünf „Thesen zum Kampf um die Geschichte" an, in denen Hoffrogge feststellt, dass ein heutiger „positive[r] Traditionsbezug" mit der Aufarbeitung der „Verbrechen des Staatssozialismus" verknüpft sein müsse. Eine historisch fundierte linke Identität bedürfe also einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Linke Geschichte sei ein „unbequemer Gegenstand", dem aber „eine Linke, die nie so postmodern sein kann, dass sie nicht doch wieder auf ihre Geschichte zurückgeworfen würde"[3] unmöglich ausweichen könne.

Den Abschluss des Kapitels bilden zwei Retrospektiven, die Zugänge zum Feld linker Geschichte und Geschichtsschreibung jenseits der akademischen Betrachtungsweise erproben. Damit treffen sie das Anliegen des vorliegenden Bandes, die Grenzziehungen zwischen Wissenschaft, Aktivismus und Kunst zu unterlaufen. Bernd Hüttner beschreibt in seiner Rückschau *Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von „Making History" (2003) zu „History is unwritten" (2013)* die letzten zehn Jahre der Vernetzungsarbeit unter HistorikerInnen und geschichtlich Arbeitenden, die kaum öffentliche Anerkennung erhält. Ausgehend von dem Kongress „Making History", der 2003 in München stattfand, reflektiert er Themen und Produktionsbedingungen kritischer Historiografie und rekapituliert die Netzwerkarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderer Initiativen, Strukturen und Zeitschriften. Von grundlegender Bedeutung sind dabei laut Hüttner die Arbeitsprinzipien von Kooperation und Respekt, zumal kritische Geschichtsarbeit nicht zu denken sei ohne ihre AkteurInnen und deren soziale Situation. Angesichts von Vereinzelung, Prekarität und Konkurrenz, gegen die auch ein kritisches Bewusstsein allein wenig ausrichten könne, betont Hüttner, dass „Vernetzungsarbeit im Feld kritischer Geschichtspolitik […] ein Bestandteil widerständiger Organisierung" sei. Der Text *Scheitern zum Kommunismus* schließlich, den das *tippel orchestra* zum Abschluss dieses Kapitels beiträgt, rekonstruiert die szenische Lesung zu „Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Scheiterns zum Kommunismus", mit der die Konferenz „History is unwritten" eröffnet wurde. Der Beitrag montiert Auszüge aus dem literarischen und musikalischen Fundus aus der Geschichte der revolutionären Linken entlang der Achsen „Scheitern_Innen, Scheitern_Außen, Scheitern_Chance". Das *tippel orchestra* betont die Bedeutung von Literatur und Musik „für eine linke politische Praxis, die im notwendigen Bewusstsein ihrer eigenen Geschichte handelt". Der Rückblick auf die linke Geschichte – ohne „Determinismen" und im Wissen von der „Offenheit des Ergebnisses" – ist auch hier Teil der Suche nach einem neuen Weg, einem neuen Anfang – eine Suche, deren gegenwärtiger Ausgangspunkt lautet: „Ja wir sind längst am Ende und das waren wir gestern schon"[4].

3 Mit diesen Überlegungen wird sein Artikel zugleich zu einem Vorgriff auf die geschichtspolitischen und strategischen Reflektionen des vierten Kapitels „Im Zweifel für den Zweifel?".

4 Funny van Dannen: Billy, Joe und Ich. 1997. Vgl. den Beitrag des tippel orchestra in diesem Band.

David Mayer

Gute Gründe und doppelte Böden. Zur Geschichte ‚linker' Geschichtsschreibung

Über ‚linke Geschichtsschreibung' lässt sich mit Blick auf die Gegenwart ohne Zweifel viel sagen, aus einer analytisch-distanzierten wie aus einer normativ-engagierten Sicht.[1] Die folgenden Überlegungen hingegen nehmen von solch einem unmittelbaren Gegenwartsbezug Abstand und haben folgende Maxime als Ausgangspunkt: Will man über das Verhältnis von sozialemanzipatorischen Bewegungen und Geschichtsschreibung sprechen, so muss man dieses Verhältnis und bisherige Praktiken linker Geschichtspolitik selbst historisieren. Das kann nicht nur Erhellendes über ihre Entwicklung, ihre Formen, Hinter- und Beweggründe, Erfolge wie Krisen zu Tage fördern. Eine solche Historisierung macht zugleich jene Herausforderungen deutlich, mit denen linke Geschichtsschreibung auch in der heutigen Situation konfrontiert ist. Herausforderungen, die darauf hinauslaufen, dass es neben den guten Gründen – Motive, Dringlichkeit und, ja, Legitimität – auch immer die doppelten Böden gab und gibt. Solch doppelte Böden bestehen zwischen Kritik und Indienstnahme, zwischen Legitimität (von Anklage und Gegenerzählungen) und Legitimierung (von Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen anderer Art als jenen, die zuvor einer Kritik unterworfen wurden) oder, ganz allgemein, zwischen Wissenschaft und Politik. Darüber hinaus gilt: Alles, was durch den Lichtkegel linker Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik in Erinnerung gerufen wird, ist zugleich auch ein Vergessen von anderem. Eine wirklich ‚egalitäre' Geschichte, die alle Stimmen und Blickpunkte einschließt, ist nicht zustande zu bringen.[2]

Dies wird besonders dramatisch dort deutlich, wo linke Geschichtsschreibung das Eigene, also die Geschichte von Bewegungen und der Linken zum Thema hat – es sollte nicht vergessen werden, dass dies eines der Hauptfelder linker Geschichtsschreibung war und bleibt. Zwar teilen diese Geschichten eine ähnliche Grundargumentation, insbesondere in ihrem Verhältnis zu vorherrschenden und offiziellen Historiographien, die für solche Geschichten kein Ohr haben (eine Aussage, die vielfach eingeschränkt werden müsste – man denke nur an die Historiographien in den Ländern des realen Sozialismus). Vergleicht man sie jedoch von einem innerlinken Standpunkt aus, dann ist immer wieder frappierend, was gesehen wird und was nicht: Auf der einen Seite fallen Linke und Arbeiterbewegungen in eins, auf der anderen werden linke Bewegungen historisiert, ohne die Arbeiterbewegungen (Gewerkschaften und Parteien) mit einzuschließen. Oft werden westliche Erfahrungen ganz selbstverständlich in den Mittelpunkt gerückt und die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse in anderen Weltregionen wird nicht einmal pro forma in Betracht gezogen; neben dem Globalen Süden gilt dies auch für den Osten des realen Sozialismus. Vielfach findet man allerlei Praktiken in Bezugnahme auf den Marxismus, kaum jedoch auf den Anarchismus. Jene, die sich selbst als Neue Linke gedacht haben, haben auch der Historiographie über die Linke seit den späten 1960er Jahren die grundlegenden Denkkategorien diktiert: Die meisten übernehmen die durchaus fragliche Unterscheidung in alte und Neue Linke unbesehen, anstatt sie zur Diskussion zu stellen.[3] Strömungspräferenzen und Theorien des politischen und sozialen Handelns – insbesondere Aussagen über das jeweilige Subjekt der Emanzipation – werden direkt in historiographische Analysekategorien verwandelt, und so wird oft genug das, was eigentlich gezeigt werden sollte, als gegeben vorausgesetzt. Ein tautologisches Problem der Verwechslung von Explanans und Explanandum, von erklärenden Kategorien und zu erklärenden Sachverhalten, das sich gerade deshalb so oft stellt, weil linke Sozialtheorien eben beides zugleich sind: Theorien der Analyse und der Praxis. Die doppelten Böden linker Geschichtsschreibung offenbaren sich jedenfalls besonders zugespitzt in Bezug auf die Geschichte des Eigenen.

Im Folgenden können nur einige Momente, Merkmale und Typen linker Geschichtsschreibung (und daraus sich ergebender geschichtspolitischer Praktiken) thematisiert werden. Die ‚Momente' beziehen sich dabei auf Vorschläge zu einer groben Periodisierung, wobei sich die Frage stellt, was die Kriterien für solch eine Periodisierung sein können. Ich möchte dazu ein Doppel vorschlagen: Erstens ein ‚externes' Kriterium, das große und grenzüberschreitende

1 Dieser Beitrag ist eine korrigierte und leicht revidierte Fassung des unter gleichem Titel veröffentlichten Aufsatzes in Sozial.Geschichte Online, 14 (2014), S. 62–96.

2 Es gibt hierbei eine eigentümliche gemeinsame Blindheit von alter Universalgeschichte und postmoderner Dekonstruktion: Die eine verspricht den richtigen, ‚absoluten' Standort, von dem aus auf ein historisches Geschehen geblickt werden könnte, die andere schürt in ihrem Fokus auf fragmentarische, einzelne und gebrochene Erfahrungen die Illusion, dass aus dem Nebeneinanderstellen dieser vielen Stimmen der Vielstimmigkeit des Historischen Gerechtigkeit getan werden könne.

3 Die ‚Neue Linke' als beides, zentrales historisches Subjekt und tragende analytische Kategorie, wird insbesondere in Arbeiten zu ‚1968' oft unhinterfragt vorausgesetzt. Die eigenartige Dynamik politisch interessierter Setzung wird schon daran deutlich, dass die ‚Neue Linke' einen Großbuchstaben im Attribut verdient, während sich die ‚alte Linke' mit einem kleinen ‚a' begnügen muss. Zu den seltenen Arbeiten, die die Kategorie ‚Neue Linke' problematisieren, gehören unter anderem: Ellen Meiksins Wood, A Chronology of the New Left and Its Successors, Or: Who's Old-Fashioned Now?, Socialist Register 31 (1995), S. 22–49; Peter Birke / Bernd Hüttner / Gottfried Oy (Hg.), Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009.

gesellschaftliche Umbruchphasen zur Grundlage hat, wie sie mit dem Begriff der „*transnational moments of change*“ beschrieben wurden.[4] Zweitens ein ‚internes‘ Kriterium der Debattenentwicklung. Hier scheint mir das Konzept der ‚Krise‘ besonders geeignet, den Wandel und Wechsel von Vorstellungen und Praktiken zu verstehen.[5] Eine systematische Darstellung der globalen historischen Entwicklung ‚linker Geschichtsschreibung‘ oder auch nur marxistisch inspirierter Historiographien steht jedenfalls noch nicht zur Verfügung, obwohl für bestimmte Länder und Zeiten, insbesondere England, wichtige Studien vorliegen.[6]

Es fehlt hier der Platz, leitende Begriffe eingehend zu klären. Es sollte jedoch in Erinnerung gerufen werden, dass die Rede von ‚linker Geschichtsschreibung‘ schon deshalb problematisch ist, weil sowohl ‚links‘ beziehungsweise die ‚Linke‘ als auch ‚Geschichtsschreibung‘ nicht genau zu definieren sind.[7] Diese Ungenauigkeit lässt Missverständnisse vorprogrammiert erscheinen, hat aber auch Vorteile: Sie ermöglicht eine Offenheit und ein fließendes Ineinandergehen unterschiedlicher Sphären, die dem Gegenstand durchaus entsprechen. So schwer es ist, die ‚Linke‘ zu definieren, sie bildet eines der grundlegenden sozio-ideologischen Kollektive der letzten 200 Jahre. Dies gilt, spätestens ab Beginn des 20. Jahrhunderts, für alle Weltregionen und Gesellschaften. Übereinstimmung besteht dabei mittlerweile darüber, dass man die ‚Linke‘ nicht auf sozialistische oder kommunistische Parteien beziehungsweise auf verschiedene Varianten der Arbeiterbewegungen beschränken könne, sondern ein breites und plurales Spektrum unterschiedlicher Bewegungen und Praktiken mit dem Begriff angesprochen sei. Ein Definitionsweg wäre hier, die ‚Linke‘ als Summe relativ klar bestimmbarer Strömungen zu sehen, von Anarchismus bis dissidentem Kommunismus unterschiedlicher Provenienz, von Lassalleanern bis hin zu sozialdemokratischen Parteien.[8] Dies entspricht zwei wichtigen Kennzeichen der Linken – es geht stets um Kollektive und das Programmatische hat einen zentralen Stellenwert –, kann aber Übergänge, Kreuzungen und verschiedene Post-Positionen kaum fassen. Hinzu kommt, dass unter dem Begriff ‚Linke‘ unterschiedliche Ebenen von Praktiken und Vergesellschaftung zusammenfallen: Angefangen bei der institutionellen Ebene (Parteien, Organisationen und so weiter) spannt sich der Bogen zu intellektuellen Praktiken (Linksintellektuelle und ihre bisweilen sehr spezifischen Debatten), zu kulturell-künstlerischen Interventionen bis hin zu alltagskulturellen Ebenen (Haltungen, Vorstellungen und Praktiken jener Menschen zumeist proletarischer, kleinbäuerlicher oder marginalisierter Herkunft, die sich im Rahmen der Linken politisch aktivieren oder mit dieser sympathisieren beziehungsweise im Alltag mit dieser in Berührung stehen). Als Annäherung könnte man all jene Organisationen, politischen Traditionen und Personen als zur Linken gehörig bezeichnen, die egalitaristische und sozialemanzipatorische Anliegen verfolgen und dabei verschiedenste politische Strategien zur Erreichung ihrer jeweiligen Ziele vorschlagen (von reformerischen zu radikal-transformatorischen Orientierungen).[9]

Der zweite Begriff, den es zu klären gilt, ist jener der ‚Geschichtsschreibung‘: Die Rede ist bewusst von Geschichtsschreibung, weil dieser Begriff unterschiedliche Praktiken, nicht nur akademisch-institutionelle und wissenschaftliche, einschließt: Er bezeichnet auch außeruniversitär wissenschaftliche, intellektuelle, bewegungsbezogene oder alltagseingebettete Formen der Geschichtsschreibung. Es ist ein Begriff, der darauf hinweist, dass eine scharfe Trennung zwischen zwei Sphären, einer von politisch bewegten, aber letztlich wissenschaftlich arbeitenden HistorikerInnen und einer von geschichtspolitisch intervenierenden AktivistInnen, nicht sinnvoll ist. Zwar ist es möglich, eine solche Trennung normativ zu fordern (und eine solche Forderung wird in der

4 Gerd-Rainer Horn / Padraic Kenney (Hg.), Transnational Moments of Change: Europe 1945, 1968, 1989, Lanham 2004.

5 Der Vorschlag, ‚Krisen‘ zum zentralen Element von Periodisierungen zu machen, wurde immer wieder in Bezug auf die allgemeine historische Entwicklung marxistisch inspirierter Debatten gemacht – eine solche Sichtweise hebt weniger auf ‚objektive‘ Faktoren als auf die ‚subjektiven‘ Reaktionen von AkteurInnen ab, denen deutlich wird, dass bestimmte Verhältnisse mit den bisherigen Deutungen nicht mehr vereinbar sind. Für den deutschen Sprachraum siehe z. B. Michael R. Krätke, Marxismus als Sozialwissenschaft, in: Frigga Haug / ders. (Hg.), Materialien zum Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus, Hamburg 1996, S. 69–122, hier S. 73–74. Auch der Argentinier Elias Palti macht Krisen zu den zentralen Zäsurmarken seiner Periodisierung des Marxismus: Elías José Palti, Verdades y saberes del marxismo. Reacciones de una tradición política ante su ‘crisis’, Buenos Aires 2005.

6 Für Großbritannien siehe zum Beispiel Harvey J. Kaye, The British Marxist Historians: An Introductory Analysis, Cambridge 1984; Paul Blackledge, Reflections on the Marxist Theory of History, Manchester / New York 2006. Eine auffallend rege historiographiegeschichtliche Auseinandersetzung mit linker oder aktivistischer Geschichtsschreibung gibt es in Argentinien, siehe z. B. Fernando Devoto / Nora Pagano (Hg.), La historiografía académica y la historiografía militante en Argentina y Uruguay, Buenos Aires 2004; Omar Acha, Historia crítica de la historiografía argentina, vol. 1: Las izquierdas en el siglo XX, Buenos Aires 2009. Ein- und Überblicke geben unter anderem Matt Perry, Marxism and History, Basingstoke 2002; Matthias Middell, Marxistische Geschichtswissenschaft, in: Joachim Eibach / Günther Lottes (Hg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 69–82.

7 Die folgenden Ausführungen fußen auf David Mayer, Contrahistorias – historische Deutungen und geschichtspolitische Strategien der Linken im Wandel, in: Berthold Molden / ders. (Hg.), Vielstimmige Vergangenheiten – Geschichtspolitik in Lateinamerika, Wien / Berlin 2009, S. 125–148, hier S. 127–129.

8 Von nun an ‚Linke‘ und ‚links‘ ohne Anführungszeichen.

9 Vgl. auch Goeff Eley, Forging Democracy: The History of the Left in Europe, 1850–2000, New York 2002, S. 17–32.

heutigen Situation, zumindest in Westeuropa, auch meist erhoben), wenn man sich jedoch für die Geschichte linker Geschichtsschreibung interessiert, dann verstellt sie den Blick für das Wesentliche: In der Entwicklung verschiedener Formen linker Geschichtsschreibung in den letzten 150 Jahren ist ja gerade das Auffällige, wie vielfältig sich in den verschiedenen Phasen politisch-aktivistische und wissenschaftliche Sphären wechselseitig beeinflusst haben.

Geschichtssüchtig

Ein auch nur kursorischer Blick auf die Geschichte der Linken zeigt, dass Referenzen auf Geschichte von Beginn an eine wichtige Rolle spielten. Von den ersten Arbeiter- und Bildungsvereinen an findet sich solch eine starke Bezugnahme. Auffällig ist dabei, dass eine ausformulierte Geschichtsschreibung im Sinne monographischer Studien dabei lange eine relativ geringe Rolle spielte. Das gilt insbesondere für eine von linken Positionen inspirierte Geschichtswissenschaft, die bis weit ins 20. Jahrhundert nicht bestand. Dennoch spielten in den politischen Diskursen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen, insbesondere in der Presse, historische Perspektiven eine zentrale Rolle. Auch die Bildungsarbeit der frühen Arbeiterbewegungen war in hohem Maße um historische Erklärungen herum aufgebaut. Einerseits wurden das Herkommen und die Entstehung der eigenen Bewegungen genealogisch präsentiert (etwa im berühmten „Stammbaum des modernen Sozialismus", erstmals 1896 vorgelegt von Eduard Bernstein und Karl Kautsky);[10] andererseits wurden Gegennarrative zu offiziellen Geschichtsdarstellungen entworfen und eigene, zentrale historische Ereignisse als Erinnerungsorte kultiviert. Das galt allem voran für die Französische Revolution und die Pariser Commune,[11] jenes historische Ereignis, das am strömungsübergreifendsten von linken Strömungen angerufen wurde und wird.[12]

In der politischen Kultur der Linken legte sich früh ein historizistisches Prisma fest – das Politische wurde und wird in hohem Maße durch das Medium des Historischen vermittelt. Dabei war die Linke einerseits Ausdruck (und Schöpferin) des ab Mitte des 19. Jahrhunderts intellektuell vielfach tonangebenden Historismus. Zugleich ist die Bezogenheit auf und die Bedürftigkeit

10 Vgl. auch die Begleitbroschüre: Karl Kautsky, Erläuterungen zum Stammbaum des modernen Sozialismus, Stuttgart 1896.

11 Für eine jüngere Studie zur umfassenden (und sich wandelnden) Bedeutung der Französischen Revolution als Referenzpunkt in der deutschsprachigen Arbeiterbewegung siehe: Jean-Numa Ducange, La Révolution française et la social-démocratie. Transmissions et usages politiques de l'histoire en Allemagne et Autriche, 1889–1934 (Préface de Michel Vovelle), Rennes 2012.

12 Vgl. Dennis Bos, Bloed en barricaden. De Parisje Commune herdacht, Amsterdam 2014.

nach Geschichte für die Linke eine besonders ausgeprägte: Im Gegensatz zum Grundgedanken aller Strömungen der politischen Rechten – das Soziale hat eine schon immer bestehende oder in ihrer Entwicklung zu Ende gekommene Ordnung, deren Strukturen der Ungleichheit keiner Veränderung unterzogen werden sollen – erkennt die Linke in der Vergangenheit ein Element steten Wandels, aus dem ein Anspruch auf zukünftige Transformationen abgeleitet wird: Geschichte kann gemacht, Zukunft gestaltet werden. Vergangene Erfahrungen öffnen in einem linken Geschichtsverständnis unmittelbar und notwendig Zukunftshorizonte.

Neben diesem sozialemanzipatorischen, auf die Zukunft gemünzten Vergangenheitsbezug findet sich schon im 19. Jahrhundert der Anspruch, die Erinnerung an die Erfahrungen der mit ökonomischer Aneignung und politisch-kultureller Ausgrenzung konfrontierten Mehrheiten der Gesellschaft zu ermöglichen und zu pflegen. Gegengeschichten und -erzählungen sollen zur Überwindung hegemonialer Geschichtsbilder dienen und als Ressourcen für die politische Auseinandersetzung in der Gegenwart fungieren. Auch deshalb war und ist ein Gutteil linker Geschichtsschreibung eine Erzählung über sich selbst. Geschichte ist somit immer schon ein Kampffeld, ist Geschichtspolitik.[13]

Zwei Denkstile

Es ist hier nicht möglich, auf Geschichtstheorien und historiographische Arbeitsprogramme bei verschiedenen Theoretikern und Vordenkerinnen der Linken einzugehen. In Erinnerung zu rufen sind jedoch zwei grundlegende Koordinaten: Erstens, dass linke Geschichtsschreibung einerseits nicht mit marxistisch inspirierter Geschichtsschreibung gleichzusetzen ist, andererseits Karl Marx schon früh die wichtigste Referenz für solche historiographischen Versuche bildete – eine Position als Zentralgestirn, die erst in den 1990er Jahren wieder verloren ging. Zweitens leuchtet selbst dieses Zentralgestirn multispektral: Was immer über Marx'sche oder marxistisch inspirierte Geschichtsdeutungen zu sagen ist, es lässt sich keine in Buchform gefasste, abgeschlossene Darlegung einer marxistischen Geschichtstheorie finden. Es bestehen vielmehr unterschiedliche, zum Teil sich widersprechende Elemente im Marx'schen Geschichtsverständnis. Es handelt sich um eine elastische Offenheit, die für spätere Rezeptionen auch unterschiedliche Anknüpfungen bot. Einer noch heute nützlichen Einteilung

13 ‚Geschichtspolitik' versteht sich hier als analytische Kategorie, die „*jedes gesellschaftliche Handeln* [einschließt], *das sich wesentlich auf historische Referenzpunkte stützt und / oder die Deutung von Geschichte zu beeinflussen versucht*" (Kursivierung im Original; D. M.): Berthold Molden, Mnemohegemonics. Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im Ringen um Hegemonie, in: ders. / David Mayer (Hg.), Vielstimmige Vergangenheiten – Geschichtspolitik in Lateinamerika, Wien / Berlin 2009, S. 31–56, hier S. 45.

von Helmut Fleischer folgend kann man drei Auffassungen von Geschichte bei Marx finden:[14] erstens eine anthropogenetische Auffassung, in der Geschichte ‚philosophisch' als universaler Sinnbezug gedacht wird; zweitens eine pragmatologische Auffassung, bei der ‚empirisch' die konkret-historische Praxis der Menschen im Zentrum steht (und damit die Möglichkeit zum Handeln, Kämpfen und Eingreifen); drittens eine nomologische Auffassung, bei der Geschichte ‚theoretisch' als objektive und gesetzmäßige Struktur- und Prozesslogik ins Auge gefasst wird. Diese ist mit ihrem Begriffsrepertoire von Produktivkräften, Produktionsverhältnissen, Produktionsweisen und so weiter die bekannteste Dimension Marx'scher Geschichtstheorie. Sie ist auch jene, die in den letzten dreißig Jahren der umfassendsten Kritik ausgesetzt war: zu deterministisch, zu teleologisch, zu unilinear oder zu eurozentrisch lauteten die Vorwürfe.

In diese Marx'schen Geschichtstheorie mit eingeschlossen ist ein Gesichtspunkt, der konstituierend für linke Geschichtsschreibung war und ist: die ‚Perspektivität' eines Danach, das heißt die Denkmöglichkeit einer Gesellschaft nach der heute uns bekannten. Diese Perspektive unterscheidet sich nicht nur von allen anderen gängigen Sozialtheorien – für diese ist die bürgerlich-kapitalistische Formation die Norm, die Zukunft ist letztlich ein Nachvollziehen und Ausfüllen dieser Norm –, sondern rahmt auch alle historischen Analysen in einem bestimmten Licht.[15]

In der entstehenden Arbeiterbewegung (die bis an die Schwelle zum 20. Jahrhundert, vielerorts noch länger, von anarchistischen Strömungen dominiert war) spielte die Bezugnahme auf Geschichte von Beginn an eine wichtige Rolle. Dabei bildeten sich früh zwei Typen – man könnte auch sagen: Denkstile[16] – von linker Geschichtsschreibung heraus: erstens ein sinnlich-schwärmerischer, zweitens ein logisch-analytischer.

Ad erstens: In den sinnlich-schwärmerischen Formen geschichtlicher Erzählungen stehen das Aufbegehren und der Widerstand bäuerlicher, versklavter, plebejischer oder proletarischer Gruppen im Mittelpunkt. Diese Geschichtsschreibung ist getragen von einem empathischen Humanismus und einer starken Sensibilität für die Ansinnen und Hoffnungen jener, die dazu verurteilt waren, nicht viele Hoffnungen hegen zu dürfen. Man kann diese Sicht auch als ‚anti-konklusiv' bezeichnen, weil sie sich gegen eine allzu schlüssige Sicht des Historischen als notwendigem und kohärentem Prozess stellt. Oft genug verbinden sich hier politische Parteinahme mit der kulturell wesentlich länger zurückreichenden Linie eines schwärmerischen Utopismus und Messianismus. Dies gilt in Europa nicht nur für christliche, sondern auch für jüdische Traditionen. Michael Löwy hat diese Verbindung gerade bei Aktivisten beziehungsweise Intellektuellen mit jüdischem Hintergrund als zentralen Faktor der europäischen intellektuellen Kultur vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts beschrieben und sie als „Wahlverwandtschaft" bezeichnet.[17] In anderen Zusammenhängen bildete sich eine ähnliche Wahlverwandtschaft zwischen romantischem Denken und politischer Praxis heraus. In all diesen Ausprägungen von Geschichtsschreibung geht es darum, jene historischen Kämpfe zu thematisieren, die gegen übermächtige Ungerechtigkeit ausgefochten wurden, von Beginn an aussichtslos erschienen, dennoch gleichermaßen unvermeidlich waren wie sie Hoffnung boten. Es handelt sich um ein eigentümliches Doppel aus Optimismus und Melancholie, das bei Walter Benjamin seine bekannteste Formulierung finden,[18] aber auch später noch in verschiedenen historiographischen Arbeiten fortgesetzt werden sollte. Die Werke von E. P. Thompson lassen diesen Denkstil gleichermaßen anklingen, wie die Debatten um *history from below*, *microstoria* oder Alltagsgeschichte. Wer Peter Linebaughs und Marcus Redikers *Vielköpfige Hydra* zur Hand nimmt, wird die ungebrochene Vitalität dieses Denkstils erkennen.[19] Diese sinnlich-schwärmerische Form linker Geschichtsschreibung ist marxistischer Geschichtsschreibung gewiss nicht fremd (viele der genannten Autoren und angedeuteten Debatten

14 Helmut Fleischer, Marxismus und Geschichte, Frankfurt am Main 1970, S. 11–13.

15 Reinhart Kößler / Hanns Wienold, Gesellschaft bei Marx, Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, S. 234.

16 Die Vorstellung von unterschiedlichen Denkstilen wurde von Ludwik Fleck zur Beschreibung von wissenschaftlichen Debattenzusammenhängen geprägt, die jeweils eigene Grundfragen, Theorien, Begriffe und Herangehensweisen haben und dadurch nach innen kohäsiv und nach außen abschließend wirken. Solch unterschiedliche Denkstile können gerade auch innerhalb einer Disziplin bestehen. Die Kategorie ‚Denkstil' lässt sich meines Erachtens auch auf nicht-wissenschaftliche Wissensformen anwenden. Vgl. Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, Suhrkamp 1980 (zuerst 1935).

17 Michael Löwy, Erlösung und Utopie. Jüdischer Messianismus und libertäres Denken. Eine Wahlverwandtschaft, Berlin 1997.

18 Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte, in: ders., Gesammelte Schriften, Band I.2, Frankfurt am Main 1974, S. 693–704. Bereits 1985 wies Michael Löwy in einem Aufsatz darauf hin, dass Walter Benjamin auf „alchemische" Weise Utopie, Anarchismus, Marxismus und (jüdischen) Messianismus verschmolzen und diese Melange mit einer Kritik an Fortschritt und Technologie ummantelt habe. Ziel einer ‚Revolution' sei eine restitutio in integrum, sie fungiere als Unterbrechung eines als Rückschritt gewerteten historischen Fortschreitens. Michael Löwy, Revolution Against ‚Progress': Walter Benjamin's Romantic Anarchism, in: New Left Review, 152 (1985), S. 42–59.

19 Peter Linebaugh / Marcus Rediker, Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks, Berlin 2008.

wurden oder haben sich selbst als marxistisch bezeichnet). Zugleich kann man sie als ein zentrales Element anarchistisch inspirierter Geschichtsschreibung ansehen – wobei sich eine solche kaum fassen oder bestimmen lässt und sich die Frage stellt, ob es eine spezifisch anarchistische Geschichtsschreibung im Sinne eines programmatisch-konzeptuellen Vorschlags überhaupt gab oder gibt.

Ad zweitens: In den zu Massenorganisationen aufgestiegenen sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale wurden die Elemente der Marx'schen Geschichtstheorie zu einem kompakten Deutungsinstrumentarium verdichtet, in dem ein logisch-analytischer Blick vorherrschte. In dieser ersten Orthodoxie des Marxismus wurden die erwähnten geschichtslogischen Perspektiven im Kontext der neuen gesellschaftlichen Leitvorstellung der Darwin'schen Evolutionslehre zu einer naturgesetzlichen Sichtweise gewendet. Der Historisierung der Natur folgte in hohem Maße eine Naturalisierung der Geschichte, bei der die Bewegungsgesetze des Kapitalismus durch die Dynamik der bestimmenden Elemente (Produktivkräfte, Produktionsweise und so weiter) unvermeidlich das Ende des Kapitalismus bewirken würden oder, in der schon gemäßigten Variante, die politischen Forderungen nach Sozialreformen, parlamentarischer Partizipation und gesellschaftlicher Teilhabe als garantiert erscheinen ließen. Als prototypischer Exponent einer evolutionistischen, über die Entwicklung der Produktivkräfte determinierten und fatalistischen Geschichtsdeutung gilt Karl Kautsky, bis 1914 die höchste Marxismusinstanz überhaupt. Das gilt insbesondere für sein spätes Hauptwerk *Die materialistische Geschichtsauffassung* (1927).[20]

Der größte Teil der sozialistischen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg – Jean Jaurès in Frankreich, Karl Kautsky und Franz Mehring in Deutschland, oder Sidney und Beatrice Webb und G. D. H. Cole in England – konzentrierte sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegungen selbst. Dabei verschnitten sie den sinnlich-schwärmerischen und den logisch-analytischen Denkstil zu einer Geschichtsschreibung, der es um ein Gegennarrativ zur Herrschaftsgeschichte zu tun war, in welchem die Arbeiterklasse in den Mittelpunkt rückte. Zugleich blieb diese Arbeiterklasse ein zwar heroisches, aber doch anonymes Kollektiv, das sich in ‚der' Bewegung oder ‚der' Partei ausdrückte. Während die proletarischen Lebensverhältnisse oder die Geschlechterbeziehungen im Dunkeln blieben, erschienen die Organisationen als lebendige Organismen, an deren Spitze die Führungspersönlichkeiten strahlten. Der Hinweis auf den Verschnitt der beiden Denkstile scheint wichtig, weil auch in der weiteren Entwicklung gilt: Erstens lassen sich die Sphären von ‚sinnlich-schwärmerisch' und

20 Relativiert wird dieses Bild eines mechanisch-deterministischen Geschichtsbildes bei Karl Kautsky durch einige seiner früheren Veröffentlichungen, die relativ entwicklungsoffene Perspektiven ‚von unten' einnehmen (Der Ursprung des Christentums [1908]) oder Ideen einen zentralen Platz einräumen (Die Vorläufer des neueren Sozialismus [1895]).

‚logisch-analytisch' nicht immer säuberlich auseinanderhalten. Zweitens scheint im 20. Jahrhundert der logisch-analytisch Zugang dominant zu werden (was sich auch in den folgenden Ausführungen niederschlägt), während sinnlich-schwärmerische Auffassungen eher als untergründige Strömung wirken, beharrlich fortdauern und oft scheinbar plötzlich in die Debatten zurückkehren. Dies zeigt sich gerade auch in den verschiedenen historiographischen Arbeiten, die im weitesten Sinne im intellektuellen Einflussbereich des Kommunismus verfasst wurden: mit einem ostentativ vorgetragenen logisch-analytischen Geschichtsverständnis ging immer wieder eine entweder durchscheinende oder durchbrechende sinnlich-schwärmerische Neigung einher.

Die paradoxen Folgen von ‚1917'

Die Oktoberrevolution brachte zwar einen starken Aufschwung radikaler und marxistisch inspirierter Debatten mit sich, sie stieß jedoch nicht unmittelbar einen Aufschwung linker Historiographie an. Das Jahr 1917 brach einer neuen Art von Marxismus Bahn, den man als politizistischen Marxismus bezeichnen kann. Statt geschichtslogischer Automatismen findet sich bei Autoren wie Lenin, Trotzki, Gramsci eine Art Politisierung von ‚Sachzwängen': Dabei stehen weniger polit-ökonomische Begriffe oder Strukturanalysen im Zentrum (obgleich diese den Ausgangspunkt bilden), sondern Fragen des Kräfteverhältnisses, des Klassenkampfes und der Revolutionsdynamik. Die Analyse von konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen schließt auch kulturelle Dimensionen mit ein und betont die Transformationsmöglichkeit tätig-intervenierender Subjekte.

Aus den geschichtspolitischen Interventionen der damaligen Zeit und den relativ wenigen historiographischen Veröffentlichungen (Trotzkis *Geschichte der russischen Revolution* sticht hier hervor)[21] lässt sich ein weiterer Typus linker Geschichtsschreibung herauskristallisieren, eine Art militante Speerspitze des politizistischen Marxismus, die man als bolschewistisches Geschichtsbild bezeichnen könnte: Hier erscheint die Geschichte als komplexes Geflecht von Strukturdeterminanten, sozio-ideologischen Gruppen, kulturellen Faktoren und steten Konflikten. Möglichkeiten der Revolution und Emanzipation sind aus der Dynamik dieser Elemente unvermeidlich, es kommt letztlich auf den subjektiven Faktor – die Partei und insbesondere ihre Führungspersonen – an, aus diesen historischen Chancen etwas zu machen. Es handelt sich um eine sozioökonomisch grundierte, unmittelbar parteiergreifende Politikgeschichte, die nicht selten im Ton der Manöverkritik vorgetragen wird.

Die mit der Durchsetzung des Stalinismus einhergehende Orthodoxie schlug sich ab Ende der 1920er Jahre im Geschichtsdenken als feststehendes

21 Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, 3 Bde., Frankfurt am Main 1982.

Dogmensystem nieder, in welchem die historisch Forschenden nur noch als Vergangenheits-Ingenieure fungierten. Die proklamierte mechanistische Abfolge ‚gesetzmäßiger' historischer Entwicklungsstufen schien eine Geschichtsschreibung im eigentlichen Sinne obsolet zu machen. Zu den Paradoxien des Von-vornherein-Geschichtsbildes des Marxismus-Leninismus zählt jedoch, dass die Blüte marxistischer Geschichtsforschung ab den 1950er Jahren, insbesondere in Großbritannien, auf die Hochphase des Stalinismus zurückgeht. Denn während geschichtstheoretisch bei der Rede von der ‚gesetzmäßigen Abfolge von Produktionsweisen' für historische Spezifika und Überlagerungen aller Art lange Zeit kein Platz mehr war, öffneten sich narrativ und empirisch für eine marxistische Geschichtsschreibung neue Wege. Dies ist einer wichtigen strategischen Wendung der Stalinschen Politik und der Kommunistischen Internationale zu verdanken: der 1935 als verbindlich ausgerufenen Volksfrontpolitik.

Mit diesem Wechsel hin zu umfassenden Allianzen mit anderen, insbesondere bürgerlichen und nationalistischen Kräften ging eine neue Aufmerksamkeit für Interventionen auf dem kulturellen und intellektuellen Terrain einher. Auf geschichtspolitischer Ebene wurde hieraus die Forderung abgeleitet, die in den jeweiligen Ländern äußerst unterschiedlich gelagerte Schichtung möglicher Bündnispartner in ihrer historischen Entwicklung zu verstehen. Gesucht wurde nach allem, was es im jeweiligen Land an ‚Traditionen' von popularer Mobilisierung und Widerstand gab, aber auch an ‚progressiven' Episoden in der Geschichte der jeweils besitzenden und herrschenden Klassen. Die Stoßrichtung lautete also, Widerstands- und Kampfgeschichten zu schreiben, die den breiten, offenen, flexiblen, aber auch unbestimmten Akteur ‚Volk' ins Zentrum stellten.[22] Eines der ersten Werke einer Geschichte ‚von unten', A. L. Mortons *A People's History of England*, war in diesem Geist verfasst und wurde ein zentrales Referenzwerk der später gegründeten Communist Party Historians' Group.[23]

Nicht alle historiographischen Interventionen der Linken in der Zwischenkriegszeit wurden indes im Umfeld kommunistischer Parteien verfasst oder blieben auf die Denkkategorie Nationalstaat beschränkt. Eine wichtige Ausnahme bildete zum Beispiel die 1938 erschiene Studie des afrokaribischen Aktivisten und Autors C. L. R. James (der in dieser Zeit in dissident-kommunistischen Strömungen aktiv war) über die Haitianische Revolution und ihre Führungsikone, den ‚schwarzen Jakobiner' Toussaint L'Ouverture.[24] Weit ihrer Zeit voraus, wird in dieser Schrift ein transnational-atlantisch gerahmter historischer

22 Eine Folgeerscheinung dieser Orientierung am ‚Volk' war ein starker ‚methodologischer Nationalismus': Der in die Vergangenheit zurückprojizierte Nationalstaat wurde als natürliche räumlich-soziale Bezugseinheit vorausgesetzt.

23 Arthur Leslie Morton, A People's History of England, London 1938.

24 C. L. R. James, The Black Jacobin. Toussaint L'Ouverture and the San Domingo Revolution, New York 1938.

Bezug eröffnet, der die Haitianische Revolution als das radikalste Ereignis im Gefolge der Französischen Revolution ausweist und mit dem Widerstand der Afroamerikaner und Afroamerikanerinnen gegen Rassismus, Segregation und Ausbeutung verbindet.

Marxistische Geschichtsschreibung – ein Aufstieg

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gewinnt die Lage linker Geschichtsschreibung in den verschiedenen Weltregionen mit jedem Jahrfünft derart an Vielschichtigkeit, dass im Überblick nur grobe Umrisse sichtbar werden können. Zugleich treten durch eine solch größtmögliche Reduktion wichtige Strukturmerkmale hervor, welche die Entstehungs- und Wirkungsbedingungen von linker Geschichtsschreibung nach 1945 bestimmen sollten: Erstens wurde in einer Reihe von sozialistischen Ländern der Marxismus in seiner ‚marxistisch-leninistischen' Prägung zum verbindlichen Paradigma auch der historiographischen Produktion – ‚verbindlich' im doppelten Sinne des Wortes als manchmal belebend, oft genug jedoch knebelnd. Zweitens stieg die Arbeiterbewegung in vielen Ländern des Westens zu einem maßgeblichen Akteur in Staat und Gesellschaft auf und konnte ihre geschichtspolitischen Positionen nun verstärkt durchsetzen (freilich oft gegen starken Widerstand). Drittens wurde in einigen Ländern Westeuropas ‚Antifaschismus' zu einem wichtigen Element des offiziellen Diskurses, was den faschistischen Repressionspraktiken und dem popularen Widerstandskampf großen Raum in der Erinnerungskultur und der historischen Produktion einräumte. Viertens erlangten links bewegte, antifaschistische und / oder marxistische Wissenschaftler erstmals in größerer Zahl Positionen in der Geschichtswissenschaft; damit begann sich auch eine substanzielle Änderung in der materiellen Situation historisch arbeitender Linksintellektueller anzubahnen: Nicht mehr von Bewegungen wurden sie alimentiert, sondern von staatlichen Institutionen (Universitäten, Schulen und so weiter). Fünftens rekurrierten, neben einer erstmals sichtbaren marxistischen Geschichtswissenschaft, auch andere, neu entstehende Felder historischer Forschung (die Sozialgeschichte, die französische *Annales*-Strömung) auf Marx'sche Geschichtstheoreme. Sechstens orientierte sich die Dekolonisierungsbewegung in verschiedener Weise an sozialistischen Koordinaten und griff in der Historisierung der neuen Nationalstaaten die in den 1930er Jahren entstandene konzeptuelle Verbindung von sozio-ökonomischer Analyse, Nationalstaatsorientierung und Hervorhebung heroisch-widerständiger Volksbewegungen auf. Siebtens blieben neben den tonangebenden sozialdemokratischen und kommunistischen Strömungen andere Strömungen der Arbeiterbewegungen bestehen; vom Rand aus intervenierten sie intellektuell und politisch nicht zuletzt mit eigenen histo-

rischen Interpretationen, die im Vergleich zur offiziellen Ritualität der hegemonialen Akteure vielfach das kreative Zentrum linker Historiographie bildeten.

Ab den 1950er Jahren kam es zu einer starken Wiederaneignung marxistischer Deutungen und zu einem Aufschwung einer marxistisch inspirierten Historiographie. Dies brachte eine Reihe von neuen Debatten, Themen und Perspektiven mit sich. Diese Debatten bilden ein weit ausgreifendes, transnationales Geflecht von Auseinandersetzungen, in welchen die gleichen Themen nicht immer unter dem gleichen Namen verhandelt wurden. In Darstellungen zur Entwicklung der Geschichtsschreibung im Allgemeinen und marxistisch inspirierter Historiographie im Besonderen wird meist der englische Fall in den Mittelpunkt gerückt. Dies ist einerseits berechtigt – ohne die *British Marxist historians* und ihre Auseinandersetzungen ist die linke Historiographie nach 1945 nicht zu verstehen –, anderseits gerät die globale Vielfalt ähnlicher Debatten andernorts, aber auch die wechselseitiger Bezüge zwischen diesen Debatten, ins Dunkel.

Geht man, als vorläufige gedankliche Vereinfachung, vom englischen Fall aus, so lassen sich für die marxistisch inspirierten Geschichtsdebatten der Nachkriegszeit zwei zentrale Perspektiven ausmachen:[25] einerseits eine an sozioökonomischen Strukturen orientierte, andererseits die an Akteuren, (Alltags-)Erfahrung und Kultur interessierte. Beide Perspektiven nahmen in der legendären Communist Party Historians' Group ihren Ausgang.[26]

Das Interesse an sozioökonomischen Strukturen, insbesondere aber an der historischen Transformation solcher Strukturen – das bis in die 1980er Jahre in einer Reihe von Diskussionen als Leitmotiv diente – nahm mit Maurice Dobbs 1946 veröffentlichten *Studies in the Development of Capitalism* ihren Anfang.[27] Mit der Kritik des US-amerikanischen Ökonomen Paul Sweezy an Dobbs Thesen wurde eine der wichtigsten historiographischen Diskussionen der Nachkriegszeit überhaupt angestoßen, die Debatte über den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. In dieser bildeten sich zwei unterschiedliche Akzente in der Art und Weise heraus, wie unter Rückgriff auf Marx Gesellschaft und gesellschaftlicher Wandel verstanden werden kann. Während für Dobb und viele nach ihm das Konzept der Produktionsweise, Klassenbeziehungen und Eigentumsformen im Zentrum standen, waren für alle Deutungen in der Nachfolge Sweezys die Entwicklung von Handel, Markt und Geldverhältnissen ausschlaggebend. Die erste Position wurde immer wieder als ‚produktionistisch', die zweite als ‚zirkulationistisch' bezeichnet.[28] Diese Übergangsdebatten vollzogen sich in mehreren Wellen (von der Ursprungsdebatte in den 1950er Jahren bis zum Weltsystemkonzept Immanuel Wallersteins in den 1970er Jahren).

Diese stark an angelsächsischen Diskussionen orientierte Genealogie gibt freilich nur einen Teil des in den 1960er und 1970er Jahren wesentlich weitläufigeren Geflechts von Debatten wieder. Die von Marx aus gedachten Versuche, sozioökonomische Formationen und ihre Transformationen zu verstehen, nahmen dabei unterschiedliche Gestalt an. Das Echo der Übergangsdebatten wird man dabei allgemein in den Historiographien der Sowjetunion, Chinas und anderer Länder des realen Sozialismus, in der in verschiedenen Weltregionen geführten Debatte über die Produktionsweisen, in der lateinamerikanischen Dependenztheorie, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte (insbesondere in den Diskussionen über Protoindustrialisierung, Revolutionsgeschichte und so weiter) oder der historischen Soziologie US-amerikanischer Prägung finden.

In ihrer intellektuellen Kultur verraten diese Debatten einiges über eine implizite Haltung, in der optimistisch von der Möglichkeit ausgegangen wurde, aus dem Verständnis vergangener Übergänge zukünftige Transformationen bestimmen, ja steuern und planen zu können. Das erwähnte historizistische Prisma, wonach die soziale Welt über ihr historisches Werden zu verstehen sei, wurde so zu einem intellektuellen Gemeingut. Gleich, ob die dahinter liegenden politischen Perspektiven reformerisch oder revolutionär waren, der Anspruch, aus der Geschichte zur Prognose zu kommen, war unausgesprochener intellektueller Grundbestand.

Die zweite Perspektive, die in der angelsächsischen Diskussion (aber eben nicht nur dort) die Entwicklung einer linken Geschichtsschreibung bestimmte, war der Fokus auf Kultur, Alltag und *agency*. Diese hatte in der Forderung ihren Ursprung, konsequent die Perspektive jener einzunehmen, die in der Geschichtsschreibung bislang unbeachtet geblieben waren. Das buchstäblich Schule machende Werk war hier zweifelsohne E. P. Thompsons *The Making of the English Working Class*.[29] Historische Subjekte und ihre Erfahrungsperspektive wurden zum Ausgangspunkt historiographischer Forschung gemacht, wobei die Kategorie ‚Erfahrung' ein Bindeglied zwischen sozialer Strukturposition

25 Die folgenden Ausführungen fußen auf: David Mayer, Lokomotive Zwei Neun Drei – Marxismus, Historiographie und Fortschrittsparadigma, in: ÖZG – Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20 (2009), 1, S. 13–41, hier S. 28–32.

26 Vgl. zu dieser Gruppe den Beitrag von Dominik Nagl in diesem Band.

27 Maurice Dobb, Studies in the Development of Capitalism, London 1946.

28 Dokumentiert ist die Debatte in folgendem legendärem Sammelband: Paul Sweezy et al., The Transition from Feudalism to Capitalism (Introduction by Rodney Hilton), London 1976. Überblicke über die inhaltlichen Eckpunkte der Debatte finden sich z. B. in Stephen R. Epstein, Rodney Hilton, Marxism and the Transition from Feudalism to Capitalism, in: Christopher Dyer / Peter Coss / Chris Wickham (Hg.), Rodney Hilton's Middle Ages: An Exploration of Historical Themes (Past and Present, Bd. 195, Supplement 2), Oxford / New York 2007, S. 248–269.

29 Edward P. Thompson, The Making of the English Working Class, London 1963.

und bewusstem Handeln ermöglichen sollte. Während politisch damit ein ‚humanistischer' Ausweg aus dem Strukturdeterminismus im Marxismus-Leninismus gesucht wurde, stieß die mit E. P. Thompson begonnene *history from below* auch eine Reihe von konzeptuellen Diskussionen an: So wurde erstmals ernsthaft über die epistemologische und methodologische Frage diskutiert, wie die Perspektiven und Absichten jener rekonstruiert werden können, die im Allgemeinen kaum schriftliche Zeugnisse hinterlassen haben. Die kurz vor der Jahrtausendwende berühmt gewordene Leitfrage der *postcolonial studies*, Gayatri Spivaks *Can the Subaltern Speak?* (1988), wurde also bereits in den 1960er Jahren aufgeworfen – wenn auch mit größerem Optimismus und in einem (so KritikerInnen immer wieder gegenüber E. P. Thompson) wesentlich „empirischem Idiom".[30] Die Debatten führten jedenfalls dazu, dass auf der Suche nach Spuren ‚von unten' sukzessive zuvor unbeachtete Quellen erschlossen oder bisher bekannte neu gelesen wurden. Bald rückten die von Aufruhr, Devianz und Widerstand bestimmten historischen Phasen in den Mittelpunkt: Hier waren, aufgrund der Ängste der schriftmächtigen Eliten, die Echos der unteren Klassen in den Quellen stärker zu vernehmen, und das Verhalten der Menschen entsprach den engagierten Erwartungen der historisch Forschenden. Ausgangspunkt für viele spätere Arbeiten bildete hier gewiss die bereits 1959 von Eric Hobsbawm veröffentlichte Studie zu sozialem Banditentum und ähnlichen Formen sozialer Widersetzlichkeit.[31]

Die *history from below* wurde auch zu einer zentralen Referenz der entstehenden *cultural studies*[32] sowie der von Raphael Samuel und anderen am Ruskin College ins Leben gerufenen History-Workshop-Bewegung. Neben der ausdrücklichen Parteiergreifung für die *common people*, die als Handelnde und nicht als Opfer in den Blick genommen wurden, sollte das Schreiben von Geschichte nun von den Menschen selbst mitgestaltet und als lokale Form des politischen Aktivismus gelebt werden.[33] Gleichermaßen in Fortschreibung

30 Vgl. Hans Medick, E. P. Thompson und sein ‚empirisches Idiom'. Bemerkungen zur Werk und Wirkung eines außergewöhnlichen Historikers, in: Josef Ehmer / Tamara K. Hareven / Richard Wall (Hg.), Historische Familienforschung. Ergebnisse und Kontroversen. Michael Mitterauer zum 60. Geburtstag, Frankfurt am Main / New York 1997, S. 69–82.

31 Eric J. Hobsbawm, Primitive Rebels: Studies in Archaic Forms of Social Movement in the 19th and 20th Centuries, Manchester 1959.

32 Zu den Überschneidungen in der Entwicklung von cultural studies und marxistisch inspirierter Geschichtsschreibung in Britannien siehe: Dennis Dworkin, Cultural Marxism in Postwar Britain: History, the New Left, and the Origins of Cultural Studies, Durham 1997.

33 Vgl. Raphael Samuel, History Workshop, 1966–80, in: ders., People's History and Socialist Theory, London 1981, S. 410–417.

dieser Anliegen, aber auch in Widerspiegelung der Krisenerfahrungen seit den späten 1960er Jahren, sollten sich Anfang der 1980er Jahre in vielen Ländern ähnliche Initiativen zu Geschichtswerkstätten herausbilden.

Krisen und Verschiebungen

Kaum ein Umbruchsmoment im 20. Jahrhundert scheint vieldeutiger als ‚1968' – zu seinen Paradoxien zählt, dass es revolutionär genug war, um (im Globalen Norden) eine Reihe von Reformen anzustoßen und etablierte Denkformen in Bewegung zu bringen, aber eben nicht revolutionär genug, um eine gesellschaftliche Transformation zu bewirken. Dies bedingte eine Reihe von intellektuellen Reaktionen – von einer kurzen (und immer nur relativen) Hegemonie des Marxismus im sozialwissenschaftlichen und intellektuellen Diskurs des Globalen Nordens bis hin zu einer von Louis Althusser ausgerufenen „Krise des Marxismus" ab Ende der 1970er Jahre.[34] Verstärkt wurde diese eigentümliche Mischung von Anschub und Erschöpfung durch unterschiedliche gesellschaftliche Erfahrungen (Ende des Nachkriegsaufschwungs, Bewusstsein ökologischer Grenzen und Krisen, Technologie- und Wissenschaftskritik, beginnende Krise von etablierter Arbeiterbewegung, realem Sozialismus und Befreiungsnationalismus, mehrere Wellen neuer sozialer Bewegungen, ab Beginn der 1980 Jahre erneute Verschärfung des Kalten Krieges), die auch in der linken Geschichtsschreibung zu Verschiebungen in Themen und Formen führte.

Dies äußerste sich zunächst in einer Krise des Subjekts, in der die Arbeiterklasse als einziger oder hauptsächlicher Referenzpunkt erstmals hinterfragt wurde. Zugleich stellte sich eine Ernüchterung gegenüber jenen Avantgarden ein, die in unmittelbarer Aktion und stellvertretend für die Unterdrückten in die politische Auseinandersetzung eingriffen. Auch die New Labour History à la E. P. Thompson sah sich zunehmend heftiger Kritik ausgesetzt: Zunächst wurde bemängelt, sie idealisiere die unteren Klassen und es bestehe zu wenig Aufmerksamkeit für Widerstandpraktiken vor 1780. Später, in den 1980er Jahren, konzentrierte sich die Kritik auf die mangelnde Sensibilität für Ungleichheitsverhältnisse innerhalb der Arbeiterklasse – Thompsons Begriff von Arbeiterklasse sei blind gegenüber Geschlecht, Ethnizität und anderen Formen von Unterdrückung und / oder Identität.

Ein neues Interesse an agrarischen Lebensverhältnissen und an nichtwidersetzlichen Alltagswelten kam auf und schlug sich in Strömungen wie der italienischen *microstoria* (ab Mitte der 1970er Jahre) oder der westdeutschen Alltagsgeschichte (ab Anfang der 1980er Jahre) nieder. Diese Entwicklung hatte verschiedene Schlagseiten: In einigen Arbeiten und Diskussionen konnte man ein neues Aufblühen des sinnlich-schwärmerischen Denkstils beobachten.

34 Louis Althusser, Krise des Marxismus, Hamburg 1978.

Howard Zinns *People's History of the United States* (1980) zum Beispiel ist in hohem Maße von solch einem anti-konklusiven Geist geprägt: Seine Darstellung zeigt weniger den geordnet fortschreitenden Aufstieg eines bestimmten sozialen Akteurs als eine Abfolge sich wiederholender, oft vergeblicher Versuche verschiedener sozialer Gruppen, gegen den Status quo zu rebellieren.

Zugleich wurde ab Ende der 1970er Jahre die Kritik um eine epistemologische Dimension erweitert, indem die Marginalisierung von Lebenswelten und Lebenssichten der unteren Klassen durch eine herrschaftskonforme Rationalität angesprochen wurde. Dabei vollzog sich in den Geschichtswissenschaften eine allgemeine Verschiebung beziehungsweise eine Rückkehr weg von Verallgemeinerung, Kollektivakteuren, Strukturen und quantifizierbaren Größen hin zum Spezifischen und Individuellen. Neben den wohlbekannten philosophisch-theoretischen Anstößen von Foucault und anderen (die in hohem Maße um die Frage von Geschichte und Geschichtsschreibung kreisten) sind auch die paradigmatischen Texte der *microstoria* Ausdruck dieser Verschiebungen in Themen und Epistemologien.[35]

Im deutschen Sprachraum wurde die Idee von Geschichtsschreibung als eigenständiger Bewegung mit den Geschichtswerkstätten ab Anfang der 1980er aufgenommen[36] – diese verbanden die Impulse der 1960er Jahre mit den erwähnten konzeptuellen und politischen Neupositionierungen seit den 1970er Jahren: ‚Von unten' bedeutete nun nicht mehr unbedingt eine humanistisch gewendete sozialistische Ausrichtung, sondern vielmehr auch eine Kritik an großen Subjekten (wie ‚der' Arbeiterklasse), großen Organisationen oder großen Revolutionen. Dies entwickelte sich in Wechselwirkung mit einem weiteren neuen Fokus, an dem linke Geschichtsschreibung einen großen Anteil hatte, dem Bereich der ‚Erinnerung', Aufarbeitung und Thematisierung von verdrängten dunklen Seiten und weißen Flecken der jeweiligen nationalen Vergangenheit.[37] ‚Erinnerung' avancierte seit den 1970er Jahren zu einem zentralen Begriff

35 Zur microstoria als Folge der unerfüllten Hoffnungen nach 1968 siehe auch Giovanni Levi, On Microhistory, in: Peter Burke (Hg.), New Perspectives on Historical Writing, Cambridge 1992, S. 93–113, hier S. 93–94.

36 Zu Geschichte und gegenwärtiger Praxis der deutschen Geschichtswerkstätten siehe: Joachim Szodrzynski (Hg.), Geschichtswerkstätten gestern – heute – morgen. Bewegung! Stillstand. Aufbruch?, Hamburg 2004.

37 Dabei ging es nicht nur um Fragen gesamtgesellschaftlicher Geschichtspolitik in Bezug auf den Nationalsozialismus, sondern auch um Interventionen zu den vergessenen Traditionen und ‚weißen Flecken' in der Geschichte linker Bewegungen. Vgl. zwei Publikationen aus Westdeutschland, die stellvertretend für viele historische Korrekturbemühungen seit den 1970er Jahren stehen und jeweils weitere Studien angestoßen haben: Karl Heinz Roth, Die andere Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation zur

der Geschichts- und Sozialwissenschaften.[38] In einem engen Zusammenhang stand dieses gestiegene Interesse an Erinnerung, an der Möglichkeit des Umgangs mit einer belasteten (beziehungsweise belastenden) Vergangenheit sowie an deren Aufarbeitung und Bewältigung mit einem zunehmenden Bewusstsein über Ausmaß und bürokratisch-industrielle Beschaffenheit des systematischen Genozids an den Juden und Jüdinnen in weiten Teilen Europas durch den Nationalsozialismus. Mit diesem neuen Fokus, der im deutschsprachigen Raum heftige Kontroversen und durchaus zugespitzte Kämpfe auslöste, ging auch der Aufstieg der *oral history* oder verschiedener Formen der Testimonialliteratur als privilegierte Methode der Zeitgeschichte einher – die popularen historischen Akteure schienen endlich selbst sprechen zu können.

Die beschriebenen Krisenmomente seit den 1970er Jahren konnten indes im deutschen Sprachraum auch einen ganz anderen Ausdruck unter jenen finden, die sich als linke Historiker und Historikerinnen verstanden. So veröffentlichte Jürgen Kuczynski – schillernder öffentlicher Intellektueller der DDR, dem es gelungen war, sich zwischen Nähe zur SED-Führung und dissidentem Habitus zu positionieren – Anfang der 1980er eine *Geschichte des Alltags des deutschen Volkes*.[39] Darin vollzog er eine Reihe von Operationen, die im Kontext der Historiographie und Geschichtspolitik in der DDR bemerkenswert waren: Erstens waren der Alltag und die realen Lebensverhältnisse der unteren Schichten, abgesehen von ethnographischen Studien, bis dahin kaum thematisiert worden; Kuczynski nahm hier einen internationalen Trend auf. Zweitens brachte Kuczynski in der *Geschichte des Alltags* seine Hypothesen zu gesellschaftlichem Niedergang ins Spiel. Dieses Niedergangstheorem bezog sich unter anderem auf die deutschen, insbesondere preußischen Verhältnisse vor den napoleonischen Kriegen: Diese seien den Weg einer erstarrten feudalen Entwicklung gegangen und hätten von außen aufgebrochen werden müssen. Dies kam in der seit den 1970er Jahren ‚patriotisch' gewendeten DDR-Historiographie, die sich die preußische Vergangenheit wieder positiv anzueignen versucht hatte, nicht gut an. Darüber hinaus hatte Kuczynskis These auch einen eigenartigen Beiklang, denn in den 1980er Jahren war die Krisenhaftigkeit des DDR-Sozialismus für viele offenkundig geworden. Kuczynskis eigene Absicht war indes eine ganz andere: Wie in einer späteren Publikation über Gesellschaften im Untergang

Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u. a., München 1974; Hermann Weber, ‚Weiße Flecken' in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt am Main 1989.

38 Zu Aufstieg und (politischen) Wegen des Einnerungsparadigmas siehe: Enzo Traverso, Gebrauchsanleitungen für die Vergangenheit. Geschichte, Erinnerung, Politik, Münster 2007.

39 Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, 5 Bde., Berlin 1980–1982.

deutlich wurde, wollte der von der Zukunftsfähigkeit der DDR überzeugte kommunistische Historiker seine Niedergangsgeschichte bei den USA in den 1980er Jahren enden lassen.[40] In bitterer Ironie und historischer Umkehrung sollte sich dieser geschichtspolitische Einsatz nur wenige Jahre später als verfehlt erweisen.

Fall und Fortgang

Ab Ende der 1980er Jahre führten die sich in verschiedenen Kreisen erweiternde poststrukturalistische Kritik und die mit dem *linguistic turn* einhergehenden Maximen der Dekonstruktion von Mythen, Ikonen, großen Erzählungen, aber auch der Zweifel am intellektuellen Sprechen über / für andere, zu einem neuen Typus von linker Geschichtsschreibung, der sich ganz der Skepsis, der Zurückhaltung und Ernüchterung verschrieben hatte. Die mit der Chiffre ‚1989' verbundenen Ereignisse beschleunigten das Auseinandergehen von marxistisch inspirierter Geschichtsschreibung und jenen Sphären, die sich unter neuen Vorzeichen weiterhin als ‚kritische' oder ‚linke' Geschichtsschreibung verstanden. Wer heute die (mittlerweile schon wieder historischen) marxistischen Abwehrversuche vom Anfang der 1990er Jahre liest, wird der tiefen Krise und konzeptuellen Kluft gewahr, in die linke Geschichtsschreibung damals geraten war.[41]

Dem entsprachen eine Reihe von geschichtspolitischen Verschiebungen, von denen an dieser Stelle nur einige genannt werden können: So begannen ab Anfang der 1990er Arbeiterbewegungen und Antifaschismus zunehmend aus der offiziellen Erinnerung zu fallen.[42] Zugleich wurde der Antikommunismus zu einer neuen Grundlage einer transnationalen historischen Basiserzählung unter

40 Jürgen Kuczynski, Gesellschaften im Untergang. Vergleichende Niedergangsgeschichte vom Römischen Reich bis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 1984.

41 Ein zeittypisches Beispiel, jedoch in spezifischer Anknüpfung an E. P. Thompson: Bryan D. Palmer, Critical Theory, Historical Materialism, and the Ostensible End of Marxism: The Poverty of Theory Revisited, in: International Review of Social History, 38 (1993), S. 133–162. Für Deutschland geben u. a. folgende Bände Einblicke in die Krisen-, wenn nicht Endzeitstimmung in Bezug auf marxistisch inspirierte Historiographie: Ludolf Kuchenbuch (Hg.), Was bleibt von marxistischen Perspektiven in der Geschichtsforschung?, Göttingen 1997; Georg G. Iggers, Marxismus und Geschichtswissenschaft heute, Berlin 1995.

42 Zu diesem Prozess von Aufstieg und Fall der Arbeiterbewegung (und anderer linker Bewegungen) als zentralem Erinnerungsort siehe die Beiträge in Jürgen Mittag / Berthold Unfried (Hg.), Arbeiter- und soziale Bewegungen in der öffentlichen Erinnerung. Eine globale Perspektive / The Memory of Labour and Social Movements: A Global Perspective, Leipzig 2011.

liberaler Hegemonie.[43] In bitterer Entsprechung dazu feierte die Linke, insbesondere im deutschen Sprachraum, in den 1990er Jahren einen eigentümlichen Erfolg ihrer geschichtspolitischen Bemühungen: Der Nationalsozialismus wurde zu einem zentralen negativen Bezugspunkt offizieller Erinnerungskultur. In einer auf Läuterung und Abwehr gerichteten hegemonialen Form des liberalen Umgangs mit Geschichte galt von nun an der Holocaust als die Metakoordinate der Geschichte. Zugleich fand eine wichtige Verschiebung der historisch zu beachtenden Akteure statt: Die Opfer von Gewalt und Verbrechen wurden immer stärker in den Mittelpunkt gerückt. Welch schwierige Herausforderungen mit diesem neuen Fokus auf Opfer verbunden waren, lässt sich am Beispiel Argentinien ersehen: Dort kämpft bis heute ein guter Teil der Linken für eine Anerkennung der Verbrechen der Militärdiktatur, jedoch gegen eine Rahmung der von ihr Betroffenen als Opfer von Menschenrechtsverletzungen und für eine Interpretation, in der diese als AktivistInnen für eine gesellschaftliche Emanzipation erinnert werden sollen.[44]

Ab Mitte der 1990er Jahre wurde auch die Kritik am Eurozentrismus, wie sie verschiedenerorts, insbesondere aber im anglo-indischen Raum formuliert worden war, lauter (und nach und nach in den Debatten verschiedener Länder auch tatsächlich gehört). Sie machte deutlich, in welchem Maße Kolonialismus konstitutionell für die kapitalistische Moderne war. Ein Anstoß, der für eine linke Geschichtsschreibung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zugleich beklagten diese theoretischen Debatten, ganz in poststrukturalistischer Manier, auch alle theoretischen und epistemologischen Formen dieser Moderne als spezifisch europäisch (inklusive ihrer radikalen Kritiker wie der Linken). Diese in vielem berechtigte Kritik ging jedoch über zweierlei hinweg: Erstens, in welchem Maße die Kritik am und der Kampf gegen Kolonialismus in direkter Bezugnahme auf die Begriffe und Analysen der Linken entwickelt worden waren; zweitens, wie uneinheitlich diese europäische Moderne und wie vielfältig das ‚Andere' innerhalb ihrer selbst waren und sind.[45]

43 Enzo Traverso, Der neue Antikommunismus. Nolte, Furet und Courtois interpretieren die Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: Volker Kronenberg (Hg.), Zeitgeschichte, Wissenschaft und Politik. Der Historikerstreit 20 Jahre danach, Wiesbaden 2008, S. 67–90.

44 Vgl. Marina Franco: Reflexiones sobre la historiografía argentina y la historia reciente de los años 70, in: Nuevo Topo. Revista de historia y pensamiento crítico, 1 (2005) S. 141-165, hier S. 144–148.

45 Kritische Würdigungen postkolonialer Interventionen unter Anerkennung linker Herkunft, auch in Bezug auf Formen der Geschichtsschreibung, finden sich z. B. in Robert C. Young, Postcolonialism: An Historical Introduction, Oxford 2001; Crystal Bartolovich / Neil Lazarus (Hg.), Marxism, Modernity, and Postcolonial Studies, Cambridge 2002. Marxistisch inspirierte Fundamentalkritik postkolonialer Positio-

Aus diesen Momenten von Krise und Kritik haben sich in den letzten zwanzig Jahren verschiedene Wege entwickelt. Einer dieser Wege war, dass sich historisch Arbeitende mit linkem politischen Anspruch zur Avantgarde von Dekonstruktion und Differenz machten: Hierbei wurden zuvor vernachlässigte Dimensionen der Ungleichheit – Geschlecht, *race*, Ethnizität, sexuelle Orientierung und so weiter – ins Zentrum gerückt. Die Infragestellungen und Dekonstruktionen nahmen jedoch zugleich auch jene materiellen Grundlagen des historischen Prozesses, die zuvor als unhintergehbare objektive Realitäten des Gesellschaftlichen gegolten hatten, als Diskurse in den Blick. Das galt insbesondere für sozio-ökonomische Strukturen von Ungleichheit und Aneignung, die nicht nur eines Teils ihrer Dringlichkeit entledigt wurden, sondern sich beinahe zu verflüchtigen schienen. Der Weg gesteigerter Dekonstruktion und Differenzierung zeitigte schließlich auch eine Praxis, die ich als ‚allergische Falle' bezeichnen würde: Die hochsensiblen Abwehrsysteme gegen alle Formen legitimatorischer Diskurse und identitätsstiftender Narrative mussten sich letztlich auch gegen das Eigene richten: Linke Geschichtspolitik konnte über kleinräumige soziale Sphären und Mikroidentitätsnischen nicht mehr hinauskommen, weil sie ansonsten eine Autoimmunreaktion gegen große Narrative auslöste.

Weitere Wege wurden dort beschritten, wo nach 1989 größere Protest- oder Aufstandsbewegungen die (klassische) Frage erneut aufgeworfen haben, wie historiographische Arbeit in Rufweite dieser Bewegungen gestaltet werden könnte. Eine der international wirkmächtigsten Bewegungen war dabei der neo-zapatistische Aufstand im südlichsten und ärmsten mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Bereits 1995, ein Jahr nach der Erhebung des *Ejército Zapatista de Liberación Nacional* (EZLN – Zapatistisches Heer zur Nationalen Befreiung), veröffentlichte der Historiker und Aktivist Adolfo Gilly ein Bändchen,[46]

nen findet sich in: Benita Parry, Postcolonial Studies: A Materialist Critique, London / New York 2004; Vivek Chibber, Postcolonial Theory and the Specter of Capital, London / New York 2013. Bemerkenswerte historiographische Arbeiten, welche den komplexen Beitrag der Linken zum Antikolonialismus dokumentieren, finden sich u. a. in Vijay Prashad, The Darker Nations: A People's History of the Third World, New York 2007; Steven Hirsch / Lucien van der Walt (Hg.), Anarchism and Syndicalism in the Colonial and Postcolonial World, 1870–1940: The Praxis of National Liberation, Internationalism, and Social Revolution, Leiden 2010; Fredrik Petersson, Hub of the Anti-Imperialist Movements: The League Against Imperialism and Berlin, 1927–1933, in: Interventions: International Journal of Postcolonial Studies, 16 (2013), 1, S. 49–71; Holger Weiss, Framing a Radical African Atlantic: African American Agency, West African Intellectuals and the International Trade Union Committee of Negro Workers, Leiden / Boston 2014.

46 Adolfo Gilly, argentinischer Herkunft, gilt bis heute als eine der wichtigsten Vertreter einer ‚Geschichte von unten' in Mexiko. Anfang der 1970er Jahre veröffentlichte er eine radikale marxistische Neuinterpretation der Geschichte der Mexikanischen

das eine Diskussion über Geschichte zwischen ihm und der herausragenden Führungsfigur des Neo-Zapatismus, dem Subcomandante Marcos dokumentierte.[47] Die Diskussion entspann sich um einen der bekanntesten Texte Carlo Ginzburgs – im italienischen Original: *Spie. Radici di un paradigma indiziario*[48] –, den Gilly dem Subcomandante offenbar hatte zukommen lassen. Marcos Brief, Gillys Antwort und der Text Ginzburgs wurden 1995 in dem genannten Band veröffentlicht. Der Briefwechsel ist nicht leicht zu interpretieren, weil der Subcomandante Ginzburg in einer Art missversteht, die seinem internationalen Bild als poststrukturalistisch sensibilisiertem Kämpfer mit poetischer Neigung kaum entsprechen mag. Der Ton erinnert eher an eine marxistisch-leninistische Kadergruppe und trägt auch jene Wissenschaftsskepsis vor, die kaum mehr als platter Antiintellektualismus ist: So bewertet er Ginzburgs Beschäftigung mit der Dichotomie von Rationalismus und Irrationalismus als Verschleierung gegenüber der eigentlich entscheidenden Frontlinie zwischen ‚Idealismus' und ‚Materialismus'. Es gehe weniger um Überwindung von Disziplinengrenzen (Marcos schimpft über Ginzburgs *todología*, also sein Allerweltsgeschwafel) als um Ideologiekritik und den richtigen ‚Klassenstandpunkt'. In einer ausführlichen Antwort geht Gilly daran, diese Missverständnisse zu klären und aufzuzeigen, welche Nähe zwischen Ginzburgs Form von *microstoria* und dem neo-zapatistischen Aufstand besteht: Das eigentliche Ziel von Ginzburgs *paradigma indiziario* (Indizienparadigma) sei es, die schwachen historischen Spuren populärer Lebenswelten sichtbar zu machen. Daraus ließen sich folgende Prämissen ableiten: erstens eine an Subjekten orientierte Geschichtsschreibung, die über Strukturen hinaus konkrete Akteure in den Mittelpunkt rückt; zweitens die Beachtung der Spezifik der historischen Wissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften, aber auch gegenüber den Sozialwissenschaften – die Historiographie sei eine verstehende, am Einzelnen und Besonderen interessierte, zugleich von theoretisch verallgemeinernden Prämissen ausgehende qualitative Wissenschaft; drittens eine Kritik an der offiziellen Rationalität, die subalterne Wissensformen als irrational degradiert, ausschließt oder im Sinne eines fremden Verwertungs- und Herrschaftsinteresses aneignet; viertens die Verteidigung einer subversiven und offenen Rationalität, die sich dem

Revolution, die weitreichende Debatten auslöste. Für eine (vielfach erweiterte und revidierte) Endform dieser Interpretation in englischer Fassung siehe: Adolfo Gilly, The Mexican Revolution: A People's History, New York 2005.

47 Adolfo Gilly / Subcomandante Marcos / Carlo Ginzburg, Discusión sobre la historia, México, D. F. 1995.

48 Deutsche Fassung: Carlo Ginzburg, Spurensicherung. Der Jäger entziffert die Fährte, Sherlock Holmes nimmt die Lupe, Freud liest Morelli – die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst, in: Carlo Ginzburg, Spurensicherung. Über verborgene Geschichte, Kunst und soziales Gedächtnis, Berlin 1983, S. 61–96.

Wissens- und Methodenstand der offiziellen Wissenschaften nicht verschließt und die Rationalitätskritik nicht mit Antiintellektualismus verwechselt. Gillys Annäherung erscheint viel näher an jenen politisch-intellektuellen Koordinaten, mit denen der neo-zapatistische Aufstand in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre international bekannt wurde. Diese schlossen insbesondere eine Abkehr von den ehemals zentralen Forderungshorizonten der Linken wie sozioökonomische Strukturtransformation, Machtfrage, Systemtranszendenz oder konfrontative Mobilisierung ein. Diese (scheinbar neuen) Koordinaten sind treffend in John Holloways Schlagwort „Die Welt verändern ohne die Macht zu erobern" verdichtet worden.[49] In der Tat hat Subcomandante Marcos in einem Interview, das etwa zur gleichen Zeit wie der erwähnte Briefwechsel geführt wurde, Haltungen zu Geschichte und Geschichtsschreibung vorgetragen, die sich wesentlich näher an Gillys Positionen befanden beziehungsweise diese in Bezug auf Antiuniversalismus und Poststrukturalismus überholten.[50]

In den letzten Jahren haben sich indes auch in gewissem Sinne unerwartete Neubelebungen klassischer Themen und Forschungsfelder linker Geschichtsschreibung ereignet. Die tiefe Krise des Marxismus hatte, neben vielen anderen Gewissheiten, insbesondere ein Kerngebiet linker Geschichtsschreibung, die *labour history,* und ihr zentrales Subjekt, die Arbeiterklasse, betroffen. Diese war lange männlich, weiß, in bestimmte formalisierte Arbeitsverhältnisse eingebunden und im Globalen Norden beheimatet gewesen. Andere Formen der Arbeit jenseits der ‚doppelt freien Lohnarbeit' – selbstständige, weibliche, informelle, subsistenzorientierte, migrantische, saisonale, agrarische, schuldengeknechtete oder durch direkte physische Gewalt erpresste Arbeit – wurden kaum oder nicht beachtet. Damit blieben auch große Teile der mit Ausbeutung und Aneignung konfrontierten Menschen ungenannt – insbesondere außerhalb des Globalen Nordens und außerhalb des relativ kurzen Goldenen Zeitalters, da dort unter Männern formelle Arbeitsverhältnisse vorherrschten. In den letzten Jahren ist es jedoch zu einer Wiederbelebung der *labour history*, nun unter dem Titel Global Labour History gekommen. Sie versucht, sowohl den methodologischen Nationalismus als auch den Eurozentrismus zu überwinden sowie alle Gruppen von

49 John Holloway, Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster 2002.

50 Darin betont er die Wichtigkeit von Mythen in Identitätsstiftung und Selbsterklärung, die Bedeutungslosigkeit einer klar festgelegten, mit der physikalischen Zeit getakteten Chronologie, das Verhältnis von Geschichte und Geschichten sowie die Wichtigkeit einer eigenen Geschichte; vgl. Subcomandante Marcos, Historia de Marcos y de los hombres de la noche (Entrevista con el subcomandante Marcos realizada por Carmen Castillo y Terra Brisac. Aguascalientes, Chiapas, 24 de octubre de 1994), in: Adolfo Gilly / Subcomandante Marcos / Carlo Ginzburg, Discusión sobre la historia, México, D. F. 1995, S. 131–142.

subaltern Arbeitenden in einem radikal erweiterten Begriff von ‚Arbeiterklasse' einzuschließen. In einer umfassenden historischen Soziologie der Arbeit sollen hierbei insbesondere Übergänge und Überschneidungen unterschiedlicher Arbeitsverhältnisse herausgearbeitet werden.[51] Diese Entwicklung erhielt wichtige Impulse von HistorikerInnen aus Ländern in Asien und Lateinamerika, insbesondere ‚Schwellenländern' wie Indien oder Brasilien. Die Überwindung des methodologischen Nationalismus hat aber auch eine neue Art von Studien zu historischen Kämpfen und Bewegungen hervorgebracht – angestoßen von Arbeiten wie Linebaughs and Redikers *Vielköpfige Hydra* oder Benedict Andersons *Under Three Flags* sind ‚transnationale soziale Bewegungen' zu einem der lebendigsten Themen einer kritischen *labour history* geworden.[52]

Zuletzt sei eine noch jüngere Wiederbelebung angesprochen: Die Geschichte des Kapitalismus ist, zumindest an US-amerikanischen Universitäten, wieder en vogue.[53] Während dabei nicht alle mit einem kritischen oder gar marxistisch inspirierten Kapitalismusbegriff arbeiten, impliziert die Nennung des Worts allein eine Abkehr von neo-klassischen Vorstellungen von Ökonomie und damit einhergehenden mathematisierten und modellbasierten Herangehensweisen. Die sozio-ökonomischen Transformationsdebatten, die in den 1960er und 1970er Jahren das kritische, an Marx'schen Begriffen orientierte Feld so stark geprägt hatten, scheinen jedenfalls wieder anknüpfungsfähig zu sein.[54] Wie Geoff Eley bemerkt, bieten sie auch die Chance, dass sich linke Geschichtsschreibung nicht auf eine alleinige Geschichte von unten beschränkt (so wichtig diese auch ist), sondern auch in die Auseinandersetzung um historische Makrointerpretation interveniert.[55]

51 Vgl. Marcel van der Linden, Workers of the World: Essays toward a Global Labor History, Leiden 2009, S. 1–37.

52 Linebaugh / Rediker, Vielköpfige Hydra (wie Anm. 19); Benedict Anderson, Under Three Flags: Anarchism and the Anti-Colonial Imagination, London / New York 2005.

53 Vgl. Jennifer Schuessler, In History Departments, It's Up with Capitalism, in: The New York Times, 6. April 2013 [http://www.nytimes.com/2013/04/07/education/in-history-departments-its-up-with-capitalism.html?pagewanted=all].

54 Siehe auch Nancy Frasers Einschätzung des aktuellen ‚Kapitalismus'-Booms, die zugleich eine stärkere Fundierung der historischen Arbeiten zum Kapitalismus in den Traditionen kritischer Politischer Ökonomie einfordert: Nancy Fraser, Behind Marx's Hidden Abodes: For an Expanded Conception of Capitalism, in: New Left Review, 86 (2014), S. 55–72.

55 Geoff Eley, No Need to Choose: History from Above, History from Below, in: Viewpoint Magazine, 27. Juni 2014 [http://viewpointmag.com/2014/06/27/no-need-to-choose-history-from-above-history-from-below/].

Es fehlt also nicht an Feldern, Themen und unterschiedlichen Wegen, historiographisch unter Rückgriff auf konzeptuelle und politische Positionen zu arbeiten, die man mit dem Attribut ‚links' versehen kann. Diese Formulierung muss aus zwei Gründen so vorsichtig gehalten sein: Erstens sind die weiter oben angerissenen Wege so unterschiedlich (alleine in Westeuropa, nicht zu sprechen von allen Weltregionen), dass es Scharlatanerie gleichkäme, eine einheitliche Richtung oder ein klares Verhältnis zwischen Geschichtsschreibung und linken Positionen zu unterstellen. Zweitens ist das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik heute von größerer Vorsicht geprägt. Dies hat unterschiedliche Gründe: So wirkt jene seit dem Zweiten Weltkrieg in Gang gekommene Tendenz weiter, wonach bewegungs- und praxisnahe Formen linker Theorie nicht (mehr) mit jenen in eins fallen, die auch wissenschaftlichen Eigenlogiken verpflichtet sein müssen. Die fundamentale materielle Abhängigkeit der KopfarbeiterInnen von (zumeist staatlich finanzierten) Institutionen trägt gewiss zu dieser Tendenz bei. Zum anderen bestehen in der früheren Diskussion nicht ausreichend beachtete Unterschiede zwischen den Zeitformen und Rhythmen von historiographischer und politischer Arbeit. Wie Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus vor kurzem in einem Rückblick auf das Erscheinen von *Die andere Arbeiterbewegung* bemerkt haben, beruht historische Forschung auf einer ruhigen, mühevollen und zeitraubenden Rekonstruktionsarbeit, die sich nur schwerlich mit den Dringlichkeitszyklen politischer Intervention in Einklang bringen lässt.[56] Linke Geschichtsschreibung bewegt sich jedoch auch sachlich in einem anderen Kräftefeld als unmittelbare politische Arbeit. Um mit dem Titel eines Bandes von Harvey Kaye über marxistische Historiographie zu sprechen, muss es linker Geschichtsschreibung um eine „*education of desire*", um eine Erziehung des Begehrens gehen.[57] Es handelt sich dabei um eine altmodische Haltung der aufklärerischen Selbsterziehung. Sie verneint das politische Begehren nicht, sondern trägt es offenen Visiers und selbstbewusst vor. Zugleich unterzieht sie dieses Begehren, dem Stand der wissenschaftlichen Debatte entsprechend, den Maßgaben von theoretischer Reflexion und Transparenz, methodologischer Konsistenz, empirischer Solidität und argumentativer Rigorosität. Nur wer die doppelten Böden kennt, kann die guten Gründe geltend machen.

56 Karl Heinz Roth / Angelika Ebbinghaus, Dissidente Geschichtsschreibung. Vor 40 Jahren erschien im Münchener Trikont-Verlag ‚Die andere Arbeiterbewegung', in: analyse & kritik, 595, 17. Juni 2014, S. 32–33.

57 Harvey J. Kaye, The Education of Desire: Marxists and the Writing of History, New York u. a. 1992.

Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Die deutschen Gewerkschaften im 1. Weltkrieg. Selbstverständnis und Geschichtsbild

In der wissenschaftlichen und medialen Aufbereitung des 100. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkrieges fristen Arbeiterbewegung und Gewerkschaften höchstens noch eine Randexistenz. Die neuen Großinterpreten deutscher Geschichte Christopher Clark („Die Schlafwandler", 2013) oder Herfried Münkler („Der große Krieg", 2013) wärmen bewusst wieder die These der älteren Forschung vom Hineinschlittern der europäischen Mächte in den Krieg auf. Damit wollen sie die Erkenntnisse der siebziger Jahre, wonach die imperiale Außenpolitik Deutschlands wesentlich für den Krieg verantwortlich war (Fritz Fischer, „Deutschlands Griff nach der Weltmacht", 1961), relativieren. In der umfassenden Gesellschaftsgeschichte des Weltkriegs von Jörn Leonhard („Die Büchse der Pandora", 2014) findet zwar eine sozialgeschichtliche Betrachtungsweise statt und es werden soziale und Klassenkonflikte thematisiert, jedoch bleibt das politische Handeln der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung strukturgeschichtlichen Interpretationen nachgeordnet.

Auch in den zahlreichen regionalen Darstellungen, die sich ausführlich den verschiedenen Aspekten des Lebens der Menschen in den Jahren 1914 – 1918 widmen, findet die Arbeiterbewegung nur am Rande Erwähnung, auch wenn die Arbeitswelt und das Schicksal der Arbeiter und Arbeiterinnen umfangreich dokumentiert werden.

Dieses Übergehen der Gewerkschaften kann daran liegen, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung nach dem Ende des Systemkonfliktes uninteressant geworden ist. Für die Legitimation der Spaltung der Arbeiterbewegung in Deutschland war ihre Haltung zum Krieg die Gretchenfrage und darum zunächst Gegenstand der Kontroversen zwischen kommunistischer und sozialdemokratisch-westlicher Geschichtsschreibung. Sprachen die einen vom Verrat der Sozialdemokratie an den Idealen der Internationale, so suchten die anderen nach Deutungen für die Kriegspolitik der Sozialdemokratie, die mit Hilfe der ungeklärten Widersprüche eben dieser Internationale der kriegsfreundlichen Politik Legitimation verschaffen sollte. Nach dem Ende des Systemkonfliktes verschwand die SPD-kritische Historiographie in einer linken Nische, während sich die „siegreiche" Sozialdemokratie anderen Fragen zuwandte. So wird in der populärwissenschaftlichen Gesamtdarstellung aus Anlass des 150. Jahrestages der SPD-Gründung die Kriegspolitik im 1. Weltkrieg nicht einmal erwähnt.[1]

1 Anja Kruke, Maike Woitke (Hrsg.): Die deutsche Sozialdemokratie in Bewegung, 1848 – 1863 – 2013, Bonn 2012.

Den Gewerkschaften wiederum ist vom 1. Weltkrieg nur die Geburtsstunde der Mitbestimmung im Gedächtnis geblieben. Gewerkschaftsgeschichte im Weltkrieg wird heute weitgehend reduziert auf das Vaterländische Hilfsdienstgesetz (mit dem 1916 die Arbeiterausschüsse als Nukleus der heutigen Betriebsräte geschaffen wurden) und auf das Stinnes-Legien-Abkommen von 1918, das die Grundlage der Tarifpolitik legte und so die zweite Säule der dualen Interessenvertretung schuf.[2]

Daher lohnt sich auch heute noch ein selbstkritischer Rückblick auf das Handeln der Gewerkschaften im 1. Weltkrieg. Denn hier zeigen sich Handlungsmuster, die für die Einschätzung gewerkschaftlicher Politik bis heute relevant sein können.

Zur Haltung der Arbeiterbewegung bei Kriegsausbruch

Entgegen dem aktuell immer wieder beschworenen gewerkschaftlichen Selbstverständnis als dem einer Bewegung gegen den Krieg waren die Gewerkschaften wie die gesamte Arbeiterbewegung nicht pazifistisch gesinnt, sondern beide waren antimilitaristisch. Sie sahen im Militär ein Instrument der Klassenherrschaft, das es zu beseitigen und durch eine allgemeine Volksmiliz mit demokratisch zu wählenden Kommandeuren abzulösen galt. Es hieß nicht: *Die Waffen nieder!*, wie es Bertha von Suttner forderte, sondern *Krieg dem Kriege!*, das bedeutete, den Ausbruch des Kriegs zu nutzen, um durch Massenstreiks den Sturz der herrschenden Klasse in Angriff zu nehmen.

Dieses Selbstbild einer internationalen antimilitaristischen Bewegung gegen den Krieg reflektierte jedoch nicht die zunehmende Einbindung der Arbeiterbewegung in den nationalen Kontext. Die Sozialdemokratie als Partei und Gewerkschaft wurde im kaiserlichen Deutschland eher in die Opposition gedrängt und politisch ausgeschaltet, als dass sie sich selbst in eine radikale Antihaltung begeben hätte. Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts bekannten sich Gewerkschaftsführer wie Carl Legien zum Staat und stellten ihr Handeln in einen Bezug zum Gemeinwohl. Da die deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften in relativ kurzer Zeit große Organisationserfolge errangen und zu Massenorganisationen heranwuchsen, die SPD 1912 stärkste Partei im Reichstag geworden war, hofften beide, nun auf evolutionären Wege die politische Gleichberechtigung durchsetzen und schrittweise die Klassenherrschaft in Deutschland überwinden zu können.

Erste sozialpolitische Erfolge und der Nationalstaat als Bezugsrahmen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik förderten die Entstehung eines außenpolitischen Feindbildes. Neben den Klassengegnern im Inneren (vor

2 Rudolf Tschirbs, Werner Milert: Die andere Demokratie, Betriebliche Interessensvertretung in Deutschland 1848 – 2008, Essen 2013.

allem den Großindustriellen und der militaristischen preußischen politischen Klasse) wurde Russland zum Feind der Arbeiterbewegung erklärt. Man sah im zaristischen Russland den Hort finsterster Reaktion. Bebel hatte im Reichstag geschworen, bei einem Angriff Russlands selbst noch einmal die Flinte auf den Rücken zu nehmen und das Vaterland zu verteidigen.

Nicht der Verrat, sondern ein gemeinsames Feindbild und das Streben nach Gleichberechtigung, Anerkennung und damit Integration in die Nation bereiteten den Boden für den Kriegskorporatismus von Reichsregierung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Es gelang Reichskanzler Bethmann Hollweg, so der britische Historiker David Stevenson, die deutsche Arbeiterbewegung davon zu überzeugen, dass Russland der Angreifer sei und man nun in nationaler Einigkeit den gemeinsamen Feind abwehren müsse:

> „Vom 25. Juli an organisierte die SPD große aber gemäßigte Antikriegsdemonstrationen, während ihre Führer in Geheimtreffen mit Ministern andeuteten, dass ihre Haltung davon abhängen würde, ob der Krieg ein Verteidigungskrieg oder ein Krieg zur Unterstützung eines österreichischen Angriffskrieges sein würde. Die russische Mobilmachung stimmte sie um und unterhöhlte die Volksbewegung. Bethmann Hollwegs Taktik, Russland ins Unrecht zu setzen, erwies sich als erfolgreich.“[3]

Geschickt kam denn auch der Kaiser den Sozialdemokraten entgegen, als sie am 4. August 1914 den Kriegskrediten zustimmten, indem er ausrief, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Daraus zu schließen, dass die Arbeiter jubelnd in den Krieg gezogen seien, wie es oftmals in der historischen und medialen Darstellung geschieht, entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil:

Die Stimmung war in den Arbeitervierteln mehr als gedrückt. Die Sozialdemokratie rief nun zur patriotischen Pflichterfüllung auf. Aber was blieb den Menschen auch übrig, als den Gestellungsbefehlen zu folgen, in der Hoffnung, dass es nur ein kurzer und schneller Krieg werden würde.

Eine grausige Illusion, die für viele junge Arbeiter schon nach wenigen Tagen im Massensterben vor den Fortifikationen von Liège enden sollte; Befestigungen, die nach den Plänen des Generalstabes umgangen, nach dem Befehl eines ehrgeizigen Heerführers namens Ludendorff, der ab 1916 faktisch der Militärdiktator Deutschlands wurde, jedoch unter großen Verlusten erstürmt werden mussten.

3 David Stevenson, Der Erste Weltkrieg, Mannheim 2010, S. 56.

Burgfrieden statt Klassenkampf – die Entscheidung der Gewerkschaften

Der Kriegskorporatismus der Gewerkschaften lässt sich nicht auf die Burgfriedenspolitik der SPD allein zurückführen. Vielmehr zeigte sich darin eine für das gewerkschaftliche Selbstverständnis und die Gewerkschaftspolitik typische Prioritätensetzung: Sie trafen nicht die Entscheidung über Krieg und Frieden, über Kooperation oder Opposition, sondern über die Form sozialpolitischer und organisierter Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder in Kriegszeiten.

Am 1. August 1914 – zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion – kam die Generalkommission der freien Gewerkschaften zusammen. Sie stand ganz unter dem Eindruck einer Information aus dem Buchdruckerverband, nach der die Reichsregierung schon die Befehle zur Auflösung der Gewerkschaften und die Verhaftung ihrer Führer vorbereitet habe. Tatsächlich hatten die kaiserlichen Militärbehörden eine solche Maßnahme ins Auge gefasst. Darum wurden zuerst einmal die Bankguthaben auf die Konten befreundeter Bürgerlicher verschoben oder auf andere Banken überschrieben. Zudem wurde für den Verbotsfall die Verbindung der dann illegalen Organisationseinheiten sichergestellt.

Nach einer Stunde wurde der Vorsitzende Carl Legien heraus gebeten, um einen Gesandten des Reichskanzlers zu empfangen, der ihm im Auftrage des Reichskanzlers und der Militärbehörden mitteilte, dass diese nicht an den selbstmörderischen Schritt dachte, die Gewerkschaften (mit immerhin 2,5 Millionen Mitgliedern) aufzulösen.[4]

Als am folgenden Tag die Vorstände der Gewerkschaften zu ihrer Konferenz zusammen kamen, die seit Beginn des Jahres zwischen den Kongressen als oberstes Beschlussorgan tagte, gab Legien Entwarnung. Er berichtete, dass die Reichsregierung zu einer Konferenz am selben Nachmittag geladen hätte, um mit den Gewerkschaften zu beraten, unter welchen Bedingungen Arbeitslose aufs Land geschickt werden könnten, um dort bei der Einbringung der Ernte zu helfen. Da es bis 1916 noch keine Arbeitspflicht gab, war eine solche Absprache rechtlich geboten. Die Konferenz stimmte dem zu. Damit waren die Würfel gefallen. Die Gewerkschaften konzentrierten sich auf ihre Rolle als Arbeitsmarktpartei in Krisenzeiten.

Wenige Tage später wurde beschlossen, alle Streikbewegungen einzustellen und mit den Behörden in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zusammenzuarbeiten, um die Folgen des Krieges für die Arbeiter und ihre Familien

4 Die Darstellung folgt dem Protokoll der Vorständekonferenz vom 2. August 1914 abgedruckt in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert – Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914 – 1919, bearbeitet von Klaus Schönhoven, Köln 1985.

einschließlich der Angehörigen der zum Militär Eingezogenen zu regeln. Es ist offen, ob die Festlegung der Gewerkschaften auf die Zusammenarbeit mit der Reichsregierung die Entscheidung der SPD-Fraktion, den Kriegskrediten zuzustimmen, erleichtert hat. Immerhin bestand fast die Hälfte der Reichstagsfraktion aus hauptamtlichen Gewerkschaftern.

Es war jedoch nicht nur ein von den sozialen Interessen geleiteter Pragmatismus, der die Führungen der Gewerkschaften leitete. Vielmehr zeigte sich in ihm auch ein Patriotismus, der jedoch nicht von nationalistischer Verblendung, sondern von einem damals üblichen Volksgemeinschaftsdenken wie einem spezifisch gewerkschaftlichen „Standortdenken“ geprägt war. Der äußere Feind bedrohte nicht nur die Heimat, sondern Arbeitsplätze und soziale Errungenschaften der deutschen Arbeiter.

Diese Position wird am deutlichsten in einer Flugschrift, die im Mai 1916 von der Generalkommission der freien Gewerkschaften verfasst wurde, und sich gegen die zunehmende Kritik in den Reihen der Funktionäre an der unkritischen Zusammenarbeit mit den Reichsbehörden richtete. Die Politik des 4. August 1914 sei, so die Generalkommission,

> „die Politik der gemeinsamen Landesverteidigung ohne Unterschied von Religion, Klasse oder Partei. Sie ist eine Politik der organisatorischen Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederringung Deutschlands mit anderen Mitteln als durch die Überlegenheit der Waffen. Sie ist die Summa der Politik der deutschen Selbsterhaltung.“

Zur politischen Auseinandersetzung über die Haltung der Sozialdemokratie zu Krieg und Frieden nahmen die Gewerkschaften keine Stellung, wohl aber zu der für sie existenziellen Frage der Wirtschaftseinheit. Denn im Falle einer Niederlage befürchteten sie, dass Deutschland „nach den Plänen der Gegner die Vernichtung der Landwirtschaft in Ostpreußen, die Zerstörung der Industrie, die Vernichtung des Handels“ drohe. Zugleich malten sie das Schreckensbild einer Zerstörung der „deutschen Arbeiterkultur“ (Arbeitsschutz, Versicherungen, Tarifverträge, Gewerkschaften) im Falle einer Invasion des „Zarismus“:

> „Es hieße sie mit allen wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Errungenschaften preisgeben, wenn wir das Vaterland seinen Feinden überließen, denn diese würden, unbekümmert um die großen Ziele der Gewerkschaften, ihnen wirtschaftlich und rechtlich den Lebensfaden abschneiden.“[5]

5 Flugschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur gewerkschaftlichen Kriegspolitik Mai 1916 in: Schönhoven, S. 229f.

An dieser politischen Orientierung hielten die Gewerkschaftsführungen bis zum Ende des Kriegs fest und verteidigten sie konsequent gegen jede innergewerkschaftliche wie auch innerparteiliche Opposition.

Kriegspartnerschaft und Mitbestimmung

Kein anderes Ziel dokumentiert den Geltungsanspruch der deutschen Gewerkschaften in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik so klar wie die Forderung nach Mitbestimmung. Mitbestimmung ist der Anspruch auf Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen in der Wirtschaft, auf die gleiche Augenhöhe in der Auseinandersetzung von Arbeit und Kapital. Sie bildet zugleich die entscheidende Voraussetzung für die Selbstbestimmung, die Anerkennung der staatsbürgerlichen Freiheitsrechte in der von asymmetrischen Machtverhältnissen bestimmten kapitalistischen Marktwirtschaft. Politische Demokratie muss immer in der Wirtschaft verankert werden – so das gewerkschaftliche Credo.

Daher war die Institutionalisierung einer – wenn auch rudimentären – Mitbestimmung für die Gewerkschaften das Schlüsselerlebnis im 1. Weltkrieg. Jedoch war die Durchsetzung der Mitbestimmung kein Ergebnis eines heroischen Kampfes der Gewerkschaften, sondern entsprach dem Kalkül eines Teiles der Militärkaste, die die Nützlichkeit der Gewerkschaften in der Kriegswirtschaft erkannte, sowie einer parlamentarischen Konstellation, die die Führungen aller Richtungsgewerkschaften für sich zu nutzen wussten.

Tatsächlich betraten am 1. August 1914 (44 Jahre nach Gründung des deutschen Reiches und 24 Jahre nach Aufhebung des Sozialistengesetzes) zum ersten Male Gewerkschaftsführer und ihre Sekretäre offiziell die Gebäude der stellvertretenden Generalkommandos, des Reichsernährungsamtes und anderer Behörden. Sie konnten nun quasi auf gleicher Augenhöhe mit den militärischen und zivilen Entscheidungsträgern über Ernährungsprobleme, Fragen der Arbeitsbeschaffung, Fürsorge für Kriegsverletzte und Hinterbliebene und andere soziale Maßnahmen verhandeln. In den Ländern und Kommunen öffneten sich ebenfalls die Türen für die Gewerkschaftsvertreter. Auch lockerte sich die Polizeiaufsicht und wurde die Pressezensur für die Gewerkschaftszeitungen gemildert.

Am 14. November 1914 besichtigten Mitglieder der preußischen Regierung, des Reichskabinetts, des Reichstags und der Militärbehörden Gewerkschaftseinrichtungen in Berlin – ein bis dahin undenkbarer Vorgang. Hauptansprechpartner waren die höheren Offiziere der Militärkommandos. Deren Haltung repräsentierte General Wilhelm Gröner, damals Leiter des preußischen Kriegsamtes und zeitweise Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung. Gröner war davon überzeugt, dass man den Krieg nur mit und nicht gegen die Gewerkschaften gewinnen könne. Tatsächlich war Deutschland wirtschaftlich und auch sozialpolitisch in keiner Weise auf einen längeren Krieg

vorbereitet und so wurde schnell deutlich, dass die Behörden weder mit der Arbeitsbeschaffung in der Rüstungsindustrie noch mit den sozialen Problemen der zahlreichen Kriegshinterbliebenen, Kriegsversehrten oder mit der Ernährung der Bevölkerung fertig wurden. Sie brauchten die Gewerkschaften. Auch für die Gewerkschaften schien sich am Ende die Kooperation auszuzahlen: Sie konnten in den ersten Kriegsjahren in Konflikten vermitteln und soziale Probleme regeln. Zwar hatten sie nach Kriegsausbruch durch Einberufung und die hohen Verluste der Truppen fast eine Million Mitglieder verloren und ihre Mitgliederzahl sank 1915 unter eine Million. Im Laufe des Kriegs gewannen sie jedoch wieder eine halbe Million und überschritten Ende 1918 mit 2,8 Millionen sogar das Vorkriegsniveau.

Es gelang jedoch nur teilweise, die insgesamt geschäftsmäßige Zusammenarbeit mit den Militär und Zivilbehörden auf die Wirtschaft auszudehnen. Ein Gesprächsangebot an die Reichsvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu Kriegsbeginn stieß bei den Arbeitgeberverbänden auf eisige Ablehnung. Auch blockierten die Rüstungsindustriellen, die enorme Kriegsgewinne einstrichen und auf die die Reichsregierung angewiesen war, jede Form der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. In einigen Wehrkreisen gelang es den Stahl- und Kohlebaronen sogar, die Militärbehörden davon zu überzeugen, dass eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mehr zur Beunruhigung der Lage beitrüge als zur Konsolidierung der schwierigen Verhältnisse. Nur in den Branchen wie etwa in der Holzindustrie, wo es bereits Tarifverträge und ein gemeinsames Interesse an Aufträgen und Arbeitskräften gab, kam es zu einer Form von Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Die Gewerkschaften waren jedoch im Unklaren darüber, ob diese Partnerschaften die Nachkriegszeit überdauern würden.

Ein Durchbruch auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital war angesichts des klaren Klassenstandpunktes der Großindustriellen und ihrer Verbände das vaterländische Hilfsdienstgesetz vom Dezember 1916. Es war – so der Historiker Klaus Schönhoven – das bedeutendste Zugeständnis des Staates an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung während des Krieges.[6] Die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff sah nur in einer totalen Mobilmachung aller wirtschaftlichen Reserven die Chance, den Krieg militärisch noch gewinnen zu können und dazu gehörte die Arbeitspflicht für alle männlichen Einwohner von 16 bis 60 Jahren. Der Reichstag, dessen Rechte im Krieg nicht eingeschränkt waren, musste diesem Gesetz zustimmen.

So konnten sich die Gewerkschaften aller Richtungen – die christlichen und liberalen hatten bereits 1914 aufgrund ihrer nationalen Orientierung ohne Probleme eng mit den Behörden zusammengearbeitet – nun darauf konzent-

6 Schönhoven, S. 17.

rieren, für die Beteiligung der Gewerkschaften in Lohn und Arbeitszeitfragen in den Unternehmen bei der Mehrheit aus SPD, dem Zentrum und den Liberalen zu werben. Vorbild war der im Februar 1915 unter Mitwirkung der Feldzeugmeisterei in Berlin gebildete Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlin, in dem paritätisch Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammenarbeiteten, um Streitfälle zu schlichten. Im Gegenzug hatten die Gewerkschaften einer Arbeitspflicht in der Berliner Rüstungsindustrie zugestimmt.

Tatsächlich gelang es nun im Vaterländischen Hilfsdienstgesetz, die Einführung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in allen kriegswichtigen Betrieben durchzusetzen. Dort, wo mehr als 50 Arbeiter bzw. Angestellte beschäftigt waren, wurden diese Ausschüsse gegründet – in denen vor allem Lohn und Arbeitszeitfragen sowie die Arbeitsbedingungen diskutiert wurden. Streitfälle wurden dann in paritätischen Schlichtungsausschüssen behandelt, deren Vorsitz in der Regel ein Vertreter des Kriegsamtes innehatte – also ein Militär.

Wenn in der aktuellen Geschichtsschreibung der Gewerkschaften das Hilfsdienstgesetz überwiegend positiv beurteilt wird,[7] so bildete sich damals auch schon eine andere Traditionslinie einer kritisch-klassenkämpferischen Interpretation von Mitbestimmung heraus: Die linke Opposition in der SPD sowie oppositionelle Gewerkschafter lehnten die mit der Einrichtung der Arbeitsausschüssen verbundene Zustimmung der Gewerkschaften zur Arbeitspflicht als „Ausnahmegesetz für die Arbeitgeber“ ab.[8]

Es darf ebenfalls nicht übersehen werden, dass dieses Gesetz in den Augen vieler Arbeitgeber nur vorübergehend für die Kriegszeit hingenommen wurde. Sie traten weiteren Absichten der Gewerkschaften entschieden entgegen, aus der Kooperation in den Betrieben und der staatlich gesteuerten Versorgungs-, Produktions- und Preispolitik eine dauerhafte Einrichtung auch im Sinne gesamtwirtschaftlicher Partnerschaft zu machen: „Der Widerstand gegen Staatsinterventionismus und Staatssozialismus stand 1917/1918 im Zentrum der unternehmerischen Politik.“[9] Im machtpolitischen Kalkül der Arbeitgeber insbesondere der Schwerindustrie kam die Nützlichkeit der Gewerkschaften noch nicht vor. Das sollte sich gegen Ende des Krieges zumindest vorübergehend ändern.

7 Vgl. Werner Milert, Rudolf Tschirbs, Die andere Demokratie.

8 So Richard Müller, der Initiator der gewerkschaftlichen Opposition im Berliner Metallarbeiterverband – siehe dazu: Ralf Hoffrogge, Richard Müller, Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008, S. 42.

9 Schönhoven, S. 19.

Sozialer Protest und Opposition gegen den Krieg

> „Die vielfach als Erfolg gewertete Anerkennung der Gewerkschaften war nur um den Preis ihrer fortschreitenden Einbindung in das Herrschaftssystem des Wilhelminischen Kaiserreiches zu erreichen, für dessen Politik sie Mitverantwortung und – in den Augen einer wachsenden Zahl von Arbeiterinnen und Arbeitern – auch Mithaftung übernahmen“,

so der Historiker Michael Schneider.[10] Denn die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter verschlechterte sich schon im ersten Kriegswinter rapide: Die deutsche Landwirtschaft war nicht auf den Krieg eingestellt und verlor viele Arbeitskräfte an das Militär. Auch die Produktion von Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs ging kriegsbedingt zurück und wurde zu Gunsten der Rüstungsproduktion eingestellt. Die Preise für die rationierten Lebensmittel stiegen rasant und auch die Rationen wurden immer weiter gekürzt. Die Preise für die wichtigsten Güter des täglichen Bedarfs hingegen explodierten schon im ersten Kriegsjahr: Für Roggenmehl um 78,5%, Butter um 48%, Speck um 157%, Milch um 18% und Äpfel um 38,4%. Nur die Preise für alte Kartoffeln sanken um 8%. Auch die Kohlenpreise stiegen um 16%. Die Löhne blieben weitgehend auf dem gleichen Stand wie 1914. Zugleich verdoppelten die Industrieunternehmen etwa im Raum Köln ihre Dividenden an die Aktionäre.[11] Die Blockade der Alliierten, vor allem aber Misswirtschaft, Schwarzmarkt und Schieberei taten ein Übriges, dass immer mehr Menschen hungerten.

Im April 1915 kam es zu ersten Protesten gegen die angekündigten Kürzungen der Brotrationen, im zweiten Kriegswinter brachen in vielen Städten Hungerunruhen aus. Gleichzeitig veränderte sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse: An Stelle der Männer wurden mehr und mehr Frauen in der Industrie wie im öffentlichen Sektor eingestellt. Hinzu kamen junge Arbeiterinnen und Jungarbeiter unter 18 Jahren sowie Landarbeiter, die sich nur schwer an die Industriearbeit gewöhnten. Für die neu rekrutierten Arbeitskräfte zahlten die Arbeitgeber aber weit geringere Löhne und setzten sie den miserabelsten Arbeitsbedingungen aus.[12] Die Gewerkschaften vermochten immer weniger zu

10 Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S. 132.

11 Bericht über die Lohnverhältnisse der Kölner Metallarbeiter August 1914 – September 1915 zit. n. Witich Roßmann Vom mühsamen Weg zur Einheit, Lesebuch zur Geschichte der Kölner Metallgewerkschaften Quellen und Dokumente I: 1848 – 1918, Hamburg 1991, S. 415.

12 „Die Lohn und Arbeitsverhältnisse (der Frauen) sind im Allgemeinen noch schlechter als bei den Männern. Besonders hatten wir uns mit den Verhältnissen der Fabrik Elektrischer Zünder in Köln Niehl zu befassen. Unzählige Frauen arbeiten monatelang für 25 Pf. die Stunde. Die Arbeitszeit in Niehl dauert jeden Abend bis

vermitteln, dass sie Mitgliederinteresse, Organisationsinteresse und Vaterlandsinteresse in Einklang bringen konnten.

Den Gewerkschaften fehlten nach der Einberufung vieler Funktionäre zum Militär erfahrene Vertrauensleute in den Betrieben. Zudem hatten sie seit ihrer Gründung kein Konzept für die Organisierung von Arbeiterinnen und waren oftmals auch nicht willens, ihnen Führungsaufgaben zu übertragen. Und zudem hatten sie eine politische Jugendarbeit von Anfang bekämpft, so dass sie nun keinen Bezug zu den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen hatten. Bei den ersten sozialen Protesten war es den Gewerkschaften noch gelungen, durch Einwirken auf die Streikenden sowie Verhandlungen mit den Militär und Zivilbehörden auf kommunaler Ebene die Streikbewegungen einzudämmen. Nach dem Hungerwinter 1915/1916 erodierte die Machtbasis der Gewerkschaften.

Der dritte Kriegswinter, in dem sich Millionen Menschen von Kartoffeln und Steckrüben ernähren mussten, sah dann eine Ausweitung der Protestwelle und viele spontane Streiks. Diese Streiks wurden von Frauen und Jungarbeitern getragen, fanden aber auch die Unterstützung der wenigen noch verbliebenen Facharbeiter, die bis zum Übermaß als Leistungsträger schuften mussten.

Im Januar 1917 stieg die Zahl der Streiks auf 562 und die der Streikenden auf 668 032.[13] Unter dem Eindruck der russischen Februarrevolution streikten im April 1917 etwa 300 000 Rüstungsarbeiter in Berlin. Auch in anderen Städten kam es in der Metallindustrie zu Arbeitsniederlegungen. Zum einen war mit der russischen Revolution und dem Rücktritt des Zaren das immer noch allgegenwärtige Feindbild des russischen Zarismus nicht mehr tauglich, um weitere Kriegsanstrengungen zu rechtfertigen. Zum anderen waren die Arbeitgeber trotz der Arbeiterausschüsse in den Betrieben nicht bereit, die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die gewerkschaftliche Generalkommission reagierte auf die Aprilstreiks 1917 mit einem Rundschreiben an ihre Gau- und Bezirksleiter mit der Mahnung, Aufklärung über die Haltung der Gewerkschaften zu betreiben und der politischen Agitation der Betriebsobleute und der Spartakusgruppe entgegenzutreten.

8 ¼ Uhr und sonntags bis mittags um 12 ¼ Uhr. Kleiderschränke und Ankleideräume kennt man nicht. Waschvorrichtungen fehlen überall. In einer einzigen Rinne, wo neues Wasser nicht hinzuläuft, müssen sich gegen 200 Arbeiterinnen waschen. Aborte fehlen und sind in einem miserablen Zustand. In nassen Arbeitsräumen wird ohne Heizung gearbeitet; in den direkt gesundheitsschädlichen Räumen fehlt es an der notwendigen Ventilation. Ohnmachtsanfälle sind an der Tagesordnung; stundenlang müssen die Ohnmächtigen ohne Hilfe auf der Erde liegen." Bericht über die Generalversammlung des DMV Köln 15. Oktober 1916 zit. n. Roßmann, S. 419.

13 Statistisches Reichsamt nach Schneider, S. 138.

> „Deutschland ist nicht Russland. Die Revolutionsspielereien der Arbeitsgemeinschaft [der Betriebsobleute, W.U.] und Spartakusgruppe gefährden lediglich die deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere unsere gewerkschaftlichen Organisationen, und die Verteidigungskraft des Landes."[14]

Doch weder die Sorge um die Schwächung der Landesverteidigung noch die Gefährdung der Organisationen hinderten die sich radikalisierenden und politisierenden Betriebsarbeiter daran, erneut zu streiken. Als sich nach der Oktoberrevolution die neue von den Bolschewiki geführte Regierung für den sofortigen Frieden aussprach, sahen viele Arbeiter endlich die Chance, mit Streiks das Ende des Krieges herbeiführen zu können.

Anfang Januar 1918 legten mehr als eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter in der Rüstungsindustrie die Arbeit nieder und gingen unter der Parole „Frieden, Freiheit und Brot" auf die Straße. Aus dem sozialen Protest wurde eine Bewegung für einen sofortigen Friedensschluss ohne Gebietsansprüche, eine Demokratisierung der autoritären Gesellschaft und eine bessere Lebensmittelversorgung. Die Betriebsvertrauensleute, Obleute und Arbeiterräte wandten sich direkt an die Arbeiterparteien, USPD, MSPD oder an die Spartakusgruppe. Sie artikulierten ihren Protest in den Betrieben während der Arbeitszeit, nicht auf Delegiertenversammlungen nach Feierabend. Die Gewerkschaften standen in den Januar-Streiks abseits, obwohl diese von den hochqualifizierten Stammbelegschaften geführt wurden.

In Berlin gründete sich während des Streiks der Groß-Berliner Arbeiterrat, geleitet von einem Aktionsausschuss, dem je drei Vertreter der MSPD und der 1917 gegründeten USPD, aber kein Gewerkschaftsvertreter angehörten.

Auf einer Vorständekonferenz am 1. Februar 1918 distanzierten sich die Gewerkschaftsführungen: „Die Gewerkschaften stehen diesen Streiks fern, ihre Leitungen sind an ihnen in keiner Weise beteiligt."[15] Die Gewerkschaften warnten die Behörden vor Repression und Gewaltanwendungen, versicherten aber, ihre ganze Kraft für die Sicherung der Landesverteidigung einzusetzen. Sie wagten keinen ernsthaften Konfrontationskurs und hielten an der Politik des 4. August, der Unterstützung der Landesverteidigung fest. Damit verloren

14 Rundschreiben der Generalkommission an die Verbandsvorstände betr. die Aprilstreiks vom 23.4.1917, in Schönhoven, S. 350f.

15 „Wohl aber sind von den Gewerkschaftsleitungen die entscheidenden Stellen im Reiche seit Monaten mündlich und schriftlich ersucht worden, die Ursachen zu beseitigen, welche die steigende Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen haben. Leider haben diese Warnungen keine genügende Beachtung gefunden." Beschluss der Konferenz der Verbandsvorstände vom 1. Februar 1918 zit. n. Schönhoven, S. 431.

sie jeglichen Einfluss auf die Streikbewegungen, die in die Revolution des November 1918 mündeten.

Sozialpartnerschaft statt Revolution

Die Novemberrevolution fand in Folge der beschriebenen Entwicklungen ohne die Führungen der Gewerkschaften statt. Weder die revoltierenden Matrosen in Kiel, noch die sich überall bildenden Arbeiterräte in den Betrieben und auch nicht die Soldatenräte hörten in irgendeiner Weise auf die freien, christlichen oder die liberalen Gewerkschaften. Dabei wurden viele örtliche Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute in die Räte gewählt.

Die Führungen hatten vergeblich gehofft, durch Eintritt in die letzte Reichsregierung des Prinzen Max von Baden die sozialen Probleme besser lösen und eine Demokratisierung des Reiches auf friedlichem Wege einleiten zu können. Diese neue Regierung war von der Obersten Heeresleitung unter dem Eindruck des drohenden Zusammenbruchs der Westfront noch schnell installiert worden, um der Reichstagsmehrheit aus MSPD, Zentrum und Liberalen die Verantwortung für den unvermeidlichen Waffenstillstand und einen harten Frieden zuzuschieben.

Die Gewerkschaften entsandten Gustav Bauer als Leiter des Reichsarbeitsamtes und Robert Schmidt als Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt. Beide kamen aus der Generalkommission und besaßen ihr Vertrauen.

Als Max von Baden dem Führer der MSPD, Friedrich Ebert, am 9. November 1918 unter dem Eindruck der Revolution das Amt des Reichskanzlers übergab und dann auf Druck der Berliner Rätebewegung der Rat der Volksbeauftragten (mit 3 MSPD und 3 USPD Vertretern) gebildet wurde, spielten die Gewerkschaften keine Rolle mehr in der neuen Regierung. Sie hatten gegenüber den revolutionären Massen wie gegenüber der Politik jede Autorität verloren.

Diese Distanz zu den politischen Umbrüchen, die sie im Nachhinein als freiwillige Abstinenz zu rechtfertigen suchten, verhinderte, dass die sich vertiefende Spaltung der Arbeiterbewegung, die nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg und der Niederschlagung der Rätebewegung in Berlin durch reaktionäre Freikorps auf Befehl des Sozialdemokraten Gustav Noske unumkehrbar wurde, zu einer Gewerkschaftsspaltung führte.

Die nachträgliche Rechtfertigung des (organisations-)politischen Versagens während der demokratischen und sozialen Revolutionsbewegung konnten die Gewerkschaften jedoch nur aufrechterhalten, weil es ihnen gelang, das noch vorhandene Gewicht ihrer Institution in das Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft umzusetzen. Am 15. November 1918 – sechs Tage nach der Revolution vom 9. November – wurde es von Carl Legien für die Generalkommission der Gewerkschaften und dem Ruhrindustriellen Hugo Stinnes für die Arbeitgeberverbände abgeschlossen.

Hervorgegangen war dieses Abkommen aus informellen Kontakten, die seit dem Sommer 1917 bestanden. Es hatte zum Ziel, die Demobilisierung des Millionenheeres, die Rückkehr an die Arbeitsplätze und die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zu ermöglichen. Denn die Gewerkschaften wollten jegliches Chaos und den wirtschaftlichen Zusammenbruch vermeiden. Als im Oktober 1918 die militärische Niederlage unabweisbar war, schwenkte das ganze Arbeitgeberlager einschließlich der Industrie auf den Verständigungskurs mit den Gewerkschaften um. Somit konnten sich die Gewerkschaften durch einen politischen Coup an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte setzen, die keine revolutionäre Umgestaltung der Wirtschaft anstrebten, sondern eine evolutionäre und vor allem sozialpartnerschaftlich geprägte Weiterentwicklung.

In dem in wenigen Tagen ausgehandelten Abkommen erkannten die Arbeitgeber die Gewerkschaften als einzige legitime Vertretung der Arbeiterschaft an, garantierten die Koalitionsfreiheit und die Bindewirkung kollektiver Tarifverträge und die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise und Schlichtungsausschüsse. Vereinbart wurde die Gründung von Arbeiterausschüssen in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern sowie die Ausschaltung der gelben Werkvereine, die von den Arbeitgebern gegründet worden waren. Den rückkehrenden Soldaten wurde der Arbeitsplatz garantiert, die bis dahin dort beschäftigten Frauen mussten in Folge dessen wieder an den Herd. Die Zusage, überall den 8-Stunden Tag ohne Lohneinbußen einzuführen, verbanden die Arbeitgeber mit dem Verweis auf die internationalen Rahmenbedingungen, die man beachten müsste, um wettbewerbsfähig zu bleiben und ließen sich so eine Hintertür offen. Um die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen, wurde eine Zentralarbeitsgemeinschaft mit einem Sekretariat gegründet.

Die Gewerkschaften hatten in wenigen Wochen erreicht, wofür sie Jahrzehnte gekämpft hatten. Sie waren davon überzeugt, auf diesem evolutionären und sozialpartnerschaftlichen Wege die neue Demokratie wirtschaftlich und sozial ausgestalten zu können. Sie hatten jedoch faktisch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft garantiert, ebenso wie die Machtverhältnisse in den Unternehmen, vor allem in der Industrie. Obwohl mit dem hart umkämpften Betriebsrätegesetz 1920 die Mitbestimmung in den Betrieben in der Wirtschaft und in den Unternehmen in öffentlicher Hand (mit Ausnahme der Beamtenschaft und des Militärs) gesetzlich verankert wurde, mussten sie bald danach erkennen, dass für die Schwerindustrie die Kooperation mit den Gewerkschaften und das ZAG-Abkommen nicht mehr als ein taktisches Bündnis waren, von dem sie sich so schnell wie möglich verabschieden wollte.

Die Gewerkschaften und der Frieden

Trotz aller Burgfriedenspolitik und des Sozialpatriotismus der Mehrheitssozialdemokratie wie der Gewerkschaften muss auch im Nachhinein deutlich darauf geachtet werden, dass es zwischen ihnen und den chauvinistischen, nationalistischen und militaristischen Massenbewegungen von Bürgertum und Adel eine scharfe Trennung gab.

Weder die große Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter noch die Arbeiterbewegung oder die Gewerkschaften hatten den Krieg gewollt. Sie verstiegen sich nicht zu annexionistischen und imperialistischen Welteroberungsplänen. In ihrem Festhalten an der Politik der Landesverteidigung auf der einen und der Kritik am Chauvinismus und Militarismus der Kriegsparteien auf der anderen Seite gerieten sie jedoch schnell in eine Zwickmühle, weil sie nicht einsehen wollten, dass die Parole der Landesverteidigung schlicht eine Aggression des militaristischen Deutschland kaschierte.

Die erste gewerkschaftliche Initiative für einen künftigen Friedensschluss ging nicht von den deutschen, sondern von den französischen, englischen, belgischen und italienischen Gewerkschaften aus. Sie kamen vom 5. bis 7. Juli 1916 im englischen Leeds zusammen, um über gemeinsame Forderungen an einen Friedensvertrag zu beraten. In einem Rundschreiben an die gewerkschaftlichen Landeszentralen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der noch immer in Berlin seinen Sitz hatte und dessen Vorsitzender Carl Legien war, übermittelten sie die auf der Grundlage früherer Beschlusslagen des IGB entwickelten Forderungen. Sie verlangten, dass ein Friedensvertrag,

> „der den jetzigen Krieg beenden und den Völkern die Freiheit und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit geben wird, gleichzeitig der Arbeiterklasse aller Länder ein Mindestmaß von Garantien [u. a. Koalitionsrecht, Freizügigkeit, Sozialversicherung] sichern soll.“[16]

Carl Legien nahm dann fünf Monate später seinerseits zu dem Schreiben der französischen und englischen Verbände und den Forderungen von Leeds ebenfalls in einem Rundschreiben an die Landeszentralen Stellung. Er stimmte vielen Forderungen im Grundsatz zu, bewertete einzelne Forderungen kritisch und lehnte eine Verlegung des Sitzes des IGB ab.

Erst nach dem Waffenstillstand 1918 kamen dann die Gewerkschaften aller kriegführenden Parteien vom 5. bis 9. Februar 1919 in Bern zusammen, um einen gemeinsamen Forderungskatalog zu verabschieden, der sich an die Friedenskonferenz in Versailles wendete und die internationale Arbeitergesetzgebung betraf.

16 27.9.1916 Rundschreiben der CGT an die gewerkschaftlichen Landeszentralen zit. n. Schönhoven, S. 246f.

Tief enttäuscht und empört reagierten die Gewerkschaften auf den Versailler Vertrag. Von einer internationalen Arbeitsgesetzgebung war nur die Einrichtung eines Internationalen Arbeitsamtes geblieben. Aber vor allem die harten Friedensbedingungen stießen auf massiven Protest. In der Vorständekonferenz am 14. und 15. Mai 1919 erklärte Legien:

> „Wer noch während der Kriegszeit jemals daran gezweifelt hat, ob Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet, der wird nach Kenntnisnahme dieser Friedensbedingungen diesen Zweifel fallen lassen.“

In einem Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder protestierten die Deutschen Gewerkschaften gegen den „imperialistischen Gewaltfrieden schlimmster Art“ mit dem in ihrer Interpretation die Westmächte die „brutale Erdrosselung des deutschen Volkes“ herbeiführen wollten.[17] Dennoch blieb der Mehrheit der Weimarer Nationalversammlung nichts anderes übrig, als diesen Vertrag zu ratifizieren.

Aufarbeitung und Konsequenzen

Nach dem Krieg mussten sich die Gewerkschaften einer intensiven Diskussion über ihre Haltung zum, im und am Ende des Krieges stellen. Es ging um die Burgfriedenspolitik, um organisationspolitische Konsequenzen aus dem weitgehenden Verlust der Führung in den letzten Kriegsjahren und um ihre Haltung zu der nun politisch gespaltenen Arbeiterbewegung – und damit um die innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse. Sie mussten zugleich ihr Verhältnis zur Rätebewegung und zu den Betriebsräten, zur Umgestaltung der Wirtschaft wie zur Weimarer Demokratie neu bestimmen.

Entscheidungen fielen auf dem 10. Kongress der Freien Gewerkschaften vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 in Nürnberg.[18] Nach harten Kontroversen sprach der Kongress mit 445 zu 179 Stimmen der Generalkommission das Vertrauen aus. Ebenso billigte der Kongress mit 420 zu 181 Stimmen die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden.

Zwar schienen die harten Bedingungen und die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages die Politik der Landesverteidigung im Nachhinein zu rechtfertigen. Kritisiert wurde aber eine Politik der Vaterlandsverteidigung, die zwar nicht chauvinistisch, wohl aber wirtschaftspatriotisch bestimmt war.

Hieraus zogen die Gewerkschaften dann in der Nachkriegszeit die Konsequenz, sich für die allgemeine Abrüstung und für ein friedliches vereinigtes Europa zu engagieren, in der umfassende soziale Rechte für alle Arbeiter und Arbeiterinnen die Konkurrenz eindämmen sollten. Dies bedeutete aber keines-

17 13./14. Mai 1919 Konferenz der Verbandsvorstände zit. n. Schönhoven, S. 756f.

18 Vgl. Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften, S. 153ff.

wegs, dass sich Gewerkschaften damit in ihrer Praxis vom Bezug auf Standort und Nationalstaat oder von Positionen der Vaterlandsverteidigung, wenn sie denn demokratisch legitimiert ist, verabschiedet hätten. Internationale Solidarität, Frieden und Abrüstung bleiben bis heute wichtige Werte und Ziele. Gleichwohl ist es ein Mythos anzunehmen, die Gewerkschaften seien per se eine Friedensbewegung.

Der Kritik an der sozialpolitischen Kooperation mit den Militärbehörden bis zum Ende des Krieges und dem ZAG-Abkommen konnte die Generalkommission zum einen den Verweis auf die positive Mitgliederentwicklung entgegensetzen. Die Mitgliederzahlen vervielfachten sich von 1,5 Millionen (1914) und 2,8 Millionen (1918) auf über 8 Millionen im Jahr 1919.

Auf der Habenseite der Generalkommission standen zum anderen die Artikel der Weimarer Verfassung, in denen Gewerkschaften Verfassungsrang erhielten und die ihren wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen (Sozialisierung und Reichswirtschaftsrat) entgegenkamen. Errungenschaften waren außerdem die zahlreichen Tarifverträge, die nun geschlossen wurden und die Betriebsräte, die ein Jahr später mit dem Betriebsrätegesetz eine gesetzliche Grundlage erhielten. Auch erließ die Reichsregierung Verordnungen, die den Arbeitgebern Entlassungen erschwerten. Während der Weimarer Republik konnten weitere sozialpolitische Fortschritte durchgesetzt werden, etwa die eigene Arbeitsgerichtsbarkeit und eine (immer noch unzureichende) Absicherung Arbeitsloser. Dennoch gelang kein wirtschafts- und sozialpolitischer Durchbruch. Nach der Inflation und der faktischen Abschaffung des 8-Stundentages sowie dem Ende der Kooperation mit den Arbeitgebern halbierten sich auch die Mitgliedszahlen, denn es gelang nicht, die Errungenschaften des Stinnes-Legien-Abkommens und der Novemberrevolution auf Dauer zu verteidigen. Die Hoffnung vieler Mitglieder auf einen Neuanfang und mehr soziale Rechte hatten sich nicht realisieren lassen. Im Gegenteil: Die Macht der Arbeitgeber und der alten reaktionären Kräfte wurden gestärkt.

Als folgenreicher für die Machtverhältnisse in der ersten deutschen Demokratie erwies sich die mit der Kooperation der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern verbundene Anerkennung der bestehenden Eigentumsverhältnisse Damit hatten die Gewerkschaften jeglicher systemüberwindender Politik in der Novemberrevolution die Spitze gebrochen. Faktisch standen die Gewerkschaften nun endgültig auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Alle weiteren Versuche, diese durch Sozialisierung und Wirtschaftsdemokratie zu verändern oder zu überwinden, scheiterten, auch wenn die Gewerkschaften programmatisch immer noch an diesen Zielen festhielten. Dies ist bis heute so geblieben.

Machtpolitisch auf Dauer verheerend war die Erosion der in der Revolution gewonnenen Organisationsmacht. Mit ihrer Ablehnung der Rätebewegung und

ihrer zögerlichen Haltung zu den Betriebsräten schrieben die Gewerkschaften die Machtverhältnisse in den Betrieben zu Gunsten der Arbeitgeber fest. Statt wirksamer Kontrolle und Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe blieb nur noch eine rudimentäre und an das Betriebswohl gebundene Mitbestimmung. Zwar gelang es den freien Gewerkschaften bei den jährlichen Wahlen in den Betriebsräten immer wieder, hervorragende Wahlergebnisse zu erzielen, aber die geringen Kompetenzen der Betriebsräte setzen der ‚anderen Demokratie' deutliche Grenzen.

Die Opposition gegen die Generalkommission war nach 1918 gestärkt und hatte sich gefestigt: Sie errang eine Mehrheit im Deutschen Metallarbeiterverband und bildete starke Minderheiten bei den Bergarbeitern, den Eisenbahnern und im Bekleidungsarbeiterverband. Stark war sie in industriell geprägten Regionen wie Berlin, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen und Teilen des Ruhrgebiets. Geschwächt wurde sie jedoch durch die Abspaltungen syndikalistischer Gewerkschaften (Allgemeine Arbeiterunion) sowie den mit der Stalinisierung der KPD einhergehenden Spaltungsstrategien. Die immer wieder in der linken gewerkschaftskritischen Geschichtsschreibung vertretene These von der progressiven Basis und der rechten Führung bleibt ein Konstrukt oder ein Mythos. Auch wenn die Orientierungen und Einschätzungen der Opposition sich als zutreffend erwiesen und die Stimmung vieler Mitglieder trafen, so folgte daraus jedoch kein revolutionäres Handeln der Massen. Denn trotz aller berechtigten Kritik an der Politik der Generalkommission waren die Mehrheiten der Mitglieder wie der Funktionsträger nicht bereit, einer anderen Partei oder einer revolutionären Opposition die Führung zu überlassen.

Organisationspolitisch gelang während der Entstehung der Weimarer Republik ein Neuanfang: Die Generalkommission als ein eher lockerer Zusammenschluss der Gewerkschaften wurde durch einen Bund mit eigenen hauptamtlichen Angestellten und Strukturen auf der lokalen, regionalen und der Reichsebene ersetzt. Der als Nachfolger der Generalkommission gegründete ADGB und die Gewerkschaften begannen eine systematische Jugend- und Frauenarbeit. Sie blieben aber bis in jüngste Zeit von den Interessen männlicher Facharbeiter dominiert, auch wenn sich diese Dominanz mit den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und dem neuen Selbstverständnis der 2001 gegründeten Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di deutlich verändert.

Die Gewerkschaften zogen aus der Spaltung der Arbeiterbewegung die Konsequenz, sich gegenüber der SPD für unabhängig zu erklären. Diese Unabhängigkeit stärkte die Gewerkschaften gegenüber der SPD. Damit war jedoch keineswegs eine mit dem Begriff der Autonomie implizierte „linkere und basisbezogene Politik" verbunden. Die Mehrheitsverhältnisse in den Gewerkschaften bildeten vielmehr die politischen Mehrheitsverhältnisse in der

Arbeiterbewegung ab: Die Dominanz der SPD, ein nachlassender Einfluss der USPD sowie ein phasenweiser starker Einfluss der KPD. Diese Hegemonie der Sozialdemokratie setzte sich in Westdeutschland fort und ging erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch die so genannte Reformpolitik der Agenda 2010 teilweise verloren, ohne dass sich neue politische Orientierungen abzeichnen. Autonomie steht nicht nur für die erwünschte Unabhängigkeit der Einheitsgewerkschaft DGB, sondern droht auch zur Chiffre für eine Entpolitisierung, für den Rückzug auf die rein ökonomisch bestimmten Interessen der Mitgliedschaft zu werden.

Mitbestimmung – die Errungenschaft der Gewerkschaften im 1. Weltkrieg – beruht ebenso wie die Sozialpartnerschaft in erster Linie auf einem Kalkül gegenseitiger Nützlichkeit und vorhandener Machtressourcen. Veränderte ökonomische Rahmenbedingungen, gesellschaftliche Brüche oder andere politische Konstellationen können schnell dazu führen, dass Sozialpartner sich in der Realität der Betriebe und Unternehmen von der Kooperation auf gleicher Augenhöhe und einer wirksamen Mitbestimmung verabschieden. Mitbestimmung muss daher immer wieder neu legitimiert und machtpolitisch verankert werden. Nur wenn es den Gewerkschaften gelingt, in den Betrieben, den Unternehmen und ebenso im öffentlichen Sektor immer wieder Macht zu entfalten, können sie sicher sein, dass die Arbeitgeberseite sie auch in der institutionellen Mitbestimmung als Machtfaktor ernst nimmt. Gewerkschaftliche Machtentfaltung bedarf zudem einer gesellschaftspolitischen Perspektive. Sie muss mit dem Ziel der Emanzipation der Arbeit, der Selbstbestimmung der Menschen in der Wirtschaft verknüpft werden. Nur so lassen sich Autonomie und Mitbestimmung sinnvoll verbinden.

Deutlich wurde in der Aufarbeitung der tiefen Krise der Gewerkschaften auf dem ADGB-Kongress wie in der weiteren Gewerkschaftsgeschichte auch: Die Neigung, Niederlagen und Fehleinschätzungen zu diskutieren und die Konsequenzen daraus zu ziehen, ist nicht sehr ausgeprägt – bis in die Gegenwart hinein. Denn eine solche Diskussion kann am Ende dazu führen, dass Konsequenzen auch personeller Art gefordert und auch gezogen werden können. Damit kann ein Machtwechsel verbunden sein und bisher oppositionelle Kräfte könnten die Führung übernehmen. Ein weiterer Grund liegt in der starken institutionellen Festigung und Zentralisierung der deutschen Gewerkschaften, die einen Führungs- und einen Richtungswechsel erschweren.[19] Dem Führungs- und Richtungswechsel in der Generalkommission oder dem ADGB als einem Zusammenschluss der Gewerkschaften stand und steht wie heute im DGB der Zwang der Verständigung aller Mitgliedsgewerkschaften entgegen.

19 Vgl. Wolfgang Uellenberg, Gewerkschaften in Deutschland von 1848 bis heute. Ein Überblick, München 1996.

Gewerkschaften sind gefestigte Institutionen. Das gibt ihnen Stabilität, erschwert jedoch Veränderungen. Gewerkschaftspolitik ist so bis heute vom Pragmatismus unmittelbarer Interessenvertretung, von sozialpolitischer Reformpolitik, vom Willen nach Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe geprägt. Sie enthält jedoch immer ein darüberhinausgehendes Verständnis von Werten und Orientierungen, aus denen neue Dynamiken entstanden sind und entstehen können. Dies und Widersprüche des Alltags in einer krisenhaften kapitalistischen Ökonomie und einer vom Strukturwandel geprägten Gesellschaft halten Gewerkschaften in Bewegung. Eine geschichtspolitische Betrachtung muss alle diese hier nur angedeuteten Entwicklungen und Strukturen im Blick behalten, um nicht in der einen oder anderen Weise Mythen oder Rechtfertigungsthesen aufzusitzen.

Susanne Götze

Der Metaphilosoph Henri Lefebvre. Linke Krise und Erneuerung in den 1960er Jahren

Der prüfende Blick in die Geschichte ist nicht nur lehrsam, sondern zeigt stets eine Kontinuität zwischen Generationen, Debatten und Ideenproduktion. Heute ist kaum eine Debatte noch „neu" und dies trifft auch auf die linke beziehungsweise kritische Geschichtswissenschaft zu, die seit Jahrzehnten von vielen HistorikerInnen praktisch und theoretisch der Mainstream-Deutung „entgegengeschrieben" wird. Doch was zeichnet diesen „Mainstream" aus und wie kann eine kritische Geschichte definiert werden, ohne selbst in die Falle der „ideologischen Deutung" zu tappen, wie es vor allem vor 1989 lange Zeit der Fall war?

Diese Fragen sind Teil einer Debatte des AutorInnenkollektivs Loukanikos und sollen mit diesem Beitrag anhand der Philosophie von Henri Lefebvre und der „Neuen Linken" im Frankreich der 1950er und 60er Jahre vertieft beziehungsweise von der damaligen historischen Debatte aus betrachtet werden.[1] Die Frage nach dem „Mythos", der „Deutungshoheit" und dem Sinn linker Geschichtswissenschaft wurde von kritischen französischen Linken vor fünfzig Jahren eher unter dem Stichwort der „Ideologiekritik" thematisiert. Dies soll anhand des Soziologen, Philosophen und engagierten Intellektuellen Henri Lefebvre und seiner Schrift zur Pariser Kommune gezeigt werden – als ein Beispiel der Auseinandersetzung mit linker Geschichtsschreibung und ideologiekritischen Ansätzen.

Die AkteurInnen der Neuen Linken der 1960er Jahre, deren Geschichte ich hier nur umreißen kann, beschäftigten sich eingehend mit ihrem schweren Erbe: Die Schrecken des Stalinismus waren noch ganz frisch und die Auseinandersetzung mit dem stalinistischen System sehr lebendig. Die Mythenproduktion – oder wie es viele der damaligen „neuen Linken" formulierten: der Vulgärmarxismus – war Teil der umfangreichen Kritiken und Debatten. Viele Persönlichkeiten, die man heute zur französischen Neuen Linken zählen kann, waren ehemalige Mitglieder der KPF, Ex-TrotzkistInnen oder ehemalige SozialistInnen, die sich quasi in theoretischer und praktischer Dissidenz zu ihren ehemaligen Mutter-Parteien befanden. Zu dieser Neuen Linken gehörten unter anderem die Gruppe *Socialisme ou Barbarie* (Cornelius Castoriadis, Claude Mothé, Claude Lefort, Jean-Francois Lyotard und andere), Zeitschriften wie *Arguments* (Edgar Morin) oder *Les Temps Modernes* (Jean-Paul Sartre, Maurice Merleau-Ponty) sowie die PSU (*Parti Socialiste Unifié*, unter anderem mit Pierre Naville, Victor Fay, Claude Bourdet oder auch Michel Rocard).[2] Henri Lefebvre, der in Deutschland vor allem durch seine Schriften zur Urbanisierung („Recht auf Stadt") bekannt geworden ist, trug in den 1960er Jahren durch Werke wie „La somme et le reste", „Métaphilosophie" und „La proclamation de la commune" entscheidend zur theoretischen Erneuerung der linken Debatten im Umfeld der Neuen Linken bei. Fast dreißig Jahre später erwähnt Wolfdietrich Schmied-Kowarzik Lefebvre als „bedeutendsten marxistischen Denker nach Georg Lukács". In dem fünf Jahre nach dem Mauerfall erschienenen Band „Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis – Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus" stellt er die Aktualität der Lefebvreschen „Philosophie der Praxis" heraus:

> „Die kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis versteht sich aus dem Projekt des Menschseins (Lefebvre), das grundsätzlich auf den möglichen Erfüllungshorizont von Menschlichkeit bezogen ist."[3]

Angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus verweist Schmied-Kowarzik in seinem Aufsatz auf eine Marx-Tradition, die jenseits von Stalinismus und Parteisozialismus einen humanistisch-emanzipatorischen Ansatz verfolgte. Dieser habe die „parteiverordnete Philosophie des Sowjetmarxismus" überlebt beziehungsweise müsse sie überleben und sei notwendiger denn je, schreibt Schmied-Kowarzik. Diesen emanzipatorischen Ansatz eines „humanistischen Sozialismus" über den allgemein pauschalisierenden „Ideologieentwurf" des Marxismus im Westen zu retten, sei die Herausforderung, um zukünftig notwendige gesellschaftliche Veränderung zu denken. Lefebvre spiele dabei eine Schlüsselrolle.

Mit seinem Versuch, die Philosophie in Verbindung mit einer neuen Marxrezeption zu novellieren beziehungsweise zu überwinden, war Henri Lefebvre Anfang der 1960er Jahre nicht allein. Das Plädoyer für eine Philosophie, die sich direkt auf das Leben der Menschen bezieht, also für eine Philosophie der Praxis, wurde von DenkerInnen in Ost- und Westeuropa gleichermaßen geteilt;

1 Im Zweifel für den Zweifel, analyse & kritik, 570 (2012); Trotz Stalin, Knopp und alledem, analyse & kritik, 585 (2013).

2 1960 gegründet, 1989 aufgelöst, war die PSU eine linke Partei, die vor allem Diskurse angestoßen hat (unter anderem zur Selbstverwaltung) und Gewerkschaften sowie außerparlamentarischen Bewegungen (Ökologiebewegung, Frauenbewegung) nahestand. Nennenswerte Wahlerfolge hatte die PSU nie. Sie kam bei Wahlen niemals über vier Prozent der Stimmen.

3 Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Karl Marx und die Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis am Vorabend des 21. Jahrhunderts, in: Heinz Eidam / Wolfdietrich Schmied-Kowarzik (Hg.), Kritische Philosophie gesellschaftlicher Praxis – Auseinandersetzungen mit der Marxschen Theorie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus, Würzburg 1995, S. 34.

man sprach von „Praxisphilosophie“. Ausgehend von dem Philosophen Ludwig Feuerbach (1804–1872) sowie den Schriften des jungen Marx, unter anderem „Die deutsche Ideologie“ (1845–47) und die „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ (1844)[4], gingen die VertreterInnen der Philosophie der Praxis von der konkreten Rolle und Verantwortung des Individuums aus, das in der Lage sei, selbstständig den Lauf der Geschichte zu verändern und eine Transformation der (kapitalistischen) Gesellschaft herbeizuführen.[5] Grundlage für viele PraxisphilosophInnen wie Lefebvre sind die in den genannten Frühschriften von Marx zentralen Begriffe der Entfremdung und der „entfremdeten Arbeit“. Diese Schlüsselkonzepte inspirierten die PraxisphilosophInnen des 20. Jahrhunderts, darunter Ernst Bloch und Herbert Marcuse, zu ihrem „utopisch inspirierten Praxisdenken“;[6] auch der Soziologe Pierre Bourdieu war von ihnen inspiriert. Ein osteuropäischer Vertreter der Praxisphilosophie ist neben den jugoslawischen auch der tschechische Philosoph Karel Kosik, der in seinem schon im Titel bezeichnenden Werk „Die Dialektik des Konkreten. Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt“ (1967) und in seinem auf der Kafka-Konferenz 1964 gehaltenen Vortrag „Destruktion des Pseudokonkreten“ auf die verschiedenen Formen der Entfremdung als „eine der dringlichsten Fragen“ des 20. Jahrhunderts eingeht. Die VertreterInnen der Praxisphilosophie einte ein starker Antistalinismus, die Ablehnung des „vulgären Marxismus“ und ein gemeinsames Postulat für einen „humanistischen Marxismus“. Aus diesem Grund wurden sie von ihren KritikerInnen auch des „Anthropozentrismus“ bezichtigt. Dabei spielten die jugoslawische Zeitschrift *Praxis*[7] sowie die von 1963 bis 1974 abgehaltenen Sommerschulen eine zentrale Rolle im Austausch zwischen den VertreterInnen der Praxis-Philosophie. Henri Lefebvre war nicht

4 Beide Werke wurden nicht zu Lebzeiten von Marx veröffentlicht. Letzteres war fast ein Jahrhundert lang verschwunden.

5 Horst Müller, Der Bogen Feuerbach, Marx, Bloch, Bourdieu: Realismus und Modernität des Praxisdenkens, in: ders. (Hg.), Das Praxis-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, Norderstedt 2005, S. 24–40.

6 Ebd., S. 33.

7 Danko Grlić, Mihailo Marković, Rudi Supek, Milan Kangrga, Gajo Petrović, Predrag Vranicki waren wichtige Schreiber der Gruppe. Aus den westlichen Ländern: Ernst Bloch, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Jürgen Habermas, Kostas Axelos, Agnes Heller, Leszek Kolakowski, Karel Kosik, Julius Strinka, Eugen Fink, Ernesto Grassi, Gustav Wetter, Henri Lefebvre, Lucien Goldmann, Enzo Paci, Arnold Künzli und Thomas Bottomore. Siehe Lino Veljak, Die Erbschaft der Praxis-Gruppe und die antithetische Solidarität, http://www.praxisphilosophie.de/veljak_praxisgruppe.pdf.

nur auf den Sommerschulen im jugoslawischen Korčula, sondern auch Mitglied des Redaktionsrates der Zeitschrift *Praxis*.[8]

Ebenso im Redaktionskomitee befand sich der PSU-Vertreter Pierre Naville. Während die Mitglieder der PSU mit den jugoslawischen VertreterInnen einen regen Austausch hinsichtlich der Frage der demokratischen Planwirtschaft führten und Jugoslawien vor allem als politischen Antipol zur UdSSR verstanden, trat Lefebvre mit seinen jugoslawischen KollegInnen in Verbindung, um ein neues praxisorientiertes und undogmatisches Denken zu entwickeln, das sich aufgrund der politischen Abspaltung Jugoslawiens überhaupt erst fruchtbringend entwickeln konnte.[9] Die Philosophie der Praxis trat aufgrund ähnlicher Fragestellungen – wie die des undogmatischen Marxverständnisses sowie der Einbeziehung anderer Sozialwissenschaften wie der Psychoanalyse – in direkte Konkurrenz zur Frankfurter Schule,[10] welche den jugoslawischen VertreterInnen der Praxisphilosophie mehrheitlich kritisch gegenüberstand.[11]

8 Ebd., S. 60. Auch der Lefebvre-Vertraute und Biograph Remi Hess schreibt über die engen Beziehungen von Lefebvre zu Jugoslawien; vgl. Hess, Henri Lefebvre. L'aventure du siècle, Paris 1988, S. 314 f.

9 Die jugoslawische Sommerschule sowie die Zeitschrift wurden allerdings unter dem Protest ihrer westlichen Sympathisanten 1975 verboten. Dies war eine Folge der Proteste von 1968 in Jugoslawien, denen die KPJ mit Repressionen und Verboten beizukommen versuchte. Die Parteiführung machte die Praxis-Gruppe für die Studentenrevolte verantwortlich, entzog den beteiligten Professoren ihre Lehraufträge und verbot die Zeitschrift. 2011 veranstaltete die Rosa Luxemburg Stiftung eine Konferenz über die Sommerschule von Korčula. Vgl. [http://korcula.rosalux.rs/?lang=de]; vgl. auch Boris Kanzleiter, Das Praxis-Experiment, Jungle World, 26. Januar 2005.

10 „Frankfurter Schule“ ist die Bezeichnung für die Gruppe von Theoretikern der Kritischen Theorie, die ab den 1920er Jahren zuerst in Deutschland und später vor allem im Exil in den USA eine kritische Reflexion der traditionellen Philosophie entwickelte und ihr Denken mit der Analyse der Gesellschaft unter Einbeziehung der Gesellschaftswissenschaften vollzog. So wurden die Begründer der Schule, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, vor allem durch ihre Kritik der Aufklärung bekannt. Weitere Mitglieder waren Herbert Marcuse und in zweiter Generation Jürgen Habermas. Die Mitglieder waren Teil des Institutes für Sozialforschung in Frankfurt. Vgl. Wulff D. Rehfus (Hg.), Kritische Theorie, in: ders., Handwörterbuch der Philosophie, Göttingen 2003.

11 „So hat man in der Zagreber Philosophie der Praxis manchmal eine ‚phänomenologische Spielart des Marxismus‘ gesehen, manchmal eine ‚heideggerisierende‘ Marx-Interpretation und manchmal auch eine ‚anthropozentrische‘ Philosophie, bei der unter dem Vorwand einer Entstalinisierung wesentliche Positionen des Marxismus über Bord geworfen werden.“ Gajo Petrovic, Die Frankfurter Schule und die Zagreber Philosophie der Praxis, Vortrag auf dem 9. Fachsymposium der Alexander-von-Humboldt-Stiftung im Dezember 1984 in Ludwigsburg, in: Axel Honneth / Albrecht Wellmer (Hg.), Die Frankfurter Schule und die Folgen, Berlin / New York 1986, S. 65.

Lefebvre-RezipientInnen wie Helmut Fahrenbach hingegen betonen die Gemeinsamkeiten und die Nähe beider Schulen, vor allem im Fall Lefebvre. Dieser habe in thematischer und methodischer Hinsicht einiges mit der Kritischen Theorie gemeinsam, darunter die Einbeziehung der Sozialwissenschaften, die Bemühung um eine Aufhebung und Überwindung der Philosophie sowie die Bestimmung der „marxistischen Theorie als radikale Kritik."[12]

Lefebvres Marxansatz

Lefebvre begann die Schriften von Marx in den 1920er Jahren zu lesen. Durch seine Kontakte mit dem Surrealisten André Breton stieß der angehende Philosoph auf Hegel.[13] Die Arbeiten von Marx las Lefebvre vor allem hinsichtlich seiner Staatskritik und kam zu einem ähnlichen Schluss wie der Soziologe Georges Gurvitch,[14] dass nämlich die Unterschiede hinsichtlich des Endziels einer sozialistischen Gesellschaft zwischen Bakunin und Marx nicht fundamental groß gewesen seien. Lefebvre interpretierte Marx aus einer neomarxistischen Perspektive, in der Marx als ein Befürworter direkter Demokratie, einer „echten" Herrschaft des Volkes im Sinne der Selbstverwaltung und als radikaler Gegner des bürgerlichen Staates betrachtet wird. Der Marxismus war für Lefebvre ein Humanismus, „*l'humanisme marxiste*",[15] der sich aus dem Augenblick speist, in dem die „Vorgeschichte des Menschen revolutionär beendet [wird]."[16] Dieser Moment sei dann jener, „in dem die volle und freie Entwicklung eines jeden Individuums möglich wird."[17] Anstelle der Unterschiede zwischen AnarchistInnen und KommunistInnen betonte Lefebvre eher die ideologische Kluft zwischen Marx und seinen InterpretInnen und galt erst als verdeckter, dann als offener Gegner Stalins. Trotzdem trat der junge Lefebvre 1928 in die KPF ein und blieb dreißig Jahre, bis zu seinem Ausschluss 1958, in der Partei. Durch seine Professur 1961 in Straßburg kam es zu einem näheren Kontakt mit der Bewegung der SituationistInnen. Seine Schriften zu Marx umkreisten vor allem die Themen: Theorie der Entfremdung, dialektischer Materialismus als

12 Helmut Fahrenbach, Henri Lefebvres Metaphilosophie der Praxis, in: M. Grauer / W. Schmied-Kowarzik (Hg.), Grundlinien und Perspektiven einer Philosophie der Praxis, Kassel 1982, S. 82.

13 Sandrine Deulceux / Remi Hess, Henri Lefebvre: Vie, œuvres, concepts, Paris 2009, S. 11.

14 Französischer Soziologe, der dem Anarchismus nahe stand, 1894–1965.

15 Norbert Guterman / Henri Lefebvre, La conscience mystifiée, Paris 1936, S. 65.

16 Henri Lefebvre, Probleme des Marxismus heute, Frankfurt am Main 1965, S. 41 (zuerst Paris 1958).

17 Ebd.

Erkenntnistheorie und Staatskritik. Durch seine staatskritischen Ansätze wurde Lefebvre zu einem der theoretischen Vordenker der „*autogestion*" (Selbstverwaltung) und somit Inspirator der StudentInnenbewegung von 1968.[18]

In seinem Werk „Métaphilosophie" von 1964 plädierte Lefebvre für eine Überwindung der Teildisziplinen in der Wissenschaft und für eine neue Art und Aufgabe der Philosophie. Er bezeichnete sich 1975 in einem Interview auch selbst als „Metaphilosoph". Wie er erklärte, sollte ein Philosoph mehrere Teildisziplinen außerhalb der Philosophie zumindest „gestreift" haben und die Kenntnisse der verschiedenen Disziplinen nutzen. Als „Metaphilosoph" agiere er, so Lefebvre im Interview, jenseits der Philosophie, da die traditionelle Philosophie nicht fähig sei, die Probleme beispielsweise der sozialen Praxis zu lösen.[19]

Lefebvres Werke beeinflussten direkt die StudentInnenbewegung von 1968, die vor allem seine Schriften zur Aneignung des Stadtraumes und die Beschreibung des Aufstandes der Pariser Kommune als Inspiration für die Maibewegung nutzte.[20] Hinzu kam, dass Lefebvre von 1965 bis 1968 in Paris-Nanterre unterrichtete – der Universität, von der mit der Bewegung des 22. März die Maiunruhen ausgingen.

La Commune und die historische Methode

In Lefebvres Philosophiekritik wie in seinen Ausführungen zur Geschichte geht es um einen „Sinn und Zweck" der Analyse und die Zurückweisung jeglicher Spekulation. Der Zweck ist die Transformation beziehungsweise Aufhebung des Bestehenden und die Schaffung des Neuen (Menschen, Gesellschaft, Philosophie). In *La proclamation de la Commune* (1965) wandte Lefebvre sein Postulat einer neuen Geschichtsschreibung an, mit der er das Ereignis der Kommune untersuchte: Die Praxis schaffe Geschichte und Geschichte werde von unten

18 In den 1960er Jahren veröffentlichte er mehrere Werke, deren Thematiken die Diskussionen der Neuen Linken unmittelbar berührten, insbesondere Marx, sa vie, son oeuvre (Paris 1964), Métaphilosophie (Paris 1965), La Proclamation de la Commune (Paris 1965), Sociologie de Marx (Paris 1966) sowie weitere Werke zur Urbanisierung und Stadtsoziologie wie Le droit à la ville (Paris 1968) und La vie quotidienne dans le monde moderne (Paris 1968).

19 Jacques Chancel, Interview mit Henri Lefebvre, 2. Oktober 1975, Radioscopie, Ina, http://www.ina.fr/audio/PHD99226296/henri-lefebvre-audio.html.

20 Vgl. Deulceux / Hess, Lefebvre (wie Anm. 13), S. 36. Zudem war Daniel Cohn-Bendit ein Schüler von Lefebvre. Siehe das Unterkapitel zur Pariser Kommune.

gemacht, Träger sei das Proletariat.[21] Dabei insistiert Lefebvre auf das „Mögliche“, das „geschichtsmachend“ sei:

> „Mehr noch: Die gegenwärtige Praxis, das heißt die Praxis der auf der Industrie beruhenden Gesellschaft, erweist sich als offen für Möglichkeiten, für beträchtliche Veränderungen. Sie ist in doppeltem Sinne geschichtlich: eingebunden in die Geschichte und zugleich Geschichte machend (also revolutionär).“[22]

In seiner Geschichtsbetrachtung der Pariser Kommune bezieht er sich auf den *18. Brumaire des Louis Bonaparte* von Marx, also auf dessen Analyse des französischen Staatsstreichs von 1851 und des damit eingeleiteten Endes der Zweiten Republik beziehungsweise der Etablierung des Zweiten Kaiserreichs. Marx‘ Analyse der historischen, politischen und sozialen Umstände von 1851 inspirierte Lefebvre in seiner Geschichtsdarstellung.[23]

Für seine Analyse nutzte Lefebvre zahlreiche Archive, um so nah wie möglich an den Ereignissen zu sein.[24] Der „Stil des Ereignisses“ kommandiert nach Lefebvre sichtbar oder unsichtbar die Erzählung oder die Rekonstruktion der Fakten. Lefebvre will das Ereignis und seinen Kontext tiefgreifend verstehen, ja darin aufgehen, und konzentriert sich dabei auf den geschichtlichen Moment – der für ihn zentral ist –, indem er den Tag des Beginns der Pariser Kommune am 18. März 1871 minutiös nachzeichnet.[25] In über der Hälfte des Buches beschreibt Lefebvre die Vorgeschichte des Ereignisses oder des „Momentes“ und versucht zu erklären, warum die Kommune nicht schon früher eingefordert wurde beziehungsweise „passiert sei“. Ein Beispiel ist der 4. September 1870 – der Tag der Niederlage Frankreichs und der Ausrufung der III. Republik:

> „Die politische Krise hatte noch nicht die Dimension und Tiefe einer wahren revolutionären Krise. Deshalb hatte die Massenversammlung noch keine wirklichen Anführer und keine politische Richtung. Das versammelte Pariser Volk erwartete keine radikale Wende. Sie waren gegen das Kaiserreich aufgebracht aber noch nicht gegen den Kapitalismus. Das zeigt, dass die Versammlung als soziologischer Fakt nicht ausreicht, um Revolutionen zu erklären.“[26]

Anders dann am 19. Februar, nach dem Volksaufstand:

> „Paris erwacht in der Freiheit, aber die Stadt weiß es noch nicht. Paris atmet die Luft der Feier, der fête. Ein Zittern durchgeht die Stadt. Bald, vor den Barrikaden, die das Rathaus umgeben, wo 20.000 Kommunarden sitzen, die ihre Kanonen und ihre Gewehre aufgestellt haben, werden sich Grüppchen formen und man wird sich Bekanntmachungen vorlesen, Tag und Nacht [...]. Das Volk wird verstehen und sich freuen. Das Großbürgertum oder was von ihm übrig ist, irrt erschreckt umher.“[27]

Traditionelle Historiker würden laut Lefebvre naiv an ein Ereignis herangehen und eine Art fiktive Geschichte erzählen. Trotz seines Wissens würde der (herkömmliche) Historiker die Geschichte so erzählen, als kenne er den Ausgang selbst nicht, dabei führe er den Leser doch durch die Geschichte. Lefebvre hingegen will von Beginn an zeigen, was er aus der Recherche gelernt hat.[28] Dabei erklärt Lefebvre, welche Bedeutung er persönlich dem „großen und hohen“ Ereignis zumisst: „Nach unserer Meinung war der Pariser Aufstand von 1871 der bedeutende und großartige Versuch der Stadt, sich der menschlichen Realität zu stellen.“[29]

Lefebvre geht es vor allem um den „Stil“ des Ereignisses. Dieser resultiere aus historischen Fakten und Studien und sei deshalb nicht willkürlich „erfühlt“. Er spricht sich gegen einen „kalten Stil“ („*style de la froideur*“) aus und hält diesen für ungeeignet, um historische Ereignisse zu beschreiben. Damit plädiert Lefebvre eindeutig für eine subjektive Geschichtsschreibung, die Stellung nimmt, statt Objektivität – für Lefebvre Gleichgültigkeit – vorzugeben. Die Pariser Kommune hatte nach Lefebvre den Stil einer großen Feier („*fête*“):

---

21 Henri Lefebvre, Métaphilosophie, Paris 2000, S. 37.

22 Henri Lefebvre, Metaphilosophie, Frankfurt am Main 1975, S. 44.

23 Engels schreibt darüber im Vorwort zum Bonaparte von Marx: „[U]nmittelbar nach diesem Ereignis trat Marx auf mit einer [...] Darstellung, die den ganzen Gang der französischen Geschichte seit den Februartagen in ihrem inneren Zusammenhang darlegte [...]. Und mit solcher Meisterhand war das Bild gezeichnet, daß jede neue inzwischen erfolgte Enthüllung nur neue Beweise dafür geliefert hat, wie treu es die Wirklichkeit widerspiegelt. Dies eminente Verständnis der lebendigen Tagesgeschichte, dies klare Durchschauen der Begebenheiten, im Moment, wo sie sich ereignen, ist in der Tat beispiellos.“ Vgl. Friedrich Engels, Vorwort zur dritten Auflage, in: Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin 1982, S. 12.

24 Henri Lefebvre, La proclamation de la Commune, Paris 1965, S. 14 ff.

25 Hess, L’aventure (wie Anm. 8), S. 195.

26 „La crise politique n’a pas atteint l’ampleur et la profondeur de la vraie crise révolutionnaire. Et c’est pourquoi le rassemblement des masses n’a pas de véritables chefs, pas de direction politique. […] Rassemblé, le peuple parisiens n’attend pas et ne veut pas un changement radical. Il s’en prend à l’Empire, pas au capitalisme. […] Ce qui montre que le rassemblement, fait sociologique, ne suffit pas à faire et à expliquer les révolutions.“ Lefebvre, La proclamation (wie Anm. 24), S. 115.

27 Ebd., S. 290.

28 Ebd., S. 16.

29 „A notre avis, l’insurrection parisienne de 1871 fut la grande et suprême tentative de la ville pour s’ériger en mesure et norme de la réalité humaine.“ Ebd., S. 32.

„Eine außerordentliche Mischung aus Großartigkeit und Wahnsinn, von heroischem Mut und Verantwortungslosigkeit, von Delirium und Vernunft, Verherrlichung und Illusion. Das alles wollen wir versuchen zu analysieren, ohne es dabei durch die Instrumente der kalten Analyse zu zerstören...“[30]

In seiner Methodik verweist Lefebvre auf den falsch verstandenen Marxismus, der schematisch alles von einem sozial-ökonomischen Standpunkt aus ableite. Lefebvre hingegen sieht die „Praxis“ als eine komplexe Struktur, in der die materielle Produktion nur eine Ausgangsbedingung für darauf folgende komplizierte Abhängigkeiten ist. Als Rahmenbedingung konstatiert Lefebvre einen entfesselten Frühkapitalismus in Form der Industrialisierung, in dessen Wirken sich das Proletariat befand, das sich der historischen Veränderungen nicht bewusst gewesen sei und dessen Klassen- und Geschichtsbewusstsein sich nicht unmittelbar, sondern unbewusst formiert habe. Mit dieser Rekonstruktion der Atmosphäre des Aufstandes weicht Lefebvre klar von dem einseitig-dogmatischen Geschichtsverständnis des von der KPF und Stalin gebrauchten historischen Materialismus ab,[31] indem er die Spontaneität und den befreienden feierlichen

30 „Extraordinaire mélange de grandeur et de folie, die courage héroïque et d'irresponsabilité, de délire et de raison, d'exaltation et d'illusion, que nous tenterons bientôt d'analyser sans le détruire en le prenant avec les instruments de la froide analyse...“ Ebd., S. 26.

31 Stalin vertritt ein Geschichtsbild, das den historischen Materialismus als Methode zur Erkennung der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Gesellschaft beschreibt, an deren Endpunkt der Sozialismus und die Kommunistische Partei stehen: „Ferner. Wenn die Welt erkennbar ist und unser Wissen von den Entwicklungsgesetzen der Natur zuverlässiges Wissen ist, das die Bedeutung objektiver Wahrheit hat, so folgt daraus, dass das gesellschaftliche Leben, die Entwicklung der Gesellschaft ebenfalls erkennbar ist und dass die Ergebnisse der Wissenschaft bezüglich der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft zuverlässige Ergebnisse sind, die die Bedeutung objektiver Wahrheiten haben. Also kann die Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaft trotz aller Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu einer genauso exakten Wissenschaft werden wie, sagen wir, die Biologie, zu einer Wissenschaft, die imstande ist, die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft in der Praxis auszunutzen. Also darf sich die Partei des Proletariats in ihrer praktischen Tätigkeit nicht von irgendwelchen zufälligen Beweggründen leiten lassen, sondern muß sich von den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft, von praktischen Schlussfolgerungen aus diesen Gesetzen leiten lassen. Also verwandelt sich der Sozialismus aus einem Traum von einer besseren Zukunft der Menschheit in eine Wissenschaft. Also muß die Verbindung von Wissenschaft und praktischer Tätigkeit, die Verbindung von Theorie und Praxis, ihre Einheit zum Leitstern der Partei des Proletariats werden.“ Joseph Stalin, Über den dialektischen und historischen Materialismus, Berlin 2005, S. 24.

Charakter des Ereignisses betont.[32]

„Die Spontaneität innerhalb des totalen Phänomens scheint uns gleichzeitig eine Bedingung, ein Anlass und Ursache zu sein. Sie ist die Bedingung, da nichts ohne sie geschieht, keine Bewegung, kein Werk. Sie ist Anlass und Ursache, weil sie blind ist.“[33]

Geschichte sei demnach eine Aufeinanderfolge von in Stagnation verharrenden Zeiten mit einem relativen Gleichgewicht, die durch kreative und revolutionäre Regungen unterbrochen würden.

Aus Lefebvres historischer Analyse können Parallelen zu seinen anderen Werken abgeleitet werden: Lefebvre sträubte sich im Allgemeinen gegen eine „kalte“ und künstliche Theoretisierung der Wirklichkeit, deren Bezüge zur Praxis ungenügend blieben. Einen Bezug zur Praxis einnehmen hieß für Lefebvre aber auch immer, nicht „neutral“ oder scheinbar „objektiv“ zu bleiben, sondern für die Werte des Humanismus, der Freiheit und Gerechtigkeit Partei zu ergreifen beziehungsweise diese zumindest als Ausgangspunkte für das wissenschaftliche Arbeiten zu nutzen – denn ähnlich wie bei der Philosophiekritik ist nach Lefebvre auch in der Geschichtswissenschaft zu fragen: Wozu? Die historische Analyse muss demnach ebenfalls einen „Sinn“ und „Zweck“ haben und nicht dazu da sein, „Geschichten zu erzählen“, sondern die Erkenntnisse des Forschers über die „Praxis“ ohne Verzierungen weiterzureichen. Die Geschichte der sozialen Bewegungen zu kennen, war für Lefebvre nur „nützlich“, wenn sie die RezipientInnen inspiriert etwas zu tun, denn er interessierte sich nicht für die Erkenntnis um der Erkenntnis willen.[34] Remi Hess verweist auf Lefebvres „regressiv-progressive Methode“: Sich vom Aktuellen zu entfernen, um durch die Vergangenheit wieder ins Jetzt zu steigen: „Man versteht, die Möglichkeiten zu sehen, die im Jetzt liegen.“[35]

Jene Analyse besteht – ähnlich wie bei der Forderung nach einer Metaphilosophie – aus einem interdisziplinären Ansatz mit dem Ziel einer totalen, allumfassenden Geschichte (*l'histoire totale*).[36] Lefebvre versuchte demnach wie ein Historiker zu arbeiten, der nach einer Gesamtkonzeption sucht und sich

32 Eingebettet in die detailgenaue Beschreibung der Ereignisse nach (a) den ökonomischen Ausgangsbedingungen, (b) den historischen Umständen (zweites Kaiserreich, verlorener deutsch-französischer Krieg) und (c) den sozialen Strukturen. Lefebvre, La proclamation (wie Anm. 24), S. 408.

33 „La spontanéité dans le phénomène total nous apparaît à la fois comme condition, comme cause, comme raison. Elle est condition, car rien ne se produit sans elle, ni mouvement ni œuvre. Elle est cause, parce qu'aveugle.“ Ebd., S. 409.

34 Hess, L'aventure (wie Anm. 8), S. 205.

35 Ebd., S. 180.

36 Lefebvre, La proclamation (wie Anm. 24), S. 410.

nicht mit einzelnen Feststellungen beziehungsweise „kalten Fakten“ zufrieden gibt. Hierein spielt die Idee der Theorie des Möglichen, die nicht von einem abgeschlossenen Geschichtsverständnis ausgeht, sondern im Konjunktiv fragt und aus diesem zu lernen versucht. Dies zeigt sich in Unterkapiteln der *Commune* wie „*La Commune pouvait-elle réussir?*“[37], das ähnlich wie Ernst Blochs *Prinzip Hoffnung* auf ein „Kannsein“ abstellt, da „der Mensch die reale Möglichkeit all dessen ist, was in seiner Geschichte aus ihm geworden ist.“[38] Lefebvre versuchte seinerseits das utopische Element der Geschichtsschreibung zu rehabilitieren und sah dabei die *mimesis* und die *poiésis* als treibende, gestaltende Kräfte. Der „*moment capital*“ sei derjenige, in welchem die Philosophie überflüssig werde, da alle philosophischen Ziele verwirklicht seien. Dieser Moment, argumentiert Lefebvre Hegel interpretierend, sei der Moment der „totalen Philosophie“, der Wahrheit und des absoluten Wissens. Dieser historische Moment ist nach Lefebvre die Umkehr des Hegelschen Prinzips von Herr und Knecht, demnach wird der Knecht zum Menschen.[39] Zudem verschmelze die Rationalität in Form der Philosophie mit der Realität in Form der Politik:

> „Il s'agit de cette passion pour le moment où les structures n'arrivent plus à dominer leur propres éléments, où ces éléments se rassemblent et forment une conjoncture novatrice.“[40]

Und tatsächlich wirkte Lefebvres Band nicht nur in der Theorie, sondern hatte ebenfalls Anteile an der „Praxis“ der Ereignisse von 1968 – einem nach Lefebvre stark von Spontaneität geprägten Ereignis. Er kann sogar mit Recht behaupten, dass sich die StudentInnen der Bewegung des 22. März an der Universität Nanterre direkt auf sein Werk bezogen:

> „Die Studenten von Nanterre kamen zu mir und sagten: ‚Das ist dein Buch über die Kommune, das uns diese Idee gegeben hat…‘ Ja und wirklich versuchte ich in diesem Buch, ein Bild der Pariser Arbeiter zu zeichnen, die von Haussmann aus dem Stadtzentrum vertrieben wurden und nun ihren Raum reklamierten, der ihnen genommen wurde.“[41]

37 „Kann die Kommune siegen?“ (eigene Übersetzung)

38 Beate Dietschy, / Doris Zeilinger / Rainer Zimmermann (Hg.), Bloch-Wörterbuch. Leitbegriffe der Philosophie Ernst Blochs, Berlin / Boston 2012, S. 77.

39 Remi Hess, Henri Lefebvre. Une pensée du possible. Théorie des moments et construction de la personne, Paris 2009, S. 38.

40 „Es handelte sich um diese Leidenschaft für den Moment, wo die Strukturen nicht mehr ihre eigenen Elemente beherrschen und wo eben diese Elemente sich zusammen tun, um eine neue Einheit zu bilden.“ Hess, L'aventure (wie Anm. 8), S. 73.

41 „Des étudiantes de Nanterre viennent me dire: »C'est ton livre sur la Commune qui nous a donné cette idée...« En effet, dans ce livre, j'ai tenté d'établir que les ouvrier parisiens, chassés du centre de la ville par Haussmann, avaient voulu reprendre l'espace

Die Konzentration der StudentInnen von 1968 auf Aktionen auf der Straße, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden sowie deren dezentralisierte und spontane Organisationsformen erinnern stark an Lefebvre, insbesondere an die Stellung des „Moments“ als spontaner Ausgangspunkt für gesellschaftliche Umbrüche. Ebenso fand man in der Bewegung von 1968 den Stil des historischen Ereignisses, verbunden mit dem Charakter der „*fête*“ wieder. Dies unterscheidet Lefebvre auch von orthodoxen MarxistInnen der PCF und ihrer Reaktion auf die Ereignisse von 1968. Letztere sahen eine Avantgarde nur in einer organisierten Arbeiterpartei, rückten spontane Revolten in die Nähe des Anarchismus und hegten so ein allgemeines Misstrauen gegen linke Gruppen außerhalb der Partei, den sogenannten „*gauchistes*“. Dies war auch ein Grund, warum die PCF sich im Laufe von 1968 immer eindeutiger von den Protesten distanzierte und der PCF-Vorsitzende Waldeck Rochet die führende Rolle der PCF im „revolutionären Prozess“ bekräftigte.[42]

Fazit

In diesem Sinne muss nochmals auf die verblüffenden Parallelen zwischen den Thesen in den Beiträgen zur Debatte von *analyse & kritik* und Lefebvre eingegangen werden: Wenn es in der *ak* heißt, dass die

> „konkrete Arbeit gegen den Mythos nicht durch plumpe Zurückweisung, sondern [im] Unterlaufen der mythischen Erzähl- und Bedeutungsstruktur durch das mühsame Herausschälen der geschichtlichen Konkretion aus ihrer mythischen Hülle“

geschehe,[43] ist dies genau im Sinne von Lefebvre, der eine klare Unterscheidung zwischen dem Aktivisten (beziehungsweise Parteigänger) und dem Historiker trifft. Mit Trotzki argumentiert er, dass dieser versucht habe, Lektionen aus der Geschichte für seinen Kampf zu ziehen – das sei das Recht eines politischen Aktivisten, jedoch nicht Aufgabe eines Historikers.[44] Anhand der „karikaturalen stalinistischen Geschichtsschreibung“ könne man hingegen die totale Perversion der Mythenschaffung beziehungsweise ideologisch geleiteten Geschichtsschreibung beobachten. Lefebvre suchte quasi einen Zwischenweg, einen dritten Weg. Dennoch stellt sich auch Lefebvre eben jene Frage wie in *analyse & kritik*, „wie [...] man anderseits die mobilisierende Kraft der Geschichte trotzdem nicht dem

dont on les avait chassés, leur espace.“ Henri Lefebvre, Le temps des méprises, Paris 1975, S. 120.

42 Giulia Strippoli, Le PCF et le PCI face au mouvement étudiant de 1968, Cahiers d'histoire, 112 / 113 (2010), S. 3.

43 Trotz Stalin (wie Anm. 1).

44 Lefebvre, La proclamation (wie Anm. 24), S. 64.

ZDF oder dem unkritischen Traditionalismus [überlässt]?"[45] Lefebvre insistiert bei dieser Frage auf der Idee des „Möglichen", die erlaube, dass

> „wir die Objektivität der Geschichte begreifen, dem Relativismus und dem unerschöpflichen Realen seinen Platz lassen, ohne in einen puren und simplen Relativismus zu verfallen."

Dadurch werde es möglich, dass das Werk des Historikers innerhalb der Bewegung der Geschichte seine Autonomie wiedererlangt, ohne jedoch in eine Art Subjektivismus zu verfallen.[46] So müsse und könne jeder Historiker in seiner Zeit in die Geschichte steigen, um sich durch die Vergegenwärtigung der Möglichkeiten des Vergangenen ins Jetzt zurückzudenken: „Die Vergangenheit wird und wird wieder zum Präsens, entsprechend der Realisierung der Möglichkeiten, die in der Vergangenheit objektiv entwickelt wurden."[47]

In diesem Sinne kann nach zwanzig Jahren auf den Aufsatz von Wolfdietrich Schmied-Kowarzik zurückgeblickt werden, der im Sinne Lefebvres meinte:

> „Aber da dieses Projekt des sittlichen Menschseins menschenmöglich ist und da von ihm sogar der Fortbestand der Menschheit abhängt, ist seine Fortführung, der Einsatz dafür ins 21. Jahrhundert hinein, der kategorische Imperativ einer kritischen Philosophie gesellschaftlicher Praxis schlechthin."[48]

45 Trotz Stalin (wie Anm. 1).

46 Lefebvre, La proclamation (wie Anm. 24), S. 36, 37.

47 Ebd., S. 36.

48 Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, Karl Marx (wie Anm. 3), S. 34.

Dominik Nagl

Edward P. Thompson, die Neue Linke und die Krise im britischen Marxismus der 1960er und 1970er Jahre

In der Londoner National Portrait Gallery hängt ein Ölgemälde von sieben älteren Personen, die sich in einem Studierzimmer sitzend und stehend um einen niedrigen Tisch versammelt haben. Das Bild des Künstlers Stephen Frederick Godfrey Farthing aus dem Jahr 1999 zeigt einige der Herausgeber der Zeitschrift *Past & Present*, die 1952 von Mitgliedern der Historikergruppe der Kommunistischen Partei Großbritanniens zusammen mit bürgerlichen Historikern ins Leben gerufen wurde, um das Projekt einer kritischen Sozialgeschichtsschreibung jenseits der eingefahrenen ideologischen Grabenkämpfe des Kalten Krieges voranzutreiben.[1] Zu sehen sind Eric J. Hobsbawm, Christopher Hill, Rodney Howard Hilton, Joan Thirsk, Lawrence Stone, John Huxtable Eliott und Keith Vivian Thomas. Nicht abgebildet ist der bereits 1993 verstorbene marxistische Historiker Edward Palmer Thompson, der 1946 zu den Gründungsmitgliedern der parteikommunistischen Historikergruppe gehörte, aber wie viele andere 1956 wegen des Einmarsches der Sowjetunion in Ungarn mit der KP brach.[2] Thompson wurde 1924 als zweiter Sohn von Edward John Thompson (1886-1946) in Oxford geboren, einem ehemaligen methodistischen Missionar in Indien, Historiker und Übersetzer des bengalischen Literaturnobelpreisträgers Rabindranath Tagore. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Edward P. Thompson in einer britischen Panzereinheit in Italien, die an den Gefechten um das 1300 Jahre alte Benediktinerkloster Monte Cassino beteiligt war. Nach seiner Rückkehr nach Großbritannien absolvierte er ein Geschichtsstudium an der Universität Cambridge und avancierte in den folgenden Jahrzehnten neben Eric J. Hobsbawm zum weltweit einflussreichsten marxistischen Historiker Großbritanniens. Zudem gehörte Thompson von seiner Zeit in der kommunistischen Historikergruppe bis zu seinem Tod zu

1 Vgl. Christopher Hill / R. H. Hilton / Eric J. Hobsbawm, Past and Present. Origins and Early Years, in: Past Present, Nr. 100 (1983), S. 3-14; George Iggers, Historiography in the Twentieth Century. From Scientific Objectivity to the Postmodern Challenge, Middletown 1997, S. 84f.

2 Zu Thompsons Biographie vgl. Bryan D. Palmer, E. P. Thompson. Objections and Oppositions, London 1994; ders., The Making of E. P. Thompson. Marxism, Humanism History, Toronto 1981; Scott Hamilton, The Crisis of Theory. E. P. Thompson, the New Left and Postwar British Politics, Manchester 2011; John Rule, „Thompson, Edward Palmer (1924–1993)", Oxford Dictionary of National Biography, Oxford University Press, 2004; online, Sept 2013 [http://www.oxforddnb.com/view/article/40259].

den prominentesten Protagonisten der britischen Linken. Noch in den 1980er Jahren war er als Aktivist der durch NATO-Doppelbeschluss und Nachrüstung wiederbelebten „Campaign for Nuclear Disarmament“ einer der führenden Köpfe der Friedensbewegung.

Dieser Beitrag unternimmt den Versuch einer kritischen Diskussion von Thompsons Werk im Licht seiner Positionierung innerhalb der politischen und theoretischen Debatten der britischen Neuen Linken in den 1960er und 1970er Jahren. Im Mittelpunkt steht hierbei neben einer Würdigung Thompsons als wichtigem Erneuerer der Sozial- und Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegungsgeschichte und als innovativem marxistischen Historiker eine historisierende Betrachtung seines Verständnisses von Nation, Identität, Erfahrung, Geschichte und Politik. Dieses Verständnis bildete den Hintergrund einer zwischen Thompson und Perry Anderson, dem damaligen Herausgeber der Zeitschrift NEW LEFT REVIEW, erbittert geführten Debatte über den Charakter der englischen Geschichte und der britischen Gesellschaft. Im Folgenden werden die Grenzen von Thompsons (und Andersons) theoretischem und politischem Horizont ausgelotet und herausgearbeitet, inwiefern die damalige Kontroverse richtungsweisend für die Entwicklung eines neuen, kritisch-gebrochenen Identitäts- und Geschichtsbewusstseins war, das auf die Überwindung essentialistischer Subjektivitäts- und Kulturkonzepte sowie national beschränkter Geschichtsdeutungen zielt.

E. P. Thompson als Pionier einer „Geschichte von unten“

Als Historiker unternahm Thompson bahnbrechende Untersuchungen zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, die ihn zu einem der zentralen Wegbereiter einer Geschichtsschreibung „von unten“ machten. Angefangen von seiner 1955 veröffentlichten Biographie des englischen Sozial-Utopisten William Morris bis hin zu dem 1992 veröffentlichten Sammelband „Customs in Common“, der einige seiner bekanntesten Aufsätze über rebellisches Alltagsbewusstsein und volkstümliche Protestformen vereinigt, und der 1993 posthum erschienenen Biographie des englischen Dichters und radikalen Demokraten William Blake: Immer galt Thompsons Augenmerk den vielfältigen kulturellen Ausdrucksweisen und widerständigen Praktiken, mit denen „einfache Leute“, unterdrückte Gesellschaftsgruppen und radikaldemokratische Aktivistinnen und Aktivisten ihre Vorstellungen und Interessen artikulierten und versuchten, diese gegen die wirtschaftlich und politisch Mächtigen durchzusetzen.[3] Thompsons 1963 veröffentlichte Studie „The Making of the English Working Class“ über die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, ist fraglos eines der weltweit einflussreichsten Werke marxistischer Geschichtsschreibung, wenngleich seine Wirkung innerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft in West- und Ostdeutschland erstaunlich gering blieb. Während in der DDR dogmatische marxistisch-leninistische Ansätze das Feld der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung dominierten, stieß in der Bundesrepublik Thompsons Festhalten an einer „marxistisch orientierten Klassenanalyse“ in der Zunft der Sozialhistorikerinnen und Sozialhistoriker überwiegend auf Ablehnung.[4]

Thompson verabschiedete sich in „The Making of the English Working Class“ sowohl von den Modellen bürgerlicher Soziologinnen und Soziologen, die Klassen deskriptiv als soziale Einkommens- und Statusgruppen auffassten, als auch von einer marxistischen Orthodoxie, die Klassen vermeintlich „objektiv“ anhand ihrer ökonomischen Stellung im Produktionsprozess bestimmen wollte. Demgegenüber betont Thompson die Rolle der „agency“ oder Handlungsmacht der Subjekte und die Bedeutung von sozialen Kämpfen im Klassenbildungsprozess. Entscheidend für ihn war, dass sich eine Gruppe von Menschen aufgrund gemeinsam geteilter Erfahrungen, Traditionen, Werte und Interesse in Auseinandersetzung mit anderen Gruppen selbst als Klasse definiert und damit beginnt gemeinschaftlich zu handeln. Klassen erschienen Thompson daher nicht als objektiv gegebene Tatsachen, sondern als Ergebnis sozialer Praxis:

> „Eine Klasse ist eine soziale und kulturelle Formation (oft mit institutionellem Ausdruck), die nicht abstrakt oder isoliert definiert werden

3 Zu den bekanntesten historischen Arbeiten Thompsons gehören: William Morris. Romantic to Revolutionary, 2. Aufl. 1976 (zuerst 1955); The Making of the English Working Class. With a new Preface, 3. Aufl., Harmondsworth 1980 (zuerst 1963); Time, Work-Discipline and Industrial Capitalism, in: Past & Present, Nr. 38, (1967), S. 56-97; The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, in: Past & Present, Nr. 50, (1971), S. 76-136; Whigs and Hunters. The Origin of the Black Act. With a New Postscript, Harmondsworth 1977 (zuerst 1975); Customs in Common. Studies in Traditional Popular Culture, London, 1991; Witness Against the Beast. William Blake and the Moral Law, Cambridge 1993. In deutscher Übersetzung: Die „sittliche Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Detlev Puls (Hg.), Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten im 18. und 19. Jahrhundert, Frankfurt 1979, S. 13-80; Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1980; Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2. Bde., Frankfurt a. M. 1987.

4 Vgl. Thomas Lindenberger, Empirisches Idiom und deutsches Unverständnis. Anmerkungen zur westdeutschen Rezeption von E. P. Thompsons „The Making of the English Working Class“, in: Stefan Berger/Peter Lambert/Peter Schumann (Hg.), Historikerdialoge. Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-britischen kulturellen Austausch, 1750-2000, Göttingen 2003, S. 439-456.

kann, sondern nur über die Beziehung zu anderen Klassen; und im Grunde kann diese Definition nur im Medium der Zeit vorgenommen werden – Aktion und Reaktion, Veränderung und Kampf."[5]

Thompson rehabilitierte auf dieser theoretischen Grundlage die vermeintlich „politisch unreife" Frühphase der Arbeiterbewegung, in deren radikalen Äußerungsformen wie Hungerunruhen und Maschinenstürmerei er keine irrationalen Verzweiflungstaten oder blindwütige Zerstörungswut sah, sondern Massenrevolten gegen die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise. Ihre Träger und Trägerinnen waren pauperisierte, noch nicht formell in den kapitalistischen Produktionsprozess integrierte Bevölkerungsschichten. Diese radikalisierten in Kämpfen um die Sicherung ihrer sozialen Existenz die traditionellen Gerechtigkeitsnormen einer alteuropäischen „plebejischen Kultur und moralischen Ökonomie" zu einem Mittel der Abwehr der Profitlogik der modernen kapitalistischen politischen Ökonomie. Wie Robert Kurz treffend formulierte, bestand der Impetus dieser Sozialrevolten geradezu darin, dass ihre Träger und Trägerinnen sich „instinktiv nicht zur ‚Arbeiterklasse' eines verselbstständigten Systemzusammenhangs machen lassen wollten."[6]

Thompsons subjektbezogener und handlungsorientierter Klassenbegriff und sein Begriff der „moralischen Ökonomie" haben sich nicht nur als gewinnbringend für das Verständnis früher antikapitalistischer Protestbewegungen erwiesen, sondern konnten auch für die Analyse sozialer Kämpfe in anderen gesellschaftlichen Konstellationen produktiv gemacht werden. Diese reichen von Sozialrevolten in der sogenannten Dritten Welt bis hin zu Bauernaufständen im kolonialen Indien. So war Thompsons Werk in den 1980er Jahren zusammen mit dem italienischen Operaismus ein wichtiger Bezugspunkt für die Marxrezeption der autonomen Bewegung, insbesondere im Umfeld der Hamburger Redaktion der Zeitschrift „Autonomie".[7] Im Rahmen einer postkolonialen Theoriebildung knüpfte in Indien die frühe „Subaltern Studies Group" bis zu ihrer poststrukturalistischen Wende unmittelbar an Thompson an.[8] Ebenfalls gestützt auf Thompsons begriffliches Instrumentarium untersucht der amerikanische Politikwissenschaftler und Anthropologe James C. Scott seit den 1970er Jahren bäuerliche Subsistenzunruhen und andere „Waffen der Schwachen"

5 Thompson, Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Bd. 2, S. 963.

6 Robert Kurz / Norbert Trenkle, Die Aufhebung der Arbeit. Ein anderer Blick in das Jenseits des Kapitalismus, in: Robert Kurz/Ernst Lohoff/Norbert Trenkle (Hg.), Elf Attacken gegen die Arbeit, Hamburg 1999, S. 209.

7 Vgl. insbesondere die Texte von Ahlrich Meyer, zusammengestellt in: ders., Die Logik der Revolten. Studien zur Sozialgeschichte 1789-1848, Hamburg 1999.

8 Rajnarayan Chandavarkar, ‚The Making of the Working Class'. E. P. Thompson and Indian History, in: Vinayak Chaturvedi (Hg.), Mapping Subaltern Studies and the Postcolonial, London 2000, S. 50-71.

in Südostasien.[9] Die Historiker Marcus Rediker und Peter Linebaugh haben Thompsons sozialrevolutionäre Lesart der Rebellionen subalterner Gesellschaftsgruppen im 17., 18. und frühen 19. Jahrhundert auf das gesamte frühmoderne Weltsystem übertragen und die transnationale Zusammensetzung und atlantische Zirkulation der Protagonistinnen und Protagonisten dieser Revolten in den Blick genommen.[10] Redikers und Linebaughs Arbeit stellt unter Beweis, dass Thompson Werk auch für eine heute dringend gebotene *Global Labor History*, die sich zugleich anschickt, Thompsons national beschränkte Perspektive zu überwinden, noch eine befruchtende Inspirationsquelle darstellen kann.[11]

E. P. Thompson, Perry Anderson und die Neue Linke

Zugleich war Thompsons Politik- und Marxismusverständnis innerhalb der Neuen Linken auch Anlass für heftige Auseinandersetzungen. In den 1960er und 1970er Jahren stand Thompson im Zentrum einer kontrovers und polemisch geführten Strategie- und Theoriedebatte. Ihr Ausgangspunkt war die Übernahme der 1960 gegründeten Zeitschrift NEW LEFT REVIEW durch den Historiker und Soziologen Perry Anderson, der 1962 den damals noch unbekannten Stuart Hall als Herausgeber ablöste.[12] Das bald folgende Zerwürfnis zwischen Thompson und Anderson löste eine fast 20 Jahre andauernde Debatte über Grundfragen des Marxismus zwischen den beiden Kontrahenten aus, die mit Thompsons 1978 veröffentlichter Aufsatzsammlung „The Poverty of Theory and other Essays" ihren Höhepunkt erreichte und mit Andersons 1980 erschie-

9 James C. Scott, The Moral Economy of the Peasant. Rebellion and Subsistence in Southeast Asia, New Haven 1979; ders., Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance, New Haven 1985; ders., Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts, New Haven 1990; ders., Seeing Like a State. How Certain Schemes to Improve the Human Condition have Failed, New Haven 1998; ders., The Art of Not Being Governed. An Anarchist History of Upland Southeast Asia, New Haven 2009.

10 Vgl. Peter Linebaugh / Marcus Rediker, Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks, Berlin 2008; Peter Way, Hercules, the Hydra and Historians, in: Sozial.Geschichte 9 (2010); S. 56-64; Dominik Nagl, No Part of the Mother Country, but Distinct Dominions: Rechtstransfer, Staatsbildung und Governance in England, Massachusetts und South Carolina, 1630–1769, Berlin 2013, S. 594-635; Verity Burgman, The Multitude and the Many-Headed Hydra: Autonomist Marxist Theory and Labor History, in: International Labor and Working-Class History 83 (2013), S. 170-190.

11 Vgl. Marcel van der Linden, The Promise and Challenges of Global Labor History, in: International Labor and Working-Class History 82 (2012), S. 57-76.

12 Vgl. Duncan Thompson, Pessimism of Intellect. A History of New Left Review, Monmouth 2007, S. 7-11.

nener Replik „Arguments within English Marxism“ ihren Abschluss fand.[13] Die Kontroverse markiert zugleich eine kulturelle, politische und theoretische Zäsur, die sich zu diesem Zeitpunkt zwischen der noch in KP, Labour Party und Arbeiterbewegung sozialisierten „ersten“ Neuen Linken der 1950er Jahre und der stärker akademisch und subkulturell geprägten „zweiten“ Neuen Linken der 1960er und 1970er Jahre auftat.[14]

Die Protagonistinnen und Protagonisten der „ersten“ Neuen Linken verstanden sich als Vertreterinnen und Vertreter eines in Opposition zu Stalinismus und Kapitalismus stehenden „sozialistischen Humanismus“.[15] Dieser sollte sich nach Thompson auf eine „warme, persönliche und sozialistische Moralität“ gründen und in der Traditionslinie der demokratischen und romantisch-antikapitalistischen Strömungen der englischen Geschichte seit dem 17. Jahrhundert situieren.[16] Thompson lobte den politischen und theoretischen „Pragmatismus“ der englischen Arbeiterbewegung, der diese bei allen Nachteilen vor Dogmatismus und irreführenden ideologischen Abstraktionen geschützt habe. Unter Berufung auf den Humanismus der marxschen Frühschriften propagierte er die aus der „Sklaverei der Dinge“ rührende Befreiung von der „Selbstentfremdung“ des Menschen. Thompson war der Meinung, dass „die Werktätigen in Großbritannien den Kapitalismus morgen beenden könnten, wenn sie nur den Entschluss und den Mut dazu fassen würden.“[17] Dringlichste Aufgabe der Linken war es demnach, zur politischen Bewusstseinsbildung der Bevölkerung beizutragen und den „Aufbau des Sozialismus von unten“ voranzutreiben. Ganz auf dieser Linie rief Thompsons damaliger Mitstreiter Stuart Hall in der ersten Ausgabe der NEW LEFT REVIEW dazu auf, „in die Klein- und Großstädte, die Universitäten und Fachhochschulen, die Jugendklubs und Gewerkschaftsgruppen zu gehen und dort […] Sozialisten zu machen.“[18]

13 Edward P. Thompson, The Poverty of Theory. Or an Orrery of Errors, London 1978 (gekürzte deutsche Ausgabe: Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt a. M. 1980); Perry Anderson, Arguments Within English Marxism, London 1980.

14 Vgl. Gregory Elliott, Perry Anderson. The Merciless Laboratory of History, Minneapolis 1998; Paul Blackledge, Perry Anderson, Marxism and the New Left, London 2004.

15 Vgl. Michael Kenny, The First New Left, London 1995, S. 69-86; Geoff Andrews, Endgames and New Times. The Final Years of British Communism, 1964-1991, London 2004, S. 78; Stuart Hall, Life and Times of the New Left, in: NLR 61 (2010), S. 177-196.

16 Edward P. Thompson, Socialist Humanism. An Epistle to the Philistines, in: The New Reasoner, Nr. 1, 1995, S. 105-143, zit. n.: http://www.marxists.org/archive/thompson-ep/1957/sochum.htm.

17 Ebenda.

History Matters: E. P. Thompsons Bruch mit der NEW LEFT REVIEW

Für Perry Anderson gestaltete sich dagegen das Verhältnis von linken Intellektuellen und Bevölkerung, Geschichte und Gegenwart sowie von sozialistischer Theorie und Praxis brüchiger und komplizierter, als sich dies im Konzept eines „sozialistischen Humanismus“ und im Rahmen eines Verständnisses von Marxismus als „Tradition“ artikulieren ließ. Auslöser der Anderson-Thompson-Debatte waren eine Reihe von Aufsätzen über die Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung in England, die Perry Anderson und sein Mitstreiter Tom Nairn 1964 in der NEW LEFT REVIEW veröffentlichten und auf die Thompson ein Jahr später mit dem Text „Pecularities of the English” antwortete.[19] Anders als Thompson fanden Nairn und Anderson keine praktischen und theoretischen Traditionen in der englischen Geschichte, an die die sozialistische Linke bruchlos anknüpfen konnte.[20] Die englische Gesellschaft war nach ihrer Auffassung im europäischen Vergleich von einem grundsätzli-

18 Stuart Hall, Introducing NLR, in: NLR 1 (1960), S. 2.

19 Perry Anderson, Origins of the Present Crisis, in: NLR 23 (1964), S. 26-53; Tom Nairn, The British Political Elite, in: NLR 23 (1964), S. 9-25; Tom Nairn, The English Working Class, NLR 24 (1964), S. 43-57; Tom Nairn, The Nature of the Labour Party, in: NLR 27 (1964) S. 38-65 u. NLR 28 (1964), S. 33-62. Edward P. Thompson antwortete hierauf mit dem Aufsatz: Pecularities of the English, in: The Socialist Register 1965, S. 311-362. Anderson und Nairn verfassten später weitere Texte, in denen sie ihre Thesen mit unterschiedlicher Stoßrichtung fortentwickelten. Während Anderson einer kosmopolitisch-marxistischen Orientierung treu blieb, entfernte sich Nairn seit 1970er Jahren nicht nur vom Marxismus, sondern befürwortete auch eine Auflösung des britischen Staatswesens durch Separatismus und Nationalismus: Perry Anderson, Socialism and Pseudo-Empiricism, NLR 35 (1966), S. 2-42; Perry Anderson, Components of the National Culture, NLR 50 (1968), S. 3-57; Tom Nairn, The Fateful Meridian, NLR 60 (1970), S. 3-35, Tom Nairn, The Twilight of the British State, in: NLR 101 (1977), S. 3-61; Tom Nairn, The Break-Up of Britain, London 1977; Perry Anderson, The Figures of Descent, in: ders., English Questions, London 1992, S. 121-192; Tom Nairn, Faces of Nationalism. Janus Revisited, London 1997; Tom Nairn, After Britain. New Labour and the Return of Scotland, London 2000; Tom Nairn, Pariah. Misfortunes of the British Kingdom, New York 2002.

20 Für inhaltliche Zusammenfassungen der Debatte vgl. Keith Nield, A Symptomatic Dispute? Notes on the Relation between Marxian Theory and Historical Practice in Britain, in: Social Research 47 (1980), S. 479-506; Richard Johnson, Barrington Moore, Perry Anderson, and English Social Development, in: Stuart Hall (Hg.), Culture, Media, Language, London 1984, S. 34-56; Colin Mooers, The Making of Bourgeois Europe, London 1991, S. 171-186.

chen Modernisierungsdefizit geprägt, das sie sich mit dem Ausbleiben einer bürgerlichen Revolution erklärten.

Anderson und Nairns Argumentation erscheint damit in gewisser Hinsicht wie eine paradoxe Übertragung der Theorie vom „deutschen Sonderweg" auf die englische Geschichte, besagt jene doch, dass die deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert vom westeuropäischen „Normalfall" abwich, der angeblich durch Frankreich und eben auch Großbritannien repräsentiert wird. Deutschland erscheint in der Sonderwegstheorie als ein Land, das sich zwar wirtschaftlich und technisch modernisierte, aber nur schwache demokratische Strukturen ausbildete. Die deutsche Gesellschaft blieb daher bis 1945 anders als die französische oder britische von einem fatalen obrigkeitsstaatlichen Autoritarismus geprägt, der zusammen mit einem chauvinistischen Nationalismus und einem aggressiven Militarismus eine wesentliche strukturelle Voraussetzung für den Erfolg des Nationalsozialismus in Deutschland bildete.[21] Perry Anderson und Thomas Nairn zielten mit ihrer analogen Konstruktion eines „englischen Sonderwegs" allerdings keinesfalls auf eine Kritik der Theorie vom „deutschen Sonderweg" anhand des englischen Beispiels (Deutschland spielt in ihren Artikeln überhaupt keine Rolle), sondern allein auf eine selbstkritische Darstellung der historischen und strukturellen „Defizite" der englischen Gesellschaft, mit denen die englische Linke ein für allemal abrechnen sollte.[22]

Nach Anderson und Nairn ebnete zwar schon im 17. Jahrhundert der englische Bürgerkrieg politisch den Weg für eine kapitalistische Entwicklung in England, aber der „verfrühte" und „unvollständige" Charakter dieses Umbruchs

21 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das Ende des deutschen Sonderwegs, in: ders., Umbruch und Kontinuität. Essays zum 20. Jahrhundert, München 2000, S. 84-89.

22 Bemerkenswert und angesichts der prominenten Rolle der Anderson-Thompson-Debatte im britischen Marxismus sicher kein Zufall ist allerdings, dass es in den 1980er Jahren gerade zwei linke Historiker aus Großbritannien waren, die die einflussreichste Kritik an der Theorie vom deutschen Sonderweg formulierten. In ihrer vergleichenden Betrachtung von deutscher, französischer und britischer Gesellschaftsentwicklung betonten Geoff Eley und David Blackbourn wie zuvor Anderson und Nairn die lange Beharrungskraft rückständiger aristokratischer Gesellschaftsstrukturen in England. Aus ihrer Sicht taugt die englische Geschichte des 19. Jahrhunderts angesichts ihrer eigenen Demokratisierungsdefizite daher kaum dazu, zum „Normalfall" demokratisch-westlicher Entwicklung erhoben zu werden, der dem vermeintlichen deutschen „Sonderweg" positiv gegenüber gestellt werden kann. Vgl. dies., Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt 1980; Arnd Bauerkämper, Geschichtsschreibung als Projektion. Die Revision der „Whig Interpretation of History" und die Kritik am Paradigma vom „deutschen Sonderweg" seit den 1970er Jahren, in: Stefan Berger/Peter Lambert/Peter Schumann (Hg.), Historikerdialoge. Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-britischen kulturellen Austausch, 1750-2000, Göttingen 2003, S. 383-438.

verhinderte zugleich langfristig eine Machtübernahme des Bürgertums, weshalb sich die landbesitzende Aristokratie in England bis ins 20. Jahrhundert als unangefochtene politische und soziale Führungsschicht erhalten konnte. Die organische Allianz zwischen englischer Mittelschicht und Aristokratie brachte nach Anderson politisch einen „pseudo-feudalen Konservatismus" hervor, der auf alle Klassen einen prägenden Einfluss ausübte und auch die wissenschaftliche und kulturelle Entwicklung Englands retardierte. Das weltanschauliche Versagen des englischen Bürgertums zeigte sich für Anderson und Nairn an der Dominanz von Empirismus und Utilitarismus in der englischen Wissenschafts- und Philosophiegeschichte, was die Übernahme der rationalistischen französischen Aufklärungsphilosophie und die Entwicklung einer modernen englischen Soziologie behindert hätte. Als „Tragödie" empfanden Nairn und Anderson es, dass die englische Arbeiterklasse bereits vor der Entstehung der modernen sozialistischen Bewegung entstanden war. Denn hierin sahen sie den Grund dafür, dass der radikale Kampfgeist, der die englische Arbeiterschaft noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgezeichnet hatte, nach der Niederlage des Chartismus 1848 von einem gewerkschaftlichen Reformismus ohne sozialistische Gesellschaftsvision abgelöst wurde und der Einfluss des Marxismus auf die englische Arbeiterbewegung gering blieb.

Für Anderson und Nairn waren damit revolutionäre Appelle an den Handlungswillen der Arbeiterschaft oder gar eine unmittelbare Einführung des Sozialismus in England illusorisch. Dass Edward P. Thompson dies nicht erkennen wollte, tadelten Perry Anderson und Thomas Nairn als Ausdruck eines naiven „Populismus" und provinziellen „Kulturnationalismus". Dieser stellte ihrer Meinung nach eine Fortsetzung der inzwischen politisch unhaltbar gewordenen kommunistischen Volksfrontpolitik der 1930er Jahre dar, die Thompson und seinen Bruder Frank entscheidend geprägt hatte.[23]

Identity Matters: „Englishness" und das Problem eines „progressiven Patriotismus"

Aus Sicht von Anderson war der linke Patriotismus der Volksfrontgeneration Ergebnis einer paradoxen und kurzlebigen Versöhnung von Nationalismus und sozialistischem Internationalismus, der den „besonderen politischen Kampf"

23 Edward P. Thompson folgte seinem vier Jahre älteren Bruder 1942 im Alter von 17 Jahren in die KP und mit 19 ins Militär. Der 24jährige Verbindungsoffizier der britischen Armee Frank Thompson bezahlte 1944 die Unterstützung bulgarischer Partisanen mit seinem Leben. Vgl. Edward P. Thompson, Beyond the Frontier. The Politics of a failed Mission, Bulgaria 1944, Woodbridge 1997; Kristen R. Ghodsee, „Who was Frank Thompson?", in: Vagabond Magazine, No. 85 (November 2013) [http://vagabond.bg/features/2629-who-was-frank-thompson.html].

für den Kommunismus in einen „populären Kampf“ des ganzen Volkes zu überführen schien:

> „Ab 1941 bot der Zweite Weltkrieg der Linken die Möglichkeit einer eigentümlichen Fusion von internationalen und nationalen Beweggründen für ihr Engagement. [...] Die wirkliche Bedeutung und Stärke der Widerstandsbewegungen lag in dieser Verbindung. Die bedingungslose Hingabe an die internationalen Ziele des Kommunismus verband sich mit einem unnachgiebigen Kampf für die nationale Befreiung von der deutschen Besatzung.“[24]

Für Anderson hatte diese widersprüchliche Aussöhnung von Nationalismus und dem politischen Kampf der radikalen Linken für den internationalen Sozialismus allenfalls in der besonderen Situation des Krieges gegen Nazi-Deutschland eine gewisse Berechtigung und konnte diesen eigentlich nicht überdauern. Dennoch behielten die kommunistischen Parteien im Kalten Krieg ihre nationale Orientierung nicht nur bei, sondern reklamierten „das nationale und demokratische Banner“ jetzt sogar exklusiv für sich, da die Bourgeoisie es angeblich, wie Stalin 1952 formulierte, „im Sumpf“ verlassen habe. Auch der politische Bruch, den Thompson und andere oppositionelle britische Kommunisten nach 1956 mit dem Stalinismus und der Sowjetunion vollzogen, änderte nichts an ihrer traditionellen politischen und kulturellen Bezugnahme auf die Nation.

Für Anderson und Nairn überdeckte jedoch dieser vermeintlich „progressive“ linke Nationalismus nur die tiefen Widersprüche und Konflikte innerhalb der britischen Nachkriegsgesellschaft und des in Auflösung befindlichen Empire. Ihrer Meinung nach konnte der Kampf für den Sozialismus im Sinne eines grundlegenden gesellschaftlichen Strukturwandels nicht länger als bruchlose Fortsetzung vermeintlich unproblematischer fortschrittlich-demokratischer und bürgerlich-freiheitlicher Traditionen geführt werden, die auch die linke Variante des liberalen englischen „Whig-Nationalismus“ prägten. Thompson trug dieser Problematik in seinen theoretischen Überlegungen zur Begründung einer subjektiv-einfühlenden Geschichtsschreibung „von unten“ nur ungenügend Rechnung. In popularisierter Form wurde der Ansatz zur Grundlage einer didaktisch-pädagogischen „People's History“ im Sinne einer Geschichte der „einfachen Leute“ und ihrer „Leiden“ und „Leistungen“.[25] Eine solche

24 Anderson, Arguments, S. 142f.

25 Das bekannteste und gelungenste Beispiel einer solchen linkspopulistischen Geschichtsschreibung ist Howard Zinns 1980 erstmals erschienene People's History of the United States (deutsch: Eine Geschichte des amerikanischen Volkes, Berlin 2007). Eine ähnliches Konzept verfolgen: Ray Raphael, A People's History of the American Revolution. How Common People shaped the Fight for Independence, New York 2001; David Williams, A People's History of the Civil War. The Struggles

„People's History“ birgt durch ihren emphatisch-identifikatorischen Anspruch und ein ausgeprägtes heroisch-sozialromantisches Pathos auch die Gefahr, Widersprüche, Spaltungen und Ambivalenzen in den sozialen Kämpfen auszublenden, was dann das wissenschaftliche und politische Erkenntnispotenzial einer Perspektive „von unten“ erheblich mindert.

Für Anderson und Nairn ging es in den 1960er Jahren nicht länger um eine Bewahrung des freiheitlichen Erbes der Nation und eine Fortsetzung der historischen Traditionslinien der englischen Linken, sondern im Gegenteil um einen radikalen Bruch mit den bestehenden geistigen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen. Sie betrachteten es daher als vordringliche Aufgabe linker Intellektueller, kontinentale Philosophie und westlichen Marxismus auf der Insel bekannt zu machen, um einen mentalen Wandel herbeizuführen und eine zeitgemäße strukturelle Gesellschaftsanalyse zu ermöglichen.[26] Orientierung boten ihnen hierbei insbesondere die Hegemonie-Theorie Antonio Gramscis, Louis Althussers strukturalistisch-antihumanistische Marxlektüre und die Kritische Theorie der Frankfurter Schule. Politisch folgte für Nairn und Anderson aus ihrer Diagnose, dass es die Aufgabe der Linken sein müsse, ausgehend von klaren theoretischen Grundlagen und Zielvorgaben einen neuen, aus verschiedenen Gesellschaftsgruppen bestehenden „historischen Block“ zu schmieden.[27] Dieser sollte zunächst die zivilgesellschaftliche Hegemonie erringen, da sie die politische Macht nicht primär im Staatsapparat, sondern in der Gesellschaft verankert sahen.

Rückblickend war für Perry Anderson das Zerwürfnis zwischen Thompson und der Redaktion der NEW LEFT REVIEW letztlich darin begründet, dass Thompson die Entwicklung einer sozialistischen Moral und Kultur als wichtiger ansah als eine Analyse der Macht- und Klassenverhältnisse und die Entwicklung

for the Meaning of Freedom, New York 2006; Diane Purkiss, The English Civil War. A People's History, New York 2007; James W. Loewen, Lies my History Teacher Told Me. Everything your American History Textbook got Wrong, 2. Aufl., New York 2007. In der Bundesrepublik verfolgte Bernt Engelmann in seinem viel gelesenen „deutschen Anti-Geschichtsbüchern“ „Wir Untertanen“ (1974) und „Einig gegen Recht und Freiheit“ (1975) ein ähnliches Konzept.

26 Zum Begriff des „westlichen Marxismus”, unter dem Anderson eine heterogene Gruppe westlicher marxistischer Theoretiker von Georg Lukács bis Louis Althusser fasst, deren Gemeinsamkeit er in ihrer Isolierung von revolutionärer Praxis, einer Abkehr von ökonomischen Analysen und einer Hinwendung zu philosophischen und kulturellen Schwerpunktsetzungen sieht vgl.: Perry Anderson, Considerations on Western Marxism, London 1976, S. 49-76; Perry Anderson, In the Tracks of Historical Materialism, London 1983, S. 9-32.

27 Perry Anderson, Problems of Socialist Strategy, in: Perry Anderson / Robin Blackburn (Hg.), Towards Socialism, Ithaca 1965, S. 221-290.

einer auf dieser fußenden politische Strategie.[28] Wie Wade Matthews bemerkt hat, unterscheiden sich allerdings aus heutiger Sicht die politischen Vorstellungen von Thompson und Anderson in der Zeit vor den kulturrevolutionären Umbrüchen von 1968 (und Andersons damit einhergehender zeitweiliger Orientierung am Trotzkismus Ernest Mandels) insofern kaum voneinander, als beide die Arbeit am politischen Bewusstsein in den Mittelpunkt rückten, wenngleich sie den Stand und die Qualität des bestehenden Bewusstseins der englischen Bevölkerung völlig unterschiedlich bewerteten:

> „Für Thompson und Anderson war die Krise der sozialistischen Strategie letztlich eine ideologische. Sollte die Krise gelöst werden, so musste diese Lösung auf der Ebene des Bewusstseins gefunden werden. Thompson und Anderson waren sich beide darüber im Klaren, dass ein Übergang zum Sozialismus notwendigerweise von einer Transformation des Bewusstseins vorbereitet werden müsse. […] Das Versagen der sozialistischen Strategie wird [von ihnen] nicht mit der Entwicklung der objektiven ökonomischen Bedingungen in Verbindung gebracht, sondern mit einer Krise der Ideologie in der Arbeiterklasse."[29]

Inhaltlich kritisierte Edward P. Thompson an Anderson und Nairns Geschichtsdiagnose mit überzeugenden Argumenten ihre fragwürdige modernisierungstheoretische Ausrichtung an der französischen Geschichte und der Französischen Revolution als „historische Norm", an der sie die Geschichte aller anderen europäischen Länder maßen und beurteilten. Thompson blieb aber hierbei nicht stehen, sondern fühlte sich zugleich bemüßigt, die historischen „Leistungen" von englischem Bürgertum und englischer Arbeiterklasse zu verteidigen, in deren Kontinuität er sich selbst verortete. Selbstironisch bemerkte Thompson einmal über sein intellektuelles Bezugssystem:

> „Nehmen Sie Marx und Vico und einige europäische Romanciers weg, so wäre mein intimstes Pantheon eine provinzielle tea party: Eine Versammlung von Engländern und Anglo-Iren. Sprechen Sie über freien Willen und Determinismus, und ich denke zuerst an Milton. Sprechen Sie über die Inhumanität des Menschen, denke ich an Swift. Sprechen Sie von Moral und Revolution, bin ich mit meinen Gedanken bei [der fiktiven literarischen Figur] des Solitary von [William] Wordsworth. Sprechen Sie von den Problemen der Selbsttätigkeit und kreativen Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft, so bin ich sofort bei William Morris."[30]

Eric J. Hobsbawm kommentierte in seinem Nachruf auf Thompson über dessen feste Verankerung in und beharrlicher Verteidigung von englischen Traditionen ironisch: "He wrote about history or anything else in the persona of a traditional English (not British) country gentleman of the Radical Left."[31]

Theory Matters: Erfahrung, Sprache, Politik

Edward P. Thompson dagegen sah in Perry Andersons Theoriebegeisterung nicht nur einen Fall von bedenklicher Lebensferne, sondern einen gefährlichen Rückfall in einen geistigen Stalinismus und ökonomistischen Determinismus. Thompson ging hierbei soweit die „Herausbildung des Althusserismus […] als Ausdruck einer allgemeinen ideologischen Polizeiaktion" anzusehen und sprach von einem Versuch, „den Stalinismus auf theoretischer Ebene zu rekonstruieren."[32] Ihm entging allerdings bei aller berechtigten Kritik an Althussers Hang zu einem hochabstrakten „Theoretizismus" seine Bedeutung für die Neuformulierung einer marxistischen Ideologie- und Kulturtheorie, die schließlich auch viele seiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus der „ersten" Neuen Linken wie Stuart Hall und Raymond Williams in den 1970er Jahren dazu nutzten, um in den britischen „Cultural Studies" Marxismus, Kritische Theorie, Strukturalismus, Semiotik und Medientheorie innovativ miteinander zu verbinden.[33] Thompson wehrte außerdem beharrlich (die nicht zuletzt unter dem Einfluss Althussers) in der Linken allmählich beginnende Problematisierung von scheinbar „natürlichen" Grundkategorien des historischen Denkens wie „Erfahrung", „Geschichte", „Subjekt" und „(nationale) Identität" als sprachliche und theoretische Konstrukte als erkenntnistheoretische Verirrung ab.[34] Mit den methodischen Innovationen, die in den 1980er und 90er Jahren im Zuge des sogenannten „linguistic turn" in der Geschichtswissenschaft Ein-

28 Vgl. Anderson, Arguments, S. 206.

29 Vgl. Wade Matthews, The Poverty of Strategy. E. P. Thompson, Perry Anderson, and the Transition to Socialism, in: Labour/ Le Travail 50 (2002), S. 217-241.

30 Edward. P. Thompson, An Open Letter to Leszek Kolakowski, in: Socialist Register 1973, S. 17.

31 Eric J. Hobsbawm, Obituary. E. P. Thompson, Independent, 9.12.2013, zit. n. http://www.independent.co.uk/news/people/obituary-e-p-thompson-1464256.html.

32 Edward P. Thompson, Althusserismus, Stalinismus und sozialistischer Humanismus, in: ders., Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt a. M. 1980, S. 187.

33 Vgl. Dennis Dworkin, Cultural Marxism in Postwar Britain. History, the New Left, and the Origins of Cultural Studies, Durham 1997, S. 219-245.

34 Vgl. Gareth Stedman Jones, History. The Poverty of Empiricism, in: Robin Blackburn (Hg.) Ideology in Social Science, New York 1972, S. 96-115.

zug hielten, konnte sich Edward P. Thompson auch später nie anfreunden.[35] Einen seiner letzten in der Zeitschrift *Past & Present* veröffentlichten Texte kommentierte Thompson selbstironisch im Stil eines wissenschaftlichen Gutachters mit den satirischen Worten:

> „This […] seems to be inspired by a certain whiggish sentimentalism […] One is dismayed at the miserably low theoretical level of the piece, not even a mention of Foucault or Derrida […] I fear that it is beyond revision. It is linguistic without the turn."[36]

Rückblickend wirkt es allerdings tatsächlich theoretisch naiv, wenn Dieter Groh als deutscher Herausgeber einer Sammlung von Aufsätzen Thompsons in der Einleitung bekennt, „Geschichte von unten" bedeute „Geschichte von innen" zu schreiben und es daher die Aufgabe von Sozialhistorikerinnen und Sozialhistorikern sei, sich „in die Handlungen der geschichtlichen Akteure hineinzufühlen, ihre Innenseite sich zu eigen zu machen."[37] Wie Gareth Stedman Jones und Peter Schöttler überzeugend kritisiert haben, erscheinen in dieser Perspektive die historischen Akteure und Akteurinnen samt ihren „Erfahrungen" als dem Verstehen unmittelbar zugängliche Objekte, die durch Historikerinnen und Historiker „authentisch" repräsentiert werden können. Fragwürdig ist hierbei nicht nur der hermeneutische Idealismus, der sich im Glauben manifestiert, der Abstand zwischen Historikerinnen und Historikern und den historischen Subjekten ließe sich durch bloße Intuition überbrücken. Unberücksichtigt bleibt auch, dass sowohl individuelles als auch kollektives Bewusstsein nicht unmittelbar aus den „realen" lebensweltlichen „Erfahrungen" entsteht, sondern „Erfahrungen" und „Bewusstsein" durch in der Regel unbewusste sprachlich-diskursive und begrifflich-symbolische Vermittlungen produziert werden, die als Sinngebungs- und Deutungsstrukturen dem Erleben vorausgehen und so aus diesem erst sinntragende „Erfahrungen" machen. Demnach ist es also nicht einfach so, dass „Erfahrungen" bestimmte politische Diskurse erzeugen. Es gilt vielmehr umgekehrt: Diskurse stellen ein Wahrnehmungs- und Bewertungssystem dar, welches das, was als „Erfahrung" gilt, formend und deutend hervorbringt:

35 Vgl. Peter Schöttler, Wer hat Angst vor dem „linguistic turn"?, in: Geschichte und Gesellschaft, 23 (1997), S. 134-151; ders., Nach der Angst. Was könnte bleiben vom „linguistic turn"?, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 36 (2011), S. 135–151.

36 Zit. n. Paul Slack / Joanna Innes, E. P. Thompson, in: Past & Present, No. 142 (1994), S. 3-5, hier S. 5.

37 Thompson, Plebeische Kultur, S. 16.

> „Wenn man also den Erfahrungsbegriff verwendet, muss man darauf hinweisen, dass die politischen Sprachen und Diskurse die Erfahrung erst konstituieren oder definieren, denn nur durch die Sprache erhält die Erfahrung ihren ‚Sinn' als ‚Erfahrung'. Man muss betonen, dass es keine simple Transmission zwischen Erfahrung und Bewusstsein gibt, sondern dass immer das Medium der Sprache hinzukommt, und dieses Medium wird besetzt durch einen oder mehrere Diskurse."[38]

Wie Peter Schöttler zu Recht betont hat, geht Jones mit dieser von strukturalistischen und poststrukturalistischen Sprachtheorien beeinflussten Erkenntnis einen wesentlichen Schritt weiter als Thompson mit seinem Anspruch, „Klassenbewusstsein" nicht mehr orthodox-marxistisch als unmittelbar durch die „ökonomische Basis" determiniert, sondern durch Erfahrung, Kultur und kollektives soziales Handeln konstituiert zu verstehen. Denn sie macht es erforderlich, mit Hilfe diskursanalytischer Methoden auch die von Thompson in seinem identifikatorischen Ansatz unberücksichtigten, da den historischen Handlungssubjekten selbst gar nicht bewussten sprachlich-diskursiven Prozesse zu untersuchen, die ihre „Erfahrungen", „Interessen" und ihr politisches Bewusstsein erst hervorbringen.

Fazit

Edward P. Thompsons starke Verhaftung in der Kategorie des Nationalen und seine Weigerung, zentrale geschichtsphilosophische Begriffe wie Erfahrung, Identität und Subjektivität einer kritischen theoretischen und diskursanalytischen Reflexion zu unterziehen, erscheint aus heutiger Perspektive problematisch. Es sind gerade diese Aspekte, die fragwürdige politische Anschlussmöglichkeiten an Thompson erlauben. Nicht ohne Grund empfahl jüngst der englische Politikwissenschaftler Michael Kenny in dem Artikel „Faith, Flag and the first New Left" der Labour Party ausgerechnet unter Berufung auf Thompson die Strategie eines „progressiven Patriotismus", mit dem die Linke den sozialspalterischen Konservativen das „Nationale" streitig machen solle.[39] Kenny führt in diesem Artikel Thompson als Gewährsmann dafür an, dass die „zweite" Neue Linke mit ihrer kritischen Haltung zu Nation und ihrem universalistischen Sozialismusverständnis einen Irrweg in die Selbstmarginalisierung eingeschlagen habe. Die heute im Rahmen einer nationalistisch-populistischen Strategie mobilisierbaren partikularistischen Wertvorstellungen

38 Vgl. Gareth Stedman Jones, Klassen, Politik, Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte, Münster 1988, S. 307.

39 Michael Kenny, Faith, flag and the 'first' New Left: E. P. Thompson and the politics of 'one nation', in: Renewal. A Journal of Social Democracy 21 (2013), S. 15-23.

und Politikkonzepte sind aber kaum dazu geeignet, emanzipatorische Gesellschaftsperspektiven zu eröffnen, sondern leisten nur allzu leicht rassistischen und antisemitischen Ressentiments und Affekten Vorschub, vor denen gerade auch soziale Basis- und Protestbewegungen nie gefeit sind.

Aus gegenwärtiger Perspektive liegt die Bedeutung der in diesem Beitrag analysierten Anderson-Thompson-Kontroverse damit nicht auf ihrer inhaltlichen Ebene, also der Frage, ob die politische und gesellschaftliche Entwicklung Englands im 17., 18. und 19. Jahrhundert als „Sonderweg" charakterisiert werden kann. Vielmehr markiert sie den Beginn einer kritischen Infragestellung von zuvor für selbstverständlich gehaltenen nationalen Traditionen und Identitätsmodellen durch die britische Nachkriegslinke vor dem Hintergrund von Dekolonisierung, wirtschaftlich-industrieller Krise, Einwanderung, kulturellem Wandel und weiteren hiermit in Verbindung stehenden gesellschaftlichen Umbrüchen.[40] Kennys Wunsch, diesen Bewusstseinsschritt einfach zurückzunehmen, stellt somit eine bedauerliche politische Regression dar. Die Tatsache, dass sich Tom Nairn seit den 1970er Jahren zu einem glühenden Befürworter eines antibritischen Separatismus und schottischen Nationalismus entwickelt hat,[41] zeigt allerdings zugleich deutlich, dass die von Anderson und Nairn vorgetragene Kritik an Englands „Provinzialismus" und historischer „Rückständigkeit" noch keine grundsätzliche und hinreichende Kritik an Nationalismus und essenzialistischen Identitätsmodellen war. Sie richtete sich lediglich gegen die vermeintlich speziellen Unzulänglichkeiten der englischen Nation und des britischen Staatswesens, sie dekonstruierte und diskreditierte aber keineswegs die Kategorien „Nation" und „Nationalkultur" als solche, die insbesondere im Rahmen von Antiimperialismus und Befreiungsnationalismus auch für die zweite „Neue Linke" eine positive politische Bezugsgrüße darstellten. Ihre radikale Infragestellung betrieben Teile der britischen Linken erst in den 1980er und 90er Jahren unter dem theoretischen Einfluss von Poststrukturalismus, Feminismus sowie den Postcolonial und Cultural Studies.[42] Perry Anderson hat allerdings zweifellos in den 1960er Jahren mit der Öffnung der NEW LEFT REVIEW für „westlichen Marxismus", Strukturalismus und neuere französische Philosophie zu dieser Entwicklung einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ganz im Sinn der hier unternommenen Argumentation hat es der indische Historiker Rajnarayan Chandavarkar bereits in den 1990er Jahren als die

40 Vgl. Wade Matthews, The New Left, National Identity, and the Break-up of Britain, Leiden 2013, S. 287-298.

41 Vgl. ebenda, S. 247-285.

42 Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 1996; Stuart Hall / Paul du Gay, Questions of Cultural Identity, London 1996; Homi K. Bhabba (Hg.), Nation and Narration, New York 1990.

große Herausforderung der postmodernen Kritik an essenzialistischen Identitäts- und Kulturkonzepten beschrieben, eine neue Geschichtsschreibung „von unten" zu entwerfen, die der historischen und gegenwärtigen Vielschichtigkeit, Transnationalität und Wandlungsfähigkeit der globalen Arbeiterinnen- und Arbeiterklasse gerecht wird.[43] Einen lesenswerten Beitrag zu diesem Projekt hat jüngst Massimo Modonesi mit seinem Buch „Subalternity, Antagonism und Autonomy. Constructing the Political Subject" geliefert. Darin zeigt Modonesi, dass sich Thompsons handlungs- und klassentheoretische Überlegungen mit postkolonialer Theoriebildung und westlichem Marxismus zu einer anregenden Diskussion politischer Subjektivität verbinden lassen.[44]

An Edward P. Thompson anzuknüpfen sollte heute immer auch bedeuten, seinen theoretischen und historischen Horizont zu überschreiten. Was dies mindestens bedeuten muss, haben Peter Linebaugh und Ferruccio Gambino anhand des Beispiels der Gründung der radikaldemokratischen London Corresponding Society im Jahr 1792 verdeutlicht, die bei Thompson als Geburtsstunde des „Making of the English Working Class" firmiert. Unerwähnt bleibt bei Thompson nämlich die Beteiligung des ehemaligen Sklaven und transatlantischen abolitionistischen Aktivisten Olaudah Equiano und dass zu dieser Zeit bereits etwa zehn bis zwanzigtausend Schwarze in London lebten. „Angesichts von Equianos entscheidender Rolle bei dem Unternehmen", so Linebaugh, „wäre es richtiger [statt von einer ‚englischen Arbeiterklasse'] von ‚der Arbeiterklasse in England' zu sprechen."[45]

43 Chandavarkar, Thompson and Indian History, S. 67.

44 Massimo Modonesi, Subalternity, Antagonism and Autonomy. Constructing the Political Subject, London 2014.

45 Peter Linebaugh, The London Hanged. Crime and Civil Society in the Eighteenth Century, New York 1992, S. 415; Ferruccio Gambino, Cinquant'anni che formarono il proletariato, in: il manifesto 1.9.2005 [http://archivio.eddyburg.it/article/articleview/3386/0/131/].

Ralf Hoffrogge

Vorwärts und nicht vergessen? Warum die Linke große Erzählungen braucht und dabei auf die Erfahrungen der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verzichten kann[1]

„Vorwärts, und nie vergessen
Worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen
Vorwärts, nicht vergessen
Die Solidarität!"

Nicht zu vergessen – so lautet die zentrale Aufforderung von Bertolt Brecht im Refrain des „Solidaritätslieds", das für den 1932 uraufgeführten Film „Kuhle Wampe" entstand. In der Vertonung von Hanns Eisler fand es eine Verbreitung, die viele der alten „Arbeiterlieder" weit übertraf. Wo vorher umgedichtete Volks- und Soldatenlieder dominiert hatten, schufen Eisler und Brecht einen neuen Stil. Das Lied ist somit Werk von Intellektuellen, bezieht seine Kraft aber wesentlich aus den Erfahrungen jener Bevölkerungsschicht, der jenseits der achtjährigen „Volksschule" jede Bildung verwehrt blieb: dem Proletariat. Hunger und Mangel spielen eine Rolle, Alltagserfahrungen auf dem Höhepunkt der letzten Weltwirtschaftskrise ab 1929. Materielle Not ist jedoch nicht die zentrale Kategorie – wichtiger sind die Erinnerung und Solidarität. Es geht um eine proletarische Ethik des kollektiven Handelns derjenigen „da unten", die als Erfahrung und Praxis tradiert werden soll. In der Version von 1947 verweist Brecht in einer zweiten Strophe auch auf die zu überwindende Spaltung durch Kolonialismus und Rassismus: „Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber! Endet ihre Schlächterein! Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein" – eine zentrale Lehre aus dem Massentöten zweier Weltkriege, die Brecht als Zeitzeuge erlebt hatte. Ohne den Begriff der „Rasse" zu dekonstruieren,[2] zieht Brecht dennoch den bis heute gültigen Schluss: Internationale Solidarität überwindet rassistische Zuschreibungen und Spaltungen, nur sie kann die materielle Not beenden. Ebenso zentral und über eine dem Marxismus oft vorgeworfene Verelendungstheorie hinausweisend ist der Kampfaufruf gegen das Vergessen: Auch beim Essen soll die Solidarität walten. Brecht verweist damit auf die Bedeutung von Erinnerung im politischen Kampf: Widerstand mag sich spontan aus der Not ergeben, kann aber nur erfolgreich sein, wenn er aus Erfahrungen der Vergangenheit einen kategorischen Imperativ für die Zukunft ableitet. Die Erinnerung und das Bewusstsein für Geschichte stehen bei Brecht auf Seiten des Proletariats, das „Vergessen beim Essen" ist der Triumph der Herrschenden.

1 Dieser Text basiert in Teilen auf Überlegungen im Vorwort von Ralf Hoffrogge, Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland - von den Anfängen bis 1914, Stuttgart 2011, ist jedoch inhaltlich wesentlich erweitert.

2 Anders als die mit Afrika assoziierte Bezeichnung „schwarz" oder „black" war „gelb" für die Bevölkerungen Asiens nie eine Selbstbezeichnung, sondern eine koloniale Zuschreibung, die ihren Ursprung in rassistischen Karikaturzeichnungen im 19. Jahrhundert hatte. Die Zuordnung erfolgte dabei willkürlich und hatte mit der realen Hautfarbe nichts zu tun. Das Narrativ des „gelben" Asiaten war dennoch derart wirkmächtig, dass es selbst in antirassistisch intendierten Texten lange benutzt wurde, hier eben auch bei Brecht.

Vom Proleten zum Proll

Es scheint, als hätte Brecht schon 1932 vorausgesehen, wie sich im Westeuropa der Nachkriegszeit die proletarischen Milieus in der Konsumgesellschaft auflösten, wie das Wort „Arbeiter" nach hundert Jahren Kampf wieder zu jenem Schimpfwort wurde, das es vor seiner Entdeckung als Protestidentität in der Revolution von 1848 war. Schon in den 1950ern wollte kaum noch jemand „Arbeiter" oder „Arbeiterin" sein, und heute sind vom Proletariat nur noch „Prolls" übergeblieben – ein Begriff der sich wesentlich daran aufhängt, dass dem „Proll" ein schlechter Geschmack bei Kleidung und Musik unterstellt wird. Endlich angekommen in der Sphäre des Ästhetischen und des Konsums, die ihm über Generationen verwehrt war, versagt der Prolet, wird vom sozialistischen Hoffnungsträger zur Witzfigur – was in London die „Chavs" sind, ist in Berlin die Cindy aus Marzahn.[3] Die alte Arbeiterbewegung, so könnte man meinen, ist damit an ihren eigenen Erfolgen erstickt – das Vergessen beim Essen hat sie eingeholt. Ähnliche Diagnosen stellte Herbert Marcuse schon 1964 mit Blick auf die US-amerikanische Gesellschaft in seinem „eindimensionalen Menschen". Nur noch „Randgruppen" wie die afroamerikanische Bevölkerung hätten die Kraft, das System zu sprengen. Die ArbeiterInnenbewegung seiner Zeit beurteilte er skeptisch, da ihre Kämpfe den Erhalt des Kapitalismus voraussetzten: Der Wirtschaftsboom des Fordismus war Bedingung für den Aufstieg in die Konsumwelt. Die männlich und weiß dominierten Gewerkschaften wollten diesen Boom verewigen, profitierten von einem rassistisch und geschlechtlich segmentierten Arbeitsmarkt im Innern und einer ungleichen und imperialen Welthandelsordnung, die ihre Privilegien sicherte.[4]

Von der Studierendenbewegung in Deutschland wurde Marcuse in den sechziger Jahren trotz der Negativität seiner Analysen gefeiert und heiß dis-

3 Owen Jones: Chavs. The Demonization of the Working Class, London 2011, zu deutsch treffend: Prolls. Die Dämonisierung der Arbeiterklasse (Mainz 2012).

4 Popkulturell wirksam wurde die Figur des reaktionären Arbeiters ein Jahr nach Marcuses Buch in der britischen Serie „Till death do us part" von Johnny Speight aus

kutiert. Das deutsche Wirtschaftswunder mühte sich, den Anschluss an die amerikanische Konsumgesellschaft zu finden, die Sozialdemokratie war seit dem Godesberger Programm von 1959 nicht mehr Klassenpartei, sondern Volkspartei und einzig in der Gewerkschaft IG Metall lebte die programmatische Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien fort. In einer politisch fast stillgelegten Konsumgesellschaft, die Harmonie in einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" versprach, begehrte nur eine Minderheit von Unzufriedenen auf.[5] Dass Marcuse 1967 an der Freien Universität Berlin als Redner begeistert empfangen wurde, lag auch daran, dass er nicht nur die Glaubwürdigkeit des Exils mitbrachte, sondern eine der wenigen Persönlichkeiten war, die die alte ArbeiterInnenbewegung der Weimarer Republik mit der scheinbar klassenlosen Moderne der 1960er Jahre verband. Aus bürgerlichem Hause hatte Marcuse sich 1918 auf die Seite der Revolution geschlagen, wurde Delegierter im Soldatenrat von Berlin-Reinickendorf, den er verließ, als man die alten Offiziere wieder hinein wählte. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg trat Marcuse aus der SPD aus und startete seine Laufbahn als Theoretiker, im Genfer Exil wurde er Mitglied der Frankfurter Schule. Dass Marcuse eine Generation später gefeiert wurde, während sich die Studierendenbewegung mit Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Jürgen Habermas überwarf, mag daran liegen, dass Marcuse, ohne sich Illusionen zu machen, stets nach der Bewegung suchte und sich ihr verpflichtet fühlte. Sein „eindimensionaler Mensch" ist eine Kritik des Bestehenden in der Tradition der Frankfurter Schule, blickt jedoch ebenso auf die Momente des Wandels und des Kampfes, sucht aktiv nach einem Subjekt revolutionärer Brüche.

dem Jahr 1965, die später mit „All in the Familiy" ein Remake in den USA erfuhr und in Deutschland durch die Adaption „Ein Herz und eine Seele" berühmt wurde. Bezeichnenderweise ist die Hauptfigur des reaktionären Arbeiters in Großbritannien ein autoritärer Monarchist, in den USA ein weißer, rassistisch eingestellter Gewerkschafter und in Deutschland ein ehemaliger Wehrmachtssoldat, bekannt unter dem Spitznamen „Ekel Alfred".

5 So etwa Ralph Dahrendorf, der die von Helmut Schelsky 1953 postulierte These einer „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft" als modernisierte Variante der „Volksgemeinschaft" kritisierte. Schelsky war Mitglied der SA, des NS-Studentenbundes und ab 1937 der NSDAP. Zu Dahrendorfs Kritik vgl. ders. Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft; Stuttgart 1957. Als Nachfolger kann die Kontroverse um das von Ludwig Erhard 1965/66 ausgerufene Leitbild der „formierten Gesellschaft" gelten, das ebenfalls die Idee einer Homogenisierung von gesellschaftlichen Widersprüchen vertrat.

Dreifacher Bruch in Deutschland 1933–1956

Ein solches Anknüpfen an Traditionen und Erinnerungen des politischen Kampfes war für die Generation der „68er" in Westdeutschland und Westberlin doppelt erschwert – die Niederlage der alten Arbeiterbewegung im Faschismus hatte nicht nur deren Kampfformen fragwürdig werden lassen, sondern ihre Kader dezimiert und vernichtet und eine ganze Generation Jugendlicher im völkischen Ungeist erzogen. Im Falle der KPD kam die Ermordung vieler Überlebender in den Lagern des Stalinismus hinzu. Die fortdauernde Leugnung dieser Verbrechen auch nach Stalins Tod isolierte die westdeutsche KPD und machte ihr Verbot 1956 für den Staat zu einer einfachen Sache. Die Verweigerung jeder Aufarbeitung und Sühne durch die kommunistische Bewegung selbst ermöglichte es dann, auch die reflektierteste Kritik des Staatssozialismus in liberale Geschichtsdeutungen integrieren. Sie wurde als antitotalitäre „Renegatenliteratur" vorgeführt – ein Schicksal, das sowohl Arthur Koestler als auch George Orwell teilten.

Die in den Jahren 1965 bis 1968 neu entstehende westdeutsche Linke suchte dennoch den Bezug zur Vergangenheit. Nicht nur Marcuse sondern auch Persönlichkeiten wie der sozialistische Staatsrechtler Wolfgang Abendroth, der Rätekommunist Willy Huhn, der IG-Metall Vorsitzende Otto Brenner, der Veteran des Spartakusbundes Karl Retzlaw oder Organisationen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN) versuchten teils erfolgreich, die Weitergabe des Wissens zu institutionalisieren.[6] Der Bruch jedoch dominierte. Während in Frankreich 1968 zehn Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter den Generalstreik wagten, konnte die Bewegung in Deutschland erfolgreich als „Studentenbewegung" isoliert werden – der „anständige Arbeiter" hielt sich fern. Dies suggerierte zumindest die Springerpresse, obwohl wilde Streiks, eine Lehrlingsbewegung und ein Linksschwenk in den Jugendorganisationen von SPD und Gewerkschaften eine entstehende kulturelle Hegemonie der Linken auch in der Arbeiterjugend anzeigten. Doch gerade diese schnelle Radikalisierung machte die Traditionslosigkeit noch sichtbarer – der neue Marxismus hatte etwas Geborgtes. Er wurde in Raubdrucken alter Schriften entdeckt, hatte aber neben dem Papiergedächtnis keine kollektive Erfahrung als Organisation und nur wenige Persönlichkeiten gaben ihre persönliche Erfahrung sozialistischer Praxis weiter.[7] Ein Beleg dafür mag wieder ein Lied geben, Franz Joseph De-

6 Zu den dünnen aber vorhandenen Bindungen zwischen der „alten" Arbeiterbewegung und der Neuen Linken vgl. die Pionierstudie von Gregor Kritidis: Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer – ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008.

7 Wenn doch, dann geschah auch dies nicht selten in der Deformation des Kalten Krieges, d.h. im Falle des westdeutschen Kommunismus mit einer völlig unkritischen Bindung an die DDR, die als das „andere Deutschland" über jeder Kritik

genhardts „Entschuldigung eines alten Sozialdemokraten“ aus dem Jahr 1968. Ein Text, der die Sprachlosigkeit zwischen den Generationen, aber auch das „Ankommen“ der Arbeiterbewegten von einst im Mittelstand der Nachkriegsgesellschaft dokumentiert:

„paß auf
das mußt du auch mal vergleichen
was hat er früher gehabt
was hat er heute
sieh mal
wir waren sieben zu hause
zwei zimmer immer kohldampf geschoben
und heute
guck dir das doch mal an
wohnzimmer teppich
couch sessel
alles was du willst
auto sogar
die kinder arbeiten verdienen
und dann kommt ihr: ARBEITER DU WIRST AUSGEBEUTET“[8]

Der Marxismus hatte also seit 1967 wieder Konjunktur, blieb jedoch in der BRD überwiegend auf eine radikale Jugendkultur begrenzt. In Italien dagegen erzielte die Kommunistische Partei PCI mit ihrer Loslösung von Moskau im Zuge des „Eurokommunismus“ Wahlergebnisse von 34 %. Auch die „Autonomia“, jene linksradikale Gegenbewegung zum Parteikommunismus stützte sich in Italien nicht nur auf Studierende, sondern auch auf die Rebellion in Fabriken und in den Wohnvierteln der Arbeiterbevölkerung. Wilde Streiks wurden prägend für eine Strömung, die ihren theoretischen Widerhall im „Operaismus“ – zu deutsch „Arbeiterismus“ – fand und sich ganz selbstverständlich als Teil einer ArbeiterInnenbewegung sah. Die später entstandenen deutschen „Autonomen“ wurden dagegen wie schon die „Studentenbewegung“ der Generation zuvor ein Phänomen jugendbewegter Subkultur.[9] Eine Abgrenzung, die oft genug selbstgewählt war, wenn die Militanz zum Fetisch wurde und die Provokation zur Identität. In Italien, aber auch in Frankreich brachte die andere Erfahrung mit dem Faschismus auch ein anderes Verhältnis zur Tradition und auch zur Militanz. Die Partisanenbewegung und die Résistance, in der Kommunistinnen und Kommunisten eine große Rolle spielten, verhalfen der ArbeiterInnenbewegung zu einem neuen Mythos,[10] einer neuen Erzählung die bis heute nachwirkt – etwa durch Stephan Hessels 2010 heiß diskutierten Aufruf *Indignez-vous!* – „Empört Euch“, der die sozialen Ziele der Résistance gegen den Neoliberalismus ins Feld führte.[11]

In Deutschland war das nicht so – die Befreiung kam 1945 von außen. In der DDR, wo die Staatsführung wesentlich aus Kadern der alten KPD bestand, war der Bruch und die Abhängigkeit vom Befreier überall sichtbar und wurde mit Sowjetfolklore noch überhöht. Doch gerade diese Überhöhung der SU machte klar: Das neue Regime stand inmitten der vom NS erzogenen Massen auf unsicherem Grund: „Wir kämpfen hier um ein zweites Stalingrad“ sagte ein anderer Sänger, Ernst Busch, einmal über sozialistische Kulturarbeit in der postfaschistischen Gründerzeit der DDR.[12] In der BRD hingegen war ein sozialistischer Aufbau weder fremd- noch selbstbestimmt möglich. Es dominierte eine Restauration bürgerlicher Herrschaft, in die, gebeugt durch das Wirtschaftswunder 1959, mit dem Godesberger Programm auch die Sozialdemokratie als Sammelbewegung der alten ArbeiterInnenbewegung einschwenkte. Die „Wende“ von 1989 fügte schließlich dem zweifachen Traditionsbruch aus Faschismus und Restauration einen Dritten hinzu. Von Autonomen und antiautoritären Linken zunächst nicht erkannt, traf die Implosion des Ostblocks und der DDR nicht nur den Staatssozialismus, sondern stieß mitten ins Herz der Linken, indem sie die Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft an sich in Frage stellte.

---

stand. Auch dies verhinderte eine offene, selbstkritische Aneignung kommunistischer und sozialistischer Erfahrungen der Vergangenheit.

8 „Entschuldigung eines alten Sozialdemokraten“, Franz Joseph Degenhardt 1968.

9 Anfang der 1970er Jahre gab es verschiedene operaistische Gruppen, die sich positiv auf die Arbeiterautonomie bezogen und z.B. wilde Streiks der „Gastarbeiter“ unterstützten. Die Hoffnung auf „italienische Verhältnisse“ wurde jedoch in der BRD enttäuscht, die „Autonomen“ der 1980er Jahre orientierten sich schließlich auf Arbeitsverweigerung statt ArbeiterInnenbewegung. Vgl. Karl Heinz Roth u. Angelika Ebbinghaus: Dissidente Geschichtsschreibung. Vor 40 Jahren erschien im Münchener Trikont-Verlag »Die andere Arbeiterbewegung«, in: Analyse und Kritik, Nr. 595, Juni 2014.

10 Vgl. Bruno Groppo u. Fillippo Focardi, The Changing Memories of World War II and the Resistance in Italy and France: a Comparative View, in: The Memory of Labour and Social Movements, ITH-Tagungsberichte 45, Leipzig 2011.

11 Stéphane Hessel, Empört Euch, Berlin 2010.

12 „Du kennst doch die sturen Böcke. Sie nehmen dem Hitler nur eines krumm, dass er ihren Krieg verloren hat. Alles andere war grossartig. Völker ausrotten, Judenverfolgung, alles in Ordnung. Und mit denen mach Du mal Demokratie. Wir kämpfen hier um ein zweites Stalingrad.“, zit. n.: Jochen Voit, Er rührte an den Schlaf der Welt - Ernst Busch - Die Biographie, Berlin 2010, S. 200.

Sozialismus als Geschichtsdebatte vor 1989

Vor 1989 war trotz der skizzierten Isolation linker Kräfte die Auseinandersetzung um den Sozialismus in Westdeutschland in der Abgrenzung stets präsent: Durch die Existenz der DDR standen während des Kalten Krieges die Begriffe „Sozialismus“ und „Arbeiterbewegung“ im Zentrum eines breiten Legitimationsdiskurses. Dies war mehr als ein Streit zwischen SED und SPD um Erbe und Image, es ging um den grundsätzlichen Konflikt zwischen Sozialstaat und Staatssozialismus.

In Westdeutschland gab es zudem bedeutende Beiträge einer undogmatischen Linken zur historischen Debatte, die sich jenseits der mit zunehmend vorhersehbaren Argumenten geführten Kontroverse zwischen Sozialdemokratie und Marxismus-Leninismus positionierten. Diese Ansätze reichten von Linkssozialismus und linker Sozialdemokratie bis hin zum Operaismus und den von ihm beeinflussten Autonomen – die Zeitschrift „Autonomia“ pflegte gerade wegen ihrer Distanz zu Parteien und Gewerkschaften einen breiten historischen Diskurs zur proletarischen Geschichte. Beiträge von Karl Heinz Roth und Ahlrich Meyer rekonstruierten eine Gegengeschichte der „anderen Arbeiterbewegung“, rehabilitierten die Maschinenstürmer und die Tradition des spontanen Aufruhrs.[13] Ebenso breit rezipiert wurde die im England der den 1960er Jahre entstandene „New Labour History“, welche die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung von einer reinen Organisationsgeschichte zur Bewegungs- und Sozialgeschichte weiterentwickelte.[14] Die kritischen Impulse wirkten in die akademische Geschichtsschreibung hinein, Autoren wie Jürgen Kocka und Hans Ulrich Wehler rehabilitierten die Kategorie „Klasse“ für die Geschichtswissenschaft und nutzten dabei nicht nur Max Weber, sondern auch Marxsche Definitionen.[15] Trotz zweier Traditionsbrüche und dem Minderheitenstatus der Neuen Linken in der BRD – das Reden über Sozialismus, über Arbeit und über Klasse war bis 1989 stets präsent. Es blieb in widersprüchlichen Formen von Bezug und Abgrenzung zentral für das Selbstverständnis sowohl der antikapitalistischen Linken als auch der staatstragenden Sozialdemokratie.

13 Ahlrich Meyer, Die Logik der Revolten - Studien zur Sozialgeschichte, Berlin 1999. Karl-Heinz Roth u. Elisabeth Behrens, Die „andere“ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart, München 1974.

14 Prägend auch hier die Auseinandersetzung mit und durch die „alte“ Arbeiterbewegung in der britischen „Communist Party Historians Group“, die an die KP Großbritaniens (CPGB) angegliedert war. In Auseinandersetzung mit der sowjetischen Repression gegen den ungarischen Volksaufstand bracht die Gruppe 1956 auseinander, die damaligen Debatten gelten als Geburtsstunde der „New Left“, der „Neuen Linken“ in Großbritannien. (Vgl. dazu auch die Beiträge von David Mayer, Susanne Götze und Dominik Nagl in diesem Band.)

15 So etwa Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg – Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

Vom Sprechen zum Schweigen – Das Verstummen nach 1989

Man könnte meinen, die undogmatischen Ansätze des Sprechens über Arbeiterinnen, Arbeiter und ihre Bewegung würden nach dem Ende des Kalten Krieges die Diskussion dominieren, angespornt auch durch die plötzliche Öffnung der Archive im Ostblock mit ihrem reichen und lange peinlich unter Verschluss gehaltenen Quellenmaterial. Das Gegenteil war der Fall: Die Geschichte der sozialistischen Bewegung wurde insgesamt in eine Nische gedrängt, sowohl bei politisch Aktiven als auch in der Wissenschaft.[16]

Die offizielle Geschichtsschreibung hatte den Diskurs über Arbeit nach 1990 nicht mehr nötig. Die in der alten BRD so wichtige Erzählung vom Sozialstaat als Erbe der ArbeiterInnenbewegung hatte ausgedient, als die SPD sich in der Schröder-Ära faktisch vom Sozialstaat verabschiedete. Die „Soziale Marktwirtschaft“ hingegen wurde weiterhin beschworen, aber nicht als von einer Bewegung erkämpfte staatliche Garantie gegen den Markt, sondern als Markterziehung, eine Art virtuelles Arbeitshaus, in dem das Jobcenter seine Antragsteller als „Kunden“ in einem fiktiven Vertragsverhältnis anredet und sie zur Beschäftigungsfähigkeit am Markt erzieht. Das „Soziale“ war somit als Begriff ausgehöhlt bzw. mit dem Slogan „sozial ist, was Arbeit schafft“ in sein Gegenteil pervertiert. Die offizielle Erfolgsgeschichte des vereinigten Deutschlands ergibt sich daher heute nicht mehr aus erkämpften sozialen Standards, sondern aus einer Negativ-Geschichte der DDR, der einst staatstragende Diskurs über das Soziale wurde durch einen abstrakt-neoliberalen Freiheitsdiskurs ersetzt: Freiheit siegte in Westdeutschland über die NS-Diktatur, der Rechtsstaat BRD über den Unrechtsstaat DDR. Obwohl im Diskurs der „zwei deutschen Diktaturen“ die Kategorie des Rechts eine zentrale Rolle spielt, bleibt der Inhalt dieses Rechts in Festreden und in dem programmgemäß in jedem Nuller-, Neuner- und Vierer-Jahr wiederkehrendem Jahrestagsjournalismus völlig abstrakt. Soziale Rechte und Freiheiten sind nicht mehr Teil des Diskurses, auch die im Grundgesetz verankerte Kategorie der Würde ist im Zeitalter von Hartz IV nicht einklagbar, wie die ausweichenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts immer wieder zeigen. Aus einer abstrakten Freiheit lassen sich keine materiellen Ansprüche mehr ableiten, und das ist so gewollt.

16 In der Nische jedoch entstanden bedeutende Versuche einer Aufarbeitung der sozialistischen Geschichte, gerade auch durch ostdeutsche Autorinnen und Autoren, die unveröffentlichtes Material beitrugen – beispielhaft etwa die Publikationen aus dem Karl-Dietz-Verlag, als ehemaligem DDR-Staatsverlag, der schon 1990 erstmals in der Noch-DDR die Werke von Leo Trotzki neu auflegte, oder auch die inzwischen eingestellte Zeitschrift „Utopie Kreativ“ sowie die Literatur der „Hellen Panke“.

„Neue“ Soziale Bewegungen in Deutschland seit den 1990er Jahren

Der dritte Bruch von 1989 war Voraussetzung für die Umdeutung des Sozialen, er wirkte in der Bewegungsgeschichte ebenso einschneidend wie die Zäsur von 1933 und die Restauration der 1950er Jahre. Bereits die „Neuen Sozialen Bewegungen“ der 1960er und 1970er Jahre bezogen sich oft nur in Abgrenzung auf die ArbeiterInnenbewegung als „alte“ soziale Bewegung. Daher überwanden diese Neuen Sozialen Bewegungen ebenso wie die Autonomen den historischen Bruch von 1989 weit besser als etwa die K-Gruppen und fanden in den 1990er Jahren mit der globalisierungskritischen Bewegung zu einem neuen Höhepunkt und einer neuen internationalistischen Perspektive. Als Gegenerzählung zur Erzählung vom „Ende der Geschichte“ wurde die globale soziale Ungleichheit thematisiert und kritisiert, dem abstrakten Freiheitsdiskurs ein konkreter sozialer Diskurs entgegengesetzt. Bisheriger Gipfel dieses Protestzyklus waren für den Schauplatz Deutschland die Proteste gegen den G8-Gipfel im Sommer 2007, an der sich zehntausende Menschen beteiligten und die für eine nachwachsende Generation zum politischen Schlüsselerlebnis wurde. Die Bewegung schaffte es, inmitten einer Epoche neoliberaler Hegemonie sozialen Protest für breite Bevölkerungsschichten sichtbar zu machen. Organisatorische Konsequenzen entstanden daraus freilich nur zögerlich, etwa in der „Interventionistischen Linken“, die bis heute darum wirbt, Szenemechanismen zugunsten eines Organisationsprozesses zu überwinden. Dies kam jedoch langsam voran – die sozialen Bewegungen in Deutschland sind bis heute lebendig, aber amorph und misstrauisch gegenüber festen Strukturen. Am erfolgreichsten sind sie da, wo sie große Anti-Koalitionen bilden können. Anders als beim Thema Atomkraft war dies auf dem Gebiet sozialer Kämpfe jedoch bisher kaum mit Erfolgen verbunden. Mit dem Stichtag der Wiedervereinigung begann hier eine Serie von Abwehrkämpfen, zunächst in abgewickelten Industrien Ostdeutschlands, schnell jedoch auch im „alten Westen“, die eine massive Erosion erkämpfter sozialer Standards nicht verhinderten. Massenproteste auf sozialem Gebiet blieben aus – es dominierten Stellvertreterpolitik und Rückwärtsverhandlungen. Das Schweigen über die Arbeit, das Fehlen eines historischen Narrativs sozialer Kämpfe hat hier sicher einiges dazu beigetragen, dass neoliberale und individualisierende Weltsichten bis heute dominant sind gegenüber Deutungsmustern, die Kollektivität und Gegenwehr nahelegen.

Als sich vor zehn Jahren die bisher einzige große Welle von Sozialprotesten der „Berliner Republik“ formierte, griff sie konsequenterweise nicht gewerkschaftliche oder sozialistische Motive auf, sondern wählte die Form der Montagsdemonstrationen von 1989, um gegen die die geplanten Hartz-IV-Reformen zu rebellieren. Selten bis nie wurde die Tatsache thematisiert, wie radikal im Osten Deutschlands der soziale Kompromiss aus der „Wiedervereinigung“ vom Oktober 1990 auf der Straße aufgekündigt wurde – die radikale

Linke hielt im Sommer 2004 vielfach Distanz, war nicht interventionsfähig oder nicht interventionswillig. Im Rückblick ist damals eine große historische Chance verpasst worden, weil spontaner Protest, die neue Linke der sozialen Bewegungen und die „alte Linke“ der Gewerkschaften nicht zusammenfanden.

Dieses Nicht-Zusammenfinden ist symptomatisch für heutige Soziale Bewegungen und ihre amorphe, nur kampagnenhaft handlungsfähige Organisationsstruktur. Doch obwohl diese Verfassung der „neuen“ außerparlamentarischen Bewegungen ein Reflex ist auf bürokratische oder diktatorische Erstarrung von Formationen der „alten“ ArbeiterInnenbewegung einerseits und deren systemkonforme Integration andererseits, wird diese Tatsache selten politisch und nie historisch reflektiert. Es gibt eine Abgrenzung, ohne den Gegner wirklich zu kennen. Das ging so weit, dass bei einer Spaßguerilla-Aktion zu den 150-Jahr-Feiern der SPD im Jahr 2013 zu Jubelprotesten anlässlich „150 Jahre Sozialabbau“ aufgerufen wurde.[17] Dass dies historisch falsch ist und die Kampfjahre der Sozialdemokratie vor 1914 vielleicht auch Lehren für heute beinhalten, darauf kam niemand. Eine Linke, die keine eigenen Mythen haben will, fiel damit auf den plattesten Geschichtsmythos der alten Tante SPD herein: Dass diese Partei tatsächlich in der ungebrochenen Tradition der Kämpfe gegen Bismarck steht, dass sie mit den sozialistischen Aufbrüchen Ende des 19. Jahrhunderts mehr gemein hat als eine organisatorische Hülle und einen überkommenen Namen.

Um unsere Kämpfe, aber auch unsere Gegner besser zu verstehen, braucht es deshalb eine kritische Aneignung von Geschichte als Geschichte sozialer Kämpfe – und zwar nicht erst beginnend mit 1968. Die Reflexion müsste beginnen spätestens im 19. Jahrhundert, mit dem sichtbaren Aufblühen des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital.[18] Gerade hier, in dieser für unsere Generation fast mythischen Vorzeit zeigt die Geschichte der sozialistischen Bewegung erstaunliche Parallelen zu aktuellen Debatten. Etwa beim Thema Prekarität und Soziale Rechte: In anderen Worten wurde dieser Zusammenhang bereits anlässlich der Bismarckschen Sozialgesetze in den 1880er Jahren diskutiert. Statt *prekär* sagte man damals *proletarisch*, gemeint war im Kern dasselbe: Die existenzielle Unsicherheit von Lohnarbeitenden, die heute nicht wissen, wie sie morgen ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Auch wenn die damaligen Debatten nie eins zu eins übertragbar sind, wäre es absurd, die Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung in dieser Frage nicht zur Kenntnis zu

17 Die Satireseite war zu finden auf: www.150-jahre-spd.net, vgl. auch „Vergifteter Applaus für Sozis“, taz 8. August 2013, online: www.taz.de/!121503/.

18 Spätestens – einige Autoren argumentieren, dass bereits im 19. Jahrhundert mit der Durchsetzung der Industriegesellschaft und der Konstitution des Pöbels und der Unterschichten zu national integrierten Arbeiterklassen eine Niederlage zu verzeichnen sei. Vgl. Peter Linebaugh u. Marcus Rediker: Die vielköpfige Hydra. Die verborgene Geschichte des revolutionären Atlantiks, Hamburg 2008.

nehmen. Das Abschneiden der Erinnerung an vergangene soziale Kämpfe ist fatal, denn Klassenbewusstsein stammt nicht nur aus der eigenen Erfahrung, sondern ist ein historisches Produkt langer Dauer. Dies ist die zentrale Aussage von Brechts Solidaritätslied – die Not erzeugt nicht automatisch Widerstand. Bedingung für den Erfolg politischer Kämpfe über längere Perioden hinweg ist genauso die immer wieder aufgerufene und aktualisierte Erinnerung an kollektiv-solidarische Praktiken.

Das kollektive Gedächtnis als Ressource im Widerstand

Da gesellschaftliche Kämpfe, seien es Klassenkämpfe oder Kämpfe um Geschlechtergerechtigkeit, ein Projekt von Generationen sind, ist ein kollektives Gedächtnis *von unten* wesentlich für die Mobilisierung gegen die immer neuen Enteignungen seitens der Herrschenden. Dennoch wird ein solches Gedächtnis in der außerparlamentarischen Linken wenig gepflegt. Als in Deutschland sozialisierte Linke tragen wir die Traditionsbrüche von 1933, der 1950er und von 1989 in uns, ohne es zu wissen, denn sie sind in Sozialisationsmuster politischer Milieus wie „Antifa“ oder „Autonome“ eingeschrieben. Diese Milieus sind Produkte ihrer Zeit, konzipiert als Nischen gegen einen Mainstream, selten als Plattformen zur Intervention in den Rest der Gesellschaft. Die im Faschismus zerstörte Gegenkultur der alten ArbeiterInnenbewegung hatte hier eine andere, generationen- und milieuübergreifende Breite, war nie auf Subkultur reduziert. Dennoch wird Kampferinnerung gerade im Fall der sozialistischen Bewegung als traditionalistisch abgewehrt, immer noch hält sich in den Köpfen das Bild von der unreflektierten und patriarchal-männerdominierten Arbeiterbewegung. Diese Kritik hat selbstverständlich auch eine gewisse Berechtigung, ist selbst ein Stück weit schon Produkt kritischer Aufarbeitung von allzu holzschnittartigen Heldenerzählungen der „sieggekrönten Taktik“ der ArbeiterInnenbewegung. Diese wurden in der deutschen Sozialdemokratie schon vor dem Ersten Weltkrieg gepflegt und als Hausgeschichtschreibung später von SPD und SED weitergeführt – mit sehr unterschiedlichen Akzenten, doch mit einem gemeinsamen Narrativ: dem Fortschritt in eine bessere Zukunft. Dieses Narrativ ist brüchig geworden, zu Recht kritisiert durch neue Bewegungen im Kampf gegen Rassismus oder Sexismus – Akzente, in denen die „Neuen“ Sozialen Bewegungen oftmals eine weitergehende Herrschaftskritik und manchmal auch Kampfpraxis hatten. Meist wurde mit der Kritik der Bewegungstradition jedoch das Kind mit dem Bade ausgeschüttet – die wiederholten Traditionsbrüche der deutschen Linken führten zum Verlust von Wissen, nicht zur Aufarbeitung. Insbesondere seit 1989 ist zu beobachten, dass in den Bewegungen kaum historische Kritik an den weißen Flecken und Auslassungen der ArbeiterInnenbewegung mehr geübt wird, sondern überhaupt kein historischer Bezug mehr stattfindet. Wenn etwa eine Einführung in die Feministische Theorie erst mit

den 1960er Jahren ansetzt und damit fast ein Jahrhundert von Kämpfen der proletarischen Frauenbewegung übergeht, ist eine Chance für die Gegenwart verpasst worden.[19]

Eine kritische Aufarbeitung der ArbeiterInnenbewegung inklusive der proletarischen Frauenbewegung würde ergeben, dass Klassenkämpfe zwar die Kernfrage, aber nie die einzige Frage der Bewegung waren. Sie beschäftigte sich trotz aller Männerdominanz schon im 19. Jahrhundert mit Geschlechterverhältnissen, kämpfte mit ihrer Kolonialkritik gegen rassistische Diskriminierung und Antisemitismus und setzte sich als erste politische Bewegung überhaupt gegen die Kriminalisierung von Homosexualität ein: Der Sozialist August Bebel war es, der 1898 die erste Parlamentsdebatte der Welt zu diesem Thema erzwang. Seine Genossin Clara Zetkin war es, die im Jahrzehnt zuvor das erste praktische Programm gegen die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt formulierte.[20] In einer Gegenwart, wo nach wie vor ein „pay gap“ zwischen Frauen- und Männerlöhnen existiert, kann uns dieser vergangene Kampf nicht egal sein. Wir profitieren von seinen Ergebnissen, sehen aber gleichzeitig, dass im Kapitalismus nach wie vor Hierarchisierungen und Ungleichheiten ein probates Mittel sind, um verschiedene Gruppen von Arbeitenden gegeneinander aufzustellen. Gerade in der Krise funktioniert dieser Spaltungsmechanismus, heute insbesondere zwischen den Generationen und zwischen MigrantInnen und Alteingesessenen. Wer weiß jedoch, dass ähnliche Zusammenhänge schon in den 1880ern debattiert wurde, dass deutsche Gewerkschaften Flugblätter in polnischer Sprache verteilten, um „Gastarbeiter“ im Ruhrgebiet zu mobilisieren?[21] Wer weiß, dass August Bebel als erster Parlamentarier die Gräuel des Völkermordes an Herero und Nama in Namibia anprangerte? Aus den 1920er und frühen 1930er Jahren ließen sich weitere Beispiele anführen, insbesondere die antirassistische und internationalistische Arbeit erlebte damals in den Kampagnen der kommunistischen Internationale eine wahre Blüte.[22]

---

19 Andrea Trumann, Feminismus - Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus, Stuttgart 2002.

20 Clara Zetkin, Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berlin 1889; digital unter: http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01720.pdf/.

21 Diese Arbeit war selbstverständlich nicht immer widerspruchsfrei, aber gerade der Zusammenhang zwischen Internationalismus und ebenso vorhandenen Ressentiments gegen Einwanderung in gewerkschaftlichen Debatten wäre lehrreich für die Gegenwart, wo das Phänomen „Klasse“ im Antirassismus oft verschwindet, während im Begriff des „Gastarbeiters“ bei aller Abwertung zumindest noch das Interesse der Herrschenden an migrantischer Arbeit präsent ist, der Zusammenhang zwischen Klasse und Migration also noch nicht de-thematisiert ist.

22 Vgl. Akim Hadi, Panafricanism and Communism - The Communist International, Africa and the Diaspora, 1919-1939, AWP, 2014.

Doch die Breite der zeitgenössischen Diskussionen ist bei Aktiven der heutigen Linken verschüttet und unbekannt. Unhinterfragt steht die Annahme, dass die Arbeiterbewegung, wie der Name schon zu sagen scheint, sich nicht wirklich gekümmert habe um Herrschaftsverhältnisse abseits des Klassenkampfs.

Ob das stimmt, halte ich zumindest für fragwürdig, Gegenbeispiele wurden genannt und mögen als Auftakt für eine Debatte dienen. Meine These dazu: Die keineswegs vollständige, aber für ihre Zeit sehr frühe und zukunftsweisende Integration von antirassistischen und feministischen Perspektiven in die Kämpfe der sozialistischen Bewegung rühren daher, dass die Utopie des Sozialismus stets mehr war als ein Betriebskampf. Sie formulierte einen Universalismus, einen Anspruch für ein besseres Leben in gesamtgesellschaftlicher Perspektive. Es gilt daher, neu zu untersuchen, wie in der Vergangenheit verschiedene Kämpfe um Emanzipation zusammengeführt wurden – oder auch scheiterten. Denn auch das Wissen um verlorene Kämpfe ist wichtig, das Wissen um eine Niederlage ist besser als ein geschichtsloser Zustand, in der jede Idee des Kampfes abwesend ist.

Blick zurück nach Vorn: Fünf Thesen zum Kampf um die Geschichte

Bisher wurde die These aufgestellt, dass die deutsche Linke überwiegend traditionslos agiert, was jedoch nicht allein das Versäumnis der einzelnen Aktiven ist, sondern gerade in Deutschland Resultat von verlorenen Kämpfen war, die harte Traditionsbrüche zur Folge hatten und immer wieder zur Verbannung antikapitalistischer Positionen in Subkulturen führten.[23] Zum Abschluss soll nun versucht werden, eine Skizze zu bieten, wie ein kritischer Traditionsbezug auf die sozialistische Bewegung aussehen könnte und welche Funktionen ein solches historisches Narrativ in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hätte.

1. Die Erdung von Theorie

Eine erste Funktion wäre die Erdung von Theorie. Im Gegensatz zum Geschichtsbewusstsein ist das Theoriebewusstsein gerade in der deutschen Linken vergleichsweise hoch ausgeprägt. Es gibt nach wie vor eine linke Bildungskultur, in der kanonische Texte wie das Marx'sche Kapital oder die Frankfurter Schule für jede Generation von AktivistInnen neu aufbereitet werden. In Kämpfen wird selten Theorielosigkeit, oft dagegen eine „Akademisierung" der universitär sozialisierten AktivistInnen beklagt. Wenig präsent in den Debatten zu Theorie und Praxis ist jedoch die Historizität von Theorie. Stammt das Kommunistische Manifest aus den Zeiten eines Aufschwungs und ist als Vorbote der Revolution

23 Für andere Länder lassen sich andere Bewegungskonjunkturen und traditionsbildende bzw. -brechende Zäsuren und Gewichtungen ausmachen, wobei die Zäsur von 1989 global ist und eine Auseinandersetzung mit der Zäsur, aber auch der vorangegangenen Geschichte der Linken im Kalten Krieg nur global erfolgen kann.

von 1848 zu lesen, so ist die fast 100 Jahre später entstandene „Dialektik der Aufklärung" von Adorno und Horkheimer aus dem Jahr 1944 Reflexion einer historisch einmaligen Niederlage. Beide Texte sind kanonisch, werden jedoch gerne verabsolutiert statt historisiert. Sie werden selten gelesen als historisch-theoretische Kommentare über Erfolg und Versagen der sozialistischen Bewegung, jener Bewegung die stets der Resonanzraum für antikapitalistische Theorie und Utopie gewesen ist. Eine historische Betrachtungsweise ist jedoch notwendig, wenn ernsthaft der Anspruch besteht, theoretische Texte, die vor 160, 60 oder auch nur 40 Jahren entstanden sind, für uns heute fruchtbar zu machen.

2. Historische Reflexion aktueller Kämpfe

Eine zweite Funktion von Geschichte im Kampf wäre eine Reflexion auf die Taktik sozialer Kämpfe. Wer weiß, dass die KPD mit ihren anfangs ca. 70.000 Mitgliedern im Gründungsjahr vielen als „Splittergruppe" galt, dass Organisationen wie die linksgewerkschaftlichen „revolutionären Industrieverbände" in der Weimarer Republik mit teils über zehntausend Mitgliedern ebenso als vernachlässigbar galten,[24] der oder die hat vielleicht eine andere Einschätzung von der Kampfkraft der heutigen Linken und neigt weniger zur Selbstüberschätzung des eigenen Tuns. Stattdessen würde sich die Fragestellung aufdrängen, wie heute in Zeiten einer individualisierten, zersplitterten Arbeits- und Lebenswelt Kollektivität im politischen Handeln auf ähnlicher Größenordnung hergestellt werden kann. Es würde sich die Frage stellen, ob einem die lokale Antifa oder der Politzirkel mit einem Dutzend Mitgliedern wirklich genug ist. Ob es reicht, sich alle zwei, drei Jahre in einer Kampagne zusammenzufinden und danach ohne Strukturbildung auseinander zu laufen. Den harten Fragen der Organisation, sprich: Wie kann man sich verbindlich und schlagkräftig organisieren, ohne den Bewegungscharakter zu verlieren und neue bürokratische Herrschaft auszubilden, ohne sich in den herrschenden Politikbetrieb zu integrieren – diesen Fragen wird nach wie vor gerne ausgewichen. Ein Blick, der Theoretiker von Lenin bis Adorno historisch liest, hätte es schwerer mit dieser Ausweichbewegung.

3. Tradition in Bewegung

Mit dem Aufruf zur historischen Reflexion von Taktik und Theorie soll jedoch die identitätsstiftende Wirkung von Bewegungsgeschichte nicht über Bord geworfen werden. Im Gegenteil ist dieser Essay auch, als dritte Funktion von Geschichte im Kampf, ein Plädoyer dafür, die sozialistische Bewegung als Tradition kritisch anzunehmen. Kritisch bedeutet, dass nicht wie in den

24 Otto Langels, Die Revolutionären Industrieverbände, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Heft 10, 1989, S. 41-60.

1970er Jahren vielfach geschehen, historische Tragödien als Farce neu aufgeführt werden. Unter den vielen Organisationsgründungen damals bezogen sich ein halbes Dutzend auf die historische KPD, jedoch meist in Form eines sektiererischen Linienbezugs: Jede K-Gruppe vertrat für sich, die „richtigen Lehren" aus der Geschichte gezogen zu haben und die „wahre Tradition" zu verkörpern.[25] Ein solcher Traditionsbezug ist nicht nur lächerlich, sondern ob seiner spaltenden Wirkung mehr als schädlich. Er verstellte den Blick auf genau die lebendigen Widersprüche, die der sozialistischen Bewegung vor 1933 zahlreiche Improvisationen und Kurskorrekturen abverlangten und damit erst Linien und Fraktionen hervorbrachten. Berühmte Beispiele sind der Trotzkismus und Leninismus: Trotzki und Lenin kämpften gemeinsam, aber streitend auf verschiedenen Flügeln der russischen Sozialdemokratie gegen den Zarismus, fanden 1917 zusammen in der Oktoberrevolution, wurden jedoch im „Marxismus-Leninismus" auseinanderdividiert. Der „Leninismus" wurde von Stalin selbst kanonisiert,[26] aus den Schriften eines Politikers der flexibel wie kaum ein anderer auf die Wendungen der Zeit reagierte, wurde eine Sammlung von Dogmen, von überhistorisch „richtigen" Linien, die letztlich zur Herrschaftsideologie eines neuen Staates wurden. Der „Trotzkismus" entstand als eine dissidente Strömung gegen diese Versteinerung von Politik, emanzipierte sich jedoch nie von seinem Übervater. Seine politische Zersplitterung seit den 1950ern in immer kleinere Sekten ist wesentlich eine Reaktion darauf, dass mit China 1949 und Kuba 1959 neue Modelle der anti-kolonialen Revolution entstanden, die nicht mehr in das Schema von 1917 passten.[27]

Wer nun heute Trotzki oder Lenin lesen will, der oder die muss einen großen Bogen um den „Leninismus" des Kalten Krieges und seine letzten verbliebenen Ladenhüter von heute machen.[28] Gefragt wäre eine Auseinandersetzung,

25 Hinzu kam die Anlehnung an die Formationen des Staatssozialismus – die Orthodoxie der DKP an Sowjetunion und DDR, der Maoismus an China und Albanien. Ortlos blieb lediglich der Trotzkismus. Als Ausnahme galt vielen der „Kommunistische Bund" mit seinem Bemühen, neue Praxen und Themenfelder zu erschließen. Vgl. Michael Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971-1991, Berlin 2002.

26 Josef Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin (DDR) 1951 [Original 1926], online unter: http://www.marxists.org/deutsch/referenz/stalin/1926/fragen/.

27 Deutlich interessanter als die Linienstreits trotzkistischer Gruppen untereinander ist der Einfluss von Trotzkis Schriften auf eine ganze Tradition kritisch-marxistischer Geschichtswissenschaft, zu nennen etwa Isaac Deutscher, C.L.R James oder Pierre Broué.

28 Gegenbeispiel für eine durchdachte Neu-Aneignung von Marx und Lenin jenseits der Orthodoxie von gestern ist Dietmar Dath, Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift, Frankfurt a. M. 2008.

die auch hier Theorie historisch verortet und als identitätsstiftendes Moment nicht große Männer nimmt, sondern die Bewegungen, in denen sie wirkten. Im Falle von Lenin und Trotzki oder auch Rosa Luxemburg wäre das die Zweite Internationale, die russischen und polnischen Volksbewegungen gegen das Zarenregime, die Opposition gegen die Blutopfer des Ersten Weltkrieges 1914–1918. Wer heute über diese Zeit liest, wird sich nicht mit jeder Antwort, aber doch mit den Kernfragen der damaligen Bewegungen identifizieren können: Wie kann eine Diktatur gestürzt werden? Wer wird den Sozialismus aufbauen? Was bedeutet Internationalismus für uns? Und wie können Krieg und Nationalismus ein für allemal beendet werden? Diese Fragen als für heute gültig anzuerkennen, ist bereits ein Traditionsbezug. Es kostet wenig und bietet viel, sich mit jenen auseinanderzusetzen, die solche Fragen damals schon stellten. Und wenn man Identität eben nicht als Personenkult betrachtet, dann drängt sich die Frage auf, wer Lenin, Luxemburg oder Liebknecht in Parlamente und Kongresse delegierte – die sozialistische ArbeiterInnenbewegung, jene vielen unbekannten Frauen und Männer, die für eine sozialistische Zukunft kämpften. Wir können aus diesen Kämpfen lernen, nicht nur als Taktik oder zur Einbettung von Theorie. Sie können uns auch eine positive Tradition vermitteln und das Bewusstsein, an einem Kampf von langer Dauer teilzunehmen. Denn ganz real profitieren wir von Errungenschaften und Teilsiegen der ArbeiterInnenbewegung. Und wir leiden im Zeitalter des Neoliberalismus ebenso real unter historischen Niederlagen: Sozialabbau und Prekarität haben nicht nur Auswirkungen auf Lohnhöhe und Lebensstandard, sondern auch auf intimste Bereiche wie Familienplanung und schüren neue Wellen von Rassismus gegen EinwandererInnen in abstiegsbedrohten Mittelschichten. Auch wenn uns die Gewerkschaften als Erbe der alten ArbeiterInnenbewegung in ihrer gegenwärtigen Form nicht gefallen mögen – es läge an uns, ihren Kurs zu korrigieren oder neue Wege zu finden, den Zwang zur Lohnarbeit in einen politischen Kampf für die Abschaffung der Arbeit umzuwandeln – eine Aufgabe, die übrigens Marx Schwiegersohn Paul Lafargue schon 1883 mit seiner Forderung nach einem „Recht auf Faulheit" stellte.[29]

4. Die Sünden der Väter – Aufarbeitung als Emanzipation

Dieses Aufnehmen einer Tradition ist natürlich nicht denkbar, ohne sich auch mit den Verbrechen auseinanderzusetzen, die im Namen des Sozialismus, des Marxismus oder „der Arbeiterklasse" begangen wurden. Teil eines positiven Traditionsbezugs in Form eines Narrativs zur sozialistischen Bewegung muss es daher sein, auch diese Aufarbeitung anzugehen, allein um zu entscheiden, auf welche Teile der Bewegung – denn auch der Stalinismus trug Elemente

29 Paul Lafargue, Das Recht auf Faulheit: Widerlegung des „Rechts auf Arbeit", Hottingen-Zürich 1887 [frz. Orginal 1883].

sozialer Mobilität und Bewegung in sich – man sich nicht beziehen kann und will. Schon ein oberflächlicher Blick zeigt, dass die Gewaltmaßnahmen des Stalinismus und anderer Staaten in seiner Tradition sich oft genau gegen jene richteten, die das Regime eigentlich repräsentierte: Massenverfolgungen und Morde trafen einerseits die alten Bolschewiki als potentielle Konkurrenten der entstehenden Bürokratie, andererseits ab 1928 die Bauernschaft als einst wichtigste Stütze der Revolution, die nun im Namen des „Fortschritts" einer industrialisierten Landwirtschaft entmachtet wurde. Ein bewegungsorientierter Blick in die Verbrechen des Staatssozialismus wird hier einerseits Widersprüche zwischen Fortschrittsdenken und Emanzipation in der sozialistischen Theorie offenlegen, die heutige Theoriebildung reflektieren muss. Ebenso wird sichtbar, wie sehr sich staatliche Herrschaft im Namen des Sozialismus gegen zentrale, seit der Pariser Kommune von 1871 immer wieder eingeübte Formen von Selbstverwaltung und Selbstbefreiung richtete und wesentliche Elemente bürgerlicher Herrschaft wie z.B. ein repressives Familienrecht, soziale Selektion im Schulsystem und die Ethnisierung politischer Konflikte übernahm.

5. Gegenerzählungen

Eine solch differenzierte Kritik von Stalinismus und Staatssozialismus kann nicht dem Bürgertum überlassen werden, womit wir zu einer fünften Funktion kritischer Bewegungsgeschichte kommen: Der Widerlegung von Herrschaftserzählungen. Für diese ist jeder Ausbruch aus der bürgerlichen Gesellschaft und jede Utopie an sich totalitär. Obwohl niemand mehr an Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte" glaubt, hat diese Form neoliberaler Historiographie Konjunktur wie nie zuvor und stellt eine Hauptströmung akademischer Forschung, sofern sie sich überhaupt mit sozialen Bewegungen befasst. Denn längst arbeitet sich die Geschichtswissenschaft nicht nur an Stalin und der DDR ab, sondern auch die „68er" sind beliebtes Fallbeispiel zur Demonstration einer Unmöglichkeit emanzipatorischer Ausbrüche und werden etwa mit den „33ern" des Nationalsozialismus in einen Topf geworfen.[30] Diese Renaissance der Totalitarismustheorie löst zunehmend eine ältere Darstellung ab, nach der die „68er" zwar in ihren sozialistischen Zielen irregeleitet waren, aber ansonsten die BRD demokratisiert hätten. Versatzstücke dieser neoliberalen Antiutopie finden sich, befeuert durch den Reichtum an weiß Gott wie dämlichen Zitaten, Geschichtsbezügen und Handlungen der realen „68er", auch in aktueller linker Kritik.

30 Götz Aly, Unser Kampf 1968 – ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a.M. 2008.

Fazit: Geschichte in Bewegung

Kernstück eines Narrativs linker Geschichte wäre also der kritische Bewegungsbezug. Kritisch bedeutet, nicht die Selbsterzählungen der damaligen Akteure zu reproduzieren, sondern gerade die Niederlagen zu betrachten und aus ihnen zu lernen. Kritisch bedeutet, nicht überhistorisch „richtige" Linien zu suchen, sondern die Fragen und Konflikte innerhalb sozialer und sozialistischer Bewegungen sichtbar zu machen, die erst zur Entstehung von Linien und Fraktionen führten. Insbesondere, wenn es um die Widersprüche zwischen verschiedenen Formen der Herrschaftskritik geht, ist dieses Sichtbarmachen zentral. Kritisch bedeutet damit vor allem, nicht den Emanzipationsanspruch der Bewegungen zu entsorgen, indem man sie mit dem gönnerhaften Blick des Beobachters aus der Zukunft allein auf Grund ihrer Schwächen beurteilt. Die nach wie vor triste Lage der Welt zeigt, dass die Geschichte der Linken eine Geschichte der Niederlagen ist. Jedes Ringen um ein neues Narrativ linker Geschichte muss von Anfang an eingestehen, dass es die perfekte und in allem vorbildhafte Bewegung niemals gegeben hat. Dieses Eingeständnis kann uns lehren, dass es auch in unserer Generation nicht die vollendete und jeder Ungerechtigkeit gleichermaßen begegnende Form von Kritik und Praxis gibt. Man tut, was man kann, und das ist in den allermeisten Fällen besser, als nichts zu tun. Auch wir werden im politischen Leben Fehler machen und unseren Ansprüchen nicht gerecht werden, das „richtige Leben im Falschen" nicht erreichen, und die Abschaffung des falschen Ganzen wohl auch nicht. Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre, das politische Leben aufzugeben und sich auf die Kritik aus dem Elfenbeinturm zurückzuziehen. Beispiele für derartige Positionen gibt es genug – doch sie sind keine Option für an realer Emanzipation Interessierte, sondern Feigheit und Resignation. Denn wie in der politischen Aktion gilt auch in der kritischen Geschichtsschreibung, dass man die engagierte, die eingreifende Auseinandersetzung mit dem Gegenstand suchen muss. Die Geschichte der Linken ist ein unbequemer Gegenstand, der neben Inspiration auch viel Abschreckendes bietet. Dem auszuweichen ist jedoch keine Option für eine Linke, die nie so postmodern sein kann, dass sie nicht doch wieder auf ihre Geschichte zurückgeworfen würde – sei es durch die Reaktion und ihre Kritik am immer schon linken „Totalitarismus", sei es durch die Widersprüche eines Kampfes, der uns ähnliche Aufgaben stellt wie den Generationen zuvor. In diesem Sinne gelten Brechts Worte „Vorwärts, und nicht vergessen" auch heute.

Bernd Hüttner

Netzwerkarbeit im Feld kritischer Geschichtswissenschaft: Von Making History (2003) zu History is unwritten (2013)

In diesem Beitrag werden aus einer bewusst subjektiven Perspektive die Bemühungen um eine Vernetzung unter kritischen Historiker_innen und anderen historisch Arbeitenden nachgezeichnet.[1] Die Rahmung dafür bilden die zwei im Titel genannten Kongresse in München 2003 bzw. in Berlin Ende 2013. Aus subjektiver Sicht lassen sich entlang der folgenden Eckdaten vier wichtige Etappen benennen: die Gründung des Bremer Archivs der sozialen Bewegungen (1999), die Konferenz *Making History* in München (2003), die Gründung des Gesprächskreis Geschichte der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS, 2006) sowie die Schaffung einer Referentenstelle für Zeitgeschichte bei der RLS (2012). Ich versuche hier eine institutionelle Sichtweise als Arbeitnehmer der RLS mit einer aktivistischen Perspektive im Feld der außerparlamentarischen Linken zu vereinbaren.[2] In gewisser Weise symbolisierte die Tagung im Dezember 2013 in Berlin für mich – zehn Jahre nach der Tagung in München – ein Jubiläum und einen Generationenwechsel.

Geschichte und kritische Geschichtspolitik: Eine Annäherung

> „Die Zukunft liegt klar vor uns, die Vergangenheit ist noch ungewiss."[3]

Geschichte hat für die Linke eine große identitätsstiftende Bedeutung (vgl. den Beitrag von David Mayer in diesem Band). Die Beschäftigung mit der Vergangenheit soll helfen, den Reichtum an Kämpfen und Traditionen zu schätzen und zu bewahren. Doch was ist überhaupt „Geschichte"? Geschichte ist nicht statisch, sondern sie wird permanent neu konfiguriert und orientiert sich dabei eher an Identität und persönlicher bzw. gesellschaftlicher Kohärenz als an einer vermeintlich gegebenen Wahrheit. „Die Geschichte" gibt es also nicht. Ich folge damit einer eher konstruktivistischen Lesart: Geschichte und Geschichtswissenschaft sind demnach, wie heute über die Vergangenheit geredet wird. *Kritische* Geschichte ist dann der Versuch, die Vergangenheit so zu erzählen und zu deuten, dass nicht gesagt wird, „so und so ist es gewesen". Vielmehr wird versucht, die Deutung von Geschichte als Kritik am heute Bestehenden zu verstehen. Linke oder kritische Geschichtsarbeit ist dabei auch mit Trauer, Tod und Niederlagen verwoben. Dies wird oft übergangen, wenn nicht verdrängt. Trauerarbeit ist nötig, zum einen um der Traumatisierung der Überlebenden zu begegnen, zum zweiten auch deshalb, weil sie eine Warnung vor der Wiederkehr der Katastrophe enthält.[4]

Darüber hinaus dient selbstverständlich auch in der Linken die Beschäftigung mit der Vergangenheit häufig als Legitimation bestimmter politischer Ziele und Gesellschaftsentwürfe sowie der damit zusammenhängenden Sinnstiftung. Das bedeutet, dass nicht nur die hegemonialen Kräfte sich mit Geschichtspolitik beschäftigen, sondern auch die Linke Geschichtspolitik betreibt, nur eben mit anderen Interessen. Herrschende Erinnerungspolitik schlägt sich dabei jedoch auch materiell viel mehr nieder als linke, kann die herrschende doch Denkmäler bauen, Schulbücher publizieren und hat weit stärkeren Zugang zu und Einfluss auf Medien. Erinnerung und damit auch Geschichtspolitik sind also immer mit Macht verbunden.[5]

Die Vergangenheit sozialer Kämpfe und Bewegungen ist ein zentrales Feld kritischer Geschichtsschreibung und -politik. Diese Vergangenheit lässt sich dabei differenziert deuten: Die historische Arbeiter_innenbewegung ist für die Linke in ihrem Kampf für Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie eine zentrale positive Orientierung und Quelle. Es sind demgegenüber aber auch der Stalinismus einerseits und die Arbeiter_innenbewegung als zivilisierende Kraft im Kapitalismus andererseits zu betrachten. Blockübergreifend ist seit 1917 beziehungsweise 1945 eine Verstaatlichung der Arbeiter_innenbewegung (Sozialdemokratie, Korporatismus, real existierender Sozialismus) und damit korrespondierend eine Geringschätzung von Fragen der Geschlechtergerech-

1 Zur Erinnerung an Eva Grau (1953-2008), meine erste Mentorin.

2 Texte sind nie das Produkt eines sich als allwissend imaginierenden Autorensubjekts. Für teilweise langjährige Debatten danke ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Claudia Bär, Peter Birke, Jan Bönkost, Richard Heigl, Anke Hoffstadt, Ralf Hoffrogge, Christoph Jünke, Aljoscha Langfort, Christiane Leidinger, Markus Mohr, Detlef Nakath, Gottfried Oy, Bärbel Reissmann, Simon und Sophie Schenkel, Uwe Sonnenberg und den GenossInnen vom AK Loukanikos. Mit euch ist die Welt interessanter.

3 Dieses Zitat zum Zusammenhang von Geschichtsdeutung und Macht wird dem bekannten armenischen Radiosender in Eriwan zugeschrieben. Zitiert nach Klein, Thomas: „Geschichte wird gemacht". Ein Essay über den Zusammenhang von Geschichtsrevisionismus und Antikommunismus, http://umwelt-bibliothek.de/geschichtsrevisionismus.html, Zugriff 20.10.2014.

4 Vgl. Traditionen interessieren mich nicht so. Interview mit Peter Birke und Bernd Hüttner, in arranca, Nr. 44, 2004, http://arranca.org/ausgabe/44/traditionen-interessieren-mich-nicht-so, Zugriff 25.10.2014.

5 Die Frage ob „die Linke" eine Gegenerzählung macht oder machen sollte, wurde in der Loukanikos-Debatte ausführlich diskutiert, ist nachzulesen und wird deshalb hier nicht weiter referiert. Siehe http://www.akweb.de/themen/sonderbeilage_unwritten.htm, Zugriff 25.10.2014.

tigkeit, der Demokratie und der Ökologie festzustellen. Die Arbeiter_innenbewegung hat viele Fortschritte erkämpft – wie wichtig sie waren, lässt sich aus ihrer teilweisen Rücknahme in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten sowie der positiven, wenn auch defensiven Bezugnahme vieler Linker auf das „goldene Zeitalter" des sozialstaatlich regulierten ökonomischen Systems in vielen europäischen Ländern nach 1945 ersehen. Zu debattieren ist: Wenn das Normalarbeitsverhältnis des Fordismus eine Ausnahmeerscheinung war – was sind dann (noch) historische Akteur_innen, die heute interessant oder relevant sind?

Doch nicht nur die Vergangenheit, auch die Gegenwart sozialer Kämpfe und Konflikte prägt die Konturen und Bedingungen einer kritischen linken Geschichtspolitik. Diese Gegenwart ist von einer immensen Vielfalt an Themen, Perspektiven und Bewegungen gekennzeichnet. Die Akteur_innen können als Multitude, als Mosaiklinke oder transformatorische Linke unterschiedlich charakterisiert werden. Obwohl wir eine nur geringfügig gebrochene Hegemonie des Neoliberalismus erleben und der Sozialstaat weiter abgerissen und umgebaut wird, ist ein Denken, das den Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit verortet und die anderen Widersprüche (zu denen dann oft die Geschlechter- und Ökologiefrage oder (Anti-)Rassismus gezählt werden) dann daneben oder in Ableitung davon versteht, nicht mehr angemessen. Gleichzeitig erleben wir in Europa und weltweit eine Zunahme sozialer Kämpfe und auch in den für einige Jahrzehnte vom „Klassenkompromiss" gekennzeichneten entwickelten Ländern wieder eine deutlichere Prägung durch die Konfliktachse zwischen Kapital und Arbeit. Ansatzweise schlagen sich diese sozialen Auseinandersetzungen auch in einer Zunahme kritischer wissenschaftlicher Arbeiten nieder, die freilich linke politische und wissenschaftliche Diskussionen der letzten vierzig bis fünfzig Jahre aufnehmen müssen. Eine Frage in diesem Zusammenhang lautet: Was bedeutet die These vom „Ende der europäischen Arbeiter_innenbewegung" für die kritische historische Arbeit? Einerseits ist eine bestimmte Organisations- und Entwicklungsphase vor allem der europäischen Arbeiter_innenbewegung in den letzten drei Jahrzehnten in eine langandauernde, tiefe Krise geraten. Andererseits stellen wir eine Zunahme sozialer Auseinandersetzungen fest, erhält die soziale Frage seit einigen Jahren wieder eine größere Aufmerksamkeit, was auch einer Weiter- oder Neuentwicklung von (vergessenen) Traditionen der Arbeiter_innenbewegung und auch der Forschung zu ihrer Geschichte einen gewissen, noch ausbaufähigen Auftrieb verleiht.

Vergangene und gegenwärtige Schwerpunkte der kritischen geschichtspolitischen Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

In der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Feld der an kritischer politischer und historischer Bildung interessierten Linken hat seit zwei Jahrzehnten die Beschäftigung mit Antifaschismus und Geschichte einen festen Platz. Themen wie die

Geschichte der DDR, die deutsch-deutschen Beziehungen, der historische Platz des gescheiterten Sozialismusmodells des Ostblocks (inklusive des Stalinismus), die Entstehungsgeschichte der parteiförmigen Linken und ihre Aneignung oder die theoretische Fundierung des demokratischen Sozialismus sind immer wieder diskutiert worden. Hinzu kam und kommt die Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen und medialen Diskussion von historischen Ereignissen wie der Befreiung vom Nationalsozialismus, der doppelten Staatsgründung, der Integration von Nazi-Eliten in der Bundesrepublik, dem 17. Juni 1953, von Mauerbau und Mauerfall.

Heute sieht sich die Linke, vor allem die gleichnamige Partei, aber auch darüber hinaus verstanden, weiterhin medialen und parteipolitisch motivierten Angriffen ausgesetzt, die auch anhand von zeitgeschichtlichen Themen geführt werden. Die geschichtswissenschaftliche Forschung erbringt seit mehreren Jahren bei den meisten relevanten Themen zur DDR-Vergangenheit kaum neue Erkenntnisse; den alten, antikommunistisch grundierten Mustern wohnt eine hohe Beharrungskraft inne. Dem konnte die RLS und die Linke bisher nur wenig entgegensetzen. Die in den neunziger Jahren noch relative aktive „zweite deutsche Geschichtswissenschaft" (Stefan Berger[6]) ist nur noch sehr eingeschränkt in der Lage, eigene Beiträge zur Zeitgeschichtsforschung zu erbringen. Die jüngere Generation von Forscher_innen ist vor allem im 2006 gegründeten „Gesprächskreis Geschichte" der RLS und seinem Umfeld und im weit darüber hinausreichenden, und schon länger arbeitenden, virtuellen Netzwerk „Kritische Geschichte" organisiert. Diese Generation hat in den letzten Jahren deutlich an Qualität gewonnen und verfügt über viele thematische Stärken. Die 2006 formal begonnene und inhaltlich vor allem durch den Kongress *Making History* (2003 in München[7]) angestoßene „nachholende Modernisierung" der Geschichtsarbeit in der RLS ist erfolgreich verlaufen: Auf der Ebene der Publikationen, der Projektförderung und auch der Stipendiat_innen ist eine deutliche Ausweitung, Vertiefung und Qualifizierung sichtbar. Dasselbe gilt für die behandelten Themen und verwendeten Methoden. Seit 2003, wenn man dieses Jahr als Startpunkt annimmt, hat die Zahl der Publikationen im Feld „kritischer Geschichtswissenschaft" und zu einer Geschichtsschreibung der Linken und der neuen sozialen Bewegungen stark zugenommen.[8] Auf der

6 Berger, Stefan: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft in der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands und ihre Fragen nach der eigenen Vergangenheit, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 50, Nr. 11, 2002, S. 1016-1034.

7 Vgl. das Programm unter http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=2026, Zugriff 25.10.2014.

8 Dokumentiert u.a. in der kobib, der kollektiven Bibliographie zur kritischen Geschichte, http://www.kobib.de/.

Ebene der Veranstaltungen zeigt sich ein ambivalenteres Bild: Dass Zeitgeschichte an der bisherigen Veranstaltungstätigkeit der RLS in der Fläche den höchsten Anteil hat, ist erfreulich, sagt aber noch nichts über die Qualität dieser Veranstaltungen aus.

Zentrale Themen der vorherigen, ersten Etappe der geschichtspolitischen Arbeit der RLS waren Nationalsozialismus, Antifaschismus, Geschichte der Arbeiterbewegung (im weitesten Sinne), Geschichte der DDR. Die Breite der bereits geleisteten Arbeit der RLS zu geschichtspolitischen Fragen ist beträchtlich. Gerade die Forschung zur Geschichte der (neuen) Linken lässt sich schon fast als ein Alleinstellungsmerkmal ansehen. Die geschichtspolitischen Aktivitäten der RLS lassen sich grob in die im Folgenden aufgezählten Zugänge und Unterfelder gliedern, wobei deren Entwicklungsstand sehr unterschiedlich ist (es handelt sich um eine Aufzählung, keine Hierarchisierung):

- Die DDR-Geschichte im Kontext deutsch-deutscher Geschichte.
- Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus in der Sowjetunion und anderen Staaten als „System" und als persönliche Praxis.
- Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, der Shoa, dem antifaschistischen Widerstand in Deutschland und Europa, dem Zweiten Weltkrieg und den NS-Folgen, darunter etwa personellen und ideologischen Kontinuitäten in Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.
- Die Befassung mit Leben, Werk und Wirkung von Rosa Luxemburg nicht nur in Deutschland.
- Debatten und Deutungskämpfe, die sich aus historischen Jahrestagen entweder spezifisch für das linke politische Spektrum und/oder die breite Medienlandschaft ergeben.
- Die Begleitung linker oder zumindest für linke Sichtweisen offener Entwicklungslinien in der zeitgenössischen Geschichtswissenschaft, etwa Global Labour History, sowie generell die Entwicklung der Geschichtswissenschaft weg von nationalgeschichtlichen und hin zu europäischen und global-vergleichenden Ansätzen.
- Das Arbeitsfeld des historisch-biographischen Lernens als spezifisches Angebot für Schüler_innen, Studierende, generell Jüngere sowie Lehrer_innen.
- Themen, die als „Jews in the Left, Jews and the Left" beschrieben werden können (Jüdischer Arbeiterbund, Moses Hess, Arbeiterbewegung und Antisemitismus usw.).
- Die Geschichte neuer sozialer Bewegungen, Organisationen und Traditionslinien insbesondere der (west-)deutschen Linken, aber auch linker Bewegungen in anderen europäischen Ländern. Stichwort: Geschichte einer pluralen Linken. Die Linke ist weitaus reicher in ihren Traditionen und theoretischen Bezügen als bislang weithin – vor allem in der LINKEN – angenommen wird.[9]
- Beiträge zur analytischen und konzeptionellen Gegenwarts- und Zukunftsbeschäftigung der RLS, beispielsweise zu historischen Erfahrungen mit planwirtschaftlichen Elementen, zu organisationsgeschichtlichen Debatten (beispielsweise um das Verhältnis Parteien/Fraktionen/Bewegungen), zu transnationaler Kooperation von Bewegungen usw.

Aber an wen richtet sich all diese Arbeit, wo stößt sie auf Resonanz? Ergibt man sich nicht der Vorstellung, man fliege im Blindflug durch den postmodernen Hyperraum der Aufmerksamkeitsökonomie, dann lassen sich folgende Adressat_innen kritischer Geschichtsarbeit festhalten:

- In der Geschichtsarbeit Aktive und historisch Interessierte: Linke innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE und aus (neuen) sozialen Bewegungen, aus Gewerkschaften, etc.
- Studierende und kritische Wissenschaft in Deutschland und international.
- In historischer Bildung beruflich und ehrenamtlich engagierte Multiplikator_innen (in Schulen, Gedenkstätten, etc.).
- Medien

Die RLS hat zu den bisher genannten Themen eine Unmenge an Publikationen gefördert und selbst herausgegeben, allein 2013 waren es über drei Dutzend. Sie hat bundesweit und in den Ländern Veranstaltungen und Tagungen organisiert und finanziell gefördert. In der Projektförderung der RLS ist trotz chronisch knapper Kassen eine plurale Förderstruktur entstanden die, gerade im Vergleich zu anderen, benachbarten Stiftungen, eine niedrige Zugangsschwelle hat und viele bewegungsnahe Vorhaben fördert.[10]

Die Förderung kritischer Wissenschaft ist neben der Organisation politischer Bildung eine der Kernaufgaben der RLS. Leider kann die RLS im Bereich Geschichte im klassischen Sinne keine Forschung betreiben, sprich: diese nur in absoluten Ausnahmefällen finanzieren, da ihr dafür die finanziellen Mittel fehlen. Diese kann lediglich über Promotionsstipendien und indirekt durch die Unterstützung der Publikation andernorts getätigter Forschung geschehen. Durch das im Oktober 2014 gestartete Promotionskolleg der RLS wird gezielt Nachwuchsförderung betrieben.

---

9 Dazu erschienen 2010 und 2011 drei Broschüren als rls-papers mit 42 einführenden Texten, herausgegeben von Marcel Bois und Bernd Hüttner, vgl. http://www.rosalux.de/publikationen/autorenprofil/profil_detail/marcel-bois.html, Zugriff 25.10.2014.

10 Vgl. die Berichte unter http://www.rosalux.de/stiftung/projekte.html, Zugriff 25.10.2014.

RLS and beyond – Die Zukunft der geschichtspolitischen Arbeit…

…sollte mindestens zwei Fluchtlinien verfolgen: Zum einen die verlorenen und ausgeschlossenen Themen und Bewegungen bearbeiten und dadurch unter anderem auf mögliche, aber nicht eingetretene Verläufe von Geschichte hinweisen. Zweitens muss sie auch Fragestellungen aus aktuellen sozialen Kämpfen in den geschichtswissenschaftlichen Fokus nehmen. Stichworte heute sind u. a.: Commons, Blockupy/europäische Proteste gegen die Krise[11], oder Kritiken, wie sie einige Zeit vor allem von der Piraten-Partei vorgebracht und elektoral vertreten wurden:

- Kollektives Handeln, Organisierung, Selbstorganisation, horizontale Kooperation, also zusammengefasst: Fragen der Demokratie (in allen gesellschaftlichen Sektoren)
- Eine tendenzielle Abkehr vom Fortschritts/Wachstums- und Entwicklungsparadigma. Was ist heute transnationale Solidarität und Antimilitarismus?
- Geschlecht, Care und Reproduktionsarbeit
- Intersektionale Perspektiven, bzw. Analysen der Verschränkung von Herrschaftsverhältnissen
- Kritischer (Post-) Kolonialismus, Kritik von Eurozentrismus

Selbstverständlich ist – und dies zeigt schon die Anzahl der Publikationen in diesem Feld – die Geschichtsschreibung der eigenen Grundströmung (der Linken bzw. LINKEN) und ihrer vielen Traditionen weiterhin konstitutiv und integraler Bestandteil kritischer geschichtspolitischer Aktivitäten.

Zu den Organisierungsansätzen kritischer Geschichtspolitik

> „Wir [Kommunist_innen, B.H.] kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet werden, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschen abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig.“[12]

Ich bin seit 2006 in der RLS beruflich mit „Geschichtsarbeit“ befasst und seit Mitte 2012 dort Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik. 1999 gründete ich in Bremen das freie Archiv der sozialen Bewegungen, was auch

11 Vgl. Candeias, Mario / Völpel, Eva: Plätze sichern! Re-Organisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland, Hamburg 2014, open access unter http://www.rosalux.de/publication/40321/, Zugriff 25.10.2014.

12 Marx, Karl / Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 18.

mein individueller Zugang zur Geschichtsarbeit war. Ich knüpfte neben der konkret-praktischen Archivarbeit Kontakte zu anderen Bewegungsarchiven und baute für das Bremer Archiv eine statische HTML-Website im damals ja noch neuen Internet.[13]

Als ich erstmals von der Tagung *Making History*[14] hörte, freute ich mich sehr. Hier zeigte sich eine Initiative, die kritischem Denken Raum geben wollte. Im Oktober 2003 fand dann in München die Tagung *Making History. Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft* statt. Es versammelten sich damals 100 Interessierte, um unter anderen den britischen Historiker Richard Evans, die antirassistisch organisierte Intellektuelle Manuela Bojadžijev und andere, wie etwa Aktive der Kampagne gegen das alljährliche Treffen der Gebirgsjäger in Mittenwald, zu hören und mit ihnen zu diskutieren. Die Tagung verortete sich in der Schnittmenge zwischen Wissenschaft und sozialen Bewegungen. Sie war eine Gelegenheit, bei der sich kritische Historiker_innen und andere an kritischer und linker Geschichtspolitik Interessierte organisierten. Die Tagung wurde damals von einigen Stipendiat_innen der RLS und anderen organisiert. Sie war für mich der Auftakt zur organisierten Beschäftigung mit Geschichte im Rahmen der RLS. Dort traf ich viele, mit denen ich bis heute gerne zusammenarbeite, das erste Mal.

2005 erschien nach einem langen Produktionsprozess das Buch zur Tagung in München.[15] Bereits 2004 fand als implizite Fortsetzung die kleine Konferenz *Vorwärts und viel vergessen – Fachtagung zur Geschichte sozialer Bewegungen* in Bremen statt, die 2005 mit einem vielrezensierten und gut verkauften Buch dokumentiert wurde.[16] Auf der Tagung *Vorwärts und viel vergessen* wurden Planungen für eine Website und eine Mailingliste vorgestellt, die dann kurz danach ins Werk gesetzt wurden. Die Mailingliste „Kritische Geschichte“ ist seitdem das zentrale Vernetzungs- und Kommunikationsinstrument dieses Zusammenhangs.[17] Ihr gehören derzeit gut 150 Personen an, von denen sich der für Mailinglisten übliche Anteil von gut 10 Prozent der Abonnent_innen aktiv einbringt, sprich: sendet. Die Website existiert seitdem in verschiedenen

13 Vgl. http://www.archivbremen.de. Diese Seite wird seit 2006 nicht mehr gepflegt.

14 Vgl. das Programm unter http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=2026, Zugriff 25.10.2014.

15 Heigl, Richard / Ziegler, Petra / Bauer, Philip (Hrsg.): Kritische Geschichte - Perspektiven und Positionen, Leipzig 2005.

16 Programm unter http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=3068, Zugriff 25.10. 2014. Vgl. die zugehörige Publikation: Hüttner, Bernd / Oy, Gottfried / Schepers, Norbert (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen – Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen, Neu-Ulm 2005.

17 Anmeldung über https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/kg.

Formen, sie wurde ab Anfang 2005 bis Ende 2007 von Richard Heigl und mir gepflegt. 2007 übernahm ich Teile daraus, in der Regel von mir erstellte Inhalte, in die neu eingerichtete Themenwebsite „Geschichte" der RLS. Seit Mitte 2009 existiert „Kritische Geschichte" neu als Blog und Wiki. Auf den Blog werden jedoch kaum noch neue Texte eingestellt, seine Zukunft ist derzeit unklar.[18] Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Online-Strukturen viel weniger genutzt werden als ihr Potenzial vermuten lassen würde. Allerdings gibt es auf Facebook eine recht lebendige Gruppe zu „Kritische Geschichte" mit knapp 700 Leuten und sicher gut 20 Personen, die dort regelmäßig Beiträge und Hinweise posten. Offensichtlich fällt dieses „Format" den Leuten leichter.

2006 wurde, wie beschrieben, in der RLS der Gesprächskreis Geschichte gegründet, der eine thematische Ausweitung des bearbeiteten Kanons organisierte und auch neue Aktive versammelte. Er trifft sich seit Gründung zweimal jährlich zu ein- bis zweitägigen Beratungen. Standen vormals Themen wie Antifaschismus, Geschichte des Kommunismus und der Arbeiterbewegung, Nationalsozialismus, DDR-Geschichte und Stalinismus im Fokus, treten nun neue Sichtweisen und Methoden zur Bearbeitung dieser genannten Themen wie auch neue Themen hinzu: Geschichte der neuen Linken vor und nach 1968, Geschichte der feministischen Bewegung wie der neuen sozialen Bewegungen allgemein, und auch Global Labour History. Dabei ist zur Zeit unklar, ob die Global Labour History mit ihrer Vielzahl von Arbeits- und Akteurs-Definitionen wirklich das neue Paradigma kritischer Geschichtswissenschaft sein kann – zumal offenbleibt, was möglicherweise damit wiederum an Themen und Perspektiven marginalisiert wird. Ein Drittel der aktuellen Mitglieder ist seit der Gründung 2006 dabei, sowohl ein Zeichen als auch eine Folge einer guten Organisationskultur.[19]

> „Unser Kreis ist auf dem Feld der Zeitgeschichte die wichtigste wissenschaftliche Gegeninstitution und sorgt immerhin für ein Mindestmaß an Kooperation und Koordination".

Dieses Zitat aus einer Email, mit der sich ein Mitglied für sein Fehlen an einer Beratung des Gesprächskreises im Frühjahr 2012 entschuldigt, zeigt den Stellenwert dieser Gruppe.

2008 organisierte Peter Birke im Auftrag des Gesprächskreises Geschichte der RLS und in Absprache mit ihm die Tagung „Alte Linke – Neue Linke?" in Hamburg, an der ebenfalls über 100 Interessierte teilnahmen.[20] Der Anfang

18 Siehe http://kritischegeschichte.wordpress.com/, Zugriff 18.10.2014.

19 Liste der Mitglieder unter http://www.rosalux.de/geschichte/specials/geschichte/teilnehmerinnen.html, Zugriff 18.10.2014.

20 Programm unter http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=8923, Zugriff 25.10.2014.

2009 erschienene und frei zugängliche Tagungsband wird später vom Historiker Thomas Klein bezeichnet als „mit zum Besten gehörend, was derzeit zum Thema 1968 und deren Fernwirkungen zu finden ist"[21].

Christoph Jünke organisierte Ende 2009 in Duisburg die Tagung *Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus? Zur Problemgeschichte, Programmatik und Aktualität des Linkssozialismus.*[22] Vorher, im Mai 2009 hatte Lars Müller die www.kobib.de implementiert. Ursprünglich nur dazu gedacht, Literatur aus und zu freien Archiven zu sammeln, wurde die kobib schnell zu einer Kollektivbibliographie der kritischen Geschichtswissenschaft mit derzeit ungefähr 800 Literatureinträgen. Anfang 2011 und Anfang 2012 fanden schließlich in Berlin zwei ambitionierte Workshops „Kritische Geschichte" des gleichnamigen Netzwerkes in Kooperation mit der Bildungsinitiative „reflect!" statt.[23]

Solche Konferenzen des „imaginären Netzwerkes" selbst (wie in den Jahren 2003, 2011, 2012 und 2013) wie auch einzelne Konferenzen der RLS oder anderer Akteur_innen sind als Orte der Selbstbestätigung und der gegenseitigen Wahrnehmung und Wertschätzung sehr wichtig. Die kollektiven Strukturen, deren Zustand Johannes Spohr in seinem Tagungsbericht zur Konferenz *History is unwritten* bemängelt[24], sind sicher nicht das maximal Mögliche. Einiges ist aber sehr wohl vorhanden, und das auch mit einer gewissen Kontinuität. Die Chancen und Potenziale müssten nur genutzt werden.

Die Möglichkeiten des Internet erleichtern die Arbeit heute zwar immens und bieten Raum für vielfältige Partizipation, aber kollaboratives Arbeiten im und mit Hilfe des Web funktioniert nach meiner Einschätzung zumindest im Feld der kritischen Geschichte nicht wirklich.

Netzwerkarbeit im Feld „kritische Geschichte" bedeutet, zu vermitteln und zu vernetzen, zu motivieren und auch nennenswert unattraktive Arbeit: Das

21 Birke, Peter / Hüttner, Bernd / Oy, Gottfried (Hrsg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion, Berlin 2009, http://www.rosalux.de/publication/29202, Zugriff 31.10.2014; Klein, Thomas: Rezension, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, I, 2012, S. 212-216, hier S. 216.

22 Programm unter http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=12585, Zugriff 25.10.2014.

23 Vgl. die Berichte von Ralf Hoffrogge dazu unter http://www.reflect-online.org/publikation/tagungsberichte/workshop-kritische-geschichte-2011 bzw. http://www.reflect-online.org/publikation/tagungsberichte/tagungsbericht-zum-zweiten-workshop-kritische-geschichte, Zugriff 01.09.2014.

24 „Es mangelt an kollektiven Plattformen und Strukturen geschichtspolitischen Engagements, in denen es Raum zum Weiterführen von Diskussionen und der Umsetzung von Ergebnissen gäbe.", http://www.rosalux.de/news/40092/, Zugriff 25.10.2014.

Arbeiten am Bildschirm, das Administrieren von Mailinglisten, die Pflege von Websites, das Erledigen von Formalia für Vereine und so weiter.

Kleinere Netzwerke, die über die genannten Strukturen hinaus eine Rolle spielen, sind der Bund demokratischer Wissenschaftler_innen (BdWi), die Stiftung Sozialgeschichte in Bremen, die Historische Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE, die Assoziation kritische Gesellschaftsforschung (AkG), lokale Initiativen wie die Bildungsinitiative „reflect!" in Berlin oder die Website SOPOS (in Hannover)[25]. Geschichtswerkstätten, wie in den 1980er Jahren, gibt es kaum noch. Einen Überblick über die vermutlich recht reichhaltige Landschaft unvernetzter lokaler geschichtspolitischer Vereine und Gruppen gibt es meines Wissens nicht.[26]

Wichtig sind auch Zeitschriften, hier wären im akademischen Bereich vor allem das *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* und *Sozial.Geschichte Online* zu nennen. Die Zeitschrift *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements* erscheint im Institut für soziale Bewegungen an der Universität Bochum, allerdings seit kurzem durchgängig in englischer Sprache. Die *Mitteilungen des Fördervereines „Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung"* haben in den letzten Jahren an Umfang und Bedeutung zugenommen.[27] Im aktivistischen Bereich ist *analyse und kritik* neben verschiedenen Fachzeitschriften zu Antifaschismus (*antifa*, *Antifaschistisches Infoblatt*, *lotta*, *Der rechte Rand*) das relevante Medium. In *analyse und kritik* (ak) fand auch die so genannte Loukanikos-Debatte statt.[28] An der Schnittstelle von Wissenschaft und Bewegung ist z.B. das umfangreiche Portal www.lesbengeschichte.de angesiedelt (vgl. den Beitrag von Christiane Leidinger und Ingeborg Boxhammer in diesem Band), als eine neuere Entwicklung sind die Initiativen in verschiedenen Großstädten zu nennen, die die Geschichte Deutschlands aus einem anti- und postkolonialen Blickwinkel thematisieren.[29] Der Arbeitskreis Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West leistet in Berlin eine wichtige Arbeit.[30]

Die RLS ist institutionelles Mitglied der 2011 gegründeten International Association on Strikes and Social Conflict (IASSC) und seit Anfang der 2000er Jahre der ITH (International Conference of Labour and Social History). Beide

25 Vgl. http://www.sopos.org, Zugriff 25.10.2014.

26 Vgl. den Versuch einer Sammlung unter http://www.rosalux.de/geschichte/specials/geschichte/linksammlung.html

27 Vgl. htttp://www.fabgab.de.

28 Vgl. Fußnote 5.

29 Vgl. http://www.hamburg-postkolonial.de/netzwerk.html, Zugriff 01.09.2014. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Dörte Lerp und Susann Lewerenz von der Initiative „Kolonialismus im Kasten?" in diesem Band.

30 Vgl. http://geschichtevonuntenostwest.wordpress.com/.

internationalen Netzwerke verfolgen einen globalgeschichtlich-vergleichenden Ansatz in der Sozial- und Arbeitsgeschichte.

Gerade die internationale Tagungs- und Konferenzkultur ist aber noch auf ein Modell von Wissenschaft ausgerichtet, das der Vergangenheit angehört. Die stetig wachsende Generation der prekarisierten Wissenschaftler_innen hat schlicht keinen Etat für ihre Teilnahme an internationalen Tagungen. Netzwerke, die auf dem Prinzip von Mitgliedsinstituten beruhen, schließen, ob gewollt oder ungewollt, zusehends viele aus – wie überhaupt der akademische Betrieb in den Geschichtswissenschaften traditionell wenig kritische Stimmen fördert, geschweige denn institutionalisiert.

Ausblick und Schluss

„Das letzte Wort der Macht lautet, dass der Widerstand primär ist."[31]

Die Vernetzungsarbeit im Feld der kritischen Geschichte hat etliche sinnvolle Aspekte. Zum einen das Erstellen und Zugänglichmachen von Informationen über Literatur, Veranstaltungen oder auch die Arbeitsinteressen Einzelner. Hierzu gehört auch das Lobbying für die Ansätze kritischer Geschichtswissenschaft und die Multiplikation ihrer Ergebnisse. Zum anderen die gegenseitige Motivation und individuelle Stärkung durch die Wahrnehmung und Anerkennung anderer, die z.B. in ähnlicher politischer Richtung oder an ähnlichen Themen arbeiten. Vernetzungsarbeit im Feld kritischer Geschichtspolitik ist ein Bestandteil widerständiger Organisierung.

Es ist Aufgabe kritischer Geschichtsarbeit, vergessene Themen und Menschen wieder hervorzuholen, Verdrängtes zu bearbeiten, Unsichtbares vorsichtig etwas sichtbarer zu machen und Bekanntes anders zu sehen. Ja, ich bin fast versucht – Pathos hin oder her – zu sagen: „Wenn wir das nicht tun, geschieht es nicht". Ob es allerdings bei der Beschäftigung mit kritischer Geschichtsarbeit ein „wir" gibt, und was es bedeutet, wenn es dieses „wir" besser nicht geben sollte, das ist eine der Fragen, zu denen weiter diskutiert werden muss. Kritische Geschichtspolitik arbeitet identitätsstiftend und identitätsverunsichernd, Traditionen bewahrend und diese – unabhängig von einzelnen Spektren – kritisch reflektierend. Kritische Geschichtspolitik hat etwas zu sagen, sie hat die letzten Jahre Ergebnisse hervorgebracht, auf die sie stolz sein kann, und sie sollte sich – nicht zuletzt deswegen – nicht in Nischen abdrängen lassen.

Zusammenarbeit ist das zentrale Prinzip in der kritischen Geschichtsarbeit, Respekt ihr zentraler Wert. Dies bedeutet nicht, eine Gleichheit anzunehmen,

31 Deleuze, Gilles: Foucault, Frankfurt a.M., 1992, S. 125, hier zitiert nach Hardt, Michael / Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 368.

die z.B. zwischen Festangestellten und Prekären nicht existiert. Es bedeutet zum Ersten, davon auszugehen, dass selbst eine Einrichtung wie die RLS nicht alle Kompetenzen zur Vielzahl der politisch-wissenschaftlichen Felder hauptamtlich abdecken kann. Auch innerhalb der RLS sind nur gewisse inhaltliche Kompetenzen vorhanden, weitere könnten und sollten vor allem durch ehrenamtliche Akteur_innen und Projektpartner_innen qualifiziert abgedeckt werden. Dies bringt es zweitens mit sich, dass die RLS eine aktive, partizipative und transparente Ermöglichungskultur schaffen und ausstrahlen sollte, um Kooperationen mit Initiativen qualifizierter Dritter zu erleichtern und zu fördern. Es geht darum, sich gegenseitig wahrzunehmen und auch zu motivieren. Nicht zuletzt bringen Kooperationen deutliche Vorteile in der Öffentlichkeitsarbeit. Es bedeutet weiter einen fairen, wertschätzenden Umgang, und für Angestellte bedeutet es, anderen keine falschen Versprechungen zu machen. Mit diesen Überlegungen nähern wir uns dem komplexen und tendenziell tabuisierten Feld der Lebensverhältnisse kritischer Historiker_innen. „Die sozialen Bedingungen kritischer Historik sind geschwunden" schreiben Gottfried Oy und Christoph Schneider.[32] Ja,

> „die Zahl mehr oder minder Situierter, die unter oft materiell widrigen Umständen die bezeichnete Arbeit machen, ist klein".[33]

Da haben Oy und Schneider Recht, aber ob die Situation für kritische Geschichtswissenschaft wirklich so desolat ist, wie von ihnen angenommen, möchte ich offen lassen. Sicher, an Universitäten und anderen, ähnlichen Institutionen sind Linke Repressionen bis hin zu Zensur ausgesetzt. Der Zwang sich zu verwerten, sich sichtbar zu machen und andere Mechanismen führen zu Konformitätsdruck und wirken sehr subtil. Sie alle stehen konträr zu solidarischen Prinzipien. Kritische Studierende – ganz gleich welchen Geschlechts – finden weiterhin kritische Lehre in den Nischen von Erinnerungsforschung, Post-Kolonialismus, Kultur- oder auch Geschlechtergeschichte – und bleiben dann mit ihren Themen in diesen Nischen. Unter anderem dadurch wird leider systematisch vermieden, dass zum Beispiel geschlechter- und kulturgeschichtliche Fragestellungen an die historische Forschung zur Arbeiter_innenbewegung oder der Linken herangetragen werden.

Kritische Historiker_innen und andere kritisch zu Geschichte Forschende sind heute meist vereinzelt oder auf sehr kleine Gruppen beschränkt; größere Zusammenhänge dürfte es nur in Berlin geben. Etliche kritische Historiker_innen arbeiten mittlerweile fachfremd, als Sozialarbeiter_in oder IT-Spezialist_in,

32 Oy, Gottfried / Schneider, Christoph: Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik, Ms, März 2014. Vgl. auch ihren Beitrag in diesem Band.

33 Ebd.

und noch weit mehr sind mit ihrer täglichen Existenzsicherung ausgelastet: Egal ob sie im durch Rot-Grün etablierten Verfolgungsregime von HartzIV stecken oder sich prekär am Rande der Akademie bewegen. Viele laden sich – trotz aller Widrigkeiten – jenseits der Existenzsicherung einen doppelten oder dreifachen politischen Aktivismus auf, indem sie in mehreren Zusammenhängen publizistisch oder organisatorisch aktiv sind, oder gar noch zusätzlich formale Funktionen innehaben. Solidarische Netzwerke, stärkende Kooperationen können ein klein wenig gegen Resignation und Vereinzelung helfen. Ich wünsche uns, trotz allen Widrigkeiten, weiterhin spannende Debatten, nette persönliche Kontakte, produktive Erkenntnisse und lustvolle Zusammenarbeit. Ich gehe davon aus, dass dieses Buch dazu ein Beitrag wie ein Instrument sein wird.

Scheitern zum Kommunismus

Der vorliegende Text ist kein wissenschaftlicher Beitrag, sondern der Versuch der Verschriftlichung einer szenischen Lesung, die im Rahmen der Konferenz *History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft: Gestern, heute, morgen* stattfand. Diese Lesung trug den Titel *Scheitern zum Kommunismus*, sie bestand aus literarischen und musikalischen Anteilen, die an dieser Stelle zwar nicht vollständig wiedergegeben werden können, denn der (ästhetische) Erkenntnisgewinn liegt zu nicht unbeträchtlichen Teilen im Erleben dieser Konstellation von Zitaten und eigenem Text, Gesungenem und Gesprochenem. Es erscheint jedoch trotzdem möglich, anhand einer Auswahl von Textstellen im Folgenden einen Eindruck des Themenkreises zu vermitteln, den wir als *tippel orchestra* mit unserer Lesung erkunden wollten. Wir hatten dort das Feld „Scheitern" in der Lesung in drei Themenkomplexe aufgeteilt; jeder dieser drei Blöcke bestand aus zwei Textpassagen und zwei Liedern, die alle, wie bereits angesprochen, aus unterschiedlichen Kontexten stammen. Die drei Oberthemen lauteten: Scheitern_Innen, Scheitern_Außen, Scheitern_Chance. Es ist uns klar, dass eine solche Trennung, vor allem in Außen/Innen, letztlich so nicht durchzuhalten ist, dass vielmehr beides untrennbar – dialektisch – verwoben ist. Auch gibt es ja nicht nur *ein* Innen und auch nicht nur *ein* Außen – beide Begriffe können verschiedene Dinge bezeichnen.

> „Wir reiten immer weiter, wir reiten geradeaus / Wir machen keine Pause, wir wollen schnell nach Haus / Aber wie weit ist es noch bis zur Zivilisation? / Ja wir sind längst am Ende und das waren wir gestern schon"
> (Funny van Dannen: *Billy, Joe und Ich.* 1997.)

Situationsbeschreibung: Es gibt den Kapitalismus immer noch, obwohl es – und zwar fast von Beginn seines Bestehens an – zahlreiche und unterschiedliche Versuche gab, ihn abzuschaffen. Nicht alle diese Versuche waren kommunistische Projekte, aber zweifellos nehmen kommunistische Bewegungen bzw. ihre Vorläufer einen zentralen Platz im Kampf um eine Systemalternative ein. Gleichzeitig ist der Kommunismus überhaupt die bislang einzige Systemalternative, die seit der Entstehung des Kapitalismus real bestand, sich also in praktischer Umsetzung hat bewähren müssen. Nicht bereit, aus dem durchaus umfassenden Scheitern dieser praktischen Umsetzung namens Realsozialismus den Schluss zu ziehen, dass Kommunismus eben nicht machbar ist, müssen wir jedoch folgende Tatsache festhalten: Bislang ist die Geschichte des Kommunismus immer noch auch die Geschichte seines Scheiterns.

> „Von den Nazis verfolgt, dem Gefängnis, dem drohenden Lager entkommen, flüchten deutsche und österreichische Kommunistinnen ins russische Exil, in die Räterepublik, das Vaterland der Werktätigen, Heimat der Arbeitenden, in die röteste aller Städte des Planeten, Moskau. Nicht in erster Linie Schutz erhoffen sie, sondern die Möglichkeit, sich am Aufbau des Sozialismus anders weiter beteiligen zu können, aus der Emigration heraus den Widerstand gegen Deutschland zu organisieren. Bleiben wollten vermutlich die wenigsten von ihnen, zurückkehren wollen sie, mit einem neuen Ausweis, einem veränderten Auftrag. Und zurück kehren sie, aber unbewaffnet, nicht als Revolutionäre und statt als Soldatinnen der Sowjetmacht als deren Gefangene."
> (Bini Adamczak: *Gestern Morgen.* 2011.)

> „ich spürte all diese Widersprüche und Spannungen die sich aus dieser neuen Situation ergaben denn vorher war das Klima im Knast das Klima einer Gemeinschaft gewesen es herrschten ausgezeichnete brüderliche Beziehungen und so weiter mit diesen Neuen gab es tatsächlich große Probleme denn viele dieser Neuen hatten eine absurde Geschichte hinter sich sie waren die letzte Generation von Kämpfern alle blutjung und hatten alle eine ähnliche Biographie keinerlei Szene-Erfahrung auch weil die Szene mittlerweile hinweggefegt worden war weshalb ihr Werdegang darin bestand irgendwelche Schriften zu lesen illegal Flugblätter zu verteilen Parolen an Wände zu sprühen ein Spruchband an einer Unterführung anzubringen und womöglich gleich als eine der ersten Aktionen ein Mord und dann die Verhaftung auf Grund der Aussagen irgendeines Aussteigers"
> (Nanni Balestrini*: Die Unsichtbaren.* 1987.)

Es ging uns also darum, dem Scheitern nachzuspüren – dem Scheitern am Außen, an der Repression des Staates, dem politischen Gegner; dem Scheitern am Innen, dem Verrat, dem Opportunismus, der Reproduktion von Herrschaft; dem Scheitern als Chance, dem Zweifel, dem Lernen aus der Niederlage, aber auch der modernisierenden Integration ins System. All diese Kategorien wollten wir jedoch in ihrer Komplexität behandeln, jenseits widerspruchsbereinigender Auflösung ins Positive oder Negative. Keine Determinismen: Es musste so und nicht anders laufen. Das Spannungsfeld ist vielmehr die Frage nach dem Zusammenhang von gesellschaftlichen Bedingungen und individuellem Handeln, mit einer immer auch möglichen Offenheit des Ergebnisses.

> „Wir saßen also in Kleppers Atelier, kifften wie die Scheunendrescher, schauten uns seine Filme an, hörten dazu Pink Floyd, Fresh Cream, The

Nice, The Doors, The Mothers of Invention und warteten, da keiner wusste, wo's langging. Erst 69/70 klärten sich die Dinge einigermaßen. Die einen kauften sich Waffen, die anderen gründeten Parteien, aber revolutionär waren sie alle. Ich spreche jetzt von denen, die nicht gleich zur SPD gingen, oder zur Zeit oder zum Spiegel."
(Peter Chotjewitz: *Das Jahr 1968*. 2007.)

Wir haben uns dafür entschieden, das Spannungsfeld von objektivem Verlauf und subjektivem Handeln mithilfe von Literatur und Musik zu erkunden. Denn die Art und Weise, auf die sich in der Kunst subjektives Erleben und gesellschaftliche Bedingungen gegenseitig vermitteln und bedingen, schien uns für unser Vorhaben, die Kategorie des Scheiterns in ihren vielen Dimensionen zu erfassen, gerade richtig. Außerdem bot sich hier eine Gelegenheit, den Blick auf zwei Bereiche zu richten, in denen (linke) Geschichte eben auch verhandelt und ‚geschrieben' wird: Literatur und Musik. Ihre Bedeutung für Analyse und Kritik der Verhältnisse, für eine linke politische Praxis, die im notwendigen Bewusstsein ihrer eigenen Geschichte handelt, ist unserer Meinung nach kaum zu überschätzen.

„All jenen professionellen, passionierten Antikommunisten, die jetzt feixend und händereibend behaupten: ENDLICH SEID IHR KOMMUNISTEN AM ENDE, müssen wir deutschen Kommunisten, egal, ob wir nun hüben oder drüben hausen, erwidern: DAS IST NICHT WAHR: WIR FANGEN GERADE WIEDER EINMAL AN, DEN ANFANG DES ANFANGS DES WEGES ZU SUCHEN, DER UNS MÖGLICHERWEISE ZU UNSEREM ZIEL FÜHREN KANN. Selbst wenn sich dieser Weg wieder einmal als ein falscher Weg erweisen sollte, wird dies wenigstens den Vorteil haben, daß unsere Nachgeborenen wissen, welchen weiteren von uns eingeschlagenen Weg sie keinesfalls einschlagen dürfen. Selbst wenn unsere Nachgeborenen ebenfalls einen Weg einschlagen sollten, der sich abermals als ein weiterer falscher Weg erweisen sollte, wird dies ebenfalls wenigstens den Vorteil haben, daß die Nachgeborenen unserer Nachgeborenen wissen, welche Wege sie keineswegs einschlagen dürfen."
(Gisela Elsner: *Ruf aus der tiefsten Tiefe des Unlands.* 1990.)

„Ja, ich kannte ihn, da war er noch ein Kämpfer / und sah ihn gestern beim Tee / Er sprach mit ein paar Herren von der Hausse / Und hielt die Sekretärin an der Flosse / Und plötzlich sah er mich aus ferner Höh' / Er rief: Hallo! – und ich: Adieu"
(Georg Kreisler: *Der Kämpfer.* 1972.)

Die Konstellation von verschiedenen Texten und Liedern sollte dabei noch eine weitere, eigene Bedeutungsebene produzieren und außerdem eine gewisse

Multiperspektivität herstellen. Denn wir haben uns nicht auf einzelne Ereignisse oder kommunistische Strömungen begrenzt, sondern stattdessen recht unterschiedliche Perspektiven – wenn auch überwiegend aus dem deutschen Kontext – aufgenommen. Das Ganze erhebt aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

„Diese Frauen aus Berlin in Frankfurt wollten nicht mehr mitspielen, da ihnen die ganze Last der Erziehung der Kinder zufällt, sie aber keinen Einfluß darauf haben, woher, wohin, wozu die Kinder erzogen werden. Sie wollten sich nicht mehr dafür kränken lassen, daß sie um der Kindererziehung willen eine schlechte, gar keine oder eine abgebrochene Ausbildung haben oder ihren Beruf nicht ausüben können, was alles seine Spuren hinterläßt, für die sie in der Regel selbst wieder verantwortlich gemacht werden. Sie haben klargestellt, daß die Unvereinbarkeit von Kinderaufzucht und außerhäuslicher Arbeit nicht ihr persönliches Versagen ist, sondern die Sache der Gesellschaft, die diese Unvereinbarkeit gestiftet hat. Sie haben allerhand klargestellt. Als die Männer darauf nicht eingehen wollten, kriegten sie Tomaten an den Kopf."
(Ulrike Meinhof: *Die Frauen im SDS, oder: In eigener Sache.* 1968.)

Und trotz dieser Verwobenheit von Innen und Außen, der nicht immer klar zu beantwortenden Fragen nach Ursache und Wirkung, Verteidigung und Angriff, erschien es uns möglich und sinnvoll, diese Bereiche zum einen überhaupt zu benennen und zum anderen schwerpunktmäßig voneinander getrennt zu behandeln. Wenn diese Trennung dann im Verlauf der Veranstaltung ihre Brüchigkeit bewiesen haben sollte, wenn sich also in der Verschiedenheit der Beiträge trotzdem Eindrücke von Gemeinsamkeiten herstellten, war das jedoch auch ganz in unserem Sinne. Denn diese Form des gleichsam offeneren Herstellens von (gedanklichen) Verbindungen verkörpert eine der Voraussetzungen für die Entwicklung emanzipatorischer Kritik: Eine Wahrnehmung, die nicht auf die Bereinigung von Widersprüchen angewiesen ist.

II.

Ausgraben und Erinnern

Ausgraben und Erinnern

> „Wer sich der eignen verschütteten Vergangenheit zu nähern trachtet, muß sich verhalten wie ein Mann, der gräbt. […] [W]irkliche Erinnerung [muß] ein Bild zugleich von dem der sich erinnert geben, wie ein guter archäologischer Bericht nicht nur die Schichten angeben muß, aus denen seine Fundobjekte stammen, sondern jene andern vor allem, welche vorher zu durchstoßen waren."[1]

Das Bild einer verschütteten Vergangenheit, wie es hier von Walter Benjamin entworfen wird, ist bis heute prägend für viele Ansätze linker Geschichtsschreibung und -politik. Zugrunde liegt ihnen die Vorstellung von einer Geschichtsschreibung der Sieger, die alle Störmomente der Vergangenheit überdeckt. Diese Momente zu bergen, sie auszugraben und damit vor dem Vergessen zu ‚retten' ist ein weit verbreiteter Ansatz linker Geschichtspraxen. Dies stellt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als ein kompliziertes Unterfangen dar. Denn ‚die Geschichte' ist kein archäologisches Fundobjekt, das sich ohne weiteres ausgraben und erkennen lässt. Es ist immer beeinflusst durch die Gegenwart als Ausgangspunkt der Grabung, durch die „Schichten [...], die zuvor zu durchstoßen waren" und durch den Ort, „an dem der Forscher ihrer habhaft wurde".

Diese Gegenwart ist dabei ebenso durch die Position und das Selbstbild der Forschenden geprägt wie durch gesellschaftliche Machtverhältnisse, durch politische Konflikte und Kämpfe um Hegemonie. Die Orte des Ausgrabens und Erinnerns sind kein neutrales Terrain, sondern – das zeigen die Beiträge dieses Kapitels mehr als deutlich – strukturiert durch diskursive Möglichkeiten und Grenzen wie durch sehr konkrete Auseinandersetzungen: mit Stadtverwaltungen und Gedenkstätten um historische Orte und ihre Gestaltung, mit Marginalisierungsstrategien und hegemonialen Vergangenheitsinterpretationen um die Grenzen des öffentlich Sagbaren.

Die Idee des Ausgrabens selbst ist immer auch mit einer Vorstellung des Sichtbarmachens verknüpft. An diesem Punkt konfrontiert uns jedoch nicht zuletzt auch die Vergangenheit selbst mit Problemen: In welche Begriffe kleiden wir das Verschüttete, in welche ‚Tradition' stellen wir es? Wem gehören die geborgenen Trümmer? Wer ist legitimiert zu sprechen, welche Erinnerung wird anerkannt? In diesem Kapitel werden konkrete Projekte und Praxen kritischer Geschichtswissenschaft und -politik vorgestellt, die auf verschiedene Weise mit der Idee von *Ausgraben und Erinnern* sowie den damit zusammenhängenden Widersprüchen, Fragen und Problemen verknüpft sind.

1 Benjamin, Walter: Berliner Chronik. In: Schweppenhäuser, Hermann/Tiedemann, Rolf (Hg.): Walter Benjamin - Gesammelte Schriften, Bd. VI: Fragmente, Autobiographische Schriften, Frankfurt am Main 1984, S 486.

Der Beitrag von Christiane Leidinger und Ingeborg Boxhammer stellt das Online-Portal lesbengeschichte.org vor und widmet sich *„Lesbian-like" Geschichte* und berichtet *Vom Wettstreit richtiger Bezeichnungen, Verdächtigungen, Lesbensex und einer Vermisstenanzeige.* Das Online-Portal fungiere als ein Archiv ‚ausgegrabener Momente' lesbischer Geschichte, es „zielt auf historische und aktuelle Sichtbarkeit und versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Ent-Historisierung lesbischer Existenzen und Aktivitäten". Die Archivierung dieser historischen lesbischen Existenzen sei notwendig, um sie angesichts der „anhaltende[n] Unsichtbarkeit lesbischer Frauen und Trans*" als „Subjekte von Geschichte" schreiben zu können. Der Prozess der Archivierung und Sichtbarmachung ist dabei jedoch von zahlreichen Fragen begleitet: Mit welchen Bezeichnungen und Identitätsentwürfen operiert das Portal? Wie den damaligen Akteur_innen gerecht werden, ohne sie in die eigenen Kategorien aus der Gegenwart zu zwängen? So stellen die AutorInnen fest: „Es gibt berechtigte Befürchtungen, dass die Kategorienverwendung Identität/en stabilisiert, also festschreibt, was eine Lesbe ‚ist', und geschichtliche Entwicklungen vereinfacht oder undifferenziert darstellt." Dieses Dilemma sei jedoch keinesfalls unausweichlich, sondern „eine Frage des wissenschaftlichen Vorgehens sowie der Darstellung und nicht etwa der Begriffsverwendung an sich".

Der Beitrag von Chris Rotmund von der *Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.* beschreibt unter dem Titel *Offenes Gedenken und staatliche Erinnerung* die Arbeit einer geschichtspolitischen Initiative an einem konkreten Ort: dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Uckermark, in dem während des Nationalsozialismus Mädchen und Frauen inhaftiert waren. Die Initiative widmet sich unter anderem der konkreten Gestaltung dieses Ortes als Ort der Erinnerung jenseits der Arbeit der Gedenkstätte des nahegelegenen Konzentrationslagers Ravensbrück. In selbstorganisierten FrauenLesbenTrans*-Baucamps leistet die Initiative eine archäologische Erschließung des Geländes. Die Aktivitäten der Initiative sind dabei zugleich verknüpft mit einem spezifischen politischen Verständnis des eigenen Tuns. Die Beschäftigung mit Kontinuitäten zwischen (deutscher) Vergangenheit und Gegenwart bewahrt davor, das Ausgegrabene als ‚abgeschlossene Vergangenheit' zu betrachten: „Wenn sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus beschäftigt wird, darf die Beschäftigung nicht 1945 stehenbleiben." Die Unabgeschlossenheit des „Ausgrabens" zeigt sich darüber hinaus auch in der Konzeption des Offenen Gedenkens. Mit diesem Begriff beschreibt Rotmund die „Prozesshaftigkeit der Entstehung des Gedenkortes", in deren Verlauf, so hofft sie, „ein Raum entstehen kann, an dem unterschiedliche Akteur_innen zusammen diskutieren, forschen, Ideen sammeln, Erkenntnisse teilen und lernen können". Laut Rotmund stehen dabei „die Stimmen und Wünsche der Überlebenden und ihrer Angehörigen" im Mittelpunkt.

Das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus war lange Zeit ein Anliegen, mit dem sich die Überlebenden allein auf weiter Flur sahen. Nach jahrzehntelangen Kämpfen ist das Gedenken an den Nationalsozialismus heute integraler Bestandteil der offiziellen staatlichen Politik. Eine ambivalente Entwicklung, geht doch die zunehmende Würdigung der Opfer einher mit einem Verlust ihrer Deutungsmacht über die konkrete Ausgestaltung des Gedenkens. In ihrem Beitrag *Wissenschaft braucht keine Tränen. Ein Vortrag ohne Format* spürt Claudia Krieg diesem konflikthaften Verhältnis nach: „Wem steht es zu, das Geschichtsbild zu bestimmen? […] Es sind doch mehrheitlich die staatlichen Vertreter*innen, die aus der Frage der Erinnerung eine Frage der Ermächtigung ableiten." Entlang verschiedener Episoden ihrer Begegnungen mit Überlebenden des Nationalsozialismus zeigt Krieg, wie die zunehmende Einhegung des Gedenkens durch Staat und Wissenschaft einer Entpolitisierung des Erinnerns Vorschub leistet. Dies sei ein Prozess, in dem die politischen Positionierungen der Überlebenden zusehends in den Hintergrund gerückt würden. Auf einer grundlegenden Ebene hinterfragt Krieg dabei auch eine Logik, die eine vermeintlich ‚objektive' Wissenschaft über das Wissen und die Anliegen der Überlebenden stellt: „Was tue ich hier? Ich sitze hier nun auf einem sogenannten Podium. Es sind keine Überlebenden mit mir hier. Für sie sind die Veranstaltungen reserviert, bei denen sie gehalten sind, etwas beizutragen. Weil sie genau dafür gebraucht werden. Auf Tagungen und Seminaren, die sich der historischen Forschung widmen, weint niemand." Mit dem bloßen *Ausgraben und Erinnern*, das zeigen auch die sehr persönlichen Ausführungen von Claudia Krieg, ist es nicht getan.

Mit dem Beitrag *Faites votre jeu! Hausbesetzer_innen im ehemaligen Knast. Geschichte und Gegenwart eines Gefängnisses, das keines mehr ist* von Saskia Helbling und Katharina Rhein wendet sich das Kapitel noch einmal der geschichtspolitischen Grabungsarbeit am historischen Ort zu. In Frankfurt am Main befindet sich seit 2009 das „Klapperfeld", ein selbstverwaltetes Zentrum in einem Gebäude, das von 1886 bis 2003 als Polizei- und Abschiebegefängnis genutzt wurde. Im Nationalsozialismus befand sich an diesem Ort ein Gestapogefängnis. Der Beitrag von Helbling und Rhein widmet sich diesem Spannungsverhältnis und seinen Problemen ebenso wie den Potenzialen dieser Verwobenheit von Vergangenheit und Gegenwart: „Was heißt Geschichtsarbeit an einem solchen Ort und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für ein selbstverwaltetes Zentrum? Wie macht man das ohne Gedenkstätte oder Museum sein zu wollen?" Wie schon im Beitrag von Chris Rotmund wird auch hier ein Verständnis von *Ausgraben und Erinnern* als einem offenen Prozess der Gegenwart sichtbar: „Wir wollen keine Gedenkstätte sein, nicht, weil wir es nicht wichtig fänden, der Opfer zu gedenken, sondern weil wir glauben, dass es gerade an einem Ort wie dem Klapperfeld damit nicht getan ist. Wir bezeichnen uns lieber als Ort der Auseinandersetzung, um der Unabgeschlossenheit der Auseinandersetzung mit der Geschichte Raum zu geben."

Die Gegenwart bildet auch eine entscheidende Hintergrundfolie für den Beitrag von Friedemann Affolderbach und Uwe Hirschfeld, der sich ausgehend von der Fragestellung *Zwischen Legitimation und Emanzipation?* dem Feld von *Geschichtspolitik in der kritischen Bildungsarbeit* zuwendet und eine theoretische Bestimmung dieses Gegenstandes mit Hilfe gramscianischer Begriffe unternimmt. Damit wird die Frage nach der konkreten Vermittlung des Ausgegrabenen in einem von politischen Machtverhältnissen geprägten Feld adressiert. Die Autoren plädieren hierbei für eine Vorgehensweise, die eine bewusste Wahl historischer Gegenstände und pädagogischer Konzepte beinhaltet, um dem ‚Alltagsverstand' zu begegnen. Eine Wahl, die sich allerdings „nicht allein vom Gegenstand (oder der Methode) her entscheiden" lässt, sondern „nur im Kontext der unterschiedlichen Geschichtsmuster und den subjektiven Bedingungen". Der hier vorgeschlagene Umgang mit Geschichte ließe sich also als ein strategisches Ausgraben bezeichnen, das der Geschichtsschreibung und -vermittlung der Sieger bewusst gewählte und platzierte Störmomente entgegenhält. Affolderbach und Hirschfeld diskutieren dies am konkreten Beispiel der „Auseinandersetzung mit NS-Geschichte in Ostdeutschland". Bildungsarbeit im Feld kritischer Geschichtspolitik möchten die Autoren als einen Prozess verstanden wissen, der „Emanzipation als Ziel pädagogischer Anstrengungen" begreift und über die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht zuletzt auch „die Zukunftsmöglichkeiten einschließt". Kritische Bildung mit Geschichte würde so nicht nicht nur eine Verortung in der Gegenwart, sondern auch eine Orientierung auf die Zukunft beinhalten: „So, wie nach einem ‚immer-noch' der Geschichte in der Gegenwart zu suchen ist, so muss auch nach dem ‚noch-nicht' gefragt werden."

Christiane Leidinger und Ingeborg Boxhammer

„Lesbian-like" Geschichte – Vom Wettstreit richtiger Bezeichnungen, Verdächtigungen, Lesbensex und einer Vermisstenanzeige

„Lesbian desire is everywhere,
even as it may be nowhere."
Martha Vicinus[1]

In diesem Beitrag werden ausgewählte Probleme bei der Erforschung und Einschreibung der Geschichte(n) von Lesben sowie deren Vermittlung und Rezeption diskutiert. Dabei wird besonders die umstrittene Verwendung der Bezeichnung „Lesbe" in historischen Zusammenhängen in den Blick genommen, die auch titelgebend für das hier ebenfalls vorgestellte Online-Portal lesbengeschichte.de/.org ist und des Weiteren werden Destabilisierungsmöglichkeiten von Identität mit der Denkfigur „lesbian-like" *(Judith M. Bennett) aufgezeigt.*

I. Geschichte von Lesben, ihre Rekonstruktion und Vermittlung – online?

Die britische *Lesbian History Group* formulierte Ende der 1980er Jahre über Lesbengeschichte eine auch heute noch zutreffende Aussage:

> „Jeder sozialen Gruppe muß ihre eigene Geschichte zugänglich sein. Das Wissen über unsere Vergangenheit gibt uns kulturelle Wurzeln[2] und ein Erbe von Vorbildern und Erfahrungen, von denen wir lernen und denen wir nacheifern oder denen nicht zu folgen wir uns entscheiden können. Uns lesbischen Frauen ist grundsätzlich alles Wissen über unsere Vergangenheit vorenthalten worden. Dies ist vorsätzlich[3] geschehen, denn es hält uns unsichtbar, isoliert und machtlos. [...] Die Unterdrückung der lesbischen Lebensform[4] erstreckt sich [...] auch auf die Kontrolle historischen Wissens."[5]

Derzeit suggerieren gerade großstädtische lesbische, lesbisch-schwule, queere, queer-feministische und/oder trans* subkulturelle Szenen vorschnell Sichtbarkeit sowie Selbstverständlichkeit lesbischer Lebensweisen von Frauen und Trans*. Aber auch heute leben viele Lesben versteckt, sind isoliert und gesellschaftlich unsichtbar. Gleichzeitig wird mit der vermeintlichen Sichtbarkeit gesellschaftliches Wissen um ‚die' Geschichte/n von Lesben und/oder Trans* vorgespiegelt, das jedoch kaum vorhanden und keineswegs präsent ist.

Nach wie vor ist ‚die' Geschichte lesbischer Frauen* lediglich lückenhaft rekonstruiert; in verstärktem Maße gilt dies für lesbische Trans* – und jeweils nicht nur im deutschsprachigen Raum. Allerdings ist die anglo-amerikanische Forschungssituation deutlich besser, was sich in den vorliegenden Publikationen zeigt: Es gibt Ressourcen (Gelder, Zeitschriften usw.) und weitergehend infrastrukturelle Einbindung, etwa Professuren sowie LGBTIQ-Studies und daraus erwachsende Interessensbildung von Studierenden, wissenschaftlichen Austausch und Anregungen.[6] Entsprechend ist dort der Transfer in Politische Bildung grundsätzlich sehr viel leichter möglich. In der Bundesrepublik existiert keine Professur, die explizit oder implizit der Geschichte von lesbischen Frauen (oder der schwuler Männer und/oder Trans*-Geschichte) gewidmet wäre. Selbst Seminare zu lesbischer Geschichte werden an Hochschulen nur vereinzelt angeboten, in der Regel durch engagierte Personen aus dem Mittelbau oder durch externe Lehrbeauftragte. In Schulbüchern wird Lesbengeschichte weiterhin ignoriert.[7] Wissensvermittlung und -diskussion findet daher vor allem im Rahmen von Vorträgen der Politischen Bildung statt, die von zumeist (prekär) freischaffenden Referentinnen* bestritten wurde und wird.[8] Von 1989 bis 2004 veröffentlichte insbesondere die zweimal jährlich erscheinende *radikalfeminis-*

1 Vicinus, Martha: „They wonder to which sex I belong": The Historical Roots of the Modern Lesbian Identity. In: Feminist Studies Nr. 3, 1992, S. 467-497; hier: S. 468. Übersetzt: „Lesbisches Begehren ist überall, selbst wenn es nirgendwo sichtbar wird." Wir danken herzlich Muriel González Athenas für ihre Lektüre und Vorschläge zur ersten Textfassung.

2 Den Begriff „Wurzel" verstehen wir als historische Verortung, er könnte aber auch als simples Kontinuum von gestern, heute und morgen missverstanden werden.

3 Um die Frage der unterstellten Vorsätzlichkeit, mit der Lesbengeschichte vorenthalten wird, zu klären, bedürfte es noch Untersuchungen. Ignoranz und heteronormative Selbstverständlichkeit – wie sie sich in den Geschichtsschreibungen verschiedenster Couleur zeigt – scheint uns virulenter zu sein.

4 Wir teilen die hier suggerierte eine Lebensform von Lesben weder aktuell noch historisch.

5 Lesbian History Group: ...und sie liebten sich doch. Lesbische Frauen in der Geschichte 1840-1985. Göttingen 1991 [Orig. 1982], S. 2f.

6 Vgl. lesbengeschichte.org/material_literatur_d.html#Anchor-14210.

7 Antwort vom Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung am 6.5.2014 an Ingeborg Boxhammer.

8 Z.B. DenkWiderstand (1995/96-2002). Vgl. Beyer, Irene/Leidinger, Christiane: DenkWiderstand. Arbeitskreis für lesbisch-feministische Politik und Geschichte.

tische Lesbenzeitschrift IHRSINN Texte zur Geschichte lesbischer Frauen; die *beiträge zur feministischen theorie und praxis* (1978-2008) waren vereinzelt ein Forum dafür. Seit 1999 erscheint fachspezifisch *Invertito,* das *Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten.* Solche Publikationsorte werden vom Mainstream der Geschichtswissenschaft und auch von Bildungsmultiplikator_innen für Geschichtsschreibung offenbar eher nicht wahrgenommen.

Bis zum Projektstart von *lesbengeschichte.de* vor zehn Jahren waren im virtuellen Netz historische Lesben nur selten präsent; dies hat sich inzwischen erfreulicherweise ein wenig verändert.[9] Dennoch ist das mehr oder weniger brüchige und kritisch gemeinte Klischee über die „Präsenz von Lesbianismus" weder offline noch online obsolet: lesbische Existenzen sind weiterhin „undenkbar, unhörbar (schweigend/verstummt) [silent], unsichtbar".[10]

Lesbengeschichte als Online-Projekt

Das Projekt *lesbengeschichte.de* wurde am 30. November 2005 nach einem Dreivierteljahr Arbeitsphase offiziell online geschaltet.[11] Seitdem erhielt das Portal ein überaus positives Echo in Form von E-Mail-Zuschriften, Gästebucheinträgen, Backlinks sowie Anfragen rund um Lesben(bewegungs)geschichte und Film. Gleichwohl werden nicht nur gedruckte, sondern auch die Website-Texte zu Lesbengeschichte anscheinend kaum wissenschaftlich rezipiert,[12] akademische Rezensionen gab es unseres Wissens keine.

Mit dem Online-Portal *Lesbengeschichte* wollen wir lesbische Frauen kritisch in ‚die' Geschichte einschreiben,[13] Lesben in ‚der' Geschichte sichtbar machen – mit ihren individuellen Lebensgeschichten wie auch hinsichtlich kollektiver Zusammenhänge frauenbezogener oder -liebender Frauen sowie Trans* – und damit in die Deutungen von Geschichte intervenieren. Das Projekt zielt auf

Projektvorstellung. In: IHRSINN. eine radikal-feministische Lesbenzeitschrift, Nr. 18, 1998, S. 127-131.

9 Mit Einschränkungen: fembio.org, queerhistory.de sowie englisch-, spanisch- u. deutschsprachige Wikipedia und kulturelle Portale mit lesbischem Zielpublikum.

10 Traub, Valerie: The Rewards of Lesbian History (Review Essay). In: Feminist Studies Nr. 2, 1999, S. 363-394; hier: S. 363. Übers. ib/cl.

11 Seit 4/2014 auch mit der der Top-Level-Domain .org (ursprünglich für nicht-kommerzielle Organisationen).

12 Unseres Wissens zentrale Ausnahme für die Rezeption von Texten des Lesbengeschichtsportals: Klapeer, Christine M.: Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz. Bielefeld 2014.

13 Historische Überlieferung ist ein aktiver Vorgang und wird sich, was Lesbengeschichte betrifft, wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, nicht ohne das Engagement von Lesben* vollziehen.

historische und aktuelle Sichtbarkeit und versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Ent-Historisierung lesbischer Existenzen und Aktivitäten. Dabei steht für uns die De/Konstruktion von Geschichte nach wie vor im Zeichen von Erinnerungskultur, Tradierung, (queer-)feministischer Wissensbildung, historischem Lernen und für die Möglichkeit – nicht aber für die zwingende Notwendigkeit – historisch positiver Identifikation/en sowie ebenfalls notwendiger politischer Abgrenzung/en. Denn auch die Lebensgeschichten der bedeutsamen drei *weißen* Vorkämpferinnen mit deutscher Staatsbürgerinnenschaft, die für Emanzipation stritten, Johanna Elberskirchen (1864-1943), Theo Anna Sprüngli (1880-1953), besser bekannt unter ihrem Pseudonym „Anna Rüling", und Emma Trosse (1863-1949), sollen dabei kritisch im Sinne links-feministischer Historiografie eingeschrieben werden: also mit deren teils ambivalenten, widersprüchlichen und politisch abzulehnenden Gedanken, Publikationen und Aktivitäten, mit denen sie sich in den Kontexten von Biologismus, „Eugenik"/ „Rassenhygiene" (Elberskirchen, Sprüngli), Nationalismus (Elberskirchen, Sprüngli), Militarismus und Kolonialismus (Sprüngli) sowie Kapitalismus/ Klassismus und soziale Ungleichheit (Trosse) bewegten.[14] Wir sind linker, kritischer Geschichtsschreibung verpflichtet und versuchen, die genannten und andere Macht- und Herrschaftsverhältnisse, deren Reproduktion und damit zusammenhängende Privilegierungen sichtbar zu machen; wobei wir mit diesem Anspruch nicht immer den politischen Nerv potenzieller Autor_innen treffen.

Wie das *AutorInnenkollektiv Loukanikos* nähern wir uns den Lebensläufen und *emanzipatorischen* historischen Kämpfen kritisch-solidarisch.[15] D.h. wir müssen weder aus damaliger noch aus heutiger Perspektive alle politischen Positionen oder Strategien teilen, wie etwa die Biologisierung von Homosexualität, mit der Pathologisierung und Kriminalisierung abgewehrt werden sollte. Die Idee, dass es sich um ein angeborenes und damit nicht veränderbares, d.h. zudem: nicht verschuldetes Phänomen handelt, wird auch heute teilweise noch vertreten.[16]

14 Vgl. Leidinger, Christiane: Keine Tochter aus gutem Hause. Johanna Elberskirchen (1864-1943). Konstanz 2008, insb. S. 13f.; 182-206; 207-221. Dies. 2004 (Sprüngli/Ps. Rüling). Dies. 2013 (Trosse), hier: S. 34-37. Vollständige Angaben: lesbengeschichte.org/material_literatur_d.html#Anchor-11481. Neue Ergebnisse zu allen dreien: Dies.: Politik, Porno und Protest um 1900. Über die zwiespältigen homosexuellen-emanzipatorischen Vorkämpferinnen Trosse, Elberskirchen und Sprüngli/ „Rüling", unveröff. Vortrag, zuletzt 7.4.2014 in Bochum.

15 AutorInnenkollektiv Loukanikos: Wir brauchen keine linken Mythen. Perspektiven einer kritischen Gedächtnispolitik. Von Cornelia Siebeck. In: ak Sonderbeilage Winter 2013 (Reprint 2012), S. 8-10; hier: S. 9.

16 Zuletzt Pohl, Ines: Homophobie in BaWü. Kommentar. In: taz 22.1.2014. taz.de/!131522/ sowie Demonstration „Wann hast du entschieden hetero zu sein?",

Lesbengeschichte – oder: von der Unmöglichkeit richtiger Bezeichnungen

Der Portaltitel „Lesbengeschichte“ mag manche verwundern: Zum einen in Zeiten der anhaltenden Dekonstruktion der Identitätskategorien *Frau* und *Lesbe* und zum anderen, weil die historische Verwendung eines sich erst in den 1970er Jahren entwickelnden, modernen Begriffs wie „Lesbe“ umstritten ist.[17] Es gibt *berechtigte* Befürchtungen, dass die Verwendung dieser Kategorie Identität/en stabilisiert, also festschreibt, was eine Lesbe ‚ist', und geschichtliche Entwicklungen vereinfacht oder undifferenziert darstellt. Wir denken allerdings nicht, dass die Nutzung der Begriffe *Lesbe* und *lesbisch* in gleichsam ‚logischer' Konsequenz lesbische Identität voraussetzt, simple Kontinuitäten herstellt, historische Gebundenheiten und Dynamiken ausblendet, platt Zeitgenössisches auf Historisches projiziert, unterschiedliche Konzepte von Frauenliebe negiert oder in anderer Form Geschichte nicht differenziert re-/konstruiert.[18] Diese methodologischen Problematiken halten wir für eine Frage des wissenschaftlichen Vorgehens[19] sowie der Darstellung und nicht etwa der Begriffsverwendung an sich.

Außerdem verdeckt die ablehnende Argumentation insbesondere gegen den Begriff „Lesbe“, dass die gebräuchlichen Alternativen „homosexuell“, „frauenliebend“, „frauenbegehrend“ oder „alleinstehend“ ebenfalls nicht von allen damals frauenbezogen lebenden Frauen (und/oder Trans*) geteilt oder gewählt wurden. Anders als zumeist bei einer Identifikation mit der sozialen Gruppe „Frauen“

wann-hast-du-entschieden.de (Abrufe 19.5.2014).

17 Zuletzt Wischermann, Ulla: „‚Heraus mit dem Frauenwahlrecht!‘“ – Der Frauenstimmrechtskampf um 1900 bis zum Ersten Weltkrieg“ sowie „Werkstattgespräch Historisch-politische Frauenbiografien um 1900 – oder was Sie schon immer zu Biografieforschung wissen wollten...“ Bonn 6.4.2014 in der Veranstaltungsreihe „Man gebe dem Homosexualen, was ihm gehört: seinen vollen Menschheitsrang!“ – Der Feministin, Sozialdemokratin und Heilpraktikerin Johanna Elberskirchen (1864-1943) zum 150. Geburtstag. Mitschriften.

18 Vgl. für diese Positionen z.B. Steidele, Angela: „Als wenn Du mein Geliebter wärest“. Liebe und Begehren zwischen Frauen in der deutschsprachigen Literatur 1750-1850. Stuttgart/Weimar 2003, S. 22; Micheler, Stefan: Selbstbilder und Fremdbilder der ‚Anderen'. Männer begehrende Männer in der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Konstanz 2005, S. 49-51.

19 Historisierung schließt unseres Erachtens mit ein, anzuerkennen, dass eine neutrale, objektive, gegenwartsbezugsfreie Betrachtung von Geschichte nicht möglich ist. Den Anspruch, Geschichte aus ihrer Zeit heraus verstehen zu wollen, sollte dies keinesfalls schmälern.

gibt es nicht *die* Selbstbezeichnung oder die *eine* soziale Identifikation.[20] Dies dürfte auch mit der Wirkmächtigkeit und gesellschaftlichen Präsenz der Fremdzuschreibungen zusammenhängen. So gehörten Termini wie „konträrsexuell“, „homosexual“, „homosexuell“ u.ä. zur sexualwissenschaftlichen Kategorienbildung und dien(t)en sowohl dem Othering[21] wie größtenteils der Pathologisierung, zumindest der Normsetzung und Stabilisierung von Heterosexualität, polarer Geschlechtsidentitäten von zwei und *nur* zwei Geschlechtern sowie der Konstruktion jeweiliger Abweichungen.

Die verschiedenen Selbstbezeichnungen und Identifikationen sind jedoch auch aus einem anderen Grund bedeutsam. In der Theoretisierung des *lesbian-like* zeigt sich die Problematik von Benennungen ebenso wie die von Assoziationen und Setzungen, die wir kritisch reflektiert wissen wollen: Die unhinterfragte Verknüpfung der Begriffe „Lesbe“/„lesbisch“ *und* gelebter Sexualität zwischen Frauen, auf die wir später zurückkommen. Zunächst widmen wir uns gleichermaßen paradox und passend zur Sexualitätsfixierung dem klassischen Vorwurf, mit dem sich Forschende konfrontiert sehen.

Bislang sind nur wenige (weibliche*) Persönlichkeiten bekannt, die um 1900 offen homosexuell gelebt haben; ebenso sind nur vereinzelte Liebesbriefe zwischen Frauen aus dieser Zeit überliefert.[22] Daher stehen Forschungen „über Frauen, die mit Frauen lebten“ oftmals „un/ausgesprochen unter Verdacht“;[23] Wissenschaftler_innen werden verdächtigt, eine Frau als Lesbe zu erfinden, als homosexuell zu konstruieren, die es – im doppelten Wortsinn – nicht gewesen sein soll:

> Sie sind „oft gefordert, trotz offensichtlicher Fakten detailreich zu beweisen, dass die Betreffenden tatsächlich ein lesbisches (und damit ein meist zwingend sexuell gedachtes) Verhältnis verband. Die impliziten Beweiswünsche gehen bisweilen so weit, dass ein genitaler Kontakt in

20 Historische Selbstbezeichnungen von lesbischen Trans* sind noch ungeklärt: Eine der interessantesten Personen in diesem Zusammenhang ist die lesbische Subkultur-Aktivistin Lotte Hahm (1890-1967), die 1929 auch die Transvestitenvereinigung D'Eon gründete.

21 Aus einer Wir/Ihr-Konstruktion wird das gänzlich Andere konstruiert, negativ bewertet und betont; die Zuschreibungen werden vom Gegenüber verinnerlicht. Z.B. ida-nrw.de/glossar/?qlChar=O (Abruf 9.6.2014).

22 Quellenproblematik vgl. Leidinger: Tochter, S. 18-20.

23 Ebd., S. 16. Ein Beispiel hierfür ist die im Übrigen hervorragende Biografie über Anita Augspurg (1857-1943), die mit Lida Gustava Heymann (1868-1943) bis zum Tod beider mindestens 36 Jahre in inniger Beziehung zusammenlebte. Beide äußerten sich jedoch nicht explizit dazu, auch die Biografin nicht. Vgl. Kinnebrock, Susanne: Anita Augspurg (1857-1943). Herbolzheim 2005, S. 73; 227f. Zur Leugnung lesbischer Beziehungen vgl. Lesbian History Group: Einführung, insb. S. 7-9; 15f.

> irgendeiner Weise belegt werden soll, um wissenschaftlich zweifelsfrei und ohne Ehrenrührigkeit das – damit offenkundig weiterhin anrüchige – Etikett ‚lesbisch' vergeben zu dürfen. Nicht zuletzt das verbreitete Übersehen, Verschweigen oder Ausblenden lesbischer Existenz verlangt hier einen ‚hohe[n] Grad an Gewißheit', um Frauenliebe in der Forschung zu benennen."[24]

Ähnlich heißt es in der aktuellen Forschungsdebatte, man wolle sich „nicht anmaßen", Frauen um 1900 als homosexuell zu bezeichnen.[25] Vergleichbare Aussagen über Unterstellungen von Heterosexualität liegen unseres Wissens nicht vor. Bei entsprechenden Wohn- und Lebenskonstellationen von Frauen und Männern

> „wird nicht auf die Möglichkeit eines verwandtschaftlichen, freundschaftlichen, vorübergehenden, haushälterischen oder aus irgendeiner Not geborenen Verhältnisses verwiesen. Dabei ist auch hier Sensibilität für andere mögliche Konstellationen angebracht und erkenntnisreich, offenbart doch der Blick auf heterosexuell genannte Beziehungen bei näherem und interessiertem Hinsehen Probleme mit solchen Vorannahmen. [...] Etwaige Bisexualität sowie unterschiedliche Hochzeits- und Familiengründungsmotive bleiben in den Überlegungen ausgeklammert."[26]

Des Weiteren fehlt eine kritische methodologische Reflexion der als Erkenntnisprämissen und gleichsam als Leitbilder gesetzten Unveränderbarkeit sexueller Orientierung in Lebensläufen sowie der Relevanz von Sexualität in (homo-) sexuellen Beziehungen:

> Denn „eine Konzentration auf Sexualität und die Konstruktion von ‚lesbisch' als zwingend sexuell [lässt] außer Acht, unter welchen Umständen und wie Sexualität für Frauen historisch (und zudem individuell) jeweils denk- und lebbar war und ist.[27] [...] In der politischen wie akademischen Auseinandersetzung gibt es allerdings durchaus Definitionen ‚lesbischer Existenz', die nicht zwingend ein sexuelles Begehren einschließen. Solche Überlegungen eines umfassenderen Begriffs ‚des Lesbischen' reflektieren die Möglichkeit, dass sich die Liebe zwischen Frauen in der […] Geschichte auch aufgrund der Bedingungen für manche nicht sexuell äußern konnte, selbst wenn dies vielleicht ‚gewünscht' war. Um der Bedeutung der Liebe zwischen Frauen und dem ‚lesbian-like' historisch näherzukommen, bedarf es offenkundig anderer bzw. zusätzlicher Kriterien, die als ‚Merkmale' eine besondere Wertschätzung von Frauen in Frauenbeziehungen historisch aufspüren lassen."[28]

24 Leidinger: Tochter, S. 16.

25 Wischermann: Frauenwahlrecht.

26 Leidinger: Tochter, S. 16.

27 Beispiele u. a. von einer über 70 (!) Jahre währenden expliziten Liebesbeziehung, die vom Etikett „lesbisch" abgegrenzt wird, vgl. ebd., S. 17f.

Für das Portal nutzen wir das Label *Lesbengeschichte* als eine *politische* Klammer nicht-heterosexueller Erfahrungen und persönlicher, teils politischer Lebensweisen von Frauen und Passing Women[29]/Trans* in der Geschichte. Dies erscheint uns so lange geboten, wie die Geschichtsrekonstruktionen des Mainstreams – oft auch feministischer und/oder linker Historiografie – implizit oder explizit weiterhin unterstellen, alle Frauen und Trans* in der Geschichte hätten heterosexuell gelebt.

In unseren Überlegungen orientieren wir uns für eine theoretische Einbettung des Selbstverständnisses des Portals an der Theoretisierung des „lesbian-like" von Judith M. Bennett, einer Bindestrichkonstruktion, die Lesben auch in der Geschichte sichtbar macht und gleichzeitig die Kategorie *Lesbe* in ihrer möglichen Festgefügtheit destabilisiert. Mit Instabilitäten soll gespielt und von ihnen gelernt werden. *Lesbian-like* betont die Aktivität und nicht die Identität, die Lebensweisen, nicht die Personen. Da *lesbian-like* sich nicht str/eng auf Sexualität bezieht, sondern auch Verhalten („behavior"), Zuneigung („affection") und „singleness" als *lesbian-like* interpretierbar sind, kann insbesondere Frauen- und Geschlechtergeschichte mit dieser „Schocktherapie" in Perspektive und Erkenntnissen reformiert und Lesbengeschichte bereichert werden.[30] Denn viele Forschungsergebnisse könnten im Blick von *lesbian-like* ein neues, aus heterosexueller Perspektive vielleicht schockierendes Licht auf Denken, Handeln oder Lebensentwürfe von Frauen* werfen, deren Nähe oder Ähnlichkeit zu ‚Lesbischem' verdeutlichen und damit auch nicht-heteronormative Gegenbewegungen wissenschaftlich und geschichtspolitisch sichtbar machen.

28 Ebd., S. 17f. Vgl. Schnurrenberger, Regula: Freundinnen und Gefährtinnen. Annäherungen an das Phänomen ‚Frauenpaare um 1900'. In: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte Nr. 48, 2005, S. 50-57; hier: S. 51; 54f.

29 Unerkannt als Cis-Männer (geburtszugewiesenes Geschlecht) lebende Frauen.

30 Bennett, Judith M.: „Lesbian-Like" and Social History of Lesbianism. In: Journal of the History of Sexuality Nr. 1/2, 2000, S. 1-24; hier: insb. S. 11f.; 13f.; 16f.; 24, Übers. ib/cl. Übersetzt: „Lesben-ähnlich" [„ähnlich einer Lesbe"].

II. Das Lesbengeschichtsportal lesbengeschichte.de/.org

Website-Struktur und inhaltliche Schwerpunkte

Auf der Startseite des Lesbengeschichtsportals wird per Animation eine Auswahl verschiedener (Selbst-/Fremd-)Bezeichnungen von Lesben präsentiert, die gleichermaßen die Vielfalt der Benennungen wie ihre Historizität illustriert. Die mit diesen Bezeichnungen verbundenen Debatten in der Forschung zeigen nur *einen* bislang re-/dekonstruierten Ausschnitt deutschsprachiger *lesbian herstory*.

Menüpunkt Biografische Skizzen – oder: über die Sinnstiftung von Mikroperspektiven

Der Fokus des Online-Projekts, das aus einer Info-Website über eine Bonner Veranstaltungsreihe zu Johanna Elberskirchen entstand, richtet sich – resultierend aus unseren Interessen und Forschungsarbeiten – auf Lesbengeschichte einerseits und Lesben*film*geschichte andererseits. Zum Portalstart standen *biografische Skizzen*[31] lesbischer Frauen sowie historische Informationen zur Homosexuellengeschichte zum Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts im Vordergrund, geografisch auf Deutschland und die Schweiz bezogen. Inzwischen sind es rund 50 Porträts, darunter auch einzelne von Trans* wie Bertha, ab 1920 Berthold Buttgereit (1891-mind. 1984), sowie Forschungssplitter zu Persönlichkeiten der Subkultur. Neues Wissen über die Personen kann aufgrund der angestrebten Gleichheit zwischen deutschsprachigen Texten und deren Übersetzungen nicht in die bestehenden Beiträge eingearbeitet werden. Stattdessen verweisen wir mit aktuellen bibliografischen Angaben und/oder externen Links auf neuere Volltexte.

Die *biografischen Skizzen* haben einen zentralen Hintergrund und ein ebensolches Ziel, könnten aber als individualistischer Blick auf Geschichte missverstanden werden: Die anhaltende Unsichtbarkeit lesbischer Frauen und Trans* erfordert eine Archivierung von *lesbian-like* lebenden und/oder engagierten Personen, um sie als Subjekte von Geschichte einzuschreiben und öffentlich zu machen. Insofern teilen wir entsprechende Kritik von linker Seite nicht, die (dekonstruktivistischer) Mikrogeschichte und Mikroperspektiven jeden politischen „Nutzwert" und neue Erkenntnis abspricht, da diese nicht helfen würden, „die Welt [zu] verstehen".[32] Dies gilt im Übrigen nicht nur für „lesbian-like", sondern auch für die Geschichte anderer marginalisierter sozialer Gruppen wie People of Color, Migrant_innen, Menschen mit Behinderungen sowie unorganisierter Arbeiter_innen und Bäuer_innen. Je nach Quellenlage

31 Zum Start 2005 wurden 17 Einzel-, Doppel- bzw. Dreierporträts online publiziert.

32 AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik. In: ak Sonderbeilage Winter 2013 (Reprint 2012), S. 5-7; hier: S. 6.

und Forschungsstand kann und muss genau diese Mikroorientierung der *erste* und zumeist auch ‚zweite' Ansatzpunkt sein. Implizit lässt sich mit einer mikrogeschichtlichen lesbenhistorischen Perspektive aufzeigen, wie heteronormative Geschichtsschreibung nicht nur Lücken produziert, sondern wie sich Heteronormativität und Heterosexismus immer wieder historisch und aktuell reproduziert. In den nächsten Schritten ist (genauer) zu untersuchen, wie historische Gesellschaften durch normative Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit hergestellt und „wie darüber ökonomische, politische, kulturelle und soziale Ressourcen verteilt werden", außerdem wie Verhältnisse „durch den Einsatz von (Hetero-)Sexualität stabilisiert oder durchgesetzt werden".[33] Wie diese Wissensbildungen in konkrete Praxen von Geschichtspolitik einzubauen sind, muss noch erarbeitet werden.

Nicht nur im Rahmen des Online-Portals möchten wir insbesondere die drei bereits erwähnten Frauen* hervorheben, die sehr früh homosexuellenemanzipatorische Sachtexte publizierten und – so der bisherige Forschungsstand – damit *weltweit* einzigartig sind: Johanna Elberskirchen[34] und Theo Anna Sprüngli alias Anna (Th.) Rüling, die beide offen lesbisch waren, sowie Emma Trosse, später verheiratete Külz. Letztere lebte anfänglich frauenbezogen, heiratete und hatte ein Kind; über ihre sexuelle(n) Orientierung(en) können bislang nur Mutmaßungen angestellt werden. Diese drei Publizistinnen sind nicht nur für den deutschsprachigen Raum von besonderer historischer Bedeutung, sondern stehen zumindest für Europa und den anglo-amerikanischen Raum für allgemein homosexuelle und speziell lesbische Emanzipation im Kontext von Sexualreform und Sexualwissenschaft sowie von gesellschaftlichen Entwicklungen um 1900.[35] Die sexologische Konstruktion einer ‚homosexuellen Persönlichkeit', die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts vor allem in Deutschland und Großbritannien entwickelte,[36] verbreitete sich in vielen

33 Vgl. z.B. Genschel, Corinna: Queer Theory und Queer Politics. In: Dennert, Gabriele/Leidinger, Christiane/Rauchut, Franziska (Hrsg.): In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben. Unter Mitarbeit von Stefanie Soine. Berlin 2007, S. 336-339; hier: S. 336f.

34 Gedenkorte im öffentlichen Raum: Geburtshaus in Bonn, Friedhof Rüdersdorf bei Berlin.

35 Weder in der Globalgeschichte zu Frauenliebe „Sapphistries" von Rupp (2009) noch in anderen neueren Studien wie „Intimate friends" von Vicinus (2004) oder „A Lesbian History of Britain" von Jennings (2007) finden sich bislang vergleichbare Beiträge .

36 Vgl. Foucault 1991 [Orig. 1976; dt. 1983]; Hacker 1987; 1996; 1997; Leidinger 2008; Micheler 2005; Schmersahl 1998: vollständige Angaben unter lesbengeschichte.org/material_literatur_d.html#Anchor-14210. Chauncey, George: From Sexual Inversion to Homosexuality: The Changing Medical Conceptualization

anderen Ländern, vermutlich vor allem in denen des globalen Nordens. In diese Diskurse intervenierten die drei Vorkämpferinnen Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts. Damit konnten sie in-/direkt Selbstverständniskonzepte, politische Diskussionen und die zumeist individuellen Kämpfe, aber auch die frühen kollektiven Organisierungen von Lesben und/oder Trans* (und Schwulen), Bisexuellen sowie solidarisch Heterosexuellen aus verschiedensten Regionen und Ländern potenziell beeinflussen.

Da die Hauptperspektive des Portals auf *lesbian-like* liegt, sind die online gestellten Porträts selbstredend nicht an linkspolitische Sympathien der Personen, Positionierungen und/oder entsprechendes Engagement gebunden. Die auf dem Portal bislang gewürdigten, bedeutsamen linken Lesben und bisexuellen Frauen*, die *lesbian-like* gelebt haben, sind zum Beispiel die bereits erwähnte Sozialdemokratin Johanna Elberskirchen, die Gewerkschafterin Johanna Moosdorf (1911-2000), die Kommunistinnen Elisabeth Leithäuser (1914-2004), Mentona Moser (1874-1971) sowie Hilde Radusch (1903-1994)[37], die auch im *Roten Frauen- und Mädchenbund*[38] aktiv gewesen ist.

Weitere Menüpunkte und Mythenbildungen

Über die *biografischen Skizzen* zu einzelnen Frauen/Trans*, die frauenbezogen lebten und/oder lesben-/schwulenpolitisch aktiv bzw. wichtig waren, die Menüpunkte *Bildergalerie, erinnern & gedenken* (Gedenktafeln, Dokumentation von Gedenkfeiern) sowie *Material* hinaus (u. a. Chroniken, Literaturlisten, Download-Center) wurden die deutschsprachigen Seiten des Portals um Inhalte zu *Politik & Subkultur*, zu *Regionalgeschichte* (u. a. Ausflugstipps), um *Zitate* sowie um ein *Archiv* der Website und eine *Sitemap* zum schnelleren Navigieren erweitert.

Die Aufnahme des Bereichs *Nationalsozialismus* im Jahr 2009 hatte zentral den Hintergrund, lesbischer (und schwuler) Mythenbildung hinsichtlich der Verfolgungssituation lesbischer Frauen entgegen zu wirken: Die Vorstellung, Lesben seien systematisch in KZs interniert worden, hält sich ebenso hartnäckig wie die von schwuler (und heterosexueller?) Seite vertretene Ansicht, Lesben seien in keiner Weise verfolgt worden. Auf dem Portal werden die diesbezüglich

of Female ‚Deviance'. In: Peiss, Kathy/Simmons, Christina/Padgug, Robert A. (ed.): Passion and Power. Sexuality in History. Philadelphia 1989 (Reprint 1982/1983), S. 87-117. Müller, Klaus: Sprachregelungen – Die Codierung des ‚Homosexuellen' in der Sexualpathologie des 19. Jahrhunderts. In: Forum Homosexualität und Literatur Nr. 4, 1988, S. 75-92. Leidinger 2013: Transgressionen.

37 Gedenkort im öffentlichen Raum: in der Nähe der letzten Wohnung in Berlin-Schöneberg.

38 Ab 1925 Frauenabteilung des Roten Frontkämpferbunds der KPD.

bestehenden eklatanten Forschungslücken[39] und zentralen bisherigen Erkenntnisse zusammengefasst sowie Essays und kleinere Forschungsarbeiten im Volltext zur Verfügung gestellt, um eine differenzierte Sicht zu ermöglichen. Neben den Hinweisen auf Erinnerungsorte wie Stolpersteine werden geschichtspolitische Debatten (Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin) ebenso dokumentiert wie Diskussionen um den Spielfilm „Aimée & Jaguar".[40] Von den Inhalten dieser Menüpunkte führen zahlreiche interne Links zum zweiten Schwerpunkt des Portals – *Lesben & Film*, der die Geschichte von frauenliebenden Frauen, das *lesbian-like* in deutschsprachigen Spielfilm(ko)produktionen beleuchtet. Die Website bietet seit Bestehen eine Lesbenfilmchronik, eine Filmliste sowie Statistiken zur Quantität des *lesbian-like* im Film. Bislang lag noch keine (derart) umfassende Auflistung von zurzeit mehr als 430 deutschsprachigen Spielfilmen vor, die die dargestellte explizite oder implizite Anziehung zwischen Frauen berücksichtigt.[41] Jede entsprechend so gelesene Erwähnung, jede filmische Andeutung einer Anziehung oder von (unerwidertem) Begehren zwischen Frauen wurde in der Filmliste aufgenommen, die damit auch als Online-Nachschlagewerk fungiert. Ebenso werden seit einigen Jahren Hinweise und Inszenierungen von Passing Women und Trans* eingepflegt. Neben dieser Filmliste[42] untersucht die Abhandlung *Lesbische Spuren im Film* exemplarische Filmproduktionen von 1911 bis 2005 (Start des Online-Portals). Statistiken zu frauenliebenden Frauen im Spielfilm sind bisher ebenfalls noch nicht in dieser grundlegenden Weise veröffentlicht worden. Eine der Statistiken ermöglicht zum Beispiel die Einordnung der deutschsprachigen (Ko-)Produktionen in die internationale (lesbisch konnotierte) Spielfilmproduktion. Neben den regelmäßigen Aktualisierungen kam als Erweiterung eine Auflistung von *lesbian-like* und Trans* Filmdokumentationen sowie Talkshows

39 Forschungsvorschlag: Boxhammer, Ingeborg/Leidinger, Christiane: Sexismus, Heteronormativität und (staatliche) Öffentlichkeit im Nationalsozialismus. Eine queer-feministische Forschungsperspektive auf die Verfolgung von Lesben und/oder Trans* in (straf-)rechtlichen Kontexten. In: Schwartz, Michael (Hrsg.): Homosexuelle im Nationalsozialismus: Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945. Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 18. Institut für Zeitgeschichte München. München/Wien 2014, S. 93-100.

40 Regie + Drehbuch: Max Färberböck (1997), nach dem gleichnamigen Sachbuch von Erica Fischer (1994).

41 Zentrale deutschsprachige Veröffentlichungen zu Lesben im Spielfilm: Hetze 1986; Kreische 1992; Sobek 2000; Schock/Kay 2003; Schmidt 2005; Boxhammer 2007. Vollständige Angaben: http://www.lesbengeschichte.de/material_literatur_d.html#Anchor-Literatu-50791.

42 Die Listen sind mit Tabellenübersichten versehen, in denen einzelne Produktionsjahre auswählbar sind.

und Mini-Features hinzu, die ebenfalls kontinuierlich weitergeführt wird und keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Der Menüpunkt *Aktuelles* bündelt verschiedene Informationen: aktuelle politische Diskussionsbeiträge wie z.B. offene Briefe aus den Bereichen historische Bildung und Forschung sowie zu Geschichts- und Erinnerungspolitik, Buchhinweise, Termine zur Lesben(film)geschichte, Forschungssplitter sowie die Rubrik „Neu auf der Website". Darüber hinaus bietet eine ausführliche Sammlung von geschichts(wissenschafts)bezogenen sowie filmbezogenen *Links* weitere Infos und Einstiegsmöglichkeiten für die virtuelle Recherche, Reise oder die Lektüre von Volltexten. Das *Forum* ermöglicht Diskussionen und findet sich wie die Kurzbiografien von einigen Mitarbeiter_innen des Portals unter dem Menüpunkt *Impressum.* 2005 startete das Portal mit vier Autorinnen: u. a. Claudia Schoppmann (Berlin) und Regula Schnurrenberger (1953-2005) (Zürich).[43] Inzwischen sind es 16 AutorInnen, die gewonnen werden konnten.

Zugänglichkeit, Gestaltung und Übersetzungen

Obwohl ein wichtiges politisches Anliegen und auch ursprünglich als allgemein zugänglich geplant, ist *lesbengeschichte.de/.org* leider nicht grundlegend barrierearm, da wir keine Web-Designerin gefunden haben, die dies für eine derart komplexe Website (derzeit rund 1.000 Unterseiten) programmieren und es sich gleichzeitig leisten kann, dies ohne angemessene Bezahlung zu tun. 2012 wurden die deutschsprachigen und 2014 die englischsprachigen Seiten von Frames auf *CSS* (*Cascading Style Sheets*) umgestellt (die anderen Sprachen werden sukzessive folgen), sodass eine bessere, aber keineswegs optimale Zugänglichkeit gewährleistet ist. Desgleichen bemühen wir uns um Kompatibilität mit Smartphone und Tablet.

Uns ist es wichtig, speziell den Lesenden, die ohnehin strukturell von konventionell gedrucktem Wissen ausgegrenzt werden, einen Zugang zu den Online-Texten zu ermöglichen, weshalb wir das Ziel der diesbezüglichen Barriere‚freiheit' weiter verfolgen. Für seh-eingeschränkte und blinde Leser_innen bieten wir seit dem Portalstart auf Anfrage an, deutschsprachige, englische und spanische Seiten als Text-Dateien und/oder als Audiodateien aufzunehmen und zu verschicken. Ein Zoomen der Beiträge ist in grafikbasierten, also fast allen Browsern möglich.

Um die Texte nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Bedeutsamkeit der Sexualwissenschaft und ihrer Akteur_innen in Deutschland möglichst breit zugänglich und damit auch diskutierbar zu machen, sorg(t)en wir für Übersetzungen: In den zehn Jahren des Bestehens haben sich 35 FrauenLesben und

43 Regula Schnurrenberger starb vor dem offiziellen Start des Portals. Nünlist, Esther: Aus Lust an der Sache. Regula Schnurrenberger (1953-2005). Zum Tod der feministischen Wissenschaftlerin und Archivarin. In: Wochenzeitung 8.12.2005.

ein Mann gefunden, die Beiträge für das Portal – solidarisch unentgeltlich – in bisher zehn Sprachen übersetzten: ins Englische, Spanische, Französische, Niederländische, Russische, Finnische, Türkische, Portugiesische, Rumänische und Slowakische.[44] Prinzipiell ist die Website für alle Sprachen offen und startet eine neue Unterseite auch mit einzelnen Texten.

Für die ‚Korrektheit' der auf dem Portal eingestellten Artikel und Übersetzungen verbürgen sich die jeweiligen Autor_innen. Wir lesen die eingehenden oder angefragten Texte, klären, ob sie inhaltlich und strukturell auf die Seite passen, und entscheiden dann – nach unseren Zielen und Kompetenzen – über ihre Aufnahme. Falls nötig lektorieren wir die Beiträge, die uns grundsätzlich von Personen aller Geschlechter und unabhängig von (aktuellen) sexuellen Identitäten/Orientierungen eingesandt werden können. Bei den Übersetzungen bemühen wir uns, um allfällige Korrekturen von Muttersprachler_innen.

Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbreitung und Lizensierung

Das Portal *lesbengeschichte.de/.org* ist ein privates, unabhängiges, nicht-kommerzielles no-budget Projekt. Das Design von Nika Schwab (pro-me-dia.de) und die Programmierung der Seiten sowie die Providerkosten wurden durch Spenden von 13 Bonnerinnen und Kölnerinnen in Höhe von € 550,- zumindest in kleinen Teilen finanziert, ebenso wurde die CSS-Umstellung über Spenden mit € 200,- unterstützt. Seit Herbst 2011 bewerben wir das Portal mit einer (durch Privatspenden realisierten) deutschsprachigen Postkarte, seit August 2014 auch in einer englischsprachigen Auflage, außerdem bei Veranstaltungen und Großevents, etwa 2014 mit einem Info-Stand beim *Lesbenfrühlingstreffen (LFT)* in Berlin.

Lesbengeschichte.de/.org richtet sich an alle, die sich für (Lesben-)Geschichte interessieren. Dabei versteht sich das Portal auch als Beitrag zu *open access/open content* – also frei zugänglichen, kostenlosen, teilweise weiter verbreitbaren Volltexten.[45] Bei den Portal-Publikationen handelt es sich um Originalbeiträge und um Zweitverwertungen. Die Resultate der Spurensuche und Forschungsergebnisse von *lesbian-like* Geschichte sollen weitergetragen und diskutierbar gemacht werden und dabei kostenfrei zugänglich sein. Ein kleiner Teil der Texte und Fotos wurde unter die „Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0 Germany License"[46] gestellt, um deren Verbreitung

44 Reihenfolge nach Anzahl der in diese Sprache übersetzten Texte.

45 Zu open content und access vgl. Leidinger, Christiane/Boxhammer, Ingeborg: Open access von „Lesbian-like" herstory. Lesbengeschichte.de – mehrsprachiges Online-Projekt. Ende 2005 aufgeschaltet. In: Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten 2005. 7. Jg. Hamburg 2006, S. 119-128; hier: S. 126f.

46 Namensnennung-Nichtkommerziell-Weitergabe unter gleichen Bedingungen/ Attribution Non-Commercial-Share Alike), http://creativecommons.org; http://

zu vereinfachen.[47] Wichtig – nicht zuletzt, um online nebenbei auf die Seite aufmerksam zu werden – sind zahlreiche externe Verknüpfungen, die auf das Portal verweisen.[48]

III. Perspektiven des Lesbengeschichtsportals

Das Lesbengeschichtsportal ist zum Lesen/Sehen/Hören und Mitmachen gedacht. Wir freuen uns über den noch so kleinsten *lesbian-like* Hinweis aus Recherchen und Forschungsarbeiten anderer, über Texte – kurze und lange –, über Zitate, Fragen, Literaturlisten, Übersetzungen und auch über Spenden.[49] Diejenigen, die die Seiten mit Blick auf Barrierefreiheit für blinde Personen oder solche mit Seheinschränkungen überarbeiten könnten, nehmen bitte mit uns Kontakt[50] auf.

Das Portal kann und soll auch zukünftig thematisch erweitert werden, gleichwohl die inzwischen komplexe Struktur selbst Grenzen aufgezeigt hat. Es sind angedacht: einführende Texte zu Frauengeschichte, eine gezielte Suche nach historischen Trans* für Porträts sowie eine Vertiefung der Analyse des Verhältnisses von lesbischen Frauen und/oder Trans* beispielsweise in der Subkultur und bezüglich Fragen von Identität. Das Verhältnis oder besser *die* Verhältnisse von Linken und Lesben/„Lesbian-like" sind historisch nach wie vor nicht ausgelotet.[51] Ebenso wünschenswert sind Metadiskussionen über Erinnerungs- und Gedenkpolitik.

Nach zehn Jahren online lässt sich konstatieren, dass das Lesbengeschichtsportal, vor allem der Filmbereich, sich sehr regen Interesses erfreut. Demgegenüber ist der Geschichtsteil eher als Vorgruppe zu sehen, die gleichsam noch auf ihren Durchbruch wartet. Überrascht haben uns die tatsächlich internationalen Seitenaufrufe aus vielen Teilen der Welt. Dennoch: Gerade das Mit-mach-Potential wird zu wenig genutzt, weitere Aktive vermisst; eine bedauerliche Situation, die wir mit anderen historischen Portalen und Blogs teilen. Anders als bei vielen Linken – und damit auch bei linken und linksradikalen Lesben – stehen historische Traditionsbildungen zu *lesbian-like* nicht oben auf der Agenda. Das Geschichtsinteresse muss offenbar erst noch geweckt werden, gerade bei jungen lesbischen Frauen und/oder Trans*.[52]

de.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons (Abruf 21.4.2014).

47 Z.B. TheNosyRosie: johanna elberskirchen - eine bedeutende lesbe der geschichte. Youtube-Videoclip 2010.

48 So sind zurzeit 25 deutsch-, 10 spanisch-, 4 englisch-, 3 serbokroatisch-, 1 italienisch- und 1 slowakischsprachiger Wikipedia-Artikel sowie Portale mit lesbischem Zielpublikum mit der Website verlinkt.

49 Spenden u. a. für Providerkosten und technische Überarbeitung des Portals: Ingeborg Boxhammer, Stichwort Lesbengeschichte, Sparkasse KölnBonn Kontonr. 300 933 579, BLZ 370 501 98, IBAN: DE66370501980300933579 BIC: COLSDE33XXX.

50 Kontakt: info@lesbengeschichte.de oder .org.

51 Die unseres Wissens einzige Monografie zum Thema: Eissler, W. U.: Arbeiterparteien und Homosexuellenfrage. Zur Sexualpolitik von SPD und KPD in der Weimarer Republik. Berlin 1980.

52 Vielleicht bedarf es dafür auch anderer Formate, ob online oder offline, die erst noch entwickelt werden müssten.

Chris Rotmund

Offenes Gedenken und staatliche Erinnerung. Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Einleitung

Im ersten Teil dieses Artikels wird die Geschichte des Konzentrationslagers Uckermark kurz vorgestellt. Dabei ist immer auch wichtig, sich die Kontinuitäten von 1945 bis heute anzuschauen, deswegen gibt es dazu ein eigenes Kapitel. Danach geht es um die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V. Die Kritik an der Tagung *History is unwritten* wird im Anschluss ausformuliert, dann geht es um die Kritik am staatlichen Gedenken und die Vorstellung des Konzepts „Offenes Gedenken" der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Das ehemalige Jugendkonzentrations- und spätere Vernichtungslager Uckermark

Es gab in der Zeit des Nationalsozialismus zwei Jugend-Konzentrationslager, eins für Jungen und junge Männer in Moringen bei Göttingen und das Jugend-Konzentrationslager Uckermark für Mädchen und junge Frauen. Das Gelände dieses Lagers liegt ca. 90 km nordöstlich von Berlin, nur ca. 2 km vom ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Außerdem gab es in Lódz noch ein Konzentrationslager für Kinder und Jugendliche, dieses wurde von den Nazis „Polenjugendverwahrlager Litzmannstadt" genannt. Anfang 1942 wurde mit der Errichtung des Konzentrationslagers Uckermark begonnen. Im Juni wurden die ersten 70 Mädchen und jungen Frauen in das Lager gebracht. Es wurde verharmlosend „Jugendschutzlager" genannt. Tatsächlich war es ein Konzentrationslager und auf verschiedenen Ebenen eng verknüpft mit dem daneben liegenden Frauenkonzentrationslager. So mussten die Mädchen und jungen Frauen zum Beispiel die ersten Tage und Wochen im sogenannten „Aufnahmeblock" des Frauenkonzentrationslagers verbringen und die Einweisungsprozedur über sich ergehen lassen. Sie mussten zwangsarbeiten, bekamen die gleiche Kost wie die Frauen in Ravensbrück, waren also unterernährt. Es gab ein rigides Bestrafungssystem und ein Teil der Strafen wurden im Bunker in Ravensbrück durchgeführt. Insgesamt wurden im Konzentrationslager Uckermark 1000 bis 1200 Mädchen und junge Frauen gefangen gehalten. Die Haftzeit war grundsätzlich nicht begrenzt. Aufgrund fehlender Dokumente lässt sich über die Zahl der Todesfälle im Lager keine Aussage machen. Ehemalige Häftlinge berichten aber von Erschießungen auf der Flucht und von Vergiftungen. Geplant war das Jugend-Konzentrationslager Uckermark für 16- bis 21-Jährige. Mindestens ein Mädchen war erst 10 und einige andere 15 Jahre alt.[1]

Die Inhaftierungsgründe

Hauptsächlicher Grund war die Verfolgung von sogenannten „Asozialen". In diese Kategorie wurden gemäß der nationalsozialistischen Ideologie unter anderem eingestuft: Wohnungslose, Bettler_innen, Wanderarbeiter_innen, Sexarbeiter_innen, Menschen mit nicht angepassten Familienverhältnissen (zum Beispiel nicht verheiratete Eltern) und Menschen, die ihre Arbeits- oder Dienstpflicht verweigerten – diese wurden „arbeitsscheu" genannt.

Die sogenannte „sexuelle Verwahrlosung" war ein spezifisch weiblicher Haftgrund. Mädchen und Frauen, die sich anders verhielten, als es die Norm der NationalsozialistInnen[2] vorsah, wurden so verfolgt. Zum Beispiel, wenn sie zu Tanzveranstaltungen gingen oder (sexuellen) Kontakt zu Jungen hatten. Wie willkürlich dies aber von den Nazis verfolgt wurde, lässt sich an einem Beispiel aufzeigen: M. lebte auf einem Bauernhof, auf dem auch ein polnischer Zwangsarbeiter arbeiten musste. Sie verstand sich sehr gut mit dem jungen Mann, sie machten Spaziergänge und unterhielten sich, M. war 15 Jahre alt. Der Kontakt zu von den Nazis „fremdvölkisch" genannten Zwangsarbeitern war allerdings verboten. M. wurde von der Gestapo verhaftet. In einem Verhör wurde ihr von dem Gestapo-Beamten vorgeworfen, sie hätte mit dem polnischen Mann Geschlechtsverkehr gehabt. Sie musste ein Protokoll unterschreiben, in dem sie alles gestand, obwohl sie damals selbst gar nicht wusste, was Geschlechtsverkehr ist. Sie wurde verhaftet und in das Konzentrationslager Uckermark deportiert.

Ebenfalls von Inhaftierung bedroht waren Kinder von alkoholabhängigen Eltern. Nicht nur einzelne, sondern ganze Gruppen oder Familien konnten als „asozial" eingestuft werden, wenn z.B. ein Mitglied straffällig geworden war oder Alkoholprobleme hatte. Es gab auch Sippenhaft, zum Beispiel für Kinder, deren Eltern im politischen Widerstand waren.

Sinti und Roma und andere als „Zigeuner" bezeichnete Menschen wurden auch als „asozial" kategorisiert und verfolgt, und zwar aus rassistischen Motiven heraus. Ein Netz von WissenschaftlerInnen, Sozial- und GesundheitsbeamtInnen, Polizei, Justiz und FürsorgerInnen konnte nach ihrem Ermessen die

1 Siehe Limbächer, Katja / Merten, Maike / Pfefferle, Bettina (Hg.) Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart, Münster 2005.

2 Ich verwende den Gender_gap nicht für Nazis, da es in deren Selbstverständnis keine weiteren Geschlechter, sondern nur Männer und Frauen gibt. Für Nazis und TäterInnen verwende ich das Binnen-I.

nach NS-Ideologie für die „Volksgemeinschaft Unbrauchbaren“ erfassen und klassifizieren.

Viele Jugendliche, die in Moringen und Uckermark inhaftiert wurden, waren Swingkids – so nannten sich Jugendliche, die verbotenerweise Musik aus Amerika und England hörten und dazu tanzten. Sie hielten sich nicht an die Kleidernormen der Nazis (Jungen hatten zum Beispiel längere Haare), die meisten verweigerten den Dienst in der Hitler-Jugend beziehungsweise im Bund deutscher Mädel (BDM).

Die Festlegung der Einweisungsgründe folgte zwar der nationalsozialistischen Ideologie vom „gesunden Volkskörper“, war aber immer wieder individuell willkürlich, wie ich gerade am Beispiel von M. beschrieben habe, und hing vom Ermessen der FürsorgerInnen, PolizeibeamtInnen oder GutachterInnen ab.

(Über-)Lebensbedingungen im Lager

Eine der härtesten Bedingungen im Konzentrationslager Uckermark war, dass im gesamten Lager für die Mädchen ein absolutes 24-stündiges Redeverbot bestand. Diese Tatsache taucht bisher in vielen Berichten von Überlebenden auf und weist darauf hin, wie bedeutsam diese Schikanierung für die Mädchen und jungen Frauen war.[3] Eine Überlebende beschreibt sich und die anderen als „wie Stumme“. Diese besondere, zusätzliche Schikane gab es – soweit bekannt – in keinem anderen Konzentrationslager. Der Alltag der Mädchen war geprägt vom ständigen Kampf ums Überleben. Wie in anderen Konzentrationslagern herrschte auch hier massive Unterernährung und die Mädchen litten ständig Hunger. Aufgrund der Auszehrung blieben ihre Monatsblutungen aus.

Zwangsarbeit

Alle Mädchen und jungen Frauen mussten Zwangsarbeit leisten. Durch die enge Verbindung zum Frauenkonzentrationslager Ravensbrück wurden sie auch in den Arbeitskommandos des Frauenlagers eingesetzt, wie zum Beispiel in der Schneiderei. Darüber hinaus verrichteten die Mädchen und jungen Frauen schwerste körperliche Arbeit bei der Urbarmachung der umliegenden Sumpf- und Waldgebiete. Außerdem wurden die Mädchen zur Erntehilfe, zum Be- und Entladen von Lastkähnen auf der Havel oder als Dienstbot_innen in SS-Haushalten eingesetzt. Ebenso arbeiteten sie in den Betriebsbaracken des Siemenskonzerns, zunächst in Ravensbrück, später gab es Berichten zufolge eine

3 Bernhard Strebel spricht von Sprechverbot in der Aufnahmebaracke; ehemalige Häftlinge berichteten uns auch von anderen Baracken, in denen sie nicht sprechen durften, sowie in manchen Arbeitskommandos. Vgl. Strebel, Bernhard: Das KZ Ravensbrück, Paderborn 2003, S. 381.

eigene Werkstatt von Siemens für Rüstungsproduktion auf dem Gelände des Konzentrationslagers Uckermark. Sie mussten in der konzentrationslagereigenen Gärtnerei und in der Zucht von Angorakaninchen arbeiten. In weiteren Arbeitskommandos mussten sie SS-Uniformen in Stand halten oder gar Puppen für die Kinder gefallener SS-Soldaten herstellen.

Kriminalbiologie

Nach nationalsozialistischer Ideologie war kriminelles Verhalten beziehungsweise das, was als solches definiert wurde, vererbbar. Zuständig für solcherlei „kriminalbiologische Untersuchungen“ war das Kriminalbiologische Institut der Sicherheitspolizei im nahegelegenen Drögen, geleitet vom Arzt Robert Ritter.

1942 begann Robert Ritter in den sogenannten „Jugendschutzlagern“ sogenannte kriminalbiologische Sichtungen vorzunehmen. Ziel war es, „die Existenz größerer asozialer und krimineller Familien aufzudecken“[4] und darüber hinaus sogenannte Erkenntnisse über die „Früherkennung verbrecherisch veranlagter Menschen“[5] zu gewinnen. In Uckermark wie auch in Moringen entschieden die sogenannten kriminalbiologischen Gesichtspunkte über die Einteilung der Mädchen auf die Blöcke. Hier gab es die folgende Blockaufteilung: einen Beobachtungsblock, wo alle zuerst hinkamen, einen Block für „die pädagogisch hoffnungslosen Fälle“[6], einen mittleren Block und einen höheren, in den sich die sogenannten „Erziehungsfähigen“ [7] hocharbeiten konnten. Mädchen und junge Frauen, die Ritter schon vor der Einweisung als „geistig defekt“ oder „krankhaft entartet“ klassifizierte, wurden direkt in die sogenannten „Heil- und Pflegeanstalten“ eingewiesen. Sie hatten dort aufgrund der Euthanasie-Aktionen kaum Überlebenschancen.

Zwangssterilisationen wurden sowohl in Uckermark als auch in Moringen durchgeführt. Hilde Lažik, ehemalige Gefangene im Jugendkonzentrationslager Uckermark berichtete mir im Jahr 2005 von ihrer Zwangssterilisation.[8]

4 Sachße, Christoph / Tennstedt, Florian: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 272.

5 Ebd.

6 Limbächer, Katja / Merten, Maike / Pfefferle, Bettina (Hg.) Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, S. 26.

7 Ebd.

8 Rotmund, Chris: Fürsorge als Ausgrenzung. Das Konzentrationslager für Mädchen und junge Frauen Uckermark, Diplomarbeit, Hamburg 2006, S. 65. Online abrufbar unter: http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/assets/downloads/2006_rotmund-diplomarbeit.pdf, zuletzt 16. Januar 2015.

Zwischenzeitliche Räumung des Lagers

Im Januar 1945 wurde der größte Teil des Konzentrationslagers Uckermark geräumt und 211 Mädchen (laut Zugangsliste des Frauenkonzentrationslagers) nach Ravensbrück gebracht. Viele der Mädchen und jungen Frauen kamen auch in Zwangsarbeitslager oder zur Zwangsarbeit in SS-Familien. Andere kamen in das Frauenlager nach Bergen-Belsen. Über ihre weiteren Schicksale ist nichts bekannt. Einige wenige Mädchen wurden entlassen.

Circa 40 bis 60 Mädchen blieben unter Bewachung der Lagerleiterin Lotte Toberentz und einiger Aufseherinnen in einem extra abgetrennten Bereich des Lagers. Unter diesen Mädchen und jungen Frauen waren viele slowenische Partisan_innen. Ende April 1945 mussten sie in drei Gruppen unter Bewachung von Aufseherinnen das Lager verlassen. Sie erlebten an unterschiedlichen Orten in der Umgebung ihre Befreiung. Die als „asozial" verfolgten Opfer des Nationalsozialismus gehören bis heute zu den verdrängten Opfern. Sie gehören darüber hinaus zu den Opfergruppen, deren Verfolgung und Diskriminierung nach 1945 nicht endete.

Erst 1970 werden die sogenannten „Jugendschutzlager" Uckermark und Moringen in der BRD als Konzentrationslager anerkannt, zwei Jahre später dann auch in der DDR. Dies war wichtig für ehemalige Häftlinge: Einerseits als Voraussetzung, um überhaupt Anträge auf Entschädigungszahlungen stellen zu können, und andererseits aber auch, weil die Einstufung als Konzentrationslager (und nicht als eine Art Erziehungsanstalt!) eine gewisse gesellschaftliche Anerkennung des von ihnen an diesem Ort erlittenen Unrechts bedeutet.

Späteres Vernichtungslager – Vernichtungsstätte

Die Uckermark-Initiative und die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.[9] hatten sich 2006 entschieden, für den zweiten Teil der Geschichte des Lagers, ab Januar 1945, den Begriff „späteres Vernichtungslager" zu benutzen. Seit einiger Zeit jedoch diskutieren wir in der Initiative den Begriff neu. Die Initiative ist mitten in der Diskussion – deswegen wird hier der Begriff „Vernichtungsstätte" benutzt.

Im Januar 1945 wurde der geräumte Teil des Konzentrationslagers Uckermark zur Vernichtungsstätte für Häftlinge aus Ravensbrück. Den Frauen in Ravensbrück wurde erzählt, dass es ein „besseres" Lager gäbe, in dem alte und kranke Frauen nicht mehr so schwer arbeiten müssten und auch bessere Ernährung erhielten. Die Frauen, die sich für dieses Lager entschieden, erhielten rote Karten. Wenig später begannen zusätzlich systematische Selektionen in dem Ravensbrücker Krankenrevier und in den Krankenblocks.

Die Ravensbrücker Häftlinge belegten sieben Baracken des ehemaligen Konzentrationslager Uckermark. Was die Frauen dort erwartete, schildert die Überlebende Kazimiera Wardzynska so:

> „Schon am nächsten Tag frühmorgens trieb man uns mit dem Ruf „zum Appell" zusammen.(...) Bestürzt stellten wir uns also wieder auf, frierend in der eisigen Winternacht und in Ungewissheit, was uns erwartete. So mussten wir bis Mittag durchhalten. Dann wurde Suppe verteilt, allerdings jeweils nur eine Schüssel für etwa 12-19 Häftlinge. Dementsprechend kalt aßen wir sie auch. Nach dem Mittagessen wurden wir zur Abgabe aller Decken aufgefordert. Die folgende Nacht verbrachten wir nur noch auf den kahlen Strohsäcken ohne jede Bedeckung. Völlig durchgefroren schlossen wir uns eng zusammen, einander gegenseitig wärmend. Vor dem Morgenappell wies man uns an, desgleichen auch unsere Mäntel abzugeben, und nur im Kleid trieb man uns vor die Baracke. Es schneite vom frühen Morgen an, und wir standen da, unbeweglich in Hoffnungslosigkeit, bewacht von schreienden SS-Leuten."[10]

Trotz Hungerrationen und fehlender warmer Kleidung wurden die alten, entkräfteten und kranken Frauen zu körperlich schweren Arbeiten herangezogen: Sie mussten Splittergräben ausheben oder Asche aus dem Krematorium auf die Felder und in die Sandkuhlen verstreuen. Übereinstimmend berichten Überlebende, dass sie täglich in eisiger Kälte stundenlang Appell standen und zwar vormittags und nachmittags mehrere Stunden. Die stundenlangen Appelle waren für die Lagerführerin Ruth Neudeck ein geeigneter Anlass für weitere Torturen, wie sogenannte Strafappelle oder Sauberkeitskontrollen.

Es gab in der Vernichtungsstätte Uckermark dann wiederum Selektionen. Frauen, die von der SS selektiert wurden, kamen in den Block 6. Ende 1944, Anfang 1945 wurde in Ravensbrück eine Gaskammer gebaut. Die Frauen aus Block 6 wurden nachts mit Lastwagen zur Gaskammer in Ravensbrück transportiert. Übereinstimmend hieß Block 6, der ursprünglich eine Turnhalle gewesen war, „Todesblock". Während der abendlichen und nächtlichen Abtransporte war es den übrigen Häftlingen verboten, aus dem Fenster zu sehen. Genauso gefürchtet wie Block 6 war der sogenannte Revierblock in Uckermark mit Vera Salvequart als Blockälteste[11]. Sie vergiftete zusammen mit zwei SS-Sanitätern, Rapp und Köhler, Häftlinge mit „weißen Pulver" – Strychnin. Auf

9 Zur Geschichte der Lagergemeinschaft überlebender Frauen des Konzentrationslagers Ravensbrück vgl. Fischer, Henning: ‚Opfer' als Akteurinnen. Emmy Handke und die Ursprünge der Lagergemeinschaft Ravensbrück, 1945-1949, in: Hawel, Marcus & Herausgeber_innenkollektiv (Hg): WORK IN PROGRESS. WORK ON PROGRESS. Doktorand_innen-Jahrbuch 2014 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2014, S. 101-118.

10 Strebel, Das KZ Ravensbrück, S. 471.

11 Es gab in den Konzentrationslagern Funktionshäftlinge; Blockälteste waren der SS gegenüber verantwortlich für ihren Block.

diese Weise, so schätzten die beiden in die Vernichtungsstätte strafversetzten Stubenältesten[12] Irma Trksak[13] und Kazimiera Wardzynska, starben täglich zwischen 30 und 40 Frauen.

Insgesamt starben in der Vernichtungsstätte Uckermark und in der Gaskammer von Ravensbrück in der Zeit von Januar 1945 bis zur Befreiung im April 1945 ca. 5000 bis 6000 Frauen überwiegend osteuropäischer Herkunft.

Kontinuitäten

Kontinuität bedeutet hier das Fortbestehen von gesellschaftlichen Verhältnissen, die durch die NS-Ideologie geprägt wurden – auch nach 1945.

Sicherlich gab es einen Bruch, nachdem der Krieg für Deutschland verloren war und die Alliierten die Menschen aus den Lagern befreiten, beziehungsweise sie sich teilweise selbst befreiten. Die praktische Umsetzung des Vernichtungsgedankens wurde so zwar gestoppt, doch die Ideologie dahinter lebte in vielen Köpfen weiter. Deswegen ist es wichtig, deutlich zu machen, welche Formen von Verfolgungen und Ausgrenzungen weitergingen. In diesem Abschnitt werden zum einen die Kontinuitäten im Zusammenhang mit staatlicher Repression beschrieben und zum anderen die Kontinuitäten innerhalb der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland.

Wenn sich mit der Geschichte des deutschen Faschismus beschäftigt wird, darf die Beschäftigung nicht 1945 stehenbleiben. Es muss gesehen werden, welche Auswirkungen diese auf das heutige Leben hat – wo gab es Brüche, wo nicht? Dies sollte im persönlichen, familiären und im strukturell-politischen Leben geschehen. Diese beiden Bereiche lassen sich dabei nicht wirklich trennen. Solche Fäden lassen sich weiterspinnen und können zu wichtigen Fragen und manchmal auch Antworten führen. Sie können auch dazu führen, dass sich ehemals Verfolgte heute endlich ernst genommen fühlen, dass sie über ihre Geschichte und ihr heutiges Leben sprechen können – ohne Angst vor erneuter Ausgrenzung. Ein weiterer Aspekt ist die gegenwärtige Situation von ausgegrenzten Menschen.

> „Der Begriff der „Asozialität“ ist nach wie vor gebräuchlich und extrem negativ konnotiert. Die diesen Menschen zugewiesene Stellung liegt am Rande der Gesellschaft, die Urteile über sie sind abwertend. Betroffen von den Mechanismen gesellschaftlicher Ausgrenzung sind jedoch alle, auch diejenigen, die die Mehrheitsgesellschaft darstellen und damit die Definitionsmacht darüber einnehmen, wer „dazu“ gehört und wer nicht.“[14]

12 Stubenälteste bedeutete für einen Raum (Stube) innerhalb eines Blocks, der SS gegenüber verantwortlich zu sein.

13 Irma Trksak, geb. 1917 in Wien, aktiv im tschechischen Widerstand, 1941 verhaftet und nach Ravensbrück verschleppt, musste unter anderem bei der Firma Siemens zwangsarbeiten und wurde Anfang 1945 in die Vernichtungsstätte als Stubenälteste strafversetzt. Irma Trksak lebt in Wien.

Kontinuität von staatlichen Repressionen

Für viele Verfolgte – vor allem diejenigen, die als sogenannte „Asoziale“ verfolgt wurden – gab es im April/Mai 1945 keine wirkliche Befreiung. Sie kamen zwar, auf unterschiedlichen Wegen, aus dem Konzentrationslager, aber bei vielen gingen Ausgrenzung, Stigmatisierung und auch Verfolgung weiter. Mädchen und Frauen zum Beispiel, die entmündigt waren, hatten oft dieselbe Person zum Vormund wie in der nationalsozialistischen Zeit – also saßen sie, nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager, denjenigen wieder gegenüber, die mitverantwortlich für ihre Verschleppung in das Konzentrationslager gewesen waren, und waren ihnen erneut ausgeliefert.

Pflichtarbeit und Arbeitszwang kannte auch das bundesrepublikanische Fürsorgerecht. So mussten die Jugendlichen vor allem in den staatlichen und kirchlichen Heimen Zwangsarbeit leisten, bis weit in die 1960er Jahre hinein.

Bettelei, Sexarbeit und Landstreicherei blieben – bis zur Strafrechtsreform der 1970er Jahre – Delikte des Strafgesetzbuches in beiden deutschen Staaten. Auch die Arbeitshäuser wurden erst Ende der 1960er Jahre abgeschafft.

Selbst die Zwangssterilisationen galten jahrzehntelang nicht als nationalsozialistisches Unrecht. Im Gegenteil, es wurde und wird weiterhin sterilisiert.[15] Auf dem Marburger Kongress „Genetik und Gesellschaft“ schilderte G. Gerhard Wendt noch 1969 folgendes:

> „Ein typisches Beispiel ist der Antrag auf Sterilisation für ein leicht schwachsinniges 17jähriges Mädchen aus einer asozialen Familie, das sexuell triebhaft und haltlos, bereits ein uneheliches Kind hat. Eine genetische Indikation im engeren Sinne liegt hier nicht vor. In manchen Fällen stellt

14 Schikorra, Christa: Kontinuitäten der Ausgrenzung, Berlin 2001 S. 240.

15 Vgl. hierzu Oliver Tolmein: „[D]ie Zahl der Sterilisationen nimmt nicht ab, sondern zu: 1992 vermeldet die Statistik 65 genehmigte Sterilisationen, sieben Ablehnungen und 14 Fälle „sonstiger Erledigung” (was immer das in diesem Kontext auch heißen mag). 1997 waren es 113 Sterilisationen, 21 Ablehnungen und 19 Fälle sonstiger Erledigung, 2009 wurden 137 Sterilisationen registriert und nur 13 Ablehnungen. Die Entwicklung der Zahlen erfolgt nicht linear (1996 und 2005 gab es Spitzen mit über 200 Sterilisationen), aber die Tendenz ist deutlich. Angesichts des in anderem Zusammenhang gerade im Betreuungsrecht viel zitierten Selbstbestimmungsrechtes erscheint das als wenig akzeptable Situation.“ (http://blogs.faz.net/biopolitik/2010/06/29/ohne-wille-keine-zwang-sterilisation-bei-betreuten-139/, zuletzt 16. Januar 2015).

sich dann drängend die Frage, ob nicht aus sozialer oder aus gemischt genetisch-sozialer Indikation sterilisiert werden sollte."[16]

In den 1980er Jahren wurde ein Vorgehen von Marianne Stoeckenius von der humangenetischen Untersuchungsstelle des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek bekannt. Sie war u.a. für die Erstellung von Sterilisationsgutachten zuständig: Aus einem Gutachten von 1981 stammt folgendes Zitat:

„Schwachsinnig sind Kinder mit Zerstörungswut, unbeeinflußbarer Unruhe, Aggressivität, Selbstzerstörungsdrang, Reizbarkeit und Umtriebigkeit."

Eine kindliche Psychose hätten Kinder, die

„keine Neigung zu Schmusen, Mangel an Kontaktfähigkeit, Stören des Unterrichts durch Nichtbeteiligung oder Provokation, absonderliches Verhalten (Radiohören bei zugezogener Gardine)[…]" zeigen würden. Resultat solcher Beweisführung: „Sterilisation und zwar so schnell wie möglich."[17]

Die oft wegen Kleinigkeiten verhängten harten Urteile der Strafgerichte der NS-Zeit blieben in den Vorstrafenregistern verzeichnet. Im Jahr 2002 wurde bekannt, dass Akten über Jugendliche, die im Konzentrationslager Moringen inhaftiert waren, noch weit bis in die 1960er Jahre geführt wurden.[18]

„Man diskutierte darüber, dass in einer Langzeitstudie erforscht werden könnte, ob die Insassen von Moringen im weiteren Leben straffällig geworden, bzw. welche der früheren Prognosen eingetreten seien",

so ein ehemaliger BKA-Mitarbeiter. [19] Noch bis in die 1970er Jahre wurden in der Bundesrepublik Deutschland Mädchen als „sexuell verwahrlost" in Erziehungsheime eingewiesen. Als Grund reichte ein Verhalten, das von geltenden gesellschaftlichen Normen abwich oder das Erleiden von sexueller Gewalt. Erst im Zuge der feministischen Kämpfe um (sexuelle) Selbstbestimmung erfuhr diese Praxis massivere Kritik und wurde schwerer durchsetzbar.

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" wurde erst im Februar 1986 von einem Amtsgericht in Kiel zum ersten Mal als nationalsozialistisches Unrecht eingestuft. Auch die vielen Entmündigungen waren nur mühsam und auf individuellem Weg aufzuheben. Es gibt Berichte von ehemaligen Häftlingen, die sich nach 1945 wieder mündig sprechen lassen wollten,

16 Detlef Sedlaczek (Hg.) Minderwertig und Asozial, Zürich 2005, S. 47.

17 Ebd., S. 48

18 Paul, Reimar: „Bundeskriminalamt führte Personenkartei aus KZ weiter", neues deutschland, 02.09.2002.

19 Ebd.

jedoch derselben Beamtin ausgeliefert waren, die sie im Nationalsozialismus entmündigt hatte.

Aufgrund der Einengung auf bestimmte Verfolgungsgründe blieben Opfer, die im Rahmen der NS-Gesundheits- und Sozialpolitik verfolgt und z.B. durch schwere körperliche Eingriffe wie Zwangssterilisationen für ihr weiteres Leben geschädigt worden waren, vollständig von allen Entschädigungsleistungen ausgeschlossen. Erst in den 1980er Jahren konnte eine gewisse Auflockerung dieser starr ausgrenzenden Entschädigungspraxis erreicht werden. Die Regelung zur Entschädigung bei nachgewiesener Zwangssterilisation besteht erst seit 1988.

Die TäterInnen allerdings konnten in den meisten Fällen ihre Karrieren nach 1945 ungebrochen fortsetzen oder diese sogar noch ausbauen. Keine der Frauen, die im KZ Uckermark als Aufseherin angestellt gewesen war, wurde je verurteilt. Auch nicht die Lagerleiterin Lotte Toberentz und ihre Stellvertreterin Johanna Braach.[20] Die meisten arbeiteten weiter in ihren Berufen als Polizistin oder Fürsorgerin.

Kontinuitäten innerhalb der Mehrheitsgesellschaft

Es gab in der deutschen Mehrheitsgesellschaft kein Interesse an der Geschichte von ehemaligen Häftlingen. Als „asozial" Verfolgte hatten sie es noch schwerer. Sie hatten aufgrund von Vorurteilen, Anfeindungen und Desinteresse noch weniger die Möglichkeit, über ihre schlimmen Erlebnisse zu berichten. Menschen, die aus sozialen Gründen verfolgt worden waren, verschwiegen dies oft sogar gegenüber ihren Angehörigen, da das harte Vorgehen gegen sie – in der öffentlichen Meinung – oft zu den positiven Seiten der Nazizeit gezählt wurde. Ehemalige Häftlinge aus dem Konzentrationslager Uckermark wurden nach ihrer Rückkehr von Nachbar_innen zum Beispiel als „Polenliebchen" beschimpft und auch bedroht. Manche mussten die Orte verlassen, in denen sie bis dahin gelebt hatten. Vielfach wurde gegen Entschädigungszahlungen an als „asozial" Verfolgte protestiert. Zum einen, da ein großer Teil der Bevölkerung fand, dass die Verfolgung von „Asozialen" und „Kriminellen" zurecht geschah, zum anderen, weil sie diesen Menschen nichts gönnten und schon gar kein Geld.

Andererseits gab es in den Familien, die einen TäterInnenhintergrund hatten, fast nie eine Aufarbeitung des Geschehenen. Viele TäterInnen weigerten sich, über die Zeit zwischen 1933 und 1945 zu sprechen. Auch hier gab es keine Form der Auseinandersetzung.

20 Rotmund, Fürsorge als Ausgrenzung, S. 49.

Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Die Initiative gründete sich aus der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. heraus. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück, gegründet von ehemaligen Häftlingen, hat sich 1993 für Menschen aus der zweiten und dritten Generation geöffnet, auch für welche ohne Verfolgtenhintergrund.

1997 gab es das erste Baucamp auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Uckermark, das in direkter Nähe des ehemaligen Frauenkonzentrationslager Ravensbrück[21] liegt. Organisiert wurde dieses Baucamp auf dem damals noch völlig verwilderten Gelände von Frauen aus der Lagergemeinschaft. Unter archäologischer Begleitung fanden Ausgrabungen statt. Es wurden Fundamente von Baracken ausgegraben und dabei auch viele Materialien aus der Lagerzeit gefunden. Auch wurden „Schnitte" gezeichnet; das bedeutet, die Aufzeichnung der Größe und Lage der Baracken maßstabsgetreu zu dokumentieren.

Auch heute noch, 17 Jahre nach diesem ersten Camp, ist die Organisation internationaler Bau- und Begegnungscamps ein wichtiger Teil der Arbeit der Initiative. Diese sind offen für LBT[22]-Personen. Dort verbringen meist ca. 15-20 Teilnehmer_innen eine Woche zusammen – die Teilnehmendenzahl ist aufgrund von Platzgründen und wegen der inhaltlichen Ausrichtung so begrenzt worden, da bei mehr Teilnehmenden die Kommunikations- und Begegnungsform eine andere ist. In dieser Zeit werden überwiegend Arbeiten auf dem Gelände verrichtet, die der Instandhaltung und Gestaltung des Gedenkortes dienen, der hier seit 1997 entstanden und immer weiter im Entstehen ist (zum Beispiel: Freilegen der Wege, Aufstellung von Schildern, Gestaltung der „Maschas"[23]).

Daneben gibt es viel Raum für Diskussionen, selbstorganisierte Veranstaltungen (z.B. zu den Themen „geschlechtsspezifische Verfolgung im Nationalsozialismus", „Klassismus" etc.), Öffentlichkeitsarbeit und den Besuch durch Menschen, die das Jugendkonzentrationslager Uckermark beziehungsweise das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück überlebt haben. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung wird versucht, den Teilnehmer_innen möglichst viel Raum zur Mitsprache zu geben, sofern das organisatorisch möglich ist.

21 Für weitere Informationen zu Ravensbrück, siehe unter anderem: Strebel, Das KZ Ravensbrück; Tillion, Germaine: Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Frankfurt a. M. 2001.

22 Lesben, Bi- und Transgender-Personen.

23 „Maschas" sind Figuren aus Maschendrahtzaun, die an einigen Stellen auf dem Gelände zu finden sind.

Seit dem Jahr 2005 organisiert die Initiative jährlich eine Gedenkfeier zum Jahrestag der Befreiung. Es werden Reden gehalten, von Überlebenden[24] und von anderen Personen und Organisationen. Im Anschluss an die Gedenkfeiern werden Rundgänge über das Gelände und Gespräche zum aktuellen Stand des Gedenkortes angeboten.

Die Initiative hat sich im Jahr 2006 als gemeinnütziger Verein eintragen lassen. Es gab lange Zeit den Wunsch von ehemaligen Häftlingen nach einem Gedenkstein. Dieser wurde von befreundeten Personen entworfen und angefertigt und im Jahr 2009 eingeweiht. Der Stein ist aus Basalt und trägt die Inschrift:

> „In Gedenken an die Gefangenen, Gefolterten und Ermordeten des Jugendkonzentrationslagers für Mädchen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark 1942-1945. Ihr seid nicht vergessen. Nie wieder Faschismus."

Die Initiative hat ca. 40 bis 50 Aktivist_innen. Wir arbeiten alle weitgehend unbezahlt. Wir machen Veranstaltungen, Radiosendungen, Filme und haben auch eine Ausstellung, die ausgeliehen werden kann.

Es gibt seit Anfang 2011 die Uckermark AG. Dort treffen sich die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V., die VVN Brandenburg, der Fürstenberger Förderverein Ravensbrück e.V. --- gedenken – begegnen – helfen, der Internationale Freundeskreis Ravensbrück, die Stadt Fürstenberg, das Land Brandenburg, außerdem die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück und unsere Initiative. Diskutiert wird die Zukunft des Gedenkorts Uckermark. Manche Vorstellungen gehen jedoch sehr weit auseinander, was das Zusammenarbeiten nicht einfach macht.[25]

Kritik an der Tagung History is unwritten

> „Wir in der Initiative versuchen in unseren Texten eine Sprache zu wählen, die leicht verständlich ist. Wissenschaftliche Texte sind oft in einer Sprache geschrieben, die nur für ein bestimmtes „studiertes" Fachpublikum verständlich ist. Fachbegriffe werden darin selten erklärt. Der Initiative ist es ein Anliegen die Hürden, die in unserer Gesellschaft aufgestellt werden, um Menschen den Zugang zu Informationen zu versperren, anzusprechen und ab zu bauen. Deshalb rufen wir als Initiative alle Schreiber_innen dazu auf, ihre Texte nicht mit Fremdwörtern und verschachtelten Sätzen zu bestücken. Fachbegriffe sollten sofort erklärt werden. Wir sind froh über

24 Unter anderem sprachen bisher Irma Trksak im Jahr 2006, Stanka Simoneti im Jahr 2011 und Lucija Barwikowska im Jahr 2010.

25 Mehr Informationen über die Arbeit der Initiative gibt es auf der Website: www.gedenkort-kz-uckermark.de.

Nachfragen und Rückmeldungen, falls auch unsere Texte nicht zu verstehen sind."[26]

Dieser Text steht auf der Website der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V. Wie wichtig solch ein Text ist, wurde auf der Berliner Tagung *History is unwritten* im Dezember 2013 klar. Völlig selbstverständlich wurde in den meisten Vorträgen eine Sprache benutzt, die nur der Teil der Akademiker_innen wirklich verstehen konnte, alle anderen waren ausgeschlossen. Obwohl doch aber von der Vorbereitungsgruppe von Anfang an auch Menschen und Gruppen eingeladen waren, die nicht aus dem Uni-Betrieb kommen und somit ein Austausch gewollt war.

Die Vorträge, die gehalten wurden, waren schwer verständlich und an Akademiker_innen gerichtet. Fremdwörter und Fachbegriffe wurden nicht erklärt. Auch der Zusammenhang von Inhalten und Thema der Tagung erschloss sich nicht, sondern viele Ausführungen blieben sehr theoretisch und nicht praxisorientiert. Für einen Austausch, bei dem alle einbezogen werden sollen, waren die Vorträge nicht geeignet.

Die Konferenz war deshalb nicht geeignet, über die kritische Auseinandersetzung mit Geschichte zum Entwurf von Gegenmodellen zur staatlichen und institutionellen Vermittlungspraxis zu kommen. Genau das war aber in der Ankündigung versprochen worden. Leider war so ein Austausch wegen der Benutzung einer nicht für alle verständlichen Sprache dort nicht möglich.

Sehr gut war dagegen der Workshop von Faites votre jeu! (Frankfurt/Main), mit dem Titel: „Linke Geschichtspolitik am bespielbaren/konkreten Ort jenseits staatstragender Erinnerung".[27] Da ging es konkret um Orte und Menschen und Konzepte. Der Workshop zum ehemaligen Polizeigefängnis „Klapperfeld" war wirklich interessant, sehr gut vorgetragen und auch die Diskussion war spannend. Es wurden viele Fotos aus Klapperfeld gezeigt und hauptsächlich die praktische und theoretische Arbeit am und mit dem Ort vorgestellt.

„Offenes Gedenken" und Kritik an staatlicher Gedenkpraxis

Wir stehen selbst immer wieder in regen Diskussionen zur Begrifflichkeit, wobei es dabei aber nicht um eine Diskussion des Konzepts an sich geht, sondern um die Begrifflichkeit „Offenes Gedenken" selbst.

Der Entstehung und Idee dieses Konzepts gingen viele Diskussionen zu Gedenkformen und deren Kritik in der Lagergemeinschaft Ravensbrück/

26 http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/index2.htm, zuletzt 16. Januar 2014.

27 Vgl. den Beitrag „Faites votre jeu! Hausbesetzer_innen im ehemaligen Knast. Geschichte eines Gefängnisses und Gegenwart in einem Gefängnis, das keines mehr ist" von Saskia Helbling und Katharina Rhein in diesem Band.

Freundeskreis e.V. voraus. Eine Kritik an der staatlichen Gedenkpraxis in der BRD war, dass den ehemaligen Häftlingen immer weniger zugehört wird, ihre (politischen) Forderungen und Wünsche ignoriert werden oder aber sogar das Gegenteil passiert. So gab es im Jahr 2010 von Seiten der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (MGR) die Idee, am Ufer des Schwedtsees einen Steg zu bauen, damit Tourist_innen auch über dem Wasserweg die MGR besuchen können. Ehemalige Häftlinge protestierten dagegen – der See ist ein Friedhof und sollte nicht mit Booten befahren werden.

Ähnliche Auseinandersetzungen hat auch die Uckermark Initiative mit der MGR. So wird von Seiten der MGR nach wie vor das Wort „Jugendschutzlager" benutzt, sei es in Veröffentlichungen oder auf Hinweisschildern. Dieser Begriff ist für ehemalige Häftlinge ein Schlag ins Gesicht, denn er verharmlost alles, was die Mädchen und jungen Frauen im Konzentrationslager erleben mussten.

Durch die konkrete Arbeit auf dem Gelände des ehemaligen Jugendkonzentrationslagers und späteren Vernichtungslagers Uckermark wurde schließlich der Begriff des „Offenen Gedenkens" geprägt. Offenheit bezieht sich hier auf verschiedene Aspekte, also zum einen auf Offenheit in der Arbeit und Forschung zum ehemaligen Jugendkonzentrationslager und späteren Vernichtungsstätte und aber auch auf eine Offenheit auf dem Gelände selbst. Dies bedeutet unter anderem, dass es auf dem Gelände keinen festen Ort gibt, um zu Trauern. Der Gedenkstein bietet sich an, aber es kann selbst entschieden werden, wo getrauert und gedacht werden möchte.

Das Gelände soll auch einladen, sich aktiv in die Gestaltung einzubringen, deswegen soll es nie ein „fertiger" Gedenkort werden. Die Uckermark Initiative steht im regen Austausch mit ehemaligen Häftlingen und ihren Angehörigen. Es gibt viele Ideen, die sehr spannend sind und teilweise auch nach und nach auf dem Gelände umgesetzt werden. Aber auch andere Interessierte mischen sich ein, haben Ideen und Vorschläge.

Zunächst stehen dabei im Zentrum des „Offenen Gedenkens" die Stimmen und Wünsche der Überlebenden und ihrer Angehörigen. *Sie* sind die Expert_innen für diesen Ort. Ihre Aussagen zu dokumentieren und Wünsche zur Gestaltung des Ortes umzusetzen, ist uns sehr wichtig.

Die kritische, antifaschistisch und feministisch motivierte Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus ist dafür ein wichtiger Bestandteil. Des Weiteren beinhaltet das Konzept, Kontinuitäten in den Blick zu nehmen, diese zu thematisieren und sich eben auch dafür verantwortlich zu fühlen.

Im Zusammenhang mit diesem Ort ist dies besonders wichtig, da die aktuellen Kämpfe um die Errichtung eines würdigen Gedenkortes unter anderem auch immer noch ein Resultat des Nicht-Gedenkens und Nicht-Aufarbeitens der unter dem Stigma „asozial" Verfolgten sind. „Offenes Gedenken" be-

deutet demnach in antifaschistischer Erinnerungskultur auch immer, einen Gegenwartsbezug herzustellen, jedoch ohne die besonderen Bedingungen des Nationalsozialismus dabei aus dem Fokus zu verlieren. Gegenwartsbezug bedeutet dabei auch, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht als abgeschlossenen Teil der Geschichte zu sehen – auch nicht dann, wenn jeder Ort des Unrechts zu einem Gedenkort geworden ist.

Ein anderer wichtiger Pfeiler des Konzepts des „Offenen Gedenkens" besteht für uns daher in der Prozesshaftigkeit der Entstehung des Gedenkortes. Dabei wäre es wünschenswert, wenn dort ein Raum entstehen kann, an dem unterschiedliche Akteur_innen zusammen diskutieren, forschen, Ideen sammeln, Erkenntnisse teilen und lernen können. Da es genau hier immer wieder zu dem Missverständnis kommt, dass „Offenes Gedenken" mit „Beliebigkeit" gleichgesetzt wird, im Sinne von: „Dann stehen da fünf Schilder mit unterschiedlichen Aussagen zu einem Thema nebeneinander", ist es uns noch einmal wichtig, uns davon zu distanzieren: Möglichst viele Akteur_innen gleichberechtigt in die Gestaltung des Geländes und in einem demokratischen Prozess zu beteiligen, bedeutet natürlich auch, dass Entscheidungen in einem Gremium gemeinsam getroffen werden – nur soll dieses Gremium eben (möglichst) hierarchiefrei und offen für alle Interessierten sein, und Offenheit für verschiedene Arten des Gedenkens und Erinnerns bieten.

Zuletzt beinhaltet ein solches Vorgehen natürlich auch eine Offenheit gegenüber Veränderungen, wenn neue Erkenntnisse entstehen: Zum einen durch Forschung, sowie Ausgrabungen oder die geplante Vermessung des Geländes. Zum anderen entstehen solche Erkenntnisse aber eben auch durch Diskussionen miteinander. Aktuelles Beispiel dafür ist die Diskussion innerhalb der Initiative zum Begriff „späteres Vernichtungslager". Der Begriff wird von einigen kritisiert, weil er hauptsächlich für die deutschen Vernichtungslager im Osten benutzt wird. Nun überlegen wir innerhalb des Netzwerkes, sowie mit einigen Opferverbänden (unter anderem Zentralrat der Juden, Zentralrat der Sinti und Roma und der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.), ob es einen anderen Begriff geben kann und welcher das wäre. Bisher gab es schon einen Termin mit Vertreter_innen von Opferverbänden und wir sind zuversichtlich, gemeinsam eine Benennung zu finden, die für alle annehmbar sein wird.

Da die Geschichte des Ortes kontinuierlich erforscht und weiter erarbeitet wird, steht eine Musealisierung des Ortes nicht im Interesse des „Offenen Gedenkens". Der aktive und kontinuierliche Austausch über das Jugendkonzentrationslager und die spätere Vernichtungsstätte soll einen Raum eröffnen, in dem wir gedenken, erinnern, forschen und politische Diskussionen führen können.

Claudia Krieg

Wissenschaft braucht keine Tränen. Ein Vortrag ohne Format

Dieser „Vortrag ohne Format" wurde nicht auf der Konferenz „History is unwritten" gehalten. Er beruht auf einem Beitrag für die Tagung „Gedenkstätten und Geschichtspolitik", die vom 31. Mai bis 1. Juni 2013 von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück veranstaltet wurde. Die Veröffentlichung dieses Textes in der für die Tagungsbeiträge vorgesehenen Publikation – in der von der Edition Temmen herausgegebenen Reihe „Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland" – wurde mit der Begründung abgelehnt, „dass bereits im Vortrag grundlegende wissenschaftliche Standards nicht eingehalten" worden seien.

Teil I

Im Januar 2013 sitze ich mit Eva Vater in ihrer kleinen Tel Aviver Wohnung. Eva ist 90 Jahre alt, ihre Kindheit und Jugend hat sie in Riga, der Hauptstadt Lettlands, verbracht. Als eine von 5.000 lettischen Jüd*innen kämpft sie von 1941 bis 1945 in der Roten Armee gegen die Deutschen. Ihre gesamte Familie wird 1941 bei Massenexekutionen, die deutsche Einsatzgruppen und ihre lettischen Helfer in und um Riga durchführen, ermordet. An diesem Januarfreitag fast 70 Jahre später diskutieren wir, warum ich mich mit der Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager und der Vernichtungsideologie der Nazis beschäftige. Warum ich an Veranstaltungen teilnehme, die im Zeichen der Erinnerung an die Ermordeten und an die Überlebenden stehen. Warum ich versucht habe, mich in Verbänden und Organisationen politisch zu engagieren, in denen man sich um diese Erinnerungen sorgt. Warum ich manchmal zu Tagungen fahre, auf denen Menschen über ihre historischen Forschungen diskutieren, Tagungen, auf denen ich immer, wirklich immer, viel erfahre, was ich noch nicht weiß. Tagungen, über die ich trotzdem sage: Es wird dort viel gesprochen, aber es ist doch blutleer und atmosphärisch meist wie in einem riesigen Büro.

Eva sagt: Du bist doch ein guter Mensch, Du musst das alles nicht machen. Ich antworte ihr, Eva, ich bin Deutsche. Ich bin eine Nazi-Enkelin, wie fast eine ganze Generation mit mir.

Was Eva selbst weiß, auch wenn sie wie viele Überlebende niemals das postfaschistische Deutschland besuchen wollte: Der Nationalsozialismus lebt fort, er lebt in den Menschen, in ihren Erinnerungen, in Büchern, Sprache,

Moral, Erziehung, im Rassismus, im Antisemitismus, in der Homophobie, im Kommunist*innenhass. Täter*innen leben noch, ihre Kinder leben, und eben ihre Enkel*innen. Familien in einer Gesellschaft in einem Staat, der Schuld einhegt mit Kompensationen, die sich im Kreis drehen. Hier ein Denkmal, dort eine neue Ausstellung, da dann wieder ein Stück Kürzung für politische Bildung gegen Rechts.

Am 10. April 2005 stehe ich mit John Weiner, Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald auf dem ehemaligen Appellplatz des Lagers, der Teil der Gedenkstätte Buchenwald ist. Es ist ein klarer, kalter Tag und der 60. Jahrestag der Befreiung des nationalsozialistischen Konzentrationslagers.

Wir sehen einigen Weimarer Schüler*innen dabei zu, wie sie etwa fünfzig Meter entfernt, in Richtung der ehemaligen Wäscherei, dem heutigen Sitz der Dauerausstellung, Drachen zum Himmel steigen lassen. Die Drachen sind schwarz und erinnern mich im Nachhinein an Drachen, die ich später im Nahen Osten gesehen habe. Kinder basteln sie dort aus Plastikplanen oder Müllsäcken. Sie sehen manchmal aus wie riesige unförmige Greifvögel, wenn sie am Himmel stehen und nicht wie fröhliches Spielzeug. Die Jugendlichen aus Weimar haben, heißt es, von sich aus angeboten, etwas anlässlich der Befreiungs-Feierlichkeiten in der Gedenkstätte zu organisieren. Sie lassen die Drachen steigen, sie haben einen Cellisten und eine Geigerin eingeladen, dazu live Musik zu spielen. Bei ihnen stehen etwa zwanzig Menschen, die meisten sind andere Jugendliche oder einige Eltern.

John Weiner und ich stehen dort, weil er mich gebeten hat, ihn zu begleiten. Es ist nicht die offizielle, von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora ausgerichtete Gedenkfeier. Diese wird aus terminlichen Gründen am nächsten Tag stattfinden. Weiner sagt: „Das da drüben ist wunderschön. Ich brauche das ganze Tamtam morgen gar nicht." In diesem Moment weine ich das erste Mal in einer deutschen KZ-Gedenkstätte. Der kleine Mann neben mir wurde auf dem Todesmarsch von Buchenwald nach Dachau in einem bayrischen Dorf von einer Bäuerin versteckt. Er hat die Aufnahme seiner Retterin als Gerechte unter den Völkern in Yad Vashem erkämpft. Er hat auch versucht, die bayrische Gemeinde davon zu überzeugen, ihre Grundschule nach dieser Frau zu benennen. Dies ist ihm nicht gelungen. Er hat 2005 eine Tafel im dortigen Rathaus anbringen lassen. Sie wurde nach seiner Abreise wieder abgenommen. John Weiner stirbt im Jahr 2006.

„Ich möchte Dir eine Frage stellen", sagt Jorge Semprun etwas mehr als 10 Jahre früher im Gespräch mit Elie Wiesel im Buch *Schweigen ist unmöglich*, „eine Frage, die ich auch beantworten möchte. Wir können versuchen, sie gemeinsam zu beantworten. Welchen Sinn soll für uns diese Reihe von Gedenkveranstaltungen, Erinnerungen, Publikationen und Berichten rund um diesen

50. Jahrestag haben? Es ist der Jahrestag der Befreier der Lager, des Siegs über den Nationalsozialismus, der ja kein vollständiger Sieg über das totalitäre System an sich ist – in der Sowjetunion existierte es ja noch sehr lange Zeit weiter. Es werden also Gedenkveranstaltungen abgehalten und wir werden gebeten, dieses oder jenes beizutragen. Was tun wir da eigentlich?"

Elie Wiesel antwortet: „Ich gehe nur schweren Herzens zu derartigen Veranstaltungen. Widerwillig. Ich mag das nicht. Ich mag das eigentlich überhaupt nicht. Mir bleibt aber keine Wahl, es gibt keine Alternative dazu. Mir wäre es lieber, wieder dorthin zu fahren, allein oder mit jemand, mit dem ich damals zusammen war. Um allein zu sein, zu zweit oder zu dritt, aber allein und nichts sagen müssen. Und zu weinen versuchen, wenn das möglich ist. Oder aufhören zu weinen, wenn das möglich ist. Ich mag das nicht. Gleichzeitig sage ich mir, dass die, die all das nicht miterlebt haben, einige Symbole brauchen. Einige Fixpunkte, an denen sie ihre Wissbegierde, ihren Erfahrungshunger festmachen können. Wir nehmen nur für sie an derartigen Veranstaltungen teil, ganz gleich, ob es um Auschwitz oder um Buchenwald geht. Ich fühle mich dabei aber ganz und gar nicht wohl. Ich weiß nicht. Ich muss etwas sagen und habe immer Lust, etwas anderes zu sagen. Und es ist mir auch schon passiert, dass ich mittendrin aufhören musste, weil ich spürte, dass ich weinen würde. Ich weine nicht gern in der Öffentlichkeit. Sogar wenn ich allein bin, weine ich nicht sehr gerne." Jorge Semprun sagt dazu: „Das ist ein Gefühl, dem man nicht entkommen kann, wenn man auf dem sogenannten Podium sitzt, gemeinsam mit anderen Zeitzeugen, die auch davon erzählen. Da kommt immer der Moment, in dem man sich fragt: ‚Was tue ich hier eigentlich? Warum bin ich hierher gekommen?' Das ist unvermeidlich. Man konzentriert, verliert sich in Gedanken. Man überlässt sich seinen Erinnerungen. Dann fasst man sich wieder, um als Zeitzeuge an diesem pädagogischen Ritual teilnehmen zu können. Eigentlich ist man aber woanders. Und manchmal ist man sehr weit weg. So weit weg, dass man Lust hat... Man hat Lust zu verschwinden."

Ich sitze hier in diesem Raum und habe eigentlich Lust zu verschwinden. Ich kann eine ganze Handvoll ähnliche Gelegenheiten aufzählen, bei denen es mir so ging. Es sind nicht Erinnerungen wie die von Semprun, die dieses Gefühl hervorrufen. Aber es ist dieselbe Frage: Was tue ich hier? Ich sitze hier nun auf einem sogenannten Podium. Es sind keine Überlebenden mit mir hier. Für sie sind die Veranstaltungen reserviert, bei denen sie gehalten sind, etwas beizutragen. Weil sie genau dafür gebraucht werden. Auf Tagungen und Seminaren, die sich der historischen Forschung widmen, weint niemand.

Teil II

Neuengamme I

Zwischen 1945 und 2005 war das Gelände des ehemaligen KZ-Hauptlagers in Norddeutschland vor allem eins: eine bundesdeutsche Gefängnislandschaft, namentlich die Justizvollzugsanstalt Vierlande[1]. Der Sozialdemokrat Max Brauer, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Hamburg sagt 1951: „Es sollte alles getan werden, um die furchtbaren Entsetzlichkeiten der vergangenen Epoche möglichst bald durch gegenseitigen Verständigungswillen zu überbrücken und allmählich aus der lebendigen Erinnerung auszulöschen". Zu dieser Zeit sind Überlebenden-Verbände die einzigen Akteure, die sich für eine Erinnerung an die 106.000 ehemaligen Häftlinge, von denen über 50.000 im Stammlager und den über 80 Außenlagern ermordet werden, einsetzen. Bis in die 1970er Jahre hinein werden die Überlebenden vom Hamburger Senat nicht einmal als Gesprächspartner akzeptiert. Ihre Position ändert sich, als in den 1970er und 1980er Jahren andere gesellschaftspolitisch engagierte Menschen an die Seite der organisierten Überlebenden treten. Abseits der Gefängnisanlagen entstehen eine kleine Ausstellung und ein Archiv, es gibt feste Mitarbeiter*innen und Führungen. Im Jahr 1988, 43 Jahre nach dem Ende des Konzentrationslagers, plant die Stadt Hamburg dennoch, weitere Gefängnisbauten zu errichten – nun aber unter öffentlichem Protest. Als im Jahr darauf die Verlegung der JVA Vierlande beschlossen wird, rückt eine KZ-Gedenkstätte in den Bereich des Möglichen. Aber kein einziger Zeitplan wird in den folgenden 15 Jahren eingehalten. Die JVA-Verlegung verzögert sich, wird aus finanziellen Gründen erst vorübergehend, dann aus politischen Gründen ganz gestrichen, die Streichung wird zurückgenommen, im Jahr 2003 schließlich wird die Verlegung vollzogen. Parallel dazu werden zwei Kommissionen eingesetzt, die beratende Funktion für die vollziehenden Behörden haben. Mitglieder der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, der größten Überlebenden- und Angehörigen-Organisation, sind mit kleinem Anteil vertreten. Ehemalige Häftlinge, die keine Mitgliedschaft haben, partizipieren zu keinem Zeitpunkt an konzeptionellen Prozessen.

Formell war kein Überlebender an Entscheidungen, die schließlich zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme führten, beteiligt. Informell versuchten hingegen viele Überlebende kontinuierlich, in den politischen Prozess zu intervenieren. Ihre Erklärungen bei Empfängen und Pressegesprächen, in Briefen und Zeitungsartikeln, drücken Empörung und Trauer aus. Sie fordern eine Beendigung des für sie unerträglichen Zustands. Als größtes Problem wird die voranschreitende Zeit empfunden. Die immer wieder für die Verzögerungen verantwortlich gemachten finanziellen Gründe sind für beispielsweise Fritz Bringmann, Jean Le Bris, Viktor Malbecq und Robert Pincon nicht akzeptabel. Wer von den Überlebenden, so fragen sie, würde diese KZ-Gedenkstätte noch erleben? Bei aller Unterstützung, die die Neuengammer Überlebenden auf ihrer Seite haben, sie können sich zu keinem Zeitpunkt auf eine Interessensvertretung verlassen, die ihre Wünsche gegen die Widerstände der politischen Verantwortlichen durchsetzen würde.

Später, als zu Beginn der 2000er Jahre die Konzeption für die SS-Täter-Ausstellung erarbeitet wird, bringen Überlebende den Einwand vor, dass der angedachte Glaskubus zu einer Überhöhung des Ortes und seinen Inhalten führen könnte. Im Verlauf der Konzeptdiskussion finden ihre Bedenken immer wieder Eingang bei der zuständigen Arbeitsgruppe – niemand will schließlich Gefahr laufen, eine potenziell faszinierende Inszenierung der SS entstehen zu lassen.

So bestimmt der Unterschied zwischen einem formellen, nicht ausreichendem Einfluss und einem informellen, notwendigerweise erkämpften Einfluss das Verhältnis der Beteiligung von Überlebenden an Debatten zur Gestaltung des Erinnerungsorts.

Neuengamme II

Noch bevor das pädagogische Studienzentrum der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Mai 2005 eingeweiht wird, wird sein späterer Leiter Jens Michelsen (verstorben 2007) eingestellt. Im Februar 2004 richtet der zukünftige Studienzentrumsleiter im Begleitprogramm der Wehrmachtsausstellung in Hamburg folgende Kino-Veranstaltung aus:

> „›Leben mit dem Massengrab‹ - Werden Bundeswehrsoldaten auf psychische Belastungen bei Auslandseinsätzen vorbereitet? Teilnehmer: Heike Mundzeck; Oberst Hans-Jürgen Folkerts; Moderation: Jens Michelsen. Filmveranstaltung mit Diskussion. Die Filmemacherin Heike Mundzeck hat 1997 Bundeswehrsoldaten bei ihrer Heimkehr vom Kosovo-Einsatz und in

1 Nach dem Krieg, von 1945 bis 1948, nutzte die britische Militärverwaltung die Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers als Internierungslager. 1948 übergaben die Besatzungsbehörden das Lager an die Stadt Hamburg, die dort ein Gefängnis einrichtete. Ende der 1960er Jahre errichtete die Stadt ein weiteres Gefängnis auf dem Gelände, die Justizvollzugsanstalt Vierlande. Im Jahr 1965 wurde ein Mahnmal als KZ-Gedenkstätte errichtet, dieses wurde 1981 durch das Dokumentenhaus ergänzt. Nach und nach wurden weitere Bereiche in die Gedenkstätte einbezogen, bis schließlich im Anschluss an die Gefängnisverlagerung der Ort des ehemaligen Häftlingslagers für Dokumentationszwecke hergerichtet und dort im Mai 2005 die Gedenkstätte eröffnet wurde.

den ersten Wochen danach begleitet. Ihr daraus entstandener Film[2] zeigt: Posttraumatische Syndrome nach Kriegseinsätzen sind ein ernstes Problem – auch für die Bundeswehr, die seitdem an weiteren Auslandseinsätzen teilnimmt. Nach der Filmvorführung wird in einem Expertengespräch diskutiert, inwieweit Soldaten auf die aktuellen Herausforderungen ihrer Einsätze vorbereitet werden."

Die Veranstaltung findet nicht statt. Eine Antifa-Gruppe besetzt die Bühne des Filmtheaters.

Fritz Bringmann, Überlebender des KZ Neuengamme und Ehrenpräsident der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Neuengamme, schreibt einen Brief an die Gedenkstättenleitung. Er schreibt, die Antifa-Gruppe habe durch die Verhinderung der Veranstaltung Schaden von der Gedenkstätte abgewendet. Er schreibt auch, dass die Überlebenden ihren Kampf für die Gedenkstätte mit der Forderung verbunden hatten: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg«. Von daher dürfe die Erinnerung an die in den Konzentrationslagern Ermordeten nicht als Legitimation für Militäreinsätze der Bundeswehr dienen. Ein halbes Jahr später räumt die Gedenkstättenleitung ein, die Veranstaltung »Leben mit dem Massengrab« sei ein Fehler gewesen.

Ende 2007 absolviert ein Bundeswehrsoldat und Student der Hamburger Bundeswehruniversität ein Praktikum in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Kurze Zeit später bewirbt er sich darum, Führungen machen zu dürfen. Einzelne Gedenkstättenpädagog*innen und auch Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme erheben Einspruch: Bevor das geschehe, müssten die Überlebenden um ihre Meinung gefragt werden. Die Gedenkstättenleitung reagiert mit dem Hinweis, dass es sich hier um eine reine Personalentscheidung handelt. Ein freier Mitarbeiter und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme bittet die Gedenkstättenleitung wiederholt um ein Gespräch, das ihm nicht gewährt wird. Er gibt darauf bekannt, keine Bundeswehrgruppen mehr zu führen – bis z.B. mit Fritz Bringmann über dieses Thema gesprochen werde. Darauf reagiert die Gedenkstätte schnell: Sie kündigt dem freien Mitarbeiter. Fritz Bringmann protestiert, wenig später folgt ihm die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) Hamburg, dann das Auschwitz-Komitee Hamburg. Bis Anfang 2009 ändert sich an der Haltung der Gedenkstättenleitung von Neuengamme nichts. Inzwischen hört der Soldat von der Kritik und zieht sich von seiner Idee der freien Mitarbeit zurück – bis eine Entscheidung im Einvernehmen mit den Überlebendenverbänden erfolgt sei. Als das Auschwitz-Komitee ankündigt, seine Kritik öffentlich zu machen, lenkt die Gedenkstätte

2 Dieser trägt den Titel der Veranstaltung: „Leben mit dem Massengrab", Heike Mundzeck (1999).

ein und beruft den Soldaten ab. Der gekündigte freie Mitarbeiter darf nicht mehr in Neuengamme arbeiten.

Der Ehrenpräsident der Internationalen Lagergemeinschaft Neuengamme, der Kommunist und Antifaschist Fritz Bringmann, richtet sich in seinem erwähnten Schreiben vom 10. Juni 2008 unter anderem mit Folgendem an den Historiker der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der für die pädagogische Vermittlung zuständig ist:

„Über den Einsatz eines aktiven deutschen Soldaten als freiberuflichen Museumspädagogen der KZ-Gedenkstätte Neuengamme muss eine Klärung herbei geführt werden, ebenfalls darüber, welchen Weg die KZ-Gedenkstätte Neuengamme hinsichtlich ihres politischen Bildungsauftrags und mit ihrer pädagogischen Arbeit künftig gehen und welche Art des Umgangs mit Häftlingsverbänden und kritisch engagierten Mitarbeitern sich etablieren wird. Für mich ergeben sich hieraus etliche Fragen:
1. Wer bestimmt den Inhalt des Bildungsauftrags der KZ-Gedenkstätte Neuengamme?
2. Wer bestimmt die Richtlinien über die Art des Umgangs mit Häftlingsverbänden?
3. Herr von Wrochem (Leiter des Studienzentrums, Anm. C.K.) trifft den Kern des Konflikts mit folgenden Ausführungen: Es gehe um die Beschäftigung eines Soldaten, genauer eines deutschen Offiziers, der an der Bundeswehruniversität Geschichte studiert. Dazu meine Frage: Wird an der Bundeswehruniversität über den Kampf gegen die Okkupation freier Länder, die Unterdrückung der Bevölkerung und auch über die Repressionsmittel wie die Verschleppung in Nazi-Konzentrationslager wie Neuengamme gelehrt? 90 Prozent der Häftlinge des KZ Neuengamme waren Opfer dieser Gewaltpolitik, die Hälfte verloren dort ihr Leben."

Die Fragen stellen sich. Fritz Bringmann ist am 31. März 2011 verstorben.

Ravensbrück

Viele der nachfolgenden Gedanken verdanke ich Vorträgen und Gedanken von Vertreterinnen der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis, besonders Rosel Vadehra-Jonas, ihrer langjährigen Vorsitzenden. Auch sie stellte einmal in einem Vortrag die Frage: Sind KZ-Gedenkstätten Erinnerungsorte der Überlebenden?

Gemäß der Auffassung vieler Überlebendenverbände sollten sie Orte des Gedenkens an die Ermordeten, Orte der Erinnerung und Orte der Mahnung sein. Ohne das Engagement der Überlebenden, ohne ihre Erinnerungsberichte und ohne die Exponate aus ihrem persönlichen Besitz sind sie nicht denkbar. Über

Jahrzehnte hinweg besuchen Überlebende aus dem In- und Ausland mit ihren Angehörigen die Orte ihrer Haft, organisieren sie Gruppenreisen aus ihren Ländern, sind sie Zeug*innen bei Führungen durch die Gedenkstätten, stehen sie für Gespräche mit Besucher*innen zur Verfügung, geben sie in zahllosen Interviews ihr Wissen an Historiker*innen, Filmemacher*innen, Journalist*innen weiter. Auch die politische Motivation, die viele der Überlebenden beim Aufbau der Gedenkstätten bewegte, wird dabei immer wieder deutlich.

Die großen KZ-Gedenkstätten der Bundesrepublik stehen in der Trägerschaft der Bundesländer. Die neuen Bundesländer sind nach 1990 mit hohen anfallenden Kosten für die großen Mahn- und Gedenkstätten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück, konfrontiert. Debatten um die Zusammenführung der Dokumentationen von nationalsozialistischen Konzentrationslagern und sowjetischen Speziallagern bestimmen die Auseinandersetzungen um die Zukunft der Orte. Häftlingsorganisationen aus Deutschland und dem Ausland protestieren gegen die ‚Vermischung' von Opfergruppen. Sie setzen sich für den Erhalt der Gedenkstätten als Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus ein.

Im Juni 1991 erreichen die Präsidenten der Internationalen Komitees der Lagergemeinschaften gemeinsam mit der FIR (Fédération Internationale des Résistants), der FNDIRP (Fédération Nationale des Déportés et Internés Patriotes Résistants) und der VVN-BdA, dass der Schutz der KZ-Gedenkstätten in die Schlussakte eines Symposiums in Krakau aufgenommen wird, veranstaltet von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, später Organisation über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE).

Es sind ebenfalls Überlebende der Konzentrationslager, die sich für die Resolution des Europarlaments von 1993 zum Erhalt der KZ-Gedenkstätten einsetzen. Es ist in erster Linie ihnen allen zu verdanken, dass die Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen prioritär KZ-Gedenkstätten geblieben sind.

In Ravensbrück gibt es nach der systempolitischen Wende die Absicht, das Lagergelände, dessen Freigabe durch die Truppen der GUS-Staaten im Jahr 1993 anstand, als Gewerbegebiet auszuweisen. An der Straße der Nationen, gebaut von Häftlingsfrauen aus Ravensbrück, wird die Errichtung eines Supermarktes begonnen.

Die Proteste der Häftlingsorganisationen werden von den Medien aufgegriffen, die Fertigstellung und Inbetriebnahme dieses Supermarktes und umliegender Gewerbegebäude wird gestoppt. Auch der geplante Bau einer Umgehungsstraße über das Gelände des Jugendkonzentrationslagers und späteren Vernichtungslagers Uckermark einige Jahre später wird durch die Organisationen der Überlebenden verhindert.

Im Zuge der Entwicklungs- und Gestaltungsfragen der brandenburgischen Gedenkstätten in den 1990er Jahren bleiben Überlebende auf der politischen Ebene weitgehend außen vor. Bei den Anhörungen sind sie als Expert*innen nicht gefragt. Sie sind weder in den Kommissionen, die Vorschläge erarbeiten, noch in den Entscheidungsgremien der neu geschaffenen Stiftungen vertreten. In der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten gehören Häftlingsorganisationen (Lagergemeinschaften und Internationale Komitees) ausschließlich dem beratenden Beirat an. Ist ein Grund dafür, dass es sich bei nicht wenigen der aktiven Überlebenden um bekennende Kommunist*innen handelt?

In Ravensbrück prallen bis heute Wünsche und Forderungen der Überlebenden und ihrer Organisationen häufig an den Stiftungsgegebenheiten ab. Dabei geht es nicht nur um kostspielige Maßnahmen wie die Erschließung von Teilen des Lagergeländes, sondern auch um kleinere inhaltliche Wünsche, die zu Prinzipienfragen erhoben werden.

Die Errichtung und museale Gestaltung einer Baracke auf dem Lagergelände wird seitens des Internationalen Ravensbrück-Komitees seit 1991 gefordert. Es gibt noch Originalteile von Häftlingsbaracken aus Ravensbrück, die ergänzt und wieder aufgestellt werden könnten. Stiftungsvorstand und Fachkommission sind dagegen.

Die Errichtung eines Gedenkzeichens und das Anbringen von Informationstafeln auf dem Platz, auf dem im Winter 1944/45 das Zelt stand, in das Häftlinge wegen der Überfüllung des Lagers verbracht wurden, wurde vom Internationalen Ravensbrück-Komitee so lange vergeblich erbeten, bis schließlich 2005 in Eigen-Initiative ein kleiner Gedenkort realisiert wird.

Die Einrichtung von drei weiteren nationalen Gedenkräumen im Zellenbau, die von Überlebenden gewünscht wird, wird nicht genehmigt. Im Zellenbau von Ravensbrück, dem ehemaligen Lagergefängnis, befindet sich seit den 1950er Jahren ein internationales Museum in Form von rund 20 Gedenkräumen, die überwiegend von den Organisationen ehemaliger Ravensbrückhäftlinge verschiedener europäischer Länder Europas gestaltet wurden. In diesen Räumen erinnern Überlebende auf sehr unterschiedliche Weise an die Opfer aus ihren Ländern und bringen ihre Trauer zum Ausdruck. Das internationale Museum in Sachsenhausen wird unmittelbar nach der Wende abgebaut.

In einem etwas betagteren Zielplanungspapier der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (MGR) ist zu lesen:

> „Mit der nunmehr jahrzehntelangen Praxis des ‚Nationenkonzepts' im Zellenbau – wobei manche Länderräume vielmehr als Dokumentations-, weniger als Gedenkräume dargestellt sind – hat dieses eigentliche historische

Strafgebäude ‚ein Eigenleben' entwickelt … das es wenigstens so lange zu akzeptieren gilt, wie Überlebende nach Ravensbrück zurückkehren."[3]

Im Konzept der Landesregierung zur Erinnerungskultur im Land Brandenburg aus dem Jahre 2009 wird der Zellenbau von Ravensbrück noch mit folgenden Worten erwähnt: „die nationalen Gedenkräume im Zellenbau (fordern) zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem staatsoffiziellen Gedenken in der DDR auf."[4]

Das Internationale Ravensbrück-Komitee bittet lange Jahre um eine Tafel am Schwedtsee, die auf die Zwangsarbeit am See und auf den Umstand, dass Asche aus dem Krematorium in den See geschüttet wurde, hinweist. Die MGR hat diesen Wunsch nicht erfüllen können. Im Jahr 2010 stellt die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis selbst eine Tafel auf. Einige Jahre zuvor waren die Organisationen von einem Ponton am Ufer des Schwedtsees am Ende der Straße der Nationen in unmittelbarer Nähe des ehemaligen Häftlingslagers überrascht worden. Die Mahn- und Gedenkstätte hatte ihn als Anlegesteg für Boote errichten lassen, um Wassertourist*innen den Besuch zu erleichtern. Die Internationale Lagergemeinschaft hatte man dazu nicht befragt.

Auf ihre Kritik stößt auch ein mitunter entpolitisierender Umgang der Gedenkstätte mit politischen Begriffen. Die Anrede ‚Kamerad' oder ‚Kameradin' steht für viele ehemalige KZ-Häftlinge für die Aufrechterhaltung von Menschlichkeit und Solidarität in einer unmenschlichen Umgebung. Sie hat sich unter vielen ehemaligen KZ-Häftlingen und in ihren Organisationen bis in die Gegenwart erhalten. Ein Text von Geneviève de Gaulle-Anthonioz, ehemalige Resistance-Kämpferin und Ravensbrück-Überlebende, der während einer Veranstaltung zum 65. Jahrestag der Befreiung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück vorgetragen wurde, schließt im französischen Original mit ‚mes camarades'. Die deutsche Übersetzung lautete dann: ‚meine Freundinnen'. Ein kleiner Unterschied, der allerdings in seiner politischen Reichweite relevant ist.

3 Fortschreibung der Zielplanung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Teil II, Stand August 2000. Vgl. Rosel Vadehra-Jonas, KZ-Gedenkstätten sind Erinnerungsorte der Überlebenden, Vortrag während der Konferenz ‚Einspruch' der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten und Antifaschistinnen e.V. (VVN-BdA) im April 2010 in Berlin.

4 Geschichte vor Ort: Erinnerungskultur im Land Brandenburg Landtag Brandenburg, Drucksache 4/7529. Konzept der Landesregierung.

Teil III

Im In- und Ausland haben Überlebende versucht, Sorge dafür zu tragen, dass ihre Erinnerungsarbeit weitergeführt wird. Viele haben ihre Organisationen geöffnet und jüngere Menschen zur Mitarbeit eingeladen, wie es in Erklärungen und Statuten beispielsweise der Lagergemeinschaften Ravensbrück und Mauthausen, aber auch der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme nachzulesen ist. Diese Entwicklung trifft bei Gedenkstättenleitungen häufig auf Ablehnung. Der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und Leiter der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen spricht in diesem Zusammenhang von einem „Legitimationsdefizit". Professor Jäckel, ehemals Vorsitzender des Kuratoriums der thüringischen Gedenkstättenstiftung sagt bereits 1999 bei einer Veranstaltung in Buchenwald deutlicher: „Die Eigenschaft Häftling ist nicht erblich, und die Verbände können nicht das Recht erheben, das Geschichtsbild zu bestimmen."[5]

Wem steht es zu, das Geschichtsbild zu bestimmen? Wer ist legitimiert, zu sprechen? Wer fordert diese juristische Rechtfertigung immer wieder ein? Es sind doch mehrheitlich die staatlichen Vertreter*innen, die aus der Frage der Erinnerung eine Frage der Ermächtigung ableiten. Damit bleibt das Ringen um die Erinnerung eine politische Angelegenheit.

Tatsache ist, dass auch in den Lagergemeinschaften der alten Bundesrepublik sehr viele Kommunist*innen mitarbeiteten. Sie wurden in die Konzentrationslager gesperrt, weil sie Kommunist*innen waren. Nach der Befreiung traten sie erneut für ihre Ideale ein. Deshalb engagieren sie sich auch in den Lagergemeinschaften – zusammen mit Angehörigen anderer Opfergruppen. Von der Lagergemeinschaft Ravensbrück in der alten Bundesrepublik ist bekannt, dass sie Überlebende aus nahezu allen Opfergruppen umfasste, aber anfangs stets Kommunist*innen zu ihren Vorsitzenden wählten.

Das Konzept der Landesregierung Brandenburg zur Erinnerungskultur für die Zeit von 1933 bis 1990 mit dem Titel „Geschichte vor Ort" enthält als Themenbereiche, an die erinnert werden soll, u. a. die Verfolgung im Nationalsozialismus, in der sowjetischen Besatzungszone, in der DDR, Erinnerung an den zweiten Weltkrieg und seine Folgen, an Widerstand und Alltag im Nationalsozialismus, in der SBZ und der DDR, an die Deutsche Teilung und so weiter.

Das Konzept soll eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen über die Förderwürdigkeit von Einrichtungen und Projekten darstellen. Dazu wird aufgeführt, welche öffentlichen Mittel in die großen Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück seit 1999 geflossen sind. Den Punkt ‚Handlungsbedarf und

5 Vgl. Vadehra-Jonas, KZ-Gedenkstätten sind Erinnerungsorte der Überlebenden.

Perspektiven', der allen anderen Themenbereichen nachgestellt ist, gibt es für diese Orte allerdings nicht mehr.

Eine Entschließung des Europaparlaments hat im April 2009 den 23. August zum Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime erhoben. In Deutschland und in Europa werden die Opfer des Naziregimes und Opfer und Täter der Zeit nach 1945 in einem Zusammenhang genannt.

In den Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes steht das Gedenken an die Opfergruppen des Nationalsozialismus und der DDR auf einer Ebene.[6]

Im Januar 2009 treffen sich in Berlin Vertreter*innen von 11 internationalen Lagerkomitees. Sie verfassen eine Erklärung, in der steht:

> „Die ehemaligen Lager sind heute steinerne Zeugen: Sie sind Tatorte, internationale Friedhöfe, Museen und Orte des Lernens. Sie sind Beweise gegen Verleugnung und Verharmlosung und müssen auf Dauer erhalten werden. Sie sind Orte der wissenschaftlichen Forschung und des pädagogischen Engagements. Die pädagogische Betreuung der Besucher muss ausreichend gewährleistet sein."

Die Vertreter der Internationalen Komitees wenden sich dagegen, „dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden." Sie schreiben auch:

> „In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene treten Menschen an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen. Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft. Sie setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden."

Sie fischen in einem leeren Teich, sagt mir einmal ein bekannter deutscher Soziologe, als ich versuche, ihm mein Interesse dafür zu erklären, warum Menschen in KZ-Gedenkstätten arbeiten. Ein leerer Teich also. Aber diese Menschen sind da. Zugegebenermaßen ist auch mal einer wie ein Fisch dabei: stumm, vorwurfsvoll, glatt, kalt. In der Regel wirken sie lebendig und auch ganz zufrieden. Sie lassen sich meiner Erfahrung nach häufig ungern kritisieren und wirken sehr überzeugt von dem, was sie tun. Ich lasse mich, ehrlich gesagt, auch nicht gern kritisieren. Ich diskutiere gern. Ich habe nichts zu verlieren. Die meisten dieser Menschen anscheinend schon. Vielleicht glauben sie das auch nur. Weil weder Angst noch Macht ihre Funktion in dieser Gesellschaft eingebüßt haben.

6 Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 18. Juni 2008, online: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2008-06-18-fortschreibung-gedenkstaettenkonzepion-barrierefrei.pdf?__%20blob=publicationFile/.

Teil IV

Die verbliebenen Überlebenden von nationalsozialistischer Verfolgung und Vernichtung werden immer weniger wahrgenommen – weil sie die Kraft nicht mehr aufbringen können, in Erscheinung zu treten, weil sie sterben, so wie alte Menschen eben sterben. In den letzten Jahren gehört es in den Ansprachen bei öffentlichen Gedenkfeiern zum guten Ton, dies zu erwähnen und zu bedauern. Denen, die sich davon zwangsläufig angesprochen fühlten, muss das wie verfrühte Grabrednerei erschienen sein, selbst wenn ihnen dabei vorgeblich Würde entgegengebracht werden sollte. In der Vergangenheit hat es keinen nennenswerten Dialog zwischen Repräsentant*innen der Überlebenden und Vertreter*innen öffentlicher Interessen der Bundesrepublik gegeben – die Beziehungen waren mehrheitlich von Konflikten um die Gestaltung von Gedenkstätten und von geschichtspolitischen Streitfragen nach 1990 geprägt. Die vielen salbungsvollen Worte der Gedenkreden erfassen mitnichten, was die Sorge vieler Überlebender selbst betrifft. Nicht die Furcht vor dem Tod bereitet ihnen Angst, sondern, dass die Erinnerungen an die Verbrechen, die Nazi-Deutschland an ihnen begangen hat, nicht mehr weitergegeben werden: „Wir haben Angst, dass es verloren geht nach unserem Tod", sagt die Bergen-Belsen-Überlebende Toni Dreilinger aus Israel, „wir werden nicht ewig da sein." Diese Sorgen diskutieren Überlebendenverbände im Hinblick auf die Frage des Vermächtnisses in der Regel unter sich. Sie bleiben damit genauso allein wie mit den Konflikten, die die Debatte begleiten: Als Jorge Semprún im April 2005 zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald im Weimarer Nationaltheater an das Mikrofon tritt, sagt er, dies sei zweifellos die letzte Feier eines runden Jahrestags, an der KZ-Überlebende teilnehmen: „2015 wird es keine Zeugen mehr geben." Er löst stürmische Reaktionen aus: „Du wirst vielleicht tot sein, aber wir werden auch in zehn Jahren wiederkommen!" rufen andere teilnehmende Überlebende von ihren Sitzen. Aber Semprún, Schriftsteller und politischer Aktivist, verstorben im Juni 2011 im Alter von 87 Jahren in Paris, hatte auch recht. Direkte Zeug*innen wird es nur noch wenige geben. Erinnerungen lebendig halten im eigentlichen Sinne können nur diejenigen, die die jeweilige Erinnerung auch haben.

Ich denke an Emil Lakatos an seinem 90. Geburtstag. Wir sitzen in einem Café in Budapest. Eine weiße Lilie haben Kathrin und ich ihm mitgebracht. Es ist wahnsinnig heiß, Emil trägt ein strahlend weißes Hemd und sieht selbst aus wie eine weiße Lilie. Er bestellt uns Saft, trinkt selbst nichts. Ich habe ein Foto von ihm, wie er den Hut nach hinten schiebt und lacht. Emils Lächeln ist ein besonderes, ich kann es nicht besser beschreiben. Daran denke ich und nicht an Emil, wie er auf einer Gedenkveranstaltung in Gardelegen spricht, vor sachsen-anhaltinischen Abgeordneten, von denen zwei, die neben mir stehen, sich über ihre Mittagessen austauschen und die ich, ganz ehrlich, am liebsten

dazu auffordern möchte, sich doch einfach zu ihrem Jägerschnitzel zu begeben, anstatt ein weiteres Puzzlestück zum so jämmerlichen Bild des bundesdeutschen Verhältnisses zu den Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager hinzuzufügen. Emil stirbt dreieinhalb Monate, nachdem wir in Budapest zusammen gesessen haben.

Ich denke an Stanka Simoneti, in ihrer Wohnung in einem Hochhaus in der Innenstadt von Ljubljana, ein Jahr später. Über Ljubljana steht immer Nebel, erzählt Stanka, den kann sie von hier oben besonders gut sehen. Sie sagt damals auch, dass sie Angst hat, dass der ehemaligen Partisanenrepublik Slowenien endgültig der politische Rechtstrend droht. Sie stützt dabei den Kopf in die Hand und ich erkenne diese Sorge wieder, die ich auch bei Eva und bei Fritz schon gesehen habe, eine Sorge, die man niemals teilen kann. „Sie werden uns alles kaputt machen", sagt Stanka und klingt dabei nicht kämpferisch wie am Mikrofon bei den Befreiungsfeiern auf dem Uckermark-Gelände.

Warum bloß wirft mich das fast um?

Wir Antifaschist*innen brauchen diese alten Menschen auch, weil sie uns gezeigt haben, was es heißt, sein Leben lang politisch für Kritik und Engagement einzustehen. Das hat uns im Land der Täter*innen niemand beigebracht und auch nicht beibringen wollen. Wir brauchen sie auch, weil sie manchmal die einzigen sind, die uns mit unserer Kritik verstehen – im Gegensatz zu fast allen unseren Großeltern, sogar fast allen unseren Eltern. Als Antifaschist*innen wären wir ohne sie heimatlos.

Hier bei mir steht eine kleine Glocke aus Lettland. In der steht: Von Eva, für Claudi. Bis bald. Als sie mir diese bei unserem letzten Abschied im Februar diesen Jahres gibt, sagt sie mir: Damit Du mich nicht vergisst.

Ich bekomme eine Einladung zu einer Konferenz mit dem Titel „History is unwritten". Doch, denke ich, sie ist geschrieben. Sie ist geschrieben und sie bewegt sich nicht mehr, sie ist eine Ansammlung von Ausstellungen, Anstellungen, Bestellungen. Sie ist wie die Walskulptur von Adrian Villar Rojas, die im Wald im argentinischen Ushuaia liegt. Man kann immerhin auf diesem Wal herumklettern. Still ist es nicht um ihn herum. Geschwiegen wird in Deutschland selten, es wird laut und viel geredet. Bei Ausstellungseröffnungen, Tagungen, Seminaren, Konferenzen. Vor allem die Täter*innen, meist Täter, reden immer noch viel und laut und gern – auf dem Sofa bei Günther Jauch und in unzähligen deutschen Wohnzimmern.

Vielen Dank.

Für Eva Vater, John Weiner, Fritz Bringmann, Emil Lakatos, Stanka Simoneti, sowie Daniel und Olaf

Saskia Helbling und Katharina Rhein von Faites votre jeu! (Frankfurt am Main)

Faites votre jeu! Hausbesetzer_innen im ehemaligen Knast. Geschichte und Gegenwart eines Gefängnisses, das keines mehr ist

Ein selbstverwaltetes Zentrum im ehemaligen Gestapo-Knast?

Die Initiative *Faites votre jeu!* besetzte im August 2008 ein seit Jahren leerstehendes ehemaliges Jugendzentrum im Stadtteil Bockenheim. Ziel war es, im teuren Frankfurt mit seinen Tausenden von Quadratmetern an Leerstand ein selbstverwaltetes Zentrum zu schaffen. Das Juz Bockenheim existierte zwar noch, war aber umgezogen und seit etlichen Jahren in städtischer Hand, während es ursprünglich als selbstverwaltetes Juz gegründet worden war. Die zusehends verfallende und seit sieben Jahren leerstehende Altbauvilla bot daher auch Anknüpfungspunkte an eine Tradition linker Selbstorganisation in Frankfurt.

Das Projekt war überaus erfolgreich: schnell wurde ein vielfältiges Programm auf die Beine gestellt, an dem sich viele Leute beteiligten. Die Presse berichtete und sowohl die Initiative als auch ihr Unterstützer_innenkreis wuchsen rasch. Dennoch stellte die Stadt nach einem halben Jahr Strafanzeige und drohte mit polizeilicher Räumung. Nicht zuletzt wegen der breiten öffentlichen Unterstützung führten die Zuständigen aber bald Verhandlungen über ein mögliches Ersatzobjekt mit uns und boten schließlich das ehemalige Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße 5 (hier: „das Klapperfeld") als Ersatzobjekt an. Ein ehemaliges Gefängnis, das von 1886 bis 2002/03 durchgehend als solches genutzt wurde.

Schon die repressive Architektur eines Gefängnisses entspricht nicht gerade den räumlichen Ansprüchen eines selbstverwalteten Zentrums: Viele kleine Zellen und kaum größere Räume, sämtliche Fenster sind vergittert. Schwerwiegender wog jedoch der Gedanke, mit unserem bisherigen Projekt an einen Ort umzuziehen, der über 100 Jahre lang ein Raum der Repression war und in dem nicht zuletzt während der Zeit des Nationalsozialismus Menschen inhaftiert und gefoltert wurden. Die Verantwortlichen der Stadt feierten zur gleichen Zeit bereits medial, dass sie endlich ein geeignetes Objekt für uns gefunden hätten. Wir mussten uns also gewissermaßen zwischen „Knast" und „Knast"[1]

1 Die Formulierung mag etwas pathetisch sein, da die meisten Hausbesetzer_innen hierzulande ja dann doch ohne Haftstrafe davon kommen, aber verschiedene Medien

entscheiden: Räumungsdrohung auf der einen, Klapperfeld auf der anderen Seite. Trotz des zunehmenden Drucks diskutierten wir lange und kontrovers, ob wir uns auf dieses ‚Angebot' einlassen könnten.

Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine umfassendere Forschung zum Klapperfeld oder es wurde gar bestritten, dass das Klapperfeld eine wesentliche Rolle während der NS-Zeit gespielt habe.[2] Da aber einzelne Personen aus unserer Gruppe vage um die NS-Vergangenheit des Gebäudes wussten, begannen wir selbst genauer zu recherchieren. Innerhalb kürzester Zeit fanden wir im Internet, in Gesprächen mit geschichtsbewussten Frankfurter_innen und in Büchern genügend Hinweise auf die Relevanz des Ortes in der NS-Zeit, die wir durch Besuche in unterschiedlichen Archiven vertieften. Es stellte sich schnell heraus, dass das Gefängnis eine weit größere Rolle im Verfolgungsapparat eingenommen hatte, als bisher behauptet, und das an einem damals wie heute zentral in der Innenstadt gelegenen und damit sichtbaren Ort.[3]

Ein wichtiger Schritt war, dass wir bald den Zeitzeugen Hans Schwert ausfindig machen konnten, der als ehemaliges KPD-Mitglied insgesamt etwa ein Jahr von der Gestapo im Klapperfeld inhaftiert und dort gefoltert worden war. Wir beschlossen ihn zu fragen, was er von unseren Überlegungen hält, in das Klapperfeld umzuziehen. Seine Aussage kann nicht repräsentativ für andere sein und soll außerdem nicht als Legitimation für unsere spätere Entscheidung verstanden werden. Aber es war uns wichtig zu erfahren, was er als ehemaliger Häftling bei dieser Vorstellung empfindet. Seine Position war klar, ihm gefiel unser Projekt und wenn die Stadt uns nichts anderes zur Verfügung stellte, wäre das doch besser als nichts.

Wir diskutierten weiter und entschieden uns schließlich für einen Umzug ins Klapperfeld. Es war uns bewusst, dass wir unser bisheriges Projekt nach einem Umzug ins Klapperfeld nicht einfach unverändert würden fortsetzen können. Gleichzeitig wollten wir aber die Chance wahrnehmen, das ehemalige

freuten sich damals über Titel wie „Hausbesetzer gehen in den Knast" (FR, 6.2.2009).

2 So zum Beispiel von einem Frankfurter Polizeihistoriker. Vgl. Kraus, Kurt: Das Frankfurter Polizeigewahrsam – ein Relikt aus Wilhelminischer Zeit. In: Winkelmann, Arne; Förster, Jörg (Hg.): Gewahrsam. Räume der Überwachung. Heidelberg/Frankfurt/M. 2007, S. 8-13.

3 Was die These über die vermeintliche Irrelevanz des Polizeigefängnisses als Haftort während des NS gestärkt haben mag, ist die Tatsache, dass es der Gestapo in den letzten Tagen vor dem Eintreffen der alliierten Truppen noch gelang, Großteile ihrer Akten zu vernichten (vgl. Eichler, Volker: Die Frankfurter Gestapo-Kartei. Entstehung, Struktur, Funktion, Überlieferungsgeschichte und Quellenwert. In: Paul, Gerhard; Mallmann, Michael (Hg.): Die Gestapo - Mythos und Realität. Darmstadt 1996, S. 178-199). Das macht die Recherche mühsam, denn erhalten blieben primär die Akten, die verstreut gelagert waren, sowie die zu den Akten zugehörige Kartei mit über 130.000 Karteikarten.

Polizeigefängnis öffentlich zugänglich zu machen und uns mit der über 100 Jahre andauernden Repressionsgeschichte dieses Ortes auseinanderzusetzen – eine Auseinandersetzung, die von den Verantwortlichen in der Stadt bisher nicht gesucht worden war. Diese Entscheidung war nicht unumstritten, aber im April 2009 war es dann soweit: Wir verließen das ehemalige Juz und zogen ins Klapperfeld.

Wir möchten im Folgenden einige der Fragen aufwerfen und diskutieren, die sich für uns aus dieser Situation ergeben haben: Was heißt Geschichtsarbeit an einem solchen Ort und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für ein selbstverwaltetes Zentrum? Wie macht man das ohne Gedenkstätte oder Museum sein zu wollen? Welche Darstellungsformen haben wir für unsere Ausstellung gewählt? Die Antworten, zu denen wir bisher gelangt sind, sind sicher als vorläufige zu betrachten.

Zunächst möchten wir jedoch einen kurzen schlaglichtartigen Überblick über die Geschichte des Gefängnisses und die unterschiedlichen Phasen der Nutzung geben. Wer sich genauer mit der Geschichte und der Ausstellung befassen möchte, sei auf unsere Homepage www.klapperfeld.de verwiesen, auf der sich alle Ausstellungstexte und Videos mit den Zeitzeugen-Interviews befinden.

Kurzer Überblick über die Geschichte des Klapperfelds

Der Ort, an dem heute das ehemalige Polizeigefängnis steht, war schon lange vor seinem Bau ein Ort der Überwachung und Ausgrenzung. Bereits 1492 wurde auf dem Klapperfeld ein Haus zur Unterbringung von Pestkranken gebaut, welches 1679 zu einem Armen-, Waisen- und Arbeitshaus umgebaut wurde. Nach einer langen Planungsphase wurde das neue Polizeipräsidium mit angegliedertem Polizeigefängnis 1886 fertiggestellt.

Seit der Errichtung des Polizeigefängnisses lassen sich verschiedene Nutzungsphasen feststellen. Den traurigen Höhepunkt der Geschichte dieses Ortes markiert die Nutzung während des Nationalsozialismus. In dieser Zeit diente der Bau unter anderem der Frankfurter Gestapo zur Verfolgung all der Menschen, die nicht in das nationalsozialistische Weltbild passten. So waren hier zwischen 1933 und 1945 insgesamt mehrere Tausend Menschen inhaftiert und das für etwa 200 Häftlinge entworfene Gefängnis war phasenweise dramatisch überbelegt, oft mit doppelt oder dreimal so vielen Personen. Für viele Inhaftierte war das Klapperfeld dabei eine Zwischenstation auf dem Transport in andere Haftstätten oder in Konzentrations- und Vernichtungslager.

Das Klapperfeld war, wie zuvor während des Deutschen Kaiserreiches und der Weimarer Republik, weiterhin Polizeigefängnis, allerdings verschwammen

die Grenzen zwischen Polizei und Gestapo zunehmend.[4] Diese Vereinigung erleichterte auch den Gestapo-Beamten im Klapperfeld ihre „Arbeit“. Mit dem Erlass des Reichsministeriums des Inneren am 14. Dezember 1937, über „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei“ konnte die Polizei alle im Sinne der NS-Ideologie als „gemeinschaftsfremd“ klassifizierten Menschen nicht nur überwachen, sondern sie auch sofort in Haft nehmen oder in Konzentrationslager deportieren.

Die Gestapo inhaftierte im Klapperfeld zahlreiche Oppositionelle, Juden und Jüdinnen und nach Kriegsbeginn auch zunehmend Zwangsarbeiter_innen. Es wurden auch aus anderen Gründen von den Nazis verfolgte Personen hier inhaftiert, allerdings kennen wir die Haftgründe angesichts unserer bisherigen Recherchen noch nicht im Einzelnen; Beispiele wären „Wahrsagerei“ oder „Verhältnisse mit Ausländern“. Es gab eine gesonderte „Judenabteilung“, in der insbesondere Frauen aus sogenannten „privilegierten Mischehen“ inhaftiert wurden. Diese waren von den Nazis zunächst noch verschont geblieben, ab dem Frühjahr 1943 begann die Frankfurter Gestapo aber mit ihrer systematischen Verfolgung. Heinrich Baab, der in den Jahren 1942/43 Leiter des sogenannten Judenreferats der Frankfurter Gestapo war, brüstete sich damit, mindestens 387 Frauen aus „Mischehen“ liquidiert zu haben. Von diesen mussten viele monatelang in Drahtkäfigen im Klapperfeld ausharren und wurden dann vom Frankfurter Hauptbahnhof in Sonderabteilen gewöhnlicher Züge meist nach Auschwitz deportiert. Die Angehörigen erhielten vielfach schon 14 Tage später die Nachricht über ihren Tod.[5]

Kurz vor der Befreiung Frankfurts durch die US-amerikanischen Truppen im März 1945 vernichtete die Gestapo Großteile ihrer Akten und ‚evakuierte‘ die Frankfurter Gefängnisse, viele der Häftlinge wurden ermordet oder auf Todesmärsche geschickt, andere konnten fliehen oder wurden laufen gelassen.[6]

4 Bereits im Juni 1936 verfügte Himmler, unmittelbar nach seiner Ernennung zum Chef der Polizei im Reichsministerium des Innern, eine stärkere Zusammenlegung von politischer Polizei und Kriminalpolizei. Spätestens mit der Zusammenlegung von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst im Reichssicherheitshauptamt am 27.9.1939 ist zwischen den Tätigkeiten von Kriminalpolizei und Gestapo kaum noch zu unterscheiden.

5 Vgl. Kingreen, Monica (2005): „Die Aktion zur kalten Erledigung der Mischehen“ - die reichsweite singuläre systematische Verschleppung und Ermordung jüdischer Mischehepartner im NSDAP-Gau Hessen-Nassau 1942/43. In: Gottwaldt, Alfred: NS-Gewaltherrschaft: Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung. Berlin, S. 187-201. / Kühn-Leitz, Elsie: Mut zur Menschlichkeit. Vom Wirken einer Frau in ihrer Zeit. Dokumente, Briefe und Berichte. Herausgegeben von Klaus Otto Nass. Bonn 1994.

6 Vgl. Diamant, Adolf: Gestapo Frankfurt am Main. Frankfurt 1988, S. 295f. / Keller, Michael (1991): ‚Das mit den Russenweibern ist erledigt‘ Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Massenmord und Bewältigung der Vergangenheit in Hirzenhain 1943-1991; S. 51f.

Das Gebäude selbst blieb während des Krieges weitgehend unbeschadet und unterstand nach Kriegsende zunächst der Verwaltung der amerikanischen Militärregierung, die hier anfangs vor allem Nazis inhaftierte.

Nach der Gründung der Bundesrepublik wurde das alte Polizeigefängnis weiterhin als Gefängnis genutzt. Inhaftiert wurden in dieser Zeit jedoch nicht nur straffällig gewordene Erwachsene, sondern auch Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. In Zusammenarbeit mit der Polizei nutzte das Frankfurter Jugendamt das Polizeigefängnis zur Unterbringung von sogenannten „entwichenen Fürsorgezöglingen“. Der letzte Verweis auf die Ingewahrsamnahme von Jugendlichen im Polizeigefängnis findet sich in einem Aktenvermerk aus dem Jahre 1961.

In den 1950er Jahren war wegen der schlechten Haftbedingungen bereits über eine Schließung des Gefängnisses nachgedacht worden. Man entschloss sich allerdings dagegen, gab dem Gebäude einen neuen Anstrich und installierte eine Heizungsanlage sowie Toiletten und fließendes Wasser in den Zellen.

Ab den 1960ern wurde das Klapperfeld nur noch für Ingewahrsamnahmen genutzt, d.h. dass festgenommene Personen hier nicht länger als 48 Stunden festgehalten werden durften, ansonsten mussten sie einem_einer Haftrichter_in vorgeführt werden und ggf. in andere Haftanstalten gebracht werden. Gerade während der außerparlamentarischen Proteste der 1960er Jahre gewann das Polizeigefängnis auf Grund der hohen Zahl von Verhaftungen erneut an Bedeutung. Auch bei Protesten in den darauf folgenden Jahrzehnten wurden zahlreiche Demonstrierende vorübergehend in Gewahrsam genommen, wie zum Beispiel während der Proteste gegen die Startbahn West, bei einer antirassistischen Demonstration nach dem Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genç in Solingen im Jahr 1993 und zuletzt anlässlich einer Demonstration gegen einen Naziaufmarsch im Jahr 2001.

Seit den 1980er Jahren bis 2002/03 wurde das Polizeigefängnis Klapperfeld auch vermehrt als Abschiebegefängnis genutzt.[7] Es ist bezeichnend, dass die Haftbegrenzung auf 48 Stunden für die illegalisierten Flüchtlinge/Migrant_innen nicht galt und sie vor ihrer Abschiebung oft mehrere Monate im Klapperfeld verbringen mussten. Ein Bericht des „Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe“ im Dezember 2000 kam zur Schlussfolgerung, dass die Haftbedingungen nicht tragbar seien. Dennoch ist das Klapperfeld erst 2002/03 – in Zusammenhang mit der Fertigstellung des neuen Polizeipräsidiums im Dezember 2002 – geschlossen worden.

7 Die entsprechenden Justizvollstreckungspläne legen nahe, dass das Klapperfeld bereits seit Bestehen der BRD auch als Abschiebeknast diente.

Die Dauerausstellung

Die Dauerausstellung stellt eine der Formen unserer Auseinandersetzung mit der Geschichte des ehemaligen Polizeigefängnisses dar. Sie wurde bereits kurz nach dem Umzug ins Klapperfeld eröffnet und wird seitdem immer wieder überarbeitet, erweitert und ergänzt. Im Folgenden skizzieren wir kurz den Aufbau der Ausstellung und stellen einige Überlegungen vor, die uns bei der Konzeption wichtig sind.

Die Dauerausstellung befindet sich im Keller des Klapperfeldes und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der NS-Geschichte. Neuere Ausstellungsteile richten den Blick zudem auf die Entstehung des Klapperfelds im 19. Jahrhundert, die Funktion des Gefängnisses in der Weimarer Republik und die Nutzung unmittelbar nach der Befreiung Frankfurts durch die US-Armee im März 1945. Die Ausstellung besteht vorwiegend aus Texttafeln und zeithistorischen Quellendokumenten (z.B. einem Arztbericht, der die katastrophalen hygienischen Zustände schildert, eine Schutzhaftrechnung oder Transportlisten), die zumeist aus Archiven, teilweise aber auch aus Privatbesitz stammen (wie etwa Ausweisdokumente, Briefe etc.). Zentraler Teil der Ausstellung sind zwei jeweils ca. 20-minütige Videos mit Zeitzeugeninterviews ehemaliger Häftlinge: zum einen mit dem bereits erwähnten Hans Schwert, der als KPD-Mitglied insgesamt ca. ein Jahr im Klapperfeld inhaftiert war und zum anderen mit Wolfgang Breckheimer. Wolfgang Breckheimer wurde selbst erst in den 1950er Jahren nach einer Demonstration gegen den Umgang mit Verfolgten des NS-Regimes durch die BRD hier inhaftiert. Er erzählt im Interview von seiner Jugend bei den Edelweißpiraten und berichtet von der Inhaftierung seiner jüdischen Mutter im Klapperfeld. Sie wurde von dort nach Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurde.

Es war uns wichtig, ehemals Verfolgte ihre Erlebnisse und Erfahrungen schildern zu lassen. Gleichzeitig weisen wir auch darauf hin, dass dabei nur diejenigen zu Wort kommen, die derartige Zeugnisse noch abgeben konnten – die Überlebenden. Neben den Erfahrungsberichten in den Video-Interviews kommen zudem andere ehemalige Häftlinge auf Texttafeln zu Wort oder es wird in anderer Form über sie berichtet.

Ohne en détail über Schuld und Unschuld Einzelner reden zu müssen, lässt sich am Beispiel Klapperfeld veranschaulichen, dass für die Frankfurter_innen damals deutlich sichtbar war, dass die Nazis tausende Menschen mitten in der Innenstadt inhaftierten und von dort verschleppten. Viele Häftlinge waren nur übergangsweise im Klapperfeld inhaftiert, bis sie „auf Transport“ geschickt wurden. Teilweise wurden sie zu Fuß vom Bahnhof durch die Innenstadt dorthin gebracht. Angehörige der Häftlinge standen tagtäglich um das Gebäude herum und versuchten Kontakt aufzunehmen und viele Häftlinge wurden zudem zu Verhören in die Zentrale der Gestapo gefahren. Dies sind nur einige Beispiele, die verdeutlichen, wie stark das Klapperfeld mit seinen Funktionen im NS in der Öffentlichkeit sichtbar war.

Die Entscheidung, die Dauerausstellung im Keller zu errichten, gründete sich zum einen auf den Schilderungen Hans Schwerts, der berichtete, wie er hier von der Gestapo misshandelt und gefoltert wurde. Eine weitere wichtige Überlegung ist die Zugänglichkeit, denn Besucher_innen sollen immer, auch wenn sie an einer Veranstaltung teilnehmen oder zu einem Konzert gehen, die Möglichkeit haben, sich über die Geschichte des ehemaligen Polizeigefängnisses zu informieren. Wir wollen so deutlich machen, um was für einen Ort es sich handelt und zur Beschäftigung mit der Geschichte des Klapperfeldes einladen. Daher haben wir uns entschlossen, auch im Erdgeschoss, das sonst stärker von der Nutzung als selbstorganisiertes Zentrum geprägt ist, Zellen im Originalzustand zu belassen und außerdem einen Zeitstrahl anzubringen, der einen Überblick über die Geschichte des Klapperfelds gibt. Der Zeitstrahl verdeutlicht auch bisherige Leerstellen, die Phasen der Nutzung, von denen wir bisher nicht viel wissen, und soll stetig ergänzt werden. Weitere Zellentrakte, die den vorgefundenen Zustand des Gefängnisses dokumentieren, befinden sich im vorderen Teil des Hauses im 1. und 2. Stock.

Translation in progress – Inschriftenprojekt im ehemaligen Abschiebetrakt

Der ehemalige Abschiebetrakt[8] ist so erhalten, wie er zuletzt bis mindestens 2002 noch genutzt wurde und zeigt eindrucksvoll, wie Menschen inhaftiert und behandelt werden, die abgeschoben werden sollen. Dieser Zellentrakt mit Einzel- und Sammelzellen im zweiten Obergeschoss ist Teil der Führungen, die *Faites votre jeu!* durch das Klapperfeld anbietet. Der Abschiebetrakt war zudem häufig ein wichtiger Bezugspunkt für Gastausstellungen, wie etwa der Medieninstallation „Blackbox Abschiebung“, der Comic-Reportage „Im Land der Frühaufsteher“[9] oder den Ausstellungen „EUropäische Grenzen: Traces to and through Europe“ und „Residenzpflicht – Invisible Borders“, die sich alle mit den Auswirkungen und Bedingungen deutscher und europäischer Migrationspolitik befassen. Er ist zudem Teil des Stadtrundgangs „Leben ohne

8 Abschiebehaft wurde auch in anderen Räumen des Klapperfeldes vollzogen, in den Zellen des 2. Stocks lassen sich jedoch die meisten Spuren finden.

9 „Im Land der Frühaufsteher“ ist eine Comic-Collage der Illustratorin Paula Bulling. Gemeinsam mit Martin Wecke hat sie das Cover dieses Sammelbandes gestaltet.

Papiere“, der vom Bildungskollektiv Bleiberecht veranstaltet wird (http://lebenohnepapiere.antira.info/).

Die Wände, Decken, Tische, Stühle und Türen der Zellen sind mit Inschriften in vielen verschiedenen Sprachen übersät. Bei einigen dieser Inschriften konnten wir noch nicht zuordnen, um was für eine Sprache es sich handelt – doch allein die über 1000 bereits dokumentierten und übersetzten Inschriften im 2. Stock sind in über 20 Sprachen verfasst. Die Inschriften erlauben kurze Einblicke in den Gefängnisalltag, zeigen, wie lange Menschen hier inhaftiert waren, und ermöglichen es teilweise, Herkunftsorte und -länder oder auch Wege durch deutsche Abschiebegefängnisse nachzuvollziehen. Auch Grüße und Liebesbriefe, religiöse Inschriften und Beschimpfungen der Abschiebebehörden lassen sich finden. An der Übersetzung und fotografischen Dokumentation der Inschriften wird zur Zeit gearbeitet. Außerdem wird ein weiteres Ausstellungskonzept entwickelt, das im Gegensatz zur Dauerausstellung stärker mit Audioinstallationen arbeiten wird. Begleitend dazu sucht die Initiative nach Archivmaterial und insbesondere nach Zeitzeug_innen. Dies sind bisher vor allem Anwält_innen sowie Mitarbeiter_innen eines freiwilligen Besuchsdienstes, der in den 1980er Jahren versuchte, die Abschiebegefangenen zu unterstützen.

Die Dauerausstellung und der ehemalige Abschiebetrakt sind jeden Samstagnachmittag für Besucher_innen geöffnet. Darüber hinaus bieten wir regelmäßig Führungen an und veranstalten Workshops und Projekttage für Schulklassen. Seit einiger Zeit arbeiten wir außerdem an einer Online-Datenbank mit den Namen und – wenn möglich – den Biographien der während der NS-Zeit im Klapperfeld Inhaftierten.

Dauernd Ausstellung? Oder was geht sonst noch so? – Das Klapperfeld als selbstverwaltetes Zentrum

Ursprüngliches Ziel der Initiative war die Schaffung eines selbstverwalteten Kunst- und Kulturzentrums, welches Raum für verschiedenste politische, kulturelle und künstlerische Projekte und Veranstaltungen bieten sollte. Der Name *Faites votre jeu!* – der übersetzt so viel heißt wie „Machen Sie Ihr Spiel!“ – zielt auf die Entwicklung selbstbestimmter, emanzipatorischer Politik und Kultur. Von Beginn an waren Widerstandspraxen und die Kritik an den bestehenden Verhältnissen Teil des politischen Verständnisses von *Faites votre jeu!* und integraler Bestandteil des politischen Handelns.

Neben der geschichtspolitischen Arbeit gibt es im Klapperfeld vielfältige weitere Veranstaltungen, wie sie sich ähnlich auch in anderen selbstverwalteten Zentren finden lassen: Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Filmvorführungen, Konzerte, Barabende, Lesungen und vieles mehr. Die „*Kantine cuisine révolutionnaire“ kocht, und es gibt Proberäume, einen Sportraum, Ateliers, eine Frauenholzwerkstatt und die Fahrradwerkstatt der Haftentlassenenhilfe, den

Graffitihof und Räume für unterschiedliche soziale, kulturelle und politische Initiativen. Die gesamte Organisation der Veranstaltungen, aber auch alle Fragen zur Gestaltung des Raums und der Nutzung, werden von allen, die sich bei *Faites votre jeu!* und im Klapperfeld engagieren, auf dem wöchentlichen Plenum im Sinne des Konsensprinzips diskutiert und beschlossen. Das Plenum ist dabei als offenes Treffen gedacht, zu dem alle am Projekt interessierten Menschen und Gruppen oder Einzelpersonen eingeladen sind, die nichtkommerzielle Veranstaltungen in den Räumen des Klapperfeldes organisieren möchten.

Die Auseinandersetzungen darüber, welche Veranstaltungen stattfinden sollen, welche Anfragen durchgehen und welche nicht, gehen dabei nicht immer reibungslos vonstatten. Es ist uns beispielsweise wichtig, dass der Raum (insbesondere für Foto- und Videoprojekte) nicht einfach nur als Kulisse für alles und jeden herhält, sondern dass sich auch künstlerische und kulturelle Produktionen einer Auseinandersetzung mit dem Raum und seiner Geschichte verpflichtet fühlen. Ein Anspruch, der regelmäßig Anlass für Diskussionen gibt und der in seiner Auslegung sicherlich auch Widersprüchlichkeiten birgt.

In der inhaltlichen Arbeit von *Faites votre jeu!* selbst spielt die Auseinandersetzung mit dem Klapperfeld und seiner Funktion als Gefängnis immer wieder eine Rolle, seien es Gastausstellungen mit entsprechendem Begleitprogramm[10], Diskussionsveranstaltungen zu Knast und Repression, Film- und Theateraufführungen oder Kunstausstellungen, die sich auf unterschiedliche Art und Weise mit entsprechenden Themen befassen.

Bei solchen Veranstaltungen ist es recht naheliegend, sie an einem Ort wie dem Klapperfeld stattfinden zu lassen, aber wie ist es mit Konzerten, Barabenden oder Partys? Diese haben, auch wenn sie zu Solidaritäts-Zwecken veranstaltet werden, in der Regel keinen direkten Bezug zur Geschichte des Klapperfelds. Dennoch sollen sie in einem selbstverwalteten Zentrum stattfinden. Sicher kann man es positiv bewerten, dass so immer mal wieder Leute, die eigentlich auf ein Bier vorbeigekommen sind, dann doch in der Ausstellung stehen, oder dass Bands vor ihren Konzerten eine Führung durch die Ausstellung erhalten. Gleichzeitig kann man selbstverständlich nicht davon ausgehen, dass sich jede_r Besucher_in einer Party mit der Geschichte des Gebäudes auseinandersetzt, in

10 Beispiele wären etwa die dokumentarisch-künstlerische Ausstellung „Frankfurt – Auschwitz“ des Fördervereins Roma e.V., die Wanderausstellung „Frauen im Konzentrationslager 1933 – 1945. Moringen – Lichtenburg – Ravensbrück“ (Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945 und Lagergemeinschaft Ravensbrück), die Fotoausstellung: »Carabanchel: Ein franquistisches Gefängnis«, die zusammen mit der Ausstellung »Umkämpfte Vergangenheit. Die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg und den Franquismus« gezeigt wurde (AG Geschichtspolitik des Vereins Grenzenlos e.V.) oder die Modellbauausstellung „Ästhetik des Widerstands“ von Matthias Schmeier, welche Revolution und Klassenkampf im Maßstab 1:35 darstellte.

dem diese Party zufällig gerade stattfindet. Es kann aus unserer Perspektive auch nicht darum gehen, zur Beschäftigung mit der Geschichte zu zwingen oder zu drängen. Aber wir möchten versuchen, diese Beschäftigung zumindest zu ermöglichen und einen Rahmen zu schaffen, der es den Besucher_innen erlaubt, sich zu informieren und eine aktive Auseinandersetzung zu führen, anstatt nur bloße Betroffenheit zu erzeugen. Es geht also nicht darum zu behaupten, dass die Partys und Konzerte eine historische Auseinandersetzung befördern würden, sondern darum, darauf hinzuweisen, wie Party und Ausstellung manchmal auch zusammengehen können. Auf der anderen Seite ist das Klapperfeld eben auch ein autonomes Zentrum, in dem Partys und Konzerte stattfinden sollen. Das kann dann auch als eine Aneignung eines Ortes der Repression gesehen werden. Meistens klappt das ziemlich gut, aber Barabende wurden auch schon mal zurückgefahren, wenn wir den Eindruck hatten, dass ihr Charakter mit der Vergangenheit des Ortes nicht mehr zusammengeht.

Vom emanzipatorischen Wert einer Bierflasche – oder: Warum das Klapperfeld nicht einfach ein Museum ist

Wir wollen keine Gedenkstätte sein, nicht, weil wir es nicht wichtig fänden, der Opfer zu gedenken, sondern weil wir glauben, dass es gerade an einem Ort wie dem Klapperfeld damit nicht getan ist. Wir bezeichnen uns lieber als Ort der Auseinandersetzung, um der Unabgeschlossenheit der Auseinandersetzung mit der Geschichte Raum zu geben und um zu verdeutlichen, dass Erinnern auch immer etwas mit der Auseinandersetzung mit dem eigenen gegenwärtigen Standpunkt zu tun hat.

Gleichzeitig wirft die Geschichte des Ortes allein dadurch, dass er ohne Unterbrechung über einen so langen Zeitraum als Gefängnis genutzt wurde, diverse Fragen zu Kontinuitäten und Brüchen der deutschen Geschichte auf, ohne dass man hier voreilige Schlüsse ziehen und vereinfachende Begründungen anführen müsste. Dass das Klapperfeld unter unterschiedlichsten politischen Bedingungen gleichbleibend als Haftort diente, hat zunächst einmal etwas mit der für diese Zwecke gemachten architektonischen Beschaffenheit des Ortes zu tun. Daher gilt es die jeweils unterschiedlichen politischen und auch juristischen Voraussetzungen, unter denen Menschen hier inhaftiert wurden, bei der Betrachtung und Darstellung der Geschichte des Gefängnisses zu berücksichtigen.

In unserer Ausstellung behandeln wir nicht alle Nutzungsphasen gleichermaßen ausführlich. Das ist einerseits eine Kapazitätenfrage – denn es braucht Menschen, die die Recherche machen und die neben allen anderen anfallenden Aufgaben in einem selbstverwalteten Zentrum und im (Arbeits-)Alltag Zeit

dafür haben.[11] Gleichzeitig ist es aber auch eine bewusste Entscheidung, sich mit bestimmten Phasen der Nutzung intensiver auseinanderzusetzen als mit anderen.

Die Beschäftigung mit der NS-Zeit und den in dieser Zeit begangenen deutschen Verbrechen war für uns – wie gesagt – schon bei der Frage, ob wir in das Klapperfeld umziehen, von großer Bedeutung und war letztlich Ausgangspunkt der historischen Recherchen. Wichtig erscheint uns das nach wie vor nicht zuletzt deshalb, weil das Klapperfeld unmittelbar Teil der Verfolgungs- und Mordmaschinerie der Nazis war. Angesichts vorherrschender Diskurse von einer besonders gut aufgearbeiteten und zumindest insoweit bewältigten Vergangenheit, dass man in Deutschland nun wieder stolz sein kann – wenn nicht auf die Verbrechen, so aber doch auf die folgende Erinnerungsarbeit – erscheint es uns umso wichtiger, auf die Leerstellen dieser „Erinnerung" hinzuweisen. Gleichzeitig geht es uns aber nicht allein um die Leerstellen, sondern auch um eine andere Form der Auseinandersetzung mit der Geschichte, die sich nicht so leicht von einem nationalen Erinnerungsdiskurs und offiziellen Formen des Gedenkens vereinnahmen lässt.

Eine verstärkte Beschäftigung mit Abschiebehaft und der Nutzung des Klapperfelds als Abschiebeknast liegt angesichts der aktuellen Situation von Flüchtlingen und der Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa auf der Hand. Die Tatsache, dass unterschiedlichste Menschen, die das Klapperfeld besichtigen, nicht unberührt bleiben, wenn sie mit den Haftbedingungen von Abschiebehäftlingen konfrontiert sind, zeigt, wie wichtig diese Arbeit ist. Für viele sind diese Themen sonst völlig fern von ihrer eigenen Lebensrealität und ein Besuch im Klapperfeld regt sehr oft unmittelbar zum Nachdenken darüber an, wie in Deutschland insbesondere mit Flüchtlingen umgegangen wird. Gleichzeitig gilt es, insbesondere bei Führungen mit Schulklassen, auf einen sensiblen Umgang zu achten, denn selbstverständlich ist (Abschiebe-)Haft für viele Menschen auch Teil eigener Erfahrungen oder der von Freund_innen und Angehörigen.

Wir haben uns dafür entschieden, die unterschiedlichen historischen Phasen nicht bruchlos ineinander übergehen zu lassen, was sich auch in der Form der Ausstellung widerspiegelt. So wird sich die bereits erwähnte, derzeit in Konzeption befindliche Ausstellung zum Abschiebetrakt deutlich von der zur NS-Zeit unterscheiden. Einerseits, weil wir eine Gleichsetzung auch der Form nach vermeiden wollen, zum anderen auch, um gar nicht erst den Eindruck zu erwecken, Abschiebungen würden gegenwärtig nicht mehr stattfinden. Hier soll

11 Das soll nicht als Wunsch nach Professionalisierung verstanden werden, denn die Forschung verläuft zwar manchmal langsam, aber sie erfolgt. Die Tatsache, dass sich die Praxis der historischen Forschung vielfach erst selbst angeeignet wird, sehen wir dabei als Vorteil.

daher weniger mit musealisierenden und historisierenden Formen wie Texttafeln gearbeitet werden, die uns der Auseinandersetzung mit Abschiebehaft – die nur im Klapperfeld Geschichte ist – nicht angemessen erscheinen. Stattdessen werden wir mit Hilfe von Audioinstallationen die vielen Inschriften in den unterschiedlichen Sprachen hörbar machen, um zumindest diese Mitteilungen der vermutlich abgeschobenen Menschen gegenwärtiger werden zu lassen.

Sicherlich stellt sich hier die Frage, ob Texttafeln, wenn sie als historisierend wahrgenommen werden, denn eine angemessene Form für die Ausstellung über die NS-Geschichte des Gefängnisses darstellen? Diese Frage lässt sich hier nicht beantworten, festhalten kann man aber, dass es anzustreben wäre, bestimmte Kontinuitäten genauer herauszuarbeiten, seien es personelle z.B. in den Justiz- und Polizeiapparaten oder ideologische z.B. im Hinblick auf antisemitische oder antikommunistische Diskurse.

Die Frage nach Kontinuitäten und Gegenwartsbezügen bei der Vermittlung von NS-Geschichte stellt sich ja gerade in vielen Gedenkstätten und Museen und allgemein in der pädagogischen Arbeit. Vielfach erscheinen diese Versuche unbeholfen, tendieren oft auch zu vereinfachenden und voreiligen Gleichsetzungen oder ergießen sich in allgemeinem Menschenrechts-Blabla. Im Klapperfeld lässt sich damit anders umgehen, gerade weil es kein Museum ist, sondern auch ein Ort für aktuelle politische Auseinandersetzungen. Während bis vor gut zehn Jahren im Klapperfeld noch Menschen inhaftiert waren, um abgeschoben zu werden, treffen sich hier heute Flüchtlinge, um sich gemeinsam mit No Border-Aktivist_innen auch ohne Fluchthintergrund zu organisieren und gegen Abschiebungen vorzugehen. Es finden Soli-Barabende zur Unterstützung antirassistischer Initiativen statt und, wie bereits erwähnt, beziehen sich Ausstellungen und Veranstaltungen immer wieder auf die Vergangenheit des Klapperfeldes als Abschiebeknast.

Ein anderes Beispiel der Verschränkung von Geschichte mit gegenwärtigem Aktivismus wäre die Auseinandersetzung mit rechten und neonazistischen Strömungen. Schon der Hinweis im Zeitstrahl der Ausstellung darauf, dass noch 2001 Demonstrierende gegen einen Naziaufmarsch im Klapperfeld inhaftiert wurden, zeigt, dass diese Arbeit nicht einfach der Vergangenheit angehört. Noch deutlicher wird das bei Aufrufen gegen aktuelle Naziaufmärsche oder daran, dass im Eingangsbereich auf verschiedene Frankfurter Neonazis hingewiesen wird, die sich hin und wieder in die Nähe des Klapperfeldes verirren.

Wir wollen bewusst kein Museum sein, was nicht heißt, dass unsere Ausstellung einen vollkommen anderen Charakter hätte. Aber wer das Klapperfeld betritt oder dort vorbeikommt, wird über Plakate, Flyer, Graffitis etc. auf unterschiedlichste aktuelle politische Themen aufmerksam gemacht und merkt an verschiedenen Aspekten der Raumgestaltung, dass er_sie in keinem gewöhnlichen Museum ist. Das führt immer wieder dazu, dass bei Führungen

Diskussionen über das Verhältnis von Geschichte und Gegenwart und den Umgang mit einem so vielfältig historisch geprägten Ort aufkommen.

Oft ist der Anlass dafür zunächst scheinbar völlig unpolitisch. Bei Führungen mit Schulklassen kommt zum Beispiel immer wieder die Frage auf, warum irgendwo Bierflaschen herumstehen – etwas, das bei der Erwartung, eine Art Museum zu betreten, irritiert. Bei dieser Irritation lässt sich ansetzen, um zu erklären, wie so ein selbstverwaltetes Zentrum funktioniert, warum sich Leute hier engagieren und warum dieses Engagement und das Biertrinken am gleichen Ort stattfinden. Das ermöglicht Besucher_innen völlig andere Eindrücke als ein herkömmliches Museum und öffnet damit Möglichkeiten für eine offenere Form der Auseinandersetzung. Außerdem ist es so für Besucher_innen leichter, sich von den erwarteten Verhaltensweisen in einem Museum zu lösen. Das ist etwas, das nach unserem Eindruck eine Auseinandersetzung mit dem Ort und seiner Geschichte befördert und zudem deutlich werden lässt, dass Geschichte nicht einfach ist, sondern vor dem Hintergrund gegenwärtiger Interessen erzählt wird und dabei Gegenstand diverser Auseinandersetzungen ist.

Anhand dieser Beispiele wurde hoffentlich deutlich, wie das Klapperfeld, vermittelt über seine gegenwärtige Nutzung, Zugänge zur Geschichte des Ortes ermöglicht und umgekehrt Fragen zur gegenwärtigen Kontextualisierung der historischen Auseinandersetzung aufwirft.

Das alles verläuft nicht immer reibungslos, aber zumindest treffen die Ideen zur Organisation eines selbstverwalteten Zentrums und die geschichtspolitische Auseinandersetzung im Klapperfeld so immer wieder aufeinander, was sicherlich auch eine Besonderheit und Stärke des Projektes ausmacht. Durch die Verbindung eines selbstverwalteten, politischen Zentrums mit der Geschichtsarbeit im Klapperfeld als einem Ort der Erinnerung greifen politische und emanzipatorische Ansprüche, ein gemeinsam organisiertes Miteinander, historische Forschung und geschichtspolitische Auseinandersetzung ineinander. So ist – ließe sich positiv formulieren – ein Ort entstanden, an dem einerseits Geschichte erfahrbar wird und gleichzeitig Möglichkeiten und Experimentierfelder zur politischen Gestaltung der Gegenwart eröffnet werden.

Friedemann Affolderbach und Uwe Hirschfeld

Zwischen Legitimation und Emanzipation? Geschichtspolitik in der kritischen Bildungsarbeit

Die vom AK Loukanikos angestoßene und geführte Diskussion über die wissenschaftliche Befassung mit Geschichte und deren Darstellung ist für die linke Bewegung von großer Bedeutung. Sie stellt aber nur eine, wenn auch unverzichtbare Perspektive dar, nämlich den professionell-politischen Umgang mit Geschichte. In unserem Beitrag wollen wir[1] einige Überlegungen aus einer anderen Perspektive beisteuern: die Auseinandersetzung mit Geschichte im Rahmen *politischer Bildung*.[2] Selbstverständlich verschränken sich beide Perspektiven, z.B. wenn HistorikerInnen in der Bildungsarbeit aktiv sind, es sind aber auch deutliche Unterschiede zu bedenken. Unsere Überlegungen in Form von Anregungen zur Diskussion beziehen sich auf die von *Antonio Gramsci* entwickelte Konzeption und Bedeutung des Alltagsverstands; es geht uns um die Ausarbeitung eines historischen (Selbst-)Bewusstseins auf dem Weg zu einer „Philosophie der Praxis", worunter Gramsci ein kohärentes Bewusstsein kritischer Handlungsfähigkeit in den gesellschaftlichen Widersprüchen versteht.[3]

Unser Beitrag gliedert sich in vier Teile. Im ersten wird die *Konzeption des Alltagsverstands* (sehr) kurz vorgestellt, im zweiten Teil geht es um bestimmte *Grundmuster des Geschichtsverständnisses*, mit denen politische Bildung umzugehen, bzw. die sie zu vermeiden und zu kritisieren hat. Drittens beschäftigen wir uns mit einigen ausgewählten *Aspekten der pädagogischen Dimension* um abschließend (viertens), einige der Probleme am Beispiel der *Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in den neuen Bundesländern* zu veranschaulichen.

Unsere zentrale Problemstellung lässt sich dahingehend zuspitzen, dass sich die Funktionen historischen Wissens im Alltagsverstand nicht aus der Sache heraus ergeben, sondern durch aktuelle Handlungsnotwendigkeiten bestimmt werden. Die Frage lautet: Wie kann eine historisch-kritische Bildungsarbeit so damit umgehen, dass Wissensbestände und Handlungsvollzüge (selbst-)kritisch reflektiert werden können?

I. Zum Alltagsverstand

Mit dem Begriff des Alltagsverstands fasst Gramsci eine Gedanken- und Handlungswelt, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie sich aus verschiedenen, widersprüchlichen Elementen zusammensetzt, die in keinem strukturierten Zusammenhang stehen. Im Alltagsverstand finden sich, so heißt es bei Gramsci,

> „Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie."[4]

Wichtig ist sich zu vergegenwärtigen, dass Gramsci nicht nur Gedanken im Sinn hat, sondern es ihm auf deren praktische Bedeutung ankommt. Über den Alltagsverstand ist der Mensch mit vielen anderen Menschen verbunden, wird Teil von Gemeinschaften. Zudem erlauben ihm die verschiedenen Elemente des Alltagsverstands, die Herausforderungen des Alltags zu bewältigen. Die „eigene

1 Wir kommen aus der (offenen) Jugend- und Bildungsarbeit. Friedemann Affolderbach promoviert z. Zt. an der Uni Frankfurt/Main mit einem Thema, das sich mit dem Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie in der politischen Bildungsarbeit befasst; Uwe Hirschfeld arbeitet mit dem Schwerpunkt politische Theorie und Bildung an der Ev. Hochschule Dresden.

2 Uns geht es dabei nicht um den Unterricht in der Schule, sondern (zunächst) um außerschulische politische Bildungsarbeit im Kontext eines linken Selbstverständnisses. Dabei wird politische Bildung zugleich eng, wie auch weit gefasst. Eng, da es um originär pädagogische Verhältnisse geht, die zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil durch die Absicht zu lernen und sich zu bilden bestimmt werden. In ihnen ist das Verhältnis von „Lernenden" und „Lehrenden" – wie immer diese Begriffe im Weiteren auch definiert werden – wesentlich. Dabei spielt es keine Rolle, ob dieses Verhältnis auch zugleich ein Verhältnis zwischen Generationen (jung – alt) und/oder zwischen Laien und ExpertInnen/Professionellen darstellt. Eng gefasst wird die Betrachtung der politischen Bildung auch, weil von der Schule abgesehen wird. Dies zum einen, weil sich die Institution Schule nicht von der Pädagogik her erklären lässt, diese ist allenfalls Mittel zum Zweck gesellschaftlicher Reproduktion; zum anderen, weil die zentralen Voraussetzungen einer emanzipatorischen politischen Bildung, nämlich Freiwilligkeit und Eigenermächtigung, dort strukturell nicht gegeben sind. Weit wird politische Bildung verstanden, weil sich die Beschäftigung nicht nur auf die organisierte politische Bildung (z.B. in Parteien und Verbänden) bezieht, und schon gar nicht auf die „politische Bildung", die sich als „Staatsbürgerkunde" in Gebrauchsanweisungen für den institutionalisierten Politikbetrieb erschöpft, sondern all die Praxisfelder mit einbezieht, in denen Prozesse politischer Bildung möglich sind. Damit sind vor allem die Bereiche non-formalen und informellen Lernens gemeint, die nicht zum Zwecke der politischen Bildung organisiert sind, dieser aber zumindest punktuell zugänglich sind (womit auch entsprechende Lernvorgänge in schulischen Kontexten wieder mit eingeschlossen sind).

3 Siehe dazu ausführlich Haug, Wolfgang Fritz: Einleitung; in: Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Band 6 „Philosophie der Praxis" (künftig zitiert als: GH), Hamburg 1994, S. 1195-1221; und: ders.: Philosophieren mit Brecht und Gramsci (Erweiterte Ausgabe); Hamburg 2006.

4 GH 6, 1376.

Persönlichkeit ist auf bizarre Weise zusammengesetzt“[5], aber nichtsdestotrotz nützlich. In den Widersprüchen der bürgerlichen Welt erlaubt der „bizarre“ und fragmentierte Alltagsverstand ein Handeln, das sich auf die einzelnen Rollen und Praxisfelder bezieht. Ein und dieselbe Person vermag mal als Kunde, mal als Vater, mal als Arbeitnehmer, mal als Umweltschützer und mal als Katholik zu handeln, ohne die Widersprüche wahrzunehmen, die sich dabei möglicherweise auftun: Man kauft so preiswert wie möglich und kritisiert gleichzeitig die ökologischen Kosten globaler Produktionswege; man fordert als Angestellter höheren Lohn und wählt als katholischer Christ die CDU, usw. Dabei ist der Alltagsverstand auch nicht auf eine einzelne soziale Gruppe beschränkt, sondern allerorts zu finden; er ist nicht statisch, sondern in ständiger Veränderung begriffen. Vom Alltagsverstand unterscheidet Gramsci die Philosophie (der Praxis), die bewusst, systematisch und kohärent ist:

> „Die eigene Weltauffassung kritisieren heißt mithin, sie einheitlich und kohärent zu machen und bis zu dem Punkt anzuheben, zu dem das fortgeschrittenste Denken der Welt gelangt ist.“[6]

Übertragen wir die öfters bei Gramsci in verschiedenen Varianten auftauchende Formulierung, *den Alltagsverstand einheitlich, homogen und kohärent zu machen*, in unsere Alltagssprache, könnten wir sagen: *Es geht darum den Alltagsverstand als allgemeines Bewusstsein Gleicher zu entwickeln, die so zusammenhängend (gemeinsam) handlungsfähig werden*. Mit einem uniformierten, gleichgeschalteten Bewusstsein hat das also nichts zu tun.[7]

Versteht man den Alltagsverstand so, wie von Gramsci hegemonietheoretisch konzipiert, lassen sich im Hinblick auf die einzelnen Elemente drei Feststellungen treffen:

Erstens: Sie sind in irgendeiner Hinsicht *praktisch*, d.h. sie tragen zur Bewältigung der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen bei, denen sich das Individuum gegenüber sieht. Sie ermöglichen eine Interpretation der Gegenwart und bieten Sicherheit im Hinblick auf neue Ereignisse.

Zweitens: Ihre soziale Leistung besteht darin, dass sie das Individuum mit anderen Menschen verbinden, die den Herausforderungen ähnlich begegnen. Damit stiften sie einen *sozialen Zusammenhalt*, der über einen, wie imaginär auch immer, gemeinsamen Begründungszusammenhang verfügt. Dies sind sowohl Formen der ideologischen Einbindung, es können aber auch, oft mit der ideologischen Einbindung verschränkt, Formen des Widerstands sein (die, wenn sie zu einem dominanten kulturellen Zusammenhang werden, aber eine andere Qualität haben).[8]

Drittens: Als Elemente des Alltagsverstands bleiben die unterschiedlichen Geschichtsvorstellungen von anderen Elementen weitgehend *isoliert*, was vor allem heißt, die verschiedenen „Abteilungen“ behindern sich nicht gegenseitig.

Eine historisch-kritische Bildung, muss (mindestens) auf diese drei Punkte neue Antworten entwickeln: Diese müssen praktisch sein (die Herausforderungen der alltäglichen Praxis haben sich ja nicht in Luft aufgelöst!), sie müssen soziale Verbindungen konstituieren, deren Qualität mindestens jener der alten Beziehungen entspricht, und sie müssen eine selbstkritische „Inventur“ des Denkens (Gramsci) befördern.

Historische Gegenstände, bzw. pädagogische Prozessangebote, die dies nicht zu leisten vermögen, kann man sich sparen, da sie den Alltagsverstand eher bestätigen, denn zu seiner Weiterentwicklung beitragen. Allerdings lässt sich die Wahl nicht allein vom Gegenstand (oder der Methode) her entscheiden, sondern nur im Kontext der unterschiedlichen Geschichtsmuster und den subjektiven Bedingungen. Was in dem einen Fall untauglich sein kann, ist in einem anderen Kontext, einer anderen Situation möglicherweise kritisch produktiv.

II. Muster im Geschichtsverständnis

Es gehört sicherlich zu den banalen Einsichten, dass die Auseinandersetzung mit Geschichte, egal mit welcher Intensität sie betrieben wird, nicht im „luftleeren Raum“ stattfindet. Sie ist stets Teil einer von verschiedenen, zum Teil widersprüchlichen Interessen durchsetzten Gegenwart. Und es ist auch keine neue Erkenntnis, dass sich aktuelle Ansprüche in der Auswahl, im Verständnis und in der Präsentation von Geschichte niederschlagen. Geschichtswissenschaft kann man als den Versuch verstehen, diese Einflüsse, die nicht zu eliminieren sind, zumindest dem Anspruch nach methodisch zu kontrollieren und in ihrer konkreten Bedeutung zu reflektieren.

Dieser methodische Apparat der Geschichtswissenschaft, der ja über die einzelne Forschungsarbeit hinausgeht und kollektive, gar institutionelle Ausformungen wie Universitäten hat, steht der politisch-historischen Bildungsarbeit nur begrenzt zur Verfügung. Für sie ist die wissenschaftliche Historiographie eine Quelle – und im pädagogischen Prozess nicht unbedingt die wichtigste.[9]

5 Ebd.

6 Ebd.

7 Siehe dazu ausführlicher Hirschfeld, Uwe: Alltagsverstand; in: Brand, Ulrich u.a. (Hg.): ABC der Alternativen 2.0; Hamburg 2012, S. 16f.

8 Im Verständnis vom Kulturellen liegt das Konzept des Alltagsverstands quer zu den kulturwissenschaftlichen Überlegungen zu Erinnerung und Gedächtnis, wie sie etwa von Aleida und Jan Assmann skizziert worden sind; zum Verständnis des Ideologischen und des Kulturellen siehe Haug, Wolfgang Fritz: Elemente einer Theorie des Ideologischen. Hamburg 1993.

9 Hier wird ein sehr grundsätzliches Problem aufgeworfen: Zum einen ist es für die Förderung und Entwicklung des Alltagsverstands hin zu einer wissenschaft-

Von daher ist es von besonderer Bedeutung, zu klären, was für ein Verständnis von „Geschichte" – jenseits konkreter Ereignisse – vorliegt, bzw. unbeabsichtigt befördert wird. Diese Grundmuster können als Interpretationsrahmen für historische Aneignungsprozesse überhaupt gedacht werden. Es ist davon auszugehen, dass vielfältige Geschichtsverständnisse im Alltagsverstand sozialer Gruppen zu finden sind.[10]

Für eine politisch-historische Bildung heißt das, sich mit diesen spezifischen Mustern auseinanderzusetzen, um eine eigene, kritische Position zu entwickeln. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind in einem groben Überblick drei grundlegend unterschiedliche Muster von Geschichtsauffassung auszumachen, die zugleich Hinweise geben, was eine kritische Bildungsarbeit zu beachten hat.

A) *Das Muster religiöser Gewissheit*. Hier ist von einer unreflektierten Dominanz einer Tendenz, einer Strömung des Aktuellen zu sprechen. Das „was", „wie" und „warum" der historischen Auseinandersetzung wird durch die gegenwärtigen Interessen sozialer Gruppen (respektive diskursiver Verbände) und deren Kräfteverhältnisse bestimmt. Historische Ereignisse werden gemäß den eigenen Vorstellungen der AkteurInnen interpretiert, gegebenenfalls auch verfälscht, um bestimmte Herrschaftspositionen zu legitimieren (oder auch in Frage zu stellen). „Geschichte" ist dabei ein beliebiges Material, das nach den Gesichtspunkten der politischen und ideologischen Nützlichkeit instrumentalisiert

lichen Weltauffassung nicht akzeptabel, hinter die professionell-wissenschaftlichen Standards der Geschichtsforschung zurückzufallen, oder sie auch nur zu ignorieren. Gleiches gilt natürlich auch für alle anderen Lebensbereiche: von den Sozial- bis zu den Natur- und Technikwissenschaften. Gleichzeitig ist es schlicht unmöglich, trotz des Anspruchs an die Wissenschaftlichkeit der Weltauffassung, dass sich jede und jeder tatsächlich all dieses Wissen und diese Kompetenzen individuell vollumfänglich aneignet. Diese Schwierigkeiten sind umso beträchtlicher, da wir ja noch von der Phase der Kritik und des Widerstands sprechen, wo also sämtliche Mechanismen von Bildungsausschluss und Wissensprivatisierung gelten. Für eine kritische Bildungsarbeit kann dies, ohne dass es sich dabei schon um eine befriedigende Lösung handelt, als Mindeststandard nur bedeuten, die Problematik allgemein zu thematisieren und konkret die Überprüfbarkeit der Fakten und Aussagen zu ermöglichen – was damit zu einem Kriterium der didaktischen Analyse wird.

10 Wobei man diese Zuordnungen vorsichtig handhaben muss. Zum einen stellt sich die Frage nach der Definition der sozialen Gruppen, die sicherlich nicht abstrakt erfolgen kann, sondern, vor allem wenn man den Alltagsverstand zum Ausgangspunkt einer kritischen Bildungsarbeit macht, die Selbstdefinition von Gruppen wesentlich berücksichtigen muss. Zum anderen können selbst in solchen Gruppen unterschiedliche, möglicherweise auch widersprüchliche Geschichtsvorstellungen existieren, da diese sicherlich stark von der jeweiligen Familiengeschichte und der individuellen Biographie beeinflusst werden.

wird. Damit wird die reale Geschichte nicht aufgeklärt, sondern mystifiziert, sie „beweist" mal das eine, mal das andere…

Wir sprechen hier von einem *Muster religiöser Gewissheit*, weil „die Wahrheit" schon immer vor der konkreten Geschichte da ist und die Historie (wie die Historiografie) nur der Bestätigung dieser Wahrheit dient, die ihre realen Interessen stets in der Gegenwart hat. Das *Muster religiöser Gewissheit* trifft sich mit Gläubigkeit insofern, als es von einer der Empirie vorhergehenden „Kraft" ausgeht. Auch in der Geschichte der sozialistischen und der Arbeiterbewegung gab und gibt es diesen Umgang mit Geschichte, insbesondere dann, wenn die Bewegungen Staat wurden (oder, in internen Konflikten, diesen imaginierten). In der Legitimation ihrer Herrschaft verhielten sich die staatssozialistischen Parteien wie Handelnde in göttlichem Auftrag. Eine Aufgabe kritischer Bildung im Umgang mit Geschichte ist also immer die transparente Analyse der gegenwärtigen Interessen – einschließlich einer Klärung der eigenen Position.

B) Hier schließt unmittelbar der zweite Punkt an, das *Muster der dogmatischen Setzung*. Die geforderte Analyse der gegenwärtigen Interessen heißt auch, Kräfteverhältnisse zu untersuchen und Kompromisse kenntlich zu machen. Eine hegemonietheoretische Analyse wird dann produktiv, wenn sie die Verschränkungen und Durchdringungen der verschiedenen Interessen und Strategien sichtbar macht. Hegemoniale Herrschaft funktioniert über eine (zumindest punktuelle, oft aber viel weitergehende) Einbindung der Subalternen. Viele dieser Anschlüsse und Kompromisse sind in einer Art und Weise entstanden, dass sie den aktuellen AkteurInnen schlicht selbstverständlich erscheinen. Insbesondere die eigenen Verstrickungen und die damit verbundenen „Gewinne" sind kritisch zu betrachten. Versäumt es die politisch-historische Bildungsarbeit sich auf den Prozess selbstkritischer Analyse einzulassen, verkommt die Gegenwartsanalyse zu einer dogmatischen Setzung, aus der der Geschichtsumgang „abgeleitet" wird. Auch wenn es in der Erfahrung der linken Bewegungen nicht immer präsent war: Im Kern ist kritische Theorie immer auch eine selbstkritische Theorie (mehr noch: Es ist der einzige Theorieansatz, der das zu leisten vermag).

C) Was an Widersprüchen und Kompromissen für die Gegenwartsanalyse gilt, gilt nicht weniger für die Situationen und Verhältnisse in der Vergangenheit. Sie waren nicht weniger umkämpft und nicht weniger komplex, als sie es heute sind. Wir untersuchen die historischen Prozesse immer unter der Voraussetzung, dass wir die (widersprüchlichen!) „Ergebnisse" kennen, die unseren Ausgangspunkt darstellen. Es ist ein systematischer Rückschaufehler, aus der Kenntnis der Gegenwart heraus die Verhältnisse in der Vergangenheit zu simplifizieren, sie eindeutig und zwingend zu machen. Historische Prozesse sind nicht nur in

ihrer Gegenwart so schwer durchschaubar wie die aktuellen, sondern sie tragen in sich auch immer die Möglichkeiten anderer Verläufe. Gerade für eine kritische Bildung, die nach Alternativen zum Bestehenden sucht, ist es wichtig, kein *Muster einer Simplifizierung* aufkommen zu lassen. Geschichte als „Selbstläufer" ist nur eine andere Form, Geschichte zur Illustration gegenwärtiger Interessen und Vorstellungen zu degradieren.

Sicherlich sind noch andere Grundmuster eines Geschichtsverständnisses im Alltagsverstand auszumachen (z.B. Geschichte als Zufall und Chaos, regionale und/oder ethnische Interpretationen), doch scheinen uns die skizzierten drei in der Geschichte linker Bewegungen von besonderer Bedeutung. Es ist auch zu betonen, dass sie selbstverständlich nicht in „Reinkultur" vorkommen, sondern sich überschneiden und vermischen können. Interessant ist, dass die Interpretationsrahmen für Geschichte mit jeweils spezifischen und partiellen Wahrnehmungen der Gegenwart korrespondieren. Für eine kritische Bildungsarbeit haben sie eine dreifache Bedeutung: Sie sind als mögliche Dispositionen der Geschichtsaneignung bei den Lernenden zu bedenken, sie sind aber auch, vielleicht sogar vorrangig, im unreflektierten Selbstbewusstsein der Lehrenden auszumachen, was insbesondere dann vorliegen mag, wenn die Lehrenden keine professionellen HistorikerInnen[11] sind. Und drittens sollte auch zur (selbst-) kritischen Prüfung gehören, inwieweit bestimmte Medien oder Formen[12] der Auseinandersetzung mit Geschichte solche Grundmuster möglicherweise unbeabsichtigt befördern oder – bewusst – in Frage stellen.

III. Aspekte der pädagogischen Dimension

Als ein hermeneutischer Prozess der Verschränkung von Gegenwartsinteressen, Vergangenheitsinterpretation und Zukunftsantizipation muss sich die kritische Bildungsarbeit mit der pädagogischen Dimension[13] dieser Auseinandersetzung

11 Und, sollte man meinen ergänzen zu müssen, keine professionellen (Sozial-)PädagogInnen sind, bei denen eigentlich auch eine selbstkritische Reflexion der eigenen gedanklichen Muster erwartet werden sollte – was aber leider oftmals nicht der Fall ist.

12 „Wie wir von dem Geschehenen sprechen, gibt auch Auskunft darüber, was wir davon wissen." Heyl, Matthias: Historisch-politische Bildung zur Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen im 21. Jahrhundert. In: Hilmar, Till (Hg.): Ort, Subjekt, Verbrechen. Koordinaten historisch-politischer Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus. Wien 2010, S. 23-53, hier: S. 26.

13 Wir fassen mit der pädagogischen Dimension nicht nur die unmittelbare Interaktion in der Lehr-Lern-Situation, sondern immer auch das Verhältnis zum Lerngegenstand. An dieser Stelle unterscheiden wir uns von manch modischen Ansätzen der Erziehungswissenschaft und insbesondere der Didaktik, die nur noch das

befassen. Wir wollen hier vier Aspekte dieser Dimension ansprechen, denen eine besondere Bedeutung zukommt: (A) dem doppelten Subjektbezug, (B) dem Dialog, (C) der Empathie und (D) der Utopiefähigkeit.

Auch hier ist keine Systematik und Vollständigkeit angestrebt. Vielmehr geht es uns um die Betonung einiger Aspekte, die in der gegenwärtigen Diskussion (z.B. in der Gedenkstättenpädagogik)[14] eine Rolle spielen, bzw. unserer Ansicht nach dort einen Platz haben sollten.

A) *Doppelter Subjektbezug*[15] meint zum einen *die Subjekte des historischen Gegenstandes,* das Verhältnis von Struktur und Handlung. Die Menschen vergangener Zeit waren so sehr Handelnde und Getriebene wie wir es sind. Keinesfalls kann man sie nur als Ausführende struktureller Vorgaben sehen und darstellen. Sie waren in ihrer Zeit erkennend, leidenschaftlich, sich (und andere) täuschend, handelnd in ihren Möglichkeiten – manchmal blieben sie hinter dem zurück, was uns heute als historisch möglich erscheint; manchmal gingen sie darüber hinaus und machen uns noch heute staunend. Gleichwohl kann man Geschichte nicht nur auf das menschliche Handeln und Wollen reduzieren,[16] ohne die Strukturen der „hinterrücks" sich manifestierenden Vergesellschaftungsprozesse zu berücksichtigen.

Zum anderen[17] geht es um *die Subjekte des Lernens,* nämlich um Biographie und Lebenswelt als die perspektivgebenden Horizonte der (individuellen und kollektiven) Gegenwart. Die Analyse der aktuellen Verhältnisse greift zu kurz, wenn sie die konkreten Lebensverhältnisse nicht mit einbezieht, die in einer durchaus gebrochenen Beziehung zu den allgemeinen Verhältnissen stehen können. Erst über ein Verständnis der individuellen Situation, deren Biographie und sozialen Kontext, lässt sich erahnen, welches Interesse das Subjekt der historischen Betrachtung entgegenzubringen vermag. Spätestens hier wird deutlich, dass für politisch-historische Bildung eine allein geschichts- oder politikwissen-

Methodische und die Beziehungsebene im Fokus haben und denen die Gegenstände beliebig austauschbar erscheinen.

14 Siehe z.B. Nickolai, Werner / Schwendemann, Wilhelm (Hg.): Gedenkstättenpädagogik und Soziale Arbeit; Berlin 2013.

15 Wir übernehmen die Formulierung von Heyl 2010.

16 Das in der Intention sicherlich wichtige und in seinen Vorschlägen bedenkenswerte Buch „Selbst denken. Anleitung zum Widerstand" von Harald Welzer (Frankfurt a.M. 2014) leidet tendenziell an dieser Fokussierung und gerät damit zu einem unangemessenen „menscheln".

17 Wobei „zum anderen" denn eher eine rhetorische Figur und keine inhaltliche Positionierung darstellt: Das Verständnis des Subjektcharakters der historischen Personen hängt aufs engste mit der Förderung und Entwicklung der eigenen Subjekthaftigkeit zusammen!

schaftliche Qualifikation nicht ausreicht. Biographie und Lebenswelt mit ihren eigenen Deutungshorizonten verlangen, ebenso wie Lern- und Gruppendynamiken, eine (sozial-)pädagogische Kompetenz (die allein selbstverständlich auch unzureichend wäre). Zudem kann man schon hier feststellen, dass es spätestens an dieser Stelle mit den Möglichkeiten einer vorgängigen, stellvertretenden Analyse vorbei ist. Lehrende in der Bildungsarbeit können (und müssen) sich mit der Gegenwartsanalyse beschäftigen, doch spätestens wenn die konkreten Lernenden in den Blick kommen, sind diese an der Analyse zu beteiligen, sind die sozialen und kulturellen Situationen und Hintergründe nur in einem Dialog zu erarbeiten, in dem Lernende und Lehrende wechselseitig voneinander lernen.

B) Mit dem *Begriff des Dialogs und einer Praxis der Dialogizität* beziehen wir uns auf Paulo Freire.[18] Im Sinne Freires geht es darum, in der Form einer dialogischen Beziehung ein gesellschaftlich geprägtes Lern-Verhältnis aufzubrechen, bei dem sich Lehrende als die Wissenden und Lernende als die Wissen-Empfangenden hierarchisch gegenüberstehen. Freire skizziert diese so:

> „Durch Dialog hört der Lehrer der Schüler und hören die Schüler des Lehrers auf zu existieren, und es taucht ein neuer Begriff auf: der Lehrer-Schüler und die Schüler-Lehrer."[19]

Zwei Tendenzen sind hierbei besonders hervorzuheben. Zum einen werden Lehrende selbst zu SchülerInnen und dies nicht nur in Bezug auf die Lebenswirklichkeit der lernenden Subjekte, sondern auch im Hinblick auf den historischen Gegenstand. Die Transparenz der Auseinandersetzung ist die Voraussetzung des dialogischen Lehrens und Lernens (Authentizität des Lehrers). Zum anderen begründet die Praxis der Dialogizität die Entwicklung einer kooperativen Beziehung, bei der sich die „ErkenntnisakteurInnen" gemeinsam den Zugang zu einem „Erkenntnisobjekt" erarbeiten, begreifen und verantworten. Lehrende und Lernende sind „horizontal"[20] in einem wechselseitigen Verhältnis des Lernens miteinander verbunden.

In diesem Zusammenhang stellt sich Freire gegen das Missverständnis, welches den Dialog auf eine Taktik reduziert oder methodische Technik verkürzt, „um bestimmte Resultate zu erreichen."[21] Demgegenüber betont er den Dialog als eine Form der „Begegnung", bei „der die im Dialog Stehenden ihre gemeinsame Aktion und Reflexion auf die Welt richten."[22] Die Aufmerksamkeit zielt auf gemeinsames Handeln, welches auf die „Wirklichkeit gerichtet" ist, die mit „anderen Menschen zusammen verwandelt werden muss."[23] So „wird der Dialog zu einem politischen, denn jede Handlung spielt sich in einem thematischen Kontext ab – und reproduziert diesen zugleich, verändert, erweitert oder verkürzt ihn."[24]

In diesem Sinne geht es für die am Dialog Beteiligten um die Gewinnung von Handlungsfähigkeit in der Gegenwart, die zugleich auf die Zukunft gerichtet ist. Die kooperative Aneignung über den Dialog ist ein Weg, die gesellschaftlichen Formungen, Brechungen und Entfremdungen zu verlebendigen. Eine Erinnerungsarbeit als dialogische Praxis ist somit eine ‚Verlebendigung' von Erfahrungen der Menschen.

C) *Empathie,* ein weiterer wichtiger Aspekt der pädagogischen Dimension, ist nicht exklusiv für die historisch-politische Bildung reserviert, sondern vielmehr als eine Grundkategorie aller Lehr-Lernprozesse zu verstehen. Allerdings scheint es in der Erinnerungsarbeit/Gedenkstättenpädagogik zu besonders häufigen (und fatalen) Missverständnissen zu kommen. Empathie ist zunächst als temporäre Identifikation, genauer: „als-ob"-Identifikation mit den historischen AkteurInnen (nicht nur mit den Opfern!) zu verstehen. Damit ist sie nur eine (!) Form der analytischen Auseinandersetzung mit dem historischen Gegenstand. Die Differenz zwischen AnalytikerIn und AnalysandIn ist dabei immer bewusst zu halten. Empathie ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck des Erkenntnisgewinns. Sie ist keinesfalls mit „Betroffenheit" zu verwechseln, denn diese verleugnet die erkenntnisfördernde Distanz. Des Weiteren ist Empathie dauerhaftes Ziel und grundlegende Bedingung im pädagogischen Prozess selbst. Ohne wechselseitige Empathiebeziehungen ist ein Dialog gar nicht vorstellbar. Und auch hier gilt dann schon das beim doppelten Subjektbezug Angemerkte: Die Förderung und Entfaltung eigener Subjektkompetenzen beschränkt sich nicht nur auf die aktuellen PartnerInnen in der Lehr-Lern-Interaktion, sondern

18 Paulo Freire (1921–1997) gehört, insbesondere durch seine produktive Rezeption in der anglo-amerikanischen Critical Pedagogy, zu den grundlegenden BildungstheoretikerInnen. Siehe Mayo, Peter: Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire. Perspektiven einer verändernden Praxis; Hamburg 2006.

19 Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Stuttgart 1973, S. 64-65.

20 Freire, Paulo: Erziehung als Praxis der Freiheit. Stuttgart 1974, S. 61.

21 Freire, Paulo: Bildung und Hoffnung. Münster / New York / München / Berlin 2007, S. 87.

22 Freire, Paulo: Pädagogik der Unterdrückten, S. 72.

23 Ebd., S. 77.

24 Kunstreich, Timm: Gedanken zur Aktualität von Martin Buber. In: Krause, Hans Ullrich / Rätz-Heinisch, Regina: Soziale Arbeit im Dialog gestalten. Theoretische Grundlagen und methodische Zugänge einer dialogischen Sozialen Arbeit. Opladen / Farmington Hills 2009, S. 62.

muss sowohl räumlich wie auch zeitlich abwesende Personen einbeziehen. Eine gegenüber den historischen AkteurInnen ermöglichte, gar geforderte Empathie ersetzt keine sachliche Analyse historischer Strukturbedingungen, sondern vollzieht sich in der (imaginierten) Wechselwirkung und Durchdringung von Individuum und gesellschaftlichem Kontext – wie nicht anders in der Gegenwart des Lernenden.

D) „Nur für die Zukunft haben alle Lebewesen ein Gedächtnis" – spitzt Harald Welzer gattungsübergreifend zu.[25] Bislang war des Öfteren von der Bedeutung der Gegenwartsanalyse die Rede. Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass diese auch die Entwicklungsperspektiven, die *Zukunftsmöglichkeiten* einschließt. Doch leider hat heutzutage kaum ein Begriff so einen schlechten Klang, wie der der Utopie. Die neoliberale Offensive der letzten Jahrzehnte hat in einem erschreckenden Ausmaß dazu beigetragen, dass sich Zukunft nur noch in Marktkategorien denken lässt. Ein „mehr von allem" ist vorstellbar, Effizienzsteigerung eingeschlossen, aber die Fantasie für ein ganz anderes, ein Jenseits des Marktes und der kapitalistischen Verwertung, ist weitgehend verschwunden. Damit eröffnet sich eine Perspektive gemeinsamen Lernens, die sich sowohl auf die vergangenen und verschütteten alternativen Zeitläufe bezieht, als auch auf die Offenheit (oder besser: Öffnung) der Gegenwart. So, wie nach einem „immer-noch" der Geschichte in der Gegenwart zu suchen ist, so muss auch nach dem „noch-nicht" gefragt werden. Eine Verständigung über das „wozu?" sollte als Ansatz für das „kritisch machen" des Bestehenden genutzt werden können. Uns ist bewusst, dass die geforderte Utopiefähigkeit eine schwierige Gratwanderung erfordert: zwischen beliebiger, unbestimmter Allgemeinheit (Nächstenliebe, Toleranz usw.) und Instrumentalisierung für bestimmte konkrete Ziele. Doch letztlich bewegt sich Zukunft selbst in diesem Spannungsfeld und es macht die Kunst kritischer Bildung und linker Politik aus, zwischen nahen Zielen und fernen Visionen zu vermitteln, ohne zu überwältigen.[26]

25 Giesecke, Dana / Welzer, Harald: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur; Hamburg 2012, S. 16. Sicherlich wäre noch zu präzisieren, dass das menschliche Gedächtnis als gesellschaftliches Gedächtnis darauf in einem noch viel umfänglicheren Sinn verwiesen ist. Das Gedächtnis der anderen Lebewesen ist ein ausschließlich individuelles, insofern auch für die individuelle Zukunft von Bedeutung, die Dimension der kulturellen Tradierung ist ihnen nicht zugänglich – für die Menschheit aber konstitutiv. Siehe Tomasello, Michael: Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens. Zur Evolution der Kognition; Frankfurt/Main 2002.

26 Mit dem Verhältnis von Nah- und Fernzielen in einer „revolutionären Realpolitik" hat sich Rosa Luxemburg befasst. Siehe dazu Haug, Frigga: Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik; Hamburg 2007, S. 57ff.

IV. Auseinandersetzung mit NS-Geschichte in Ostdeutschland

Es würde einen eigenen Artikel verlangen, wollte man die Probleme und Schwierigkeiten kritischer Bildungsarbeit mit historisch-politischen Themen am Beispiel der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte in den neuen Bundesländern konkretisieren wollen. Es können hier nur ein paar Bezüge zu den vorhergehenden Überlegungen angestellt werden. Schon wenn man an die im Zusammenhang mit dem Alltagsverstand entwickelten drei Ansprüche der historisch-kritischen Bildung erinnert (Praxisfähigkeit, Konstitution sozialer Verbindungen, Selbstkritik, siehe oben), tauchen Schwierigkeiten auf.
1) „Praktisch", weil in den herrschenden Verhältnissen politisch nützlich, ist es, Nationalsozialismus und DDR als „Diktatur" zusammenzufassen. Differenzierungen sind „unpraktisch", weil sie Erklärungen, ja Rechtfertigungen verlangen.
2) Sieht man von kleinen Gruppen ab, die ihre DDR-Identität über den Widerstand in der NS-Zeit reanimieren, lassen sich über die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte kaum Handlungskollektive finden, da die offizielle Gedenkpolitik diese Gruppen entweder ins Symbolische eingebunden oder marginalisiert und isoliert hat.
3) In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche (ostdt.: Wende) dienen historische Bezüge eher der Selbstbehauptung, denn der Selbstbefragung.
Darüber hinaus sind in der aktuellen Erinnerungsarbeit zur NS-Geschichte unseres Erachtens drei Punkte besonders zu beachten: (A) der Wandel vom kommunikativen Gedächtnis zur (institutionalisierten) kulturellen-ideologischen Tradierung, (B) die ideologische Legitimation im staatlichen Selbstverständnis und (C) Erinnerungsarbeit als überdeterminierte Geschichtspolitik.

A) Mit dem „kommunikativen Gedächtnis" bezeichnet man die Auseinandersetzung mit Geschichte, die noch durch den lebendigen Austausch über deren Verlauf und Bedeutung geprägt ist. Das „eigene Erleben" und die Gespräche darüber (wie auch das Verschweigen) sind entscheidend für das (naive) Verständnis der Geschichte, daher auch die besondere Rolle der „ZeitzeugInnen" in Öffentlichkeit und Bildungsarbeit. Mit dem Ende der zweiten Generation setzt spätestens und notwendigerweise die *kulturelle Tradierung* ein.[27] Die Bedeutung des individuellen, familiären, gruppenbezogenen Austausches geht zu Gunsten von Institutionen und Ritualen, eben dem „kulturellen Gedächtnis", zurück. Eine dominante „Botschaft" der Geschichte ist im gesellschaftlichen Mainstream etabliert. Das heißt nicht, dass es nicht weiter unterschiedliche Deutungen gibt, aber diese sind nun „abweichende" Deutungen und müs-

27 In diesem Fall verwenden wir „kulturell" in einem eher umgangssprachlichen Verständnis.

sen zudem in einem anderen Modus operieren, der die Kenntlichkeit des historischen Gegenstands eher verdeckt denn befördert: Anstelle der Auseinandersetzung mit den historischen Verhältnissen und ihrer Deutung geht es nun vorrangig um die Kritik an der Dominanz einer institutionalisierten und ritualisierten Instrumentalisierung, was nicht nur in der Öffentlichkeit sehr viel schwieriger nachzuvollziehen ist, sondern auch neue Herausforderungen für die Bildungsarbeit darstellt. Geschichte lässt sich damit nicht mehr auf das historische Ereignis konzentrieren, sondern muss immer die Nachgeschichte, die Diskurse der Interpretation einschließen.

B) Mit der ideologischen Tradierung werden die Herrschaftsverhältnisse in Bezug auf die Geschichtsinterpretationen auf eine neue, dauerhafte Stufe gestellt. Die Haltbarkeit und Wirkungsmacht ist umso größer, je intensiver die Verschränkung von staatlichen und „bürgerschaftlichen Akteuren“[28] und Ressourcen ist. Auch etwas, das nur als Kompromiss aus aktuellen Machtverhältnissen entstanden ist, erscheint damit als gesellschaftlicher Konsens. Insbesondere in der gegenwärtigen geschichtspolitischen Situation ist der notwendige Übergang der NS-Geschichte in die (institutionelle) kulturelle/ideologische Tradierung durchsetzt mit einer *vorzeitigen Institutionalisierung der DDR-Opfer-Geschichte*, deren Phase des „kommunikativen Gedächtnisses“ damit zugunsten der im aktuellen (staatlichen) Herrschaftsinteresse vorgegebenen Interpretationen eingeschränkt wird.[29] Die bürgerschaftlichen AkteurInnen der DDR-Opfer-Geschichte erhalten dabei eine staatliche Aufmerksamkeit, die sie sowohl fördert, als auch beschränkt. Dagegen haben viele AkteurInnen der Opfer der NS-Zeit diese staatliche Zuwendung (was auch bedeutete: Reglementierung und punktuelle Verfälschungen!) mit dem Ende der DDR gerade verloren und sehen sich in ihren Deutungen und Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt. Zum Teil wurden sie sogar als Legitimationsanlass für andere Zwecke missbraucht, insbesondere für das Gedenken an die Opfer des Stalinismus. In diesem Zusammenhang wird immer wieder und durchaus zutreffend von einer Verharmlosung der NS-Verbrechen durch den Vergleich mit der DDR gesprochen – es ist aber zu vermuten, dass die Intention zumindest einzelner Vertreter

28 Da der Begriff der Zivilgesellschaft im hegemonietheoretischen Kontext Gramscis eine andere, kritische, herrschaftsanalytische Bedeutung hat, die in der etablierten Rede vom Sektor einer „zivilen Gesellschaft“ und ihren Akteuren verschwindet, sprechen wir auf der deskriptiven Ebene betont von bürgerschaftlichem Engagement, AkteurInnen usw.

29 Siehe Affolderbach, Friedemann / Hirschfeld, Uwe: Enteignete Erfahrung. Ein Gespräch zur Politik der Erinnerung. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 33. Jg, Heft 129 (September 2013), S. 57-73.

der Totalitarismustheorie in die andere Richtung zielt: Eine Verschlimmerung des DDR-Bildes zu erreichen, das (medial) nur noch in der Polarisierung von Stasi-Terror und Ostalgie besteht.

C) Mit dem Begriff der „*Überdeterminierung*“ soll deutlich werden, dass sich heute in Ostdeutschland nicht „einfach“ über die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Opfer sprechen lässt, sondern immer die wechselnde Aneignungs- und Deutungsgeschichte mit den gegenwärtigen Konflikten und ihren Positionen durchscheint. Die Beschäftigung mit der NS-Diktatur ist (in der Regel unbewusst und vor allem unausgesprochen) immer auch die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte und mit den aktuellen Dominanzverhältnissen in der Geschichtspolitik. Diese Subtexte werden anti-aufklärerisch und auch den historischen Gegenstand verfälschend, wenn es nicht gelingt, das Problem der Überdeterminierung zu thematisieren – was wiederum eine vorhergehende selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und der gegenwärtigen Position verlangt.[30] Ihre reduktionistische Ausdrucksweise findet diese Problematik im Gebrauch der Totalitarismustheorie und ihrer dualistischen Deutungsmuster von Gut und Böse sowie der Verwaschung von Unterschieden zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus.

Beispielhaft steht hierfür die Diskussion über die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen in den Jugendwerkhöfen der DDR. Der mit der geschlossenen Unterbringung ausgeübte Zwang, sowie die damit verknüpfte Unterdrückung, werden zugespitzt verallgemeinert als charakteristischer Wesenszug diktatorischer Unterdrückung in der DDR gesehen. Geschlossene Unterbringung in Jugendwerkhöfen steht in diesem Zusammenhang als ein Beleg dafür, dass die DDR eine Diktatur war. Die Problematik, die sich hieran knüpft, hat verschiedenste Dimensionen, von denen hier nur zwei benannt werden können.

1. Die Konzentration auf geschlossene Unterbringung in der DDR im Gegenwartsdiskurs und ihre Verknüpfung mit der Idee der Diktatur führt zu einer Verharmlosung geschlossener Unterbringung in der ehemaligen BRD und lenkt von der Aktualität der Problematik in der Sozialen Arbeit heute ab. Im Vergleich mit geschlossener Unterbringung unter „diktatorischen“ Verhältnissen

30 „Adorno merkte [...] an, ihm erscheine ‚das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie‘.“ (Heyl 2010, S. 27) Es wäre in diesem Zusammenhang interessant zu fragen, ob es ein „Nachleben“ der diktatorischen DDR in der Bundesrepublik gibt und, wenn ja, was es ausmacht? Beispielsweise könnten sich in gewissen Ordnungs- und rechtspolitischen Vorstellungen und Praxen, mit der Formulierung „Sächsische Demokratie“ bundesweit berüchtigt, durchaus übertragene, aber eben doch auch noch virulente Zombie-Teilchen finden lassen.

erscheint die „demokratische“ Variante als „harmlosere“, akzeptablere Form oder unter dem Stichwort “therapeutischer Wohnformen“ mitunter sogar als pädagogischer Fortschritt im Umgang mit Menschen.
2. In einer Untersuchung „Totalitären Denkens in kommunistischer und nationalsozialistischer Weltanschauung“ hat Lothar Fritze festgestellt, dass sich zum einen „kommunistische und nationalsozialistische“ Weltanschauung in ihren ethischen Grundorientierungen unterscheiden, aber trotzdem beide einen „Tätertyp“ mit vergleichbaren Eigenschaften hervorgebracht hätten.[31] Aus dieser Perspektive kann eine Diskussion über Verantwortung für Unterdrückung und Zwang zum Stichwort geschlossene Unterbringung in der DDR nur als Wesenszug totalitärer Handlungsweisen interpretiert und letztlich auch personalisiert werden. Die personalisierte Verantwortung von Handlungsmächtigen in der DDR wird damit immer auch im Kontext des Holocaust verhandelt.

Dies hat zum einen zur Folge, dass der Holocaust einer Verharmlosung ausgesetzt wird, indem z.B. „traumatische Orte“ wie Auschwitz als dem Jugendwerkhof Torgau vergleichbar erscheinen. Zweifelsohne ist der Jugendwerkhof Torgau ein Ort der Unterdrückung und Gewalt gewesen, aber eben kein Ort der Vernichtung wie Auschwitz. Im Horizont einer solchen Gleichsetzung ist es so, dass eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit Verantwortlichkeiten z.B. im Bereich der Jugendhilfe in der DDR unterdrückt wird. Sie reduziert sich auf einen Deutungsdiskurs, ob die DDR eine Diktatur war oder nicht. Die feingliedrige Form von Herrschaft, ihr hegemoniales Geflecht und die Grade unterschiedlichen Verstricktseins, bzw. Eingebundenseins der Einzelnen in die damaligen Verhältnisse, entziehen sich der allgemeinen Auseinandersetzung. Prominent ist im genannten Zusammenhang die öffentliche Diskussion um die Verantwortung von Eberhard Mannschatz für die DDR-Jugendhilfe und seiner Funktion bei der Einrichtung des Jugendwerkhofes Torgau, auf die hier nicht genauer eingegangen, sondern nur verwiesen werden kann.[32]

Allgemein steht eine kritisch-emanzipatorische Perspektive vor der Herausforderung, die ideologische Verdichtung einer „Überdeterminierung“ aufbrechen zu müssen, die Widersprüche linker Theorie und Praxis sowie deren Geschichte durchzuarbeiten, um den Kern des „Unabgegoltenen“ (Bloch) hervorholen zu können. Die Freilegung des „Unabgegoltenen“ ist einerseits notwendig, um „das Unabgegoltene ebenso wie das Überholte (...) zu überprüfen“ und wäre gleichzeitig ein Weg der Erinnerung und Reaktivierung des

31 Siehe hierzu grundsätzlich: Fritze, Lothar: Anatomie des totalitären Denkens. Kommunistische und nationalsozialistische Weltanschauung im Vergleich. München 2013.

32 Siehe: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 33. Jg, Heft 129 und 34. Jg, Heft 131.

Utopischen als Bezugspunkt zur Gewinnung von kritischer Handlungsfähigkeit heute.[33]

Mithin lässt sich Emanzipation als Ziel pädagogischer Anstrengungen (auch) in der Erinnerungsarbeit nur als Kritik an den aktuellen Diskursverläufen und -strategien gewinnen. Das schließt die Beschäftigung mit dem historischen Gegenstand nicht aus, verlangt aber eine umfassende Kontextualisierung.

33 Vgl. Negt, Oskar / Kluge, Alexander: Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt am Main 1993, S. 64. Ausl. d.A.

III.

Angreifen und Stören

Angreifen und Stören

> „‚Was tun?' […] Die Veränderung aller Verhältnisse, das ist eine Wahrnehmung: Wenn diese Geschichte nicht wäre – nicht wäre – wenn diese Geschichte nicht wäre, wäre bestimmt eine andere."[1]

Was tun? Diese Frage stellt sich aufgrund der Möglichkeit, dass *eine andere Geschichte wäre*, auch für kritische Geschichtsschreibung und -politik. Ihr Gegenstand, „die Geschichte", ist ein kontinuierlicher, konflikthafter Aushandlungsprozess, ein Ringen um Hegemonie in einem von Machtverhältnissen durchzogenen Terrain. Und es ist dieser Hintergrund, vor dem das konkrete politische Potenzial kritischen Tuns im Feld der Geschichte am deutlichsten zu Tage tritt: das Hinterfragen der hegemonialen Darstellung der Vergangenheit und die Kritik an deren Funktionalisierung für die Gegenwart. Dies tun die AkteurInnen kritischer Geschichte nicht zuletzt, um eine andere Wahrnehmung, ein anderes Nachdenken über das Gestern, das Heute und das Morgen zu befeuern. Wenngleich die Veränderung aller Verhältnisse sicherlich nicht allein eine Frage der Wahrnehmung ist, so steht der Blick auf die Vergangenheit doch in einem engen Zusammenhang mit den Handlungshorizonten in Gegenwart und Zukunft.

Nun ist es nicht so, dass sich kritische Geschichtspolitiken gegenwärtig in einer besonders durchsetzungsfähigen Lage befänden. Trotzdem sind sie existent und setzen durchaus kritische Impulse, die reale Verschiebungen bewirken. Dabei greifen sie auf ein vielfältiges Arsenal an Strategien und Methoden zurück, mit denen sie hegemoniale Vergangenheitsrepräsentationen angreifen, stören, verunsichern. Dieses Kapitel zeigt einen kleinen Ausschnitt aus diesem Arsenal: Die hier versammelten Beiträge widmen sich verschiedenen Beispielen kritischer geschichtspolitischer Interventionen aus Wissenschaft, Kunst, antifaschistischer Politik und den verschiedenen Schnittstellen, die zwischen diesen Feldern existieren.

Mit Möglichkeiten des Angreifens und Störens auf dem geschichtswissenschaftlichen Terrain beschäftigt sich der Beitrag von Anton Tantner. Unter dem Titel *Europa bauen als kritische Geschichtswissenschaft? Zu zwei Büchern von Josep Fontana und Luciano Canfora* diskutiert er den linken Umgang mit der hegemonialen Meistererzählung über „Europa" am Beispiel zweier jüngerer geschichtswissenschaftlicher Publikationen. Der Beitrag kritisiert die Herangehensweise auch linker HistorikerInnen, mit ihrer Arbeit zur Konstruktion einer europäischen Erfolgsgeschichte beizutragen. In Abgrenzung dazu sieht Tantner die Aufgabe von HistorikerInnen darin, „genau solche Bestrebungen in Vergangenheit wie Gegenwart zu kritisieren" und betont die „zersetzende Wirkung", die eine kritische Geschichtswissenschaft entfalten kann, wenn sie dazu eingesetzt wird, „Selbstverständlichkeiten zu verunsichern und Mythen zu zerstören". In diesem Sinne plädiert er für historische Untersuchungen, die das hegemoniale Narrativ eines linearen Fortschreitens der europäischen Staaten zu immer mehr Freiheit und Demokratie hinterfragen.

Der Beitrag der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM) *Kein Vergessen – Kein Vergeben. Wir greifen ein. Antifaschistisches Gedenken und linke Geschichtspolitik* widmet sich der Frage geschichtspolitischer Interventionen aus einer aktivistisch geprägten Perspektive. Den Ausgangspunkt bildet auch hier eine große Erzählung: die Integration des Nationalsozialismus in einen affirmativen nationalen Rahmen. So analysiert die AIM, das Gedenken an den Nationalsozialismus werde zunehmend zu einem „sinnstiftenden Element bei der Konstruktion eines aufgeklärten Deutschlands, das gerade aufgrund seiner schlimmen Vergangenheit moralische Autorität erhält". Damit verändern sich die Bedingungen antifaschistischer Geschichtspolitik grundlegend – das „offensive Staatsgedenken" wirft Fragen an die eigene politische Praxis auf: „Worin unterscheiden sich unsere Aktionen und Interventionen noch vom staatlichen und gesellschaftlichen Mainstream? Machen wir uns zu WasserträgerInnen bundesdeutscher Geschichtspolitik?" Der Beitrag lotet aus, wie ein antifaschistisches Gedenken ausgerichtet sein muss, um auch angesichts dieser integrierenden Erzählung noch störendes Potenzial entfalten zu können.

Der hegemoniale Umgang mit dem Nationalsozialismus in Deutschland ist auch das Interventionsfeld der *gruppe audioscript*, die einen Audioguide zur *Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Dresden 1933-1945* erarbeitet hat. Ihr Beitrag *Der Geschwätzigkeit des Stillen Gedenkens widersprechen. Die Auseinandersetzung mit der Shoah und revisionistischer Erinnerungspolitik als politische Intervention in der Gegenwart* ist ein Gespräch über die eigene geschichtspolitische und wissenschaftliche Tätigkeit innerhalb des deutschen Opferdiskurses in Dresden. Vor dem Hintergrund des dort fest verankerten selbstviktimisierenden Gedenkens an die Luftangriffe der Alliierten im Februar 1945 war es eines der politischen Ziele der Gruppe, „einen historischen Beitrag [zu] verfassen, der es zumindest verunmöglicht, zu behaupten, man wüsste nichts von der Beteiligung der Dresdner_innen an den nationalsozialistischen Verbrechen". Beim Verfolgen dieses Ziels verweigert sich der Audioguide auf narrativer Ebene „der üblichen Linearität der Erzählung". Diese Entscheidung ist von der Forderung Claude Lanzmanns inspiriert, „dass jedes Werk, das dem Holocaust heute gerecht werden will, zuallererst mit der Ordnung der Chronologie brechen muss." Die Form der Darstellung dient dem politischen Ziel einer „klare[n] Benennung der deutschen Täterschaft", die „keine irgendwie geartete Relativierung [der] historischen Schuld am 2. Weltkrieg und am Holocaust" zulässt.

1 Alexander Kluge: Die Patriotin, BRD 1979, 121 Min.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen der narrativen Form der Kritik und ihrem Gegenstand stellt sich auch im Beitrag von Dörte Lerp und Susann Lewerenz *Museen hacken, oder: Das „revolutionäre Potential der Partizipation“*. Der von den Autorinnen und ihren KollegInnen erstellte Audioguide „Kolonialismus im Kasten?“ widmet sich den Leerstellen und Verzerrungen in der Darstellung deutscher Kolonialgeschichte in der Hauptausstellung des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin und soll erklärtermaßen „das Narrativ der Ausstellung als auch die damit verbundene Idee einer ‚nationalen Meistererzählung‘“ hinterfragen. Lerp und Lewerenz diskutieren an diesem Beispiel Möglichkeiten und Grenzen einer kritischen Intervention in hegemoniale Narrative, die sie unter dem Begriff *Hacks* als „experimentierfreudiges und originelles Eingreifen in bestehende Systeme“ definieren. Letztlich ginge es dabei einem kritischen Verständnis von Partizipation zufolge „nicht nur um Pluralität, sondern darum, dass sich die Institutionen auf eine grundlegende Infragestellung ihrer selbst einlassen“. Ziel müsse es sein, „Geschichtsnarrative im öffentlichen Raum kritisch zu hinterfragen und marginalisierte, gegenläufige Perspektiven und Positionen sicht- und hörbar zu machen“.

Im letzten Beitrag des Kapitels sprechen Katharina Morawek und Lisa Bolyos unter dem Titel *Im Konflikt mit dem Postnazismus* über *geschichtspolitische Strategien und künstlerische Praxis* am Gegenstand des von ihnen herausgegebenen Buchs „Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering“, das sie auch im Rahmen der Konferenz „History is unwritten“ vorstellten. In Reaktion auf die Frage „was wirksame geschichtspolitische Strategien gegen die Fort- und Nachwirkungen des Nazismus sein können“, stellen sie die Forderung zur Diskussion, „dass Erinnerungskultur herausgefordert werden soll, dass sie wieder etwas mehr zu etwas Konflikthaftem werden muss“. Die Möglichkeiten einer Intervention im Sinne der Sichtbarmachung von Konflikten im öffentlichen und künstlerischen Raum liegen ihrer Meinung nach darin, dass man damit „eine Reaktion der Gegenspieler_innen, des Umfelds, der Behörden erzwingt und genau diese Reaktionen dokumentierbar werden“. Das wird keineswegs nur als geschichtlich orientierte Unternehmung verstanden, sondern betrifft gegenwärtige gesellschaftliche Zustände, wie etwa die Frage „aus welchen Quellen sich in einer Gesellschaft wie der österreichischen Rassismus historisch speist“.

Das zu Beginn dieser Einleitung erwähnte Arsenal geschichtspolitischer Intervention ist in diesem Kapitel also in seiner Vielfältigkeit dargelegt. Es kann das strategische Ziel von politisch-wissenschaftlichen AkteurInnen sein, Störmomente gegen den Entwurf oder die Festigung großer bestehende Erzählungen zu platzieren, einen scheinbar zementierten stillen Konsens zu durchbrechen oder bisher verschwiegenen historischen AkteurInnen eine Stimme zu verleihen. Dazu müssen narrative Strategien gefunden werden, die sich mit den gegebenen Darstellungs- und Repräsentationsformen auseinandersetzen, sich dem Spannungsverhältnis von Intervention, Partizipation und Vereinnahmung stellen und die letztlich darauf angewiesen sind, das Gegenüber zu einer Reaktion zu verleiten und in einen Aushandlungsprozess zu bringen, der die eigene Kritik sichtbar werden und bleiben lässt. Es gibt viel zu tun.

Anton Tantner (http://tantner.net)

Europa bauen als kritische Geschichtswissenschaft? Zu zwei Büchern von Josep Fontana und Luciano Canfora

Möglichkeiten und Grenzen kritischer Geschichtswissenschaft

„Wissen ist nicht dazu bestimmt, uns zu trösten: es enttäuscht, beunruhigt, schneidet, verletzt.“[1] – Diese leicht apodiktische Aussage Michel Foucaults, getätigt in einer 1970 für *Le Monde* verfassten Rezension, lässt sich auch für die Bestimmung dessen mobilisieren, was eine kritische Geschichtswissenschaft zu leisten im Stande ist: Geschichtswissenschaft kann eine zersetzende Wirkung entfalten, wenn sie eben nicht – wie dies bevorzugt im 19. Jahrhundert der Fall war – dazu eingesetzt wird, sich der eigenen Identität zu versichern oder den Ruhm einer Nation zu besingen, sondern wenn sie dazu verwendet wird, Selbstverständlichkeiten zu verunsichern und Mythen zu zerstören. Eine derartige Vorgangsweise hat Peter Burke als „Entfamiliarisierung“ bezeichnet, worunter er das Fremdmachen des Vertrauten, das Aufzeigen des Willkürlichen am scheinbar Natürlichen versteht;[2] besser bekannt ist diese Methode wohl unter ihrer Bezeichnung „Verfremdung“, wie sie Bertolt Brecht definiert hat:

> „Einen Vorgang oder einen Charakter verfremden heißt zunächst einfach, dem Vorgang oder dem Charakter das Selbstverständliche, Bekannte, Einleuchtende zu nehmen und über ihn Staunen und Neugierde zu erzeugen.“[3]

Eine solche Vorgangsweise zertrümmert Evidenzen und eröffnet Freiheitsräume; der „Rückgriff auf die Geschichte“ zeigt, „dass das, was ist, nicht immer gewesen ist“[4] und folglich auch verändert werden kann.[5]

Überlegungen zu dieser Form kritischer Geschichtswissenschaft wurden in den letzten Jahren auch in geschichtswissenschaftlichen Fachzeitschriften angestellt, nicht zuletzt in einem von Achim Landwehr verfassten Beitrag zu den Möglichkeiten kritischer Geschichtsschreibung, der 2012 den Essaypreis der Zeitschrift *WerkstattGeschichte* für die Beantwortung der Frage „Was ist kritische Geschichtsschreibung heute?“ zugesprochen bekam. Gemäß Landwehrs Position „käme der kritischen Geschichtsschreibung die Aufgabe zu, der Gegenwart beständig ins Ohr zu raunen: Bedenke, du bist nur ein Jetzt“; sie hätte des Weiteren „Alternativen aufzuzeigen“ sowie „zu belegen, dass ‚Alternativität‘ immer möglich ist.“[6] Zu betonen ist allerdings, dass eine solche zersetzende, verfremdende und verunsichernde Gebrauchsweise von Geschichte nicht deckungsgleich sein muss mit linker Geschichtsschreibung; martialisch gesprochen: Kritische Geschichtswissenschaft ist eine Waffe, die gegen Selbstverständlichkeiten, Mythen, Identitäten usw. eingesetzt werden kann. Nur, wie das bei Waffen so üblich ist, man muss sich bewusst sein, dass sich diese auch gegen eine/n selbst wenden können. Es mag gewiss erkenntnisbringend sein, die eigenen Grundvoraussetzungen und Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen, doch ohne das Risiko der Selbstlähmung oder -verletzung ist dies wohl nicht zu haben; anders – mittels einer von David Mayer eingebrachten Metapher – formuliert: Die zur Mythenbekämpfung eingesetzten Abwehrmechanismen können durch Übertreibung sich gegen sich selbst richten, wodurch die Gefahr einer „allergischen Falle“ droht.[7]

Gewiss ist eine Geschichtswissenschaft, betrieben von sich als links verstehenden HistorikerInnen gut beraten, sich dieser Methode zu bedienen, doch wird sie darüber hinaus vergangene Kämpfe und Versuche, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu errichten, genauso parteilich[8] erforschen wie die dagegen eingesetzten Methoden der Reaktion und Konterrevolution. Bei aller Sympathie für Mikrogeschichte und fragmentarische Darstellungsmethoden, bei aller berechtigten Skepsis gegenüber leicht zu Mythen gerinnenden großen Erzählungen, die so viel glätten und unterschlagen, mag es sogar Erkenntnis versprechen, sich an alternativen *counter narratives* zu versuchen, und sei es,

1 Foucault, Michel: Wachsen und vermehren. In: Ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. 2, Frankfurt am Main 2002, S. 123–128, hier 123.

2 Burke, Peter: Papier und Marktgeschrei. Die Geburt der Wissensgesellschaft. Berlin 2001, S. 10.

3 Brecht, Bertolt: Über experimentelles Theater. In: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 15, Frankfurt am Main 1967, S. 285–305, hier 301.

4 Foucault, Michel: Strukturalismus und Poststrukturalismus. In: Ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. 4, Frankfurt am Main 2005, S. 521–555, hier 545.

5 Etwas ausführlicher dazu: Tantner, Anton: Ordnung der Häuser, Beschreibung der Seelen. Hausnummerierung und Seelenkonskription in der Habsburgermonarchie. Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 20f., online-Fassung unter http://othes.univie.ac.at/28/ (hier S. 15f., letzter Zugriff 24.7.2014).

6 Landwehr, Achim: Die Kunst, sich nicht allzu sicher zu sein: Möglichkeiten kritischer Geschichtsschreibung. In: WerkstattGeschichte, 61, 2013, S. 7–14, Zitate S. 10, http://werkstattgeschichte.de/werkstatt_site/archiv/WG61_007-014_LANDWEHR_KUNST.pdf (letzter Zugriff 24.07.2014).

7 So David Mayer in seinem an der „History is unwritten“-Konferenz am 7.12.2013 gehaltenen Eröffnungsvortrag „Gute Gründe und doppelte Böden – Zur Geschichte ‚linker‘ Geschichtsschreibung“. Vgl. auch seinen Beitrag in diesem Band.

8 Haug, Wolfgang Fritz: Parteilichkeit und Objektivität. In: Heigl, Richard; Ziegler, Petra; Bauer, Philip (Hg.): Kritische Geschichte. Perspektiven und Positionen. Leipzig 2005, S. 33–60.

um diese dann wiederum zu kritisieren und sich daran abzuarbeiten:[9] Warum nicht ein gut lesbares, kohärentes 300-Seiten-Geschichtsbuch schaffen, das einen Bogen etwa von Spartakus über die HussitInnen, die frühneuzeitlichen Bauernaufstände, die Französische Revolution (selbstredend nicht ohne Olympe de Gouges, Théroigne de Méricourt und Toussaint Louverture), 1848, die Pariser Kommune, den Kampf um das Frauenwahlrecht, den Roten Oktober von 1917, den antikolonialen Widerstand und die ZapatistInnen bis hin zu Occupy spannt?[10] Oder, noch besser: Eine solche Darstellung in eine digitalen Bedingungen adäquate, online zugängliche Form bringen, Vorbild dafür könnte etwa die unter habsburger.net zugängliche Online-Präsentation *Die Welt der Habsburger* sein, die mit durchaus innovativen Mitteln einen Einblick in die Geschichte der Habsburgermonarchie liefert. Ein solcher Wunschzettel, adressiert an linke HistorikerInnen ließe sich beliebig verlängern, warum etwa nicht gleich auch eine populärkulturelle und massenmedial wirksame Umsetzung in Form einer Fernsehserie à la *Game of Thrones* oder eines Computerspiels wie *Assassin's Creed* davon schaffen?

Es wäre schon ein nicht allzu aufwändiger Anfang gemacht, die für ein solches Unterfangen nötige Basisliteratur online zu präsentieren, die Rosa-Luxemburg-Stiftung könnte eine geeignete Trägerin dafür sein.

9 In der durch das AK Loukanikos initiierten Debatte um Geschichtspolitik wurde wiederholt das Unbehagen an mikrohistorischen Zugängen thematisiert: AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik. In: Fischer, Henning u. a.: Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation. Münster 2012, S. 163–189, hier 177, 186, 188.

10 Deutschsprachige, leicht willkürlich ausgewählte und zumeist schon ältere Beispiele für durchaus unterschiedlich gestaltete Überblicksdarstellungen wären etwa: Haasis, Hellmut G.: Spuren der Besiegten. 3 Bände. Reinbek 1984; Hofbauer, Hannes; Komlosy, Andrea: Das andere Österreich. Vom Aufbegehren der kleinen Leute. Geschichten aus vier Jahrhunderten. Wien 1987; Müller, Jost: Sozialismus. Hamburg 2000.

Die Buchreihe Europa bauen

> „The primary duty of Left historians today (…) is to write the best histories we can."
> Geoff Eley[11]

Zwei der Bücher, die für ein solches Unterfangen herangezogen werden können, sollen hier kurz vorgestellt werden; beide stehen in Zusammenhang mit der historischen Buchreihe *Europa bauen*: Diese wendet sich an ein breiteres Publikum und wird seit 1993 gleichzeitig von fünf Verlagen in Deutschland, England, Frankreich, Italien und Spanien gemeinsam veröffentlicht: Neben C. H. Beck zählen zu diesen Verlagen Blackwell, Le Seuil, Laterza und Critica.

Herausgegeben wurde diese Reihe durch den renommierten französischen Mediävisten Jacques Le Goff, der als Start dazu ein als programmatische Einleitung zu betrachtendes Bändchen veröffentlichte, das bei Beck 1994 unter dem Titel *Das alte Europa und die Welt der Moderne* erschien; manches darin ist gut nachvollziehbar, doch zum Schluss findet sich eine Passage, die ich zutiefst ablehne, nämlich, dass Europa dazu gezwungen ist, gegenüber den USA, Japan und China „eine vergleichbare Größe zu erreichen, wenn es seine Existenz und seine Identität bewahren und entwickeln will"; nach Le Goff muss Europa „über das nötige Gewicht verfügen, um wirtschaftlich, demographisch und politisch in der Lage zu sein, seine Unabhängigkeit zu sichern."[12] Dieser Essay liest sich somit streckenweise wie ein bei der EU eingereichtes Subventionsansuchen für historiografische PR-Maßnahmen sowie als Begehren, dass „Europa" – wie auch immer dieses definiert werden soll – ein politischer Akteur werden soll wie die anderen genannten Mächte, ein eigenständiger Player in einem Abstecken von Einflusssphären, das unter gegenwärtigen Bedingungen nur als ein ewig-gleiches, eintöniges Hauen und Stechen unter imperialistischen Vorzeichen funktionieren kann; dabei wäre es Aufgabe von Historikerinnen und Historikern, genau solche Bestrebungen in Vergangenheit wie Gegenwart zu kritisieren und eben nicht teilzunehmen an der Konstruktion einer so genannten europäischen „Identität", ein Begriff, den Le Goff durchaus affirmativ verwendet. Bekanntlich wurde der positive Bezug auf den Begriff der Identität, der in den 1980er Jahren in der Alternativbewegung en vogue war und seit den 1990er Jahren bis heute von Rechtsextremen aufgegriffen wurde und wird, schon seit geraumer Zeit von AutorInnen wie Mira Lobe, Wolfgang

11 Eley, Geoff: Writing in opposition. In: Left History, 11, 2006, Nr. 1, S. 20–25, hier 20 (als Teil der Themensektion: „What Is Left History?"), http://pi.library.yorku.ca/ojs/index.php/lh/article/viewFile/5699/4892 (letzter Zugriff 24.07.2014).

12 Le Goff, Jacques: Das alte Europa und die Welt der Moderne. München 1994, S. 59.

Pohrt, Michael Scharang oder F. W. Bernstein erschöpfend analysiert;[13] so wie es aussieht, bleibt es auch in Zukunft nötig, diese Kritik gleichermaßen gegen europäische Großmachtbestrebungen wie gegen „identitäre", selbstimaginierte AbwehrkämpferInnen à la Breivik aktuell zu halten.

Jenseits dieser scharf zu kritisierenden Zielsetzung der Reihe *Europa bauen* ist zu betonen, dass darin auch sehr wichtige Bücher erschienen, etwa Peter Burkes *Die europäische Renaissance*, Gisela Bocks *Die Frauen in der europäischen Geschichte* oder Massimo Montanaris *Der Hunger und der Überfluß. Kulturgeschichte der Ernährung in Europa*. Eines der ersten Bücher, das in dieser Reihe auf Deutsch herauskam, war Charles Tillys *Die europäischen Revolutionen*; der 2008 verstorbene Tilly kann nicht zuletzt dank seines schönen Aufsatzes *War Making and State Making as Organized Crime*[14] als Vertreter einer kritischen Geschichtswissenschaft betrachtet werden. Es war wohl nur folgerichtig, dass sein 1993 erschienener Band über die europäischen Revolutionen just von Hans-Ulrich Wehler in der *Zeit* sehr ablehnend besprochen wurde; für Wehler war das Buch anscheinend zu marxistisch. Er kritisierte, dass Tilly am Begriff der „bürgerlichen Revolution" festhalte und auch kein Gespür für den explosiven Charakter der konfessionellen Konflikte im England des 17. Jahrhunderts habe.[15]

13 Lobe, Mira: Das kleine Ich-bin-ich. Wien; München 1972; Pohrt, Wolfgang: Stammesbewußtsein, Kulturnation. In: Ders.: Stammesbewußtsein, Kulturnation. Berlin (BRD) 1984, S. 85–101 (zuerst in: Konkret, 1983, Nr. 3–6); Scharang, Michael: Abgrenzungswahn und Mordgier. Über das Geschwätz von der Identität. In: Konkret, 1992, Nr. 9, S. 42–44, wiederabgedruckt in: Ders.: Bleibt Peymann in Wien oder kommt der Kommunismus wieder. Geschichte, Satiren, Abhandlungen. Hamburg 1993, S. 114–124 sowie in: Bittermann, Klaus (Hg.): Identität und Wahn. Über einen nationalen Minderwertigkeitskomplex. Berlin 1994, S. 31–41; Bernstein, F. W.: Idinditätskrise. In: Ebd., S. 137; 1997 forderte Richard Schuberth eine „Affirmative Action für all jene, deren Persönlichkeit ohne den Identitäts- und Bekenntniszwang ihr Auslangen findet": Schuberth, Richard: Rost und Säure. Essays, Polemiken, Reden, Satiren. 3 Bände. Klagenfurt/Celovec 2013, Bd. 2, S. 36.

14 Tilly, Charles: War Making and State Making as Organized Crime. In: Evans, Peter B.; Rueschemeyer, Dietrich; Skocpol, Theda (Hg.): Bringing the State Back In. Cambridge u. a 1985, S. 169–191.

15 Wehler, Hans-Ulrich: Vergebliche Jagd. In: Die Zeit, 8.10.1993, Nr. 41, S. 113, http://www.zeit.de/1993/41/vergebliche-jagd (letzter Zugriff 24.7.2014).

Josep Fontanas kritische Revision der europäischen Geschichte

Im Jahr 1995 erschien in der Reihe *Europa bauen* vom spanischen Historiker Josep Fontana der Titel *Europa im Spiegel. Eine kritische Revision der europäischen Geschichte*. Dieses Buch ging damals unter und blieb weitgehend unbekannt, dabei handelt es sich um den Versuch einer Synthese der europäischen Geschichte, der für eine kritische Geschichtsschreibung als vorbildhaft betrachtet werden kann; Fontana legt darin nicht mal einen – wie von der Verlagswerbung behauptet – zornigen Blick auf die europäische Geschichte an, sondern einen geradezu nüchternen und untersucht den europäischen Beitrag zu dem, was früher Weltgeschichte genannt wurde, wozu Rassismus und Antisemitismus genauso zählen wie die Zerstörung des Anderen, wobei Fontana dieses „Andere" keineswegs idealisiert. *Europa im Spiegel* versucht, die offensichtlichsten Lügen und Mythen über die europäische Geschichte zu widerlegen und liest diese europäische Geschichte systematisch gegen den Strich; die griechische und römische Antike erscheinen hier nicht als Grundlegung der europäischen Zivilisation, sondern als die Epoche, in der sich anhand des Zerrbilds der Barbaren ein Selbstbild formiert, das Sklaverei, Unterdrückung von Bauern und Frauen verdeckt oder rechtfertigt; im frühen Christentum gelten Fontanas Sympathien nicht den Missionaren, sondern jenen Philosophen, die die antike Philosophie vor der christlichen „Barbarei" retten wollten. Den spätestens in den 1990er Jahren begonnenen Aufbau der „Festung Europa", die sich gegen den tatsächlichen oder vermeintlichen Ansturm des verarmten Rests der Welt auf die Wohlstandsinsel Europa abschottet, sieht er pessimistisch und realistisch zugleich als einen möglichen Auftakt zur „eigene[n] Ausrottung", wodurch die EuropäerInnen verschwinden könnten und ein neues Kapitel der Geschichte der Menschheit aufgeblättert werden könnte.[16]

16 Fontana, Josep: Europa im Spiegel. Eine kritische Revision der europäischen Geschichte. München 1995, Zitat S. 206. Jüngst erschien von Fontana: El futuro es un país extrano. Barcelona 2013, siehe dazu: Fleissner, Peter: Abecedarium. Die Zukunft ist ein seltsames Land. In: Volksstimme. Politik und Kultur: Zwischenrufe Links, April 2014, S. 48–52 sowie Ders.: Abecedarium. Die Zukunft von Krieg und Frieden. In: Ebd., Juni 2014, S. 48–52.

Luciano Canfora: Eine deutsche Editionsgeschichte, samt einer Abschweifung zur Wehler-Philologie

Ein Buch, das auf Deutsch nicht in der Reihe *Europa bauen* erscheinen durfte, war Luciano Canforas *Geschichte der Demokratie*: In allen anderen Sprachen erschien es in der genannten Reihe bei den jeweiligen Verlagen in Spanien, Italien, Frankreich und England, auch bei C. H. Beck war es für 2004 angekündigt, wie es heute noch der Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verheißt;[17] als es dann aber soweit war, stellte sich der Verlag quer. Zu dessen Position in der deutschen Verlagslandschaft ist zu betonen, dass C. H. Beck gemäß einer 2004 vorgenommenen Umfrage unter deutschen Historikerinnen und Historikern als der Verlag mit dem meisten Renommee gilt, bei dem sie am liebsten ihre Bücher publizieren möchten;[18] ein früheres Buch von Canfora, eine Biografie über Caesar konnte problemlos bei C. H. Beck erscheinen und ist heute noch lieferbar, auf der entsprechenden Verlagshomepage wird der Autor als „international renommierter Altertumswissenschaftler aus Italien" bezeichnet.[19] Etliche Jahre zuvor hatte Rotbuch Canforas kleine Geschichte über den Brand der Bibliothek von Alexandria verlegt.[20] Dass der Autor auch politisch bei der Partito dei Comunisti Italiani (PdCI, 1998 als Abspaltung aus der italienischen Linkspartei Rifondazione Comunista hervorgegangen) tätig ist, wurde in Deutschland erst mit seiner „Geschichte der Demokratie" breiter wahrgenommen.

Die Debatte um dieses Buch, das ursprünglich den Titel *Demokratie. Geschichte einer Ideologie* trug, setzte im November 2005 ein, als publik wurde, dass C. H. Beck in Gestalt seines Cheflektors Detlef Felken es ablehnte, es in der Reihe *Europa bauen* zu veröffentlichen. Ursprünglich war Canfora Anfang der 2000er Jahre nach einer gemeinsamen Sitzung der beteiligten Verlage dazu beauftragt worden, vorgeschlagen vom italienischen Verlag Laterza im Wissen um dessen politische Positionen. Nachdem das Manuskript einging, bekam Beck Bedenken und bestellte zur Untermauerung seiner Position Gutachten bei deutschen Historikern[21]. Im Juli 2005 wurde auf Grundlage dieser Gutachten

17 http://d-nb.info/970924372 (letzter Zugriff 24.7.2014).

18 Blaschke, Olaf: Reputation durch Publikation. Wie finden deutsche Historiker ihre Verlage? Eine Umfrage. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 55, 2004, S. 598–620.

19 http://www.chbeck.de/Canfora-Caesar/productview.aspx?product=12638 (letzter Zugriff 24.7.2014).

20 Canfora, Luciano: Die verschwundene Bibliothek. Das Wissen der Welt und der Brand von Alexandria. Berlin 1998.

21 Darunter waren Hans-Ulrich Wehler, Lothar Burchardt, Eberhard Kolb und Manfred Hildermeier.

eine Mängelliste erstellt, die an Jaques Le Goff geschickt wurde, mitsamt der Anmerkung, dass Beck den Text von Canfora trotz bestehenden Vertrags nicht zu veröffentlichen gesinnt war. Die Mailänder Zeitung *Corriere della Serra* berichtete darauf Mitte November 2005 über den Fall unter dem Titel, dass „Canforas Demokratie den Deutschen verboten" werde und dass die Ablehnung des Buches ein Akt von „Provinzialismus und mangelnder Liberalität" sei.[22]

Was wurde Canfora vorgeworfen? Detlef Felken behauptete in einem Interview für die FAZ, dass Canfora die mit dem Hitler-Stalin-Pakt vorbereitete Teilung Polens als Mythos bezeichnen würde, dass er den „paranoiden Terror (...) Stalins" nicht erwähnen und Adenauer als „Nazi" bezeichnen würde.[23] Im Nachhinein stellte sich heraus, dass diese Vorwürfe nicht auf Grundlage des italienischen Originals getroffen wurden, sondern auf Basis einer fehlerhaften deutschen Übersetzung; trotzdem zitierten die Gutachten u. a. Hans-Ulrich Wehlers die Seitenzahlen des italienischen Originals, nicht aber die verwendete deutsche Übersetzung.

Insbesondere das Gutachten Wehlers wurde in der Wochenzeitung *Freitag* von Otto Köhler stark kritisiert und auseinandergenommen,[24] insgesamt hatten die von Beck herbeigerufenen Mainstream-Historiker eine beschämende wie katastrophale Rolle gespielt. Auch Canfora widerlegte minutiös die vor allem in Wehlers Gutachten erhobenen Kritikpunkte und publizierte diese Replik in einem eigenen Werk mit dem schönen Untertitel *Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie*.[25] Somit war die Angelegenheit letzten

22 Zeitungsartikel dazu unter anderem: Schümer, Dirk: Demokratieabbau. Warum darf ein Eurokommunist nicht bei Beck erscheinen? In: FAZ, 16.11.2005, S. 35 (dort die Zitate aus Corriere della Sera); Mein Kandidat war er nicht. [Gespräch mit Jacques Le Goff]. In: FAZ, 19.11.2005. S. 35; Köhler, Otto: Sabotage am Bau. Europa, nein danke: Wie eine kurze Geschichte der Demokratie in Deutschland demontiert werden sollte. In: Junge Welt, 23.5.2006, S. 10; Köhler, Otto: Eine seriöse Option namens Hitler. Warum der Verlag, in dem Ratten Eisen fressen, die Demokratiegeschichte des italienischen Historikers Luciano Canfora abtreiben wollte, bevor sie dennoch geboren wurde. In: Junge Welt, 30.5.2006, S. 10; Bahners, Patrick: Dümmer, als die DDR erlaubt. Wer heute kein Antikommunist ist, muß ein Stümper sein: Wie Luciano Canfora zum Fall wurde. In: FAZ, 4.10.2006, S. 48; Lob auf Stalin? Gespräch mit Georg Fülberth. In: Junge Welt, 6.10.2006, S. 10.

23 Es geht um unseren Ruf. Ein Gespräch mit Detlef Felken, Cheflektor des Beck-Verlags. In: FAZ, 16.11.2005, S. 35.

24 Köhler, Otto: Vom Königstiger zum Hauskätzchen. Verordnetes Geschichtsbild. Der C.H.Beck-Verlag sagt, wie es war, und ruft Europa zur Ordnung. In: Der Freitag, 6.1.2006, https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/vom-konigstiger-zum-hauskatzchen (letzter Zugriff vom 24.7.2014).

25 Canfora, Luciano: Das Auge des Zeus. Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie. Antwort an meine Kritiker. (=konkret Texte;

Endes ein einziges Armutszeugnis für den Verlag Beck, dessen verantwortlichen Cheflektor Detlef Felken und die beteiligten Gutachter, allen voran für den vollkommen antikommunistisch verblendeten Hans-Ulrich Wehler. Letzterer hatte ohnehin über viele Jahrzehnte einen äußerst unheilvollen Einfluss auf die westdeutsche Geschichtswissenschaft, weswegen ein kleiner Einschub erlaubt sei, der anhand der Verwendung des Begriffs „Rattenfänger" zur Wehler-Philologie beitragen möchte:

Zumindest zweimal benutzte Wehler diesen Begriff in seinen Texten, um damit Personen zu bezeichnen, die er als Inkarnationen des Bösen, als heimtückische Verführer betrachtete: So erschien 1998 ein berüchtigter Text von Wehler über Michel Foucault, in dem Foucault als „intellektuell unredlicher, empirisch absolut unzuverlässiger, kryptonormativistischer ‚Rattenfänger' für die Postmoderne" bezeichnet wurde.[26]

Neun Jahre später, 2007, veröffentlichte Wehler in der Zeit eine Invektive gegen Oskar Lafontaine – der zur Neuauflage von Canforas Buch das Nachwort verfasste – und schrieb angesichts der knapp zuvor erfolgten Gründung der Partei „Die Linke" von „abtrünnigen SPD-Mitgliedern, die sich via WASG an die Brust der PDS geworfen haben mit Lafontaine als neuem Rattenfänger an der Spitze"[27].

Interessant ist ein gewichtiger Unterschied: Bei Foucault stand der Begriff „Rattenfänger" noch unter Anführungszeichen, bei Lafontaine waren diese verschwunden. Dieses Verschwinden der Anführungszeichen zu deuten, zum Beispiel in dem Sinne, dass Foucault für Wehler nur ein uneigentlicher, ein so genannter Rattenfänger ist und Lafontaine ein tatsächlicher, authentischer, bleibt einer zukünftig zu verfassenden Geschichte der Niedertracht in der deutschen Geschichtswissenschaft überlassen.

Die Geschichte um Canforas Buch nahm letztlich eine glückliche Wendung, als sich mit PapyRossa ein linker Wissenschaftsverlag fand, der bereit war, das Buch in einer korrigierten Übersetzung zu verlegen und der dank der Aufmerksamkeit, die die Debatte erregte, das Buch bis 2013 in fünf Auflagen erscheinen lassen konnte.[28] Wäre es wie geplant bei Beck erschienen, wäre es vielleicht auf

43). Hamburg 2006.

26 Wehler, Hans-Ulrich: Die Herausforderung der Kulturgeschichte. München 1998, S. 91.

27 Wehler, Hans-Ulrich: Wird Berlin doch noch Weimar? In: Die Zeit, 2007, Nr. 28, 5.7.2007, S. 5.

28 Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Köln 5.Aufl. 2013.

ähnliches Desinteresse wie das Werk von Josep Fontana gestoßen, so aber wurde es doch zumindest etwas breiter wahrgenommen, selbst in der österreichischen Presse mit ihrem nur rudimentär entwickelten Feuilleton fand es Beachtung und wurde durchaus wohlwollend besprochen.[29]

Demokratie als fortwährendes Ringen um Gleichheit

Was nun die zentralen Thesen von Canforas Buch anbelangt, so stellt er in den ersten Kapiteln dar, was in der Antike unter dem zumeist abwertend gebrauchten Begriff „Demokratie" verstanden wurde und wie beginnend mit der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts eine positive Bezugnahme auf Demokratie als politisches Ziel wieder ins Spiel kam. Demokratie ist für Canfora die „Vorherrschaft der besitzlosen Klassen in einem unablässigen Kampf um Gleichheit",[30] wobei er diesen Bestandteil aus der Revolutionsparole *Liberté, Égalité, Fraternité* gerade im Gegensatz zum Begriff der Freiheit besonders stark macht und als Wesensmerkmal von Demokratie ansieht. Demokratie im Sinne Canforas widerstrebe den Interessen der Besitzenden und nur selten habe es in der Weltgeschichte Versuche gegeben, diese durchzusetzen: Einmal im Zuge der französischen Revolution, 1793, durch die Jakobiner unter Robespierre, was durch Napoleon und die französischen Liberalen des 19. Jahrhunderts verhindert wurde, und schließlich mit den russischen Revolutionen von 1905 und 1917; auch letzterer Ansatz wurde verhindert, wofür Canfora gleichermaßen das auch militärische Eingreifen des Westens und die repressive Politik Stalins verantwortlich macht. Demokratie und „Freiheit" – verstanden nicht als Freiheit aller, sondern als die der Stärkeren, das heißt der Besitzenden –[31] sieht Canfora als einander entgegengesetzt an, als einen Widerspruch, der bereits in der griechischen Antike thematisiert wurde. Gegenwärtig scheine diese so genannte „Freiheit" die Demokratie zu besiegen, Canforas Fazit lautet:

> „Die Demokratie ist auf andere Epochen verschoben und wird von anderen Menschen neu konzipiert werden. Vielleicht nicht mehr von Europäern."[32]

Bemerkenswert und für die Wirkung eines historischen Fachbuchs im deutschsprachigen Raum eher unüblich war, dass Überlegungen und Erkenntnisse daraus auch in die politische Debatte einflossen, in Deutschland etwa bei Oskar Lafontaine, der unter anderem in einem in der FAZ veröffentlichten

29 Philipp, Claus: Dialoge zwischen Schwerhörigen. In: Der Standard, 26.1.2007, http://derstandard.at/2735651 (letzter Zugriff vom 24.7.2014).

30 Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Köln 2006, S. 325.

31 Ebenda, S. 356.

32 Ebenda, S. 357.

Diskussionsbeitrag zur Debatte um Demokratie und Europäische Union auf Canfora Bezug nahm.[33]

Kritik an Canforas Darstellung gab es nicht nur von den üblichen Verdächtigen, geäußert etwa im Zentralorgan der historischen Sozialwissenschaft,[34] sondern auch von linken HistorikerInnen: Christoph Jünke etwa bezeichnete Canfora als „Apologeten des Stalinismus",[35] wobei dem entgegenzuhalten wäre, dass Canforas Buch mit Distanznahmen zu Stalin nicht geizt und keineswegs das durch dessen Politik verursachte „unendlich[e] menschlich[e] Leid" leugnet.[36]

Gewiss verdient Canforas Buch in manchen Punkten Kritik, ganz besonders dafür, dass er feministische, geschlechtergeschichtliche Positionen kaum in seine Darstellung miteinbezieht; auch die *Shoah* und Überlegungen, inwiefern diese einen grundsätzlichen Zivilisationsbruch darstellt, der emanzipatorische Bewegungen nicht unberührt lassen kann, finden bei ihm keine Beachtung.

Des Weiteren ist wohl festzustellen, dass Canfora positive Bezugnahmen auf Freiheit als politisches Ziel zugunsten der Gleichheit zu sehr vernachlässigt; letzteres mag verständlich sein, da der Begriff der Freiheit durch seine liberal-kapitalistische Instrumentalisierung massiv kontaminiert ist, doch wäre dem entgegenzuhalten, dass gerade auch die kommunistische Bewegung sich nach 1917 die Parole der Freiheit auf die Fahnen geschrieben hatte. Canfora wäre danach zu befragen, welchen Unterschied er zwischen seinem Begriff der Demokratie und der unter anderem von Lenin in „Staat und Revolution"[37] für temporär als notwendig erachteten Diktatur des Proletariats sieht; letztere wird von heutigen emanzipatorischen, linken Bewegungen zumeist entschieden abgelehnt und es wäre interessant, von Canfora zu erfahren, ob er den Aufbau des realsozialistischen Repressionsapparats in der Sowjetunion angesichts innerer wie äußerer Feinde als unvermeidlich ansieht, oder ob und wenn ja welche Alternativen er in der Geschichte der UdSSR angelegt sehen würde.

33 Lafontaine, Oskar: Wartet nicht auf bessere Zeiten. In: FAZ, 22.11.2012, S. 29.

34 Baberowski, Jörg: Stalinismus als Demokratie? Anmerkungen zu Luciano Canfora. In: Geschichte und Gesellschaft, 32, 2006, S. 385–397; als Beispiel für die rechtsextreme Rezeption: Historische Zeitschrift, Bd. 284, 2007, S. 687–692.

35 Jünke, Christoph: Luciano Canforas Demokratieverständnis. In: Sozialistische Hefte für Theorie und Praxis, Dezember 2006, Heft 12, S. 33–42, http://www.linksnet.de/de/artikel/20528 (letzter Zugriff vom 24.7.2014).

36 Canfora, Luciano: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Köln 2006, S. 232f., 238, 294–296, Zitat 350.

37 Zuletzt erschienen in der Ausgabe von: Dath, Dietmar: zu W. I. Lenin: Staat und Revolution. (=Marxist Pocket Books; 2). Hamburg 2012.

Grundsätzlich ist Canforas Werk aber als sehr erfrischend einzuschätzen, gerade weil es einen wichtigen Kontrapunkt zur liberalen Legende setzt, gemäß derer die Geschichte der letzten Jahrzehnte ein Voranschreiten auf dem Weg zu immer mehr Demokratie und Freiheit wäre, mit dem Höhepunkt von 1989, dem Jahr, in dem sich die als kommunistisch bezeichneten Staaten von ihren Diktaturen befreit hätten. Diese Legende, die in den 1990er Jahren recht stark verbreitet war und in heutigen Mainstream-Medien immer noch ihre AnhängerInnen findet, ist spätestens durch die Finanzkrise der letzten Jahre stark in Bedrängnis geraten, wodurch Fragen der Verteilung des Eigentums zumindest wieder zur Diskussion stehen.

Genauso wie für Fontanas *Europa im Spiegel* gilt somit, dass Canforas *Geschichte der Demokratie* ein anregendes Beispiel für eine kritische Geschichtswissenschaft darstellt, das obendrein noch gewinnbringend zur Analyse der Gegenwart herangezogen werden kann. Beide Bücher rücken erstarrte und lieb gewonnene historische Betrachtungsweisen zurecht und ermöglichen einen wohltuend neuen Blick auf die europäische Geschichte. Die Frage bleibt selbstredend, wie weit sie der eingangs erwähnten „allergischen Falle" entkommen, sind doch beide nicht sonderlich optimistisch, was einen zukünftigen, von Europa ausgehenden Beitrag zu einer emanzipatorischen, den Kapitalismus überwindenden Gesellschaft betrifft. Wer durch einen solch nüchternen historischen Blick in Ratlosigkeit und Lähmung zu verfallen droht, der/dem sei eine Prise zukunftsorientierter Literatur als Gegengift angeraten; zum Glück ist auch diese in unterschiedlich starker Dosierung vorhanden.[38]

38 Als Beispiele dafür können so unterschiedliche Texte genannt werden wie: Dath, Dietmar: Für immer in Honig. Berlin 2008; Ders.: Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift. Frankfurt am Main 2008.; Ders.; Kirchner, Barbara: Der Implex – Sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee. Berlin 2012; Zelik, Raul: Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken. Hamburg 2011; Adamczak, Bini: Kommunismus. Kleine Geschichte, wie endlich alles anders wird. Münster o. J. [2004]; Dies.: Gestern morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft. Münster 2011; Roth, Karl Heinz; Papadimitriou, Zissis: Die Katastrophe verhindern. Manifest für ein egalitäres Europa. Hamburg 2013.

Ein Beitrag der Antifaschistischen Initiative Moabit,
geschrieben von Mathis

Kein Vergessen – Kein Vergeben. Wir greifen ein. Antifaschistisches Gedenken und linke Geschichtspolitik

Die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) ist eine geschichtspolitisch engagierte Antifagruppe aus Berlin-Moabit. Sie war von den 1990er Jahren bis in die 2000er Jahre unter dem Motto „Nie wieder Heimat" in wechselnden Bündnissen aktiv; u. a. gegen den sogenannten „Tag der Heimat" des „Bundes der Vertriebenen" (BDV) in Berlin. Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die Beteiligung an dem „Bündnis gegen IG Farben" und Initiativen für die Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen und Opfern von Massakern der Wehrmacht. Bis heute beteiligt sich die Gruppe an Kampagnen und Aktionen gegen Geschichtsrevisionismus, z.B. zum alljährlichen (bzw. mittlerweile schon zur Geschichte gewordenen) Neonazi-Aufmarsch in Dresden. Traditionell organisiert die AIM jährlich das Gedenken an die Novemberpogrome im Jahr 1938. Dazu werden am ehemaligen Ort der Synagoge in der Levetzowstraße Überlebende eingeladen, auf einer Gedenkkundgebung zu sprechen. Anschließend führt eine antifaschistische Demonstration zum ehemaligen Deportationsbahnhof am Westhafen.

Für die AIM ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den aus seinen Verbrechen gezogenen Lehren richtungweisend für das eigene Handeln. Diese Orientierung wird besonders durch die ZeitzeugInnen beeinflusst, deren Berichte im Rahmen der Veranstaltungen um das Gedenken rund um den 9. November prägend sind. Der Wunsch, die Überlebenden zu unterstützen, führte zum Eintritt der Gruppe in die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA). Die AIM versteht ihr Engagement in dieser Organisation als Versuch eine Brücke zu schlagen zwischen ZeitzeugInnenschaft und aktueller antifaschistischer Politik, zwischen Erinnern und täglichen antifaschistischen Interventionen. Denn die AIM ist auch immer noch eine Antifagruppe, deren politische Praxis sich im „Hier und Jetzt" verortet und die in die aktuellen gesellschaftlichen Zustände verändernd eingreifen möchte.

Für unsere Praxis besonders folgenreich ist das Verschwinden der letzten Überlebenden: Konkret wird es für uns jedes Jahr schwerer, ZeitzeugInnen für den 9. November und unsere Veranstaltungen zu finden, weil viele von ihnen mittlerweile verstorben sind. Die Berichte und Erinnerungen der antifaschistischen Überlebenden waren und sind ein zentraler politischer Bezugspunkt für die Arbeit der AIM: Im Gegensatz zu den Gewährsleuten eines Guido Knopp treten die antifaschistischen ZeitzeugInnen explizit als politische AkteurInnen auf und ihre Aussagen sind nicht ohne weiteres zu entpolitisieren. Statt sich auf die Berichterstattung des Vergangenen reduzieren zu lassen, stellen sie den Bezug zu den heutigen Zuständen her und kritisieren diese. Gerade dieser Bezug zur heutigen gesellschaftlichen Lage, sei es die Kritik am Rassismus, an Neonazis oder an der deutschen Regierungspolitik, ist für uns zentral, denn die Kritik der Überlebenden des Nationalsozialismus wiegt viel. Ihre Erfahrungen im NS und nicht zuletzt in dessen bis heute andauernden Kontinuitäten verschaffen ihnen vielfach Gehör – was allerdings jahrzehntelang erkämpft werden musste. Auch deshalb sind die antifaschistischen ZeitzeugInnen für linke Erinnerungspolitik – wie die der AIM – so wertvoll und schwer ersetzbar.

Wir sind unsicher, ob bzw. wie sich dieser Verlust in Zukunft kompensieren lässt. Klar ist, das wichtige Stimmen in der politischen Auseinandersetzung (nicht nur der Erinnerungspolitik) aktuell verschwinden und in absehbarer Zeit ganz verstummen werden. Eine Möglichkeit sehen wir in der Zusammenarbeit mit den ZeitzeugInnen der zweiten Generation, also den Kindern der Überlebenden, deren Lebenserfahrungen durch die Eltern stark geprägt sind. Schon heute sind bei uns diese Übergänge fließend, so haben einige der RednerInnen am 9. November die Pogrome als Kinder erlebt und ihre Schilderungen verarbeiten auch die Erfahrungen ihrer Eltern. Wir sehen darin eine Möglichkeit, diesen Perspektiven auf den Nationalsozialismus eine stärkere Wahrnehmung zu verschaffen.

Eine weitere Möglichkeit, diesem Problem zumindest teilweise zu begegnen, ist es, die Stimmen der letzten Überlebenden zu sichern und für die Nachwelt dauerhaft zu erhalten. So wurde die seit mehreren Jahren erscheinende „Fragt-uns"-Broschüre[1] des VVN-BdA durch Mitglieder der AIM unterstützt und bis heute weitergeführt. In ihr kommen die letzten ZeitzeugInnen in ausführlichen biografischen Interviews zu Wort und nehmen diese beinahe ausnahmslos zum Anlass, die aktuellen gesellschaftlichen Zustände zu kritisieren. Die Lücke, die der Tod der ZeitzeugInnen hinterlässt, ist jedoch nicht die einzige Herausforderung, mit der eine antifaschistische Geschichtspolitik heute konfrontiert ist.

Die deutsche Erinnerungslandschaft ist im Jahre 2014 gepflastert mit Stolpersteinen und Orten der Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen. Die Leugnung sowie die Schuldabwehr wurden nach jahrzehntelangen Kämpfen durch eine verstärkte Geschichtsaufbereitung und sichtbares Erinnern abgelöst. Den „Opfergruppen" wurden und werden nicht nur in Berlin zahlreiche Mahnmale und Gedenkstätten gewidmet. Im Jahr 2013 war die Erinnerung an die NS-Verbrechen im Stadtbild omnipräsent, z.B. in Berlin unter dem Motto

1 http://fragtuns.blogsport.de (zuletzt 25.11.2014).

„Zerstörte Vielfalt 1933-1938-1945“. Dies finden wir erfreulich, bedeutet es doch eine – wenngleich viel zu späte – Anerkennung der Opfer des Nationalsozialismus und ihrer Schicksale.

Das offensive Staatsgedenken wirft jedoch die Frage auf, was das für eine konsequent antifaschistische und damit staatskritische Erinnerungspolitik bedeutet. Folgt daraus für uns die Notwendigkeit, die inhaltlichen Koordinaten unserer bisherigen Politik zu verschieben? Zugespitzt formuliert: Worin unterscheiden sich unsere Aktionen und Interventionen noch vom staatlichen und gesellschaftlichen Mainstream? Machen wir uns zu WasserträgerInnen bundesdeutscher Geschichtspolitik?

Für den Versuch einer Antwort betrachten wir die Rahmenbedingungen unserer Politik: Die erinnerungspolitische Wende mit der wir seit einigen Jahren konfrontiert sind, kommt für uns nicht zufällig zum jetzigen Zeitpunkt. In der Zeit, in der die Überlebenden und die TäterInnen immer weniger werden, fällt es der deutschen Gesellschaft immer leichter, die Abgrenzung von den Verbrechen und von den TäterInnen zu vollziehen. Der zeitliche Abstand und der Tod der TäterInnen erleichtern es, die Schuld und die daraus zu ziehenden Konsequenzen abzuwehren. Bis in die neunziger Jahre bedeutete die Erinnerung an den Nationalsozialismus häufig eine persönliche Schuld vieler Deutscher und machte eine Abgrenzung und Leugnung der gesellschaftlichen Kontinuitäten schwieriger. Wurde diese Erinnerung bis dahin gern als unliebsames „dunkles Kapitel“ in die Geschichte verbannt, so erlebt die heutige Gesellschaft wie nützlich die Erinnerung an den Nationalsozialismus für Deutschland sein kann. Das Erinnern an den NS fällt nicht mehr schwer, sondern wird zum sinnstiftenden Element bei der Konstruktion eines aufgeklärten Deutschlands, das gerade aufgrund seiner schlimmen Vergangenheit moralische Autorität erhält. Diese nationalistische Instrumentalisierung des Gedenkens lässt sich an vielen Stellen beobachten und schlägt sich auch in gravierenden Veränderungen der deutschen Außenpolitik nieder: Internationale Kriegseinsätze der Bundeswehr werden nicht mehr abgelehnt, sondern erinnerungspolitisch legitimiert. Dass dies einen Tabubruch markiert, der noch bis vor Kurzem unvorstellbar erschien, daran erinnern uns die Ereignisse auf dem Bielefelder „Kosovo-Parteitag“ der GRÜNEN im Jahr 1999, als Joschka Fischers Legitimierungsrhetorik von AntimilitaristInnen mit einer Farbbeutel-Attacke bedacht wurde.

Im Jahr 2013 wird die Kritik an diesen Militäraktionen aufgrund der „historischen Schuld“ nur noch als „Weltabgewandtheit und Bequemlichkeit“ durch den Bundespräsidenten Joachim Gauck diffamiert und eine offensivere „verantwortungsvolle“ Außenpolitik gefordert.[2] Diese Idee von Verantwortung leugnet die gesellschaftlichen Kontinuitäten und delegitimiert die Beschränkung der Bundeswehr, die als Konsequenz aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen wurde. Die Vergangenheit darf demnach die deutsche Machtpolitik nicht mehr beschränken, sondern die Erinnerung an den Nationalsozialismus dient der Legitimation einer militarisierten deutschen Außenpolitik.

Kulturpolitisches Beispiel für die Veränderungen im nationalen Gedenken ist – wie vielfach gezeigt – das erinnerungspolitische Dauerrauschen der öffentlich-rechtlichen Sender. Ob Guido Knopps NS-Dokus oder die Spielfilm-Produktionen wie „Der Untergang“, der Nationalsozialismus ist kein Stigma mehr, sondern eine abscheulich-interessante Episode dieses aufgeklärten Landes, dessen „Aufarbeitung“ lohnt und den Familienabend vor dem Fernseher bereichert. Musste man sich die letzten fünfzig Jahre verkrampft ausschweigen, ist es nun befreiend, endlich dem Nationalsozialismus seinen Unterhaltungswert wieder zuzugestehen.

Dass Guido Knopp am 9. April 2014 die „Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen“ (BdV) erhielt, zeigt deutlich, welchen gesellschaftlichen Kräften die öffentlich-rechtliche Geschichtsdeutung nützt. Besonders die Ankunft des BdV im erinnerungspolitischen Mainstream zeigt deutlich die Veränderungen in den Kräfteverhältnissen. Nicht nur die Bundeskanzlerin besucht nun schon traditionell das Jahrestreffen dieses Verbandes; der BdV wurde darüber hinaus auch durch eine eigene Ausstellung im Deutschen Historischen Museum und zukünftig durch ein eigenes „Zentrum gegen Vertreibung“ geadelt. So gelingt es seinen VertreterInnen immer stärker, ihr zentrales Anliegen, die geflohenen Deutschen als weitere Opfergruppe des Zweiten Weltkrieges gleichberechtigt anerkennen zu lassen, durchzusetzen. Diese Position wird auch auf europäischer Ebene gestärkt. Besonders die Erinnerungspolitik in einigen osteuropäischen Ländern und die dort stattfindende Gleichsetzung der nationalsozialistischen Herrschaft mit der Herrschaft der Sowjetunion bestärkt die deutsche Opfer-Identität. Die Gleichsetzung – Nationalsozialismus gleich Kommunismus, Gulag gleich Konzentrationslager, Wehrmacht gleich Rote Armee – beschert dem BdV die sehnlichst erwartete Anerkennung als Opfer unter vielen. Die Trennlinie zwischen TäterInnen und Opfern des Holocaust und des Zweiten Weltkriegs wird relativiert und verschwimmt. Daraus leitet sich für unsere Politik als AIM ab, die deutsche TäterInnenschaft zu betonen und keine irgendwie geartete Relativierung dieser historischen Schuld am Zweiten Weltkrieg und am Holocaust zuzulassen.

Ein Versuch, dieser Entwicklung praktisch etwas entgegenzusetzen, ist für uns das alljährlich stattfindende Fest zum „Tag des Sieges“ im Treptower Park (Berlin), das wir aktiv unterstützen. Wir sehen darin eine wichtige Intervention in die herrschende Diskurse in Deutschland. Einerseits geht es dabei um die klare Botschaft, den 9. Mai als Festtag für die Befreiung vom Faschismus und

2 Vgl. Eröffnungsrede von Joachim Gauck anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz. http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html (zuletzt 25.11.2014).

nicht – leicht beklommen – den 8. Mai als Tag der Kapitulation zu begehen: „Wer nicht feiert hat verloren!“ Das Fest setzt daher einen Kontrapunkt zum nationalen Gedenken. Es ist mittlerweile zum größten Fest zum Tag der Befreiung in der BRD gewachsen.

Darüber hinaus findet in diesem Rahmen immer wieder eine intensive Diskussion und Auseinandersetzung mit der Rolle der Sowjetunion statt, nicht umsonst findet die Veranstaltung in Sichtweite des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park statt. Es geht uns dabei um eine Intervention in den deutschen Erinnerungsdiskurs, um dort ein klares Bekenntnis zur Leistung der Roten Armee bei der Befreiung vom Nationalsozialismus zu platzieren. Innerhalb des deutschen Opferdiskurs wird gerade die Rolle der Roten Armee immer wieder dafür genutzt, um auf deutsches Leid hinzuweisen. In antikommunistischer und relativistischer Manier werden die Verbrechen der Armee an der Zivilbevölkerung immer wieder besonders dann betont, wenn es darum geht, die Deutschen auch als Opfer zu bestätigen. Diese Ambivalenz zwischen der Leistung bei der Niederschlagung des Faschismus und den dabei begangenen Verbrechen ist gegeben. Sie anzuerkennen und sich mit ihr auseinanderzusetzen ist eine Herausforderung an uns und an linke Geschichtspolitik. Gerade in einem gleichmachenden Erinnerungsdiskurs, in dem Differenzierungen und Nuancen untergehen, fällt es sehr schwer, allem den nötigen Raum zu geben. Im Hinblick auf die aktuelle Erinnerungsdebatte und den darin starken Tendenzen der Gleichsetzungen legen wir deshalb strategischen Wert darauf zu betonen: Die Deutschen waren die TäterInnen und AggressorInnen und etwaige politisch-militärische Antworten sind die direkte Folge dieser Schuld. Wer „Leid“ in den Mittelpunkt einer geschichtspolitischen Betrachtung stellt, verliert leicht den Blick auf Verantwortlichkeiten und Kausalzusammenhänge.

Das zeigt, woran wir unsere Politik ausrichten: An den gegebenen Verhältnissen. Die eigene und – unserer Meinung nach – jede linke Geschichtspolitik muss sich daran messen lassen, ob sie in die aktuellen Verhältnisse eingreift und diese verbessern will. Gerade weil unsere Politik ihre Lehren aus dem Nationalsozialismus und dem Holocaust zieht, ist die Ablehnung des deutschen Nationalismus/Patriotismus unumstößlich. Besonders dem nach der Wende erstarkten Nationalismus, der heute zunehmend durch einen scheinbar unverfänglichen Party-Patriotismus ergänzt wird, gilt es dabei zu begegnen.

Die Lehren, die wir nicht zuletzt von den antifaschistischen Überlebenden übernehmen, zwingen uns zur Kritik und zum Widerstand in dieser Gesellschaft. Wir halten daher aktuell die Debatten um Migration und Asylrecht aus antifaschistischer Perspektive für besonders wichtig. Eine unmissverständliche Lehre aus dem Nationalsozialismus ist das Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung und Tod. Die faktische Abschaffung des Asylrechts in den 1990er Jahren und die immer stärker vorangetriebene Abschottung Deutschlands und der EU müssen daher auch wegen dieses historischen Bezugs bekämpft werden. Solidarität mit den Geflüchteten und der Kampf gegen die Ausgrenzung an allen Orten muss Teil einer geschichtspolitischen antifaschistischen Praxis sein.

Wie wir mit den veränderten Bedingungen unserer (Gedenk-)Politik umgehen, insbesondere welche Konsequenzen der Tod der ZeitzeugInnen hat, wird sich zeigen. Linke Geschichtspolitik muss sich jedoch auch in Zukunft daran messen lassen, ob sie eine Praxis für eine bessere Zukunft begründet. Aufgrund der beschriebenen politischen Veränderungen müssen wir uns immer wieder fragen, ob wir diesem Anspruch gerecht werden. Besteht die Gefahr, dass das Gedenken an den Nationalsozialismus für die Nation instrumentalisiert wird, so müssen wir unsere Praxis überdenken. Die anfängliche Frage, ob sich antifaschistische Gedenkpolitik zur Wasserträgerin deutscher Interessen macht, wollen und müssen wir mit Nein beantworten. Denn gerade aufgrund der historischen Lehren kritisieren wir diese Nation und ihre Politik. Ob es die heutige Asylpolitik, Rassismus oder die Kriegspolitik Deutschlands ist, die Konsequenzen und Lehren aus dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg zwingen uns dazu, antifaschistisch zu handeln und für eine bessere Gesellschaft einzutreten.

Der Geschwätzigkeit des Stillen Gedenkens widersprechen. Die Auseinandersetzung mit der Shoah und revisionistischer Erinnerungspolitik als politische Intervention in der Gegenwart.

audioscript zur Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Dresden 1933 - 1945

Interview von Toni Krochmalsko, Institut für feministische historisch-politische Fragestellungen Dresden mit der gruppe audioscript *am 28. Juni 2014*

Zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht erarbeitete eine Gruppe aus der Dresdner antifaschistischen Linken den Audiostadtrundgang *audioscript zur Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Dresden 1933 - 1945. audioscript* stellt eine politische Intervention gegen den in dieser Stadt vorherrschenden Erinnerungsdiskurs mit der Betonung deutscher Bombenopfer dar. In 13 Tracks fokussiert *audioscript*, im Gegensatz zu Dresdens Stadtgesellschaft, auf Nationalsozialismus und Shoah im lokalen Kontext und diskutiert die postnazistischen deutschen Gesellschaften nach 1945 in der DDR und in der Gegenwart. Die Autor_innen setzten sich intensiv mit jüdischer Verfolgungsgeschichte im nationalsozialistischen Dresden auseinander und suchten ein zeitgenössisches Format der Vermittlung. Gleichzeitig war es der Gruppe wichtig, eine Kritik an der gegenwärtigen lokalen und bundesweiten Erinnerungspolitik zu formulieren. Das dresdnerische Gedenken an die Luftangriffe am 13. Februar 1945 war ein wichtiger Stichwortgeber in der Transformation des Erinnerns. Die Geschichte vom Ausgang des Krieges her zu erzählen und somit die Opfer der Bombardierung mit denen der Shoah in Konkurrenz zu bringen fand seinen Anfang im Stillen Gedenken an jedem Jahrestag der Bombardierungen.

Ihr begegnet mit dem audioscript der dicksten Suppe im Erinnerungsdiskurs: einem Mythos[1], einem Naziaufmarsch – also der geballten Ladung des deutschen Geschichtsrevisionismus. Wie kann ich mir Eure Intervention vorstellen?

1 Der Dresden-Mythos ist die Erzählung von der unschuldigen Kunst- und Kulturstadt, die kurz vor Ende des Krieges grundlos bombardiert worden wäre. Diese Erzählung enthält zumeist die Lügen von Hunderttausenden Toten, Phosphorregen und Tieffliegerjagden auf Zivilist_innen. Die Selbststilisierung als Opfer machte das

Oh ja... Unsere Entscheidung, das *audioscript* zu machen, ging auf vier Motivationen zurück.

Wir wollten uns im hegemonialen gesellschaftlichen Diskurs verhalten, einen Beitrag für die linke Auseinandersetzung liefern und die Ermordeten der Shoah erinnern sowie den Überlebenden und ihren Angehörigen mit Empathie und Solidarität begegnen.

Das Gedenken an das Bombardement der Stadt Dresden durch die Alliierten am 13./14. Februar 1945 erschien uns dicht. Damit meinen wir, dass wir den Eindruck hatten, egal was wir an gedenkkritischen Beiträgen auffuhren, die Abwehr verdichtete sich, es gab kein Interesse an einer Auseinandersetzung mit historischen Tatsachen und Fakten. Dass Dresden eben nicht Auschwitz war, ist ja offensichtlich und wollte dennoch nicht in die Köpfe der „Stillen Gedenker_innen"[2]. Wir waren es auch leid, in Debatten rund um die Notwendigkeit dieses Bombardements verstrickt zu werden, da wir keine Militärhistoriker_innen sind und es auch nicht werden wollten. Zum anderen traf uns die Hartnäckigkeit der Geschichtsrevisionist_innen. Insbesondere ihre Strategie, den Zweiten Weltkrieg von hinten, also vom Bombardement auf Dresden aus zu erzählen. Die Aktionen unter dem Slogan „Bomber Harris do it again"[3] waren sicherlich wichtige Provokationen, aber unsere Auseinandersetzung konnte da nicht stehen bleiben. Die notwendigen Interventionen und immer wieder vorgetragene Kritik bzw. die Widerlegung der rechten Legenden von Tieffliegern, Phosphorbomben, 250.000 Toten, Luftschutzkellern, die zu Krematorien erklärt wurden, oder die immer wiederholte Erzählung vom angeblich bereits zu Ende gegangenen Krieg ermüdeten uns.[4] Wir wollten

Gedenken in Dresden auch für deutsche Nazis interessant, weshalb sich diese seit 1999 am 13. Februar spektrenübergreifend zu einem so genannten Trauermarsch einfinden. Die Teilnehmer_innenzahl stieg stetig an, bis sie 2009 die Zahl 7.000 erreichte. Ausführlicher zum Dresden-Mythos und dem jährlichen Naziaufmarsch vgl.: Autor_innenkollektiv Dissonanz (Hg.): Gedenken abschaffen. Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945, Berlin 2013.

2 Stille Gedenker_innen: Menschen, die am Abend des 13. Februar an der Frauenkirche Kerzen in Gedenken an die Opfer der Luftangriffe anzünden.

3 Arthur Harris war Offizier der Royal Air Force und hat die Flächenbombardements deutscher Städte angeordnet. Die Parole „Bomber Harris – do it again" geht auf ein Plakat des Antinationalen Plenums Hamburg aus dem Jahr 1993 zurück. Mit der Aufschrift „Bomber Harris said, I would do it again. We say, do it now!" drückte die Gruppe ihre Verzweiflung über die nach der Wiedervereinigung einsetzenden Pogrome gegen Asylsuchendenunterkünfte aus, vgl. Autor_innenkollektiv „Dissonanz" (Hg.): Gedenken abschaffen. S. 229ff.

4 Vgl. David Irving: Der Untergang Dresdens, Hamburg 1967, und weitere Literatur, vor allem aber Äußerungen durch so genannte Zeitzeug_innen auf öffentlichen Veranstaltungen.

daher einen historischen Beitrag verfassen, der es zumindest verunmöglicht, zu behaupten, man wüsste nichts von der Beteiligung der Dresdner_innen an den nationalsozialistischen Verbrechen. Wir recherchierten daher die lokale Verfolgungsgeschichte der Jüdinnen und Juden in der damaligen Gauhauptstadt. Diese Geschichte sollte nicht mehr zu leugnen oder zu ignorieren sein.

Außerdem war es uns wichtig, in die linke Szene zu kommunizieren. Im Angesicht der Debatten um den Antisemitismus auch in der Linken erschien es uns wichtig, dem Antisemitismus im Nationalsozialismus aber auch in der DDR und der Gegenwart auf den Grund zu gehen. Zentral sind uns die Überlegungen zur Shoah. Was passierte damals in Dresden während des Nationalsozialismus und inwiefern hat die aktuelle Schuldabwehr, wie sie auch im heutigen Dresden auftritt, einen antisemitischen Kern?

Außerdem war uns eine solidarische Geste wichtig. Die Vorstellung, dass Opfer der Verfolgung oder Angehörige das über die Medien – insbesondere zu den runden Jahrestagen – in alle Welt übertragene Gedenkspektakel verfolgen, finden wir ziemlich unerträglich. Mit unserer Kritik an der Opfer-Täter_innen-Umkehr wollten wir uns an der Seite der Verfolgten wissen. Daher suchten wir nach Dokumenten der Verfolgung und autobiografischem Material von Überlebenden der Shoah.

Da die Stillen Gedenker_innen bösartig sind und die nationalsozialistischen Verbrechen leugnen, wollten wir also genau diese Geschichte erforschen und zur Verfügung stellen, für alle, die daran Interesse haben.

Mit welchen Themen beschäftigt Ihr Euch in den einzelnen Hörstationen und welche Bezüge zur Gegenwart lassen sich dabei herstellen?

Wir fokussieren im *audioscript* verschiedene Aspekte des Nationalsozialismus, der Shoah und der postnazistischen[5] deutschen Gesellschaften nach 1945: Da wären das antisemitische Meinen[6], die Vereinnahmung der jüdischen Gemeinde durch die Dresdner Zivilgesellschaft[7], Abwesenheit und

5 Der Begriff des Postnazismus versucht die Tatsache zu fassen, dass 1945 zwar das Morden geendet hat, aber die Struktur- und Ideologieelemente des Nationalsozialismus in den Nachfolgegesellschaften „fortwesten".

6 audioscript, Track 7: Technische Universität/Aufklärung und Antisemitismus. Die Dialektik zwischen dem antisemitischen Meinen und der Vernunft. Das antisemitische Meinen ist das Gerücht über die Juden. Detlev Claussen bezeichnet das antisemitische „Meinen" als eine „Haltung, undialektisch auf die Welt zu schauen. Diese Haltung trägt in sich jene Gewalt, die gegen das konstruierte Andere ausbricht", in: „Vom Judenhass zum Antisemitismus", http://www.antisemitismus.net/geschichte/claussen.htm, zuletzt 28. September 2014.

7 audioscript, Track 2: Eine neue Synagoge.

Zeugenschaft[8], Gedenkstätten- und Erinnerungspolitik[9], NS-Vergleiche und Entlastungsantisemitismus[10].

Die Tracks bestehen aus drei Ebenen, die sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. In einigen Tracks wird das gegenwärtige Gespräch über den Nationalsozialismus in Form fiktionalisierter Dialoge zwischen Protagonist_innen aus unterschiedlichen Milieus widergespiegelt. Andere Tracks bedienen sich der Form des Essays oder der Montage. In allen Tracks werden auf einer zweiten Ebene die historischen Fakten zu den einzelnen Orten aufgezeigt. Auf der dritten Ebene zitieren wir aus autobiografischem Material von Überlebenden aus Dresden und Europa – Jean Améry, Ruth Klüger, Raymond Federman, Claude Lanzmann, Raoul Hilberg, Henny Brenner, Olga Horak, Gerda Klein und Victor Klemperer sowie aus Texten der Kritischen Theorie.

Weitere wichtige Themen, gerade mit Bezug auf die Gegenwart, sind uns Zwangsarbeit und Nichtentschädigung[11] sowie Arisierung und Volkswohlstand[12]. Beide Themen zeigen besonders deutlich, dass die deutsche Gesellschaft nicht einmal ökonomisch die Verantwortung für die Verbrechen übernommen hat und sich hinter der sehr fiesen moralisierenden Debatte um die Unmöglichkeit eines Entschädigens versteckt. Mit unverhohlener Aggression wurden und werden die Rückforderungen von der deutschen Regierung untergraben. Daher bezeichnete Rudy Kennedy, ehemaliger Zwangsarbeiter der I.G. Farben, die deutsche Verweigerung der Entschädigung als „*the final insult*"[13] – die letzte Beleidigung.

Ihr habt versucht, Eure geschichts- und gesellschaftspolitischen Einschätzungen auch in die formale Umsetzung einfließen zu lassen. Wie?

Feminist_innen aus dem englischsprachigen Raum haben mit der Rede von *herstory* anstatt *history* deutlich gemacht, dass die Geschichtswissenschaft

8 audioscript, Track 11: Deportation und Vernichtung – Ereignis ohne Zeugnis?

9 audioscript, Track 13: „Geländebewahrer" – Das Judenlager am Hellerberg.

10 audioscript, Track 5: Partikel eines Ressentiments. Die SS-Mullah-Schule in Dresden und islamischer Antisemitismus.

11 audioscript, Track 9: „Wir suchen noch immer nach einer einzigen Firma, die keine Zwangsarbeiter beschäftigt hat". Jüdische Zwangsarbeit in der Kartonagenfabrik Adolf Bauer und Track 12: Jüdische Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie – das Goehlewerk der Zeiss Ikon AG.

12 audioscript, Track 9: „Auschwitz war ihr bestes Geschäft" – Ehemaliges jüdisches Altenwohnheim Henriettenstift.

13 gruppe offene rechnungen: The final insult – Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit. Münster 2003.

eine extrem männlich dominierte Disziplin ist. Als Feminist_innen ist uns diese Dominanz bei der Auseinandersetzung mit Geschichte auf die Nerven gegangen. Daher haben wir die feministische Geschichtsdebatte aufgegriffen, so zum Beispiel die Diskussion um Repräsentation. Damit meinen wir, dass es zu wenig Historikerinnen gibt bzw. Historikerinnen eine zu geringe Beachtung geschenkt wird. Zweitens sucht die Geschichtsschreibung hauptsächlich nach männlichen Akteuren, also Staatsmännern, Repräsentanten von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Und drittens liegt auch die mediale Vermittlung nahezu geschlossen in Männerhand.

Mach die Augen zu und erinnere dich an den letzten im TV geschauten Dokumentarfilm, wer spricht da? Egal ob Dreißigjähriger Krieg, Erster oder Zweiter Weltkrieg oder Hitlers Hunde – immer wird Geschichte durch den Synchronsprecher von Robert de Niro erzählt: männlich, rauchig, mächtig. Die von Männern erforschte und publizierte Geschichte von Männern wird durch Männer vermittelt und dies gilt dann gemeinhin als objektiv und wahr. Wird Geschichte nicht von Männern erforscht, publiziert und vermittelt, wird sie häufig als subjektiv abgewertet.

Diese herkömmliche Trennung von Objektivität und Subjektivität und insbesondere ihre Zuschreibung als männlich bzw. weiblich haben wir aufgelöst. Unser Kollektiv besteht zu großen Teilen aus Frauen*[14], im *audioscript* haben zahlreiche Biografien von Frauen* Eingang gefunden und sowohl die historischen Fakten als auch die philosophischen und autobiografischen Passagen werden durch Sprecherinnen* repräsentiert.

Zitate aus autobiografischem Material nehmen in den Audiofiles – im Verhältnis zur Vermittlung von historischen Daten und Fakten – einen großen Raum ein. Warum? Welchen Erkenntnisgewinn erhofft Ihr Euch von der Dokumentation des subjektiv Erlebten?

Die individuellen, subjektiven Erfahrungen der verfolgten Jüdinnen und Juden, ihre Betroffenheit, ihre Wut, Traurigkeit, Enttäuschung und Verzweiflung, die ganze Bandbreite des Erlebens wollten wir in Form von Zitaten aus autobiografischem Material und mit Fragmenten aus philosophischen Abhandlungen darstellen. Das autobiografische Material hat uns geholfen, uns so nah wie möglich an die individuellen Schicksale heranzuzoomen, von Lebensplänen, Träumen und politischen Ideen oder Utopien zu erfahren. Es ging uns darum, die Menschen aus der Gruppe, in die sie qua Konstruktion gepresst wurden,

14 Obwohl wir Geschlechterkategorien als Konstruktion erkennen, ist die Zweigeschlechtlichkeit mitsamt ihren so genannten natürlichen Zuschreibungen eine gesellschaftliche Realität, mit der wir immer wieder konfrontiert sind. Wir verwenden daher den Begriff der „Frauen“, markieren diesen aber mit einem Stern um Trans*-Frauen und Inter*-Menschen einzuschließen.

herauszulösen und ihre Heterogenität in Trauer, Kampf und Widerstand und ihren ganz persönlichen Umgang mit der Verfolgung deutlich zu machen.

Zum Beispiel gab es auf die Stigmatisierung, etwa die Anordnung, den so genannten Judenstern zu tragen, unzählige verschiedene Reaktionen und eben nicht die eine richtige Antwort, die für alle spricht.

Theodor W. Adorno hat den Judenstern als Mittel zur Gleichmachung beschrieben. Er sollte die Jüdinnen und Juden von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidbar machen. Die Wirkung beschreibt Adorno so: „Der einzelne Jude war durch den Judenstern nicht länger der wirklich lebende und leidende Mensch, er wurde, als Angehöriger dieses Volkes, zum bloßen Exempel eines anderen, einer Abstraktion, in der das konkret Verschiedene im ununterscheidbar Identischen aufging.“[15]

Gegen das Verschwindenmachen des Einzelnen stellen wir die subjektiven Einschätzungen der lebenden und leidenden Menschen. Viktor Klemperer reagierte auf die Verordnung, den Judenstern tragen zu müssen, mit einem tobsüchtigen Verzweiflungsanfall. Ruth Klüger hingegen erinnert sich: „Ich kann nicht sagen, dass ich ihn ungern getragen habe, den Judenstern. Unter den Umständen schien er angebracht. Wenn schon, denn schon.“[16]

Ihr habt keine Reihenfolge der Hörstationen vorgegeben. Ist das Konzept, und wenn ja, warum?

Ja, das *audioscript* verweigert sich der üblichen Linearität der Erzählung. Eine feste Reihenfolge der Hörstationen gibt es nicht. Bei der Entscheidung gegen einen chronologischen Ablauf haben wir uns von der Kritik Claude Lanzmanns inspirieren lassen. Es geht uns wie ihm darum, die Shoah gerade nicht aus einer Chronologie abzuleiten. Dass die Verbrechen von Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden zumeist in zeitlicher Abfolge erzählt werden, suggeriert nach Lanzmann eine Ableitung, die auf ein als logisch empfundenes Ergebnis zusteuert. Also auf die Entrechtung folgten dann Isolation und Deportation, die zur Vernichtung führten; der Massenmord am Ende der chronologischen Erzählung erhält so nahezu etwas vermeintlich Folgerichtiges. Diese simple Abfolge des Vorher und Nachher, wie wir sie aus dem Schulunterricht, aber auch aus der Museums- oder Gedenkstättendidaktik kennen, ist „zutiefst untragisch. Der Tod kommt, wenn er eintrifft, immer zur rechten Stunde, nicht-gewaltsam, nicht-skandalös.“[17] Da die sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden aber nicht gestorben sind, weil ihre Stunde gekommen war, fordert Lanzmann,

15 Adorno, Theodor W.: Ob nach Auschwitz sich noch leben lasse. Ein philosophisches Lesebuch. Frankfurt am Main 1997, S. 17.

16 Klüger, Ruth: weiter leben. Eine Jugend. Göttingen 1992, S. 50.

17 Lanzmann, Claude: Shoah. Absolut Medien 2008.

dass jedes Werk, das dem Holocaust heute gerecht werden will, zuallererst mit der Ordnung der Chronologie brechen muss.[18]

Seht Ihr Euch mit Eurer Fokussierung auf individuelle Einschätzungen in der Tradition der „Geschichte von unten"? Ist die herkömmliche Geschichtsschreibung also an ihr Ende gekommen, keine Held_innen, kein Pathos?

Ja. Tatsächlich gehen herkömmliche Geschichtsauffassungen zu wenig auf revolutionäre, kämpfende und kritische Akteur_innen der Geschichte ein, die kleinen und nicht so mächtigen Protagonist_innen der Geschichte finden kaum Gehör, die, die nie gewonnen oder nicht überlebt haben.

Die Geschichte der Linken ist zum großen Teil eine Geschichte von Verfolgungen und Niederlagen.

Mit *audioscript* haben wir uns auf die Verfolgten und Vernichteten der Shoah fokussiert, und auf die Abwesenheit von Zeug_innenschaft angesichts der auf Auslöschung angelegten Vernichtung. Die Shoah ist jedoch ein Verbrechen, dem faktisch keine Art der Geschichtsschreibung gerecht werden kann. Vom Sterben in der Gaskammer kann kein Zeugnis abgelegt werden, da nicht ein Mensch diesen Raum des industrialisierten Mordes lebend verlassen hat. „Geschichte von unten" findet angesichts dieses Verbrechens ihre Grenzen.

In der Erinnerungspraxis der Linken wurden unserer Meinung nach die Widerstände der Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus, oft zionistisch-sozialistisch organisiert und gegen ihre Vernichtung kämpfend, zu wenig beachtet. Es gab kaum solidarische Bezüge z.B. auf die Kämpfe im Warschauer Ghetto oder den Aufstand in Sobibor. Diese Kämpfe gehören auch in den sogenannten linken Kanon. Andere Widerstände fanden beispielsweise in die Tradierung der DDR Eingang, die Skulpturen in Buchenwald legen ein beredtes Zeugnis dieser Geschichtsauffassung ab: kämpfende heroische Kommunisten. Die Widerstände der Jüdinnen und Juden hingegen fanden nur in Israel eine Ikonografie, in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften dominierte die Rede von ihrer Passivität, die jeder Tatsache entbehrt[19] oder gar eine Teilschuld mitkommuniziert. Wir dokumentieren daher im *audioscript* Zuwiderhandlungen, Ungehorsam und Widerstand der Verfolgten.

Wir suchen nach einem Bruch mit der herkömmlichen Geschichtsschreibung in Klassen und Massen. Beziehungsweise ist das völlig in Ordnung, es muss aber mit Individualgeschichte kombiniert sein, sonst fällt ein wichtiger Teil unserer gesellschaftlichen Vorstellung von Emanzipation unter den Tisch: die Individualität. Außerdem sind wir an einer dialektischen Geschichtsmethode interessiert und daher folgen wir in unserem Beitrag zum das Erinnern an ein ehemaliges KZ-Außenlager am Stadtrand von Dresden einer Methode des Philosophen Henri Lefebvre, die er in seinem Werk *Die Revolution der Städte* anwendet. Lefebvre stellt in seinem Werk das Für und Gegen von Straße und Monument gegenüber und unterstreicht eine Multiperspektivität auf die städtische Realität. Am Ort des ehemaligen *Judenlagers am Hellerberg*[20] befindet sich heute eine unwirtliche Brache. Lediglich ein Poster in einem Haltestellenunterstand unweit des Geländes informiert über das ehemalige Lager. Wir stellen in *audioscript* diese Brache mit ihren Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des Erinnerns zur Debatte, und zitieren im Folgenden mal aus dem Track[21]:

> „Gegen die Brache. Sie repräsentiert die Abwesenheit von Regeln im negativen Sinne, nicht zugunsten einer Utopie, sondern als Negation des Zivilisatorischen. Sie produziert Angsträume und schafft die Assoziation vom Verbrechen. Sie ist außerhalb eines sozialen Gefüges, ignorant und potentiell kapitalistisch verwertbarer Raum. Die Brache provoziert die stadtplanerische Frage nach einer möglichen funktionalen Nutzung. Sie verschleiert ihre Geschichte und ihre Zukunft. Sie ist die Zurschaustellung von Gedankenlosigkeit. Sie macht sich zur Komplizin derer, die Geschichte verdrängen, vergessen, verleugnen. Sie schweigt sich aus. Die Brache ist Ort ohne Utopie."

> „Für die Brache. Sie ist ungenutztes Land, offene Möglichkeiten, Plattform für Ideen und spontane Raumbesetzung. Sie ist leeres Blatt, ungeschönte Ehrlichkeit in wandelnden Zuständen. Die Brache repräsentiert das Unorganisierte und Unüberwachte. Hier gilt die Abwesenheit von Regeln und angenehmer Stillstand. Hier existiert kein Geschlecht, keine Arbeit, keine Unterdrückungsverhältnisse. Jede Brache ist Herausforderung, Inspiration und Möglichkeit vielfältiger flüchtiger Nutzung ohne Festlegung. Der Ort trifft keine Zeitvorgaben, keine kapitalistischen Tempomaßstäbe. Die Brache ist scheinbar vergangenheitslos und suggeriert einen permanenten Umbruch. Die Brache ist Ort der Utopie."

Geschichte ist für uns Aushandlungsprozess und Disput.

18 Ebd.

19 Lustiger, Arno: Zum Kampf auf Leben und Tod. Das Buch vom Widerstand der Juden 1933-1945. Köln 1994 und Strobl, Ingrid: Die Angst kam erst danach. Jüdische Frauen im Widerstand 1939 – 1945. Frankfurt am Main 1998.

20 Das „Judenlager Hellerberg" in der heutigen Radeburger Straße diente von Ende November 1942 bis Ende Februar 1943 zur Internierung der letzten noch in Dresden verbliebenen Jüdinnen und Juden, die im Goehle-Werk der Zeiss Ikon AG Zwangsarbeit leisten mussten.

21 Vgl. audioscript, Track 13: „Geländebewahrer" – Das Judenlager am Hellerberg.

Neben dem Produkt, dem audioscript *interessiert mich Eure Produktion, Eure Autor_innenschaft. Ihr seid ein Kollektiv von sieben Autor_innen. Ist das eine politische Entscheidung gewesen?*

Uns war es wichtig, die Auseinandersetzung mit der Shoah nicht ausschließlich akademisch zu führen, sondern als politische Gruppe. Unseres Erachtens sollte Geschichte Teil politischer Praxis sein, weshalb wir uns die radikale Linke als einen Ort von Diskussion und Praxis wünschen, jenseits von Ellbogen-Mittelbau und Karriere. Für eine Auseinandersetzung mit der Shoah als Teil des politischen Alltages braucht es eine kollektive Praxis und nicht nur einzelne Spezialist_innen.

Wie wichtig und wirkmächtig erachtet Ihr das audioscript im Diskurs um den 13. Februar?

Das *audioscript* ist ein Beitrag, der Interessierten Fakten, Autobiografien, Philosophie und Stadtgeschichte an die Hand gibt. Wir haben das Verbrechen in der Stadt im Zusammenhang mit der Shoah aufgezeigt und so seiner Leugnung entzogen. Der Vorstellung der vorgeblichen Zivilität der Kulturstadt wollten wir in aller Deutlichkeit widersprechen. Denn es gab kein Verbrechen gegenüber den Jüdinnen und Juden Europas, das nicht selbstverständlich auch in der Gauhauptstadt stattfand oder hier seinen Anfang nahm. Außerdem verstehen wir das *audioscript* als einen Beitrag der radikalen Linken, an den Nationalsozialismus zu erinnern und ihn zu diskutieren. Während der Produktion hatten wir allerdings keine bestimmte Zielgruppe vor Augen. Wir wollten ohne Rücksichtnahmen und Einschränkungen arbeiten. Es gibt mit Sicherheit Menschen, die das *audioscript* als zu komplex oder zu anspruchsvoll, zu ausführlich, zu wenig fokussiert, zu sperrig oder zu flüchtig beschreiben würden, aber ganz ohne Abstriche und Kompromisse ist das *audioscript* genauso geworden wie wir es haben wollten. Damit sind sicherlich Einschränkungen bei der Wirkmächtigkeit verbunden. Der Diskurs um das Bombardement ist, wie er ist; er modernisiert sich, gibt aber die Einopferung der Stadtbevölkerung nicht auf – er ist manifest. Gibt es sonst eine Stadt im Jahr 2014, die darüber diskutiert an die Opfer der Luftangriffe, also u.a. Angehörigen von Gestapo, SS, SA, Wehrmacht und BDM mit einem Denkmal zu erinnern?[22] Von Antifagruppen, Kunstaktivist_innen, Angehörigen der Verfolgten und Ermordeten sowie Institutionen des Erinnerns an die Shoah bekommen wir aber regelmäßig Feedback und Zuspruch.

Wie würde Eures Erachtens ein richtiger Umgang mit dem 13. Februar aussehen?

22 Vgl. Bergmann, Michael: Nazis beim Namen nennen, http://jungle-world.com/artikel/2012/44/46508.html (zuletzt 20. September 2014).

Neben uns waren und sind auch andere Erinnerungsakteur_innen aktiv, die in den vergangenen Jahren eine Demokratisierung bzw. Modernisierung dieses Gedenkens an die Luftangriffe vorangebracht haben. Die Versammlungen von nach wie vor großen Massen, die sich zum Abwerfen von Kerzen oder zum gemeinsamen Schweigen in einer von der Stadtverwaltung initiierten und dirigierten Menschenkette zusammenfinden, bleiben trotz eines halbherzigen Schuldbekenntnisses falsch.

Daher haben wir gemeinsam mit anderen radikalen Linken unser altes Anliegen mit einem Buch stark gemacht, es heißt „Gedenken abschaffen". Das ist sowohl der Titel als auch unseres Erachtens die einzige Möglichkeit mit diesem Tag umzugehen.

Macht und schafft ihr Mythos?

Eher nicht.

Das *audioscript* und der dazugehörige Stadtplan stehen in deutscher und englischer Sprache unter www.audioscript.net zur Verfügung.

Dörte Lerp und Susann Lewerenz

Museen hacken, oder: Das „revolutionäre Potential der Partizipation“[1]

Museen, Meistererzählungen und ein Audioguide

Das Alte Zeughaus steht inmitten des historischen Zentrums von Berlin, zwischen Neuer Wache und Museumsinsel. Ende des 17. Jahrhunderts als preußisches Waffenarsenal erbaut, diente es vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des Nationalsozialismus als Kriegsmuseum und Ort der Kriegsverherrlichung, 1950 wurde es dann zum zentralen Geschichtsmuseum der DDR.[2] Seit 2003 ist an derselben Stelle nun das Deutsche Historische Museum (DHM) zu Hause, das sich als modernes „nationales Geschichtsmuseum“[3] der Berliner Republik versteht. Das DHM soll ein „Ort der Besinnung und der Erkenntnis durch historische Erinnerung sein“; es will „zu Fragen an die Geschichte anregen“ und diese zugleich beantworten. In erster Linie will es jedoch ein Identifikationsangebot schaffen:

> „Vor allem soll das Museum den Bürgern unseres Landes helfen, sich darüber klar zu werden, wer sie als Deutsche und Europäer, als Bewohner einer Region und als Angehörige einer weltweiten Zivilisation sind, woher sie kommen, wo sie stehen und wohin sie gehen könnten.“[4]

Das Museum dient demnach der nationalen und europäischen Identitätsstiftung. Den als primäre Zielgruppe ins Auge gefassten deutschen Besucher*innen, darunter viele Schulklassen, präsentiert es eine Geschichte, die sie als ihre eigene

1 Gesser, Susanne u. a.: Das partizipative Museum. In: Dies. (Hg.), Das partizipative Museum. Zwischen Teilhabe und User Generated Content. Neue Anforderungen an kulturhistorische Ausstellungen. Bielefeld 2012, S. 10–15, hier S. 10.

2 Vgl.: Kretzschmar, Ulrike (Hg.): Das Berliner Zeughaus. Vom Waffenarsenal zum Deutschen Historischen Museum. The Berlin Armoury. From the Arsenal to the German Historical Museum. München u. a. 2006.

3 Deutsches Historisches Museum Berlin: Über uns. URL: http://www.dhm.de/ueber-uns/ [letzter Aufruf: 29.7.2014].

4 Endgültige Konzeption der Sachverständigenkommission für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin, überreicht am 24. Juni 1987. Zitiert nach URL: http://www.dhm.de/ueber-uns/gruendung-geschichte.html [letzter Aufruf: 29.7.2014].

verstehen sollen; als Geschichte, die sie mit manchen Menschen verbindet und von anderen trennt.[5]

Die Dauerausstellung des Museums ist das Ergebnis einer jahrelangen Kontroverse um den Sinn und Zweck eines nationalen Geschichtsmuseums und dessen inhaltliche Ausgestaltung. Die hitzigen öffentlichen Debatten um „Geschichtsbewusstsein“, „Erinnerungskultur“ und „nationale Identität“, die im Vorfeld und während der Eröffnung im Jahre 2006 geführt wurden, bleiben den Museumsgästen jedoch verborgen.[6] Hinweise auf Mehrdeutigkeiten, historische Kontroversen oder unterschiedliche Perspektiven und Deutungen sucht man in der Dauerausstellung vergeblich. Inhaltliche und theoretische Impulse aus den Gender und Postcolonial Studies, die die Geschichtswissenschaften in den letzten Jahrzehnten bereichert und transformiert haben, wurden von den Ausstellungsverantwortlichen kaum oder gar nicht berücksichtigt.[7] Gleiches gilt für neuere museologische Debatten um Pluralität und damit verbundene Ansätze, lokale Communities zur Interaktion mit Ausstellungen anzuregen oder gar in deren Gestaltung und Veränderung einzubeziehen.[8] Stattdessen bietet das DHM seinen Gästen eine relativ eindeutige Antwort auf die Frage nach dem „Woher“ und „Wohin“ der „imaginierten Gemeinschaft“[9] der deutschen

5 Siehe dazu Bauche, Manuela u. a.: Versteckt und verharmlost – Kolonialgeschichte im Deutschen Historischen Museum Berlin. 2013. URL: http://www.berlin-postkolonial.de/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=29:unter-den-linden-2-dunter-den-linden-2-deutsches-historisches-museumeutsches-historisches-museum&catid=10:mitte [letzter Aufruf: 29.7.2014].

6 Zur Debatte um das Museum und die Dauerausstellung vgl.: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Die Nation als Ausstellungsstück. Planungen, Kritik und Utopien zu den Museumsgründungen in Bonn und Berlin. Hamburg 1987; Kirsch, Jan-Holger; Zündorf, Irmgard (Hg.): Zeitgeschichte-online. Thema: Geschichtsbilder des Deutschen Historischen Museums. Die Dauerausstellung in der Diskussion. 2007. URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/geschichtsbilder-des-deutschen-historischen-museums [letzter Aufruf: 29.7.2014].

7 Bereits in der 1987 geäußerten Kritik des Vorhabens, ein zentrales Museum für deutsche Nationalgeschichte einzurichten, wurde die Forderung erhoben, deutsche Geschichte in ihrem grundsätzlichen Zusammenhang mit der kolonialen und globalen Geschichte darzustellen, doch fand dies keinen nennenswerten Niederschlag in der Konzeption der Ausstellung. Vgl.: Wünderich, Volker: Ein deutsches Historisches Museum ohne die Welt außerhalb Europas? In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Die Nation als Ausstellungsstück, S. 98–106.

8 Vgl. zum Beispiel die 2008 in Berlin veranstaltete Konferenz „Migration in Museums: Narratives of Diversity in Europe“. URL: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2500 [letzter Aufruf: 29.7.2014].

9 Vgl.: Anderson, Benedict: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. 2. Auflage. London u. a. 2006.

Nation. Auf zwei Etagen präsentiert die Dauerausstellung trotz ihrer Vielfalt an Objekten letztlich eine simple und gradlinige Erzählung: Die „deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“[10] beginnt mit der Varusschlacht und endet mit einem Demonstrationsplakat von 1989/90, das den Besucher*innen am Ende ihres Rundgangs die Botschaft noch einmal klar vor Augen führt: „Wir sind ein Volk!“[11].

Unsere Auseinandersetzung mit dieser Meistererzählung begann drei Jahre nach der Eröffnung der Dauerausstellung des DHM, im Rahmen der Kampagne „125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz“. Anlässlich des Jahrestages der Konferenz von 1884/85, auf der die europäischen Staaten ihr weiteres kolonialpolitisches Vorgehen in Afrika geplant und miteinander koordiniert hatten, bildete sich in Berlin ein Bündnis aus Nichtregierungsorganisationen, Initiativen und Einzelpersonen. Dessen Ziel war es, auf die Geschichte und die langfristigen Folgen des deutschen und europäischen Kolonialismus aufmerksam zu machen und eine breite öffentliche Erinnerungsdebatte anzustoßen.[12] Als Historikerinnen, die sich in ihren Forschungsarbeiten mit unterschiedlichen Aspekten der Kolonial- und Migrationsgeschichte beschäftigen, entschieden wir uns, eine Reihe von Museumsrundgängen anzubieten, die nicht nur historische Ereignisse, sondern auch Fragen der (Re)Präsentation und Erinnerungskultur behandelten. Aus den Rundgängen ist inzwischen ein Audioguide entstanden, der seit Anfang 2013 kostenlos im Internet zur Verfügung steht.[13] Das DHM schien uns ein geeigneter Ort für eine solche geschichtspolitische Intervention zu sein, da es als „nationales Geschichtsmuseum“ in exemplarischer Weise den allgemeinen öffentlichen Umgang mit der deutschen Geschichte und somit auch der Kolonialvergangenheit reflektiert. Unter dem Motto „Kolonialismus im Kasten?“ hinterfragt der Audioguide sowohl das Narrativ der Ausstellung als auch die damit verbundene Idee einer „nationalen Meistererzählung“.

10 Deutsches Historisches Museum: Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen. Dauerausstellung. URL: http://www.dhm.de/ausstellungen/dauerausstellung.html [letzter Aufruf: 29.7.2014].

11 Zur Herkunft und Botschaft dieses Slogans, der entscheidend vom bei den Leipziger Montags-Demonstrationen gängigen „Wir sind das Volk“ abweicht, vgl.: Fischer, Vanessa: „Wir sind ein Volk“. Die Geschichte eines deutschen Rufes. Länderreport, Deutschlandradio, 2005.

12 Kampagnenaufruf des Bündnisses 125 Jahre Berliner Afrika-Konferenz. Erinnern. Aufarbeiten. Wiedergutmachen. Berlin 2009. URL: http://www.berlin-postkolonial.de/aktuelle_themen/Afrika-Konferenz.html [letzter Aufruf: 29.7.2014].

13 Die Initiative „Kolonialismus im Kasten?“ besteht aus Manuela Bauche, Dörte Lerp, Susann Lewerenz, Marie Muschalek und Kristin Weber. Zur Initiative und ihrem Audioguide siehe URL: www.kolonialismusimkasten.de [letzter Aufruf: 29.7.2014].

Welchen Platz räumt die Dauerausstellung des DHM der (deutschen) Kolonialgeschichte ein? Um diese Frage zu beantworten, mussten wir uns innerhalb der Ausstellung zunächst auf die Suche begeben. Denn nur wer sich vom Hauptpfad der Geschichte ab- und den so genannten Vertiefungsräumen der Ausstellung zuwendet, findet im Abschnitt über das deutsche Kaiserreich die Großvitrine, die den Besucher*innen die deutsche Kolonialgeschichte vermitteln soll. In dieser Vitrine befindet sich ein Sammelsurium an Objekten, die primär die Perspektive der Kolonisierenden vermitteln – darunter ein Gemälde des Kilimandscharo, die Uniform eines weißen Kolonialsoldaten, Kaffeedosen, ein Album, in das Fotos mit Szenen von Folter und Mord eingeklebt sind, und ein Bild, das aus einem chinesischen Tempel entwendet wurde. Die Objekte wie auch ihre Beschriftungen geben kaum Aufschluss über die Zusammenhänge zwischen der Aneignung von Land, kolonialer Gewalt, wirtschaftlicher Ausbeutung, Rassismus und antikolonialem Widerstand.

Die Ausstellungsarchitektur sowie der Überblickstext stellen den deutschen Kolonialismus in einen direkten Zusammenhang mit dem Weltmachtstreben Deutschlands unter Kaiser Wilhelm II. Auf diese Weise wird der deutsche Kolonialismus auf eine Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges reduziert und zugleich von anderen historischen Entwicklungen losgelöst. In den übrigen Ausstellungsabschnitten zum Kaiserreich, die sich unter anderem mit der Politik Bismarcks und des Reichstags, mit wissenschaftlichen und technischen Innovationen sowie den sozialen Verhältnissen in Deutschland befassen, bleibt Kolonialgeschichte unberücksichtigt.[14] Sie wird in der Ausstellung nicht nur marginalisiert und mit Objekten und Texten vermittelt, die mit der Täterperspektive nicht brechen, sondern auch aus ihrem Zusammenhang mit der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Geschichte des deutschen Kaiserreichs herausgerissen. Im Gesamtnarrativ der Ausstellung erscheint die deutsche Kolonialzeit so gleichsam als Fehltritt auf dem Weg in die Moderne, als Auswuchs eines übersteigerten Nationalismus vor Beginn des Ersten Weltkrieges, der in keinerlei Verbindung zu anderen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen und Ereignissen der Kaiserzeit stand.

Auch im öffentlichen Gedächtnis ist die deutsche Kolonialvergangenheit lange Zeit in einen Kasten gesperrt und ins Abseits gerückt worden. Um dies zu ändern, reicht die Forderung nach einer umfassenderen Kolonialgeschichtsschreibung allein nicht aus. Wir müssen vielmehr zeigen, dass deutsche Geschichte und Kolonialgeschichte untrennbar miteinander verflochten sind. Unser Audioguide nimmt die Dauerausstellung und die dort präsentierten Objekte zum Ausgangspunkt, um Leerstellen, Mehrdeutigkeiten und verdeckte

14 Die wenigen, fragmentarischen Verweise auf den Kolonialismus in anderen Ausstellungsabschnitten sind so zusammenhanglos und ohne nähere Erläuterung präsentiert, dass sie für Ausstellungsbesucher*innen kaum zu entschlüsseln sein dürften.

Querverbindungen innerhalb der nationalen Meistererzählung aufzuzeigen. Auf diese Weise hinterfragt er die Konzeption der Dauerausstellung und eröffnet zugleich neue, gegenläufige Perspektiven zu ihrem Narrativ.

Unsere Herangehensweise lässt sich exemplarisch an einem Ölgemälde des Malers Ernst Henseler aufzeigen, das im Ausstellungsabschnitt zum Parlamentarismus im Kaiserreich zu sehen ist. Das Bild, in dessen Zentrum Otto von Bismarck steht, zeigt eine Reichstagssitzung vom Februar 1888. Im Kontext des Ausstellungsabschnitts verdeutlicht es den Einfluss der Exekutive und insbesondere des Kanzlers auf das Parlament, das in seinen Befugnissen stark eingeschränkt war. In der rechten Bildhälfte, umgeben von anderen Abgeordneten, sticht neben dem Reichskanzler eine weitere Figur ins Auge: der Hamburger Reeder und Kaufmann Adolf Woermann. Als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei und Mitglied der Hamburger Bürgerschaft sowie der Hamburger Handelskammer setzte sich Woermann in den 1880er Jahren mit Erfolg für die Errichtung formaler kolonialer Herrschaft in Afrika ein. Über Woermanns umfassendes kolonialpolitisches Engagement erfahren die Besucher*innen in der Ausstellung nichts, lediglich seine Mitgliedschaft im Kolonialrat wird in der Bildunterschrift erwähnt. Unsichtbar bleiben auch die handfesten wirtschaftlichen Interessen, die hinter Woermanns Koloniallobbyismus standen. Die Firma Woermann betätigte sich nicht nur im Westafrikahandel, sondern beteiligte sich auch an Kakaoplantagen in Kamerun, Kupferminen in Namibia, der Baumwollproduktion in Togo und am Eisenbahnbau in Ostafrika. Außerdem profitierte Woermann direkt von der staatlichen Förderung der Schiffsverbindungen in die Kolonien, denn die „Woermann-Linie“ und die „Deutsche Ostafrika-Linie“ besaßen darauf faktisch das Monopol. Und in dem genozidalen Krieg, den das Kaiserreich zwischen 1904 und 1908 in „Deutsch-Südwestafrika“ gegen die Herero und Nama führte, erwirtschaftete Woermann erheblichen Profit durch die Abwicklung von Militärtransporten wie auch die Ausbeutung von Überlebenden als Zwangsarbeiter*innen.[15] Das Gemälde von Henseler kann demnach auch eine andere Geschichte erzählen als die von der „Schwäche des Reichstages“. Kritischen Ausstellungsbesucher*innen eröffnet sich hier eine Chance, einzuhaken und das nationale Narrativ des Museums zu durchbrechen.

Ohne historisches Hintergrundwissen ist ein Erkennen und Interpretieren der Leerstellen, Mehrdeutigkeiten und Querverbindungen sehr schwierig. Hier setzt unser Audioguide an, indem er eine alternative, thematisch spezifische Lesart der Objekte und Ausstellungsarrangements anbietet. Interessierte können sich vor einem Besuch im DHM die einzelnen Audiotracks im Internet herunterladen oder direkt in der Ausstellung über ihr Smartphone darauf zugreifen. Die Hörstücke geben nicht nur Informationen zur deutschen Kolonialgeschichte, sie regen darüber hinaus zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Ausstellung und ihrem Narrativ an.

15 Vgl.: Hücking, Renate; Launer, Ekkehard: Aus Menschen Neger machen: wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat. Hamburg 1986; Möhle, Heiko: „Pardon wird nicht gegeben“. Profiteure der Vernichtung im deutschen Kolonialismus. In: arranca!, Nr. 15, 1998; Ders. (Hg.): Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika – eine Spurensuche in Hamburg. Hamburg 1999.

Museum Hacks

Die aktive Auseinandersetzung von externen Interessierten mit Museumsausstellungen wird seit einiger Zeit im Internet unter dem Stichwort „Museum Hacks“ diskutiert.[16] Auch unser Audioguide wurde in diesem Kontext erwähnt.[17] Bei Museum Hacks geht es nicht etwa um das Eindringen in und die Veränderung von Computersystemen, auf die Hacking im allgemeinen Sprachgebrauch oft reduziert wird. Vielmehr knüpft die Idee an die breitere Bedeutung des Begriffs „Hack“ an, die Ende der 1950er Jahre durch Mitglieder des Modelleisenbahnclubs am Massachusetts Institute of Technology geprägt wurde. Ein „Hack“ meint in diesem Zusammenhang eine schnelle und kreative Lösung:

> „The essence of a ‚hack‘ is that it is done quickly, and is usually inelegant. It accomplishes the desired goal without changing the design of the system it is embedded in. Despite often being at odds with the design of the larger system, a hack is generally quite clever and effective.“[18]

Es geht also um ein experimentierfreudiges und originelles Eingreifen in bestehende Systeme – in diesem Fall Museumsausstellungen.

Museum Hacks sind älter als der Begriff selbst und können in ihren Formen äußerst vielfältig sein, wie Marina Galperina in einer „Retrospektive“ im Online Kunst- und Popkulturmagazin *Flavorwire* aufzeigt.[19] So trat beispielsweise

16 Für einen Überblick über die Diskussion vgl.: Greisinger, Sybille: Hack the Museum! In: Kulturkonsorten, 23.7.2013. URL: http://kulturkonsorten.de/allgemein/hack-the-museum [letzter Aufruf 27.6.2014]; Galperina, Marina: Hacking Museums. Our Retroperspective of Interventionists and Crashers. In: flavorwire, 19.5.2011. URL: http://flavorwire.com/180906/hacking-museums-our-retrospective-of-interventionists-and-crashers [letzter Aufruf 27.6.2014].

17 Schmalenstoer, Michael: Kolonialismus im Kasten – eine Gruppe Historikerinnen hackt das DHM. 6.3.2013. URL: http://schmalenstroer.net/blog/2013/03/kolonialismus-im-kasten-eine-gruppe-historikerinnen-hackt-das-dhm/ [letzter Aufruf 27.6.2014].

18 Tech Model Railroad Club of MIT: Hackers. URL: http://tmrc.mit.edu/hackers-ref.html [letzter Aufruf 27.6.2014].

19 Vgl.: Galperina, Marina: Hacking Museums. Die folgenden Beispiele sind überwiegend Galperinas Artikel entnommen.

Andrea Frazier 1989 in ihrer Performance „Museum Highlights: A Gallery Talk“ im Philadelphia Museum of Art als Tour Guide Jane Castleton auf. Ihr Rundgang widmete sich nur am Rande den ausgestellten Kunstwerken, sondern vielmehr anderen Teilen des Museums wie der Garderobe und dem Museumsshop, den Toiletten, Wasserspendern und Treppenhäusern. Von diesen Objekten ausgehend rückte sie das Museum als Ort und Institution in den Mittelpunkt des Interesses.[20] Eva und Franco Mattes entfernten in den 1990er Jahren über zwei Jahre hinweg kleine Teile von Arbeiten namhafter Künstler wie Jeff Koons, Joseph Beuys und Andy Warhol. Fünfzehn Jahre später, nach Ablauf der Verjährungsfrist für Diebstahl, stellten sie diese unter dem Titel „Stolen Pieces“ aus. Ihr erklärtes Ziel war dabei nicht die Zerstörung der Originale, sondern im Gegenteil deren Rettung aus dem „Grab des Museums“.[21] Vielen bekannt sind die Museum Hacks des Künstlers Banksy, der 2005 in mehreren renommierten New Yorker Museen seine eigenen Werke aufhängte. Pascal Guérineau tat es ihm 2010 nach und hinterließ ein eigenes Gemälde im Pariser Louvre.[22] Im Jahr darauf gelangen dem Künstler Cartrain und dem Kunststudenten Andrzej Sobiepan „hang-and-runs“ im Tate Museum in London und im Nationalmuseum in Wrocław.[23] Alle Künstler verwiesen mit ihren Interventionen auf den Elitismus großer Museen, deren Ausstellungen zahlreichen, vor allem jungen Künstler*innen verschlossen bleiben.

Andere Interventionen zielen stärker auf eine konkrete Kritik an einzelnen Museen oder Ausstellungen ab. Als die National Portrait Gallery in Washington D.C. im Dezember 2010 auf Druck konservativer Gruppen David Wojnarowicz’ „A Fire in My Belly“ aus einer Ausstellung queerer Kunst ausschloss, stellten sich Mike Blasenstein und Mike Iacovone mit einem Computer in die Ausstellung, auf dem das Video lief. Nach zehn Minuten beendete die Polizei

20 Vgl.: Fraser, Andrea: Museum Highlights. A Gallery Talk. In: October, Nr. 57, 1991, S. 104–122.

21 Vgl.: Gopnik, Blake: Couple stole more than other artists’ ideas. In: Washington Post, 17.5.2010. URL: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/05/16/AR2010051603391.html [letzter Aufruf 27.6.2014].

22 Vgl.: Davies, Lizzy: French guerrilla painter angers art museums. In: The Guardian, 14.4.2010. URL: http://www.theguardian.com/artanddesign/2010/apr/14/france-guerrilla-painter-art-museums [letzter Aufruf 27.6.2014].

23 Vgl.: Cartrain Hits The Tate Museum. 15.5.2011. URL: http://www.streetartnews.net/2011/05/cartrain-hits-tate-museum.html [letzter Aufruf 27.6.2014]; Guerilla-Kunst: Student hängt sein Werk ins Nationalmuseum. In: Spiegel-Online. Unispiegel, 4.1.2012. URL: http://www.spiegel.de/unispiegel/wunderbar/guerilla-kunst-student-haengt-sein-werk-ins-nationalmuseum-a-807203.html [letzter Aufruf 27.6.2014].

die „guerrilla tablet exhibition“ und beide erhielten lebenslanges Hausverbot.[24] Nur einen Monat später protestierten Aktivist*innen in Los Angeles gegen die Entfernung eines Anti-Krieg-Gemäldes des Künstlers Blu an der Außenfassade des Museums of Contemporary Art, indem sie ein Foto des übermalten Bildes mit der Aufschrift „Zensiert“ auf die nun weiße Wand projizierten.[25] Nicht um Zensur, sondern um das Sponsoring des Tate Museums durch den Konzern BP geht es bei den Aktionen der Gruppe „Liberate Tate“, die seit 2010 mit diversen Performances innerhalb des Museums auf die Umweltzerstörung durch den Konzern hinweisen. Zuletzt übergossen am 21. Juni 2014 fünfundzwanzig Mitglieder der Gruppe in der National Portrait Galery ihre Gesichter mit Öl.[26] „Liberate Tate“ hat auch einen alternativen Audioguide produziert, der unter dem Titel „Tate à Tate Tour“ kostenlos im Internet zugänglich ist.[27]

Diese Beispiele verdeutlichen die Vielfältigkeit vom Museum Hacks und zugleich das Potential, das Museen als gesellschaftliche Institutionen und zugleich öffentliche Orte für kritische Interventionen bieten. Das nicht genehmigte Hinzufügen, Entfernen und Verändern von Objekten sowie Performances innerhalb von Ausstellungen können Irritationen erzeugen, hegemoniale Ordnungen in Frage stellen und alternative Perspektiven eröffnen. Dass dies nicht nur für Kunstmuseen und -ausstellungen gilt, die, sieht man sich die Beispiele an, bisher offenbar eine besondere Anziehungskraft auf Hacker ausüben, zeigt unser Audioguide. Doch auch andere Formen von Hacks – alternative Führungen, Performances, „hang-and-runs“ – wären in historischen Museen möglich und könnten eine alternative Form der politischen Auseinandersetzungen mit Geschichte und ihren Meistererzählungen sein.

24 Vgl.: Capps, Kriston: Banned in D.C. Activists Detained at National Portrait Gallery, Banned from Smithsonian. In: Washington City Paper, 5.10.2010. URL: http://www.washingtoncitypaper.com/blogs/artsdesk/general/2010/12/05/banned-in-d-c-activists-detained-at-national-portrait-gallery-banned-from-smithsonian/ [letzter Aufruf 27.6.2014].

25 Vgl.: Vankin, Deborah: Street artists hold protest performance at MOCA’s Geffen Contemporary. 4.1.2011. URL: http://latimesblogs.latimes.com/culturemonster/2011/01/street-artists-protest-moca-geffen-contemporary-blu.html [letzter Aufruf 27.6.2014].

26 Vgl.: 25 Art-Activists have Oil Poured over them in National Portrait Gallery in Protest over BP Portrait Award, 21.6.2014. URL: http://liberatetate.wordpress.com [letzter Aufruf 27.6.2014].

27 Vgl.: Tate à Tate. URL: http://tateatate.org/ [letzter Aufruf 27.6.2014].

Die Integration der Intervention: Hackathons und Crowd Curation

Nicht alle Museum Hacks sind jedoch kritische Interventionen von außen. Wie Sybille Greisinger aufzeigt, haben einige Museen das kreative Potential der Hacker inzwischen für sich entdeckt und fördern die öffentliche Auseinandersetzung mit ihren Ausstellungen.[28] Sie laden Programmierer*innen, Expert*innen für Software, Design oder Management sowie Künstler*innen dazu ein, sich gemeinsam mit den jeweiligen Ausstellungen auseinanderzusetzen, neue Präsentationsformen zu entwerfen und die Interaktion zwischen Museen und Öffentlichkeit zu verbessern. Oft geschieht dies in Form von „Hackathons", mehrtägigen Treffen, bei denen die Teilnehmer*innen in einem intensiven, interdisziplinären Austauschprozess kreative Lösungen für bestimmte Problemstellungen und Aufgaben entwickeln. So entstanden beispielsweise 2012 auf einem Hackathon in den Niederlanden mehrere Apps, die sich mit Beständen des Amsterdam Museums und des Rijksmuseums beschäftigen, darunter die „Muse-app", mit der Nutzer*innen Ausschnitte aus Gemälden zu eigenen Bildkompositionen zusammensetzen können.[29] Im selben Jahr veranstaltete auch das Metropolitan Museum of Art einen Hackathon, bei dem Künstler*innen zusammen mit Programmierer*innen 3-D-Modelle von Museumsobjekten herstellten.[30] Die Deutsche Digitale Bibliothek, die Servicestelle Digitalisierung Berlin, die Open Knowledge Foundation Deutschland und Wikimedia Deutschland riefen 2014 zum ersten deutschen Kultur-Hackathon „Coding da Vinci" auf. Interessierte waren eingeladen, sich mit der Verknüpfung, Präsentation und Nutzung ausgewählter „Datasets" zu beschäftigen, von denen einige auch aus Museen wie dem Ethnologischen Museum, dem Jüdischen Museum und dem Naturkundemuseum in Berlin stammen.[31] Die Beispiele verdeutlichen, dass es bei den Hackathons primär darum geht, das „Wissen der Masse" zu nutzen,

> „in der Annahme, dass sich in ihr ein unbekannter, fachkundiger Experte befindet oder die Anhäufung von fragmentierten Kenntnissen vieler Experten zu neuen Einsichten führen kann."[32]

28 Vgl.: Greisinger, Sybille, Hack the Museum! Die folgenden Beispiele sind überwiegend Greisingers Beitrag entnommen.

29 Vgl.: Muse-app. URL: http://museapp.org/ [letzter Aufruf 27.6.2014].

30 Vgl.: Mullaney, Jennette: The High-Tech Met. 19.9.2012. URL: http://www.metmuseum.org/about-the-museum/now-at-the-met/features/2012/high-tech-met [letzter Aufruf 27.6.2014].

31 Vgl.: URL: http://codingdavinci.de/ [letzter Aufruf 27.6.2014].

32 Meijer-van Mensch, Léontine: Von Zielgruppen zu Communities. Ein Plädoyer für das Museum als Agora einer vielschichtigen Constituent Community. In: Gesser, Susanne u. a. (Hg.): Das partizipative Museum, S. 86–94, hier S. 92.

Der Journalist und Autor Jeff Howe hat für dieses Prinzip 2006 den Begriff „Crowdsourcing" eingeführt.[33] Er beschreibt damit die

> „Auslagerung einer traditionell von einem bestimmten Beauftragten (in der Regel einem Arbeitnehmer) erbrachten Tätigkeit auf eine undefinierte, meistens größere Gruppe von Personen mittels eines offenen Aufrufs".[34]

Im musealen Kontext ist in diesem Zusammenhang auch von „Crowd Curation" die Rede, und zwar dann, wenn Museen die Öffentlichkeit gezielt in die Gestaltung ihrer Ausstellungen mit einbeziehen. Das Brooklyn Museum hat bereits drei solcher Projekte durchgeführt. 2008 ließ es die Netzöffentlichkeit per Online-Forum Photographien für die Ausstellung „Click" auswählen und bewerten, 2011 Gemälde aus der ständigen Sammlung des Museums für eine Ausstellung über indische Malerei.[35] Und Ende 2012 stellte es zehn Brooklyner Künstler*innen aus, die zuvor von der Öffentlichkeit nominiert worden waren. Zuvor hatten die etwa 18.000 Beteiligten die Möglichkeit gehabt, ein Wochenende lang über 1.700 lokale Ateliers zu besichtigen.[36] Das Santa Cruz Museum of Art and History legt ebenfalls großen Wert auf partizipative Ansätze in der Ausstellungsgestaltung. Die Direktorin des Museums, Nina Simon, ist Autorin des Buches „The Participatory Museum" und betreibt seit 2006 den Blog „Museum 2.0".[37] Im Juli 2013 lud sie eine internationale Gruppe von 75 Kreativen, die größtenteils im Social Media Bereich arbeiteten, zu einem Museum Hack ein. Die Teilnehmer*innen hatten zwei Tage lang Zeit, sich mit einer Reihe von Objekten zu beschäftigen, die das Museum zuvor ausgewählt hatte, und eine interaktive und innovative Sonderausstellung zu gestalten.[38]

Auch in Deutschland experimentieren inzwischen mehrere Museen mit partizipativen Ansätzen, die in diese Richtung gehen. Beispielsweise wurde

33 Howe, Jeff: The Rise of Crowdsourcing. In: Wired, Nr. 14.06, 2006. URL: http://archive.wired.com/wired/archive/14.06/crowds.html [letzter Aufruf 10.11.2014].

34 Howe, Jeff: Crowdsourcing. Why the Power of the Crowd is Driving the Future of Business. New York 2009, Klappentext [zitiert nach Meijer-van Mensch, Léontine: Von Zielgruppen zu Communities, S. 92–93].

35 Vgl.: Brooklyn Museum: Exhibitions: Click! A Crowd-Curated Exhibition. URL: http://www.brooklynmuseum.org/exhibitions/click [letzter Aufruf 27.6.2014].

36 Vgl.: Brooklyn Museum: Exhibitions: Go: A community-curated open studio project. URL: http://www.brooklynmuseum.org/exhibitions/go [letzter Aufruf 27.6.2014].

37 Vgl.: Simon, Nina: The Participatory Museum, Santa Cruz 2010; Museum 2.0. URL: http://museumtwo.blogspot.de [letzter Aufruf 27.6.2014].

38 Vgl.: Santa Cruz Museum of Art and History: Hack the Museum: July 19–August 18, 2013. URL: http://www.santacruzmah.org/2013/hack-the-museum-

2008 das Projekt „Köln Postkolonial“ im Kölner Stadtmuseum realisiert, das die stadtgeschichtliche Erzählung des Museums durch Verweise auf die Kolonial- und Migrationsgeschichte Kölns ergänzte.[39] Unter dem Titel „NeuZugänge. Migrationsgeschichten in Berliner Sammlungen“ präsentierte das Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg 2011 acht ausgewählte Objekte zum Thema Migration und kulturelle Vielfalt. Die Objektbeschreibungen wurden durch Texte von Berliner*innen ergänzt. Um auf die Leerstellen in den Berliner Sammlungen hinzuweisen stellten die Initiator*innen zudem acht weitere Objekte aus, die Leihgeber*innen mit Migrationsgeschichten zur Verfügung gestellt hatten.[40] Und 2013 fand in Kooperation mit dem Deutschen Technikmuseum Berlin der Workshop „Weichenstellung. Interventionen im Deutschen Technikmuseum Berlin“ statt, in dessen Rahmen Studierende der Europäischen Medienwissenschaft und der Kulturwissenschaft der Universität Potsdam sowie Masterstudierende der Wissenschafts- und Technikgeschichte der TU Berlin die Dauerausstellung des Museums auf geschlechtergeschichtliche Leerstellen hin befragten und Interventionen vornahmen.[41]

Offensichtlich haben einige Museen durchaus ein Interesse daran, sich vom „Bild des bildungsbürgerlichen Museumstempels“[42] zu befreien, sei es, um sich ernsthaft mit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen auseinanderzusetzen oder um sich öffentliche Gelder und Aufmerksamkeit zu sichern. „Aus Sicht der ausrichtenden Institution bieten partizipative Projekte dann einen Mehrwert, wenn sie den Zielsetzungen der Institution entsprechen“, argumentiert Nina Simon. Sie rät Museen daher dazu, sich im Vorfeld genau zu überlegen, inwieweit die geplanten Projekte „den eigenen Zielen dienen.“[43] Doch wie weit reicht das „revolutionäre Potential der Partizipation“[44] unter diesen Vorzeichen? Sind solche Initiativen, die von den Museen selbst ausgehen,

july-19-august-18-2013 [letzter Aufruf 27.6.2014].

39 Vgl.: Köln Postkolonial: Virtuelles Museum. URL: http://www.kopfwelten.org/kp/virtualmuseum/ [letzter Aufruf 27.6.2014].

40 Vgl.: Gerbich, Christine: „NeuZugänge – Migrationsgeschichten in Berliner Sammlungen.“ Eine Laborausstellung im Bezirksmuseum Friedrichshain-Kreuzberg. In: Gesser, Susanne u. a. (Hg.): Das partizipative Museum, S. 162–165.

41 Vgl.: Weichenstellung. Interventionen im Deutschen Technikmuseum Berlin. URL: http://emw.fh-potsdam.de/downloads/Weichenstellung_Flyer.pdf [letzter Aufruf 27.6.2014].

42 Gesser, Susanne u. a.: Das partizipative Museum. Gesellschaftspolitische Grundlagen und programmatische Entwürfe. Einleitung. In: Dies. (Hg.): Das Partizipative Museum, S. 71–73, hier S. 73.

43 Simon, Nina: Das partizipative Museum. In: Gesser, Susanne u. a. (Hg.): Das partizipative Museum, S. 95–108, hier S. 100.

44 Gesser, Susanne u. a.: Das partizipative Museum, S. 10.

überhaupt in der Lage, Ausstellungspraxen und -narrative in Frage zu stellen? Dies würde voraussetzen, dass die Verantwortlichen bereit und in der Lage sind, sich einem kritischen Publikum zu stellen. Es reicht nicht aus, das Fachwissen von Kurator*innen nach dem Wikipedia-Prinzip durch „in der Gesellschaft latent vorhandene Kenntnisse“[45] zu ergänzen oder zu ersetzen. Vielmehr sollten partizipative Ansätze darauf abzielen, kritischen und marginalisierten Stimmen Raum zu geben und (historische) Museen so zu Aushandlungsorten zu machen. Es geht also nicht nur um Pluralität, sondern darum, dass sich die Institutionen auf eine grundlegende Infragestellung ihrer selbst einlassen. Zu Recht warnt Christian Hirte:

> „Die in der Debatte […] immer wieder aufscheinenden Schlagworte von der ‚Diversifizierung der Narrative‘, der ‚Multilingualität‘ und der ständigen Bereitschaft zum identitären Perspektivwechsel, der webgeschulten Besucherskepsis an vorgesetzten Tatbeständen, all diese ‚neue Uneindeutigkeit‘ sollte nicht dazu führen, dass sich die Museen mit partizipativen Reservaten aus der Affäre ziehen. Es geht doch vielmehr darum – das muss ab und an mal sein – neu und grundsätzlich über Rollen, Funktionen und Verhältnisse nachzudenken.“[46]

Partizipation als Legitimationsstrategie

Sind Museen nicht zur grundsätzlichen Selbstreflexion bereit, dann können partizipative Herangehensweisen schnell zur Legitimationsstrategie werden, die Meistererzählungen stärkt anstatt sie in Frage zu stellen. In solchen Fällen trägt die scheinbare Pluralität und Offenheit dazu bei, reale Ausschlüsse bestimmter Gruppen von Entscheidungsprozessen in Museen wie auch in der Gesellschaft zu verschleiern und dadurch zu verstärken:

> „Während marginalisierte Positionen in ihrer kulturalisierten und entpolitisierten Form Eingang in den Ausstellungskontext finden können, werden sie in gesellschaftlichen Zusammenhängen und aus der Entscheidungsmacht darüber, was repräsentiert wird, weiterhin ausgeschlossen.“[47]

45 Meijer-van Mensch, Léontine: Von Zielgruppen zu Communities, S. 93.

46 Hirte, Christian: Plädoyer. Mal frech werden auf Augenhöhe? Im Zweifelsfall findet die Partizipation ohne uns statt. In: Gesser, Susanne u. a. (Hg.): Das partizipative Museum, S. 285–89, hier S. 288.

47 Sternfeld, Nora: Aufstand der unterworfenen Wissensarten – Museale Gegenerzählungen. In: schnittpunkt et al. (Hg.), Storyline. Narrationen im Museum, Wien 2009, S. 30–56, hier S. 38.

Deutlich wird dies bei den Planungen für das Humboldt Forum in Berlin. Ab 2019 sollen unter dieser Bezeichnung mehrere Kultur- und Bildungsinstitutionen, darunter die „außereuropäischen Sammlungen" der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, in das neu erbaute Stadtschloss einziehen. Die Stiftung Berliner Schloss will hier einen „Ort der Weltkulturen"[48] und ein interdisziplinäres „Zentrum der Erforschung außereuropäischer Kulturen"[49] schaffen. Dabei stellt sie das Forum in die Tradition einer kosmopolitischen Weltsicht, die sie in Alexander und Wilhelm von Humboldt verkörpert sieht.[50] Den strukturellen Zusammenhang von Wissenserwerb und kolonialer Aneignung und Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert blendet sie dabei ebenso aus wie die „koloniale Komplizenschaft"[51] Alexander von Humboldts und die Tatsache, dass weiterhin nicht geklärt ist, bei wie vielen Objekten in den ethnologischen Sammlungen es sich um koloniale Raubgüter handelt.[52]

Die Pläne der Stiftung für das neue Museum klingen äußerst anspruchsvoll, wenn auch etwas nebulös. Keine „klassische[...] Dauerausstellung" soll es werden,

> „sondern eine offene, durchlässige, wandelbare Struktur, die die Vielfalt, die Veränderungen, die Chancen und Risiken unserer Zeit aufgreift, aktuelle Bezüge der Sammlungen anspruchsvoll reflektiert und grundlegende Mechanismen menschlichen Handelns aus einer historischen Perspektive heraus verständlich macht."[53]

Um diese vagen Vorgaben umzusetzen, wurde 2012 eine experimentelle Plattform eingerichtet, die sich im Vorfeld mit den „Grundsatzfragen musealer Repräsentation" auseinandersetzen soll.[54] Das Humboldt Lab Dahlem versteht sich als „Probebühne", die die Planungen für die neue Präsentation der Objekte durch „spezifische Fragestellungen und ungewöhnliche Methoden" ergänzen und bereichern will.[55] Es verspricht eine „enge Zusammenarbeit" von Museumskurator*innen, Gestalter*innen, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen, die in „konzentrierten, raschen Projekten spielerisch und doch praxisorientiert neue Erfahrungen sammeln und sie mit der Fachwelt, aber auch mit der Öffentlichkeit teilen."[56] Oberflächlich knüpfen die Verantwortlichen des Humboldt Labs damit an die Idee des Museum Hacks an: Die Arbeit soll „schnell, effizient und anwendungsorientiert sein"; es geht um „experimentelle Lösungen" und originelle Ideen.[57] Doch anstatt zu einer öffentlichen Auseinandersetzung um die Herkunft der Bestände, ihre Bedeutung für verschiedene Menschen und verschiedene Präsentationsmöglichkeiten einzuladen, beschränkt sich die Leitung der Steuerungsgruppe auf die Zusammenarbeit mit einem kleinen exklusiven Kreis von externen Künstler*innen und Expert*innen.[58] Eine Kritik an der Grundkonzeption des Humboldt Forums ist unter diesen Umständen zwar nicht undenkbar, aber nicht unbedingt zu erwarten.

Das kritische Potential von organisierten Museum Hacks hängt demnach auch davon ab, wen und wie Museen zur Partizipation einladen. Auf Interessenvertreter*innen und Aktivist*innen bestimmter Communities zuzugehen kann ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Dem DHM und seiner Dauerausstellung würde es sicherlich gut tun, gezielt den Dialog mit Gruppen wie beispielsweise der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland zu suchen. Doch entscheidet bei dieser Form der Partizipation weiterhin das Museum, wessen Geschichte es für repräsentativ hält und wessen nicht.

Bei offenen Aufrufen ist dies anders. Sie können im Idealfall auch Menschen erreichen, die sich sonst möglicherweise nicht an öffentlichen Auseinandersetzungen um historische Narrative beteiligen würden. Wie Léontine Meijer-van Mensch aufzeigt, gelingt es in der Praxis allerdings nur selten, diesen radikalen Anspruch umzusetzen. Selbst Aufrufe, die aus Sicht der Museen offen sind, können Formulierungen enthalten, die „de facto selektierend" wirken.[59] Das Stadtmuseum Zoetermeer machte diese Erfahrung, als es 2009 zur Beteiligung an einer Ausstellung aufrief. Unter dem Motto „zu Hause in Zoetermeer" bat es die Einwohner*innen der Stadt, Gegenstände beim Museum abzugeben, für die sie im Gegenzug eine Flasche Champagner oder ‚Designer-Wasser' erhielten.

48 Parzinger, Hermann: Das Humboldt-Forum. „Soviel Welt mit sich verbinden als möglich". Aufgabe und Bedeutung des wichtigsten Kulturprojekts in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts [Broschüre], Berlin 2011, S. 6.

49 Ebd. S. 38.

50 Vgl.: Ebd., S. 18.

51 Nghi Ha, Kien: Humboldts Erben. Das Humboldt-Forum in Berlin ignoriert koloniale Verstrickungen und betreibt eine nationale Nabelschau. In: ak – analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 592, 18.3.2014. URL: http://www.akweb.de/ak_s/ak592/09.htm [letzter Aufruf 29.7.2014].

52 Zur Kritik vgl.: No Humboldt 21! Moratorium für das Humboldt-Forum im Berliner Schloss. URL: http://www.no-humboldt21.de [letzter Aufruf 29.7.2014].

53 Parzinger, Hermann: Das Humboldt-Forum, S. 40.

54 Ebd., S. 30.

55 Humboldt Lab Dahlem. URL: http://www.humboldt-forum.de/humboldt-lab-dahlem [letzter Aufruf 29.7.2014].

56 Ebd.

57 Parzinger, Hermann: Das Humboldt-Forum, S. 30.

58 Vgl.: Humboldt Lab Dahlem.

59 Meijer-van Mensch, Léontine: Von Zielgruppen zu Communities, S. 93.

Entgegen der Erwartungen gelang es dem Museum mit der Aktion nicht, die kulturelle Vielschichtigkeit der Stadt einzufangen.[60]

Der Objekttausch, der der Aktion in Zoetermeer zugrunde lag, wirft zudem die Frage auf, was den Museen die Beteiligung, das Wissen oder die Expertise der Massen eigentlich wert ist. Nina Simon plädiert dafür, den Bedürfnissen der Teilnehmer*innen gerecht zu werden. „Museumsmitarbeiter [müssen] den Teilnehmenden etwas Grundlegendes anbieten können: Selbsterfüllung."[61] Von einer materiellen Entschädigung irgendeiner Art ist hier nicht die Rede. Im Gegenteil, das Gros der partizipativen Museumsprojekte basiert darauf, dass die Teilnehmenden ihre Zeit, Arbeitskraft und Kreativität unbezahlt zur Verfügung stellen. In einer Zeit, in der Museen sich immer weniger festangestellte Mitarbeiter*innen leisten können oder wollen, verbergen Hackathons und Crowd Curations im Zweifel neoliberale Arbeitsverhältnisse unter dem Deckmantel kreativer Selbstentfaltung und zivilgesellschaftlicher Teilhabe.

Angesichts dieser Integration von Museum Hacks in die museale Praxis ist es möglicherweise „revolutionärer", die unbezahlte und mitunter unkritische Zusammenarbeit mit den Museen einfach zu verweigern. „Es kann", wie Christian Hirte anmerkt, „ja durchaus angenehm sein, nicht partizipieren zu müssen, das Museum einfach zu konsumieren oder zwanglos über sich ergehen zu lassen."[62] Die andere Möglichkeit besteht darin, sich Museen und Ausstellungen weiterhin autonom anzueignen, sei es durch Missachten formeller oder informeller Verhaltensregeln oder durch unabhängige Hackerspaces, dem „Community Equivalent zu den Hackathons". [63] Dabei sollte es uns weder allein darum gehen, historische Masternarrative durch bisher marginalisierte Geschichten zu ergänzen, noch darum, neue Meistererzählungen zu etablieren.

Vielmehr gilt es, die hegemoniale gesellschaftliche Ordnung und darauf basierende Geschichtsnarrative im öffentlichen Raum kritisch zu hinterfragen und marginalisierte, gegenläufige Perspektiven und Positionen sicht- und hörbar zu machen. Es geht, wie Nora Sternfeld es ausdrückt, darum, „in den Kampf darüber, was als sichtbar und sagbar gilt, einzutreten. Und das ist eben ein Kampf um Hegemonie, um Macht, um Umverteilung und auch um Enteignung der bestehenden Machtverhältnisse im Feld der Sichtbarkeit."[64]

60 Vgl.: Ebd., S. 90–92.

61 Simon, Nina: Das partizipative Museum, S. 102.

62 Hirte, Christian: Plädoyer, S. 285.

63 Greisinger, Sybille, Hack the Museum!

64 Sternfeld, Nora: Aufstand der unterworfenen Wissensarten, S. 51. Vgl. auch die Diskussion von Belinda Kazeem, Nicola Lauré al-Samarai und Peggy Piesche sowie den Blogbeitrag von LISAHRU, der Sternfelds Ideen am Beispiel unseres Audioguides diskutiert. Ein virtueller Gedankenaustausch zwischen Belinda Kazeem, Nicola Lauré al-Samarai und Peggy Piesche. In: schnittpunkt ausstellungstheorie & praxis (Hg.): Das Unbehagen im Museum. Postkoloniale Museologien, Vienna 2009, S. 167–184; LISAHRU: Intervention – Überlegungen anhand des kritischen Audioguides ‚Kolonialismus im Kasten?' 1.5.2014. URL: http://museumlog.wordpress.com/2014/05/01/intervention-uberlegungen-anhand-des-kritischen-audioguides-kolonialismus-im-kasten/ [letzter Aufruf 1.12.2014].

Auf diese Weise wird deutlich, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse umkämpfte Verhältnisse sind – in der dargestellten Geschichte wie auch auf der Ebene ihrer musealen Darstellung. Es muss nicht unbedingt ein Audioguide sein.

Katharina Morawek und Lisa Bolyos

Im Konflikt mit dem Postnazismus. Ein Gespräch über geschichtspolitische Strategien und künstlerische Praxis

Im Jahr 2012 erschien das Buch „Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus", das die beiden Herausgeberinnen Lisa Bolyos und Katharina Morawek auf der Konferenz History is unwritten *vorstellten. In diesem Text sprechen sie über grundsätzliche Überlegungen zu emanzipatorischer Geschichtspolitik, die dem Buch zu Grunde liegen. Dieses verstehen sie als „Intervention" in geschichtspolitische Debatten.*

Lisa: Dieses Gespräch soll sich um die Frage drehen, was wirksame geschichtspolitische Strategien gegen die Fort- und Nachwirkungen des Nazismus sein können. Die Idee unseres Buchprojekts war, zahlreiche Strategien der Konfrontation und der Intervention zu versammeln, die sich gegen das richten, was wir eine postnazistische Situation nennen. Das „Nach dem Nazismus" ist weder statisch noch abgeschlossen: Die Formen der Erinnerung, die Kämpfe um vollständige Anerkennung und Entschädigung der Verfolgten, die offizielle Haltung der NS-Nachfolgestaaten und ihrer Institutionen, die Brüche mit dem Naziregime im Ganzen und seinen Einzelheiten, aber auch die Kontinuitäten dort, wo nicht zur Genüge oder gar nicht mit dem Nazismus gebrochen wurde – all das befindet sich in einer ständigen, nicht-linearen Weiterentwicklung. Diese Mehrfachsituation, in der verschiedene Brüche mit dem Nazismus vorhanden sind, er aber dennoch fortwirken kann und gleichzeitig ein Umgang mit seinem Erbe gefunden werden muss, fassen wir als Postnazismus. *Post-*, weil diese Vorsilbe es erlaubt, ein zeitliches Danach zu beschreiben, das aber dennoch in der Gegenwart fortwirkt.

Das Besondere an unserem Buch ist, dass es sich in erster Linie um die Verhandlung künstlerischer Strategien dreht, weil dies das Feld ist, auf dem sich „Gedenkkultur" vielfach abspielt – in Filmen, Gedenkstättenarchitektur und anderen kulturellen Bereichen. Bei diesen Strategien geht es zusammenfassend darum, die vielfach verborgenen und normalisierten Kontinuitäten des Nazismus sichtbar zu machen. Es geht uns aber auch um eine Aktualisierung der Gedenkkultur – weg von einer so genannten „Aufarbeitung" des angeblich Vergangenen hin zu einer Beschäftigung mit der Frage, was davon noch heute und in Zukunft fortwirkt und was das für unser Zusammenleben bedeutet. Wir möchten mit dem Buch verschiedene Argumente für eine Repolitisierung gedenkkulturellen Handelns entwickeln und vertiefen, für die es unserer Meinung nach zu wenig Platz gibt: die Erforschung von Kontinuitäten, die Aktualisierung von Gedenken, ein interventionistisches Verständnis von (Geschichts-)Politik und der Einsatz für ihre Entnationalisierung und gleichzeitige Transnationalisierung.

Positioniertheit und Involvierung

Katharina: Zunächst noch einmal etwas zu dem konkreten Kontext dessen, was wir als Postnazismus beschreiben: In den österreichischen Lehrplänen der 90er Jahre begegneten wir immer noch der Erzählung von Österreich als „erstem Opfer der Nazis", verknüpft mit dem Bild einer „dunklen Wolke", die sich gleichsam von außen über „uns" gesenkt hatte. Gleichzeitig war unübersehbar, dass rechte Gewalt auf den Straßen keine Ausnahme, sondern blutiger Alltag war. Dass zumindest einer derjenigen rassistischen Aggressoren, die 1992 die Asylbewerber_innenheime in Rostock-Lichtenhagen mörderisch angriffen, ein Malcolm-X Basecap trug, war eine einschneidende Erkenntnis, während mich der Kommentar eines Geschichtslehrers, wir sollten die etwa dreistündige Dauer von „Schindlers Liste" durch die Mitnahme eines gutes Buchs „erträglich" gestalten, sprachlos zurückließ. Klar war ebenso, dass zahlreiche Alt-Nazis unbehelligt in unterschiedlichen Institutionen weiterarbeiteten, dass also eine Entnazifizierung zumindest in Österreich kaum stattfand und zahlreiche Opfer nie entschädigt wurden, all das, was geraubt worden war, nicht zurückgegeben wurde. Auf unterschiedlichen Ebenen kam es zu einer Umdeutung von Täter_innen in Opfer. 2005 wurde in Österreich das „Gedankenjahr" im Gedenken an 1945 bzw. 1955 (Ende der „Besatzung" durch die Alliierten) begangen, wobei es zu einer Veruneindeutigung des Begriffs „Befreiung" kam: War die „eigentliche" Befreiung diejenige, als „der letzte sowjetische Soldat Österreich verließ"? Das künstlerische Projekt „Monument für die Niederlage" forderte damals die Auseinandersetzung mit unabgeschlossener Entnazifizierung und der Ausblendung der Beteiligung von Österreicher_innen an den Verbrechen, während es die Befreiung feierte.[1]

Lisa: Mittlerweile sind die eklatanten Widersprüche zwischen Täter_innen-Entschuldung und der offensichtlichen Präsenz von NS-Kontinuitäten einem staatstragenden *turn* in der offiziellen Gedenkpolitik gewichen. Das geschah jedoch nicht von alleine, sondern wurde mit langem Atem und in erster Linie

1 Monument für die Niederlage. Zeit der Befreiung 1945-1947. Ein Projekt im öffentlichen Raum von Martin Krenn, Charlotte Martinz-Turek, Nora Sternfeld und Luisa Ziaja. Der Festakt fand anlässlich der Finissage der Ausstellung „Zone 2005. Zwischen repräsentativer Politik und politischer Repräsentation" statt (10. März bis 8. April 2005, Galerie IG Bildende Kunst).

von Überlebenden erkämpft. Und trotzdem sind die Kontinuitäten, oder mehr noch die fehlenden Brüche, weiterhin da. Es wird immer wieder offenbar, was da alles unadressiert geblieben ist und sich in Ruhe und Frieden wähnen kann.

Katharina: Sehen wir uns zum Beispiel den „WKR-Ball" – oder „Akademikerball", wie er jetzt genannt wird – an. Ein Ball, der seit 1952 von mehrheitlich schlagenden Burschenschaften veranstaltet wird und bei dem sich ganz ungeniert die rechtsradikalen Granden aus ganz Europa treffen, kann jährlich mitten in Wien stattfinden, in einem der repräsentativsten Gebäude Österreichs, der Wiener Hofburg. Das ist nur eine von vielen Angelegenheiten, auf die wir im Alltag permanent stoßen. Also haben wir in den Zusammenhängen, in denen wir geschichtspolitisch gearbeitet haben, verstärkt begonnen, sehr praktische Überlegungen dazu anzustellen, in welcher Form diese gesellschaftlichen Widersprüche und vor allem die gesellschaftlichen Kontinuitäten adressiert werden können, um sie sichtbar und angreifbar zu machen und vielleicht sogar ihre Intaktheit, ihre Normalität zu beschädigen.

Lisa: Lass uns zuerst auf die hegemoniale Gedenkkultur zu sprechen kommen, bevor wir genauer darauf eingehen, was wir mit „Intervention" meinen. In den geschichtspolitischen Debatten im deutschsprachigen Raum fand in den letzten Jahrzehnten eine Kanonisierung statt, die uns Unbehagen bereitet. Peter Waldmann hat diesen Zustand in einer Rezension unseres Buchs als „Gedächtnistheater" bezeichnet[2] und bezieht sich dabei auf Hans Steinitz, Herausgeber der Emigrant_innenzeitung „Aufbau", der feststellt:

> „Wir nehmen von der Massenexplosion teilnahmsvollen Gedenkens der Kristallnacht mit bitterer und schmerzlicher Genugtuung Kenntnis."[3]

Meiner Erfahrung nach ist mit Kunst, die sich mit dem Holocaust beschäftigt, nur in Ausnahmefällen Kunst gemeint, die auch die Nachwirkungen, das Jetzt benennt. Einzelne Beispiele waren bahnbrechend, zum Beispiel Thomas Bernhard mit „Heldenplatz"[4] und einiges anderes, das rund um die Waldheimdebatte in Österreich entstanden ist. Aber es fehlt gewissermaßen das Genre „Nachwirkungskunst". Vieles, was an Erinnerungskunst entstanden ist, verleitet – durchaus ungewollt – dazu, die Dinge als abgeschlossen zu betrachten. Abgeschlossen kann eine Erzählung von etwas sein, das vergangen ist. Die Auswirkungen des Nazismus sind dies aber eben nicht. Man kann eigentlich

2 Waldmann, Peter: Ich kann beim besten Willen kein Hakenkreuz erkennen. In: Hagalil. Jüdisches Leben Online, 16. September 2014, http://buecher.hagalil.com/2014/09/diktatorpuppe/ (zuletzt 19. November 2014).

3 Ebd.

4 Bernhard, Thomas: Heldenplatz. Uraufführung Burgtheater Wien 1988.

nur besser darin werden, sie im Sinne Hannah Arendts „auszuhalten" und im besten Fall produktiv zu machen. Wir fragen uns: Wo bleibt das Denkmal „gegen die NS-Kontinuitäten"?

Auf ästhetischer Ebene, also in den Diskussionen zu und den Bewertungskriterien von Denkmälern oder generell von Kunst, existiert wenig Bewusstsein für diese Problematik, etwa wenn es um die Auseinandersetzung mit moderner und zeitgenössischer figurativer Malerei oder Skulptur und ihre Anleihen in den NS-propagandistischen Darstellungstraditionen des Körpers geht. Wird das Hakenkreuz im postnazistischen Raum künstlerisch verwendet, geschieht dies fast immer aus einer entpolitisierten Haltung heraus, die das „Spiel" mit der Grenzüberschreitung aufregend findet.

Katharina: Es gibt, und das fängt schon in der Schule an, viel zu wenig Vermittlung politisch eingebetteter Kunstgeschichte: etwa eine Auseinandersetzung mit dem Thema Raubkunst oder mit dem nazistischen Begriff der „entarteten Kunst" und seinem Nachwirken in der Gegenwart – all diese Fragen wollten wir in das Feld der Kunst wieder hinein holen. Diese Kritik darf eben nicht nur der historischen Spezialdisziplin „Provenienzforschung" überlassen werden, sondern muss innerhalb der jeweiligen Disziplinen angesiedelt sein – gegen die existierenden interessenspolitischen Motivationen, sie herauszuhalten. Und nicht zuletzt ist das Kunstfeld für uns auch ein exemplarisches Feld, in dem sich strukturelle und personelle Kontinuitäten nachzeichnen lassen.

Kunst und Intervention

Katharina: Im Untertitel unseres Buches geht es um „Kunst und Geschichtspolitik". Warum gerade Kunst? Was kann Kunst, die ja immer schon in die Logik von Herrschaftsverhältnissen eingebettet war, schon ausrichten? Das könnte ja geradezu lächerlich wirken. Nun, Kunst ist in unserem Verständnis dazu da, sich ein Bild zu machen, Übersetzungsarbeit zu leisten. Unsere Beschäftigung mit Kunst, die Tatsache, dass wir sie als Handlungsfeld ernst nehmen, bedeutet keinen Rückzug auf das Terrain der Symbolpolitik. Gleichzeitig begreifen wir Geschichte als Baustelle, als Ort, an dem (wie Antonio Gramsci das beschreibt), permanente Auseinandersetzungen darüber stattfinden, was als Konsens gilt. Der Begriff der „Erinnerungskultur" hat demgegenüber etwas sehr Zivilisiertes, du sitzt oder stehst da und betrachtest etwas, dem eine berechtigte Erinnerungsfunktion zugesprochen wird, das aber im Grunde als abgeschlossen empfunden werden soll und ein kleines „wohliges Schauern" übertragen soll: Das ist dann oft das, was vom „Niemals wieder" übrig bleibt. Hier wird der Kunst eine ganz klare Funktion zugewiesen: sich ruhig betrachten zu lassen. Auch die Kultur des Umgangs miteinander, wenn es um gedenkpolitische Auseinandersetzungen geht, ist sehr oft stark konsensuell ausgerichtet: Es wird versucht, Konflikte zu

begradigen. Gerade diese Konflikte erzählen aber sehr viel über postnazistische Verhältnisse. Darum haben wir uns in der Zusammenstellung im Buch auch für Praxen entschieden, die diese Konflikte herausarbeiten, anstatt für solche, die über sie hinweggehen.

Lisa: Wir wollen der „Gedenkkultur", die ihre sehr wichtige Aufgabe hat, nämlich: nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, etwas hinzufügen, und zwar den Gedanken, dass Erinnerungskultur herausgefordert werden soll, dass sie wieder etwas mehr zu etwas Konflikthaftem werden muss. Und zwar im Sinne eines Angriffs auf die Aktualität des Postnazismus und den verheerenden Schaden, der dadurch nach wie vor angerichtet wird.

Deshalb war es uns auch wichtig, aktivistische Diskurse und die Diskussion um künstlerische Strategien zu verschränken: Wir halten es für wichtig, nicht in erster Linie antifaschistische Mythen zu „pflegen", die dann noch künstlerisch verbrämt werden. Kunst kann aber einen Verhandlungsraum eröffnen und Raum für kritische Selbstbefragungen aufmachen. Wir verstehen Kunst als Vermittlungs-, als Verständigungsmöglichkeit, sie kann ungewohnte Wege des Umgangs mit Problematiken vorschlagen. Gleichzeitig haben wir eben die Defizite in der gedenkpolitischen Kunstproduktion gesehen: Ein Kunstwerk (wir denken hier beispielsweise an Denkmäler) wird oft an das Ende einer Debatte gesetzt – als Schlusspunkt. Deshalb sehen wir uns auch interventionistische Formate an – wo Kunst eher als Ausgangspunkt von Debatten begriffen wird.

Katharina: Interventionen waren immer der entscheidende Motor, geschichtspolitische Debatten voranzutreiben. Diese Interventionen waren großteils das Verdienst von Überlebenden und deren Organisationen. Nicht selten waren diese Vorstöße von einem starken Bekenntnis zur Rückkehr zu einem demokratischen Staat und beispielsweise in Österreich somit auch von einem Bekenntnis zur österreichischen Nation nach 1945 gekennzeichnet, was für uns wiederum die Frage aufgeworfen hat: Wie kann eine anti-nationale Kritik daran aussehen, welche gleichzeitig aber die Überlebenden und ihre Forderung, Gedenken zu einer staatlichen Angelegenheit zu machen, nicht desavouiert?

Lisa: Wir begannen im Rahmen der „Plattform Geschichtspolitik" (ein Zusammenhang unterschiedlichen Akteur_innen, der sich seit 2009 mit der Verwicklung der Akademie der bildenden Künste Wien in Kolonialismus, Austrofaschismus und Nazismus und der Verhandlung dieser Verwicklung auseinandersetzt), einige Thesen aufzustellen, betreffend die existierende Gedenkpolitik und -debatte.[5]

5 Plattform Geschichtspolitik: Die Bausubstanz angreifen. Ein Gespräch der „Plattform Geschichtspolitik" über Geschichtspolitiken im öffentlichen Raum, die Funktion des Denkmalschutzes sowie einige Prinzipien zur Umgestaltung problematischer Manifestationen. In: Arbeitskreis zur Umgestaltung des Lueger-Denkmals in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus: Handbuch zur Umgestaltung des Lueger-Denkmals, Wien 2011, S. 154-159.

So gibt es einige auffällige Muster in der öffentlichen Wahrnehmung von Interventionen in Denkmäler, die paradigmatische postnazistische Geschichtsbilder vermitteln (etwa Denkmäler, die an NS-Täter erinnern). Dies insbesondere, wenn die Interventionen materiell vorgehen, also einen signifikanten oder sogar irreversiblen Eingriff in das bestehende Denkmal vornehmen. Die Antwort darauf lautet zumeist, und dies ist die erste These: „Die bestehende Bausubstanz darf nicht angegriffen werden!", da dies einem Denkmalsturm und einer Verfälschung von Geschichte gleichkäme – was als undemokratisch angesehen wird und mit einem vermeintlich überkommenen, statischen Geschichtsbild verknüpft wird. Diese Unantastbarkeit von Geschichte gilt es nochmals zu hinterfragen und ihr eine Praxis der kritischen Bearbeitung entgegenzusetzen. Eine weitere These lautet: „Gedenktafel, bitte!" Diese in der Denkmalgestaltung gerne verwendeten Tafeln bestehen zumeist aus Plexiglas, werden dem bestehenden Bild hinzugefügt und lassen meist hinter dem notwendig gewordenen Update die Verbrechen und deren Ästhetik in ihrer vollen Macht und Wirkung bestehen. Zudem lassen sich solche „kommentierenden Zusatztafeln" jederzeit leicht entfernen, wenn sich der hegemoniale Wind wieder dreht. Dieser Temporalität und Reversibilität gilt es aus unserer Sicht eine Positionierung entgegenzusetzen, die sich nicht so leicht wieder entfernen lässt. Wir plädieren daher für eine ständige Politisierung der Gestaltungspraxis, die positioniert, aber auch reflexiv ist und somit diskursive Räume eröffnet und offen hält.

Katharina: Jochen Gerz hat sich in seiner künstlerischen Arbeit damit beschäftigt, was es bedeutet, ein Denkmal über den Nazismus bzw. den Holocaust zu machen. Darin geht es nicht darum, die Opfer zu heroisieren oder die Täter_innen zu verdammen, sondern um die Frage, was es heißt, dass die Zeit voranschreitet, und dass diese Tatsache auch etwas zu tun hat mit der Art und Weise, wie über den Nazismus gesprochen wird. Gerz' Arbeit ruft ins Bewusstsein, dass Geschichtspolitik eine von vielen Faktoren und Interessen beeinflusste Sache ist – Gedenkstättenpolitik, Nationalismus, Standortlogik usw.

So wichtig wir es nun finden, den Kanon umzudefinieren, Mehrheiten zu verschieben, „counterfactual History" zu schreiben, etc. – so produktiv finden wir auch die „direkte Aktion" als Politikform unter bestimmten Bedingungen – dies kann mit dem Begriff der „Intervention" beschrieben werden, und nach solchen Beispielen haben wir auch für das Buch gesucht.

Der Bildersturm oder Denkmalsturm ist in der Kunstgeschichte, wie bereits erwähnt, als „barbarisch" verpönt, aber es gibt eine – nach wie vor notwendige – Geschichte des Denkmalsturms: Immerhin stehen im öffentlichen Raum,

zumindest in Österreich, immer noch alle möglichen Nazidenkmäler herum. Extralegale „antifaschistische“ Interventionen in diese Denkmäler werden wiederum als undemokratisch empfunden, als barbarisch, von rechts nur zu gerne als andere Art von „Faschismus“ bezeichnet.

Die Reversibilität von Geschichte einerseits und der Denkmalschutz andererseits verbinden sich zu einem konservatorischen Paradigma. So geschehen bei zahlreichen Versuchen, künstlerische Updates an problematischen Denkmälern vorzunehmen, genannt sei hier das Denkmal für den antisemitischen Wiener Bürgermeister Karl Lueger.[6] Manchmal ist es notwendig, irreversible Tatsachen zu setzen.

Lisa: Jetzt geht der Künstler Wolfram Kastner her und schraubt gemeinsam mit Martin Stiefel und Friedo Niepmann den Kopf vom Paul von Hindenburg ab; eine Büste, die von Josef Thorak, einem für die Nazis relevanten Bildhauer, hergestellt wurde und seither an einem Kloster in Bayern prangt. Weil sich siebzig Jahre lang niemand dieses Problems annimmt, werden die drei also aktiv, schrauben den Kopf ab, ohne ihn zu beschädigen, und platzieren ihn im halböffentlichen Raum. Der Clou daran ist, nicht irreversible Tatsachen zu schaffen, sondern eine Öffentlichkeit vor Ort beziehungsweise ganz bestimmte Akteur_innen – jene, die den Hindenburg da oben sehen wollen – dazu zu zwingen, zu ihrem politischen Wunsch zu stehen: Wenn sie das Abbauen rückgängig machen und die Büste wieder montieren wollen, müssen sie das als öffentlichen Akt vollziehen und also die Nerven haben, im Postnazismus ein Nazidenkmal wieder aufzubauen. Ich denke, dass das die Stärke von Interventionen ist: etwas zu einem sichtbaren und bewussten Prozess machen, das vorher als stiller Konsens durchgegangen ist.

Katharina: Zentral bei einer Intervention ist nicht der (physische) Eingriff selbst oder ein Abfeiern des Akts des Denkmalsturms. Das wäre ein Missverständnis. Zentral ist der Grad an Verschiebung, der durch die Intervention ausgelöst wird. Wir haben uns gefragt, ob diese Verschiebung sich denn messen ließe oder eine solche Messung überhaupt Sinn machen würde. Beziehungsweise, inwieweit sich die Folgen des eigenen (künstlerischen oder politischen) Handelns beeinflussen, kontrollieren lassen. Wie bei jedem politischen Akt ist natürlich auch bei einer künstlerischen Aktion nie vollständig kontrollierbar, was die Konsequenzen sein werden und wie die Karten gegebenenfalls danach völlig neu gemischt sind. Das ist auch der spannende Moment daran, dass die Intervention ein geschichtspolitisches Verständnis, eine Reaktion der Gegenspieler_innen,

6 Siehe das Projekt „Ausschreibung zur Umgestaltung des Lueger-Denkmals in ein Mahnmal gegen Antisemitismus und Rassismus in Österreich“, http://luegerplatz.com/ausschreibung.html.(zuletzt 15. Januar 2015).

des Umfelds, der Behörden erzwingt und genau diese Reaktionen sehr real und dokumentierbar werden. Die Leute kommen aus der Reserve, und ob sie wollen oder nicht, ihr Handeln und ihre Position werden sichtbar.

Lisa: Ein Teil des Interventionscharakters kann also sein, jemanden zu einer Stellungnahme zu zwingen. Das haben ja auch jene Künstler_innen gemacht, die 2010 dem Aufruf zu einem Aquarellwettbewerb im Wiener Leopold Museum gefolgt sind. Nur haben sie sich inhaltlich nicht für klassische Motive der Aquarellmalerei entschieden, sondern für Statements zu der Tatsache, dass im Leopold Museum Kunstwerke hängen, die dringend restituiert werden müssten[7]. „Raubkunst, bewährt seit 70 Jahren“, wie es ungefähr zum selben Zeitpunkt in einem Graffiti an der Wand desselben Museums ausgedrückt wurde. Für den Wettbewerbsveranstalter war die organisierte Teilnahme mit derart expliziten Motiven unangenehm, und da es sich um anerkannte Künstler_innen handelte, gab es auch keine Möglichkeit, die Arbeiten qualitativ abzuwerten – auch wenn das versucht wurde. Das erklärte Ziel der Aktion war es, das Museum zur Restitution zu bewegen. Das war natürlich sehr hoch gesteckt; aber ein Effekt einer Intervention ist eben auch, die für die jeweilige Debatte notwendige Öffentlichkeit herzustellen, und das ist in diesem Fall auf sehr elegante Art gelungen. Und die Aquarellmalerei als sehr sanfte künstlerische Methode war der Witz dabei.

Es ist ein wichtiger Teil jeder Strategie der Intervention, sich zu fragen: Wen möchte ich ansprechen, wen will ich stören, und wo platziere ich daher meine Anliegen? Wenn so eine Konfrontation gelingt, wird sichtbar, was als gesellschaftlicher Konsens daherkommt und wie wahnsinnig der eigentlich ist.

Katharina: Ich erinnere mich an den Kommentar von Zenon Neumark zum Tarantino-Film „Inglourious Basterds“ in dem Gespräch, das wir 2010 mit ihm geführt haben: Es könne keine „creative non-fiction“ geben – entweder etwas sei erfunden oder es sei wirklich passiert. Dieser Satz wurde zu einem wichtigen Angelpunkt für unsere Diskussionen. Neumarks Ärger besteht darin, dass er die – erfundene – Hollywoodversion jüdischen Widerstandes als Revisionismus betrachtet. Nun ist Neumark selbst einer dieser jüdischen Widerstandskämpfer, über die Filme gemacht werden sollten, und die zur Abwechslung mal die Geschichtsschreibung bestimmen sollten. Andererseits nehmen wir das Potenzial von Hollywoodfilmen, „counterfactual history“ zu schreiben, sehr ernst. Solche Produkte der Kulturindustrie können sehr viel bewegen, können vermitteln. Wir wollen sie daher nicht adornitisch als „Kulturindustrie“ abkanzeln, sondern

7 Arye Wachsmuth et. al.: „Erst zahlen, dann malen.“ Einreichungen zum Aquarellwettbewerb „Verborgene Schätze der österreichischen Aquarellmalerei“ des Leopold Museums, Einsendeschluss 7. April 2010.

uns involvieren: in die Problematiken der machtvollen Bilder. Wenn man so will, schlagen wir sogar vor, den Mut zu haben, an den falschen Stellen zu lachen. Denn die Angst vor der Kulturindustrie und dem „paranoid reading" ihrer Produkte macht oft handlungsunfähig. Statt also gar so viel Liebesmüh ins kritische kulturwissenschaftliche Analysieren von Produkten der Kulturindustrie zu stecken, ist uns ein Politikverständnis lieber, das zwar mit Walter Benjamin davon ausgeht, dass niemals etwas Dokument der Kultur ist, ohne gleichzeitig ein solches der Barbarei zu sein – dass aber daraus auch den Schluss zieht, dass genau diese Barbarei reflexiv in das Kunstwerk mit einbezogen – oder eben aktiv ausgeblendet werden muss.

Lisa: Wir haben uns aus gutem Grund eine gewisse Nonchalance angeeignet, mit dem Begriff „Kunst" umzugehen. Indem wir die Grenzen verschiedener Kunstbegriffe mehr oder weniger missachten, begeben wir uns aus Sicht von Kolleg_innen aus der Kunstgeschichte und dem institutionalisierten Kunstbetrieb auf teilweise recht dünnes Eis, aber können dadurch eben auch kulturelle Produktionen, die (bisher) nicht als Kunst anerkannt wurden, in unsere Überlegungen, wie sich Postnazismus denn nun effektiv stören lässt, miteinschließen. Insofern haben wir ja auch keinen kunsthistorisch astreinen Wälzer herausgegeben, sondern künstlerische und kulturelle Praxen gesammelt, die für Debatten über den Umgang mit NS-Nachwirkungen und –kontinuitäten produktiv sein könnten. Umgestaltungen von U-Bahn-Stationen, Eingriffe in Ausstellungseröffnungen, abgesägte Statuenköpfe, das würde in disziplinären Kontexten durchaus nicht als Kunst anerkannt. Insofern betrachten wir auch das Buch selbst als Intervention. Es soll als Nachschlagewerk für all jene dienen, die hier ähnliche Defizite erkennen und daran arbeiten wollen.

Solidarische Kämpfe

Katharina: In der Struktur des Buches spiegelt sich ein weiteres unserer Begehren wider: Unsere Herangehensweise sollte eine transnationale sein. Der Begriff „transnational" war uns auf unterschiedlichen Ebenen wichtig: Einerseits wollten wir uns nicht auf Beispiele beschränken, die in den Nachfolgestaaten des Nazismus entstanden, sondern uns auf die Suche nach dem internationalen Transfer antinazistischer Praktiken machen. Uns hat beispielsweise die Frage beschäftigt, ob „Swing", als europäische antinazistische Praxis auch nach 1945 und gewissermaßen auch „zurück" in den USA etwas von diesem geschichtspolitischen Gehalt weitertransportieren konnte. Viele von diesen Spuren und Fragen, die wir zu Anfang hatten, haben sich dann verloren oder wir konnten keine entsprechenden Autor_innen finden. Zudem war uns wichtig, in der Strukturierung der Kapitel nicht nach Opfergruppen (hier die Verbrechen an den Jüd_innen, dort jene an den Rom_nija) einzuteilen – da dies nicht zuletzt

auch die Schemata der Nazis wiederholt hätte. Die Überlegung war zudem, sich anzuschauen, wie Nachwirkungen nicht nur in den „Nachfolgestaaten" des Nazismus vorhanden sind, sondern wie sie auch überall sonst verarbeitet werden, etwa in Ländern des Exils. Uns ist dabei aufgefallen, dass hier noch viel Forschung passieren muss, in Bezug auf eine globale Betrachtung des Nazismus und seiner Nachwirkungen. Der Wunsch nicht nach der Verstärkung, sondern nach der schlussendlichen Aufhebung von Asymmetrien: So lassen sich all diese Anliegen vielleicht zusammenfassen.

Lisa: Unsere Überlegung war, nach konkreten Schnittstellen zu suchen, an denen „solidarische Geschichtspolitiken", gemeinsame Organisierung, gemeinsames Kämpfen möglich werden. Dazu kommt der Wunsch, sehr praktische Überlegungen zur Verbindung unterschiedlicher sozialer Kämpfe in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung berücksichtigen zu wollen. Im Einladungspaper zur Konferenz „History is unwritten" schreibt die Vorbereitungsgruppe AK Loukanikos: „Für eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unter linken Vorzeichen stellt sich schließlich auch die Frage nach einer gemeinsamen Klammer, welche die heterogenen sozialen Bewegungen der Gegenwart verbinden könnte, ohne sie zugleich zu homogenisieren." Das korrespondiert mit der Frage, von der wir in der Planungsphase von „Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering" ausgegangen sind.

Katharina: Als wir vor einigen Jahren mit konkreter geschichtspolitischer Arbeit im Rahmen der „Plattform Geschichtspolitik" begonnen haben, waren wir parallel dazu in antirassistische Arbeit involviert, wobei Personen mit und ohne Erfahrungen von Flucht oder Migration zusammenarbeiteten. Wir haben durch dieses parallele Arbeiten an zwei „Baustellen" relativ schnell festgestellt, dass sich die politische Arbeit, die wir antirassistischen Kämpfen zuordnen, und die, die vielfach unter „Antifaschismus" verbucht wird, nicht so ohne weiteres verbinden lassen. Im kleineren Rahmen haben wir immer öfter versucht zu verstehen, woran das liegt. Dabei hat uns immer wieder die Frage nach der „Vergleichbarkeit" und oftmals auch problematischen Analogisierung von Geschichte(n) eingeholt: Der Holocaust und der Kolonialismus als die beiden großen historischen Bezugspunkte, an denen die „größten Verbrechen der Geschichte" festgemacht und deren Claims gegeneinander ins Feld geführt werden.

Lisa: Um in der Frage der Verbindung von Kämpfen gegen den Postnazismus und antirassistischen Kämpfen beweglich bleiben zu können, kamen wir zum Schluss, dass es wichtig ist, keinem „Vergleichsabwehrreflex" zu erliegen. Es ging darum zu verstehen, dass es nichts besser macht, immer gleich in jede paralleli-

sierende Wortmeldung reinzugrätschen, sondern es nur darum gehen kann, sich erst einmal anzuhören, worum es der jeweiligen Person in der Formulierung ihrer Position genau geht. Daher ist es immer wieder aufs Neue wichtig, sich die Zeit und den Raum zu erkämpfen, die es braucht, um zu klären, was der jeweilige Claim ist; und dass der Ort, an dem wir miteinander sprechen, uns alle dazu zwingt, die spezifische Geschichte anzuerkennen und ernst zu nehmen. Archäologie statt Analogie, sozusagen. Und dann kann gefragt werden: Wenn Du dies und jenes vergleichen willst, welchen Mehrwert versprichst du Dir? Dieser Mehrwert kann gemeinsam ausgelotet werden.

Katharina: Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, den Vergleich so konkret wie möglich auszubuchstabieren, und durchzudiskutieren, welche Funktion er im jeweiligen Fall hat. Je konkreter danach gefragt wird, desto schneller klärt sich auch der „Claim": Wenn der Vergleich etwa nur dazu dient, Legitimation zu verleihen oder moralische Stärke zu gewinnen, wird er hinfällig. Wenn ich mit dem Vehikel des Vergleichs aber mehr über die Bedingungen und Nachwirkungen des Holocaust und anderer Genozide erfahre, wird er produktiv. Uns wurde nach der Veröffentlichung des Buchs allerdings auch „Kuschelpolitik" vorgeworfen, also ein funktionalistisches Vorgehen, das angebliche Gemeinsamkeiten in der Gedenkkultur über die unangenehmen Widersprüche stellt.

Lisa: Da gebe ich dir Recht, aber ich halte den Text von Hans-Georg Eberl[8] für ein gutes Gegenbeispiel, das sehr wohl versucht, anhand der Frage nach geschichtspolitischen Versäumnissen in der deutschsprachigen Linken erst einmal den Finger in die Wunden der sozialen Bewegungen zu halten, um dann Vorschläge zu machen, wie es – allen Widersprüchen zum Trotz – auch gemeinsam gehen könnte. Der Text setzt zu einem frühen Zeitpunkt im postnazistischen Deutschland an, um sich das Potenzial antikolonialer und antifaschistischer Bewegungen anzuschauen, solidarisch miteinander zu kämpfen, und zu zeigen, wie es verspielt wurde. Oder was sozusagen tagespolitisch „dazwischen kam". Daraus, denk ich, können wir für aktuelle Kämpfe sehr viel lernen. Unter anderem lässt sich daraus die – eigentlich banale – Erkenntnis gewinnen, dass wir im Auge behalten müssen, wohin wir wollen, nämlich zu mehr sozialer Gleichheit und weniger Asymmetrie, und woher die Verhältnisse kommen, die uns daran hindern.

Katharina: Während der Diskussion darüber, wie verschiedenen Gedenkpolitiken genug Raum gegeben werden kann, haben wir gemerkt, dass wenig Klarheit über das Verhältnis von Kontinuitäten und Brüchen im Postnazismus existiert, etwa im Bereich der Arbeit/Zwangsarbeit/Arbeitsmigration etc., aber auch bei der Frage, aus welchen Quellen sich in einer Gesellschaft wie der österreichischen Rassismus historisch speist. Dies liegt unserem Ermessen nach unter anderem daran, dass Kontinuitäten und das Fortwirken gesellschaftlicher Logiken und ideologischer Elemente des Nazismus nur interdisziplinär verstanden werden können – und an solchen Perspektiven fehlt es. Es war und ist uns wichtig, das ein Stück weit herauszuarbeiten, weil man bei Verhältnissen, die man historisch analysiert, den Hebel anders ansetzen kann als bei solchen, die man nur in ihrer Gegenwart, quasi phänomenologisch zu erkennen meint.

Lisa: Andererseits ist auch die Analyse von Rassismus in den „Herkunftsländern des Kolonialismus" zu wenig Teil von öffentlichem und akademischem Diskurs, also dort, wo wissenschaftlicher Rassismus, oder zum Beispiel auch Kunst, die bis heute unreflektiert auf Orientalismen zurückgreift, herkommen. Oft kommt die Rassismustheorie für antirassistische Bewegungen aus der postkolonialen Theorie und liefert keine Analyse mit, was etwa „Weiß-sein" in einem postnazistischen Kontext heißt. Hier braucht es genauere Forschungen und gemeinsame Involvierungen.

Das Gespräch zwischen Lisa Bolyos und Katharina Morawek fand Anfang Juni 2014 im Burgenland statt. (Bolyos, Lisa / Morawek, Katharina (Hg.): Diktatorpuppe zerstört, Schaden gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus. Mandelbaum 2012.)

8 Eberl, Hans-Georg: Postnazistische und Postkoloniale Realitäten. Anmerkungen zur Geschichte antirassistischer und antifaschistischer Kämpfe in den Nachfolgestaaten des NS, In: Bolyos, Lisa / Morawek, Katharina (Hg.): Diktatorpuppe zerstört. Schaden Gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus, Mandelbaum, Wien 2012.

IV.

Im Zweifel für den Zweifel?

Im Zweifel für den Zweifel?

„Im Zweifel für den Zweifel
Das Zaudern und den Zorn.
Im Zweifel für's Zerreißen
Der eignen Uniform."[1]

Es ist das gemeinsame Ziel linker Geschichtspolitik und kritischer (Geschichts-) Wissenschaft, bestehende Geschichtsbilder zu analysieren und in Geschichtsschreibung und öffentlich inszenierte Geschichtspolitik zu intervieren. Dabei produzieren beide stets auch eigene Erzählungen über die Vergangenheit und verwenden dazu bestimmte Formen der Darstellung von Geschichte. Zweifelsohne kommt dem Bezug auf die Vergangenheit eine wichtige Funktion in emanzipatorischen Kämpfen zu, sei es in Form eines positiven Traditionsbezugs auf „politische Ahnen", auf „Verwandte im Geiste"; sei es in Form einer Negativbestimmung der gegenwärtigen Politik mit Blick auf die Vergangenheit wie im Postulat „Nie wieder Auschwitz!"

Ein genauerer Blick auf die Geschichte linken Geschichtsbezugs offenbart jedoch Gefahren. In ihrem Bezug auf die Vergangenheit ist auch die Linke nicht gefeit davor, die Geschichte für die Zwecke der Gegenwart dergestalt ‚passend zu machen', dass im Ergebnis die Vergangenheit für die Gegenwart instrumentalisiert wird oder sogar linke Mythen geschaffen werden. Eines der prominentesten Beispiele für diesen problematischen Bezug auf die Vergangenheit ist sicherlich die Fortschrittsgeschichtsschreibung à la Sowjetunion, die die Menschheit auf einem unaufhaltsamem Weg in Richtung einer goldenen Zukunft des Sozialismus sah. Eine Zukunftsvision, die sowohl Vergangenheit als auch Gegenwart und nicht zuletzt die in ihr lebenden Menschen in ihren Dienst zwang. Doch auch soziale Bewegungen, deren politische Praxis weitaus weniger kompromittierend ist, sind vor den Fallstricken linken Geschichtsbewusstseins und politischer Mythenbildung nicht gefeit und auch linke Geschichtsschreibung bewegt sich in einem Spannungsverhältnis zwischen dem kämpferischen Potenzial, das aus der Vergangenheit gewonnen werden kann und der Gefahr, in der Darstellung dieser Vergangenheit in eine formale Analogie zur mythisierenden Geschichtsschreibung der ‚Sieger' zu verfallen.

Wie kann sich linke Geschichtspolitik, wie kritische Wissenschaft in dieser Situation verorten? Gibt es Alternativen zu den „linken Mythen"? Wäre nicht ein zweifelnder, stets auch kritisch hinterfragender Blick auch auf die Geschichte emanzipatorischer Bewegungen denkbar und notwendig?

Im Kern berühren diese Fragen Grundprobleme linker Geschichtsschreibung, die sich in einer Ambivalenz zwischen den Postulaten „Wir brauchen linke Mythen!" und „Im Zweifel für den Zweifel!" bewegt. Diese Grundprobleme wurden bereits im Vorfeld zur Tagung „History is unwritten" im Rahmen einer Debatte in *ak – analyse&kritik* kontrovers diskutiert.[2] Plädoyers für die Anerkennung der Unvermeidbarkeit mythischer Denkformen auch in der Linken waren dabei ebenso vertreten wie Beiträge, die nach ‚zweifelnden' Modi der Darstellung fragten. In dem hier vorliegenden Kapitel sind nun weitere Texte versammelt, die im Umfeld der eben genannten Debatte zu verorten sind. Einige von ihnen leisten eine direkte Bezugnahme, während andere hier ihren Platz finden, weil sie unseres Erachtens weitere wichtige Perspektiven auf die skizzierten Grundprobleme linker Geschichtsschreibung anbieten.

Eröffnet wird die Auseinandersetzung mit dem Beitrag von Renate Hürtgen. Unter dem Titel *Mehr als ein Tabubruch: Linke Geschichte vor einem Neuanfang?* unternimmt sie eine zeitgeschichtliche Kontextualisierung der oben genannten Debatte. Dafür nimmt sie die Ursachen für den von ihr festgestellten Bedarf an „einer Neubestimmung von linkem Geschichtsverständnis" in den Blick und fragt: „Warum wird gerade jetzt die Frage nach einer Neubestimmung der linken Tradition so nachdrücklich gestellt?" Die entscheidende Zäsur, die diese Neubestimmung hervorgebracht hat, ist ihrer Auffassung nach das „Ende des ‚Kommunismus'", das sie jedoch keinesfalls als „Ende der Geschichte" verstanden wissen möchte, sondern vielmehr als „Befreiung und als Möglichkeit, die wirklich existenziellen Fragen an die eigene Geschichte zu stellen". Gerade auch die linke Geschichte auf den Prüfstand zu stellen, sieht sie dabei als eine unumgängliche Voraussetzung für die emanzipatorische Orientierung auf eine andere Zukunft hin. Erst ein richtiges Verständnis der vergangenen Gesellschaften „in der Sowjetunion und Osteuropa", so Hürtgen, „wird es uns möglich machen, gesellschaftliche Alternativen denken zu können".

Im folgenden Beitrag *Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik* hinterfragen Gottfried Oy und Christoph Schneider auf der Grundlage geschichtstheoretischer Überlegungen die Annahme, dass ein linker Bezug auf Geschichte jenseits kämpferischer Mythenbildung überhaupt möglich sei. Ein vom Zweifel geleiteter Blick auf die Vergangenheit steht ihrer Ansicht nach in einem unauflösbaren Widerspruch zur politischen Mobilisierung, denn jede „Konfrontation, jede bewegungslinke Intervention bedient sich Vereinfachungen – gut/böse, wir/sie –, die im Kern mythisch sind". Ein solcher sinnstiftender Bezug auf die Vergangenheit, verknüpft mit der Orientierung auf eine bessere Zukunft sei „unabdingbar – anders entfacht sich kein Funke gemeinsamen Aufbegehrens, kein Moment der Bewegung". Sie verleugnen

1 Tocotronic, Im Zweifel für den Zweifel, 2010.

2 Die Debatte wurde in einer Broschüre dokumentiert: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. analyse & kritik – Sonderbeilage Winter 2013. Sie ist als PDF abrufbar unter: http://www.akweb.de/themen/sonderbeilage_unwritten.htm (zuletzt 16. Januar 2015).

dabei jedoch keinesfalls die Kluft zwischen „einer in der Empathie gegenüber den Vergessenen und Gemordeten fundierten Geschichtsschreibung und den Sinnstiftungsinteressen diverser, allemal legitimer Mobilisierungen". Damit identifizieren sie einen aus ihrer Sicht unauflösbaren Widerspruch zwischen (wissenschaftlichem) Zweifel auf der einen und (politischem) Mythos auf der anderen Seite. Diese „Aporie", so Oy/Schneider, gälte es auszuhalten: „Sie ist allerdings nicht steril, sondern verweist auf das Problem, die Befreiung des Menschen zu denken."

Mit der Notwendigkeit des Umgangs mit „linken Mythen" beschäftigt sich auch Max Lill unter dem Titel *Schattenboxen im Spiegelkabinett oder: Vom altmodischen Versuch, Geschichte(n) zu schreiben.* Er kritisiert in seinem Essay über *Geschichtsmythen in der Krise des Neoliberalismus, die Rückkehr des Nationalismus und das Erbe der Neuen Linken* eine „generell ‚zweifelnde' Perspektive", die er in einer Furcht vor Traditionsstiftung jeglicher Art in der „radikalen" Linken begründet sieht. Stattdessen fragt er: „Kommt [die radikale Linke] wirklich ohne eigene Mythen aus, gar ohne ‚große Erzählungen' und Traditionen? Ist eine solche Forderung nicht sehr akademisch und, angesichts der Dramatik und Unübersichtlichkeit der Lage, letztlich illusionär, ja sogar gefährlich?" Vor diesem Hintergrund plädiert Lill „für die bewusste und emphatische Stiftung einer universalistischen Tradition von Emanzipationskämpfen, die zwar ‚offen', aber eben nicht beliebig sein sollte", einschließlich der Offenheit gegenüber einem „Sinn für die Ambivalenz und die mobilisierende Kraft von Mythen".

Mit dem Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Bewegung, zwischen „Objektivität und Parteilichkeit" beschäftigt sich auch Florian Grams. Seine Re-Lektüre marxistischer TheoretikerInnen und ihrer Geschichtsauffassungen versteht er unter dem Leitgedanken *Lehrstoff aber keine Legenden* als einen *Beitrag zum notwendigen Geschichtsverständnis für emanzipatorische Praxis.* Grams plädiert für eine dezidiert marxistisch ausgerichtete Geschichtswissenschaft, die sich nicht durch postmoderne Teleologie-Unterstellungen verunsichern lassen sollte. Vielmehr gelte es, „weder die eigene Verbundenheit mit den Erfolgen und Fehlern vergangener Bewegungen zu leugnen, noch die Perspektive der freien und gleichen Assoziation der ProduzentInnen aufzugeben. Andernfalls droht die Kritik an den bestehenden Verhältnissen ihren eingreifenden Impuls zu verlieren und im Lamento über den Schmutz der Welt stecken zu bleiben". Eine Geschichtswissenschaft jedoch, so Florian Grams, „die in emanzipatorischen Bewegungen verankert ist, vermag an dieser Stelle einzugreifen, indem sie die historischen Erfahrungen und die aktuellen Kämpfe miteinander in Beziehung setzt". Es läge dabei auf der Hand, so Grams, „dass die aus solcher Befragung gewonnenen Antworten bestenfalls Wegweiser sein können und bestimmt keinen ‚Baedeker der Geschichte' liefern".

Während die drei zuletzt genannten Beiträge aus einer eher akademischen Position heraus gegen die Scheu vor „linken Mythen" argumentieren, macht sich das Bündnis „Rosa&Karl" unter dem Titel *Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran* aus aktivistischer Perspektive für einen zweifelnden Zugang zur Geschichte stark. Das Bündnis ist aus der Kritik an einem linken Mythos par excellence entstanden: Dem alljährlichen linken Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und der zugehörigen Großdemonstration in Berlin. Der dort vorherrschenden HeldInnenverehrung und verkürzten Traditionsstiftung setzt das Bündnis den Versuch eines differenzierten Gedenkens an die Novemberrevolution entgegen. Dieses Gedenken sei dabei gegen „zweierlei Vereinnahmungsversuche zu verteidigen": Einerseits gegen „den Versuch, die gescheiterte Novemberrevolution als eine Etappe der Durchsetzungsgeschichte der parlamentarischen Demokratie" darzustellen, andererseits jedoch auch gegen die Fortführung der Geschichtsschreibung der DDR, welche die Novemberrevolution zur Vorbotin „des letztlich siegenden Sozialismus" stilisierte. In diesem Kampf gegen Vereinnahmung stellt sich für das Bündnis die Frage: „Wie entgehen wir der Gefahr, den Geschichtsschreibungen, die wir kritisieren, aus Ratlosigkeit schlicht eine Erzählung in unserem Sinne entgegenzusetzen? Wir wollen gerade nicht eine weitere Geschichtsinterpretation liefern, die sich zu ‚der einen Geschichte' verfestigt."

Um die Idee der „Deutungsoffenheit von Geschichte" kreist auch der Beitrag von Cornelia Siebeck *Ein ‚postmodernes' Gedächtnis für die bessere Zukunft? Nachdenken über Möglichkeiten emanzipatorischer Gedächtnispolitik*. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe als einer „Neuorientierung emanzipatorischer Politik", der Offenheit, Kontingenz und Unentscheidbarkeit als erkenntnistheoretische Leitlinien zugrunde liegen. Vor diesem Hintergrund sieht Siebeck linke Geschichtspolitik als emanzipatorisches Anliegen vor die Aufgabe gestellt, sich als „Zukunftspolitik" zu verstehen, die sich gegen instrumentalisierende „Annexionen von Vergangenheit" richtet: „Wer Zukunft öffnen will, muss auch Vergangenheit offen halten. Denn Zukunft kann nur offen sein, wenn sozialer Sinn weder still gestellt ist *noch werden soll*, und das gilt eben auch für den Sinn der Geschichte." Dies zielt letztlich auf eine „‚postapodiktische' Gedächtnispolitik, die – noch bevor sie mit eigenen historischen Erzählungen aufwartet – […] immer wieder transparent macht und sichtbar hält, dass [es] jenseits bloßer (!) historischer Tatsachen keineswegs um ‚objektive' Fragen historischer ‚Wahrheit', sondern um gesellschaftspolitische Fragen der Gegenwart geht".

Auch Bini Adamczaks *Plädoyer für eine Utopie politischer Amnesie* wendet sich der Zukunft zu und wählt diese als Standort für die Betrachtung von Geschichtsschreibung und -politik: „Welches Verhältnis hätte eine Gesellschaft, in der die Menschen befreit von verdinglichten Zwängen und herrschaftlichen Trennungen

ihre Geschichte selbst machen, zu ihrer Vorgeschichte?“ Indem sie Vergessen als Kehrseite des Erinnerns thematisiert, schürt Adamczak Zweifel an der ‚Unsterblichkeit‘ linker Geschichtsschreibung: „Wäre die befreite Menschheit nicht jene, die endlich vergessen dürfte? Jene, die keine Geschichte mehr betreiben müsste, weder um ihre Herrschaft zu legitimieren, noch um ihren Hass zu nähren?“ Mit ihrem Beitrag stellt Adamczak die in diesem Kapitel diskutierten Probleme in ein völlig neues Licht. Ihr Plädoyer und damit der Sammelband „History is unwritten“ schließen mit der offenen Frage einer „Utopie der Geschichtspolitik: Besteht der Fluchtpunkt emanzipatorischer Transformation darin, die Geschichte in Gänze verfügbar zu machen? […] Oder ist emanzipatorische Erinnerung an einen Zweck gebunden, der mit der Emanzipation selbst entfällt?“

Renate Hürtgen

Mehr als ein Tabubruch: Linke Geschichte vor einem Neuanfang?

Dieser Artikel ist die erweiterte und ergänzte Fassung meines Podiumsbeitrages im Rahmen der Tagung History is unwritten*, die im Dezember 2013 in Berlin stattfand.[1] Den Podiumsteilnehmer_innen war die Aufgabe gestellt worden, auf drei Fragen thesenartig zu antworten: Wozu Geschichte? - Für oder gegen was? – Wie sieht eine emanzipatorische Gegenerzählung aus?*

Wozu Geschichte?

Das AutorInnenkollektiv Loukanikos hat zu einer „*Debatte über linke Geschichtspolitik*“[2] eingeladen – und weit über 160 Interessierte sind gekommen. Das Bedürfnis, sich unter Gleichgesinnten zu verständigen, ist augenscheinlich groß. Dass es sich hier nicht allein um ein Treffen von Akademiker_innen, namentlich Historiker_innen, handelt, die ihre Rolle in der Zunft abstecken wollen, wird an der Anwesenheit zahlreicher linker Aktivist_innen aus unterschiedlichsten politischen, sozialen und kulturellen Bereichen erkennbar. Das breite Spektrum von Interessierten an dieser Tagung macht eindrucksvoll klar, dass es viele danach drängt, sich nicht nur über „*Perspektiven einer linken Gedächtnispolitik*“ im engeren akademischen Sinn auszutauschen. Zwar hatten die Veranstalter_innen ihren Fokus unmissverständlich auf die Frage nach einer Neubestimmung von emanzipatorischer Geschichtsschreibung gelegt, die Erwartungen der Zuhörer_innen gingen offensichtlich darüber hinaus. Unausgesprochen stand die Frage im Raum: Was heißt es heute, links zu sein? Wohl eher unbeabsichtigt, hatten die Veranstalter zu einer Tagung eingeladen, auf der es um nicht mehr, aber auch nicht weniger gehen sollte, als einen notwendigen Selbstverständigungsprozess darüber einzuleiten, was linkes Denken und Handeln ausmacht. Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen am Nachmittag, in denen die „Praktiker_innen“ und „Theoretiker_innen“ aufeinandertrafen, kamen solchen Erwartungen zwar insofern etwas näher, als sich hier die Fragen vor allem um eine linke Praxis drehten, etwa darum, ob eine eigens organisierte Demonstration zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

1 Zu Absicht und Verlauf der Diskussion siehe den Beitrag „Rückblick“ des AK Loukanikos in diesem Band.

2 Die kursiv gesetzten Zitate stammen aus den in ak Nr. 580, 15. Februar 2013; ak Nr. 581, 15. März 2013; ak Nr. 584, 21. Juni 2013 veröffentlichten Texten des AK Loukanikos sowie aus dem Konzeptpapier zur Podiumsdiskussion.

notwendig ist, welche sich von der traditionellen Demonstration am 13. Januar, an der auch stalinistische Gruppen teilnehmen, unterscheidet. Insgesamt aber mussten die Zuhörer_innen enttäuscht werden, denn den Veranstalter_innen ging es zuvörderst darum, einen Neuansatz für einen linken Geschichtsdiskurs zu debattieren.

Die Tatsache, dass sich dennoch derart viele Interessierte versammelten, bringt eine spannende Entwicklung zum Ausdruck. So finden derzeit – und nicht nur unter jungen Historiker_innen – in vielen Gruppen und linken Zusammenhängen solche Selbstverständigungsprozesse statt. „Was ist links?", fragt etwa die Redaktion der Zeitung „Contraste".[3] Begriffsschöpfungen wie „emanzipatorische Linke" oder „soziale Linke" zeigen an, dass es um Neubestimmungen und Abgrenzungen nicht nur im Rahmen eines linken Geschichtsdiskurses geht und dass das alte Vokabular den aktuellen Bedürfnissen nach Ein- und Zuordnung offensichtlich nicht mehr gerecht wird. So ist es nicht verwunderlich, dass sich mit der Diskussion um den Spezialfall „linke Geschichtsschreibung" die Hoffnung verbindet, etwas über linkes Selbstverständnis im Allgemeinen zu erfahren.

Die Tagung mit ihrem breiten Spektrum an Teilnehmer_innen macht noch auf eine weitere Entwicklung aufmerksam. Das Bedürfnis nach fraktions- wie aktionsübergreifender Kommunikation, nach Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher politischer Herkünfte, Traditionen und Erfahrungen scheint jenes nach Abgrenzung und sektiererischer Kleinstgruppenprofilierung in den Hintergrund gedrängt zu haben. Denn diese Art der offenen politischen Zusammenarbeit findet nicht nur hier und heute statt. Ich verweise nur auf das Beispiel der Tagung „Was tun mit Kommunismus?", der 2013 ein Tagungsband gleichen Titels folgte.[4] In diesem Buch haben Autor_innen verschiedener politischer Richtungen publiziert – Anarchist_innen, Trotzkist_innen, Alt- und Neumarxist_innen, soziale Bewegungslinke aus Ost und West, die noch heute in einem Diskussionszusammenhang stehen.[5] Zunächst haben wir unsere Beiträge aus dem Tagungsband zur kritischen Diskussion und Nachbereitung gestellt; zurzeit bereiten wir eine Veranstaltung mit dem Arbeitstitel „Wie wird

3 Vgl. Contraste. Die Monatszeitung für Selbstorganisation, Nr. 362, 31. Jahrgang, November 2014.

4 Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (SEK) (Hrsg.), Was tun mit Kommunismus? Kapitalismus. „Real existierender Sozialismus". Konkrete Utopie heute, Münster 2013.

5 „Suche nach dem Ei des Kommunismus" (SEK) nennt sich dieser Diskussionskreis, an dem ich selbst beteiligt bin. Der Titel macht deutlich, dass hier ernsthaft nachgefragt wird und dass die Sache Spaß machen soll.

die nächste Revolution aussehen?" vor.[6] Die Zusammenarbeit ist nicht ganz unproblematisch, auch, weil sich hier akademisch Geschulte und Praktiker_innen der Sozialarbeit um gegenseitiges Verständnis bemühen müssen. Aber die Mühe lohnt sich, eben auch darum, weil auf diese Weise sehr unterschiedliche Erfahrungshintergründe und Traditionen aufeinandertreffen, die in ihrer Kombination im besten Fall etwas Neues hervorbringen können. Was treibt die Mitglieder_innen des SEK-Arbeitskreises um? Letztlich ist es die Frage nach einer neuen linken Perspektive, einer Zukunft jenseits von Kapitalismus und „Realsozialismus", jenseits bisheriger feststehender Wahrheiten; es geht um Denk- und Handlungsangebote für einen Weg dahin. Alles gehört auf den Prüfstand, namentlich die eigene Geschichte. *„Wozu Geschichte?"* Es geht heute – und nicht nur in unserem kleinen Zirkel – darum, den eigenen historischen Standort zu bestimmen und eine Antwort auf die Frage zu finden, wie eine linke gesellschaftliche Perspektive aussehen könnte.

„Im Zweifel für den Zweifel?" hatte die Vorbereitungsgruppe AK Loukanikos im Rahmen der geschichtspolitischen Debatte in der Zeitschrift *ak* gefragt und *„Wir brauchen keine linken Mythen."* geantwortet. Die Tagung selbst ist gleichfalls mit dem Anspruch konzipiert worden, eine radikale kritische Befragung linker Geschichte einzuleiten. Es solle um eine historische Einordnung ohne neue Mythenbildung gehen, um eine (Neu-)Bewertung der Ideen und des Personals der linken und der Arbeiterbewegung, einschließlich solcher Lichtgestalten wie Rosa Luxemburg. Ein tabuloses Aufdecken und Begreifen der eigenen Geschichte wird eingefordert, ohne zugleich wieder in neue Idealbilder und Mythen abzugleiten.

Der Anspruch ist hoch, jedoch nicht illegitim. Seine Legitimität erhält dieses Anliegen angesichts einer radikal veränderten Welt; sie ist der reale Grund dafür, dass sich in dieser Radikalität den Fragen der eigenen Geschichte gestellt werden kann. Bevor wir also mit der Arbeit einer Neubestimmung von linkem Geschichtsverständnis beginnen, sind die Ursachen für diesen Bedarf aufzudecken.

In einem ersten Schritt sollten sich Linke, auch linke Historiker_innen, deshalb fragen: Was ist passiert, dass sich so konsequent auf die Suche nach einer Identitätsfindung gemacht wird? Woher kommt diese namentlich in der jüngeren Generation allgemein verbreitete Unzufriedenheit mit bisherigen Antworten, nicht nur, aber auch unter Historiker_innen? Und vor allem: Warum wird gerade jetzt die Frage nach einer Neubestimmung der linken Tradition so nachdrücklich gestellt? Warum scheinen sich „links" und „emanzipatorisch" nicht mehr naturgemäß zu verbinden? Was hat sich verändert, welche neuen Erfahrungen gibt es, die verarbeitet werden und die ihren Ausdruck in einem

6 Die Frage impliziert, dass eine zukünftige Revolution, die nicht wieder in einer Ausbeutungsgesellschaft enden soll, ganz anders ablaufen muss. Aber wie?

neuen Denken finden müssen? Und welchen Anteil hat die Geschichtsdebatte an diesem Aufbruch zu neuen Ufern?

Für oder gegen was?

Wer schon länger in der Tradition der kommunistischen und der Arbeiterbewegung steht, hat vor 25 Jahren eine existenzielle Umbruchsituation erlebt. Ein ganzes Imperium ist zusammengebrochen. Doch nicht irgendein Imperium, sondern ausgerechnet jenes, dem sich Linke auf der ganzen Welt besonders verbunden fühlten, dem viele traditionell näher standen als der westlichen Welt. Weniger nahe standen die meisten zwar seiner diktatorischen Praxis, sehr nahe dagegen seinen Ursprungsideen. Und seinen Utopien. Und natürlich seinen linken Kritiker_innen, die die Praxis der Regime des sogenannten Ostblocks anprangerten. Man muss kein unverbesserlicher Stalinist, keine unverbesserliche Stalinistin, kein Nutznießer und keine Nutznießerin der Macht gewesen sein, um in der kommunistischen Weltbewegung seine Identität gefunden zu haben. Auch ihre Kritiker_innen waren ein Teil dieser Gesellschaften und dieser Bewegung, stritten und litten in ihr und verloren mit deren Zusammenbruch ebenfalls ein Stück Heimat und Identität.

Mit der Sowjetunion und seinen „Satellitenstaaten" war 1989/90 aber nicht nur ein Imperium zusammengebrochen, sondern auch das ganze ideologische Konstrukt des „Klassenkampfes", ein Klassenkampf, der tatsächlich gar kein Kampf von antagonistischen Klassen, sondern der zwischen zwei imperialen Mächten gewesen war. Selbst Kritiker_innen des Stalinismus bewegten sich in dieser falschen Klassenkampflogik, schwiegen zum Beispiel zu den Gräueltaten in stalinistischen Lagern, weil sie nicht dem „Klassenfeind" in die Hände spielen wollten. Und wenn sie ihre Kritiken laut und öffentlich werden ließen, wurden sie zu Antikommunist_innen gestempelt und als „Überläufer_innen" verstoßen. Ihre Bücher wurden verboten und verschwanden in den Giftschränken der Macht, wo die Texte von Leo Trotzki, Ernest Mandel, Peter Kropotkin, Alexander Solschenizyn oder André Gorz neben denen anderer „Verräter" und „Klassenfeinde" standen, und wo sie keine Öffentlichkeit erreichen konnten.

Es schien keine andere Wahl zu bleiben: West oder Ost, links oder rechts, Kapitalismus oder „Kommunismus".[7] Oder zu schweigen, oder sich das Leben zu nehmen. Was für ein Drama, was für persönliche und politische Schicksale folgten aus dieser Aussichtslosigkeit, dem Teufelskreis zu entkommen. Die meisten Kritiker_innen behielten ihre zum Teil traumatisierenden Erfahrungen und schrecklichen Erkenntnisse über den Charakter der stalinistischen Systeme für sich: aus Angst, aus Opportunismus, um z.B. als Historiker_in in der DDR weiterhin existieren zu können, aus Loyalität gegenüber einem Regime, das er oder sie in Abwägung dennoch als das bessere ansah. Und aus Alternativlosigkeit. Wer die Ausstellung über den sowjetischen Schriftsteller und Gulag-Häftling Warlam Schalamow gesehen hat, bekommt eine Ahnung von diesem Lebensdrama.[8]

Nun hat der Zusammenbruch des „Kommunismus"[9] die Linke aus dieser tragischen Lage geradezu schlagartig befreit. *„Geh doch rüber!"* ist keine reale Option mehr. Der Kampf zwischen den imperialen Mächten ist entschieden und kein Linker und keine Linke muss mehr aus falsch verstandener Loyalität Rücksicht auf die Frontstellung nehmen. Die Betroffenen reden nun offen über ihre Erfahrungen, die bis dahin schweigenden Historiker_innen aus dem Osten veröffentlichen, was sie schon immer sagen wollten.[10] Aus den Akten der Geheimdienste erfahren wir so gut wie alles über die Funktionsweise dieser Gesellschaften. Beste Voraussetzungen für die Linke, die eigene Tradition vorbehaltlos aufzuarbeiten.

---

7 Spätestens an dieser Stelle ist eine Anmerkung zum Begriff „Kommunismus" fällig. Wie jeder Begriff unterliegt sein Gebrauch historischen Veränderungen. Heute ist für die meisten Menschen, die – namentlich in Osteuropa – praktische Erfahrungen mit Herrschaft und Unterdrückung in diesen Ländern gemacht haben, aber auch für viele Linke in Ost und West, der Begriff „Kommunismus" mit den „politischen Bewegungen, die mit den Herrschaftsapparaten im ehemaligen Ostblock identisch sind, ihnen nahestehen oder deren politische Ziele verfolgen", verbunden. „Kommunismus" wird synonym mit den diktatorischen Regimen in Osteuropa, ihren Akteur_innen und Ideen gesetzt, ungeachtet der Tatsache, dass dem Begriff noch andere Bedeutungen zugrunde liegen: Der einer politischen Bewegung und einer wissenschaftlichen Theorie. Vgl. Bernd Gehrke, Sozialismus nach dem „real existierenden Sozialismus." Ein Blick zurück nach vorn, in: Selbsthilfegruppe Ei des Kommunismus (SEK), Was tun mit Kommunismus?, S. 269-305; hier: S. 283. Der Autor diskutiert auch die unterschiedliche Verwendung des Begriffs Kommunismus bei Marx und Engels sowie die Frage, ob er zur Bezeichnung einer antikapitalistischen emanzipatorischen Gesellschaft noch verwendbar ist oder eben „politisch verbrannt". Eine breit geführte Diskussion über diese Frage steht noch aus.

8 Vgl. Jochen Gester, „Das Lagerthema ist die Kernfrage unserer Epoche". Eine Ausstellung über den russischen Autor und Lagerchronisten Warlam Tichonowitsch Schalamow, in: SoZ 12/Dezember 2013, S. 24.

9 Da der Begriff mehr als nur die Realität der diktatorischen Regime umfasst, setze ich ihn in der darauf reduzierten Verwendung in Anführungszeichen. Eine besonders gute Lösung scheint mir das auch nicht zu sein. Vielleicht ist eine solche auch erst zu finden, wenn wir uns endgültig über den Charakter dieser Gesellschaften verständigt haben?

10 Vgl. Wolfgang Ruge, Stalinismus. Eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte, Berlin 1991; ders., Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Bonn 2003. Ruge war nach Lagerhaft und Verbannung in der SU 1956 in die DDR gekommen, wo er bis 1982 als Historiker an der Akademie der Wissenschaften arbeitete.

Dennoch scheint es schwer, aus der Logik des *Wer nicht für uns ist, ist gegen uns* zu entkommen. Immer wieder flammt sie auf, die alte „Klassenkampflogik", in der sich gar keine antagonistischen Klassen gegenüber standen, sondern imperiale Mächte. Und obwohl inzwischen kein Linker und keine Linke mehr auf die Idee käme, die Machthaber im Osten für Vertreter_innen der Arbeiterklasse zu halten – einen Sympathiebonus scheinen sie bis heute zu haben. Jüngst zum Beispiel, wo sich ein Teil der Linken voller Verständnis für das imperiale Machtgehabe Putins gegenüber der Ukraine zeigt und – in alter Tradition – den Osten gegen den Westen verteidigt. Hier flackert sie wieder auf, die alte Klassenkampfparole, die den Blick dafür verstellt, dass beide Regime gleichermaßen in ihrem Großmachtstreben zu verurteilen und zu bekämpfen sind. Sicher, die Siegerpose des Westens ist unerträglich, doch das ist kein triftiger Grund, sich auf die Seite der ehemaligen oder neuen Machthaber im Osten zu schlagen.

Die Arbeit linker Historiker_innen ist noch in einem anderen Sinn kompliziert. Wir stehen nicht nur vor der Aufgabe, die herrschenden Ideen als Ideen der Herrschenden in beiden Systemen zu beschreiben, wir müssen nicht nur die Mythen der bürgerlich liberalen Geschichtsschreibung wie die der ehemals Herrschenden im Osten und ihrer heutigen Verteidiger zerstören. Unsere Aufgabe besteht zugleich darin, die Mythen der kommunistischen und Arbeiterbewegung insgesamt auf den Prüfstand zu heben und ihre Ideen kritisch zu hinterfragen – eingeschlossen jene, die sich dezidiert gegen Theorie und Praxis eines „despotischen Kommunismus"[11] richteten. Ihre politischen Programme sind gleich allen anderen auf historische Begrenztheiten hin zu analysieren, ihre Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft sind besonders genau danach zu beurteilen, ob sie unserem heutigen Verständnis von einem nachkapitalistischen Leben überhaupt entsprechen. Die Theoretiker_innen der Arbeiterbewegung aller Strömungen und politischen Intentionen gehören auf den Prüfstand, keiner und keine sollte davon ausgeschlossen bleiben. Die Metapher von der „verratenen Revolution" ist ebenso zu hinterfragen wie die führende Rolle des Proletariats; der anarchistische Traum vom freien Menschen ist auf seine heutige Verwendbarkeit hin genauso kritisch zu überprüfen wie die Versuche einer rätekommunistischen Praxis. Gerade solche Bewegungen sind geeignet, Ideale zu etablieren und Mythen zu schaffen. An sie müssen unsere Fragen besonders unvoreingenommen gestellt werden: Welche Erkenntnisgrenzen setzte die Geschichte einer Rosa Luxemburg oder einem Michail Bakunin? Und woher resultiert der bei Kommunist_innen wie Sozialdemokrat_innen gleichermaßen verbreitete Irrglaube, die Verstaatlichung hebe das private Eigentum auf? Gerade aus ihren Erkenntnisgrenzen können wir lernen und unsere eigenen Vorstellungen von Bewegung und neuer Gesellschaftlichkeit entwickeln.

11 Den Begriff übernehme ich hier von Bernd Gehrke, Sozialismus, S. 278.

Sich bevorzugt mit der kritischen Aufarbeitung gerade jener Ideen zu befassen, denen wir uns jeweils traditionell besonders zugehörig fühlen, scheint mir mehr als ein Tabubruch für linke Historiografie zu sein. Es eröffnet die Möglichkeit – ganz im Sinne der vom AK Loukanikos geforderten Entmythologisierung – der kommunistischen und Arbeiterbewegung den historisch adäquaten Platz in der Menschheitsgeschichte zuzuweisen und einen Neubeginn linker Geschichte zu formulieren. Auf diesen Gedanken werde ich noch einmal zurückkommen.

Es hat seine Zeit gebraucht, bis ein großer Teil der Linken das Ende des „Kommunismus" nicht als Ende der Geschichte begriffen hat, sondern als Befreiung und als Möglichkeit, die wirklich existenziellen Fragen an die eigene Geschichte zu stellen. Die Tagung *History is unwritten* ist der Beweis dafür, dass die Zeit des Aufbruchs in einen Neuanfang gekommen ist. Endlich ist es möglich, über Gewalt und Ausbeutung unter „kommunistischer" Herrschaft zu reden, ohne als Verräter_in abgestempelt zu werden.

Die Analyse kapitalistischer Reproduktionsformen ist das eine; der Entwurf einer emanzipatorischen Gesellschaft jenseits von beiden Ausbeutungsvarianten benötigt jedoch auch eine schonungslose Analyse der untergegangenen Regime sowjetischen Typs. Warum ist es so gekommen, wie es gekommen ist? Was meint gesellschaftliches Eigentum tatsächlich? Welche Bedeutung haben demokratische und andere bürgerliche Formen für eine emanzipatorische Bewegung? War Lenins Idee vom Kommunismus als „Sowjetmacht plus Elektrifizierung" des ganzen Landes vielleicht nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein besonderer Weg der Industrialisierung? Und wie könnte eine Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und „Kommunismus" aussehen?

Solche Fragen kann auf emanzipatorische Art und Weise letztlich nur eine linke Historiografie beantworten. Eine bürgerliche Geschichtsschreibung, die den westlichen Kapitalismus trotz einiger Fehler für die beste aller Welten hält, wird nie zu den entscheidenden gesellschaftlichen Ursachen für den Zusammenbruch der „kommunistischen" Regime vordringen. Sie beschränkt sich zum Beispiel auf die Kritik fehlender Demokratie oder fehlender Garantien für Menschenrechte, ohne nach den ökonomischen Ursachen für diese Defizite zu fragen. Das muss eine emanzipatorische Linke schon selber machen. Ihre Kritik muss an die Wurzeln gehen, sie muss – wie sie es schon in ihrer Kritik an den kapitalistischen Reproduktionsmechanismen getan hat – nach den Eigentumsverhältnissen und nach dem Typ von Herrschaft fragen, wie er sich in der Sowjetunion und in Osteuropa etabliert hatte. Erst ein richtiges Verständnis dieser Gesellschaften wird es uns möglich machen, gesellschaftliche Alternativen denken zu können. Quasi im Ausschlussverfahren: So nicht noch einmal! *Darum Geschichte*.

Wie sieht eine emanzipatorische Gegenerzählung aus?

Ich gehe also davon aus, dass die Frage nach einem emanzipatorischen Gegenentwurf zum einen dahin zielt, die eigene Geschichte kritisch zu befragen und aus heutiger Perspektive den Stellenwert der jeweiligen historischen Ideen oder Ereignisse neu zu bewerten und zum anderen, dass eine emanzipatorische Gegenerzählung den herrschenden Auffassungen etwas von Seiten linker Geschichtsschreibung entgegensetzen muss.

Dass es mindestens zwei herrschende Auffassungen zu entmythologisieren gilt, habe ich schon zu begründen versucht. Da ist die eine, die ihr Geschichtsbild zur Rechtfertigung des aktuellen gesellschaftlichen Zustandes entwirft und die andere, die die ehemaligen Vertreter_innen und heutigen Verteidiger_innen der untergegangenen Regime in die Debatte einbringen. Zugegeben, letztere ist weniger verbreitet und medial häufig nur als Pappkamerad wirkungsmächtig – dennoch aber für Linke eine wichtige Referenzgröße. Beiden Auffassungen muss – in der Art einer Doppelstrategie – gleichermaßen eine linke, emanzipatorische Geschichtsdarstellung entgegengesetzt werden. Die zahllosen Gedenk- und Jahrestage sind gute Anlässe für eine solche Auseinandersetzung.

Nehmen wir das Beispiel des 25. Jahrestags des Mauerfalls. Die einen werden ihn als Beginn der Erfüllung einer geschichtlichen Notwendigkeit feiern, als historisches Ereignis, das zwangsläufig in der deutschen Einheit münden musste. Ich hörte im Radio, dass Luftballons – oder waren es Lichterketten? – am 9. November an der ehemaligen Grenze schweben werden. Auf solche Weise wird die Grenzöffnung medial zum wichtigsten „Event" und die demokratische Revolution vom Herbst 1989 auf den Mauerfall reduziert. In der anderen Lesart wird die Grenzöffnung als Ende der Geschichte betrauert, als Symbol der nicht zuletzt durch Gorbatschows Politik verschuldeten – und von den Trauernden selbst so genannten – Niederlage des Kommunismus. Enttäuscht über die weitere Entwicklung hat sich eine Reihe von Linken dieser Deutung angeschlossen. Was hat eine emanzipatorische linke Geschichtsschreibung dem entgegenzusetzen? Da sie kein Herrschaftsinteresse verfolgt, wird sie das Ereignis auch nicht aus deren Sicht interpretieren, sondern sich historisch-kritisch der Rolle der Volksmassen beim Sturz des Parteiensystems zuwenden. Sie wird die Maueröffnung als lediglich *einen Bestandteil* der demokratischen Basisbewegung analysieren, die auch in ihren Zielen weitaus reichhaltiger war, als es uns die Feiern zum 9. November weiß machen wollen. Und sie wird beiden – denen, die die deutsche Einheit bejubeln, wie denen, die sie betrauern – ihr falsches Geschichtsverständnis um die Ohren hauen, nach dem mit dem Mauerfall alle Messen gesungen waren und den DDR-Bürger_innen nur noch ein Ziel vor Augen stand: die deutsche Einheit.[12]

12 Vgl. Arbeitskreis Geschichte sozialer Bewegungen Ost West, Veranstaltung am 9.10.2014, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin, „Der Mauerfall

Es ließen sich weitere Gedenktage oder historische Ereignisse aufzählen, für die ebenso gilt, dass dem aktuell herrschenden Mainstream sowie dem Geist der ehemals Herrschenden im Osten eine linke Geschichtsauffassung entgegen gehalten werden muss. Seit 10 Jahren organisiert der *Arbeitskreis Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West* im Haus der Demokratie und Menschenrechte am 17. Juni eine Veranstaltung, auf der er mit wechselnden Referent_innen und Beispielen antritt, die seit 25 Jahren immer selben Geschichtsverfälschungen zu korrigieren. Die (vor-)herrschende Ideologie hat sich inzwischen auf den Charakter des 17. Juni 1953 als „Volksaufstand" geeinigt, ein Begriff, der sich erst nach 1989 und leider auch in der sozialdemokratischen Arbeitergeschichtsschreibung durchsetzen konnte. Diese Umdeutung dient unter anderem dem Ziel, die Forderungen der DDR-Arbeiter_innen von 1953 als quasi Vorwegnahme des Wahlergebnisses vom 18. März 1990 anzusehen und so eine natürliche Entwicklungslinie hin zur deutschen Einheit zu ziehen.[13] Dem steht die Legende vom faschistischen Putsch und eines vom Westen initiierten Aufstandes gegenüber. Diese Lüge, von der DDR-Regierung 1953 schon nach wenigen Tagen verbreitet, hält sich bis heute hartnäckig; Verbreitung findet sie unter jenen Unbelehrbaren, die immer noch nicht begreifen wollen, dass hier ein erster – und zugleich letztmaliger – kollektiver Kampf der Arbeiter gegen einen Staat stattfand, der ihre Interessen, auch die einer wirklichen Interessenvertretung, ignorierte. Einer emanzipatorischen Historiografie stehen inzwischen Dokumente zur Verfügung, die eindrucksvoll belegen, dass es sich um einen Arbeiteraufstand gehandelt hat, der weder fremd gesteuert noch als „Volksaufstand" beschrieben werden kann.[14]

Aber die Frage der Veranstalter_innen nach einer emanzipatorischen Gegenerzählung zielt noch auf eine zweite Ebene, auf die des Umgangs mit der eigenen Geschichte im engeren Sinn, mit der linken Ideengeschichte wie mit der Geschichte der Arbeiterbewegung insgesamt. Wie kann sich eine emanzi-

1989: Fluch oder Segen? Eine linke Bestandsaufnahme aus Ost- und Westperspektive".

13 Siehe z.B. Ilko-Sascha Kowalczuk, 17. Juni 1953 – Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003.

14 Im Rahmen meiner Arbeiten zur DDR-Geschichte habe ich mich verschiedentlich mit dem 17. Juni 1953 beschäftigt und ihn als letztes kollektives Aufbegehren der DDR-Arbeiter beschrieben. Insofern bezeichnet er auch jene historische Zäsur, von der an die Arbeiterbewegung ihren Charakter als autonome Bewegung qua „Verstaatlichung" in der DDR zu verlieren begann. Vgl. Renate Hürtgen, Niedergang und Neuanfang einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR, in: Durch Nacht zum Licht? Geschichte der Arbeiterbewegung 1883-2013, Baden-Württemberg 2013, S. 287-307; dies. Die Rolle des FDGB während der Ereignisse um den 17. Juni 1953, in: dies., Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 51-65.

patorische Geschichtsschreibung auf diese Tradition beziehen? *„Sollte sich eine linke Gegenerzählung also eher durch negative Abgrenzung konstituieren oder durch Ausgraben des vergessenen Positiven?"*

Tatsächlich stehen wir vor der Aufgabe, die linke und Arbeiter_innengeschichte aus unserer Sicht – die eben keine Sicht mehr, bestimmt von einem Herrschafts- oder Machtinteresse, ist – nach Vergessenem oder Verfälschtem zu durchforsten. Und wir werden zahlreiche positive Anknüpfungsmöglichkeiten an bewahrenswerte Ideen, an integre Persönlichkeiten, an Basisbewegungen, Akteur_innen und Aktionen finden, die gut in unser heutiges Traditionsverständnis zu passen scheinen. Das sind vor allem jene Ideen und Bewegungen, die im Zuge einer „Verstaatlichung" der Arbeiterbewegungen unterdrückt und vergessen wurden. Doch wie mit ihnen umgehen, ohne nun unsererseits in eine neue Mythenbildung zu verfallen? Eine einfache Antwort scheint es mir auf diese Fragen nicht zu geben. Ein paar Gedanken aber sind möglich, die vielleicht zur weiteren Diskussion anregen können.

Tatsächlich sehe ich die Gefahr einer neuen Mythenbildung, wenn die Geschichte der Arbeiterbewegung lediglich danach durchforstet wird, ob und wo sich Ansätze zeigen, auf die sich eine emanzipatorische Linke direkt beziehen könnte. Die vergessenen oder verdrängten libertären, antiautoritären, die selbstorganisierten, rätedemokratischen Ideen und Praktiken ans Tageslicht zu holen, ist eine wichtige Aufgabe für Historiker_innen. Und an die kritischen Worte von Rosa Luxemburg über die Bolschewiki zu erinnern, ist auch kein Fehler. Ebenso wichtig, vielleicht sogar noch dringlicher, aber ist es, die historischen Begrenztheiten gerade auch dieser nicht im damaligen herrschenden Mainstream liegenden Aktionen und Akteur_innen auf zu zeigen. Leninistische Parteidenker_innen und antiautoritäre Kritiker_innen, zentralistische Staatsführer und Oppositionelle, Rätedemokrat_innen und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer_innen – sie sind ausnahmslos Kinder ihrer Zeit. Und diese Zeit hat ihnen praktische und Erkenntnisgrenzen gesetzt, die wir begreifen müssen. Dies herauszuarbeiten, scheint mir die eigentliche Aufgabe linker Geschichtsschreibung zu sein. Bei aller Sympathie und politischen Hochschätzung für die klugen Geister der Geschichte, namentlich für jene, die ihre antikapitalistische Kritik und Praxis mit dem Streben nach einer alternativen Gesellschaft verbunden haben: Auf unsere heutigen Fragen können sie uns dennoch keine Antworten geben.

Von Albert Einstein soll der Satz stammen: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind." [15] Ignorieren wir einmal seine etwas irritierende Annahme, dass das Denken die realen Probleme hervorbringen würde, dann macht Einstein uns hier auf einen fundamentalen Grundsatz der Geschichtsaufarbeitung aufmerksam: Er verweist auf die Historizität allen Nachdenkens über die Gesellschaft, und darauf, dass der jeweilige gesellschaftliche Zustand dem Denken Grenzen setzt, selbst dem sogenannten antizipierenden Denken. Das lässt weiterhin den Schluss zu, dass eine neue Entwicklung nicht mit dem Instrumentarium einer vergangenen Epoche begriffen werden kann.

Erwarten wir also von unseren Altvorderen der kommunistischen und Arbeiterbewegung keine Antworten auf die uns heute bewegende Frage nach einer tatsächlichen Alternative zu allen bisherigen Gesellschaften. Wir haben Erfahrungen gemacht, die sie nicht machen konnten, wir erleben Veränderungen, die uns auf ganz neue Gedanken bringen, wir sehen Entwicklungen, die Lösungen möglich erscheinen lassen, auf die kein noch so politisch weitsichtiger Theoretiker und keine noch so kluge Theoretikerin vor uns hatte kommen können. Wenn sie Freiheit oder Gleichheit sagten, Sozialismus oder Kommunismus, so waren es Begriffe ihres Jahrhunderts, wir müssen diese Begriffe mit neuen Inhalten füllen und ihnen den Sinn unserer Zeit geben.

Ich hatte meine Ausführungen mit der These begonnen, dass wir eine Umbruchsituation linker Geschichtsschreibung erleben. Am Ende möchte ich die Frage zur Diskussion stellen, ob dieser notwendige *ideengeschichtliche* Neuanfang nicht viel weitreichender ist und generell nicht nur auf einen *intellektuellen* Bruch mit einem überkommenen Traditionsverständnis reduziert werden sollte? Wir diskutieren über und ringen um einen produktiven Bezug zur eigenen Geschichte, die – bei genauer Betrachtung – die Geschichte der Arbeiterbewegung ist. Im engeren Sinn die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung und ihrer Ideen. Selbst dann, wenn nicht dezidiert Interessen der Lohnarbeiter_innen thematisiert werden, etwa die Frauenfrage bei Bebel oder Zetkin, sind es Fragen an eine proletarische Bewegung. Die sozialistischen und kommunistischen Ideen des 19. Jahrhunderts haben die Emanzipationsbewegungen des Proletariats namentlich Europas vorbereitet und begleitet. Dass dieser Kampf von Anbeginn im Namen der Menschheit geführt wurde, hat seinen Charakter als proletarische Emanzipationsbewegung nicht verändert.

Die Linke jedoch, die heute um ein Traditions- und Selbstverständnis ringt, ist breiter. Nicht alle sehen sich im Kontext einer organisierten Arbeiterbewegung, einer Partei oder Gewerkschaft. Und viele feministische und antiautoritäre oder autonome Linke haben wenig oder gar keinen praktischen Bezug zur Arbeiterbewegung, manche wollen sich auch gar nicht „links" nennen. Damit drängt sich die Frage auf, ob wir nicht vor einem Neuanfang emanzipatorischen Selbst- und Traditionsverständnisses überhaupt stehen? Beginnen wir nicht gerade damit, eine neue Bewegung und damit eine neue Tradition aufzubauen? Mit einer emanzipatorischen Linken, die aus unterschiedlichsten

15 Dieses Zitat von Albert Einstein hat der Berliner Künstler Wolfgang Nieblich in einen Stein gemeißelt, der in Berlin Mitte steht. (Vgl. BZ vom 19.08.2014.)

sozialen Gruppen kommt, aus alternativen Milieus, aus der Antifabewegung, aus Mieter_inneninitiativen, Selbstverwaltungsprojekten, Bürger- und Migrant_innenbewegungen? Sie haben ihre Wurzeln nicht nur und vielleicht immer weniger in der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Sie kommen auch aus bürgerlich-humanistischen und pazifistischen Traditionen. Deren „Lichtgestalten" sind vielleicht gar nicht Rosa Luxemburg oder Che Guevara, nicht Marx und Engels, sondern Martin Luther King, Mahatma Ghandi, Andrei Dmitrijewitsch Sacharow oder Stephan Hessel. Sie stehen einer christlichen oder anarchistischen Tradition nahe und fühlen sich den Ideen der Menschenrechte verpflichtet. So drängt sich die Frage auf, ob wir nicht am Anfang einer Emanzipationsbewegung stehen, in der die Geschichte der linken und Arbeiterbewegung, der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe, zwar einen wichtigen, aber eben nur *einen* Platz neben anderen hat? Vielleicht erleben wir gerade den Beginn einer neuen emanzipatorischen Bewegung, die viel breiter ist und in der alle nur eins verbindet: Die Suche nach einer Gesellschaft, jenseits von Kapitalismus und realem „Kommunismus".

Gottfried Oy und Christoph Schneider

Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik

Im Vorfeld der Konferenz *History is unwritten* im Dezember 2013 in Berlin wurden in mehreren Ausgaben des *ak* geschichtspolitische Positionen entwickelt, die sich intensiv mit den Fragen und Aufgaben linker Geschichtsschreibung auseinander gesetzt haben.[1] Der Debatte voraus ging der Sammelband „Zwischen Ignoranz und Inszenierung"[2], den einige der InitiatorInnen der Konferenz verfasst haben. Glaubt man den veröffentlichten Kommentaren, traf auf der Konferenz aktivistische Geschichtspolitik auf akademische Reflexion. Über Qualität und Folgen dieses Aufpralls gehen die Ansichten auseinander. Offenkundig trat der Widerspruch auf der Konferenz eher zutage, als dass er bearbeitet wurde – eine Art Zwei-Welten-Phänomen: begriffliche und theoretische Arbeit vs. geschichtspolitische Intervention.[3]

In diesem gesamten Kontext wurde über die Form und die Modalitäten linker Geschichtsschreibung diskutiert. Eine ebenso seltene wie lohnende Diskussion, zu der wir als geschichtspolitisch aktive Publizisten unseren Teil beitragen möchten.

Dieser Text gliedert sich in drei Abschnitte. Zunächst steht der Begriff des Mythos im Mittelpunkt. Maßgeblich geht es um die Frage, ob eine an der Zerstörung der mythischen Nationengeschichte interessierte Geschichtsschreibung zugleich Mythen für linke Gegenerzählungen liefern darf oder soll. Wir

1 Diese Artikel wurden noch einmal in einer kleinen Broschüre publiziert: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. analyse & kritik – Sonderbeilage Winter 2013.

2 Fischer, Henning/Fuhrmann, Uwe/König, Jana/Steffen, Elisabeth/Sträter, Till: Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation. Münster 2012.

3 „Der deutliche spürbare Gap zwischen Vorträgen und Workshop hätte größer kaum sein können, so ergaben sich leider kaum Bezüge und fortlaufende Diskussionen. Ironischer Weise wurde dadurch – ohne eine tatsächliche Problematisierung – deutlich gemacht, wie schwierig ein Zusammenbringen von linkem Aktivismus und Akademie sein kann. (…) Deutlich wird: Es mangelt an kollektiven Plattformen und Strukturen geschichtspolitischen Engagements, in denen es Raum zum Weiterführen von Diskussionen und der Umsetzung von Ergebnissen gäbe." Johannes Spohr: Geschichte von unten, ganz oben. Ein Bericht zur Tagung „history is unwritten" in Berlin, 6.-8. Dezember 2013, URL: http://www.preposition.de/2013/12/12/geschichte-von-unten-ganz-oben/ [1.8.2014].

legen dar, was wir als den Kern dieses Widerspruchs verstehen und warum er nicht aufzulösen ist.

Neben das Problem, welches Verhältnis denkbar ist zwischen der notwendigen Destruktion des Mythos und dem Linkssein mit seinen identitären Anteilen, dem Verlangen nach Tradition und Verortung in der Geschichte der Dissidenz, tritt die Frage nach den Modellen kritischer Geschichtswissenschaft. Im zweiten Abschnitt werden, aufgeteilt in fünf Unterkapitel, diesbezüglich einige Aspekte erörtert: Erfolg und Integration, Dekonstruktion vs. Destruktion. Weiter, welche Vorstellungen von Geschichte und von Zeit liegen der linken Geschichtsschreibung zugrunde? Welchen Methoden der Darstellung vertraut sie? Wer sind die AkteurInnen?

Verklammert mit Geschichtspolitik und Mythoskritik scheint das Verlangen nach einer Utopie. Der letzte Abschnitt des Textes diskutiert daher den Zusammenhang zwischen Geschichte und Utopie mit Bezug auf einen Text von Walter Benjamin. Unter Rückgriff auf ein benjaminisches Verständnis plädieren wir dafür, nicht mit einem strategisch platzierten Utopiebegriff die Leere inmitten der Idee der Befreiung zu füllen.

Mythos

Keine Nation stellt sich als Verwaltungseinheit, als historisch kontingent entstandenes Territorium dar, jede stellt sich als historische Einheit vor, die Achtung, Ehrerbietung und Opfer verlangen darf. Konstitutiv für diese Überhöhung ist, dass das politische Gemeinwesen Staat mit irgendetwas Vorpolitischem – Volk, Ethnie, kulturelle Gemeinschaft, Sprachgruppe – zur Deckung kommt, bzw. aus ihm erwuchs und ihm nun Ausdruck verleiht. Und dass es daher für die Frage der Zugehörigkeit nicht nur willkürliche, sondern natürliche Antworten gibt.

Vertrackt wird die Sache dadurch, dass die Praxis der Nation und des Nationalismus – die ideologische und institutionelle Befestigung einer über die Verwaltungseinheit hinausweisenden Größe – Züge jenes Partikularen erzeugt, die sie voraussetzt. Wer garantiert Eigentums- und Erbrecht, und damit das einzige Leben über den Tod hinaus? Was dauert über Generationen, sofern keine Sezession dazwischen kommt? Schwerlich wird man dem/der NationenbürgerIn Unvernunft und Schwärmerei vorhalten können. Es ist dieser Staat und kein anderer, der den empirischen BürgerInnen den Rahmen der Existenz, d.i. der Glückssuche setzt. Und wenn die Ordnung ausgehebelt zu werden droht, wenn die Rentenkassen geplündert, das Geld entwertet und die Front bestückt wird? Wenn die Nation enger zu schnallende Gürtel ausgibt? Gerade dann, wenn die „vorgestellte Gemeinschaft" (Benedict Anderson) offensichtlich zur Gemeinschaft des Ressentiments geworden ist, scheint es keinen Weg heraus aus der Identifikation mehr zu geben. Die Opfer, die abgepresst werden – desto

entschiedener, je weniger einer hat –, sind mit ein bisschen Teilhabe an Größe und Geschichte leichter zu ertragen.

Was also ist der Mythos der Nation? Dass einfachen Zwecken höhere Weihen verliehen werden? Dass die Geschichte von Krieg und Gewalt als Geschichte von Volk und Kultur erzählt wird? Dass ohne die Praxis der Ein- und Ausschließung niemand wüsste, was es ist oder ausmacht, wo er da zugehörig sein soll? Oder ist mythisch inzwischen die Vorstellung zu nennen, die Kritik der Nation würde irgendetwas an deren Bestand ändern, und zwar nicht nur in all ihren Apparaten, sondern auch in den Affekten der größten Zahl ihrer BürgerInnen?

Im Normalbetrieb formiert eine Nation historische Ereignisse und soziale Konfrontationen zur Nationengeschichte, d.h. sie ordnet sie an, lässt Ambivalenzen verschwinden, sorgt für klare Frontverläufe und erzählt von den Veränderungen und Umbrüchen mit Hilfe der bekannten Figuren AufrührerIn, LenkerIn, MärtyrerIn, VerräterIn etc. Die Nationengeschichte verbindet Vergangenheit und Zukunft, ohne Bewusstsein und Begriff für die Gegenwart. Verschiedene Wissensbestände und unterschiedliche Erfahrungen werden auf ein Gemeinsames bezogen, so dass eine Schicht von Evidenzen den Mythos abdeckt. Dass der deutsche Nationalismus (der hiesige Modus der Fortschreibung nationaler Geschichte) so widerlich ist, resultiert aus den spezifischen Verhältnissen, die zur geschichtlichen Einheit zu fügen ihm aufgegeben ist. Mag die Geschichtsdarstellung immer den skizzierten nationalen Erfordernissen entsprechen, so hat sie doch nur selten die Aufgabe, die Rechtsnachfolgerschaft der Vernichtungspolitik ansprechend zu erzählen.

Die nationalen Erzählungen sind nicht starr, sie verfügen über Anschlussstellen für Neuerungen und Ergänzungen, sind „wandelbar und integrativ".[4] Vor allem aber bieten sie Anknüpfungspunkte für die Leidenschaften, die zu entfachen nicht ihre geringste Aufgabe ist. Der Mythos ist wirkmächtig, weil er Zugehörigkeit formalisiert, Rituale erzeugt und Gemeinschaft erleben lässt: das erhebende Gefühl vor der wiedererbauten Kirche, die tiefe Gewissheit angesichts der sonoren Entschiedenheit des präsidialen Redners. Die Teilhabe fußt jedoch darauf, dass sie sich nicht als Glaubensakt oder Götzendienst versteht. Hier kommt die Geschichtswissenschaft ins Spiel, denn wohl gibt es den Überschuss der Form – Gefühl und Stimmung –, aber die nationale Erzählung ist abhängig von einer einigermaßen konsistenten, widerspruchsfreien Anordnung ihrer Elemente.[5] Da die Anforderungen geschichtswissenschaftlichen Arbeitens nicht immer störungsfrei mit denen der nationalen Geschichtsschrei-

4 AutorInnenkollektiv Loukanikos: Mythos und Nation. Zur Methode dieses Sammelbands. In: Fischer u. a. (Hg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung, S. 11.

5 Was die Konsistenz gefährdet, wird „glattgebürstet" –, der hegemoniale Diskurs beruht diesbezüglich auf „Homogenisierungen, Glättungen und Ausblendungen". Ebd., S. 25.

bung überein zu bringen sind, kann es zu Friktionen kommen. Gerade die zurecht geschneiderten Fakten, die inkorrekten Folgerungen und angestrengten Verknüpfungen vermögen den Aufklärungsfuror zu stimulieren. Nicht dass die Geschichte falsch dargestellt wird, ist die Herausforderung – wo gäbe es keine Fehler, Missgriffe und Irrtümer? –, sondern dass sie zweckdienlich falsch dargestellt wird und zudem die zweckdienliche Falschheit massenhaft affektiv besetzt wird.[6] Dass sich die Selbstgewissheit aller nationalen HetzerInnen auf verbreitete Narrative stützen kann, ebenso wie die Rührseligkeit der sich zum Opfer stilisierenden NationenbürgerInnen, macht doppelt rasend – von der Sache her und wegen der mächtigen Deckung, die sie erhält.

Mythen haben eine funktionale Geschlossenheit, eine Struktur, die gleichsam vor-empirisch existiert und in die bestimmte Geschichtsbestandteile eingearbeitet, auf die markante historische Ereignisse ausgerichtet werden, wodurch ein Sinn fixiert wird. Geschichtsschreibung zu kritisieren heißt diesbezüglich nicht nur, mythische Setzungen als unwahr zurückzuweisen, sondern ihrer spezifischen Funktionalität nachzuspüren: im erzeugten Sinn das Abgründige aufzuspüren, in den Heilsbotschaften der populären Fernsehspiel-Erzählungen das kommende Unheil zu antizipieren.

Kontrovers diskutiert wurde in der Debatte in *ak* die Frage, welche Implikationen eine Kritik des Mythos für linke Zusammenhänge hat. Auch marginalen kritischen Positionen stellt sich die Frage nach dem Gegennarrativ, dem anderen Bild. Die Methoden und Quellen, die es ermöglichen zu zeigen, wie es *nicht* war, ziehen Folgerungen nach sich und implizieren eine neue Darstellung. Mit der Dekonstruktion nationaler Mythen, so wurde postuliert, gerate zugleich die „klassische linke Gegenerzählung" in die Kritik,

> „die sich von ebenjener Erzählung strukturieren lässt, die sie bekämpfen will. Die das Geschehen ebenso ambivalenzfrei zurichtet, um Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als geschlossenen Gegensinn zu erzählen."[7]

Nur die nationalen Gehalte würden unterlaufen, die „eigene" Erzählung bediene sich abermals mythischer Strukturen, um für Mobilisierungszwecke tauglich zu sein.

Aus der Perspektive der Theorie lautet die zugrundeliegende Frage: Bleibt die Aneignung der Geschichte im Modus sinnhafter Erzählungen nicht einem

6 „Zweckdienlich" ist in diesem Zusammenhang ein Reizwort. Es behauptet nicht die Existenz eines nationalen Masterplans, sondern meint die kalkulierte Reproduktion vorhandener Stereotype und Ressentiments, sei es im Dienst der Parteipolitik oder der Einschaltquote. So oder so provoziert es immer neu die Identifikation.

7 Siebeck, Cornelia: Das „Ende der Geschichte" angreifen?! In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 4.

Begriff von Politik verhaftet, bei der Staat und Volk als historische Akteure so unangefochten bleiben wie zentrale geschichtsphilosophische Prämissen (z.B. die Idee des Fortschritts)? Aus der Perspektive des politischen Aktivismus sieht das ganz anders aus: Brauchen „wir" im Kampf gegen einen übermächtigen Staat, der einem historisch siegreichen Kapitalismus vorsteht, nicht alles, was zu mobilisieren vermag: Gegenerzählungen, Traditionen und Ikonen, also auch linke Mythen?

Lassen sich diese beiden Perspektiven vermitteln?[8] Wie der Geschichte gerecht werden, ohne sie auf „Passform zu bringen"[9]? Alle politischen AkteurInnen gebrauchten „die Geschichte zur Sinnstiftung" sowie „als Fundus für Symbol- und Identitätspolitik", heißt es beim Loukanikos-Kollektiv, es hätte „dramatische politische Folgen, wenn die Linke sich auf eine stilles Zwiegespräch mit der Geschichte zurückziehen würde."[10] Im Gespräch mit Cornelia Siebeck wird dagegen betont, dass die „Herstellung oder Verstärkung einer kämpferischen Identität mittels passender Vergangenheitsbezüge" die Gefahr berge, „dass Ambivalenzen, Widersprüche und Brüche geglättet oder eliminiert werden".[11] Gibt es selbstkritische Strategien historischen Erzählens, die die mythische Funktion der Geschichtserzählung (mit)thematisieren, und was bedeutet in diesem Zusammenhang eigentlich Gegenerzählung?

Der hier umrissene Widerspruch lässt sich nicht aufheben, denn er ist die Folge der Anstrengung, in den falschen Verhältnissen das Richtige tun zu wollen. Jede Konfrontation, jede bewegungslinke Intervention bedient sich Vereinfachungen – gut/böse, wir/sie –, die im Kern mythisch sind. Ambivalenzen zu vereindeutigen, ist eine notwendige Voraussetzung, um handlungsfähig

8 Dass es dem AutorInnenkollektiv um eine Vermittlung zwischen Dekonstruktion und Intervention zu tun ist, hat Jens Renner im Rahmen der Debatte festgestellt. Die Synthese zwischen den zwei Perspektiven des politischen Aktivisten und des Historikers in Sachen „emanzipatorischer Geschichtspolitik" sei, so resümiert er, jedoch schwach ausgefallen. Gegen die Formel von der kritisch-solidarischen Haltung sei nichts einzuwenden, aber konkret bleibe offen, wo das in welcher Weise angebracht sei. Vgl. Renner, Jens: Antworten, die neue Fragen aufwerfen. Eine Replik auf das AutorInnenkollektiv Loukanikos. In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 12.

9 AutorInnenkollektiv Loukanikos: Trotz Stalin, Knopp und alledem. Abschlussbeitrag zur ak-Debatte um linke Geschichtspolitik. In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 18.

10 Ebd.

11 Siebeck, Cornelia: Wir brauchen keine linken Mythen. Perspektiven einer kritischen Gedächtnispolitik. Ein Gespräch mit dem AutorInnenkollektiv Loukanikos. In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 9.

zu werden. In der Konstituierung des Wir der Mobilisierung – tausendfach vollzogen in Bewegungen, Subkulturen, Zentren etc. – werden die Schwankungen der realen politischen Gemeinsamkeiten im Zuge der entfesselten Dynamik und einem aus der alltäglichen Vereinzelung resultierenden Verlangen nach Gemeinschaft kompensiert. Das Wir einer Bewegung partizipiert an den Simplifizierungen und Mystifikationen einer vorgestellten Gemeinschaft. Es stellt Forderungen an das Engagement jedes/r Einzelnen, markiert die Grenze zwischen Innen und Außen (z.B. durch exemplarischen Ausschluss) und stellt eine Verbindung zum „Sinn des Lebens" her durch den Bezug auf übergreifende geschichtliche Prozesse. Fast automatisch werden historische Konstellationen in die Programmatik der Bewegung einbezogen und unterliegen damit auch den Forderungen einer für die Konfrontation tauglichen Handhabbarkeit.

Dies ist kein Aufruf, zukünftig auf politische Aktionen zu verzichten. Jede Kritik der Identitätspolitik hat zu berücksichtigen, dass die sich den Widersprüchen der politischen Praxis aussetzenden Subjekte nicht frei über ihre Optionen verfügen können. Die Setzung eines Wir, samt der dichotomen Struktur, ist der intendierten Konfrontation adäquat. Daher bringen es die gegebenen politischen und sozialen Bedingungen, unter denen linke Praxis stattfindet, mit sich, dass – identitätspolitisch vermittelt – mythische Strukturen der Geschichtserzählung auch aus kritischer Perspektive reproduziert werden. Der Aufruf, nicht „nach den gleichen Spielregeln" zu spielen, Vergangenheit und Gegenwart nicht „aus einem Identitäts- und Traditionsbegehren heraus in Einklang zu zwingen",[12] legt nahe, dass man die mythischen Strukturen vermeiden kann. Zwingender als ein Appell an dieser Stelle erscheint es, das Verhältnis von Aktivismus und Reflexion selbst zum Gegenstand der Theorie zu machen. Das kämpferische Begehren hat sich bereits für mythische Erzählfiguren geöffnet. Gerade weil es nicht zu vermeiden ist, dass „ein kämpferischer Vergangenheitsbezug in Mythenproduktion umschlägt", geht es darum „den Moment nicht zu verpassen",[13] in dem das geschieht. Die Anerkennung einer Spannung zwischen mythenkritischer Destruktion und notwendig ein mythisches Moment beinhaltender linker Praxis wird dann produktiv sein, wenn diese Spannung weder bestritten noch moralisiert wird.[14]

12 Ebd.

13 Ebd., S. 10. Es handelt sich um eine dieser Konstellationen, aus denen es kein Entkommen gibt. Das gilt natürlich auch für Loukanikos: Wenn emphatisch festgehalten wird, es habe immer Kämpfe für eine bessere Welt gegeben, (vgl. ebd., S. 9) dann befinden wir uns sofort im materialistischen Nirgendwo. Welche „bessere Welt"? Diese geteilte Vorstellung des „Besseren" jenseits aller sozialen und politischen Differenzen partizipiert selbst an einer mythischen Figur.

14 Zunächst aber – das hat auch die Debatte im ak gezeigt – ist es offenkundig nicht wahr, dass „wir" keine linken Mythen brauchen. Darauf insistiert ein nach dem

Denn es gibt ja noch einen anderen Aspekt des Zusammenhangs zwischen politischem Kampf und kritischer Geschichtswissenschaft:

> „Ein Bedürfnis, das Vergangene im Gegenwärtigen zu erkennen, kann nämlich einzig durch Erfahrung der Gegenwart erzeugt werden. In solcher Erfahrung erwirbt jede Generation ihr historisch Besonderes, ihre Individualität."[15]

Erst eine bestimmte, an Formen der Selbstreflexion angelehnte politische Praxis ermöglicht es, Erfahrungen zu machen und Wirklichkeit auf den Begriff zu bringen, erzeugt mithin ein Verständnis von Geschichtlichkeit, das historische Erkenntnis denkbar werden lässt. Der Mythos kommt dagegen ohne ein Verständnis von Geschichtlichkeit aus, seine Figuren sind stereotyp, seine Charaktere austauschbar. Ohne Subjekte, die sich in Situationen begeben, in denen sie Erfahrungen machen können, findet die kritische Geschichtswissenschaft keine RezipientInnen. Daher ist es ernst mit der Dialektik von politischer Intervention und kritischer Geschichtspolitik: unablässig enttäuscht voneinander, aber aufeinander verwiesen.

Zur Arbeitsweise

1. Anerkennung

Eine der Intentionen unseres Buch über Reinhard Strecker, über die Latenzzeit der 68er-Bewegung und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik[16] war es, die Behauptung einer gelungenen Aufarbeitung zurückzuweisen. Gemeinhin werden die 1950er Jahre als notwendige Zeit des Beschweigens bzw. Verdrängens der Nazi-Gräuel dargestellt, bevor dann um die Jahrzehntwende 1959/60 zunächst auf kulturellem, dann aber auch auf politischem und juristischem Gebiet eine Aufarbeitung einsetzte, der heute

proklamierten Ende nachgeschobener Beitrag, der sich mit Bezug auf soziale Bewegungen (in den USA) affirmativ zur Rolle und Funktion von Mythen äußert. Vgl. Lill, Max: Die Melodie des Dr. Martin Luther King. Die US-Bürgerrechtsbewegung politisierte die Gegenkulturen und rückte Musik ins Zentrum einer historischen Umwälzung. In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 20-22.

15 Claussen, Detlev: Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1987, S. 10. Endlich damit aufhören, sich erinnern zu müssen – so fährt Claussen 1987 fort, – ist im Land der Täter weit verbreitet, aber nicht auf es beschränkt.

16 Oy, Gottfried/Schneider, Christoph: Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie, Münster 2013 (zweite, korrigierte Auflage 2014).

Vorbildcharakter attestiert wird. Diesem psychologischen Geschichtsbild – Verdrängung, Aufarbeitung, Heilung – setzten wir zunächst die Erfahrungen Reinhard Streckers entgegen, der als einer der wenigen Personen in dieser Zeit Aufklärung über den Nationalsozialismus und die Nachkriegskarrieren seiner AkteurInnen in der Bundesrepublik betrieb. Nach Recherchen in osteuropäischen Archiven hatte er gemeinsam mit einer kleinen Zahl von MitstreiterInnen gegen viele Widerstände eine Ausstellung von Beweisdokumenten zur Täterschaft von BRD-Juristen kreiert: die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz". Sie dokumentierte jene konkreten Taten, Täter und Karrieren, die im allgemeinen metaphysisch-schwelgerischen Schulddiskurs untergingen. Dies in einer mimetische Geste zu würdigen, war uns ebenso wichtig, wie die Ambivalenzen in der Frage des politischen Erfolges der Ausstellung zu thematisieren. Die Nationengeschichte hat inzwischen die frühen Aufklärungsbemühungen, die damals massiv von staatlichen Institutionen bekämpft wurden, in die große Erzählung aufgenommen – auch hier wurden Widersprüche „glattgebürstet". Historische Akteure, wie Reinhard Strecker, sind der späten staatlichen Anerkennung ihrer Aktivitäten indes nicht immer abgeneigt – und das ist keineswegs ein Vorwurf. So finden Strecker und die „Ungesühnte Nazijustiz" beispielsweise eine positive Erwähnung in der Ausstellung „Im Namen des Deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus" des Bundesministeriums der Justiz von 1989, die dort heute noch als Dauerausstellung zu sehen ist. Er selbst hat die AusstellungsmacherInnen mit Material und Informationen versorgt.

Auch in der Rezeption unserer Arbeit schien die Thematik der Anerkennung wieder auf, wir wurden von einem politischen Aktivisten gefragt, ob wir eine Initiative für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Reinhard Strecker unterstützen würden. Hier stellt sich die auch vom AutorInnenkollektiv Loukanikos aufgeworfene Frage nach dem politischen Ziel, nach der Messbarkeit der Erfolge geschichtspolitischer Initiativen. Dem Wunsch nach einer Geste der Anerkennung für politisch engagierte Personen, die über den Nationalsozialismus und vor allem über sein Nachwirken aufklärten, als niemand davon etwas hören wollte, steht die drohende Integration dieser Anstrengung in das nationale Aufarbeitungswerk gegenüber. Dass allein schon die Geschichte des Bundesverdienstkreuzes und seiner TrägerInnen dem Ansinnen der Wertschätzung eines Antifaschisten widerspricht, löst das Problem der kritischen Geschichtsschreibung an diesem Punkt nicht. Jede Initiative, die sich heute mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Aufarbeitung beschäftigt, muss sich des Einbezugs in die Feier des „Aufarbeitungsweltmeisters Deutschland" erwehren. Wie dies im Einzelfall geschehen kann, ist nicht pauschal zu beantworten; die Betonung und Kontextualisierung der Widerstände, der eine kritische Form der Aufarbeitung ausgesetzt war, ist nur eine Möglichkeit.

2. Destruktion/Dekonstruktion

Das Changieren zwischen Destruktion und Dekonstruktion von geschichtspolitischen Mythen verweist auf begriffliche Uneindeutigkeiten. Während der Begriff der Destruktion einem benjaminischen Geschichtsverständnis nahe steht (dazu gleich mehr) und auf die Schaffung des Neuen aus den Trümmern des zerstörten Mythos anspielt, ist die Dekonstruktion eine auf Derrida zurückgehende analytische Methode aus der Linguistik, bei der es um die radikale Infragestellung jeglicher Vorannahmen geht, um letztlich alle Begriffe zu destabilisieren. Dieser Ansatz steht in einem engen Zusammenhang mit einem Diskursbegriff, der ein althergebrachtes Verständnis von Materialität auflöst. Er ist gerade im geschichtspolitischen Kontext handhabbar, da er sich durch die Kombination gesellschaftlicher Bereiche, von Ökonomie über Kultur bis hin zu geschriebenem und gesprochenem Wort, sowie aus- und unausgesprochenen Handlungs- und Verhaltensanweisungen, Ritualen und Gesten auszeichnet. Zudem liegt dem Verständnis von Dekonstruktion auch die Einsicht in gesellschaftliche Verhältnisse zugrunde, die kaum die Möglichkeit der Zerstörung grundlegender Mythen zulassen. Herrschaft ist nicht in einem einmaligen revolutionären Akt zu überwinden. Jenseits theoretischer Schulstreitigkeiten ist in der Auseinandersetzung um geschichtspolitische Interventionen zu klären, in welchen Kontexten welcher Ansatz angebracht ist; Antworten sind dabei am politischen Gegenstand auszurichten.

Die Resultate einer Dekonstruktion werden gemeinhin mit der „postmodernen Beliebigkeit" gleichgesetzt, die auch das AutorInnenkollektiv Loukanikos scheut: „Und ist das nicht eigentlich postmoderner Scheiß, die sogenannten kleinen Erzählungen?"[17] Nicht nur aus ihrer akademischen Erfahrung heraus setzt das Kollektiv ein sich unpolitisch oder antitotalitär gebendes Verständnis von Geschichtswissenschaft gleich mit einem spezifischen Verständnis von Postmoderne, das politische Uneindeutigkeit nach sich ziehe. Dem ist entgegen zu halten, dass insbesondere der Ansatz der Dekonstruktion bzw. des Poststrukturalismus wie ihn etwa Foucault oder in seiner Entstehungsphase als Wegbereiter auch Althusser geprägt haben, in kritischer Auseinandersetzung und im Kontext der Debatten der Neuen Linken (nicht nur in Frankreich) mit dem traditionellen Parteikommunismus und seinem dogmatischen Verständnis von Marxismus und linker Geschichtspolitik entstand. Eben diese linken „großen Erzählungen" und Welterklärungsformeln waren es, die der herrschenden bürgerlichen Gesellschaft letztlich nichts entgegenzusetzen hatten bzw. sich in Form historischer Kompromisse mit ihr gemein machten und deshalb in die Kritik gerieten.

17 AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik. In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 6.

Während allerdings Althusser noch (marxistische) Wissenschaft als das „Andere“ von Ideologie propagiert, problematisiert Foucault genau diese Gegenüberstellung und thematisiert die für Wissenschaft stehenden Werte „Wahrheit“ und „Vernunft“. Er sieht in ihnen den Herrschaftsanspruch der bürgerlichen Klasse verkörpert. Foucault löst den Gegensatz Wahrheit/Ideologie auf und ersetzt den Ideologiebegriff durch einen Diskursbegriff, der die Komplexität dieser Denksysteme, die, sich auf Wahrheit und Vernunft beziehend, zu Herrschaft beitragen, erfassen soll. Der Diskursbegriff als Kernstück der Diskurstheorie nimmt Bezug auf ein bestimmtes Verständnis von Sprache: Gesellschaft wird analog zu Sprache als Zeichensystem verstanden, welches den Sinn erst produziert, der vorgibt, schon „da“ zu sein. Begriffe sind keine bloßen Worte, sondern stellen eine soziale Praxis dar. Ideologie als Diskursphänomen zu fassen, bedeutet demnach, sie weder auf Verhaltensmuster noch auf abgeleitete Ideen oder gar ein gezielt eingesetztes Herrschaftsinstrument zu reduzieren, sondern sie in ihrer spezifischen Materialität zu begreifen. Wahrheit und Vernunft selbst als Herrschaft konstituierende Praxen zu begreifen, ist somit ein Anknüpfungspunkt an wichtige Topoi des westlichen Marxismus, der es möglich macht, eine Weiterentwicklung dieser Denkrichtung voranzutreiben – und dabei keineswegs in einer postmodernen Beliebigkeit zu landen. Derrida selbst stellt den Ansatz der Dekonstruktion in einen marxistischen Kontext und betont, dass es darum gehe, den Gestus der Radikalität der Kritik weiter zu treiben.[18]

Sicherlich ist es kein Zufall, dass sich gerade minoritäre Bewegungen an den vermeintlichen politischen und gesellschaftlichen Rändern, wie etwa der Feminismus, poststrukturalistische Ansätze zu Eigen gemacht und weiterentwickelt haben. Während hier in einer frühen, identitären Phase große Gegenerzählungen wie die vom Matriarchat noch eine zentrale Rolle gespielt haben, führte die Dekonstruktion von Geschlecht – auch so ein Mythos, der gemeinhin als geschichtsbildend angesehen wird – gerade nicht zu einer postmodernen Beliebigkeit, sondern zu einer radikalen Kritik an heteronormativen Vereindeutigungen. Die Kategorie Geschlecht wird durch ihre Dekonstruktion geöffnet und kann dadurch Gegenstand politischer Debatten werden, sie wird dem Vorgesellschaftlichen entrissen und wird diskutier- und schließlich veränderbar.

3. Materialabhängigkeit

Die Frage nach dem Wie der Beschädigung des Mythos stellt sich auch in formaler Hinsicht. Angesichts dessen, dass Mythen in Alltagspraktiken verankert sind, mit privat-familiären Stilisierungen korrespondieren, mit starken Emotionen besetzt sind und von jedem Talkshowgast, jeder LokalpolitikerIn angespielt werden können, erscheinen die Mittel der Aufklärung äußerst bescheiden: hier

18 Vgl. Derrida, Jacques: Marx’ Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Frankfurt/Main 1995.

ein Sammelband, dort eine Polemik, hier eine Gegendemo, dort eine künstlerische Intervention. Aber eklatante Machtdifferenzen lassen die Frage nach der Form nicht obsolet werden, sondern schärfer hervortreten.

Geschichtsschreibung als Nationengeschichtsschreibung ist geleitet vom Motiv, dem Staatshandeln der Gegenwart eine Grundlage zu bieten, auf der es sich entfalten kann, die es nicht hemmt, sondern ihm Anknüpfungspunkte bietet. Aber die Nation kann über das Material nicht frei verfügen; seit dem frühen 19. Jahrhundert ist Geschichte Globalgeschichte, d.h. die jeweiligen Nationengeschichten sind mannigfaltig miteinander verschränkt. Hinzu kommt, dass die postfeudale Geschichtswissenschaft zwar über den Fluss der Mittel und der Stellen auf den ihr angesinnten Weg findet, ihn aber in diesem Rahmen selbst beschreiten muss. Das heißt, der akademische Betrieb liefert (in bescheidenem Maße) die Ansätze und Materialien für eine Kritik der Nationengeschichtsschreibung gleich mit. Die Rede davon, die Geschichte gegen den Strich bürsten, sie umstülpen und das Unterste zu oberst kehren zu wollen, partizipiert an der Materialabhängigkeit auch der herrschenden Geschichtsschreibung und kündet von den Möglichkeiten der Archivbestände. History *is written* – nur deshalb kann man gegen ihre Formierung im Dienst der Nation anarbeiten, nur deswegen finden sich Anknüpfungspunkte für die Destruktion zentraler Mythen und Narrative.

Weitgehend undiskutiert ist allerdings die Form, die die Kritik annehmen kann, und die Weise, wie sie ihre Darstellung gewinnt. Im bereits genannten Band „Ignoranz und Inszenierung“ wird erstaunlich selbstverständlich ein Bezug auf Walter Benjamin entwickelt[19]– erstaunlich, weil die akademische Historiografie in der Regel einen großen Bogen um Benjamin macht.[20]

Für Benjamin ist das Verhältnis des Gewesenen zur Jetztzeit (aufgefasst als dialektisches Verhältnis von historischen Sachgehalten und philosophischen Wahrheitsgehalten) eine zentrale Erkenntniskategorie. Der vielfach zitierte Satz „Die Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die ho-

19 Vgl. z. B. AutorInnenkollektiv Loukanikos: Mythos und Nation. Vgl. Fischer, Henning: Dresden und Deutschland: Zweierlei Mythos. In: Fischer u. a. (Hg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung, S. 32-59. Vgl. auch den Debattenbeitrag von David Begrich: Erzählung und Mythos. In: History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Analyse und Kritik – Sonderbeilage Winter 2013, S. 14-15.

20 Dieser große Bogen war auch auf der letzten Tagung der International Walter Benjamin Society im Dezember 2013 in Frankfurt am Main und Mannheim zu beobachten, die sich explizit aufgegeben hatte, Walter Benjamins Geschichtsverständnis zu erörtern. Vgl. Sternthal, Sebastian: Verpasste Chancen. Die Aufgabe der Kritik. In: diskus. Frankfurter Student_innenzeitschrift, Nr. 1.14, Juli 2014, S. 43-44.

mogene und leere Zeit sondern die von Jetztzeit erfüllte bildet."[21] ist nicht nur eine Absage an die Vorstellung linear verlaufender Zeit, die von der Masse der Fakten ausgefüllt ist, sondern benennt exakt den Modus, in dem Geschichte zum Erkenntnisgegenstand werden kann. Die Perspektive der Interpretation wird nicht von Allgemeinbegriffen oder Periodisierungen, sondern von aktualen Interessen bestimmt (aus denen heraus auch eine Spezifikation der Methode betrieben wird). In der erkannten Zeit ist die sie erkennende Zeit zur Darstellung zu bringen – in einer Art Überblendung verwandter Epochen. Um in seiner Zeit eine andere darzustellen, muss der Historiker oder die Historikerin im Sinne Benjamins das Vergangene anders reflektieren als es in seiner/ihrer Zeit möglich war, muss im Früheren Ansätze der Gegenwart erkennen, muss entfalten, was damals noch in der unaufgeklärten Form der Hoffnungen, Enttäuschungen, Phantasmagorien und Vorstellungen virulent gewesen ist und nun erst reflektiert werden kann.

Das Verhältnis des Späteren zum Früheren liegt in der Sache, wird aber erst im Zugriff erkennbar. Dieses verbindende Verhältnis ist nicht gegeben (ist nicht selbst historisches Faktum), es entsteht durch den *Sprung*. Dem ursprünglichen Geschichtsmoment[22] eignet etwas Unvollendetes, Unabgeschlossenes. Die benjaminische Geschichtsarbeit besteht darin, aus der Vergangenheit das unabgeschlossene, der Gegenwart verwandte Faktum *herauszusprengen*. Daher die Absage an das Ideal kausaler Begründungen für den Geschichtsverlauf. Zusammenhängende, möglichst vollständige Erklärungen abzugeben, ist dieser Arbeitsweise nicht möglich.

Benjamin insistiert in verschiedener Weise auf der Produktivkraft der Diskontinuität zwischen Geschichtsbetrachtung und Betrachtetem. Intendiert ist das Aufspüren der nur in Form von Bruchstücken zugänglichen geschichtsprägenden Momente. Geschichtsschreibung in diesem Sinn liest Fragmente und konstelliert sie so, dass sie einen gesamten Prozess beleuchten. In dieser konstruktiven Arbeit (die sich wahrheitsrelativistische Implikationen nicht einhandelt, aber dafür Aspekte der Überprüfbarkeit ganz selbstverständlich unterläuft) sind Denkbilder, Allegorien, Tableaus als Bestandteil einer figurativen Geschichtsschreibung von zentraler Bedeutung: „Geschichte zerfällt in Bilder, nicht in Geschichten."[23]

Dieser Vorstellung von Zeit und Geschichte zu folgen, ist inspirierend. Weniger leicht ist es, sich diesem konstellativen Erkenntnisprozess anzuvertrauen

21 Benjamin, Walter: Über den Begriff der Geschichte. GS I.2, S. 691-704, hier 701.

22 Ursprung meint nicht Entstehung, sondern „dem Werden und Vergehen Entspringendes" (GS I.1 S.226) – eine kryptische Sentenz. Jedenfalls gibt es ein Problem der Auswahl: In den nackten Fakten gibt sich das Ursprüngliche nicht zu erkennen, einzig der Doppeleinsicht steht es offen.

23 Benjamin, GS V.1, S. 596.

und ihn in die politische Debatte einzubringen. Es hätte jedenfalls zur Folge, dass der kritischen Geschichtspolitik die Kritik nicht auf die gleiche Weise zu Verfügung stehen kann, wie der hegemonialen Geschichtsschreibung die Geschichte. Letztere baut sich mittels Kausalverknüpfungen ein Kontinuum, um geschlossene Erzählungen zu präsentieren (und mythischen Erzählfiguren einzusetzen), erstere vermag ihre Erkenntnisse nur im *Herausprengen des Verwandten*, also als Fragment zu gewinnen. Womit unter anderem die Erwartung nach einem für Gegenerzählungen (für linke Mythen) tauglichen Resultat in gewisser Weise unterlaufen wäre.

4. Was wird Gegenstand der Darstellung?

Mindestens ebenso wichtig wie die methodische Konstellation von Vergangenheit und Jetztzeit bei Benjamin ist die Erschließung des Unscheinbaren und Verworfenen, der Phantasmagorien, Mythen und Träume in einer mikrologischen Herangehensweise. Daher rührt sein Interesse an den von der Universalhistorie geschmähten Grenzfällen und Randphänomenen. Dass das Einzelne in sich die Miniatur des Ganzen trägt und in den unscheinbaren und abseitigen Phänomenen der Wahrheitsgehalt zum Durchbruch kommen kann, ist aus der Kunst- und Literaturtheorie übernommen. Dieses Verständnis, diese Herangehensweise hat Benjamin im Trauerspielbuch erarbeitet und sie sollte – anders – erarbeitet werden im Passagenwerk[24], d.h. sie korrespondiert jeweils mit bestimmten Sachgehalten und Materialien, was eine Verallgemeinerung nur begrenzt zulässt. Das Material des Passagenprojekts umfasst eine in über 30 thematische Konvolute gegliederte Sammlung von Fragmenten zur Erkenntnis- und Geschichtstheorie sowie zur Wirtschafts-, Stadt-, Architektur-, Sozial-, Sitten- und Literaturgeschichte. Deutlich wird hier, wie wesentlich neben dem spezifischen Verständnis von Vergangenem und Jetztzeit das Material, seine Stellung und Textur ist. Auch bei weniger ambitionierten Projekten als dem Passagenwerk hat die Fokussierung auf das Detail und das Fragmentarische eine methodologische Sprengkraft, die nicht hinter der mehrfach zitierten Kritik des linearen Verständnis von Geschichte verschwinden sollte. Aus einem Zitat, in dem Benjamin betont, der Forscher habe nicht nur, „wie ein guter archäologischer Bericht" die „Schichten" anzugeben, „aus denen seine Fundobjekte stammen, sondern jene anderen vor allem, welche vorher zu durchstoßen waren",[25] folgert das AutorInnenkollektiv, die „Betonung der Gegenwart als Ausgangsort der Erkenntnis der Vergangenheit" erhalte „somit

24 In der Sammlung zum Passagenwerk (vgl. GS V.1 und V.2) hat Benjamin grundlegende Kategorien entwickelt, um das Material zugänglich zu machen. Diese Schematisierung, dieser Bauplan ist hochkomplex. Vgl. auch die Einleitung des Herausgebers, V.1, S. 9-41.

25 Benjamin: Ausgraben und Erinnern, GS IV/1, S. 401.

eine entscheidende Bedeutung."[26] In dem Zitat liegt der Akzent aber auf dem Gehalt des Forschungsberichts, mithin der Darstellung. Entscheidend ist, dass der Forscher, dem das Heute der Ausgangspunkt seiner Erkenntnis ist, nicht einfach durchgreift auf das Vergangene, sondern sich dorthin vorarbeitet und über das Dazwischenliegende, über das, was ihm Widerstand bietet, mindestens so genau Auskunft gibt, wie über die Beschaffenheit seines Fundes. Das meint hinsichtlich der Nationengeschichtsschreibung etwas anderes als die erneute Betonung der Wirkmacht des nationalen Mythos, es meint die Dokumentation einer konkreten Dekuvrierungsarbeit, ja die Präsentation des blockierenden „Gesteins". Hier interessieren die Details des Arbeitsprozesses.

5. Die Frage: Wer?

Die Integration einst kritischer gedächtnispolitischer Ansätze scheint insbesondere im Hinblick auf die NS-Vergangenheit erfolgreich gewesen zu sein. Eine

> „staatlich institutionalisierte und regulierte ‚Gedenkstättenlandschaft' [ist] entstanden, die von historischer Diskontinuität und moralischer Läuterung zeugen soll. Eine ‚erwachsene Nation' (Gerhard Schröder) konstituiert und legitimiert sich hier gegen den Negativhorizont ‚totalitärer Vergangenheiten'."[27]

Der Film ist gelaufen: „Seit 20 Jahren wird eine nationale Läuterungserzählung inszeniert, und nun sind wir beim Happy End."[28] Gleichzeitig ist das Interesse der Linken an gedächtnispolitischen Fragen eher lau. Der schwindende Raum für Skandalisierungen, der integrative Sog, die inhaltliche Entwertung vormals kritischer Initiativen – diese Entwicklung hat dazu geführt, dass geschichtspolitische Themen in linken Zusammenhängen heute nicht allzu viel Interesse finden.

Die affektive Seite des Nationenmythos wird in großen Formaten bespielt: Sportgroßveranstaltungen, Public Viewing, TV-Dokudrama. Das in einer kritischen Intention zu analysieren, beeinträchtigt kaum seine Wirkmächtigkeit. Diese Wirkmacht determiniert „ein Spielfeld, auf dem gute Argumente allein nicht reichen, um Hegemonie zu brechen."[29] Unter den Bedingungen einer autoritär verschulten Universität und einer marginalen linken Öffentlichkeit stellt sich das Problem der Geschichtsschreibung nicht nur im Hinblick auf die Frage, wie die Destruktion, die Beschädigung des Mythos gelingen kann, sondern auch: Wer soll das machen? Wer arbeitet dagegen an? Nicht zufällig

26 AutorInnenkollektiv Loukanikos: Mythos und Nation, S. 21.

27 Siebeck: Das „Ende der Geschichte" angreifen?!, S. 3.

28 AutorInnenkollektiv Loukanikos in: Siebeck: Wir brauchen keine linken Mythen, S. 10.

29 AutorInnenkollektiv Loukanikos: Mythos und Nation, S. 17. Mit Bezug auf Gramsci.

sind es einige Studierende nach ihrem Abschluss sowie DoktorandInnen, die in einer bestimmten Lebensphase akademische Praxis und kritische Perspektive verbinden. Bald darauf sind sie vollauf damit beschäftigt, einer Professorin, einem Professor den Rücken freizuhalten oder Stipendienanträge bzw. Bewerbungen zu schreiben.[30] Wobei sie erneut erfahren, was sie bereits wussten: wie wenig der Betrieb kritisches Engagement schätzt. Enthusiastische, nicht akademisch lizensierte HistorikerInnen, die dem abschätzigen Blick der Etablierten bereit sind zu trotzen, sind rar. Die Zahl mehr oder minder Situierter, die unter oft materiell widrigen Umständen die bezeichnete Arbeit macht, ist klein. Es ist längst keine Frage der Einsicht in die Notwendigkeit allein – die sozialen Bedingungen kritischer Historik sind geschwunden.

Offenheit der Geschichte und Utopie

An die Erkenntnis, dass der Kapitalismus unablässig Widersprüche hervorbringt, knüpfte sich einst die Theorie, dass er ihnen in einer beschreibbaren (und antizipierbaren) Dynamik zum Opfer fällt. Geblieben ist davon nur das Kopfschütteln, dass es doch nicht sein kann, dass diese Widersprüche gar keine Sprengkraft haben, sondern immer nur die Kapitalverwertung auf neuer Stufe ermöglichen. Aus der einstmaligen Gewissheit ist eine verzweifelte Hoffnung geworden, aus der heraus dem jeweils jüngsten Desaster eine Spekulation über sein systemsprengendes Potenzial angeheftet wird (sympathisch in der unversöhnten Haltung, nervtötend in der Grundlosigkeit). Die Spekulationen vergehen und die Gewissheit wächst, das Grundproblem sei der Verlust eines gemeinsamen Horizonts der Linken, sei die fehlende Utopie. Jenem Un-Ort (wieder) habhaft zu werden, würde vielleicht endlich erlauben, Widerspruch und Strategie, Kritik und Wut zusammen zu führen. Eine Utopie würde die fragmentierte Unzufriedenheit ausrichten, Resignation und Zynismus überwinden helfen, so dass noch einmal ein Umschlag denkbar wäre. Soviel Zwecke werden dieser Utopie aufgehalst, dass sie funktioniert wie ein unentdeckter Kontinent, der an den heimischen Gestaden schon Begehrlichkeiten weckt, obwohl ihn noch niemand betreten hat: der Un-Ort als mentales Rückzugs- und Aufmarschgebiet. Derart zur Landnahme bereit, ist es nicht verwunderlich, dass der Blick, der auf die Geschichte fällt, ein strategischer ist. Sie wird in den Dienst genommen, wie sie derzeit der Nation zu dienen hat.

Wesentliches Moment des Mythos, so wurde postuliert, ist heute die Figur vom Ende der Geschichte.[31] Dagegen gesetzt bedeutet *History is unwritten* zunächst: Die Geschichte ist offen, es gibt eine Zukunft, es braucht eine Utopie.

30 Damit keine Missverständnisse aufkommen: Es geht um die Zwänge der Reproduktion, nicht um Charakterfragen.

31 Vgl. AutorInnenkollektiv Loukanikos: Mythos und Nation, S. 10.

Allen Einforderungen und Aufrufen zum Trotz gibt es jedoch keine neue linke Utopie. Die doppelte Niederlage des Kommunismus (als Machtfaktor und moralisch) ist nicht durchdrungen worden. Auch die „kleinen Begriffe" mit denen weiter hantiert wird – selbstbestimmt, kollektiv, radikal, emanzipatorisch – sind im jeweiligen Verwendungskontext so problematisch wie ungeklärt. Grundlegender noch ist die Frage, ob es eine Utopie braucht. Das Ende der Geschichte fällt ihren ApologetInnen vor die Füße. Fortschritt wird heute nur noch als ambivalenter technischer (mikroelektronischer, biotechnologischer) Fortschritt wahrgenommen. Fortschritt im Sinn der Emanzipation des Menschengeschlechts ist mit dem Ende der Geschichte, dem Wegfall einer Alternative zum Kapitalismus, obsolet geworden. Diesen Mangel an Zukunftsvision (die Zukunft des Kapitalismus ist die platzende Blase) zu kompensieren, wollen sich Linke erneut anheischig machen? Als grundlose Hoffnung? Als Gegengewicht zur Apokalyptik? Um ein bisschen Wärme in die Welt zu bringen?

Hier lohnt es, noch einmal auf Benjamin zurückzukommen. Er funktioniert zwar als Gewährsmann für die Offenheit der Geschichte, aber er hat keine Figur entwickelt, die die Zukunft als zu gestaltende ausweist. Unabhängig davon, dass die Bestimmung von Sprung/Sprengung als Attribute eines Eingreifens in die bloße Kontinuität der historischen, der profanen Zeit jeden Transfer in die heutige akademische Arbeitsweise problematisch macht, ist sie auch Bestandteil eines Messianismus, der auf die *Erlösung* vom Leidvollen und Verfehlten der Geschichte abhebt. Dieser Bezug auf Messianismus ist *strange* –, man kann ihn jedoch nicht als eine Art Stilblüte weglassen und sich den Rest des benjaminischen Geschichtsverständnis aneignen, denn er ermöglicht den Verzicht auf Utopie. Die Bedingungen, unter denen die Thesen zum Begriff der Geschichte entstanden, waren bekanntermaßen verheerend: der Nazismus im Siegesrausch, die Sowjet-Union mit ihm paktierend, Tschechoslowakei und Österreich kampflos annektiert, der Autor auf der Flucht. Nicht nur war ihm jede Hoffnung vergangen, auch erkannte Benjamin sehr genau, dass mit dem Sieg des Faschismus in Spanien, Italien und Deutschland und dem entfachten Weltkrieg das Fortschrittsmodell des Marxismus (Entwicklung der Produktivkräfte, parallel sich entfaltende Klassenkämpfe) obsolet geworden war. Er konstatierte die historische Niederlage, womit jede philosophisch begründete Erwartung hinfällig war. Wie richtig er damit lag, wissen wir heute. Vom teuer bezahlten Sieg über Nazideutschland hat sich die Sowjet-Union noch einmal erholt, nicht aber der Kommunismus vom Verlust seiner geschichtsphilosophischen Grundlage, seiner Heilserwartung. Was wir nicht wissen: Mit welchen Begriffen Benjamin nach dem Krieg die nazistische Vernichtungspolitik ins geschichtliche Verhältnis gesetzt hätte. Dass es ihn zur Revision der Aussage, der Begriff des Fortschritts sei in der Idee der Katastrophe zu fundieren,[32] gedrängt hätte, ist nicht eben wahrscheinlich.

32 Vgl. Benjamin GS V.1, S. 592.

Erlösung ist eine nicht strategifizierbare Kategorie. Man braucht sie, um in benjaminischer Manier vom Engel der Geschichte erzählen zu können. Dieser wird in die Zukunft geschleudert – „ein Sturm weht vom Paradiese her"[33] –, den Blick zurückgewendet auf den im Lauf der Geschichte stetig anwachenden „Trümmerhaufen". In diesem Bild ist kein Motiv enthalten, auf dass sich die Erwartung einer revolutionären Wende stützen könnte. Einzig das dem Engel attestierte (und immanent unerfüllbare) Verlangen, die Trümmer aufzurichten und die Wunden zu schließen, erhält das Moment des Nichtkommensurablen.

Der Kampf nährt sich aus dem Verlangen, die Toten aufzuwecken und den Siegern die Geschichte und damit die Verfügung über die Toten zu entreißen. Was wird, was werden kann, ist in einer messianischen Figur dem Erlöser überlassen. Die Kraft, die den Engel der Geschichte von seiner Aufgabe fortreißt und in die Zukunft schleudert, ist blind.

Sich mit den so inspirierenden wie esoterischen Theoriefiguren Benjamins in praktischer Hinsicht gemein zu machen, ist nicht leicht. Vielleicht ist es möglich gerade in der Einsicht, dass man Geschichte heute grundlos schreibt: Ohne sie mit einem strategischen Zusammenhang, einer revolutionäre Perspektive oder einem übergreifenden politischen Projekt verflechten zu können.

Jede politische Mobilisierung braucht ein Minimum an Sinnstiftung, an Ausrichtung auf einen besseren Zustand, eine andere Welt. Das ist nicht dumm, sondern unabdingbar – anders entfacht sich kein Funke gemeinsamen Aufbegehrens, kein Moment der Bewegung. Der Kurzschluss von diesem mobilisierenden Gefühl zur Hoffnung auf Erlösung verbietet sich aus naheliegenden Gründen. Also gibt es keinen Übergang zwischen einer in der Empathie gegenüber den Vergessenen und Gemordeten fundierten Geschichtsschreibung und den Sinnstiftungsinteressen diverser, allemal legitimer Mobilisierungen. Die Aporie gilt es auszuhalten. Sie ist allerdings nicht steril, sondern verweist auf das Problem, die Befreiung des Menschen zu denken. Damit muss man sich wohl noch etwas aufhalten.

(Für Kritik gedankt sei Jana, Johannes und Johnny)

33 „Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm." Benjamin, GS I.2, S. 697f.

Max Lill

Schattenboxen im Spiegelkabinett. Oder: Vom altmodischen Versuch, Geschichte(n) zu schreiben.

Über Geschichtsmythen in der Krise des Neoliberalismus, die Rückkehr des Nationalismus und das Erbe der Neuen Linken

Geschichtspolitik steht hoch im Kurs in diesen unruhigen Zeiten. 2014 war es vor allem der 100. Jahrestag des Ausbruchs des 1. Weltkrieges, der die Büchertische überquellen ließ. Zwischen nachkolorierten Bildbänden und Beschreibungen des apokalyptischen Grauens in den Schützengräben, verkauften sich vor allem Psychogramme „schlafwandelnder" Staatsmänner und Militärstrategen ausgesprochen gut. Das so anschaulich betitelte Werk des englischen Historikers Christopher Clark war der Überraschungserfolg des Jahres und löste eine aufgeregt geführte Debatte über die Interpretation der Julikrise 1914 aus, wie sie die Bundesrepublik zuletzt in den bewegten 1960er Jahren erlebt hatte.[1]

Ähnlich wie im Falle der Weltwirtschaftskrise ab 1929, deren Erinnerung bereits seit der Lehmann-Pleite 2008 Konjunktur hat, werden auch in den Kontroversen zum 1. Weltkrieg häufig Parallelen zur Gegenwart gezogen. Natürlich hinken solche Vergleiche immer. Sie entstehen aber nicht zufällig, sondern reflektieren eine spezifische Wahrnehmung der eigenen Zeit: Den Eindruck, an der Schwelle zu einem – womöglich erneut katastrophalen – Epochenbruch zu stehen. Und eine historische Parallele lässt sich leider tatsächlich nicht leugnen: Europa erlebt, allen demokratischen Basisbewegungen zum Trotz, ein bedrohliches Wiedererstarken des Nationalismus. Dieser fußt, wie auch andere ausgrenzende und essenzialistisch gedachte Kollektividentitäten, seit jeher auf Geschichtsmythen: Er erfindet die Schicksalsgemeinschaft der Nation in der Rückwendung auf die Vergangenheit. Das macht die jüngst entflammten publizistischen Historienschlachten so brisant und drängt die Linke dazu, ihren eigenen Umgang mit der Geschichte neu zu diskutieren.

Als Beitrag zu dieser Selbstverständigung, die das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, aber auch alltagskulturelle und künstlerische Praxen betrifft, will ich, ausgehend von der Debatte zum 1. Weltkrieg, zunächst einige typische Merkmale von derzeit besonders erfolgreichen historischen Darstellungen diskutieren. Dabei soll sowohl nach grundlegenden Kontinuitäten bürgerlicher Geschichts- und Subjektmythen gefragt werden, als auch nach der besonderen Konstellation, die aktuell den nationalistischen Rollback möglich macht. Was verleiht den hegemonialen Erzählungen eine im Alltagsbewusstsein und den Lebenswelten anschlussfähige und aus den Konflikten und Ideologien unserer Zeit herauswachsende Überzeugungskraft? Wie integrieren und entschärfen sie herrschaftskritische Gegenerzählungen? Und vor allem: Wie geht die sich als anti-autoritär begreifende Linke angesichts dessen mit ihrem eigenen Erbe um? Kommt sie wirklich ohne eigene Mythen aus, gar ohne „große Erzählungen" und Traditionen? Begünstigt eine solche Forderung nicht die ideelle Selbstentwaffnung einer „radikalen" Linken, die noch immer vor allem damit beschäftigt ist, ihre historischen Ansprüche und Deutungen zu dekonstruieren?

Diese Fragen deuten bereits an, dass sich meine Argumentation gegen jene generell „zweifelnde" Perspektive wendet, die in der Montage des Loukanikos-Kollektivs, neben anderen Positionen, stark vertreten ist.[2] Statt nur noch mit „kleinen Erzählungen" zu stören, gar die „Abwertung von Geschichte" zu propagieren, ist dies ein Plädoyer für die bewusste und emphatische Stiftung einer universalistischen Tradition von Emanzipationskämpfen, die zwar „offen", aber eben nicht beliebig sein sollte. Das schließt, wie ich am Beispiel der Neuen Linken zeigen will, auch einen Sinn für die Ambivalenz und die mobilisierende Kraft von Mythen ein.[3]

Restauration im postmodernistischen „Stimmengewirr"

Die Hauptfrontstellung der Debatte um den 1. Weltkrieg dürfte hinlänglich bekannt sein. Daher nur so viel: In der deutschen Öffentlichkeit dominierten seit Ende des Jahres 2013 Versuche, die besondere Verantwortung der Reichsführung für den Kriegsausbruch zu relativieren und das Bild vom eher versehentlichen „Hineinschlittern" Europas in die militärische Konfrontation zu restaurieren. Ausgangspunkt war die ziemlich abenteuerliche Behauptung, Deutschland sei bis dato in Wissenschaft und Öffentlichkeit die Alleinschuld an

1 Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013.

2 Vgl. AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik. Internetressource: http://www.rosalux.de/news/38405/im-zweifel-fuer-den-zweifel.html. Letzter Zugriff: 22.05.2014.

3 Meine Perspektive ist nicht die eines Historikers, sondern durch eine soziologische, politikwissenschaftliche und geographische Schulung geprägt. Ich betone das, weil dieser Beitrag auch als Aufforderung gelesen werden kann, die Debatte stärker jenseits von Disziplingrenzen zu führen. In einem klassischen Text hat diese Forderung etwa Eric Hobsbawm unterstrichen und zugleich darauf hingewiesen, dass Historiker_innen, ob gewollt oder ungewollt, immer am Prozess der „Erfindung von Traditionen" beteiligt sind. Vgl. Hobsbawm, Eric: Die Erfindung von Traditionen. In: Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998, S. 97-120.

der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts zugeschrieben worden – eine These, die mit ermüdender Regelmäßigkeit, in der Sache aber unbegründet, mit einer berühmten Untersuchung von Fritz Fischer aus dem Jahr 1961 identifiziert wird.[4] Autoren wie Christopher Clark oder Herfried Münkler reaktivierten nun das schon in der Zwischenkriegszeit etablierte Bild vom 1. Weltkrieg als geopolitischem Betriebsunfall: Diplomatische Missverständnisse und persönliche Eitelkeiten, mangelnder individueller Weitblick und blanker Zufall sollen begründen, weshalb „wir“ (also wahlweise Deutschland oder Europa) in die Tragödie getaumelt sind.

Das ist allerdings keine bloße Beschwörung alter Gewissheiten. Die explizite Skepsis gegenüber allem, was nach „großer Erzählung“ klingt, ist in diese durchaus komplex angelegten Darstellungen längst eingegangen. Als Handelnde treten weniger politische Koalitionen und soziale Klassenformationen auf, als vielmehr überforderte Einzelne: Neben den altbekannten Staatsmännern und Intellektuellen sind das häufig auch die weniger bekannten Zeitzeug_innen. Diese berichten, auf den ersten Blick ganz im Sinne von „Oral History“ und „Geschichte von unten“, aus dem Kriegsalltag: Ihre Erfahrungen werden für die geneigte Leser_innenschaft individuell nachfühlbar gemacht, auch wenn selbstverständlich immer darauf hingewiesen wird, es handele sich nicht um „authentische“ Zeugnisse, schließlich sei alles eine Frage der Interpretation.

Geschichtsschreibung wird damit häufig auf eine Art Kollage reduziert. Statt einer historischen „Landkarte“ werden „Wimmelbilder“ gezeichnet: Die Kriegsziel-Richtlinien der Reichsregierung aus dem September 1914, die eindeutig den deutschen Vormachtanspruch in Europa begründen, erscheinen dann nur noch als „*eine* Stellungnahme unter vielen“, als zu relativierender Einwurf in ein großes „Stimmengewirr“ im Deutschland der Kriegsjahre.[5] Diese „Stellungnahme“ steht in Herfried Münklers *Der große Krieg*, dem zweiten, ebenfalls sehr schwergewichtigen Bestseller zum Thema, neben zahllosen anderen Sichtweisen und Zeitzeug_innenberichten – letztere vor allem von der Front und aus den Kommandostäben der Heerführungen. Strategieplanspiele ersetzen Ursachenforschung. Es geht viel um die Gefühle und die begrenzten Horizonte der Beteiligten: „Großmannssucht und Ängstlichkeit“ statt politischer und sozialer Gegensätze erscheinen als Hauptgründe für den Weg in den Krieg.[6] Christopher Clark eröffnet sogar mit einem längeren Exkurs über Probleme der Quellenanalyse und betont, eher „Narrative“ zu rekonstruieren

4 Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 2000 [1961].

5 Münkler, Herfried: Der große Krieg. Berlin 2013, S. 268 (Hervorhebung im Original).

6 Ebd., S. 21.

als Erklärungen anzubieten. Es war ja schließlich alles unfassbar kompliziert und, natürlich: Es hätte auch ganz anders kommen können.[7]

Dabei ist die ideologische Finte, besonders in der medialen und politischen Rezeption dieser Untersuchungen, höchst durchsichtig. Der bedenkliche Grundtenor der Gefechte um die Vergangenheit dürfte aus linker Sicht unstrittig sein: Ganz ungeschminkt wird die „Normalisierung“ des nationalen Selbstverständnisses propagiert. Und das wird, anders als etwa noch während der Fußballweltmeisterschaft 2006, nicht mehr nur als harmloser Wohlfühlpatriotismus verkauft, sondern als eine Art kollektive Trauma-Therapie. Die historische Entlastungsübung wird zur Legitimation brandaktueller Machtambitionen genutzt: Die kriegsskeptische deutsche Bevölkerung gehört auf die Couch gelegt, um die alten Schuldkomplexe zu überwinden. „Die Deutschen“ sollten die ihnen qua Wirtschaftsmacht gleichsam „natürlich“ zuwachsende Führungsrolle im sozial und politisch auseinanderdriftenden Europa endlich selbstbewusster ausfüllen – schon im Eigeninteresse am Zugang zu offenen Märkten.[8]

Besonders pointiert und wirkungsvoll formuliert diese Position etwa Joachim Gauck. Auch die angeblich so vorbildliche NS-Vergangenheitsbewältigung erscheint dabei im neuen weltpolitischen Glanz als Läuterung einer zu sich gekommenen demokratischen Nation.[9] Gauck ist für Viele glaubwürdig, nicht als Repräsentant einer sich weitgehend konzeptionslos durch die Krise wurstelnden bürgerlichen Politik, sondern als angeblich moralisch integre Persönlichkeit: Einer, der noch Ecken und Kanten habe. Was Gauck predigt, ist die individuelle Selbstverantwortung. Seine Märchenstunden verkünden die klassische bürgerliche „Basiserzählung“: Die Heilslehre des quasi evolutionären

7 Diese charakteristische Betonung von Zufälligkeiten spitzte Münkler in einer Diskussionsveranstaltung an der Humboldt Universität Berlin am 30.06.2014 in grotesker Weise zu: Hätte der Wagen, in dem der österreichische Thronfolger und seine Gemahlin in Sarajevo erschossen wurden, einen Rückwärtsgang gehabt, dann wäre der Welt womöglich nicht nur der 1. Weltkrieg, sondern auch der Stalinismus erspart geblieben. Insgesamt fällt auf, dass sich das öffentliche Gedenken häufig auf das Attentat vom 28. Juni 1914 als dem angeblich alles entscheidenden ersten Dominostein fixierte.

8 Im Falle von Münkler besteht offenbar auch eine direkte Anbindung an außen- und sicherheitspolitische Thinktanks. Vgl. Wernecke, Klaus: Die Zukunft der Vergangenheit. Weltkriegsjubiläum, neue Geschichtsdeutung und Neue Deutsche Macht. In: Sozialismus Nr. 4, 2014, S. 14-21.

9 Dazu sei an eine Szene aus dem Frühjahr 2014 erinnert: Der fast zu Tränen gerührte deutsche Bundespräsident bittet in Griechenland zu Füßen eines an die Massaker der Wehrmacht erinnernden Mahnmahls um Entschuldigung. Und im selben Atemzug betont er nicht nur, dass die Entschädigungsfrage aus deutscher Sicht geklärt sei, sondern lobt – auch dies in gewohnt pastoralem Tonfall – zugleich den Reformeifer und die Leidensbereitschaft seiner Gastgeber.

und vom Westen, heute auch wieder von Deutschland, angeführten Marsches zur Freiheit. Er spricht, anders als die Kultur- und Geschichtswissenschaftler_innen, nicht von „Narrativen", sondern ganz altmodisch von „Fakten" und „Wahrheiten".[10]

Das Gravitationsfeld von Gaucks Reden ist aber ebenfalls kein kohärentes Geschichtsbild. Sein Umgang mit historischen Tatsachen und ideologischen Versatzstücken ist oft sogar bemerkenswert willkürlich.[11] Es ist eher die Idee des autonomen, seine eigene Welt aus sich heraus gestaltenden Subjekts, die hier stilbildend wirkt. Diese Idee konturiert das scheinbar „natürliche Flussbett"[12], in dem Gaucks sanft-autoritäres Sprechen mit den Gedanken seiner Zuhörer_innen zusammenfließt. Dem entspricht die Verklärung des Westens und der deutschen Nation als einer „offenen Gesellschaft", deren konkrete soziale Erscheinungsformen – und damit auch deren umkämpfte Geschichte – vor allem durch eines glänzen: Durch Abwesenheit. Frei nach der „eisernen Lady" Margaret Thatcher (die 2011 als altersdemente und sympathisch nahbare Heldin über die Kinoleinwände flimmerte): Es gibt keine Gesellschaft. Es gibt nur Individuen, Familien und ggf. noch Interessengruppen.

Bürgerliche Subjektmythen und illusionäre Gemeinschaftlichkeit

Die Verwerfungen und Abgründe der Moderne sind in dieser liberalen Theologie nur Ausdruck der Tatsache, dass die Menschen noch nicht hinreichend gelernt haben, mit ihrer Selbstverantwortung umzugehen. Diese Utopie vom „Ende der Geschichte" ist keineswegs so neu wie die vieldeutige Rede von der „Postmoderne" suggeriert. Sie ist vielmehr seit der Durchsetzung des neuzeitlichen Kapitalismus immer wieder das machtvollste Wort gewesen, mit dem sich die bürgerliche Herrschaft – auch vor sich selbst – maskierte. Nicht die Übermacht der Geschichte, sondern im Gegenteil: Ihre Ausblendung, Abwertung und Fragmentierung, die Verabsolutierung von Gegenwart und persönlichem Schöpfungsakt, bilden das Schwungrad der bürgerlichen Weltanschauung, für die alle Tradition bestenfalls Mittel zum Zweck ist.[13]

Diese im Alltagsbewusstsein breiter Milieus präsente Philosophie ist historisch eng gekoppelt an die instabile Wachstumsdynamik des Kapitalismus. Die in zyklischen und ungleichzeitigen Schüben voranschreitende Expansion des Markttausches durch die strukturell maßlose Kapitalakkumulation untergräbt und transformiert die Autorität „traditioneller" (auf direkt-persönlichen Abhängigkeiten basierender) Identitäten und historisch gewachsener Sinnhorizonte. Die formelle Freiheit und Gleichheit der Privateigentümer im Warentausch setzt sich im bürgerlichen Rechts- und Staatsverständnis fort. Das sich fortlaufend beschleunigende Band der Vergesellschaftung, der Transmissionsriemen der Geld- und Warenökonomie, tritt den Menschen dabei als ein außerhalb ihrer selbst stehendes, unkontrollierbares Verhältnis von Sachen entgegen: Eine Art Naturgesetz, eine zu eigenem Leben erwachte Maschine. Zugleich entwickeln und differenzieren sich mit den Produktivkräften individuelle Bedürfnisse und Aneignungsweisen. Sie nähren die Utopie vom ungebundenen Subjekt, dem – wenigstens potenziell – die ganze Welt offen steht. Diese Vorstellung kann vor dem Hintergrund der relativen Durchlässigkeit und Dynamik sozialer Statushierarchien auch für Subalterne attraktiv werden. Sie ist keine Erfindung von Philosophen, auch keine bloße Propagandalüge, sondern setzt an realen (und jeweils hart erkämpften) Befreiungserfahrungen an, wie begrenzt und gefährdet diese auch sein mögen.

Damit bewegt sich die bürgerliche Weltsicht innerhalb eines paradoxen Gegensatzes: Das soziale Handeln, Denken und Fühlen erscheint einerseits als Exekution von „Sachzwängen", den Gesetzen des Marktgottes, und andererseits als Ausdruck essentieller Eigenschaften bzw. des freien Willens der Person. Angesichts dieses Erfahrungsbruchs bleibt allerdings auch die Sehnsucht nach mythischen Erklärungen und Bildern, die eine illusionäre Gemeinschaftlichkeit und höhere Sinnhaftigkeit beschwören, lebendig. In Phasen der „normalen", d.h. relativ kontinuierlichen kapitalistischen Reproduktion (gesellschaftlich und individuell) sind diese Sehnsüchte oft nur latent vorhanden, sie werden überlagert von der Vernunft – und sei es eine instrumentelle, privatistische Vernunft. In Krisenzeiten und bei zunehmender Diskontinuität wird die Brüchigkeit des sozialen Zusammenhangs und der hegemonialen Weltbilder in allen Lebensbereichen greifbarer, die Bedeutung des rationalen Handels relativiert sich. Der Mythos beschwört vor diesem Hintergrund ein verloren gegangenes Gefühl der kollektiven Verbundenheit und Erlösung. An die Stelle der kalten Maschine der Gesellschaft will er die Geborgenheit der illusionären Gemeinschaft setzen. Treibhausartig wachsen illusionäre und ausgrenzende Kollektividentitäten, die

10 Vgl. etwa Gaucks Rede zur Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz am 31.01.2014.

11 Vgl. Lucke, Albrecht: Der nützliche Herr Gauck. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 2014, S. 5-8.

12 Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel?, S. 17.

13 Dazu Henry Ford: „I don't know much about history, and I wouldn't give a nickel for all the history in the world. It means nothing to me. History is more or less bunk. It's tradition. We don't want tradition. We want to live in the present and the only history that is worth a tinker's damn is the history we make today." (Chicago Tribune vom 25.05.1916, zitiert nach wikiquote.org, letzter Zugriff 22.05.2014). Ford gründete später ein Museum, in dem es dann doch um Geschichte ging, allerdings in einem charakteristisch verengten Sinne: Es wurden Industrie- und Alltagsobjekte ausgestellt. Alles was zählte, war die in ihnen verkörperte instrumentelle Vernunft und technische Naturbeherrschung.

sich an abstrakten und naturalisierenden Kategorien wie Nation, Rasse und Geschlecht festmachen. Eine einheitliche Weise des Denkens und Fühlens soll die als bedrohlich und überfordernd erlebte Freiheit des Individuums aufheben.[14]

Im „Zeitalter der Katastrophen" (Hobsbawm) zwischen 1914 und 1945 verdichteten sich solche anachronistisch erscheinenden, tatsächlich aber zutiefst modernen Ideologien zu weitgehend geschlossenen Geschichtsmythen, die alles Gewesene unter der Gewalt einiger weniger, bizarrer Glaubenssätze begruben. Nach dieser Epoche der systematischen Unterdrückung und Vernichtung von Individualität, zu der auch große Teile der Linken beigetragen hatten, erwies sich der sozialstaatlich gebändigte Kapitalismus jedoch als Sprungbrett für eine Neuauflage liberaler Utopien. Diese standen nun unter US-Hegemonie und globalisierten damit die Narrative einer Einwanderungsgesellschaft, die sich ihre Geschichte wohl mehr als jede andere aus dem Geist des Individualismus, aber auch aus den (post-)kolonialen Kämpfen heraus erfand.[15]

Dieser „neue Geist des Kapitalismus"[16] absorbierte Impulse der Neuen Linken und lud mehr und mehr auch die Welt der (Lohn-)Arbeit und den öffentlichen Raum mit subjektiven Bedeutungen auf. Via Bildungsexpansion, Massenkaufkraft und Flexibilisierung der Produktionsweise konnte die große Erzählung vom sich selbst verwirklichenden Subjekt eine breitere und tiefere Verankerung finden als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte. Die medial vervielfachten Bilder der Vergangenheit bilden seither das Material einer massenhaften kreativen Selbstverwertung. Zugleich sind sie der Steinbruch für die alltägliche Arbeit der persönlichen Sinnstiftung – wie auch für die Begründung widerständiger Traditionen und neuer, kollektiv-demokratischer Aneignungen.

Zerbrochene Spiegel im Innern des bedrohten Paradieses

Im aktuellen Krisenzyklus verliert das neoliberale Selbstverwirklichungsversprechen an Glaubwürdigkeit. Es löst sich aber nicht einfach auf, sondern reproduziert sich in zunehmend fragmentarischen und irrationalen Formen. Das bereitet den Boden sowohl für eine Neuformierung emanzipatorischer Bewegungen als auch für eine Stärkung illusionärer Gemeinschaftsmythen.

Das Ausmaß, in dem der neue kapitalistische Geist auch Geschichtsbilder zum Projektionsraum für subjektive Erfahrungen und Selbst-Inszenierungen

14 Eine klassische, allerdings noch mit einigem teleologischen Ballast hegelianischer Prägung beladene Formulierung des Zusammenhangs von Krise und Mythos stammt von Ernst Cassirer. Vgl. Cassirer, Ernst: Philosophie der symbolischen Formen, Darmstadt 1994.

15 Vgl. Rodgers, Daniel T.: Age Of Fracture, Cambridge 2011.

16 Boltanski, Luc/Chiapello, Éve: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz 2003.

macht, zeigte sich auch im Gedenk-Spektakel zum 1. Weltkrieg. Einen dominanten Grundton intonierte schon Ende 2012 Florian Illies mit seinem extrem erfolgreichen Buch *1913*, in diesem Fall mit einem Fokus auf den Anbruch der künstlerischen Moderne am Vorabend des großen Krieges.[17]

Das ist der Florian Illies, der zur Jahrtausendwende, also auf dem Höhepunkt der „Neuen Mitte" und noch vor dem New Economy-Crash und den Anschlägen des 11. September 2001, mit der reichlich unappetitlichen, aber wohl gerade deshalb treffenden Beschreibung der *Generation Golf*, identifiziert mit den unpolitisch-konsumfreudigen Teenagern der 1980er Jahre, von sich reden machte: Eine provokativ selbstbezogene Kleinbürgerlichkeit wurde inszeniert (das Buch schließt mit einem Dank an Helmut Kohl). Das Ganze ist jedoch weniger altbacken-spießig als markenaffin und auf glatte Weise smart: Eine Selbstfindungsbibel für die im Windkanal getesteten Freundinnen und Freunde der kapitalistischen Erlebnisgesellschaft.

1913 kommt nun erneut scheinbar entpolitisiert daher: Ein ziellos-luftig mäandernder Flickenteppich aus akribisch zusammengetragenen, mal elegant, mal launisch erzählten Klatsch-Geschichten über das zeithistorische Personal, das, höchst produktiv und ständig kurz vorm Burnout, von vagen Vorahnungen des nahenden Weltenbrandes geplagt wird. Wir dürfen die Zipperlein und menschlichen Nöte der großen Genies bewundern, nie länger als drei Seiten am Stück, dann „Schnitt, der Nächste bitte".

Das Ganze ließe sich als Feuilleton-Spielerei abtun, wenn es nicht so symptomatisch wäre. Es mangelt nicht nur an historisch begründeten Thesen zu den Ursachen des 1. Weltkrieges, sondern überhaupt an halbwegs kohärenten Narrativen. Stattdessen präsentiert Illies ein Sammelsurium aus zusammengestückelten und von alltäglichen Details überbordenden Anekdoten: Biografische Splitter, die wie zerbrochene Spiegel wirken, in denen die nur mäßig empathischen Intuitionen des Autors und seiner Leser_innen aufflackern. Eine Auflösung von Geschichte in Psychologie und öffentlich zelebriertes Selbstgespräch, dazu ein ironisches Schmunzeln über diese heroischen Zeiten, in denen noch existenziell gelitten wurde. Was hier zelebriert wird, ist eine voyeuristische Haltung, die sich, trotz aller bedrohlichen Vorzeichen, noch an das lieb gewonnene „Ende der Geschichte" klammert.

Das ist ein sehr wirkungsvoller anti-mythischer Mythos:[18] In ihm sind alle Sozialutopien, alle rauschhaften Erfahrungen, Erkenntnisse und Schlachten

17 Illies, Florian: 1913. Der Sommer des Jahrhunderts. Frankfurt a.M. 2012.

18 Die Formulierung vom „anti-mythischen Mythos" findet auch bei Mark Fisher Verwendung, allerdings in einem etwas anderen Sinne: nämlich als Bild vom Hobbes'schen Krieg aller gegen alle, die etwa mit Narrativen aus dem Gangsta-Rap identifiziert werden und die die Kehrseite der (zunehmend enttäuschten) Versprechen der kapitalistischen Erlebnisgesellschaft bilden. Fisher reproduziert in problematischer

der Vergangenheit nur noch eine Kulisse für unsere ganz persönlichen, ganz banalen Kämpfe: Für die Inszenierung unserer Gelehrsamkeit, für unsere zunehmend steriler wirkenden hedonistischen Fluchtversuche oder für unsere kleinen intellektuellen Glasperlenspiele.[19] Es ist diese Abwesenheit eines über das Individuum hinaus weisenden Orientierungsrahmens, die den Humus für eine Renaissance nationalistischer Mythen in der Krise bildet.

Diese hegemonialen Formen der Bezugnahme auf Geschichte sind weder in sich homogene Gesamterzählungen, noch sind sie so idyllisch, wie es uns Herr Gauck gern glauben machen möchte. Die aus der Gegenwart stammenden Filmclips, die auf der ausgebleichten Leinwand der Geschichte abrollen, verdüstern sich, allen konjunkturellen Zwischenhochs zum Trotz. Eine Mehrheit der Menschen mag sich vom naiven Wiegenlied des Bundespräsidenten für den Augenblick verzaubern lassen. Im Grunde ahnen viele aber den Selbstbetrug, der dahinter steht. Das zeigt etwa eine methodisch ausgefeilte Untersuchung des konservativen Rheingold-Instituts.[20] Die Studie lotet den Zustand des deutschen Gemüts im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 aus und spricht von der Vorstellung des „bedrohten Paradieses" und einer „Sehnsucht nach der permanenten Gegenwart". Gerade angesichts des Wissens um die gefährliche Gesamtentwicklung der europäischen Gesellschaften, betone eine Mehrheit der Bundesbürger das eigene, ganz private Glück und wähne sich, angesichts der heran brandenden Bilder von Massenrevolten und eskalierenden Bürgerkriegen an der europäischen Peripherie, auf einer langsam aber sicher erodierenden Insel der Seeligen – eine Selbstbeschreibung, die nicht nur mit Standortchauvinismus zu tun hat, sondern auch mit Autosuggestion: Persönlicher Optimismus ist erste Bürgerpflicht. Jenseits der hoch prekären Milieus weiß man, bei allen

Weise diese Hoffnungslosigkeit, indem er die Erzählungen des „kapitalistischen Realismus" zur umfassenden Zeitdiagnose überhöht. Vgl. Fisher, Mark: kapitalistischer realismus ohne alternative? Hamburg 2009, S. 18.

19 Symbolisch verdichtet sich diese Haltung auch räumlich in der wiedervereinten Hauptstadt Berlin, die – ähnlich wie schon einmal in den 1920er Jahren – zum Party-Sehnsuchtsort des europäischen „Easyjetset" aufgestiegen ist: Ein Geschichtspark mit ausgewiesenen Einschusslöchern aus dem 2. Weltkrieg, romantisch ausgeleuchteten Industrieruinen und von Trauerweiden umrankten Strandbars, inklusive einer diffusen Erinnerung an die hier traditionell konzentrierten linken Gegenkulturen. In der Mitte ein Regierungsviertel, dessen kühl-abstrakte Architektur wie gereinigt scheint von seiner finsteren Vergangenheit: Klare, transparente Linien und Glasfassaden, der Reichstag als Ausflugsziel – und darunter die verborgenen Tunnelsysteme für die Funktionseliten der wiedererwachten Großmacht.

20 http://www.rheingold-marktforschung.de, letzter Zugriff: 22.05.2014. Zur mittel- bis langfristigeren Diagnose und Interpretation von Krisenwahrnehmungen im Alltagsbewusstsein vgl. auch: Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Lieber, Christoph/Müller, Bernhard/Siebecke, Gerd: Die große Krise, Hamburg 2010, S. 102-142.

Schwierigkeiten und Depressionen im Alltag, um die relativen Privilegien: Um den Bausparvertrag wie um das angehäufte soziale und kulturelle Kapital. Zugleich dominiert die desillusionierte Wahrnehmung, dass dort draußen, an den zerbröselnden Mauern der Festung Europa, von wo die medialen Echos der Detonationen herrühren, das uralte Recht des Stärkeren gilt. Und als wichtigster Schutzschirm gegen dieses chaotische Außen erscheinen, neben der Familie, die angeblich auf Fleiß und Disziplin gründende und mit Angela Merkel identifizierte Stärke der deutschen Wirtschaft – und damit die Gemeinschaft der Nation.

Der neue Grassroots-Nationalismus als Krisendeutung

Nationalismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind angesichts dieser gesellschaftlichen Stimmungslagen keineswegs nur von oben inszenierte Strategien der Herrschaftssicherung. Die Geister der Vergangenheit wachsen aus der Mitte der Zivilgesellschaften heraus.[21] Das aufgefächerte Spektrum rechtspopulistischer bis faschistischer Parteien positioniert sich mehrheitlich *gegen* das bürgerliche Establishment und *gegen* den korrumpierten Parteienstaat, der als Agent des globalen Finanzkapitals erscheint. Das gilt trotz der Tatsache, dass deren politische Repräsentanten von Fall zu Fall in die sich neu mischenden hegemonialen Blöcke integriert werden können.

Dabei ist die ideologische Heterogenität und Beweglichkeit der neuen Rechten bemerkenswert: So etwa beim vorübergehenden Schulterschluss des *Front National*, der daheim einen Kulturkampf gegen die gleichgeschlechtliche Ehe führt, mit der Partei des Niederländers Geert Wilders, der beansprucht, seinen demonstrativ als homosexuell inszenierten Identitätsentwurf gegen den Ansturm des Islam zu verteidigen. Und in Italien, einst eine Hochburg der globalisierungskritischen Linken, zeigen sich mit der *5-Sterne-Bewegung*, die unter dem Kommando des Komikers Beppe Grillo selbst gegen leichte Verbesserungen in der Flüchtlingspolitik gestimmt hat, auch fließende Übergänge zwischen rechtspopulistischen und linken Bewegungen. Das könnte – angesichts der ideologischen Unbestimmtheit breiter Spektren der neuen Grassroots-Bewegungen – Schule machen. Dabei sind die seit 2011 vor allem an den Folgen der Austeritätspolitik entzündeten Massenproteste von vielen Linken zunächst begeistert aufgenommen worden: Gefeiert wird häufig gerade ihre Skepsis gegenüber jeder Form der Institutionalisierung und Repräsentation, ihre anti-staatliche Rhetorik. Ihr politisch diffuser Charakter wird mal post-operaistisch als Emanzipation der „multitude" begrüßt, mal aus dekon-

21 Vgl. Decker, Oliver/Kies, Johannes/Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Leipzig 2014; Heitmeyer u. a.: Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt, Frankfurt a.M. 2011.

struktivistisch inspirierter Sicht als anti-identitär gepriesen. Stehen David Graeber und die Guy-Fawkes-Masken nicht sogar für eine Renaissance des Anarchismus? Natürlich sind die neuen Bewegungen äußerst heterogen und noch immer in einem frühen, teilweise durchaus vielversprechenden Stadium.[22] Dennoch wächst die Sorge, dass sich die vermeintliche Stärke der Proteste, ihre Undefinierbarkeit, die oft mit einem eher schwachen Geschichtsbewusstsein einher geht, am Ende als offene Flanke zum Nationalismus entpuppen könnte. Ein neuer Internationalismus ist jedenfalls bisher nur in Ansätzen entstanden. Während die hegemonialen Kapitalfraktionen sich unter deutscher Führung in Gestalt des europäischen Fiskalregimes neu formiert haben, verbleiben die zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen noch überwiegend in nationalen Bahnen.

Das ist der beunruhigende Resonanzboden, auf dem die vielstimmige Melodie der Toten aus dem 1. Weltkrieg erklingt. Die Dringlichkeit der vom Loukanikos-Kollektiv aufgeworfenen Fragen nach der inneren Struktur hegemonialer Geschichtsmythen und den gegen sie gerichteten linken Strategien liegt insofern auf der Hand. Diese Fragen wären allerdings klarer als in der bisherigen Debatte im Rahmen einer zeitdiagnostischen Einschätzung der schwelenden kapitalistischen Systemkrise zu diskutieren. Diese wird sich kaum dauerhaft durch billige Zentralbankkredite aufschieben lassen – und sie ist bei weitem nicht nur polit-ökonomischer Natur. Es handelt sich auch um eine lang aufgebaute Sinn- und Orientierungskrise.

Die Bedeutung mythischer Bilder für die Gegenwartsgesellschaften begründet sich aus dieser Situation einer kollektiven Deutungsschwäche: Aus der Fähigkeit von Mythen, das scheinbare Chaos einer akuten und (auch aus Sicht wachsender Teile der Eliten) in hohem Maße außer Kontrolle geratenen Umbruchsituation zu verarbeiten. Damit wäre der Begriff des Mythos allerdings anders zu bestimmen als in dem meines Erachtens zu engen und zu banalisierenden Sinne von historischen Fehlurteilen oder homogenen bzw. linearen Geschichtskonstruktionen. Mythen kompensieren die Schwächung tradierter und rationalisierter Welterklärungen durch suggestive Bilder und Gesten. Solche Bilder sind heute nicht in sich kohärent und stabil. Sie tragen kein „konsistentes herrschendes Geschichtsbild“[23], sondern kreisen eher um Grundmotive, die ständig variiert und neu zusammengesetzt werden. Diese Mythologien können sich zwischenzeitlich verfestigen, aber derzeit sind sie überwiegend fluide und assoziativ, voller offener Fäden und Widersprüche – und sie arbeiten vor allem mit subjektiven Projektionen und Personalisierungen.

22 Vgl. Candeias, Mario/Völpel, Eva: Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg 2014.

23 AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel?, S. 12.

Exzessive linke Selbstkritik und „Abwertung von Geschichte“

Dagegen mit einer Strategie der vielen kleinen Gegenerzählungen angehen zu wollen, halte ich für wenig erfolgversprechend. Es gibt ja keinen Mangel an solchen linken Erzählungen. Sie sind in zahllosen lokalen Archiven sedimentiert und natürlich sind sie es wert, neu und in ihrer jeweiligen Besonderheit erzählt zu werden. Aber die klugen und gut recherchierten Publikationen, die in oft winzigen Auflagen den akademischen Buchmarkt überfluten, präsentieren ihre Geschichten eben vielfach nicht mehr als Teil einer übergreifenden Geschichte von Emanzipationskämpfen. Viele Intellektuelle der „radikalen“ Linken laben sich – inzwischen buchstäblich seit Jahrzehnten – am Misstrauen gegenüber jedem Versuch, größere historische Zusammenhänge herzustellen: Fragend schreiten sie im Kreise. Gegen die Identifikation mit einer, wie auch immer konstruierten, übergreifenden Tradition des Widerstandes wird das „störende Moment“ und die umfassende „Offenheit von Vergangenheit und Gegenwart“ propagiert, sogar für eine generelle „Abwertung von Geschichte“ plädiert.[24] Linke Historiker_innen untergraben auf diese Weise ihre eigene Kompetenz zur Formulierung von Deutungsangeboten. Sie bezweifeln sogar die Relevanz ihres Gegenstandes.

Ich finde das, offen gesagt, ärgerlich. Und zwar nicht nur angesichts des Mangels an historischem Wissen und Orientierung in weiten Teilen der sozialen Bewegungen, sondern auch aus der Perspektive eines Nicht-Historikers: Denn im Vergleich zu dem Gegenüber von Begriffsakrobatik und kurzatmigem Empirismus innerhalb der (auch linken) Soziologie und Politikwissenschaft, fällt auf, wie entwickelt das Denken in gesamtgesellschaftlichen und langfristigen Zusammenhängen in Teilen der Geschichtswissenschaften, trotz solcher Abbrucharbeiten, noch immer ist.

Demgegenüber besteht das Paradoxe vieler modischer Diskursanalysen gerade darin, dass sie ständig davon reden, gegen ein schematisches Ordnungsdenken in Dualismen und binären Hierarchisierungen – von „Männlich-Weiblich“, „Weiß-Schwarz“, „Geist-Körper“ etc. – anschreiben zu wollen, dieses Denken aber in ihrer reduktionistischen Form der Kritik indirekt bestätigen, indem sie es als übermächtig erscheinen lassen. Die real-historische Dynamik konkreter Kämpfe wird mit der großen Diskurswalze geglättet oder erscheint bloß noch als Kunterbunt lokaler Ereignisse und Kulturen. Als „politisches“ Programm bleibt dann nicht selten nur die situationistische Feier des spontanen Moments, der Unordnung, der nicht näher zu bestimmenden „Entunterwerfung“[25]: Eine vor allem aus der anarchistischen Tradition wohl bekannte Konsequenz, die nicht nur wissenschaftliche Analysen, sondern auch strategisches politisches

24 Ebd.

25 Foucault, Michel: Was ist Kritik?, Berlin 1982.

Handeln unterläuft – und die oft fließend in bürgerlichen Existenzialismus übergeht.[26]

Ich schärfe an dieser Stelle bewusst die rhetorischen Klingen, weil ich den Eindruck habe, dass diesen nicht neuen, aber eben nach wie vor drängenden Grundsatzkontroversen in den letzten Jahren häufig ausgewichen wird. Aus Angst alte ideologische Gräben aufzureißen, wird ein symbolischer Schulterschluss zelebriert, der in der Sache nicht trägt und Klärungsprozesse eher blockiert. Natürlich muss die Diskussion behutsam geführt werden, weil die Wiederannäherung zwischen dekonstruktivistischen und materialistischen Perspektiven innerhalb der Linken ein politisch wichtiger und weiter zu intensivierender Prozess ist. Dazu müssen die durch wechselseitiges Beschweigen lange stillgestellten Konflikte aber auch deutlich benannt und ausdiskutiert werden – und zwar nicht nur und nicht in erster Linie in theoretischen Reflexionen, sondern vor allem in der Rückführung ideologischer Vereinseitigungen auf ihre historischen Entstehungshintergründe: Neben strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen sind das politische Spaltungsprozesse in früheren Bewegungszyklen.

Die Loukanikos-Montage thematisiert diese Differenzen zwar, spiegelt aber, auch der Form nach, das für viele aktuelle Debatten in der jüngeren akademischen Linken charakteristische, lose Nebeneinander von Positionen und Gedankenfragmenten, zum Teil auch ein Bescheiden auf konsensfähige Formulierungen. In zahlreichen Beiträgen klingt eine Idealisierung dieser Situation als Ausdruck von Offenheit und als Überwindung von hierarchischen Sprecher_innenpositionen an. Das mag zum Teil zutreffen, aber es gibt auch eine starke Anschlussfähigkeit gegenüber Varianten des „postmodernen" Relativismus und Subjektivismus, der Teil des neoliberalen Lifestyles ist und der sogar von den reaktionärsten sozialen Kräften aufgegriffen wird.

Angesichts der heftigen Krisen, mit denen sich die große Geschichte – und insbesondere die kapitalistische Ökonomie – in den letzten Jahre zurückgemeldet hat, dürften die verschiedenen Spielarten des post-strukturalistischen „cultural turn" wohl inzwischen über ihren Zenit hinaus sein.[27] Die Hartnäckigkeit und Spitzfindigkeit, mit der die Rückzugsgefechte geführt werden, verweisen allerdings darauf, dass entsprechende Vorstellungen tief in der sozialen Praxis verankert sind und sich so bald nicht auflösen werden. Bei aller Kritik sind sie als manifeste Bewusstseinsformen mit „Wahrheitseffekt", wie Foucault wohl gesagt hätte, ernst zu nehmen. Es ist nicht nur nach ihren Ursachen zu fragen, sondern auch nach dem, was sie historisch anzeigen, worin also ihr weiterführendes Moment besteht.

Tatsächlich reflektiert der (De-)Konstruktivismus, so häufig er übers Ziel hinaus schießt, entscheidende Emanzipationsprozesse, die historisch eng mit den Bewegungen der Neuen Linken verknüpft sind. Das gilt zunächst in dem einfachen Sinne, dass er als Teil einer innerlinken Debatte eine Gegenbewegung zu überkommenen Dogmatismen und Identitätspolitiken war und ist, wie sie insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren, also in der Zeit der schwersten Niederlagen der Neuen Linken und der in ihrem Gefolge entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen, weit verbreitet waren. Bis heute schaukeln sie sich immer wieder im Gegenüber zu diesen mitgeschleiften Altlasten auf und sie benennen zu Recht deren tiefe Verwobenheit mit männlichen und westlichen Dominanzverhältnissen. Auch die Kritik an der Kultivierung linker Heldengeschichten und erstarrter Rituale, etwa an manch gespenstischer Szene am Grab von Luxemburg und Liebknecht, sind natürlich berechtigt und wichtig.[28] Das verweist aber eher auf das langjährige Einbunkern in gegenkulturellen Nischen mit ihren jeweiligen Distinktionsmerkmalen und Ideologiebeständen – und weniger auf eine wirksame Strategie gegenüber heute hegemonialen Geschichtsmythen.

26 In bemerkenswerter Weise zeigt dieses Problem etwa Isabell Lorey. Sie weist den Zirkel aus Kritik und Bestätigung abstrakter Kategorisierungen durch linke Diskursanalysen am Beispiel von Intersektionalitätstheorien und Kritischer Weißseinsforschung überzeugend nach – allerdings ohne dabei aus der Logik einer uferlosen Dekonstruktion herauszutreten. Mit der pauschalen Zurückweisung jeglicher Verwendung von Analysekategorien wird diese sogar weiter radikalisiert. Konsequent feiert denn auch Lorey die (inzwischen zum Glück teilweise überwundene) Repräsentations- und Institutionenfeindlichkeit von Occupy-Wallstreet oder der 15M-Bewegung in Spanien als „präsentische Demokratie". Der Mangel an Programmen und Diskussionen über mögliche Entwicklungsszenarien und Organisierungsformen, der Rückzug auf lokale Solidaritätsakte – all das wird bejubelt als „Durchstreichen der linearen Logik der Zeitlichkeit". (Lorey, Isabell: Kritik und Kategorie. Zur Begrenzung politischer Praxis durch neuere Theorien der Intersektionalität, Interdependenz und Kritischen Weißseinsforschung, Oktober 2008, Internetressource: http://eipcp.net/transversal/0806/lorey/de, letzter Zugriff am 10.05.2014. Dies.: Das Regime der Prekarisierung. Europas Politik mit Schuld und Schulden. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6, 2013, S. 91-101).

27 Dafür scheint mir auch der bisherige Verlauf der von Loukanikos angestoßenen Debatte zu sprechen, deren Ausgangspunkt in Form der Montage ja zeitlich mit dem Beginn des neuen Bewegungszyklus 2011 zusammenfiel. Einen Eindruck vom Zerfall, teilweise auch einer zunehmend desorientiert-hysterischen Verteidigung „postmodernistischer" Weltbilder in der linksliberalen Pop-Avantgarde bieten die neuerlich in der SPEX wieder aufgeflammten Diskussionen um Politisierung und Geschichtsbewusstsein. Vgl. etwa die Ausgaben von Juli/August 2013 zum 50. Jubiläum des Höhepunkts der Bürgerrechtsbewegung sowie von Mai/Juni 2014 zum „Auslaufmodell Haltung". SPEX – Magazin für Popkultur, Nr. 346, 7-8/2013 und Nr. 353, 5-6/2014.

28 Vgl. hierzu Begrich, David: Erzählung statt Mythos. Vom Umgang mit linker Geschichte. In: History is unwritten. Beilage zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak, Sonderbeilage der ak – analyse und kritik, Winter 2013.

Die tieferliegende Bedeutung der Dekonstruktionsschübe, auch jenseits des linken und akademischen Feldes, liegt dagegen in der Öffnung der Räume möglicher Aneignungen tradierter Symbole und Geschichten, in der Schärfung des Bewusstseins für die aktive Erfindungsleistung, die jeder Tradition zugrunde liegt, in der Dynamisierung und Auffächerung der Rezeptionslinien und Imaginationsräume. Das ist aber in erster Linie eine Errungenschaft für die kulturelle und künstlerische Praxis – und kein hinreichendes Programm für die Geschichtswissenschaften, die Gesellschaftstheorie oder linke Politik. Und selbst wenn es um die (ästhetisch gerahmte) Artikulation subjektiver und sozialer Erfahrungen geht, bedeutet dies nur, dass die Last essenzialistischer und starrer Vorstellungen von dem, was in einem bestimmten Moment und in einem bestimmten kulturellen Setting als „wahr" und „authentisch" zu gelten hat, abgeworfen werden kann. Die Suche nach Wahrheit und Authentizität als sozialer und individueller Gestaltungsaufgabe hat sich damit aber keineswegs erledigt, sie hat nur an „Ellenbogenfreiheit" gewonnen. Dieser Landgewinn wird jedoch in dem Maße verspielt, wie der historische Orientierungsrahmen erodiert und die Akteur_innen zurücksinken in individuelle Behauptungskämpfe und die sinnlos erscheinenden Gezeitenströme der Märkte.

Das Vermächtnis der Neuen Linken schließt auch Gegenutopien ein, die bürgerliche Subjektivierungs- und Vergemeinschaftungsprozesse aufgreifen und in ein linkes Projekt überführen sollten. Einige noch immer aktuelle Anknüpfungspunkte aus diesem – ebenfalls mythisch überformten – Erbe seien abschließend zur Diskussion gestellt.

Geschichte von unten – mit Intellekt und Enthusiasmus

Die Anfang der 1960er Jahre begonnene Fischerdebatte zum 1. Weltkrieg, die heute rückabgewickelt werden soll, fiel in eine Zeit, in der die konservative Hegemonie in Deutschland, wie in vielen anderen westlichen Staaten, zu bröckeln begann und sich mit den Auschwitz-Prozessen eine öffentliche Auseinandersetzung um die abgründigen Kontinuitäten deutscher Geschichte entwickelte. In der sich über das ganze Jahrzehnt hinziehenden Diskussion rückten vor allem jüngere Historiker_innen zunehmend sozio-ökonomisch begründete Interessen und Kämpfe in den Mittelpunkt: Das militaristische Großmachtstreben der Reichsführung wurde in den Zusammenhang der Krise der alten Ordnung gestellt. Es ging um das brüchig werdende Bündnis zwischen grundbesitzendem Landadel, Obrigkeitsstaat und Bürgertum, den Aufstieg und die Spaltung der Arbeiterbewegung, die imperialistische Expansion, kurz: Um Grundfragen einer sich damals in der Bundesrepublik (verspätet) etablierenden Sozialgeschichtsschreibung. Was sie verband, war nicht nur der Versuch, eine historische Struktur- und Klassenanalyse vorzunehmen, sondern auch eine umfassendere Beschreibung und Interpretation gesellschaftlicher Zusammenhänge

anzubieten. Diese sollte auch „Zeitgeschichte" mit starken Gegenwartsbezügen sein und wendete sich gleichermaßen gegen die disziplinäre Zergliederung der bürgerlichen Wissenschaften und die Überschätzung der Macht einzelner Akteure.

In diesem allgemeinen Sinne handelte es sich um „große" Erzählungen – mit teils sozialdemokratischen, teils sozialistischen, aber auch anarchistischen Anklängen. Das Feld herrschaftskritischer Positionen differenzierte sich aus und auch das Interesse an sozialen Bewegungen, an Alltagsbewusstsein und Subjektivität, nahm in den Geschichts- und Sozialwissenschaften zu.

Das gilt etwa für den britischen Historiker und Aktivisten Edward P. Thompson, dessen Studie über die *Entstehung der englischen Arbeiterklasse* ein Standardwerk jener „Geschichte von unten" ist, die im Kielwasser der Neuen Linken Schule machen sollte. Thompson rekonstruierte Geschichte aus der Konfrontation einer relativ verselbstständigten kapitalistischen Dynamik mit konkreten Lebensweisen und den aus ihnen erwachsenden Vorstellungen von Moral, Identität und Gerechtigkeit. Er bemühte sich, neben aller sachlichen Nüchternheit in der Prüfung der Quellen, die frühe Arbeiterbewegung auch vor den Augen der Leser_innen zu neuem Leben zu erwecken – und das mit offen bekannter Sympathie und Faszination.[29]

Viele Wortführer und Aktivist_innen begegnen uns als Charaktere und Typen, die in spezifischen, oft widerstreitenden Lebenswelten verankert waren:

> „Süden und Norden, Intellekt und Enthusiasmus, die Argumentation des Säkularismus und die Rhetorik der Liebe – diese Spannungen setzten sich im 19. Jahrhundert fort. Jeder der beiden Traditionsstränge scheint ohne den ihn ergänzenden anderen kraftlos."[30]

Zugleich beschrieb Thompson viele der Orientierungen und Utopien als hochgradig mystifiziert: Eine verloren gegangene traditionelle Ordnung wurde idealisiert, messianische Weltuntergangsszenarien und hoffnungslose Himmelfahrtskommandos waren weit verbreitet. Trotz aller Verwirrungen artikulierten

29 So rehabilitierte Thompson etwa die ludditischen „Maschinenstürmer", die nach seiner Darstellung keineswegs irrational, sondern gut organisiert handelten und deren Zerstörungsaktionen sich zumindest kurzfristig als effektives und gezielt eingesetztes Mittel des Arbeitskampfes erwiesen. Aber auch ihre symbolische Bedeutung in der Erinnerung der Gemeinden und Bewegungen sollte vergegenwärtigt werden: Aus dem Halbdunkel des historischen Vergessens, der verdrängten kollektiven Erfahrung dieser brutalsten Phase der Industrialisierung heraus, sollten ihre geschwärzten Gesichter und schweren Hämmer noch einmal im Licht der Signalfeuer aufflackern, die über den nächtlichen Feldern von Lancashire in den Himmel gestiegen waren.

30 Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt a.M. 1987, S. 59.

diese widersprüchlichen Bewegungen aber auch neu aufkommende, moderne Ideen von Freiheit, Gleichheit und Menschenrechten – und sei es in der Rückprojektion auf eine verklärte Vergangenheit. Thompson verdeutlichte damit, dass Mythen in einer emanzipativen Bewegungsdynamik keineswegs notwendiger Weise regressiv wirken. Und er fragte immer wieder nach den verpassten Chancen, den offenen Fensterfluchten einer Geschichte, deren verschlungene Pfade wir nie ganz zu fassen bekommen, in der aber überall sinnvolle Kreuz- und Querverbindungen und lange Linien sichtbar werden – eine Geschichte, die Unabgegoltenes einschließt: Liegengebliebene Seitenabzweige, die in späteren Kampfzyklen unverhofft wieder vergegenwärtigt und neu beschritten werden können. Dies allerdings nur, wenn wir bereit sind, sie im großen Zusammenhang zu erzählen, zu verdichten, Breschen zu schlagen.

Der nostalgische Aufbruch und die Mythen der Neuen Linken

Historische Arbeiten wie die von E. P. Thompson oder den sozialhistorischen Schüler_innen von Fritz Fischer hatten eine wichtige Orientierungsfunktion für die sich auch in Jugendclubs, Kaffeehäusern und WGs, in Parteijugendorganisationen, Gewerkschaften oder Kunsthochschulen allmählich formierenden Jugend- und Studentenbewegungen und ihr gegenkulturelles Umfeld. Rückblickend betrachtet, setzten diese Bewegungen in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems keine politische oder sozio-ökonomische Umwälzung durch – diese wurde als „passive Revolution" (Gramsci)[31] eher von den etablierten und reaktionären Kräften geprägt. Sie sprengten aber tendenziell die konformistischen und patriarchalen Identitäten des fordistischen Zeitalters. In der Schwellenepoche der 1960er und 1970er Jahre brach sich eine widerständige Subjektivität Bahn, die vehement individuelle Entfaltungs- und Erfahrungsräume, insbesondere auch für Frauen und Nicht-Weiße, einforderte – und zwar in der direkten gesellschaftlichen Interaktion, nicht nur in den intimen Beziehungen oder dem Reich der Kunst, sondern auch in den neu angeeigneten Räumen des Öffentlichen: dem Universitätscampus, der Stadt, dem Betrieb.

Diese Zeit, die heute meist mit einer radikalen Abwendung der Jugend von der Tradition, dem „Muff der tausend Jahre", assoziiert wird, war nicht nur geschichtspolitisch hoch aufgeladen. Die vor neuen Impulsen vibrierenden Gegenkulturen waren auch, besonders zu Beginn, auf paradoxe Weise geprägt von einem tiefen Gefühl der Nostalgie und der Identifikation mit ihnen sozial und historisch scheinbar fern liegenden Akteur_innen. Die eigenen, anfangs noch in romantisch gefärbter Innerlichkeit gärenden Entfremdungserfahrungen und Sehnsüchte wurden auf die alte Arbeiterbewegung oder die anti-faschistischen

31 Vgl. Becker, Florian/Candeias, Mario/Niggermann, Janek/Steckner, Anne (Hg.): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte, Hamburg 2013, S. 303 ff.

und anti-kolonialen Kämpfe projiziert. Sie artikulierten sich mitunter sogar in einer Adaption der Sprache der christlichen Befreiungstheologie, wie sie für die Bürgerrechtsbewegung prägend war. Alle möglichen sozialen Randexistenzen rückten in den Mittelpunkt der herauf quellenden Phantasien einer durch Bildungsexpansion sozial aufsteigenden Jugend: eine Entgrenzung der Empathie- und Einbildungskraft.

Besonders pointiert zeigte sich das etwa im Folk- und Bluesrevival der ersten Hälfte der 1960er Jahre: Es wurde an die großen Schlachten und kleinen Alltagskämpfe des Proletariats und der ersten Frauenbewegung erinnert, die oralen Überlieferungen der gewachsenen „Volkskulturen" wurden idealisiert und, vor allem in der Berührung mit der US-Bürgerrechtsbewegung, die Teil der globalen Welle anti-kolonialer Kämpfe war, in ein universell-humanistisches Narrativ übersetzt. Ihre Aufrichtigkeit wurde dem Zynismus der modernen Massenkultur entgegengehalten – durchaus auch mal im Rahmen einer Fernsehsendung.[32] Britische Hipster[33] identifizierten sich leidenschaftlich mit dem ländlichen Blues der 1930er Jahre. Verarmte Farmer und Straßenmusikerinnen, nicht selten jenseits der 70, wurden ausfindig gemacht und zogen im späten Triumph über die Bühnen jener Clubs, in denen Stuart Hall und seine Mitstreiter_innen sich Inspiration für eine neue Theorie des Populären holten. Bob Dylan versenkte sich in die Archive und trat als Landstreicher mit Arbeiterkappe vor's Mikrophon. Seine poetischen Berichte aus den teils längst vergangenen, teils zeitgenössischen – biografisch betrachtet aber fast immer „nur" imaginierten – Kämpfen kleidete er in die Metaphorik eines alten, unheimlichen Amerika. Er lieh seine Stimme mal der Frau eines Minenarbeiters, mal einer erschlagenen schwarzen Hausangestellten, mal einem alternden Säufer – und Millionen junger Menschen aus geordneten Verhältnissen erkannten sich darin wieder. Oder genauer: Sie erkannten eine allgemein-menschliche Erfahrung des Leidens und der Auflehnung wieder und machten die Musik zum Resonanzraum für eine charismatische Bewegungsdynamik, deren Echo sich bis heute in unzähligen Spekulationen, haarsträubenden Pamphleten und gelehrigen Debatten fortschreibt: Der Archetyp einer aus der Überlieferung aufsteigenden, prophetischen Künstlerfigur in popkulturellem Format – die sich allerdings schon 1965/66, in der ersten Krise der Studenten- und Bürgerrechtsbewegung in den USA, derart radikal dekonstruierte, dass es den Menschen Bob Dylan fast umbrachte (wie es viele andere tatsächlich umbrachte), ihn in

32 Ein Beispiel aus der Bundesrepublik ist etwa der „Beat-Club" von Radio Bremen, der seit 1965 der – zuvor nur über US-Militärsender erreichbaren – Musik der anglo-amerikanischen Jugendkulturen eine massenmediale Plattform bot.

33 Der heute in einem veränderten Sinne wieder gebräuchliche Begriff des „Hipsters" bezog sich in den 1950er und 1960er Jahren vor allem auf die jazzaffine Beatnik- und später die Hippie-Kultur.

die Trutzburg der bürgerlichen Kleinfamilie zurücktrieb und dauerhaft von der politischen Linken entfremdete.[34]

An vielen Orten schwirrten mythisch durchwirkte Bilder und Erzählungen umher, während in Berkeley und Frankfurt die Lesekreise der SDS-Sektionen über den Marx'schen Frühschriften brüteten. Es gab bei alledem natürlich jede Menge himmelschreiende Missverständnisse und viele Geschichtskonstruktionen, die von heute aus (bzw. in wissenschaftlicher Perspektive) nur noch kurios anmuten. Aber in dieser fieberhaften Entdeckung eines halb vergessenen kulturellen und intellektuellen Erbes wurden die eigenen Erfahrungen des Um- und Aufbruchs gespiegelt und symbolisch verarbeitet. Sie wuchsen in der kollektiven Erinnerungsarbeit gleichsam über sich und ihre bornierte soziale Gegenwart hinaus: Ein elektrisierender „Geschichtsschock", in dem sich durchaus privilegierte Menschen gegen die ihnen qua Sozialisation zugewiesenen Identitäten und Herrschaftspositionen aufbäumten.

Für die Wiederentdeckung einer gebrochenen Universalgeschichte

Vielleicht war es das, was Walter Benjamin gut zwanzig Jahre zuvor, am historischen Tiefpunkt der kapitalistischen Zivilisationsentwicklung, mit dem Bild vom „Tigersprung ins Vergangene" angedeutet hatte: „die Witterung für das Aktuelle […] im Dickicht des Einst"[35]. Das Neue, die Erkenntnis der anstehenden Kämpfe, entstand gerade aus der Aneignung und Wiedererfindung des Alten. In diesem Sinne handelte es sich tatsächlich um eine Abwendung von jener modernen Konzeption einer linearen Zeit, in der das Vergangene wirklich vergangen erscheint. Eine unterdrückte Geschichte behauptete ihr Recht in der Jetztzeit, das Eigene nahm in der Einlassung auf das Fremde und Verdrängte Gestalt an.

Dazu gehörte immer auch die Dekonstruktion der vorgefundenen Geschichtsbilder. Emanzipatorisch wirkte das aber nur in dem Maße, wie es im Kontakt blieb mit einer positiven, auch wissenschaftlichen, *Re*konstruktion im erweiterten Radius der Wahrnehmung. Dort, wo dies nicht gelang – und schon ab ca. 1968 gelang es immer seltener – zerrissen die Aneignungsweisen

34 Wie für die klassische Ära der Rockmusik insgesamt typisch, wird diese Geschichte in der Regel aus einer männlich dominierten Perspektive erinnert und romantisiert. Sie lässt sich aber auch von den Frauen an Dylans Seite und ihrem Engagement in der Bürgerrechtsbewegung her erzählen. Vgl. Rotolo, Suze: Als sich die Zeiten zu ändern begannen. Erinnerungen an Greenwich Village in den Sechzigern, Berlin 2010; Lill, Max: the whole wide world is watchin'. Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren. Bob Dylan und The Grateful Dead, Berlin 2013, u. a. S. 318 ff.

35 Benjamin, Walter: Geschichtsphilosophische Thesen. In: Gesammelte Schriften, Bd. 1-2, Frankfurt a.M. 1974, S. 705.

wieder in polemisch entgegengesetzte Einseitigkeiten: Esoterische Pilgerreisen nach Indien standen neben staubtrockenen Ableitungsmarxismen. Die einen flohen aufs Land, die anderen verrannten sich in irrationalen Revolutions- und Militanz-Fetischismen. Wieder und wieder führte die studentische Linke die inneren Frontstellungen aus der Zeit der Spaltung der Arbeiterbewegung vor und nach dem 1. Weltkrieg als Farce neu auf. Und viele machten schließlich ihren Frieden mit den Verhältnissen.

Es ist dieser historische Kontext, in dem die Radikalisierung des Zweifels ihren Platz hat. Hier etablierten sich die Abstraktionen von Strukturalismus und Post-Strukturalismus in ihrer Polarität als neue Leittheorien der akademischen Linken, während die humanistischen und historischen Lesarten des Marxismus an Boden verloren.[36] Ähnlich wie die damals dominante Rezeption der „Dialektik der Aufklärung" von Horkheimer und Adorno waren und sind dies über weite Strecken Philosophien der Verzweiflung, die schwer auf unserem Denken lasten. Im Falle von Foucault und vielen anderen liefen sie, wenigstens zwischenzeitlich und in diesem Punkt ähnlich wie einst bei Nietzsche, auf eine „Opferung des Erkenntnissubjektes" und eine „wirklichkeitszersetzende Parodie" hinaus.[37] Eine solche Haltung zum überhistorischen Dogma zu erklären ist das letzte, was diesem traurigen Erbe gerecht wird.

Diese Zeit der größten Verwirrung und Enttäuschung ist im Gedächtnis der linken Bewegungen aber noch immer deutlich präsenter als die Utopien und Kämpfe der 1960er Jahre, die in sinnlos zusammengeschusterten Arte-Dokus als spießige Klischeebilder um sich selbst kreisen und die vom neoliberalen Blick auf eine individualistische Pose verkürzt werden. Die Neuen Sozialen Bewegungen am Übergang zu den 1980er Jahren brachten zwar noch einmal Massen auf die Straßen und Felder, sie übersetzten die Sensibilitäten der Kulturrevolte in einen breiten Wandel der sozialen Milieus.[38] Politisch hatte sich zu diesem Zeitpunkt die Marginalisierung der Neuen Linken aber längst verfestigt. Die neu nachwachsenden punkig-autonomen Gegenkulturen zogen sich auf lokale Bastionen zurück. Mit dem Scheitern der sozialdemokratischen Krisenpolitik in den 1970er Jahren hatte der Aufstieg des Neokonservatismus und Neoliberalismus begonnen. Das grüne Projekt und die zu Unternehmern ihrer eigenen

36 Thompson machte damals seiner Verbitterung über diese Entwicklung in einer gnadenlosen Polemik gegen den bis heute so einflussreichen Louis Althusser Luft. Vgl. Jünke, Christoph: Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert. Internetressource: http://www.globkult.de, letzter Zugriff: 22.05.2014.

37 Foucault, Michel: Nietzsche, Genealogie, Historie, In: Kultur & Geschichte. Neue Einblicke in eine alte Beziehung, Stuttgart 1998, S. 67 und 64.

38 Vgl. Reichhardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

Arbeitskraft avancierenden Bohemiens konnten darin relativ geräuscharm integriert und gegen die alte Arbeiterbewegung in Stellung gebracht werden.

Diese hegemoniale Formation bricht heute vor unseren Augen auseinander, auch wenn das in Berlin erst später spürbar wird als in Athen. Es ist zu hoffen, dass sich dabei die historischen Reflexionen der Linken wieder intensivieren, sich auch stärker zugunsten von Phasen des Aufbruchs verschieben, um Liegengebliebenes neu aufzunehmen. Das gilt nicht nur für den ersten Zyklus der Neuen Linken (1956-1968), sondern mit Blick auf die Zeit des 1. Weltkrieges etwa auch für jene Spektren der Arbeiterbewegung, die der fatalen Spaltung zwischen Leninismus, Sozialdemokratie und Anarchismus entgegengearbeitet und die basisdemokratischen Impulse der Rätebewegung verteidigt haben.[39]

So bedrohlich sich das Vergangene zurückmeldet, so sehr bietet es auch die Gelegenheit, aus den muffigen Winkeln der linken Szenediskurse heraus zu treten und wieder die kühle Luft auf dem weiten Feld der Weltgeschichte zu atmen. Dazu wäre an den Punkten anzusetzen, an denen sich das kollektive Erinnern kristallisiert, um die hegemonialen Erzählungen „gegen den Strich zu bürsten", was etwas anderes ist, als sie nur phantasielos zu entzaubern. In jedem Fall heißt es, „sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt."[40]

39 Vgl. Lill, Max: Gespalten und doch zusammenhängend. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung – und ihren Erblasten, in: Sozialismus 7-8/2012, S. 46-53.

40 Benjamin, Walter: Geschichtsphilosophische Thesen, S. 699. Was eine solche linke Wiederentdeckung der Universalgeschichte heute heißen kann, hat etwa Susan Buck-Morss am Beispiel der Haitianischen Sklaven-Revolution demonstriert. Vgl. Buck-Morss, Susan: Hegel und Haiti, Frankfurt a.M. 2011.

Florian Grams

Lehrstoff aber keine Legenden – Ein Beitrag zum notwendigen Geschichtsverständnis für emanzipatorische Praxis

Die großen Erzählungen sind in der Geschichtswissenschaft an ihr Ende geraten. Das ist eine Feststellung, die sich durch die meisten Diskurse des Faches zieht.[1] Gleichzeitig wird jedoch konstatiert, dass die Konstruktion von Geschichte in immer mehr Feldern Platz greift und vermehrt wieder in den Dienst nationaler Identifikation gestellt wird.[2] Schon deshalb kann die kritische Geschichtswissenschaft versucht sein, das vermeintliche Ende der großen Erzählungen zu begrüßen und – sich auf Walter Benjamin beziehend – feststellen, es sei nun an der Zeit, den Boden „vom Gestrüpp des Wahns und des Mythos"[3] zu reinigen. Richtig! Doch zumindest das unwidersprochene Nebeneinander der unverhohlenen Produktion historischer Mythen und das Postulat des Endes der großen Erzählungen reizen zum Zweifel, ob die Übernahme einer solchen Feststellung ein sinnvoller Schritt für eine Geschichtswissenschaft mit emanzipatorischer Perspektive ist. Angesichts des gleichfalls unbestrittenen Umstandes, dass Geschichte kaum anders als narrativ zu fassen ist,[4] ist im Interesse einer eingreifenden Wissenschaft zu klären, was genau da an sein vermeintliches Ende gekommen ist, von wem die so verabschiedeten großen Erzählungen stammten, was an ihre Stelle treten könnte und – nicht zuletzt – welche praktischen Konsequenzen sich hieraus für eine kritische Geschichtswissenschaft ergäben. Auf diese Weise ist ein Programm umrissen, das zu bearbeiten in diesem Rahmen kaum möglich ist. Gleichwohl ist es lohnend, die angerissenen Problemfelder zu skizzieren, um schließlich eine Grundlage zu erarbeiten, auf der eine Diskussion über das Selbstverständnis einer Geschichtswissenschaft mit emanzipatorischer

1 Vgl. Motzkin, Gabriel: Das Ende der Meistererzählungen. In: Eibach, Joachim; Lottes, Günther (Hg.): Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch. Göttingen 2006, S. 387.

2 Vgl. König, Jana; Steffen, Elisabeth: Das Ende der Geschichte? Die Einordnung von DDR und ‚Wiedervereinigung' in das postsozialistische Kontinuum der Nation. In: Fischer, Henning; Fuhrmann, Uwe; König, Jana; Steffen, Elisabeth; Sträter, Till (Hg.): Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012, S. 161.

3 Benjamin, Walter: Das Passagen-Werk. In: Ders.: Gesammelte Schriften Bd. V.1. Frankfurt/M. 1982, S. 571.

4 Vgl. Gabriel, Gottfried: Fakten oder Fiktionen? Zum Erkenntniswert der Geschichte. In: Historische Zeitschrift 297/2013, S. 16.

Perspektive geführt werden kann. Hieran einen kleinen Anteil zu haben, ist das Ziel dieses Beitrags. Dazu ist es notwendig, sowohl die postmoderne Geschichtsdebatte mit ihrer Kritik an den großen Erzählungen darzustellen, als auch die Geschichtsschreibung mit emanzipatorischem Anspruch daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit sie selber Geschichte mechanistisch wiedergibt und so Mythen produziert. Hierbei werden vor allem die Positionen von Marx, Engels, Lenin und Antonio Gramsci in den Blick genommen.

Es war Jean-François Lyotard, der bereits 1979 in einem schmalen Band über das postmoderne Wissen schrieb, dass die großen Erzählungen von einer Entwicklungsrichtung der Geschichte – hin auf ein gottgegebenes Paradies oder auf eine von Menschen gemachte, von der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaft – ihre Glaubwürdigkeit verloren hätten.[5] Zu diesem Zeitpunkt hatten die Chicago Boys – chilenische Wirtschaftswissenschaftler mit US-amerikanischen Universitätsabschlüssen – bereits die ökonomischen Theorien von Friedrich v. Hayek und Milton Friedman in der Praxis erprobt. Vor dem Hintergrund des faschistischen Putsches vom 11. September 1973 hatten sie ihr Heimatland in ein Laboratorium des Neoliberalismus verwandelt.[6] Fast zeitgleich mit dem Erscheinen der Schrift von Lyotard kamen in Großbritannien und in den USA – mit Thatcher und Reagan – die ersten VertreterInnen eines neoliberalen Programms an die Macht[7] und auch bis zur so genannten „geistig-moralischen Wende", der Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler der BRD, sollte es nicht mehr lange dauern.

Es ist insofern folgerichtig, wenn Lyotard den von ihm erhobenen Befund auch damit erklärt, dass der Kapitalismus nach seinem Rückzug unter den Schutz des Keynesianismus wieder vorgerückt sei und „die kommunistische Alternative beseitigt und den individuellen Besitz an Gütern und Dienstleistungen aufgewertet hat."[8] Lyotard stellt die von ihm postulierte Delegitimierung der großen Erzählungen somit in eine enge Verbindung mit politischen Entwicklungen. Im selben Zusammenhang meint Lyotard, nicht zuletzt diese Verschiebung im politischen Kräfteverhältnis habe dazu geführt, dass das Interesse der Geschichtswissenschaft sich von den Zwecken der historisch Handelnden vermehrt auf ihre Mittel verlagert habe.[9] Genau mit dieser Verschiebung aber droht die Wissenschaft aus dem Blick zu verlieren, welche gesellschaftlichen Kräfte welche Mittel zu welchem Zweck einsetzen. Aus dem

5 Vgl. Lyotard, Jean-Francois: Das postmoderne Wissen. Ein Bericht [La condition postmoderne 1979]. Wien 1986, S. 112.

6 Vgl. Harvey, David: Kleine Geschichte des Neoliberalismus [A Brief History of Neoliberalism 2005]. Zürich 2007, S. 15.

7 Vgl. ebd., S. 7.

8 Lyotard, Jean-Francois: Das postmoderne Wissen, S. 112.

9 Vgl. ebd.

Blick geraten so die Entwicklungstendenzen von Gesellschaften und die damit verbundenen Auseinandersetzungen. Übrig bleibt der Geschichtswissenschaft in dieser Perspektive einzig die Betrachtung von relativ unverbunden nebeneinander stehenden Einzelheiten vergangener Wirklichkeit. Damit aber wäre sie einzig auf eine „kaleidoskopartige Auffächerung in Ästhetik, Lebensentwürfe und Ethik der Gegenwart"[10] verwiesen.

Macht man sich die so formulierte Kritik an einer postmodernen Art der Geschichtsbetrachtung zu eigen, muss doch die hinter dieser Kritik stehende Analyse ihrer Ausgangsbedingungen ernst genommen werden. Zutreffend beschreibt Lyotard den Umstand, dass historische Erfahrungen die Hoffnungen auf einen gleichsam automatischen Fortschritt der Menschheit in Misskredit gebracht haben.[11] Er trifft sich an dieser Stelle mit Jürgen Habermas, der fast zeitgleich konstatierte, dass die zunehmende Komplexität technischer wie gesellschaftlicher Systeme auch zu immer mehr dysfunktionalen Nebenwirkungen führe. Es nähme daher nicht wunder, wenn im wissenschaftlichen Diskurs immer mehr Theorien Platz griffen, die zu zeigen suchten, dass „Autonomie in Abhängigkeit, Emanzipation in Unterdrückung, Rationalität in Unvernunft umschlagen."[12] Das Ende der Systemauseinandersetzung schien die Richtigkeit dieser Wahrnehmung zu beweisen. Doch mit diesem Datum greift im geschichtswissenschaftlichen Raum nicht etwa eine sachliche an Fakten orientierte Geschichtsbetrachtung Platz, sondern eine neue große Erzählung betritt die Bühne der Fachdiskussionen: Nichts anderes war die These vom Ende der Geschichte, wie sie von Francis Fukuyama 1992 aufgestellt worden war. Inzwischen ist es angesichts der aktuellen Zeitläufte um diese Lesart der Geschichte still geworden, doch was Fukuyama anbot, war eine Deutung von Geschichte, die die Durchsetzung der bürgerlich-liberalen Demokratie zum Ziel aller historischen Entwicklungen erklärte.[13] Auf diese Weise wurde der Status quo in den kapitalistischen Metropolen historisch legitimiert und den Entwicklungen in der Peripherie eine Richtung vorgegeben. Gestützt auf den Sieg in der Systemauseinandersetzung war diese Erzählung aber vor allem dazu geeignet, oppositionelle und widerständige Geschichtsdeutungen still zu stellen.

10 Conrad, Christoph; Kessel, Martina: Geschichte ohne Zentrum. In: Dies. (Hg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Debatte. Stuttgart 1994, S. 9.

11 Vgl. Lyotard, Jean-Francois: Das postmoderne Wissen, S. 113.

12 Habermas, Jürgen: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Ders.: Die neue Unübersichtlichkeit – Kleine politische Schriften V. Frankfurt/M. 1985, S. 144.

13 Vgl. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? [The End of History and the last man 1992] München 1992, S. 11.

In Erwägung dieser Geschichte der großen Erzählungen eröffnet sich ein Verständnis der großen Erzählungen als Deutungsangebote von Geschichte, die sowohl über das Einverständnis der AdressatInnen als auch über unterschiedliche Formen des Zwangs Wirkmächtigkeit erlangen können.[14] Insofern sind die so genannten großen Erzählungen nichts anderes als der Ausdruck von bestimmten Weltauffassungen, von denen der italienische Kommunist Antonio Gramsci schrieb, dass sie jedem Menschen über seine Sprache und seine Eingebundenheit in soziale Kollektive zu eigen sind.[15] Auf diese Spur gesetzt, erscheint es illusionär, diese Weltauffassungen aus der Geschichtsschreibung verbannen zu wollen. Vielmehr sind sie zum einen als wichtiges – auch politisch bedeutsames – Kampffeld zu definieren und zugleich bedarf es der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Weltauffassung, denn nur so kann es gelingen, „[...] sie einheitlich und kohärent zu machen und bis zu dem Punkt anzuheben, zu dem das fortgeschrittenste Denken der Welt gelangt ist."[16] Gramsci formuliert an dieser Stelle in seinen – im faschistischen Kerker entstandenen – Gefängnisheften einen Anspruch an den Umgang mit Weltauffassungen, die auch für eine kritische Geschichtswissenschaft tragfähig ist. Er trachtet danach, die wirksamen Alltagsverständnisse aufzunehmen, sie dialektisch aufzuheben und mit einer wissenschaftlichen Weltauffassung in Einklang zu bringen. Dabei geht es ihm aber nicht um eine kontemplative Geschichtsbetrachtung, sondern gerade darum, dass die organischen Intellektuellen[17], die sich der Emanzipation der Subalternen[18] verschrieben haben, von der Technik-Arbeit zur „Technik-Wissenschaft und zur geschichtlichen humanistischen Auffassung [gelangen], ohne die man ‚Spezialist' bleibt und nicht zum ‚Führenden' (Spezialist + Politiker) wird."[19] In der Terminologie von Antonio Gramsci ist der Begriff der Führung eng verbunden mit dem Begriff der Hegemonie. Eine politische Gruppe kann – so Gramsci – nur zur

14 Vgl. Gramsci, Antonio: Gefängnishefte [Quaderni del Carcere 1948]. Hamburg 2012, S. 783.

15 Vgl. ebd., S. 1375.

16 Ebd., S. 1376.

17 Gramsci bezeichnet damit Menschen, die aus einer politischen Bewegung stammen und dieser durch Theorien und praktische Organisationsarbeit Bewusstheit der eigenen Funktion geben. Vgl. hierzu ebd., S. 1497.

18 Gramsci sah, dass die nicht herrschenden und unterdrückten Schichten einer Gesellschaft nur in seltenen historischen Fällen als mächtiger politischer Akteur auftreten. Viel häufiger sind sie zersplittert und machtlos. Um dieser Vielgestaltigkeit der nicht herrschenden Schichten Ausdruck zu geben, sprach er nicht von der Arbeiterklasse, sondern von den subalternen Schichten oder Klassen. Vgl. hierzu ebd., S. 2191.

19 Ebd., S. 1532.

Herrschaft gelangen, wenn sie die Hegemonie erlangt und auf diese Weise in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen führend ist und bleibt.[20] Es geht Gramsci an dieser Stelle mithin um die Verbindung von Wissenschaftlichkeit und politischem Eingreifen.

Das Werk von Marx und Engels – nicht Teleologie sondern Wissenschaft

Folgt man dem dargestellten Gedanken Antonio Gramscis, dann ist man auf ein Spannungsverhältnis verwiesen, das das Verhältnis von Wissenschaft und emanzipatorischer Bewegung schon lange begleitet. Es wurde oft als Widerspruch von Objektivität und Parteilichkeit beschrieben. Da gerade Karl Marx und Friedrich Engels um eine wissenschaftliche Analyse im Dienst der Veränderung der Welt rangen,[21] sahen sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Wissenschaftlichkeit im Interesse einer teleologischen Geschichtsphilosophie geopfert zu haben.[22] So bewertete etwa der Bildungshistoriker Theo Dietrich das gesamte Werk von Karl Marx als „Ideologie ohne Wirklichkeit",[23] weil er einem Geschichtsdeterminismus das Wort geredet habe. Wäre dies zutreffend, wäre der Marxismus in der Tat ein geschichtsphilosophischer Mythos und seine Orientierung auf die klassenlose Gesellschaft viel eher ein Wahn als eine Philosophie der Praxis. Bereits im Manifest der kommunistischen Partei widersprachen Marx und Engels jedoch einer solchen Lesart ihrer Analysen. Zwar begriffen sie alle bisherige Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen und sahen in ihnen den Motor des gesellschaftlichen Fortschritts, doch wussten sie auch, dass diese Klassenkämpfe „mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft [...] oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen"[24] enden können.

In vielen ihrer späteren Werke ist – neben der Überzeugung, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission, die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, erfüllen wird[25] – auch die Möglichkeit des Scheiterns emanzipatorischer Bestrebungen präsent. So etwa, wenn Engels sich 1873 mit den politischen Konzepten Michail Bakunins auseinandersetzt und in diesem Zusammenhang festhält, dass durch eine verfehlte Politik der spanischen

20 Vgl. ebd., S. 101.

21 Vgl. Marx, Karl: Thesen über Feuerbach [1845]. In: MEW Bd. 3, S. 7.

22 Vgl. Sabrow, Martin: Geschichte als Instrument: Variationen über ein schwieriges Thema. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 42-43/2013, S. 6.

23 Vgl. Dietrich, Theo: Sozialistische Pädagogik. Ideologie ohne Wirklichkeit. Bad Heilbrunn 1966, S. 319.

24 Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei [1848]. In: MEW Bd. 4, S. 462.

25 Vgl. ebd., S. 474.

Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation die dortige Organisation der Internationale inzwischen faktisch aufgelöst sei und „dadurch die internationale Reorganisation des spanischen Proletariats vielleicht auf Jahre hinaus unmöglich gemacht ist.“[26] Geschichte – auch die von emanzipatorischen Bewegungen – dachten Marx und Engels nie als „Komplex von fertigen Dingen […], sondern als Komplex von Prozessen.“[27] Daher wiesen sie auch die Forderung von endgültigen Lösungen und ewiger Wahrheiten zurück. Man müsse sich vielmehr – schreibt Engels – „der notwendigen Beschränktheit aller gewonnenen Erkenntnis stets bewußt [sein], ihrer Bedingtheit durch die Umstände, unter denen sie gewonnen wurde.“[28]

Marx und Engels waren überzeugt, dass aktuelle Zustände nur aus ihrer historischen Genese zu erklären sind und daher einer geschichtswissenschaftlichen Aufklärung bedürfen.[29] Nur auf dieser Grundlage ließe sich das Fundament einer eingreifenden Praxis gewinnen, die am kategorischen Imperativ orientiert ist, „*alle Verhältnisse umzuwerfen,* in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“[30] Diese Formulierung entsprang sowohl den politischen Erfahrungen als auch den Ergebnissen der Analysen von Marx und Engels und war die Basis ihrer politischen Praxis. Zugleich wussten sie aber auch, dass die Menschen künftiger Generationen „sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, dass sie tun sollen; sie werden sich ihre eigne Praxis und ihre danach abgemessene öffentliche Meinung über die Praxis jedes einzelnen selbst machen – Punktum.“[31] Was hier aufscheint, ist nicht Teleologie, sondern eine Dialektik, die gesellschaftliche Entwicklungen zum Zwecke der Weltveränderung zu begreifen sucht und dabei an keiner Stelle von der Abschließbarkeit historischer Prozesse ausgeht. Marx formulierte diesen Anspruch an sein eigenes Wirken im „Kapital“, als er schrieb, jede gewordene Form sei „im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite“[32] aufzufassen. Dieses Herangehen unterscheide sich von jener mystifizierten Form

26 Engels, Friedrich: Die Bakunisten an der Arbeit – Denkschrift über den Aufstand in Spanien im Sommer 1873 [1873]. In: MEW Bd. 18, S. 492f.

27 Engels, Friedrich: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie [1886]. In: MEW Bd. 21, S. 293.

28 Ebd.

29 Vgl. Engels, Friedrich: Die Lage Englands – „Past and Present“ by Thomas Carlyle, London 1843. [1843] In: MEW Bd. 1, S. 538.

30 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. [1844] In: MEW Bd. 1, S. 385 (Hervorh. i. Orig.).

31 Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. [1884] In: MEW Bd. 21, S. 83.

32 Marx, Karl: Das Kapital. [1867] In: MEW Bd. 23, S. 28.

der Dialektik, die deutsche Mode geworden sei.[33] Eine so begriffene rationelle Gestalt der Dialektik ließe sich von nichts imponieren und sei daher „ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär.“[34]

Geschichtsverständnis in der Arbeiterbewegung – zwischen Automatismus und Klassenkampf

Nach dem Tod von Marx und Engels geriet diese wissenschaftliche Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklungen in den Hintergrund und in der Arbeiterbewegung wurde eine Auffassung mehrheitsfähig, nach der die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus automatisch zum großen Kladderadatsch und zur Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse führen würde.[35] Im Zeichen einer Revision des Marxismus wurde auf diese Weise nicht nur der revolutionäre Weg des Klassenkampfes in der Sozialdemokratie suspendiert und die Dialektik aus dem offiziellen Marxismus verabschiedet, sondern auch eine Teleologie in die politische Praxis der Arbeiterbewegung hineingetragen, die bei Marx und Engels nicht angelegt war. Gegen diese Lesart sozialistischer Politik und Theorie gab es jedoch auch Widerstand. So war es in erster Linie Rosa Luxemburg, die sich in den innerparteilichen Diskussionen gegen eine Umdeutung des Marxismus wandte und darauf bestand, dass ausschließlich die politisch bewusste Aktion der Arbeiterklasse zu einer Überwindung des Kapitalismus führen würde.[36] Ihr berühmtes Diktum von der Alternative Sozialismus oder Barbarei[37] erinnert deshalb nicht zufällig an die Passage aus dem Kommunistischen Manifest, in der Marx und Engels die Möglichkeit des Untergangs der kämpfenden Klassen anführen.[38]

Rosa Luxemburg dachte – wie Marx – dialektisch und wusste daher um die Unabschließbarkeit von Geschichte. Nichtsdestoweniger verwies sie auf die große Bedeutung, die historische Erfahrungen für die Entwicklung einer zukunftsfähigen emanzipatorischen Praxis haben. Dabei lieferten in Luxemburgs Überzeugung vor allem die Niederlagen der emanzipatorischen Bewegungen wertvolle Lektionen für die Zukunft. Noch angesichts der Niederlage der

33 Vgl. ebd., S. 27.

34 Ebd., S. 28.

35 Vgl. Luxemburg, Rosa: Die Theorie und die Praxis. [1910] In: Dies.: Gesammelte Werke Bd. 2. Berlin/DDR 1990, S. 410.

36 Vgl. Luxemburg, Rosa: Die Ordnung herrscht in Berlin. [1919] In: Dies.: Gesammelte Werke Bd. 4. Berlin/DDR 1990, S. 535.

37 Vgl. Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund? [1918] In: Dies.: Gesammelte Werke Bd. 4. Berlin/DDR 1990, S. 441.

38 Vgl. Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei, S. 462.

revolutionären Kämpferinnen und Kämpfer in den Januarkämpfen 1919 – in ihrem letzten Artikel für die „Rote Fahne“ – beschwor sie die Erinnerung an den Lyoner Seidenweberaufstand von 1831, an die englische Chartistenbewegung, an die Pariser Junischlacht 1848 und an die Pariser Kommune, die sämtlich in blutigen Niederlagen untergegangen sind.[39] Doch Rosa Luxemburg sieht die junge KPD und die gesamte Arbeiterklasse im Januar 1919 auf diesen Niederlagen fußen, „deren keine wir missen dürfen, deren jede ein Teil unserer Kraft und unserer Zielklarheit ist.“[40] Zwar spricht Rosa Luxemburg in diesem Zusammenhang von der Unausweichlichkeit des endgültigen Siegs der proletarischen Revolution, doch die Methode ihrer historischen Betrachtungen bleibt analytisch, weil sie betont, dass der Sieg der proletarischen Revolution nur unter der Bedingung möglich sei, dass die revolutionären Kämpfe dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen und dass sie entschlossen geführt werden. Gerade diese Erkenntnis für kommende Kämpfe verdeutlichte sie an den historischen Erfahrungen.[41] Insofern hatte sie Recht, wenn sie bei der Gründung der KPD feststellte, man sei nun wieder bei Marx.[42]

Geschichtsschreibung im staatlich organisierten Sozialismus

Mit dem Sieg der Oktoberrevolution veränderte sich auch für Kommunistinnen und Kommunisten der Blick auf die Geschichte der revolutionären Bewegungen, denn nun entstand in der Sowjetunion ein anscheinend erfolgreicheres Modell revolutionärer Staatlichkeit als es bisherige Befreiungsbewegungen jemals haben errichten können. Lenin – der sich des Sieges der Oktoberrevolution noch nicht sicher sein konnte – formulierte Lehren aus der Pariser Kommune und maß die Erfolge der Sowjetunion noch an den Schritten der Pariser Revolutionärinnen und Revolutionäre von 1871.[43] Stalin indes erklärte die Pariser Kommune zu einer heroischen Episode im Kampf um den Sozialismus, derer man gedenken müsse, aus der aber nach dem Oktober 1917 nichts mehr zu lernen sei.[44] Mit dieser Haltung wurde der sowjetische Entwicklungsweg innerhalb der kommunistischen Weltbewegung als einzig gangbarer kanonisiert und Diskussionen um andere Wege zum Sozialismus an den Rand gedrängt.[45]

39 Vgl. Luxemburg, Rosa: Die Ordnung herrscht in Berlin, S. 534f.

40 Ebd., S. 535.

41 Vgl. ebd.

42 Vgl. Luxemburg, Rosa: Unser Programm und die politische Situation. [1918] In: Dies.: Gesammelte Werke Bd. 4. Berlin/DDR 1990, S. 492.

43 Vgl. Lenin, W.I.: Notizen eines Publizisten. [1922] In: LW Bd. 33, S. 190f.

44 Vgl. Stalin, J.W.: Fragen des Leninismus. Moskau 1947, S. 49.

45 Vgl. Hobsbawm, Eric: Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus. [How to change the world. Tales of Marx and Marxism 2011] München

Mit diesem Schritt wurde jedoch auch der entscheidende Anspruch an eine historisch-materialistische Dialektik – alle Dinge im Fluss ihrer Bewegung und also auch in der Perspektive ihrer Vergänglichkeit zu analysieren[46] – aufgegeben. In gewisser Weise wiederholte sich hier im Zeichen der Herrschaftslegitimation eine Entwicklung, die Rosa Luxemburg bereits in der deutschen Sozialdemokratie bekämpft hatte:

> „Der offizielle Marxismus sollte als Deckmantel dienen für jede Rechnungsträgerei, für jede Abschwenkung von dem wirklich revolutionären Klassenkampf, für jede Halbheit, die [...] die Arbeiterbewegung [...] zu einem Dahinsiechen [...] verurteilte, ohne jedes ernste Bestreben, die Gesellschaft zu erschüttern und aus den Fugen zu bringen.“[47]

Vergessen schien in der Sowjetunion die Überzeugung von Karl Marx, dass sich proletarische Revolutionen stets selbst kritisieren und alle Halbheiten und Schwächen ihrer ersten Versuche verhöhnen um schließlich jede Rückkehr zu kapitalistischen Verhältnissen unmöglich zu machen.[48] In den Ländern des staatlich organisierten Sozialismus wurde vielmehr das revolutionäre Erbe der von Karl Marx begründeten Philosophie beschwiegen. Aus ihr wurde in der Sowjetunion – wie Ernst Bloch schrieb – ein

> „Platonismus der reinen Wahrheit in rein ätherischer Luft [...] mit einer solchen Reinheit der Idee, und bloß der Idee, daß einem schlecht werden könnte vor solchem Idealismus unter der Maske von Materialismus, von Praxis.“[49]

Erscheint die Geschichte des staatlich organisierten Sozialismus nach 1917 in dieser Perspektive als Verfallsgeschichte von Emanzipation, so wäre der geschichtswissenschaftliche Blick auf diese historische Epoche doch unvollständig, wenn er übersähe, dass in diesen Ländern in enormer Geschwindigkeit der Analphabetismus besiegt wurde, dass eine qualitativ hochwertige Bildung zum Allgemeingut wurde, dass die Menschen in der Sowjetunion den größten Anteil an der Niederwerfung des deutschen Faschismus hatten und dass die staatssozialistischen Länder eine wichtige Funktion bei der Unterstützung der ehemaligen Kolonien europäischer Staaten im Prozess der Entkolonialisierung

2012, S. 227.

46 Vgl. Marx, Karl: Das Kapital, S. 28.

47 Luxemburg, Rosa: Unser Programm und die politische Situation, S. 492.

48 Vgl. Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. [1852] In: MEW Bd. 8, S. 118.

49 Bloch, Ernst: Abschied von der Utopie. Frankfurt/M. 1980, S. 134.

hatten.[50] Von daher ist auch aus der Geschichte des Anlaufs zum Sozialismus, der im Oktober 1917 seinen Anfang nahm, die Widersprüchlichkeit von politischer Realität und revolutionärem Anspruch nicht herauszuschreiben. Selbst wenn man mit Jürgen Kuczynski in der DDR und den mit ihr verbündeten Staaten feudal-absolutistische Gesellschaften mit sozialistischen Einsprengseln erblicken will,[51] bleiben sie doch Teil der Geschichte des Kampfes um eine nichtkapitalistische und menschliche Welt. Bei aller Kritik an ihrer Praxis wäre es doch verheerend, aus den Erfahrungen und Fehlern des staatlich organisierten Sozialismus nicht zu lernen:

> „Unmittelbarkeitskommunistische Bilder, die nichts von der kommunistischen Erfahrung des 20. Jahrhunderts wissen, sind als Zielvorstellungen ungeeignet.“[52]

Es geht um eine Geschichtswissenschaft des Gesamtzusammenhangs!

Für eine Geschichtswissenschaft, die sich als Teil einer um die Emanzipation der Menschen ringenden Bewegung begreift, stellt sich daher die Aufgabe, die Geschichte der Emanzipationsbewegungen auf mögliche Lehren für anstehende Kämpfe zu befragen. Es liegt dabei auf der Hand, dass die aus solcher Befragung gewonnenen Antworten bestenfalls Wegweiser sein können und bestimmt keinen „Baedeker der Geschichte“[53] liefern. Deshalb wird eine emanzipatorische Geschichtswissenschaft die an sie gerichtete Unterstellung eines teleologischen Geschichtsverständnisses zurückweisen müssen, ohne indes zu vergessen, dass die Menschen ihre Geschichte stets auf der Grundlage von historisch gewachsenen, vorgefundenen und überlieferten Umständen machen.[54] Insofern gilt es, weder die eigene Verbundenheit mit den Erfolgen und Fehlern vergangener Bewegungen zu leugnen, noch die Perspektive der freien und gleichen Assoziation der ProduzentInnen[55] aufzugeben. Andernfalls droht die Kritik an den bestehenden Verhältnissen ihren eingreifenden Impuls zu verlieren und im

50 Vgl. Deppe, Frank: Politisches Denken im 20. Jahrhundert Bd. 2. Hamburg 2003, S. 64.

51 Vgl. Kuczynski, Jürgen: Fortgesetzter Dialog mit meinem Urenkel. Fünfzig Fragen an einen unverbesserlichen Urgroßvater. Berlin 2000, S. 194.

52 Haug, Wolfgang Fritz: Das „Kapital“ lesen. Aber wie? Hamburg 2013, S. 85.

53 Lukács, Georg: Balzac und der französische Realismus. [1952] In: Ders.: Werke Bd. 6. Neuwied 1965, S. 434.

54 Vgl. Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, S. 115.

55 Vgl. Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. [1884] In: MEW Bd. 21, S. 168.

Lamento über den Schmutz der Welt stecken zu bleiben.[56] Eine Geschichtswissenschaft, die in emanzipatorischen Bewegungen verankert ist, vermag an dieser Stelle einzugreifen, indem sie die historischen Erfahrungen und die aktuellen Kämpfe miteinander in Beziehung setzt.

Gerade eine so begriffene Geschichtswissenschaft ist jedoch darauf verwiesen, sehr genau zu arbeiten, denn sie darf sich nicht damit zufrieden geben, einzelne historische Sachverhalte aufzuhellen, sondern bedarf des Blicks auf den Gesamtzusammenhang von sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Ursachen und Wirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen.[57] Dies gilt umso mehr, als dass die Früchte ihrer forschenden Tätigkeit direkten Einfluss auf die politische Praxis der emanzipatorischen Bewegung nehmen können. Diesen Gedanken formulierte Prosper Lissagaray, als er seiner Geschichte der Pariser Kommune von 1871 sein Selbstverständnis als Chronist und Historiker voranstellte:

> „Wenn der Streiter von morgen die gestrige Schlacht nicht von Grund aus kennt, so wartet dasselbe Blutbad auf ihn. Unter solchen Umständen ist Schmeicheln gleichbedeutend mit Verrathen. Wer dem Volke falsche Revolutionslegenden erzählt und es – ob vorsätzlich oder aus Unwissenheit – durch Geschichtsdityhramben täuscht, ist eben so strafbar, wie der Geograph, der falsche Karten für die Seefahrer entwerfen würde.“[58]

56 Vgl. Cardorff, Peter: Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln. Hamburg 1980, S. 293.

57 Vgl. Engels, Friedrich: Dialektik der Natur. [1886] In: MEW Bd. 20, S. 307.

58 Lissagaray, Prosper: Geschichte der Commune von 1871. [Histoire de la Commune de 1871, 1876] Frankfurt/M. 1971, S. 5.

„Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran“

Im Oktober 2012 begannen verschiedene linke Berliner Jugendverbände aus unterschiedlichen Beweggründen gemeinsam über eine alternative Liebknecht-Luxemburg-Demonstration (LL-Demo) nachzudenken.[1] Die traditionelle LL-Demo, samt dem parallel stattfindenden Gedenken auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde zieht Linke aus allen Spektren an. Große Teile der radikalen Linken laufen neben Verteidiger*innen des Realsozialismus und offen stalinistischen Gruppen. Hier vermischen sich dann gegenwärtige Kämpfe mit Geschichtsrevisionismus und einem in der DDR staatstragenden Mythos einer sozialistischen Fortschrittsgeschichte. Dieses meist unkritische Nebeneinander war der Kern der Unzufriedenheit, die uns zusammenbrachte. Daneben teilten wir einen antikapitalistischen Minimalkonsens, wie er beispielsweise im Aufruf zur eigenständigen Demonstration des „Rosa&Karl“-Bündnisses 2013 zum Ausdruck kommt.[2] Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes sind zwei Jahre seit den ersten Gesprächen vergangen, die Demonstration samt Aktionswoche hat 2014 eine Neuauflage erfahren und die angestoßenen Debatten wurden an verschiedenen Orten weitergeführt. Diese Diskussionen wurden nicht immer produktiv und nicht immer im Sinne der Initiator*innen geführt. Es gab aber auch Momente, in denen eine Diskussion trotz unterschiedlicher Standpunkte möglich war, so unter anderem auf der „History is unwritten“-Konferenz im Dezember 2013. Hier hatten wir die Chance, unsere bisherige Praxis auszuwerten und zur Diskussion zu stellen und das Anliegen des „Rosa&Karl“-Bündnisses darüber hinaus in einer breiteren geschichtspolitischen Diskussion der Linken zu verorten. Im Folgenden wollen wir auf die vergangenen zwei Jahre zurückblicken und Möglichkeiten, die wir sahen, aufzeigen, ohne die Grenzen, an die wir gestoßen sind, zu verschweigen. Ob die Initiative „Rosa&Karl“ fortgeführt wird ist noch nicht entschieden, über die Zukunft werden wir deshalb nur sehr vage sprechen können.

1 Diese Verbände waren die Sozialistische Jugend – Die Falken, Linksjugend [‚solid], Naturfreundejugend (NFJ), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)-Jugend Berlin-Brandenburg, die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) und Hashomer Hatzair (sozialistische-zionistische Jugendorganisation).

2 „Es gibt also keine Krise des Kapitalismus, sondern der Kapitalismus ist die Krise!“ Vgl. http://rosaundkarl.blogsport.de/aufruf/aufruf-2013/ (zuletzt 29. November 2014).

Das Bündnis „Rosa&Karl“ 2012/13

Die alljährliche Demonstration zum Gedenken an die Revolutionär*innen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – gerne wird hier auch noch Lenin hinzugefügt – ist nicht nur in ihrer Ästhetik anachronistisch: Hier laufen orthodoxe Marxist*innen und Vertreter*innen autoritärer Kleinstparteien und Organisationen aus ganz Europa neben Teilen der radikalen Linken, der Linkspartei und denjenigen Jugendverbänden, die 2012 das Bündnis „Rosa&Karl“ initiierten, in einem roten Fahnenmeer zu musikalischen Klassikern der Arbeiter*innenbewegung. Positive Bezüge zum Realsozialismus mischen sich mit der Forderung, die Revolution wieder auf die Agenda zu setzen. Während wir mit Letzterem einverstanden sind, war es vor allem Ersteres, was uns zunehmend Bauchschmerzen bereitete. Die alljährlichen Auseinandersetzungen am Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus[3] und der gewaltsame Angriff auf den Versuch einer antistalinistischen Intervention 2012[4] sind für uns Ausdruck einer Grundhaltung, in der wir eine der Ursachen für das bisherige Scheitern des Sozialismus sehen: In der Annahme, die historische Wahrheit auf der eigenen Seite zu haben, wird jede Kritik und jeder Zweifel als Verrat an der Sache an sich gedeutet, eine Kritik am Realsozialismus mit Antikommunismus gleichgesetzt. Das Unbehagen mit dieser Logik und das scheinbar widerspruchsfreie Nebeneinander von emanzipatorischen und autoritären Kräften, denen wir nicht die Vergangenheit überlassen wollen (mit deren Hilfe sie eine Zukunft erstreiten wollen, in der wir keine wirkliche Verbesserung sehen), führte dazu, dass jedes Jahr weniger Menschen aus unserem Umfeld an der LL-Demo teilnahmen, wenn sie es denn je getan hatten.

Der Versuch einer aktionistischen Intervention wurde gewaltsam durch Teilnehmer*innen der LL-Demo 2012 unterbunden. Die Chancen, im Bündnis

3 Um den 2006 am Rande der Gedenkstätte der Sozialisten aufgestellten Stein mit der Aufschrift „Den Opfern des Stalinismus“ versammeln sich alljährlich Teilnehmer*innen des Gedenkens und auch der LL-Demonstration. Wiederholt werden die von ihnen niedergelegten Blumen von anderen Teilnehmer*innen entfernt und ihr Innehalten durch Zwischenrufe und Schubsen gestört.

4 Am Rande der LL-Demo im Januar 2012 zeigte die Gruppe [‚cosmonautilus] ein Transparent mit dem Konterfei von Lenin, Stalin und Mao, darunter der Schriftzug „Nein, nein, das ist nicht der Kommunismus.“ Daraufhin wurden sie von Teilnehmer*innen der Demonstration gewaltsam angegriffen und das Transparent zerstört. Die Gruppe dokumentiert ihre Aktion und die Reaktion in ihrem Blog: http://cosmonautilus.blogsport.de/2012/11/27/kritische-selbstreflexion/ (zuletzt 29. November 2014).

selbst zu intervenieren, haben wir als gering eingeschätzt. Dies vielleicht anfangs zu Unrecht, weil viele von uns nicht einmal bereit waren sich überhaupt selbst ein Bild vom LL-Bündnis zu machen. Die ersten Reaktionen auf die Gründung von „Rosa&Karl" zeigen jedoch, dass die Widersprüche an mancher Stelle unüberwindbar sind.[5] Der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar 1919 durch Freikorps zu gedenken ist uns dennoch ein Anliegen. Darüber hinaus wollten wir uns aber auch kritisch mit Formen des Gedenkens und linker Geschichtsschreibung auseinandersetzen. Dabei ging es nicht zuletzt darum, das Gedenken an die Novemberrevolution in Gestalt ihrer prominentesten Vertreter*innen gegen zweierlei Vereinnahmungsversuche zu verteidigen: Zum einen gegen den Versuch, die gescheiterte Novemberrevolution als eine Etappe der Durchsetzungsgeschichte der parlamentarischen Demokratie zu erklären. Spartakist*innen und spätere KPDler*innen wie Liebknecht und Luxemburg werden dann zu utopischen Hitzköpfen, die zu derlei Umbrüchen nun einmal dazu gehören. Von ihrem Ziel – dem Kommunismus – bleibt durch ihre Einreihung in den nationalen Kanon der bedeutenden Deutschen[6] nichts übrig außer der falschen Gewissheit einer siegreichen Demokratie, wie sie im Gerede vom „Ende der Geschichte" ihr Unwesen treibt. Zum anderen wollten wir sie auch verteidigen gegen die näher liegende Alternative, die nur eine scheinbar bessere ist: In der DDR wurde das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Staatsakt und damit ebenso wie in der BRD Teil einer Herrschaftserzählung, die aus den sich zufällig dort befindenden Menschen eine Nation schmieden sollte. Die Novemberrevolution ist für die DDR-Geschichtsschreibung nur der Vorbote des letztlich siegenden Sozialismus, die DDR also eine direkte Nachfolgerin ihrer Vorkämpfer*innen von 1918/1919 gewesen.

Nicht erst der Nationalsozialismus als Zäsur macht diese Sicht auf Geschichte problematisch. Die darin zum Ausdruck kommende Vorstellung eines gesellschaftlichen Fortschritts, der früher oder später in jedem Fall zum Sozialismus führen würde, ja selbst eine gradlinige Erzählung der Menschheitsgeschichte, in der sich Ereignisse in ein Kontinuum einreihen, ist für uns keine Alternative zur hegemonialen Erzählung deutscher Geschichte. Sie ist blind für Diskontinuitäten in der Geschichte und deshalb zu einer notwendigen grundlegenden Kritik an der Theorie und Praxis vergangener Bewegungen nicht in der Lage. In der

5 „Puren Zynismus" sieht Ina Laumeyer von der Antifaschistischen Linken Berlin, wenn die „Kinder der Mörder von Rosa und Karl das Erinnern an die Revolutionäre zu instrumentalisieren versuchen." Vgl. http://www.klassegegenklasse.org/rosa-und-karl-sozis-gedenken-ihrer-opfer/ (zuletzt 29. November 2014). Weitere Reaktionen finden sich gesammelt im Pressespiegel auf dem Blog von „Rosa&Karl" unter http://rosaundkarl.blogsport.de/presseschau/.

6 Siehe zum Beispiel die ZDF-Serie „Die Deutschen", aus dem Jahre 2010.

Kritik wird stets Verrat gewittert, obwohl sie die Bedingung der Möglichkeit zur Überwindung der herrschenden Verhältnisse ist. Die Anerkennung, dass es sich bei den realsozialistischen Versuchen, wie auch bei den gescheiterten Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts um Ereignisse handelt, die mit uns in loser Verbindung stehen, zwingt uns zur Auseinandersetzung mit ihnen. Mit „Rosa&Karl" wollten wir diese Auseinandersetzung zum Ausgangspunkt gegenwärtiger Kämpfe und Theoriebildungsprozesse machen.

Auswertung „Rosa&Karl – Gedenken in der Krise"

Die heftigen verbalen Auseinandersetzungen mit dem LL-Bündnis[7], zum Teil ausgetragen in der Zeitung *Junge Welt*, zeigten, dass die von uns angeregte Diskussion längst überfällig war. Das heißt nicht, dass wir die Form, in der sie dann geführt wurde, begrüßten oder beabsichtigt hatten. Schon kurz nach dem Erscheinen unseres Aufrufs schienen die Fronten derart verhärtet, dass trotz mehrerer Vermittlungsversuche, zum Beispiel seitens der Gruppe [paeris][8], keine fruchtbare Diskussion mehr möglich schien. Wir, wie auch die Akteur*innen des traditionellen Gedenkens, verfielen in eine tendenziell identitäre Haltung, die auf Kosten der politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung ging. Plötzlich wurde auf bewährte Freund*in-Feind*in-Schemata zurückgegriffen, die den Gegenstand der Auseinandersetzung verschoben: Wir hatten eine Debatte beabsichtigt über den linken Bezug zu Geschichte, den wir in seiner bisherigen Form kritikwürdig fanden. Heraus kam ein verbaler Stellungskrieg zwischen ‚antideutschen Sozialdemokrat*innen' und ‚antiimperialistischen Stalinist*innen'. An dieser Zuspitzung tragen wir eine Mitschuld, denn auch bei uns fehlte manchmal die nötige Gesprächsbereitschaft und Offenheit.

Die doppelte Reduktion auf vermeintliche und tatsächliche sozialdemokratische Akteur*innen konnten wir nicht durch die Einbindung anderer Gruppen oder eine andere Öffentlichkeitsarbeit verhindern. So wurde das Bündnis maßgeblich von Gruppen getragen, die der institutionalisierten Linken angehören. Dieser Umstand wurde dazu benutzt, das Bündnis darauf zu reduzieren und sich von ihm abzugrenzen. Das Bündnis „Rosa&Karl" darauf zu beschränken, greift jedoch zu kurz. Der Aufruf ist ein klares Bekenntnis zu einer Politik, die die Überwindung der bestehenden Verhältnisse zum Ziel hat. In der Praxis mag dieses Bekenntnis zu einer Vielstimmigkeit von Ansätzen führen, die wir zu Gunsten einer Bündnisfähigkeit akzeptieren. Wer nicht sieht oder nicht sehen will, dass sich unter dem Label „Rosa&Karl" Menschen zusammengefunden haben, die die Transformation der Gesellschaft als gegenwärtiges Projekt be-

7 Weitere Informationen zu dem LL-Bündnis finden sich auf der Website unter http://www.ll-demo.de/.

8 Siehe http://www.paeris.org/.

greifen, bleibt blind für die Schnittstellen zwischen der radikalen Linken und sozialdemokratischen Akteur*innen. Die Trennlinie zu strapazieren, würde Teile der Linken isolieren. Ein Ausverkauf eigener Positionen und Überzeugungen kann jedoch keine Alternative sein. Beides sollten wir aus den Geschehnissen 1918/1919 lernen.

Neben solchen vielleicht platt anmutenden Ableitungen bestimmter Einsichten aus der Geschichte fiel es uns schwer einen konkreten Bezug zu 1918/1919 herzustellen. Was bedeutet es an einen Moment in der Geschichte zu erinnern, in dem die Gesellschaft vielleicht näher an einer sozialistischen Gesellschaft war als jemals danach? Was bedeutet dies vor allem für uns, die wir um die Erfahrung einer gescheiterten Sowjetunion und das Schicksal, das der Sozialismus unter der schwarz-rot-goldenen Fahne in der DDR nahm, reicher sind? Ein Erinnern an die Novemberrevolution 1918 und die Januaraufstände 1919 durch ein Erinnern an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht als zwei ihrer Akteur*innen kann uns insofern nur die Offenheit von Geschichte bezeugen: Ihr Lauf hat kein Ziel und keine Notwendigkeit. Das verweist auch auf die Gefahr, dass mit hehren Zielen Begonnenes sich als Barbarei in neuem Gewand entpuppt. Zugleich jedoch legitimiert erst dieser Blick auf Geschichte unseren Anspruch, ihre Gestaltung selbst in die Hand zu nehmen und das Versprechen, das der Kommunismus in die Welt brachte, einzulösen.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben ist, trotz des verkündeten Endes der Geschichte auf der Einlösung dieses Versprechens zu bestehen: Das Versprechen einer Welt ohne Herrschaft. So unverrückbar wie dieser Grundsatz gilt, so unklar blieb an vielen Stellen die Frage, was das für uns konkret bedeutet. Einig waren wir uns jedoch unter anderem darin, dass uns die Suche nach einer besseren Zukunft zurück in die Vergangenheit führen würde. Nicht zuletzt unter den Leichenbergen vergangener – selbsterklärter – Kommunismen und Sozialismen liegt eine befreite Zukunft vergraben. Der mühsamen Arbeit werden wir auch nicht dadurch entkommen, dass wir auf terminologischer Ebene erklären, es handle sich beispielsweise bei der Sowjetunion gar nicht um einen wirklichen Sozialismus. Das Paradoxon, das wir anerkennen müssen, ist, dass es ebenso sehr Kommunismus oder Sozialismus war, wie er es nicht war.[9] Von hier aus kann der Kampf um eine andere Gesellschaft fortgeführt werden, weder mit einem bloß affirmativen Bezug zu linker Geschichte, noch mit einem Versuch, jede Verbindung dazu zu bestreiten.

In diesem Sinne sehen wir „Rosa&Karl“ als Teil eines breiteren innerlinken Diskurses über unser Verhältnis zu vergangenen Kämpfen und Versuchen, der befreiten Gesellschaft Gestalt zu verleihen, wie er vielleicht in dieser Form erst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder möglich geworden ist.

9 Vgl. Bini Adamczak, „gestern morgen“, Münster 2007, S. 121.

„Rosa&Karl“ 2014: Same same but different

> „Wir sind keine Freunde jener regelmäßigen alljährlichen Feierlichkeiten zum Andenken revolutionärer Traditionen, die schon durch ihre mechanische Regelmäßigkeit alltäglich werden und, wie alles, was traditionell ist – ziemlich banal.“ (Rosa Luxemburg, „Der Partei ‘Proletariat’ zum Gedächtnis“, 1903)[10]

In der Auswertung zur Aktivität des „Rosa&Karl“-Bündnisses im Jahr 2013 wurde uns klar, dass die Entscheidung, die Demonstration zu wiederholen, nur unter der Bedingung einer Veränderung der Aktionen und der inhaltlichen Ausrichtung sinnvoll wäre. Die bloße Abgrenzung von der LL-Demonstration hatte zwar dafür gesorgt, dass wir überhaupt wahrgenommen wurden, aber damit war auch das Gedenken aus dem Fokus geraten und das Bündnis wurde seiner eigenen Kritik an einem ‚Gedenken des Gedenkens wegen‘ nicht mehr gerecht. Deswegen wurde 2014 eine andere Route gewählt: durch das ehemalige sogenannte Zeitungsviertel in Berlin-Mitte, dem historischen Ort der Januarkämpfe. Unser Ziel war es, damit den Fokus des Gedenkens auf die Geschehnisse im Januar 1919 zu richten und dafür Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein wenig aus dem Zentrum zu rücken. Schon frühzeitig begann das Bündnis, Veranstaltungen zu Gedenken und Geschichte vorzubereiten. So wurde im November ein Seminar zur Geschichte der Arbeiter*innenjugendbewegung organisiert, um eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu ermöglichen. Wir beteiligten uns an Podiumsdiskussionen und versuchten dort, wie auch auf der „History is unwritten“-Konferenz, unsere oben beschriebenen Anliegen zur Diskussion zu stellen. Des Weiteren wurden neben dem Aufruf drei Texte veröffentlicht, die die inhaltlichen Schwerpunkte des Bündnisses genauer darlegten. Damit wollten wir die inhaltlichen Leerstellen von „Rosa&Karl“ 2013 füllen. Auch die Auftaktveranstaltung und die Aktionswoche waren deutlicher auf die Auseinandersetzung mit Geschichte und Gedenken fokussiert. Damit bewegte sich das „Rosa&Karl“-Bündnis weg von einer oberflächlichen Abgrenzung hin zu einer grundlegenden Kritik an der Form des Gedenkens der LL-Demonstration, die eben nicht nur wegen des unkritischen Bezugs auf den Realsozialismus problematisch ist. Die erste Frage für uns war deshalb, wie wir Geschichte betrachten sollten, könnten und wollen. Der heftigen Kritik an dem sozialdemokratischen Charakter des Bündnisses wollten wir mit einer Diskussion zu der Frage begegnen, welche Rolle der Staat für Emanzipation spielen kann. Zuletzt wollten wir uns aber auch direkt auf

10 Rosa Luxemburg, Der Partei »Proletariat« zum Gedächtnis, Politische Schriften, Bd. 3. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1968, S. 23.

die Ereignisse 1918/1919 einlassen und sie nach möglichen Implikationen für unsere gegenwärtige politische Arbeit befragen.

Fragend schreiten wir voran, fragend blicken wir zurück

Bei unseren Diskussionen um die Fortsetzung der Arbeit von „Rosa&Karl" tauchte auch immer wieder folgender Knackpunkt auf: Wie entgehen wir der Gefahr, den Geschichtsschreibungen, die wir kritisieren, aus Ratlosigkeit schlicht eine Erzählung in unserem Sinne entgegenzusetzen? Wir wollen gerade nicht eine weitere Geschichtsinterpretation liefern, die sich zu „der einen Geschichte" verfestigt, in der unterschiedliche, unzusammenhängende Momente der Vergangenheit als linear und zusammenhängend erscheinen. Beispielsweise wird „die Geschichte" linker Kämpfe zur mythischen Erzählung nicht unterschiedlicher historischer Ereignisse, sondern einer langen Linie logisch aufeinander folgender Kämpfe. An deren Ende steht dann eine Gruppe, Demonstration, Partei, Bewegung etc., die sich selbst über diese Tradition legitimiert.

Das Bündnis versuchte dagegen, eine kritische Auseinandersetzung mit Geschichtsschreibung und den Ereignissen von 1918/19 anzustoßen. Während Geschichte, wie sie in Schulbüchern, Geschichtsshows oder dem Deutschen Historischen Museum (DHM) vermittelt wird, ihre Herrschaftsförmigkeit im Gewand geschichtlicher Fakten und Neutralität zu verstecken versucht, nehmen wir an dieser Stelle kein Blatt vor den Mund: Wenn wir Geschichte betrachten und über Geschichte reden, dann mit dem Ziel einer befreiten Gesellschaft. Das gelingt nicht durch die Ablösung historischer Ereignisse von ihrer Relevanz für die Gegenwart. Wir haben bei dem Gedenken versucht, die Kämpfe der Jahre 1918/19 mit unseren heutigen Kämpfen in Verbindung zu setzen und daran zu erinnern, dass der Kampf um Befreiung für uns noch nicht Vergangenheit ist, auch wenn wir uns mit seiner Geschichte beschäftigen. Denn solange die Befreiung nicht erreicht ist, bleibt sie weiterhin ein Projekt der Gegenwart. Gleichzeitig ist der Kampf für eine andere Gesellschaft offensichtlich nicht neu: Es wurde gekämpft und es wurde verloren, soviel ergibt sich schon daraus, dass wir nicht in der befreiten Gesellschaft leben.

Linke Geschichte ist in dieser Hinsicht eine Geschichte der Niederlage(n). Sie ist aber auch eine Geschichte von Möglichkeiten. Wenn wir uns darauf einlassen Geschichte nicht linear und determiniert zu betrachten, bleibt sie offen. Das heißt nicht, dass wir uns nun hinsetzen wollen und im Konjunktiv II über Ereignisse der Vergangenheit räsonieren à la „Was wäre wenn ...", sondern, dass wir uns klar machen, dass es anders hätte sein können. Doch eine offene Geschichte macht uns nicht nur mutig, sondern auch sensibel. Die große Ernüchterung durch den Stalinismus muss uns davor warnen, dass die Gegenwart in alle Richtungen offen ist und wie brutal sich der Kampf für den Kommunismus in sein Gegenteil verkehren kann. So ergeben sich aus der Auseinandersetzung mit linken Niederlagen in erster Linie Fragen – Fragen an die eigene Praxis.

Der Staat und die Linken

Neben der zu vertiefenden Auseinandersetzung mit einer linken Geschichtspolitik und den Ereignissen 1918/19 ergab sich aus der Auswertung von „Rosa&Karl" im Jahr 2013 ein weiterer blinder Fleck, den geschichtliche Erfahrungen jedoch durchaus erhellen können: Welche Funktion kommt dem Staat im Kampf für Befreiung zu? Wir sahen hier vor allem Missverständnisse: Sowohl die Sozialdemokratie, als auch traditionelle Marxist*innen weisen dem Staat eine klare Rolle auf dem Weg zur Befreiung zu. Problematisiert wird der Staat in spezifischen Formen, zum Beispiel als imperialistischer oder als neoliberaler Staat. Damit geht die Vorstellung einher, dass nicht etwa gesellschaftliche Verhältnisse zu ändern seien, was zwangsläufig auch eine Veränderung und Abschaffung der unterschiedlichen Herrschaftsstrukturen mit sich bringt. Ganz im Gegenteil wird argumentiert, dass der Staat die Mittel habe, die Gesellschaft zu verändern. Der Staat wird als überhistorisch vorausgesetzt und nicht mehr als Teil des Kapitalismus grundlegend kritisiert. Beispiele dafür sind die sozialdemokratische Vorstellung des Sozialstaats, die sich bis auf Lassalles „Volksstaat" zurückführen lässt und die realsozialistischen Staaten, die sich darüber legitimierten, über den autoritären Staat zum Sozialismus zu führen.

Die Auseinandersetzung mit Staat und Nation schärfte auch unseren Blick für die Akteur*innen, die sich 1918/19 weder zur SPD noch zur KPD zählten: Die Linkskommunist*innen, revolutionäre Obleute, Basisgewerkschaftler*innen, Anarchist*innen und auch die, die in beiden Parteien gegen den Etatismus ankämpften. Gerade diese Akteur*innen linker Geschichte sind es, die den so starr scheinenden Gegensatz zwischen „Autoritären" und „Reformer*innen" auflösen und andere Praxen sowie Theoriebildungen denkbar und erlebbar machen. Auch hier geht es uns darum, anhand der Geschichte eine eigene Positionierung zu ermöglichen. Wir betrauern nicht das Ende der DDR und schämen uns auch nicht, Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen, wenn es nötig ist. Gleichzeitig ist uns jedoch klar, dass Befreiung nur jenseits von Deutschland und jeder Form der Nation und der Staatlichkeit möglich ist.

Was bringt die Auseinandersetzung mit 1918/19 den Bündnispartner*innen?

Das „Rosa&Karl"-Bündnis besteht vor allem aus Jugendverbänden, die aus der historischen Arbeiter*innenbewegung hervorgegangen sind. Eine Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Organisationen und ihren Wurzeln in den Jugendbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts lag deshalb nahe. Aber dabei wollten wir nicht stehen bleiben. Das Anerkennen der Offenheit von

Geschichte bedeutete für uns auch, sich Alternativen nicht zu verschließen. Die Debatten aus dem „Rosa&Karl"-Bündnis wirkten in die beteiligten Organisationen hinein und führten zur Gründung von Lese- und Diskussionskreisen. Dass eine direkte Übertragung der Praxis der Januarkämpfe auf uns unmöglich ist, ist vollkommen klar. Wir leben in einer anderen historischen Situation, die uns nicht zuletzt drängt anzuerkennen, dass die Forderung nach einer radikal anderen Gesellschaft heute – mehr noch als 1918/19 – eine marginalisierte Position ist. Sich von dem vielleicht einzigen Kontinuum der bisherigen Geschichte, nämlich dass auf jede Form der Herrschaft stets eine neue folgte, nicht einschüchtern zu lassen, ist eine zentrale Herausforderung auch bei der Beschäftigung mit den Ereignissen von 1918/19. Den Opfern vergangener Kämpfe zu gedenken gibt uns die Wut und die Kraft an ihrem Versprechen festzuhalten.

> „Die Revolution wird sich morgen schon »rasselnd wieder in die Höh' richten« und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: »Ich war, ich bin, ich werde sein!«" (Rosa Luxemburg, „Die Ordnung herrscht in Berlin", 1919[11])

Gleichzeitig hat sich das Bündnis auch immer als Intervention in ein unkritisches Gedenken verstanden und auch diese Arbeit darf nicht aufgegeben werden. Denn sobald die Diskussionen nur noch innerhalb des Bündnisses geführt werden, bleibt der Mythos, der auf der „LL-Demonstration" und ähnlichen Veranstaltungen zelebriert wird, wieder unkommentiert.

Und wie ist es gelaufen?

Die Podiumsdiskussion im Dezember 2013[12] und die Auftaktveranstaltung im Januar 2014 mit dem Titel: „Warum sollten wir gedenken?!" gaben uns neue Denkanstöße.[13] Hier konnten wir uns mit anderen Positionen zu linker Geschichte auseinandersetzen und auch die Frage nach dem Sinn und Zweck unseres Bündnisses wurde von unterschiedlichen Seiten kritisch beleuchtet. In der Aktionswoche wurden die drei Themenblöcke, die wir in den erweiterten Aufrufen angeschnitten hatten, weiter vertieft. Die Seminare und Vorträge betrachteten dabei unterschiedlichste Themen von der Kritik an Lenin bis zur materialistischen Staatskritik.[14] Positiv war auch, dass sich die Aktionswoche

11 Rosa Luxemburg, Ordnung herrscht in Berlin, Politische Schriften, Bd. 2, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1975, S. 209.

12 Weitere Informationen zu der Podiumsdiskussion finden sich hier: https://www.facebook.com/rosaundkarl/posts/628918290501141 (zuletzt 29. November 2014).

13 Weitere Informationen zu der Auftaktveranstaltung finden sich hier http://rosaundkarl.blogsport.de/veranstaltungswoche/ (zuletzt 29. November 2014).

14 Ebd.

nicht nur in Berlin abspielte, sondern auch Gruppen aus Erfurt, Leipzig und Marburg Veranstaltungen anboten.[15] Insgesamt waren die Veranstaltungen gut besucht und die Diskussionen verliefen deutlich differenzierter als noch im Jahr zuvor. Eine Folge der starken Fokussierung auf die inhaltliche Auseinandersetzung war allerdings der Verlust der öffentlichen Wahrnehmung für das Bündnis im Vergleich zum Jahr 2013. Zum Teil machte das unser Gedenken als Intervention gegenüber der LL-Demonstration wirkungslos, da es keine Diskussion gegeneinander – und abermals nicht miteinander – gab, sondern hauptsächlich inhaltliche Diskussionen mit Gruppen und Einzelpersonen, die mit unseren Überlegungen sympathisierten. Wieder hat es das Bündnis nicht geschafft, seine Kritik an der Gedenkform der LL-Demonstration in diese hereinzutragen. Eine alternative Demonstration ohne starke Abgrenzungsgebärden hat, das wurde 2014 klar, anscheinend keinen ausreichenden interventionistischen Effekt. Andererseits wissen wir von „Rosa&Karl" 2013, dass bei einer Schlammschlacht jede inhaltliche Kritik untergeht.

Ausblick

„Rosa&Karl" im kommenden Jahr nicht weiter zu führen, wäre konsequent im Sinne der Intention des Bündnisses, sich eben nicht an der Produktion von Tradition und Folklore zu beteiligen. Das Gedenken soll ja gerade kein Selbstzweck werden, kein Termin, an dem sich Linke treffen, um sich zu zählen und eine Identität zu schaffen. Auf der anderen Seite hat die Arbeit in den vergangenen beiden Jahren Gruppen und Menschen zusammengebracht, die organisationsübergreifend zusammen Politik gemacht haben und sich mit eigenen, auch streitbaren Positionen in linke Selbstverständlichkeiten eingemischt haben. Das wollen wir eigentlich nicht missen und hier sehen wir unsere Wichtigkeit. Was sich deshalb in jedem Fall fortsetzen wird, ist die Tendenz, sich weniger an der LL-Demonstration abzuarbeiten, als vielmehr gemeinsam eine Positionssuche zu beginnen, die vielleicht notwendig unabgeschlossen, deshalb jedoch nicht ergebnis- oder zwecklos bleiben muss. Das muss auch nicht unbedingt mit dem Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verbunden bleiben. Mit der Unsicherheit über die Zukunft verbleiben wir getreu dem Motto von „Rosa&Karl" 2014: „Fragend schreiten wir voran, fragend blicken wir zurück."

15 Eine Liste mit den Veranstaltungen findet sich ebenda.

Cornelia Siebeck

Ein ‚postmodernes' Gedächtnis für die bessere Zukunft? Nachdenken über Möglichkeiten emanzipatorischer Gedächtnispolitik

Monument for Historical Change

Am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz befindet sich seit 2004 ein Denkmal, das kaum jemand kennt. Vielleicht, weil die Ecke Weydinger-/Linienstraße kein besonders repräsentativer Standort ist. Oder weil es auf große Gesten verzichtet. Man könnte auch sagen: Es steht da ziemlich unansehnlich herum und hält sich zurück – ein eher absonderliches Verhalten für ein Denkmal. Aber eigentlich sehr angenehm. Es lässt einen in Ruhe. Es fordert nicht zur feierlichen Versammlung, es will kein ästhetisches Ganzkörpererlebnis produzieren, es missioniert nicht, verpflichtet nicht emphatisch auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Stattdessen collagiert es Elemente bestehender Berliner Monumente aus verschiedenen Zeiten: Im Zentrum findet sich der leere Sockel des ‚Rufers', der in Westberlin noch im Frühjahr 1989 mit Blick gen Osten zum Brandenburger Tor in Stellung gebracht wurde: „Ich gehe durch die Welt und rufe Friede Friede Friede".[1] Zu ihm hinauf führen Stufen aus der ‚Gedenkstätte der deutschen Interbrigadisten', die 1968 in Ostberlin errichtet wurde (die eingelassene Gedenktafel wird bereits in überarbeiteter Version angeführt).[2] Rechts erhebt sich ein Standbild des preußischen Königs Friedrich Wilhelm I., welches 1797 für das Schloss Monbijou angefertigt wurde (das in der DDR einer Parkanlage weichen musste).[3] Links findet sich eine vergrößerte Version des Gedenksteins für das antinazistische Netzwerk um Herbert Baum, der 1981 in Ostberlin platziert und nach dem Systemwechsel um eine kritische Kommentierung ergänzt wurde.[4] Eingefasst wird das Ganze von einem Mäuerchen aus dem Komplex des Märchenbrunnens, der 1913 im Volkspark Friedrichshain zur bürgerlichen Erbauung angelegt wurde.

Monument for Historical Change, Berlin (Foto: C. Siebeck)

Obwohl das Ensemble so unterschiedliche Fragmente aus der Berliner Denkmallandschaft kombiniert, dadurch auf zahllose weitere Gedächtniszeichen aus diversen historischen Perioden und politischen Systemen verweist und somit Herrschafts- und Konfliktgeschichten aus über 200 Jahren herbeizitiert,

1 1966 als Auftragswerk für Radio Bremen geschaffen, wurde ‚Der Rufer' auf Initiative eines Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank als politisches Denkmal adaptiert und im Mai 1989 auf der Straße des 17. Juni aufgestellt. Dabei wurde die Skulptur um besagtes Zitat des humanistischen Dichters Petrarca ergänzt. Vgl. Kaminsky, Anne (Hg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR, 2. überarb. u. erw. Aufl., Bonn 2007, S. 96f.

2 Auf die Gedenkstätte wurde 1990 ein rechtsradikaler Sprengstoffanschlag verübt, woraufhin der Erläuterungstext verändert wurde. Ursprünglich lautete er: „Ruhm und Ehre den dreitausend deutschen Antifaschisten, gefallen 1936-1939 im Freiheitskampf des spanischen Volkes. Sie kämpften in den Reihen der glorreichen Internationalen Brigaden gegen den spanischen, deutschen und italienischen Faschismus für die Befreiung unserer Heimat vom faschistischen Joch. Ihr Kampf, beseelt von den großen Ideen des proletarischen Internationalismus und wahren Patriotismus, bleibt unvergängliches Vorbild der Jugend unseres sozialistischen Vaterlandes." Hackenberg, Dietrich; Hackenberg, Hediye; Muñoz Sánchez, Antonio: Spaniens Himmel über Berlin. Gedenkstätte der deutschen Interbrigadisten, in: Spaniens Himmel über Berlin, 2008, http://www.spanien-berlin.de/friedrichshain.html (zuletzt 15.Oktober 2014).

3 Vgl. Du Bois, René: Denkmale für Friedrich Wilhelm I. Reformer Preußens, Norderstedt 2014, S. 52f.

4 Zum Gedenkstein für die Gruppe um den jüdischen Kommunisten Herbert Baum, dessen verkürzt-antifaschistische DDR-Beschriftung 2001 auf neu hinzugefügten Plexiglasplatten historisiert und ‚korrigiert' wurde, vgl. Endlich, Stefanie: Wege zur Erinnerung. Gedenkstätten und -orte für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg, Berlin 2007, S. 254-256.

exponiert es doch vor allem Leere: Architektonisch viel versprechende Stufen führen zu einem ostentativ vakanten Sockel, dem durch seine Dekoration mit zwei (vom Originalstandort kopierten) Verkehrspollern zugleich eine gewisse Trivialität verliehen wird. Die Dominanten am Rand – das wenig imposante Standbild des molligen ‚Soldatenkönigs', der überdimensionierte DDR-Gedenkklotz mitsamt bundesrepublikanischer ‚Korrekturen' – lassen das leere Fundament des ‚Rufers' im Zentrum noch leerer erscheinen.

Anstelle des andauernden Rufens vom überlegenen Westen, der weltweit ‚Frieden' stiften will (also anstelle der einzigen hier zitierten Meistererzählung, die zumindest in unseren Breiten nach wie vor aktuell ist) tritt ein unbestimmter, offener Raum. Und man ahnt: Nicht nur der ‚Rufer', sondern auch jede andere apodiktische Erzählung, die ihn ersetzen könnte, wird irgendwann dem Schicksal anheimfallen, das auch die anderen Denkmäler in diesem Ensemble ereilt hat – nämlich auf die eine oder andere Weise obsolet zu werden, zumindest hinsichtlich ihrer hegemonialen, ein bestimmtes politisches Projekt legitimierenden Dimension.[5]

Das Denkmal am Rosa-Luxemburg-Platz heißt *Monument for Historical Change*, Untertitel: *Fragments from the Basement of History*. Laut seinen Urhebern Michael Clegg und Martin Guttmann soll es Betrachter/innen ermöglichen, Repräsentationen von Vergangenheit mit Blick auf deren historische und gesellschaftspolitische Bedingtheiten zu befragen.[6] In seinem reflexiven Gestus wirkt es als subversiver Kontrapunkt zu den bombastischen Geschichts- und Traditionsinszenierungen, mit denen die Hauptstadt Berlin in den letzten 200 Jahren immer wieder neu möbliert wurde und nach wie vor wird:[7] Aktuell ist

5 Solange Denkmäler infolge politischer Umbrüche nicht aus dem öffentlichen Raum entfernt werden, verweisen sie weiterhin auf die repräsentierten historischen Personen oder Ereignisse, auch wenn sie keine politische Legitimationsfunktion mehr besitzen (oder zumindest nicht mehr die ursprünglich intendierte). So hat etwa die ‚Gedenkstätte für die deutschen Interbrigadisten' nach 1989/90 die herrschaftslegitimierende Komponente verloren, die sie für ein DDR-Regime besaß, das sich als ultimative ‚Erfüllung' des Antifaschismus erzählte. Dennoch erinnert sie nach wie vor an deutsche Kämpfer/innen der Internationalen Brigaden.

6 Vgl. Clegg & Guttmann: Monument For Historical Change and Other Social Sculptures, Community Portraits and Spontaneous Operas 1990-2005, Wien 2005, S. 19-27.

7 Zum verräumlichten Gedächtnis seit 1989/90 vgl. Siebeck, Cornelia: Inszenierung von Geschichte in der „Berliner Republik". Der Umgang mit dem historisch-symbolischen Raum zwischen Reichstagsgebäude und Schlossplatz nach 1989, in: WerkstattGeschichte 33, 2002, S. 45-58; Dies.: „Demontage statt Abriss" – oder: Was ist ein Gedächtnisort? Ein Spaziergang rund um die Trümmer des ‚Palast der Republik', in: Schug, Alexander (Hg.): Palast der Republik. Politischer Diskurs und private Erinnerung, Berlin 2007, S. 84-107.

etwa ein ‚Nationales Freiheits- und Einheitsdenkmal' im Bau, das die ‚Berliner Republik' als Happy End jahrhundertelangen deutschen Strebens nach Freiheit und Einheit feiern soll.[8] Standort ist der Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals Kaiser Wilhelms I. vor dem ehemaligen Berliner Stadtschloss. Beides wurde in der DDR aus ideologischen Gründen aus dem Stadtbild entfernt, beides wird derzeit in aktualisierter Form wieder aufgebaut.

Das Vereindeutigenwollen von vieldeutigem historischen Geschehen zur affirmativen Erzählung, das apodiktische Ins-Bild-Setzen und Zur-Schau-Stellen von historischem Sinn im öffentlichen Raum wird im *Monument for Historical Change* als hegemoniepolitisches Instrument erkennbar, das Herrschafts- und (Deutungs-)Machtverhältnisse als alternativlos legitimieren und ‚falsche' Geschichtsbilder desavouieren soll.[9] Zugleich wird offensichtlich, dass ein solches Unterfangen notorisch zum Scheitern verurteilt ist, dass sich solche Manifestationen nicht auf Dauer stellen lassen, dass noch das (selbst-)gewisseste Geschichts- und Gesellschaftsbild dereinst von der Geschichte überholt werden und als Anachronismus enden wird.

Mit seinem dekonstruktiven Ansatz und dem vakanten Zentrum ist das *Monument for Historical Change* ein geradezu idealtypisch postmodernes Denkmal. Es unterminiert objektivierte Geschichtsbilder nicht, indem es sie der Unwahrheit bezichtigt und ihnen ebenso monolithische Wahrheiten entgegensetzt. Seine Subversion besteht vielmehr darin, ihre politischen Konstitutionsbedingungen offenzulegen, ihre Historizität und Machtförmigkeit, ihre fundamentale Kontingenz und Instabilität. Es objektiviert keine eigene Geschichte, sondern es erzählt *über* Geschichte als eine Bewegung, die (solange es Menschen gibt) nicht zu Ende gehen kann, von soziopolitischer Deutungsmacht, die immer umkämpft bleiben wird, von historischem Sinn, der nicht dauerhaft fixiert werden kann, von Zukunft, die immer offen bleibt.

Historical Change: Nichts, was man so einfach in Stein meißeln könnte, um sich fahnenschwingend darum zu scharen. Gleichzeitig alles, worum eine

8 Vgl. den Bundestagsbeschluss vom 9. November (!) 2007: „Die Bundesrepublik Deutschland errichtet in Erinnerung an die friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands, das zugleich die freiheitlichen Bewegungen und die Einheitsbestrebungen der vergangenen Jahrhunderte [sic!] in Erinnerung ruft und würdigt." Deutscher Bundestag: Drucksache 16/6925, 6.11.2007, S. 1f.

9 Für eine theoretische Reflexion von Denkmälern als Medien historischer Sinnbildung im öffentlichen Raum vgl. Siebeck, Cornelia: Denkmäler und Gedenkstätten. In: Eichberg, Ariane; Gudehus, Christian; Welzer, Harald (Hg.): Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart/Weimar 2010, S. 177-183.

emanzipatorische Linke grundsätzlich und zu jeder Zeit zu kämpfen hat: Um historische Veränderung, um die ‚bessere Zukunft'.

Ungewissheitsgewissheit: Die postmoderne Perspektive

Im folgenden Text möchte ich über Möglichkeiten einer emanzipatorischen Gedächtnispolitik nachdenken: Wie könnte eine gedächtnispolitische Praxis für die ‚bessere Zukunft' aussehen? Wie bereits meine Sympathie für das *Monument for Historical Change* verrät, werde ich das aus einer dezidiert postmodernen Perspektive tun. Dabei möchte ich auch auf ein nach wie vor verbreitetes Unbehagen an der Postmoderne reagieren, das in der vom AutorInnenkollektiv Loukanikos initiierten Debatte über ‚Möglichkeiten linker Geschichtspolitik' und auf der Konferenz *History is unwritten* mitunter deutlich spürbar war.[10]

Eine postmoderne Perspektive führt weder automatisch zu Hardcore-Relativismus noch zu brachialem Antiuniversalismus. Vielmehr eröffnet sie einen theoretischen *und* politischen Raum der (Selbst-)Reflexion, auf den linke Politik meines Erachtens nicht verzichten kann, wenn sie zugleich eine emanzipatorische und demokratische Politik sein will. In diesem Sinne werde ich im Folgenden zunächst einmal skizzieren, was ich meine, wenn ich von postmodernem Denken spreche. Anschließend werde ich eine spezifische Variante dieses Denkens skizzieren, nämlich Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes Hegemonietheorie, der es von Beginn an auch um eine Reformulierung eines linken Politikverständnisses ging. Daran angelehnt werde ich schließlich Möglichkeiten einer emanzipatorischen Gedächtnispolitik diskutieren, die vorherrschende Erzählungen von der Alternativlosigkeit des Bestehenden parteilich angreift, zugleich aber auch ein kritisches Verhältnis zur ‚eigenen' Geschichte pflegt; der es um eine ‚bessere Zukunft' geht und nicht um eine letztgültige Zementierung von Vergangenheit zum Zwecke der Selbstaffirmation.

Was die ‚Postmoderne' betrifft, so verstehe ich darunter keine historische Epoche, in der plötzlich Ungewissheit herrscht, wo vorher eherne Gewissheit bestand, sondern eine erkenntnistheoretische Haltung. Diese zeichnet

10 Ausgangspunkt war ein Text von AutorInnenkollektiv Loukanikos and friends: Im Zweifel für den Zweifel? Eine Montage zu den Möglichkeiten linker Geschichtspolitik, in: Fischer, Henning; Fuhrmann, Uwe; König, Jana; Steffen, Elisabeth; Sträter, Till: Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation, Münster 2012, S. 163-189. Die Thesen wurden 2013 im Rahmen mehrerer Beiträge in analyse & kritik debattiert, dokumentiert in: ak – analyse und kritik (Hg.): History is unwritten. Beiträge zur Debatte um linke Geschichtspolitik in ak. Sonderbeilage Winter 2013, Hamburg 2013. Auf der Konferenz im Dezember 2013 gab es ein Panel ‚Linke Geschichtsschreibung in der ‚Postmoderne': Das Ende der großen Erzählungen?', in dessen Rahmen auch ich vorgetragen habe.

sich dadurch aus, dass sie nicht nach letztgültiger (!) Wahrheit strebt, nicht nach letzten (!) Gründen für soziale Realität sucht. Letztere wird vielmehr als kontingent gedacht, es wird also keinerlei ‚objektive' Notwendigkeit dafür vermutet, dass sie sich so und nicht anders gestaltet (oder gestalten sollte): Keine metaphysisch-metahistorischen Gesetzmäßigkeiten oder Kategorien, die soziale Realität ‚in letzter Instanz' determinieren könnten.[11] An deren Stelle setzt sie eine fundamentale „Ungewissheitsgewissheit".[12]

De facto wird soziale Realität im menschlichen Zusammenleben aber permanent begründet, werden Wahrheiten behauptet und daraus Regeln abgeleitet, die sich in ‚objektiven' sozialen Gegebenheiten niederschlagen. Für eben diese Prozesse interessiert sich eine postmoderne Erkenntnistheorie: Wie kommen Wahrheiten und ‚letzte Gründe' in die Welt, welche Alternativen werden dabei ausgeschlossen? Es geht ihr um die Verunselbstverständlichung dessen, was ‚objektiv' gegeben scheint: „Nicht alle sozialen Fundamente haben sich in Luft aufgelöst", resümiert Oliver Marchart, „sondern der Geltungsanspruch eines jeden Fundaments ist umkämpft und steht prinzipiell zur Disposition."[13] Die Methode, mit der jeweilige Geltungsansprüche auf ihre Konstitutionsbedingungen hin analysiert und zur Disposition gestellt werden, heißt ‚Dekonstruktion'. Man könnte auch von Ideologiekritik sprechen, wobei allerdings in einer postmodernen Erkenntnistheorie das klassisch-marxistische Konzept eines ‚richtigen' (als eines nicht-ideologischen) Bewusstseins unmöglich wird: Es gibt keinen privilegierten Standpunkt außerhalb des andauernden Spiels um Wahrheit und Deutungsmacht. Es bleibt nur die Möglichkeit, die Spielregeln zu reflektieren, eigene Wahrheiten zu platzieren, bestenfalls das Spiel zu verändern.

Jenseits des radikalen Verlusts von Letztbegründungen birgt eine solche erkenntnistheoretische Perspektive keinerlei zwangsläufige normativ-politischen Konsequenzen.[14] Für den immer wieder vorgebrachten Einwand, dass sie daher notwendig (!) zu Beliebigkeit und Indifferenz führen müsse, besteht dennoch kein Anlass. Dass keine Wahrheit ‚absolut' im Sinne von alternativlos ist, dass sie kein ‚objektives' Fundament außerhalb ihrer eigenen Logik finden kann, muss soziale Akteur/innen weder theoretisch noch praktisch daran hindern, sich für bestimmte Wahrheiten einzusetzen, die sie aus bestimmten Gründen für richtig und politisch notwendig halten. Wie Marchart betont, stehen Dekonstruktio-

11 Zu den Implikationen dieser erkenntnistheoretischen Haltung für die christlich-abendländische Denktradition vgl. van Dyk, Silke: Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik. Über Potenziale, Probleme und Perspektiven, in: Prokla, Jg. 42, Nr. 2, 2012, S. 185-210, hier S. 189.

12 Marchart, Oliver: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Frankfurt a. M. 2010, S. 17.

13 Vgl. Marchart: Die politische Differenz, S. 16.

14 Vgl. ebd., S. 246f.

nen alternativen Rekonstruktionen überhaupt nicht im Wege: „Bestritten wird die Möglichkeit von Letztbegründungen, nicht die Notwendigkeit partieller und immer nur vorläufiger Gründungsversuche.“[15]

Eine postmoderne Perspektive ist dabei an sich weder links, noch emanzipatorisch, noch demokratisch.[16] Jedoch verweist sie auf die „historischen Ermöglichungsbedingungen emanzipatorischer Politik“[17], indem sie davon ausgeht, dass soziopolitische Wahrheiten und darauf gegründete Verhältnisse kontingent und nicht-notwendig geworden, also prinzipiell veränderbar sind. Zudem kann sie politische Akteur/innen mit einem Rüstzeug ausstatten, das sowohl die Dekonstruktion bestehender und zu verändernder Gegebenheiten als auch die kritische Reflexion eigener Positionen und Strategien befördert.[18] Dabei legt sie einen demokratischen Politikstil zumindest nahe: „Im Unterschied zu anderen Formen der symbolischen Instituierung des Gemeinwesens – modern vor allem natürlich im Unterschied zu Formen totaler Herrschaft – steht Demokratie zum abwesenden Grund nämlich in keinem Verhältnis der Verleugnung oder gar Verwerfung, sondern in einem institutionalisierter Akzeptanz.“[19] Angesichts der politischen Herkunft nicht weniger Protagonist/innen des postmodernen Theoriediskurses kann dieser durchaus auch als (erkenntnis-)theoretische Begründung eines linken Antitotalitarismus und Antiavantgardismus verstanden werden:[20] als Schutz vor linker ‚Gewissheitsgewissheit‘, die realpolitisch

15 Ebd., S. 16.

16 Vgl. ebd., S. 247ff.; 329ff.; Best, Steven; Kellner, Douglas: Postmodern Theory. Critical Interrogations, New York 2001, S. 256.

17 Marchart: Die politische Differenz, S. 329; vgl. auch van Dyk, Silke: Poststrukturalismus. Gesellschaft. Kritik, S. 187ff.

18 Zum Potenzial der ‚Dekonstruktion‘ für eine emanzipatorische Politik vgl. auch Oy, Gottfried; Schneider, Christoph: Destruktion und Intervention – von den Möglichkeiten der Geschichtspolitik, in: Sozial.Geschichte Online 14, 2004, S. 79-119, hier S. 107ff. Der Beitrag ist auch in diesem Band enthalten.

19 Marchart: Die politische Differenz, S. 331. Dabei versteht etwa Ernesto Laclau „Demokratie nicht als System von Werten oder System sozialer Organisation [...], sondern als eine gewisse Flexion, ein gewisses ‚Schwächen‘ der Art von Gültigkeit, die einer Organisation oder einem Wert zugesprochen werden kann.“ Laclau, Ernesto: Building a New Left, in: Ders.: New Reflections on the Revolution of Our Time, S. 177-196, hier S. 187, Herv. i. O., Übers. C.S.

20 Auch Gottfried Oy und Christoph Schneider erinnern daran, dass ein Gutteil der postmodernen Theoretiker/innen der Linken zuzurechnen sind und ihre theoretisch-politischen Ansätze in Auseinandersetzung mit Marxismus und kommunistischer Realpolitik entwickelt haben, vgl. Dies.: Destruktion und Intervention, S. 108. Zu historischen und theoriegeschichtlichen Kontexten vgl. Sim, Stuart: Post-Marxism. An intellectual history. London, New York 2000, hier v.a. S. 104-124; aus Sicht postmoderner Stichwortgeber/innen vgl. z.B. Lyotard, Jean-François: Nachwort. Ein

bekanntlich allerlei Politstrukturen und Regime zeitigte, von denen zahllose Menschen nicht befreit, sondern unterdrückt wurden; und aus denen heraus immer wieder auch Verfolgung, Terror und Massenmorde legitimiert wurden.[21]

Der leere Ort des Universalen: Die ‚bessere Zukunft‘ als fliehender Horizont

Zwar bestehen zwischen postmodernen Ansätzen „Familienähnlichkeiten“[22] im Sinne der beschriebenen erkenntnistheoretischen Prämissen, aber auch beträchtliche Diskrepanzen hinsichtlich des jeweiligen sozialtheoretischen und politischen Reflexionsniveaus.[23] Insofern macht es einen Unterschied, auf welche postmodernen Theoretiker/innen jemand sich beruft. Ich selbst werde hier in Anlehnung an die postmarxistische Sozial- und Hegemonietheorie argumentieren, die Ernesto Laclau und Chantal Mouffe 1985 unter dem Titel *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics* formuliert haben.[24] Ihren Theorieentwurf haben sie dabei nicht nur als intellektuelles, sondern auch als strategisches Projekt einer Neuorientierung emanzipatorischer

Denkmal des Marxismus [1982], in: Ders.: Streifzüge. Gesetz, Form, Ereignis, hrsg. v. Peter Engelmann, Wien 1989, S. 89-135; Derrida, Jacques: Marx‘ Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale [1993], Frankfurt a. M. 2004, S. 29ff.

21 Hier handelt es sich nicht um ‚notwendige‘ Konsequenzen, aber um historische Tatsachen. Daher sind sozialistische Politikentwürfe heute, wie die Gruppe INEX schreibt, keineswegs ‚unschuldig‘, sondern unausweichlich mit der „Hypothek des Realsozialismus“ belastet. Vgl. Dies.: Nie wieder Kommunismus? – Einleitung zum Buch, in: Dies. (Hg.): Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus, Münster 2012, S. 7-16, hier: S. 9.

22 Laclau, Ernesto: Politics and the Limits of Modernity. In: Ross, Andrew (Hg.): Universal Abandon? The Politics of Postmodernism, Edinburgh 1988, S. 63-82, hier S. 64, Übers. C.S.

23 Für einen frühen, aber sehr instruktiven (und durchaus ‚postmodernekritischen‘) Überblick, der Unterschiede zwischen einzelnen Ansätzen gut herausarbeitet vgl. Best, Steven; Kellner, Douglas: Postmodern Theory; knapper: Dies: Postmodern Politics and the Battle for the Future. In: New Political Science, Vol. 20, Nr. 3, 1998, S. 283-299.

24 Vgl. Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics [1985], 2. Aufl., London, New York 2001; anschließend weiter ausgeführt und präzisiert v.a. von Ernesto Laclau, vgl. Ders.: New Reflections on the Revolution of Our Time. London, New York 1990; Ders.: Emancipation(s). London, New York 1996; sowie Laclaus Beiträge in: Butler, Judith; Ders.; Žižek, Slavoj: Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left. London, New York 2000.

Politik positioniert. Zu diesem Zweck haben sie die beschriebene Perspektive einer postmodernen Erkenntnistheorie einerseits konsequent politisiert, andererseits einen Versuch unternommen, marxistische Denktraditionen aus dieser Perspektive heraus diskurstheoretisch zu reartikulieren.

Wie andere postmoderne Theoretiker/innen auch gehen Laclau/Mouffe dabei davon aus, dass das Soziale – als *Potenzial* menschlicher Kommunikation, Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung – grundsätzlich offen bzw. kontingent und von daher ‚*unentscheidbar*' ist. Unter ‚Unentscheidbarkeit' wird dabei eine „Kondition verstanden [...], aus der kein Handlungsverlauf notwendig folgt."[25] Jedwede normativ-sinnhafte Ordnung des Sozialen wird daher als immer schon politische *Entscheidung* gedacht.[26] Die Ordnung des Sozialen wird ausschließlich diskursiv hergestellt, und das heißt bei Laclau/Mouffe: über ideelle *und* materielle Prozesse sozialer Bedeutungsproduktion. Das Diskursive umfasst hier also nicht nur Sprache und Text, sondern auch Dinge, Körper, Praktiken, Institutionen etc., sofern sie Gegenstand sozialer Sinnbildung und politischer Ordnungsvorstellungen werden.[27]

Auf diesem grundsätzlich ‚unentscheidbaren' Feld des Sozialen, auf dem Akteur/innen in einer jeweiligen Gegenwart natürlich immer schon bestimmte ideell-materielle Machtverhältnisse ‚objektiv' vorfinden,[28] werden nun unentwegt Kämpfe um Definitions- und Deutungsmacht geführt. Jederzeit konkurrieren dabei verschiedene *partikulare* Akteur/innen darum, *ihre* Vorstellung von

25 Laclau, Ernesto: ‚The Time is Out of Joint', in: Ders.: Emancipation(s), S. 66-83, hier S. 78, Übers. C.S.

26 Damit ist nicht unbedingt eine ‚politische Entscheidung' im herkömmlichen Verständnis gemeint, sondern die Tatsache, dass alle Sinnproduktion immer auch politische Implikationen hat.

27 Eine außerdiskursive Realität wird dabei nicht in Abrede gestellt, nur ist sie uns als solche nicht zugänglich: Wir begegnen ihr immer schon im Modus des Sinnhaften, also des Diskursiven. Zu ihrem Diskursbegriff vgl. Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal: Hegemony & Socialist Strategy, S. 107ff.; Dies.: Post-Marxism without Apologies [1987], in: Laclau, Ernesto: New Reflections on the Revolution of Our Time, S. 97-132, hier S. 100ff.

28 „Einfach nur zu sagen, dass alles kontingent ist, würde nur für einen Marsbewohner Sinn machen. Es stimmt, dass in letzter Instanz keine Objektivität auf einen absoluten Grund zurückgeführt werden kann, aber daraus kann kein wesentlicher Schluss gezogen werden, weil soziale Akteure niemals in der letzten Instanz agieren. [...] Was wir, ganz im Gegenteil, stets vorfinden, ist eine begrenzte und gegebene Situation, in der Objektivität teilweise konstituiert und auch teilweise bedroht ist; und in der die Grenzen zwischen dem Notwendigen und dem Kontingenten permanent verschoben werden." Laclau, Ernesto: New Reflections on The Revolution of Our Time, in: Ders.: New Reflections on the Revolution of Our Time, S. 3-85, hier S. 27, Herv. i. O., Übers. C.S

der ‚richtigen' Ordnung des Sozialen als hegemonial zu erhalten oder dazu zu machen, das heißt: sie als ‚allgemeingültig' zu *universalisieren*. Das geschieht einerseits in Form von Überzeugungsarbeit und Bündnispolitik, andererseits durch radikale Ausgrenzung all dessen, was ‚nicht dazugehört'. Denn als Entscheidung auf ‚unentscheidbarem' Terrain muss jede Allgemeingültigkeitsbehauptung notwendig mit dem Verwerfen von Alternativen einhergehen. Dass aber Alternativen verworfen werden müssen, hindert jede Allgemeingültigkeitsbehauptung daran, tatsächlich ‚universal' zu *sein* – denn wäre sie universal, müsste sie ja nichts verwerfen, sondern würde ‚alles' umfassen. Jede vermeintliche Allgemeingültigkeit bleibt durch das, was sie konstitutiv ausschließt, ebenso konstitutiv bedroht: Sozialer Sinn lässt sich nicht dauerhaft stillstellen. Das Universale muss daher als unmöglich und zugleich stets umkämpft gedacht werden, als *„leerer Ort, der nur durch das Partikulare gefüllt werden kann, aber durch seine eigentliche Leere eine Reihe wesentlicher Effekte der Strukturierung/Destrukturierung sozialer Verhältnisse produziert."*[29]

Wie Martin Nonhoff konstatiert, gilt Laclau/Mouffe also „der Kampf um hegemoniale Stabilisierung [des Sozialen, C.S.] als der eigentliche Modus der Politik".[30] Von hier aus fordern sie eine grundlegende Reorientierung emanzipatorischer Politik, die ihren Neuigkeitswert aus heutiger Perspektive sicherlich in mancher Hinsicht verloren hat. Dennoch dürfte es sich nach wie vor um den am konsequentesten ausbuchstabierten Entwurf einer postmodernen ‚Emanzipation der Emanzipation' handeln. Anstelle des klassischen revolutionären Projekts mit universalem Geltungsanspruch soll dabei der Horizont einer ‚radikalen und pluralen Demokratie' treten: „Das zentrale Hindernis, das einer Demokratisierung emanzipatorischer Diskurse im Weg steht", so resümierte Laclau Ende der 1980er Jahre, „ist die Tatsache, dass [...] emanzipatorische Diskurse dazu tendieren, sich als totale Ideologien zu manifestieren, die danach streben, die Fundamente des Sozialen zu definieren und zu beherrschen

29 Laclau, Ernesto: Identity and Hegemony, in: Butler, Judith; Ders.; Žižek, Slavoj: Contingency, Hegemony, Universality, S. 44-89, hier S. 58, Herv. i. O., Übers. C.S.

30 Nonhoff, Martin: Diskurs, radikale Demokratie, Hegemonie – Einleitung, in: Ders. (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld 2007, S. 7-23, hier S. 7f. Ein bedenkenswerter Einwand gegen dieses Konzept lautet, dass Laclau/Mouffe damit eine politische Logik enthistorisierten, die selbst ein Effekt kapitalistischer Produktionsbedingungen sei, vgl. etwa Demirović, Alex: Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Ebd., S. 55-85. Diese Frage ist auch Gegenstand einer Kontroverse zwischen Slavoj Žižek und Ernesto Laclau, vgl. Žižek, Slavoj: Class Struggle or Postmodernism? Yes, please!, in: Butler, Judith; Laclau, Ernesto; Ders.: Contingency, Hegemony, Universality, S. 90-135; Laclau, Ernesto: Structure, History and the Political. In: Ebd., S. 182-212.

[...]. Ich glaube, der entscheidende Schritt besteht hier darin, *die demokratische Unbestimmtheit selbst zum totalisierenden Horizont des Sozialen, das radikale Nichtvorhandensein von Fundamenten zur Grundlage für eine Kritik an jedweder Form der Unterdrückung zu machen.*"[31]

Ziel linker Politik soll in diesem Verständnis nicht mehr sein, das Universale vollständig zu besetzen, alle Widersprüche aufzulösen und sozialen Sinn dauerhaft stillzustellen,[32] was aus Laclau/Mouffescher Perspektive theoretisch unmöglich und praktisch nicht ohne andauernde Repression vorstellbar ist. Stattdessen soll der ‚leere Ort' des Universalen stets sichtbar und im politischen Spiel gehalten werden. Als Ermöglichungsbedingung für dekonstruktive *und* rekonstruktive politische Aushandlungs- und Hegemoniebildungsprozesse rund um die ‚richtige' Ordnung des Sozialen soll er von einer antitotalitären und antiavantgardistischen Linken als positiver politischer Horizont verteidigt und erweitert werden. Das impliziert weder, die ‚Werte der Aufklärung' aufzugeben, wie von Postmoderne-Kritiker/innen immer wieder moniert wird. Vielmehr wird deren fortwährende Reartikulation und Aktualisierung eingefordert.[33] Noch läuft ein solches Verständnis emanzipatorischer Politik darauf hinaus, den „*categorischen Imperativ*" aufzugeben, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist."[34] Die Frage ist allerdings, auf welchem Wege diese Utopie (die wohlweislich auch von Marx hier nicht positiv formuliert, sondern dadurch bestimmt wurde, was in ihr *nicht* mehr sein solle) zu verwirklichen ist, ob sie überhaupt jemals ‚endgültig' realisiert werden kann oder als realisiert gelten soll, oder ob es sich dabei nicht vielmehr um ein Ziel handelt, für das es unter unterschiedlichen historischen Bedingungen immer wieder neu zu kämpfen gilt.

Nach Laclau/Mouffe wäre das emanzipatorische Projekt eine auf Dauer gestellte Demokratisierungsbewegung mit dem grundsätzlichen Anspruch, maximale Partizipation an den politischen Verhandlungen über die ‚richtige' Ordnung des Sozialen zu ermöglichen. Dass ein solcher Prozess, der auch eine andauernde Umverteilung von Macht impliziert, nicht ohne eine ‚sozialistische

31 Vgl. Laclau, Ernesto: Letter to Aletta. In: Ders.: New Reflections on The Revolution of Our Time, S. 159-174, hier S. 169f., Herv. C.S., Übers. C.S.

32 Vgl. zu diesem traditionellen Makro-Verständnis von Emanzipation Koselleck, Reinhart; Grass, Karl Martin: Emanzipation. In: Brunner, Otto; Koselleck, Reinhart; Conze, Werner: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 2, E-G, Stuttgart 1957, S. 153-197.

33 Vgl. Laclau, Ernesto: Politics and the Limits of Modernity, S. 78ff.; Ders.: New Reflections on The Revolution of Our Time, S. 3f.

34 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie. Einleitung [1844]. In: Ders.: Philosophische und ökonomische Schriften, hrsg. v. Johannes Rohbeck und Peggy H. Breitenstein, Stuttgart 2008, S. 9-27, hier S. 19, Herv. i. O.

Dimension' denkbar ist, wird dabei immer wieder betont.[35] In diesem Sinne hat Laclau *Hegemony & Socialist Strategy* rückblickend als Versuch bezeichnet, „die sozialistische Initiative auf einem veränderten historischen Terrain zurückzugewinnen":[36] Gegen den vorherrschenden „neoliberalen Konsens" der Gegenwart soll eine emanzipatorische Linke als hegemonialisierende Kraft agieren, die bestehende Kämpfe zu einem „expansiven universalen Diskurs" zusammenführt, ohne jedoch deren genuine Heterogenität eliminieren zu wollen.[37]

Jenseits der strategischen Herausforderung, die vermeintliche Alternativlosigkeit gegenwärtiger Verhältnisse zu negieren und eine Gegenhegemonie zu bilden, soll dabei der Weg das Ziel bleiben. Denn die ‚bessere Zukunft' darf in einem solchen Emanzipationsverständnis niemals vollständig antizipiert werden: Sie muss ein vor seiner endgültigen Fixierung „immerzu fliehender Horizont"[38] bleiben. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als den Abschied von einem politischen Habitus, den Zygmunt Baumann einmal als den des Gärtners umschrieben hat, der eine wildwüchsige Wirklichkeit nach Masterplan zurechtstutzen will.[39] Dafür gibt es, wie hoffentlich deutlich geworden ist, gewichtige normative Argumente. Man könnte darin aber auch einfach nur

35 Allerdings stets mit dem – in der gegenwärtigen Linken hierzulande wohl weitgehend akzeptierten – Hinweis, dass damit keineswegs alle Macht- und Unterdrückungsverhältnisse aufgehoben sein werden. Vgl. Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal: Hegemony & Socialist Strategy, S. 178, 192f.; Laclau, Ernesto: Theory, Democracy and Socialism. In: Ders.: New Reflections on The Revolution of Our Time, S. 197-245, hier S. 229.

36 Laclau, Ernesto: Constructing Universality, in: Ebd., S. 281-307, hier S. 294, Übers. C.S. In der Beschreibung und Reflexion historischer Veränderungen geraten Laclau/Mouffe allerdings immer wieder in Widerspruch zu ihrer eigenen Erkenntnistheorie – zurecht konstatiert Alex Demirović, dass ihre Erklärungsmodelle oft „auf ein eher triviales modernisierungstheoretisches oder kapitalismustheoretisches Deutungsschema zurückgreifen". Ders.: Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft, S. 67.

37 Laclau, Ernesto: Constructing Universality, S. 306, Übers. C.S.

38 Laclau, Ernesto: Universalism, Particularism and the Question of Identity, in: Ders. Emancipation(s), S. 34, Übers. C.S.. Vgl. zur Notwendigkeit einer „Offenheit der Geschichte" für emanzipatorische Politik auch Oy, Gottfried; Schneider, Christoph: Destruktion und Intervention, S. 116ff. Ebenso wie diese diskutiert auch Laclau in diesem Zusammenhang das Benjaminsche ‚Messianismus'-Konzept: „[D]er Messianismus, von dem wir sprechen, ist ein Messianismus ohne Heilsgeschichte, ohne ein bereits gegebenes verheißenes Land, ohne einen festgelegten Inhalt." Ders.: ‚The Time is Out of Joint', S. 74, Übers. C.S.

39 Vgl. Baumann, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz. Am Ende der Eindeutigkeit [1991]. Neuausgabe, Hamburg 2005, S. 38ff.

eine vergleichsweise plausible politische Strategie erkennen. Jedenfalls wurde, seitdem Menschen sich als aktive Gestalter/innen ihrer Geschichte verstehen, bereits vielfach die Erfahrung gemacht, dass Zukunft sich auch mit rigidesten Maßnahmen nicht vollständig unter Kontrolle bringen lässt: „Eine Frage ist, ob ein offenes Ende [*open-endedness*] als Problem oder als Potenzial verstanden wird, aber eine noch viel grundlegendere Frage ist, ob es dazu überhaupt eine Alternative gibt", merkt Jan Nederveen Pieterse nüchtern an.[40]

Zukunft öffnen: Emanzipation und Gedächtnispolitik

Emanzipatorische Politik ist *per definitionem* Zukunftspolitik: Sie konstituiert sich aus einer (historisch gewordenen) Gegenwart heraus als partikular motivierter Diskurs des politischen Mangels, der in einer ‚besseren Zukunft' aufgelöst werden soll. In einem an die postmarxistische Sozial- und Hegemonietheorie angelehnten Verständnis von ‚Emanzipation' kann es für eine solche Politik keine metahistorische oder ‚objektive' historische Mission geben. Eine eindeutige Bewegung menschlicher Emanzipation in historischen ‚Entwicklungsstufen', wie sie etwa im Kommunistischen Manifest behauptet wird („Die Geschichte *aller* bisherigen Gesellschaft *ist* die Geschichte von Klassenkämpfen [...]"[41]), wäre in diesem Theoriehorizont undenkbar. Vielmehr gälte dieses Modell als strategisch motivierte, partikulare Erzählung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, die im Kampf um gesellschaftspolitische Deutungsmacht versucht, historischen Sinn zu schließen, und zwar buchstäblich ‚universal' zu schließen, ist hier doch explizit die ‚ganze' Geschichte gemeint.

Wenn aber nun die (meta-)historische Mission und damit die ‚selbstverständlich' ins Feld zu führende Tradition emanzipatorischer Politik („Die *letzte* Schlacht gewinnen *wir*!"[42] etc.) wegfällt, und wenn es doch ohnehin um die ‚bessere Zukunft' geht, die sich ja dadurch auszeichnen soll, dass sie *nicht* sein soll wie Vergangenheit und Gegenwart, dann stellt sich zunächst einmal die Frage, ob eine emanzipatorische Linke *überhaupt* Gedächtnispolitik machen muss. Reicht es denn nicht, in einer jeweiligen Gegenwart für die ‚bessere Zukunft' zu kämpfen?

Was emanzipatorische Zukunftspolitik ganz sicher nicht braucht, ist die *eine* historische Erzählung, um ihre Anliegen zu begründen: Sei es die lange Reihe

40 Nederveen Pieterse, Jan: Emancipations, Modern and Postmodern. In: Development and Change 23,3 (1992), S. 5-41, hier S. 28, Übers. C.S.

41 Marx, Karl; Engels; Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei [1848, Auszüge]. In: Marx, Karl: Philosophische und ökonomische Schriften, S. 81-96, hier S. 82, Herv. C.S.

42 Ton Steine Scherben: Die letzte Schlacht gewinnen wir. Album: Keine Macht für Niemand (1972). Noch immer ein beliebter Demo-Song...

historischer ‚Vorkämpfer/innen' („Liebknecht kämpfte für uns alle."[43]) oder die ‚einzig richtige Lehre' aus einer instrumentell vereindeutigten Vergangenheit („Antifa heißt Solidarität mit Israel."[44]). Natürlich ist Geschichte in politischen Kämpfen immer mit im Spiel. Aber es macht einen Unterschied, ob man historische Argumente als mögliche, dem eigenen Verständnis nach plausible Deutungen von Vergangenheit zur Disposition stellt, oder ob ein bestimmtes Geschichtsbild zementiert wird, um sich selbst und das eigene Anliegen ‚notwendig' daraus abzuleiten. Letzteres mag zum subjektiven Wohlbefinden beitragen, auf der immer schon ‚richtigen Seite' zu stehen und dabei Heerscharen historischer Kampfgenoss/innen hinter sich zu wissen. Dennoch müssen derartige Annexionen von Vergangenheit als durch und durch antiemanzipatorisch erkannt werden – und zwar auch dann, wenn sie aus marginalen Positionen im Sinne eines identitätspolitisch motivierten ‚strategischen Essenzialismus' artikuliert werden. Wer Zukunft öffnen will, muss auch Vergangenheit offen halten. Denn Zukunft kann nur offen sein, wenn sozialer Sinn weder still gestellt ist noch werden soll, und das gilt auch für den Sinn der Geschichte.

Genau deshalb, also dezidiert nicht, um eigene Projekte aus einer apodiktischen historischen Erzählung heraus als ‚alternativlos' zu begründen und zu legitimieren, sondern um Zukunft überhaupt wieder zu öffnen und *offen zu halten*, muss eine emanzipatorische Linke in diesen Zeiten aber sehr wohl Gedächtnispolitik betreiben. Denn wir erleben zumindest in unseren Breiten seit geraumer Zeit eine massive „Krise der Zukunftsrepräsentationen",[45] zumindest was die Vorstellbarkeit radikaler Alternativen zum gegenwärtig Bestehenden angeht.

Aus einem jahrzehntelangen politisch-ökonomischen Systemkonflikt ist eine ‚marktkonforme Demokratie' als Siegerin hervorgegangen, die sich seither als beste aller möglichen Welten präsentieren kann. Zugleich haben Avantgardismus, Doktrinarismus und Totalitarismus, die die linksradikalen Experimente des 20. Jahrhunderts weitenteils prägten, die Überzeugungskraft emanzipatorischer, postkapitalistischer Zukunftsentwürfe nachhaltig untergraben (und zwar nicht zuletzt auch, weil viele westliche Linke noch krasseste ‚Fehltritte' bei der

43 Mit diesem Rosa Luxemburg-Zitat begann der Demo-Aufruf 2014. Hatte Luxemburg sich zeitgenössisch auf ein konkretes Ereignis bezogen, so wird Liebknecht hier gewissermaßen zum sozialistischen Jesus stilisiert. Vgl. Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 12. Januar 2014, zu finden unter <http://www.ll-demo.de/>, 15.10.2014.

44 Antifagruppe Weiden-Neustadt: Antifa heißt Solidarität mit Israel, 4. Juni 2011 <http://antifagruppeweidenneustadt.blogspot.de/2011/06/antifa-heit-solidaritat-mit-israel.html>, (zuletzt 15. November 2014.) Genauso gut hätte hier ein ‚umgekehrter' Slogan zitiert werden können, mir geht es um die Form, nicht um den Inhalt.

45 Laclau, Ernesto: Theory, Democracy and Socialism, S. 225, Übers. C.S.

vermeintlichen Realisierung des ‚eigentlich Richtigen' als ‚notwendige' Mittel zum Zweck gerechtfertigt bzw. nicht offensiv genug kritisiert haben, um – in einer auch heute noch gelegentlich bemühten Nullsummenlogik – dem ‚Feind' nicht in die Hände zu spielen).

Diese Krise der Zukunftsrepräsentationen bedeutet aber letztlich nichts anderes, als dass soziopolitische Aushandlungsprozesse historischen Sinns derzeit weitgehend stillgestellt sind, und dass dem Projekt der ‚Emanzipation' eine seiner wichtigsten Ressourcen entwendet worden ist, nämlich die Offenheit der Geschichte:

> „In Abgrenzung zu einem Geschichtsbezug, der aus dem Geschehenen das Unveränderliche (‚Tradition') oder das letzte Ankommen nach einer langen Aufstiegsgeschichte bürgerlicher Verhältnisse (‚Ende der Geschichte') liest, ist Geschichte für die Linke Beleg für die Möglichkeit von Veränderung. Dieser sozialemanzipatorische Vergangenheitsbezug schreibt sich stets im Futur – mit Geschichte, so die Hoffnung, kann Zukunft gemacht werden."[46]

Ein solcher zukunftsorientierter Blick auf Geschichte hat seine Bedeutung im Kampf um soziopolitische Deutungsmacht derzeit fast völlig verloren. Stattdessen kann sich die Gegenwart unablässig als ‚Ende der Geschichte' erzählen, jenseits dessen nur ‚Böses' (Extremismus, Totalitarismus, Fundamentalismus usw.) lauern kann; kleinere Widerstände werden dabei als Zwischenrufe aus dem Reich des Bösen diskreditiert, die das Erzählte nur einmal mehr bestätigen. Parallel zu der großen Herausforderung einer emanzipatorischen Zukunftspolitik, Perspektiven zu entwickeln, welche die Zeitgenoss/innen davon zu überzeugen vermögen, dass sie tatsächlich in eine ‚bessere Zukunft' führen, wäre die vergleichsweise bescheidene Aufgabe einer emanzipatorischen Gedächtnispolitik, solche Erzählungen von der Alternativlosigkeit des Bestehenden zu unterminieren.

46 Mayer, David: Contrahistorias – historische Deutungen und geschichtspolitische Strategien der Linken im Wandel, in: Molden, Berthold, Ders. (Hg.): Vielstimmige Vergangenheiten. Geschichtspolitik in Lateinamerika, Wien 2009, S. 125-148, hier S. 144.

Historischen Sinn öffnen: Für eine post-apodiktische Gedächtnispolitik

Wenn nun aber, wie ich bereits verschiedentlich argumentiert habe, eine emanzipatorische Linke sich selbst eine Falle stellen würde, wenn sie ihrerseits historischen Sinn in Form eines bloßen Gegensinns schließen würde, dann kann das Ziel nicht sein, eine quasi-spiegelbildliche Gegenerzählung zur ‚herrschenden Erzählung' ins Feld zu führen. Und das bedeutet, noch einmal mit Laclau gesprochen, sich auch auf beim historischen Erzählen endgültig von einer „Vorstellung der Negation als radikaler Umkehrung"[47] zu verabschieden.

Ein Sinnsystem, das sich selbst als universal und damit als alternativlos behauptet, kann nach Laclau „auf zwei verschiedene Arten bekämpft werden – entweder durch eine Operation der Umkehrung, die eine neue Schließung vollzieht, oder dadurch, dass man diesem System seine universale Dimension abspricht: das Prinzip der Schließung als solches."[48] Übertragen auf das Feld historischer Sinnbildung hieße letzteres, zunächst einmal *jeder* normativen historischen Erzählung die beanspruchte ‚Allgemeingültigkeit' abzusprechen und sie als das kenntlich zu machen, was sie ist: kein Abbild historischer Wirklichkeit mitsamt darin bereits enthaltener ‚Lehren' für Gegenwart und Zukunft, sondern ein partikular motivierter Versuch, das Soziale historisch zu definieren, der folglich keine universale Gültigkeit haben kann.

Oberste Priorität einer emanzipatorischen Gedächtnispolitik wäre dann nicht, ‚feindliche' historische Erzählungen als ‚objektiv falsch' zu entlarven. Vielmehr müsste sie eine postmodern gewendete Form der Ideologiekritik üben, die *alle* Versuche angreift, historischen Sinn apodiktisch zu schließen.[49] Einer post-apodiktischen Gedächtnispolitik müsste es also zuallererst darum gehen, das Spiel zu dekonstruieren, das gespielt wird: Transparent zu machen und sichtbar zu halten, dass es dabei – jenseits beweis- oder widerlegbarer historischer Tatsachen – keineswegs um ‚Objektivität' geht, sondern um gesellschaftspolitische Fragen der Gegenwart.[50] Aufzuzeigen, dass historischer

47 Laclau, Ernesto: Universalism, Particularism and the Question of Identity, S. 30, Übers. C.S. Mit ‚Unterdrückung' ist hier, wie oben erläutert, der radikale Ausschluss von Alternativen gemeint.

48 Ebd., S. 33, Übers. C.S.

49 Gemäß Laclaus Überlegungen zu einem postmodernen Ideologiebegriff: „Nichtsdestotrotz kann das Konzept der Ideologie beibehalten werden, sogar im Sinne eines ‚falschen Bewusstseins', wenn wir unter letzterem die Illusion der ‚Schließung' verstehen, d.h. den imaginären Horizont, der mit der Konstitution aller Objektivität einhergeht." Ders.: Building a New Left, S. 186; Übers. C.S.

50 Die Validität der Kategorie ‚Tatsache' ist dabei natürlich auch nicht ‚objektiv' gegeben. Sie beruht auf einem säkular-aufklärerischen Diskurs, der nicht als ‚universal' gelten kann (und de facto auch nicht ist), der aber aus emanzipatorischer Perspektive parteilich zu vertreten und zu verteidigen ist. In hiesigen gedächtnis-

Sinn tatsächlich beliebig gebildet, Geschichte beliebig erzählt und repräsentiert werden *kann*, da historischer Sinn einem Geschehen nicht inhärent ist.

Erst „*Erzählen macht aus Zeit Sinn*“[51], so bringt Jörn Rüsen den Umstand auf den Punkt, dass ‚Geschichte‘ im Verhältnis zu historischer Wirklichkeit nur als Reduktion von Kontingenz und Vieldeutigkeit denkbar ist – jede erzählte Geschichte verschweigt eine unendliche Anzahl von Geschichten, die *auch* erzählt hätten werden können. Ob eine solche Erzählung – im Sinne eines normativ grundierten Narrativs über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – in einem bestimmten historischen Moment öffentliche Geltung gewinnt, hängt nicht von ihrer ‚Wahrheit‘ ab, sondern von (potenziell veränderbaren) soziopolitischen Bedingungen einer jeweiligen Gegenwart: „Wirklichkeitsfragen sind nicht zuletzt Machtfragen, Fragen der praktischen Durchsetzung von Maßstäben der Wirklichkeitskonstruktion, gleich, ob für diese Maßstäbe Vernunftgründe geltend gemacht werden (können) oder nicht.“[52]

Dieser dekonstruktive Ansatz stellt keineswegs das historische Erzählen *an sich* zur Disposition, ob es sich dabei nun um ‚kleine‘ oder ‚große Erzählungen‘ handelt.[53] Wir haben nun einmal keine anderen als narrative Möglichkeiten, aus Zeit Sinn zu machen, uns historisch zu orientieren und zu positionieren.[54]

---

politischen Debatten ist bislang zu beobachten, dass ‚Leugner/innen‘ historischer Tatsachen vom ‚seriösen‘ Diskurs regelmäßig ausgeschlossen werden. Gestritten wird nicht über Fakten, sondern über deren Relevanz und Bedeutung. Welchen Ort die NS-Vergangenheit in einer deutschen Meistererzählung einnehmen soll, ob die DDR als ‚Unrechtsstaat‘ zu bewerten ist, ob die Bombardierung Dresdens 1945 legitim war usw. usf. sind Fragen, deren Beantwortung nicht von historischen Fakten abhängt, sondern von deren politisch-normativer Interpretation.

51 Rüsen, Jörn: Die vier Typen historischen Erzählens. In: Ders.: Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens [1990], Neuaufl., Frankfurt a. M. 2012, S. 148-217, hier: S. 152, Herv. i. O.

52 Straub, Jürgen: Geschichten erzählen, Geschichte bilden. Grundzüge einer narrativen Psychologie historischer Sinnbildung, in: Ders. (Hg.): Erzählung, Identität und historisches Bewusstsein. Die psychologische Konstruktion von Zeit und Geschichte, Frankfurt a. M. 1998, S. 81-169, hier S. 161. In der von mir hier vertretenen postmodernen Perspektive wäre auch ‚Vernunft‘ dabei stets als partikulares Konzept von Vernunft zu denken.

53 In einer Kritik an Lyotards prominenter These vom ‚Ende der großen Erzählungen‘ betont Laclau, dass aus Sicht einer postmodernen Erkenntnistheorie nicht bestimmte Erzählungen ihre Legitimität verloren hätten, sondern alle Erzählungen in ihrem universalen Geltungsanspruch unterminiert würden, vgl. Ders.: Politics and the Limits of Modernity, v.a. S. 63f.

54 Vgl. u.a. Rüsen, Jörn: Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln, Weimar, Wien 2013, S. 29ff.; Straub, Jürgen: Temporale Orientierung und Narrative Kompetenz, in: Rüsen, Jörn (Hg.): Geschichtsbewusstsein. Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 15-44; Ders: Geschichten erzählen, Geschichte bilden.

Es wird hier einfach nur offengelegt, dass jedwede Form positiver Sinnbildung nur über den Ausschluss von alternativen Möglichkeiten zu haben ist; dass also Geschichte immer auch anders erzählt werden kann, weil kein *notwendiger* Zusammenhang zwischen Erzählung und vergangenem Geschehen besteht. Damit aber rückt die Deutungsoffenheit von Geschichte in den Blick und die gälte es aus einer postmodern-emanzipatorischen Perspektive eben nicht mit apodiktischen Gegenerzählungen zu verschleiern, sondern als prinzipielle (!) Unentscheidbarkeit zu affirmieren und zu bewahren.

All das bedeutet jedoch nicht, wie von Postmoderne-Kritiker/innen häufig unterstellt, dass man fortan jede mögliche historische Erzählung gleichermaßen *gelten* lassen muss (‚Relativismus‘).[55] Aber jenseits der Frage nach historischen Fakten können Argumente für oder gegen eine jeweilige Erzählung eben nur noch normativ-politisch und nicht mit der ‚eigentlichen historischen Wahrheit‘ begründet werden. Aushandlungsprozesse werden somit konsequent politisiert, der Sinn der Geschichte steht immer wieder neu zur Disposition. Diese Offenheit bedeutet zweifellos auch eine Schwächung eigener Positionen und Erzählungen. Zugleich aber ist sie eine elementarer Möglichkeitsraum für eine demokratisch-emanzipatorischen Politik: „Demokratie besteht, so lange die Möglichkeit unbegrenzten Hinterfragens existiert.“[56]

Jenseits des Deutungsmonopols: Historischen Sinn bilden

> „Historische Erzählungen eröffnen und verschließen Handlungsoptionen, sie implizieren Handlungsmöglichkeiten und Handlungsaufforderungen, sie strukturieren den Handlungsraum von Menschen, die sich in bestimmter Weise in der narrativ repräsentierten Historie situieren.“[57]

---

55 Wenn etwa Lothar Fritze, Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts Dresden, beträchtliche intellektuelle Energie darauf verwendet, ‚nachzuweisen‘, dass Georg Elsers Hitler-Attentat „moralisch nicht gerechtfertigt“ gewesen sei, weswegen man einer angeblichen „Heroenverehrung“ Elsers entgegentreten müsse, so wird man dem kaum auf der Ebene historischer Tatsachen oder historischer ‚Wahrheit‘ widersprechen können. Jedoch kann eine solche These als politisch motivierte Intervention begründet kritisiert und als anti-emanzipatorisch verworfen werden. Vgl. Ders.: Der Ehre zu viel. Eine moralphilosophische Betrachtung zum Hitler-Attentat von Georg Elser [2000], in: Ders.: Legitimer Widerstand? Der Fall Elser, Berlin 2009, S. 59-100, Zitate: S. 98, 100.

56 Laclau, Ernesto: Building a New Left, S. 186.

57 Straub, Jürgen: Geschichte erzählen, Geschichte bilden, S. 130.

Angesichts dieser für subjektive Identitäten und soziale Ordnungen durchaus zentralen Bedeutung historischer Erzählungen reicht es natürlich nicht aus, auf ‚Unentscheidbarkeit' und Nicht-Alternativlosigkeit zu verweisen. Vor allem dort, wo historischer Sinn zur unanfechtbaren Legitimation des Bestehenden oder antiemanzipatorischer Projekte geschlossen werden soll, muss Dekonstruktion auch mit der Konstruktion eigener Erzählungen einhergehen.

Erfolgs- und Alternativlosigkeitsgeschichten müssen aktiv unterminiert werden, indem man an Verworfenes und Nichterzähltes erinnert: an das, was in ihrem Namen zerstört wurde oder niemals werden konnte, an Menschen und Erfahrungen, die darin keinen Platz haben, an Widerständiges, das entweder stromlinienförmig gemacht oder herausredigiert wurde. Die gesellschaftspolitischen Implikationen solcher vermeintlich allgemeingültiger Partikularerzählungen müssen öffentlich zur Debatte gestellt werden, nicht zuletzt mithilfe der klassischen (und dennoch nicht immer eindeutig zu beantwortenden) Frage nach dem „*Cui bono?*".

Zugleich müssen emanzipatorische Akteur/innen im öffentlichen Raum selbst historischen Sinn bilden, alternative historische Deutungs- und Orientierungsmöglichkeiten anbieten und parteilich vertreten. Wie bereits angemerkt, scheint die bloße Umkehrung der gegnerischen Erzählung dabei kontraproduktiv. Zum einen ist kaum einmal alles ‚falsch', was politische Gegner/innen als ‚richtig' erzählen, weswegen man sich letztlich um die eigene Erzählfreiheit bringt, wenn man sich dem Umkehrzwang unterwirft. Zum anderen resultiert die Umkehrung geschlossenen historischen Sinns eben einmal mehr in geschlossenem historischen Sinn, und in einem postmodernen Emanzipationsverständnis soll es ja gerade *nicht* darum gehen, historischen Sinn erneut zu schließen, sondern ihn zu öffnen und offen zu halten.

Gefordert wären also historische ‚Gegenerzählungen', die das erzählen, was die Erzähler/innen aus ihrer gesellschaftspolitischen Perspektive in einem bestimmten Moment für erzählenswert halten. Entsprechende Relevanzsetzungen wären dabei als solche transparent und hinterfragbar zu machen. Auch emanzipatorisch motivierte Erzähler/innen kommen natürlich nicht umhin, Geschichte zu vereindeutigen, Komplexität und Kontingenz zu reduzieren. Aber nichts hindert sie daran, diesen Umstand deutlich zu machen, indem sie eine jeweilige historische Erzählung als parteilich-emanzipatorisches Narrativ für eine ‚bessere Zukunft' zu erkennen geben, das als solches nicht nur überzeugen, sondern auch kontrovers diskutiert werden will. Die Adressat/innen solcher Erzählungen würden nicht als essenzialisierte Subjekte angesprochen, die historisch immer schon unabänderlich positioniert sind, oder als Sag-mir-wo-du-stehst-Subjekte, die sich sofort und endgültig zwischen ‚falsch' und ‚richtig' zu entscheiden haben, sondern als potenziell eigensinnige Subjekte, denen stets verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich historisch zu positionieren, und die für ihre Positionierung Verantwortung tragen.

Eine emanzipatorische Praxis historischen Erzählens und Gegen-Erzählens bestünde also in einer parteilich engagierten, aber zugleich *freiwillig* ‚schwachen Positivierung'[58] von Geschichte, welche die Nicht-Alternativlosigkeit auch der eigenen Erzählungen anerkennt. Jenseits historischer Fakten (!) müssten diese sich nicht als ‚objektiv wahre', sondern als gesellschaftspolitisch ‚bessere' Erzählungen argumentieren. Gegnerische Narrative würden auf diese Weise nicht nur inhaltlich, sondern auch formal untergraben, indem ein abschließendes Deutungsmonopol über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft radikal verworfen und historischer Sinn offensiv zur Disposition gestellt würde. Jedoch kann eine emanzipatorische Linke nicht dabei stehen bleiben, antiemanzipatorische Narrative politischer Gegner/innen ideologiekritisch aufzubrechen und alternative Erzählungen ins Spiel zu bringen. Wenn sie politisch (und vielleicht auch moralisch) überzeugen will, muss sie auch einen emanzipatorischen Umgang mit der ‚eigenen' Geschichte finden.

Aus postmoderner Perspektive wäre dabei vorauszusetzen, dass diese ‚eigene' Geschichte im Sinne einer ‚objektiven' Traditionslinie emanzipatorischer Kämpfe zunächst einmal keineswegs *gegeben* ist. Historische Kämpfe für eine ‚bessere Zukunft' wurden aus einer jeweiligen Gegenwart heraus geführt, und dabei ging es nicht um ‚*unsere*' Zukunft, sondern um die Zukunft damaliger Akteur/innen. Strukturelle Analogien sind möglich, aber keineswegs selbstverständlich. Historische Wirklichkeit ist kein Theaterstück, in dem immer wieder die gleichen Charaktere in immer neuem Gewand auftreten. Frühere Akteur/innen haben nicht in ‚unserem' Namen gekämpft, auch wenn sie das geglaubt haben mögen: Sie kannten weder unsere Gegenwart noch unsere Ideen einer ‚besseren Zukunft'. Man kann sich von ihnen inspirieren lassen, man kann das eine oder andere von ihnen lernen oder übernehmen, man kann ihre Kämpfe als historisch relevant würdigen und an diejenigen erinnern, die darin ums Leben kamen oder versehrt wurden. Aber historische Kämpfe für eine ‚bessere Zukunft' sind nicht ‚unsere' Kämpfe, ebenso wenig wie historische Erfolge ‚unsere' Erfolge sind oder historisches Scheitern ‚unser' Scheitern ist.

58 Von Laclau einmal in einem nur schwer übersetzbaren Satz wie folgt ausgedrückt: „Although positivization is unavoidable, nothing prevents this positivation from symbolizing impossibility as such, rather than concealing it through the illusion of taking us beyond it. [...] The possibility of this weakened type of naturalization is important for democratic politics, which involves the institutionalization of its own openness and, in that sense, the injunction to identify with its ultimate impossibility." Ders.: Structure, History and the Political, S. 199.

Wenn man allerdings den bereits zitierten Imperativ, „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ zum emanzipatorischen Leitmotiv erhebt, dann fällt einem durchaus ein historisches Erbe zu: nämlich ein sehr heterogenes Spektrum an Programmatiken, Protagonist/innen, Bewegungen und politischen Systemen, die bislang auf dessen umfassende oder teilweise Verwirklichung hingearbeitet haben (und sei es nur ihrem Selbstverständnis nach). Mit diesem gelinde gesagt ambivalenten, gemessen am zitierten Imperativ in vieler Hinsicht desaströsen Erbe gälte es sich kritisch-reflexiv auseinanderzusetzen. Dabei ginge es nicht primär um eine ‚rettende Kritik‘ linker Geschichte(n), sondern zunächst einmal um eine selbstbewusste Emanzipation auch von diesen Geschichte(n), nicht zuletzt auch zugunsten der eigenen Offenheit für eine ‚bessere Zukunft‘.

„Fragend blicken wir zurück. Fragend schreiten wir voran“, beschreibt die Gruppe „*Rosa&Karl*“ ihr Experiment eines „nicht-mythischen Gedenken[s]“ an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das in Kritik der jährlichen ‚LL-Demo‘ in Berlin entstand.[59] Dieses Motto sollte sich eine emanzipatorische Linke im Umgang mit Vergangenheit generell zu eigen machen: Wo gefragt wird, öffnet sich ein Raum für Diskussion, können unterschiedliche Antworten gegeben werden, kommen weitere Fragen und neue Perspektiven ins Spiel, entstehen ungeahnte Koalitionen, können jeweilige Positionen geschärft oder nach überzeugenden Gegenargumenten modifiziert werden. Natürlich wird es für eine parteiliche Debatte immer Grenzen geben müssen, aber diese würden eben nicht von Anfang an (voraus-)gesetzt, sondern in der Auseinandersetzung immer wieder neu verhandelt. In einer solchen gedächtnispolitischen Praxis kann nichts verloren gehen, sondern nur etwas gewonnen werden. Die Vergangenheit ist ohnehin vorbei, besser werden kann nur die Zukunft. Und um die sollte es doch gehen.

59 U.a. in: Rosa&Karl: Redebeitrag Auftaktkundgebung 2014, dokumentiert unter <http://rosaundkarl.blogsport.de/aufruf/redebeitrag-auftaktkundgebung/>, (zuletzt 1. Dezember 2014).

Bini Adamczak

Plädoyer für eine Utopie politischer Amnesie

Zwischen 1934 und 1938 wandte sich Bertolt Brecht in einem in die Zukunft gesendeten offenen Brief in Gedichtform an die Nachgeborenen.

> Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
> In der wir untergegangen sind
> Gedenkt
> Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
> Auch der finsteren Zeit
> Der ihr entronnen seid.[1]

Wir Gegenwärtigen, ihr Zukünftigen. An wen richtet sich Brecht, wer ist es, der von den Schwächen Brechts und seiner (Zeit-)Genossinnen spricht? Wer sind diese Nachgeborenen? Wir? Diejenigen, die nach 1898, also nach Brecht oder nach 1938, nach diesem Gedicht geboren sind? Diejenigen, die der finsteren Zeit entronnen sind, in der, wie es hier heißt, „öfter als die Schuhe die Länder“ gewechselt werden mussten, die Zeit des Exils, des Nationalsozialismus also? Die nach 1945 geborenen? Und welche von denen, Deutsche, Juden, Kommunistinnen? Oder diejenigen, die nach 1953 geboren werden sollten, dem Jahr von Stalins Tod und dem Aufstand in Berlin? Oder nach 1956, dem Jahr von Brechts Tod und dem Aufstand in Tiflis, Posen und Budapest? Denn von der Politik des Stalinismus ist hier unzweifelhaft auch die Rede, wenn Brecht die Nachgeborenen um Nachsicht bittet, wenn er vom „Hass gegen die Niedrigkeit“, der „die Züge verzerrt“ spricht, „vom Zorn über das Unrecht“, der die „Stimme heiser“ macht, von dem dem guten Zweck dienenden schlechten Mittel also. „Ach“, sagt Brecht, als habe er die Logik stalinistischer Politik in Poesie gießen wollen, „wir, die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit, konnten selber nicht freundlich sein.“ Unfreundlichkeit also nennt Brecht die Schwäche, für die er um Nachsicht bittet. Der nachgeborene, nach Brecht geborene Heiner Müller, sprach das bei Brecht undeutlich gehaltene deutlicher aus:

> WIR DIE DEN BODEN BEREITEN WOLLTEN
> FÜR FREUNDLICHKEIT
> Wieviel Erde werden wir fressen müssen
> Mit dem Blutgeschmack unserer Opfer

1 Bertolt Brecht 1938: An die Nachgeborenen, http://www.lyrikline.org/de/gedichte/die-nachgeborenen#.U9KJAkAUfP0 (zuletzt 3. Dezember 2014).

Auf dem Weg in die bessere Zukunft
Oder in keine wenn wir sie ausspein

Der Boden, der für Freundlichkeit bereitet werden sollte, ist mit Blut getränkt. Weil es der Boden ist, richtet Müller auf dem Weg in die Zukunft seinen Blick – wie seinen Mund – nicht nach vorne, sondern nach unten, zu den Opfern des stalinistischen Terrors. Brecht schaute über sie hinweg. Die Nachgeborenen bittet er um Nachsicht, nicht jene, die er und seine Genossinnen unfreundlich behandelt hatten, um Entschuldigung. Sein Blick geht in die ferne Zukunft, nicht auf Augen- oder Bodenhöhe. Er richtet sich, wie am Ende des Gedichts deutlich wird, nicht auf die nächsten Nachgeborenen, die Töchter, sondern auf die Enkeltöchter und Enkelenkeltöchter. Diejenigen, die an jenem Ziel angekommenen sein werden, das, wie es im Gedicht heißt, „deutlich sichtbar" ist, aber „„in großer Ferne" liegt.

Ihr aber, wenn es so weit sein wird
Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unserer
Mit Nachsicht.

Nicht wir also. Wir, die wir den Menschen noch keine Helfer sind – sondern Konkurrentinnen – sind nicht gemeint. Wir brauchen somit noch keine Nachsicht üben. Müssen wir dann andersrum selbst um Nachsicht bitten – und wenn ja, wen? Brecht, der das Gedicht in seiner Gegenwart veröffentlichte und öffentlich vorlas, richtete sich an die zukünftigen Leserinnen, vielleicht weil er annehmen durfte, dass die Leserinnen der Vergangenheit seine Gedichte nicht mehr lesen können würden. Sie, die Genossinnen der Zukunft, bat er um Nachsicht dafür, dass er sich in seiner Gegenwart seinen Zeitgenossinnen gegenüber „unfreundlich" verhalten hatte – und zwar genau um die Zukunft, die gute Zukunft dieser Nachgeborenen zu ermöglichen. Das ist die ungenannt angerufene Komplizinnenschaft dieses Zeitvertrags. Die zukünftigen Menschen werden aus jener „Flut" „auftauchen", in der die gegenwärtigen „untergegangen sind". Sie sollen den ihrigen helfen, gerade auch weil Brecht den seinigen nicht half. Diejenigen, die hier um Nachsicht gebeten werden, sind somit von vorhinein, so darf Brecht hoffen, voreingenommen. Aber warum machte er die Nachgeborenen außer zu Zeuginnen der Vergangenheit überhaupt zu Richterinnen über sie? Und rief er dabei die richtigen an?

Zwei Jahre später verfasste Brechts Freund, der sechs Jahre vor ihm geborene, ebenfalls exilierte Walter Benjamin seine Thesen über den Begriff der Geschichte.[2] Darin formulierte er eine Kritik an der deutschen Sozialdemokratie, welche der Arbeiterinnenklasse „die Rolle einer Erlöserin künftiger Generationen" (These XII) zugespielt habe. Gegen diese Ausrichtung an der Zukunft schreibt Benjamin, dass die kämpfende Klasse ihren Hass wie ihren Opferwillen nicht am Bild der befreiten Enkel nähre, sondern an dem der geknechteten Vorfahren. Die schwache messianische Kraft, die er in der Geschichte wirken sieht, geht somit nicht von den Gastgeberinnen der Zukunft aus, die ungeduldig unsere Ankunft erwarten, sondern von den Gästen einer ungastlichen Vergangenheit, die nie in einer freundlichen Welt ankommen durften. Von jenen Ahnen, die immer noch darauf warten, dass das an ihnen begangene Unrecht gerichtet, dass es gerächt wird, sind wir, laut Benjamin erwartet worden (These II). Wenn das stimmt, dann richtete Brecht sein Gedicht an die Falschen. Nicht die Nachgeborenen hätte er um Nachsicht für seine Schwäche bitten müssen, sondern die Vorgeborenen.

Ernst Bloch, der sieben Jahre vor jenem geborene Freund Walter Benjamins, erinnerte an die aufständischen Bauern, die sich nach einer Niederlage während der Bauernkriege mit den Worten trösteten: „Geschlagen ziehen wir nach Haus, die Enkel fechten's besser aus." Das ist der Anspruch, von dem Benjamin spricht und der sich, wie die historische Materialistin ihm zufolge weiß, nicht billig abfertigen lässt. Ein hoher Anspruch. Aber ist dieser Anspruch denn teuer abzufertigen? Welcher Preis wäre dafür zu entrichten? Preis der Geschichtslosigkeit, Kapitulation vor der Überforderung – Historical Materialist Burn Out? Handelt es sich hier um einen historischen Kettenbrief, in dem jede Generation die Last der letzten an die nächste weitergibt? Dürfen wir deswegen froh sein, noch nicht in der Welt zu leben, in der der Mensch dem Menschen eine Helferin ist – weil wir dann nicht nur mit dem alten Brecht Nachsicht üben, sondern auch allen vergangenen Generationen Gerechtigkeit widerfahren lassen müssten? Wächst also die Bürde des Vergangenen und damit des Erinnerns mit jeder Generation? Ist dies der Grund dafür, dass die Aufgabe der Revolution so gerne in die Zukunft verschoben wird?

In seinen geschichtsphilosophischen Thesen stellt Benjamin fest, dass die Geschichte immer eine Geschichte der Siegerinnen sei. Da es diese sind, die Geschichte schreiben. Die gegen die Siegerinnen gerichtete Geschichte, die Gegengeschichte müsse also die unterdrückte und ins Vergessen gezwungene Geschichte der Besiegten erzählen (These VII). Da jede Geschichte eine Geschichte dieses Klassenkampfes ist, ist also auch jede Geschichtserzählung Teil dieses Klassenkampfes, eines Kampfes um die Geschichte. Daraus folgert Benjamin, dass erst der befreiten Menschheit, die in einer Welt ohne Klassen-

2 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, http://www.mxks.de/files/phil/Benjamin.GeschichtsThesen.html (zuletzt 3. Dezember 2014).

kämpfe lebte, ihre Geschichte in Gänze zufalle (These III). Als eine Geschichte also, die, weil in ihr Gerechtigkeit verwirklicht wurde, keine Geschichte von Siegerinnen und Besiegten mehr wäre.

Welches Verhältnis hätte eine Gesellschaft, in der die Menschen befreit von verdinglichten Zwängen und herrschaftlichen Trennungen ihre Geschichte selbst machen, zu ihrer Vorgeschichte? Würde eine befreite Menschheit endlich denjenigen, die bislang unfrei waren, Denkmäler errichten, den Sklavinnen, Bäuerinnen, Arbeiterinnen, Räuberinnen – wie zu Beginn der Sowjetunion? Oder würde sie mit Nachsicht und Freundlichkeit nicht nur all jene bedenken, die mit den falschen Mitteln für die Befreiung kämpften, sondern auch jene, die sie mit allen Mitteln zu verhindern suchten – und schließlich unterlagen? Würde sie also endlich unterschiedslos allen Denkmäler errichten, ohne Trennung in Siegerinnen und Besiegte – das Mausoleum neben dem Kreml, der Tatlin-Turm auf dem Mercury-City-Tower, das Berliner Schloss im Palast der Republik? Oder würde eine Gesellschaft, die die Herrschaft der toten Arbeit über die lebendige beendet hat, gar keine Denkmäler mehr errichten?

Wenn die einen Geschichte betreiben, um ihre Herrschaft zu sichern, die anderen, um die Beherrschten dem Vergessen zu entreißen, träfe dann für die befreite Menschheit nicht das Gegenteil dessen zu, was Benjamin proklamiert? Fällt ihr wirklich die Geschichte in Gänze zu, oder entfällt ihr diese nicht vielmehr? Wäre die befreite Menschheit nicht jene, die endlich vergessen dürfte? Jene, die keine Geschichte mehr betreiben müsste, weder um ihre Herrschaft zu legitimieren, noch um ihren Hass zu nähren? Es ist jene befreite Menschheit, von der Theodor W. Adorno in seinem Aphorismus „Sur l'eau" schreibt, sie müsse sich nicht mehr immerfort entfalten, sondern besäße auch die Freiheit, Möglichkeiten ungenutzt zu lassen, sie könne, statt sich auf „Prozess, Tun, Entfaltung" zu kaprizieren, auch einfach „auf dem Wasser liegen und friedlich in den Himmel schauen, Rien faire comme une bête"[3], nichts tun wie ein Dummkopf oder ein Viech.

Die hier angestellten Überlegungen legen nahe, dass wir hier vielleicht noch ein Stück tiefer tauchen müssen. Nicht auf, sondern unter Wasser liegen wäre dann das Bild für dieses befreite Lebewesen. Es handelte sich nicht um irgendein Viech, sondern um einen Fisch. Um einen vergesslichen Aquariumsfisch etwa oder, etwas konkreter, um einen Paletten-Doktorfisch wie Dorie aus dem Film „Findet Nemo". Schreckhaft, aber ohne Angst und Sorgen. „Selig", sagt Nietzsche, „sind die Vergesslichen."[4] Der neue Mensch wäre dann also ein Paletten-Doktorfisch, der sich nichts mehr zu merken braucht, weil keine

3 Theodor W. Adorno, Sur l`eau, in: Minima Moralia, Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Gesammelte Schriften Bd. 4. Frankfurt 2003, S. 179.

4 Friedrich Nietzsche: Jenseits von Gut und Böse, in Werke in drei Bänden. Band 2, Herausgegeben von Karl Schlechta. München 1999, S. 681.

Rechnungen mehr offen wären. Er könnte einfach vor sich hin schwimmen, endlich nicht gegen, sondern ganz lebendig, mit dem Strom.

Das ist die Frage einer Utopie der Geschichtspolitik: Besteht der Fluchtpunkt emanzipatorischer Transformation darin, die Geschichte in Gänze verfügbar zu machen? Im direkten Sinne durch unmittelbare Begehbarkeit der Vergangenheit, das heißt durch Aufhebung der Irreversibilität der Chronologie, durch Zeitreisen? Oder wenigstens durch Beendigung der menschlichen Endlichkeit? In diesem Sinne argumentierte der russische Philosoph Nikolaj Fedorov noch im 19. Jahrhundert, dass der Sozialismus die gerechte Gesellschaft der Zukunft sei, die alle Ausbeutung abschaffe. Wenn jedoch diejenigen, die in Vergangenheit und Gegenwart für diese sozialistische Gesellschaft gekämpft haben, sie in ihrer Lebenszeit nicht erreichen, dann basiere diese Gesellschaft auf der Ausbeutung der Vergangenheit durch die Zukunft und ist folglich nicht sozialistisch. Dieser Widerspruch lasse sich logisch nur lösen, indem zumindest alle früheren Generationen, die vermittelt an der Erreichung des Sozialismus beteiligt waren, im Sozialismus wieder zum Leben erweckt würden.[5] Dies zieht eine Reihe von Folgeproblemen nach sich, nicht zuletzt einen plötzlichen Platzmangel auf der Erde. Daher die Besessenheit der frühen Sowjetunion mit der Besiedelung des Mars. Was aber, solange es bei dieser Utopie an Fragen technischer Umsetzung hapert? Wird der befreiten Gesellschaft ihre Geschichte wenigstens im indirekten Sinne in Gänze zufallen? Indem sie nicht nur ihre eigenen Traditionslinien, sondern auch die ihrer Gegnerinnen, der unterdrückten wie der unterdrückenden Klassen lückenlos erinnerbar macht? Als Universalgeschichte einer versöhnten Menschheit? Oder ist emanzipatorische Erinnerung an einen Zweck gebunden, der mit der Emanzipation selbst entfällt? Weil es kein vergangenes Unrecht mehr zu richten gibt? Und kein gegenwärtiges, für dessen Bekämpfung bei den Vorkämpferinnen Rat geholt werden müsste? Weil das gebrannte Kind, welches das Feuer scheuen soll, ohne alle weiteren Lektionen groß werden kann in einer Welt, die ihre Bewohnerinnen nicht mit Verbrennungen bedroht? Liegt die Utopie der Geschichte nicht auch darin, alle Zeitverträge zu lösen? Kurz, erinnern wir das Unerinnerte vielleicht nicht auch, um endlich – alles – zu vergessen?

5 Nikolaj Fedorov: Die Frage der Bruderschaft oder der Verwandtschaft, der Ursachen des unbrüderlichen und unverwandtschaftlichen, d.h. des unfriedlichen Weltzustandes und der Mittel zur Wiederherstellung der Verwandtschaft. Memorandum der Nichtgelehrten an die Gelehrten, die geistlichen und weltlichen, an die Gläubigen und Nichtgläubigen, in: Boris Groys, Michael Hagemeister (Hg.): Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Frankfurt 2005, S. 70-126.

V.

Dokumentation

Programm der Konferenz „history is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft: Gestern, Heute und Morgen“ , 6.-8. Dezember 2013, Berlin

Ein Symposium der HUG. Unterstützt von und in Kooperation mit ver.di, der RLS, dem AStA FU, der ITH.

Freitag, 06. Dezember

19.30, Laika – Kultur-Kiez-Kneipe (Emser Straße 131, S+U Neukölln)

das tippel orchestra:
>>Das Einfache, das schwer zu machen ist.<< Eine Text- und Soundcollage zu Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Scheiterns zum Kommunismus

Samstag, 07. Dezember

ab 9.30 Eröffnung und Begrüßung, im ver.di-Bundesgebäude (Paula-Thiede-Ufer 10, S Ostbahnhof)
AutorInnenkollektiv Loukanikos
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Humboldt-Universitäts-Gesellschaft – Maria Conze: Grußwort
ver.di – Wolfgang Uellenberg: “Gewerkschaften – Bilder ihrer Geschichte”

10.15 – Eröffnungsvortrag

David Mayer (Wien): Gute Gründe und doppelte Böden. Zur Geschichte ‚linker‘ Geschichtsschreibung
Das Verhältnis zwischen sozialemanzipatorischen Bewegungen und Geschichtsschreibung lässt sich für die aktuelle Gegenwart nur dann neu erschließen, wenn man die dieses Verhältnis selbst historisiert. Wie immer man ‚links‘ definiert und wie weit man auch zurückblickt, es drängt sich der Eindruck auf, dass Geschichtsschreibung und politische Interventionen zum Geschichtsverständnis immer eine wichtige, wenn nicht entscheidende Rolle für das Selbstverständnis und die Praxis der ‚Linken‘ spielte. Die ‚Linke‘, so die These, braucht mehr als andere sozio-ideologische Strömungen Geschichte. Man kann in dieser Hinsicht von einem ‚historizistischen Prisma‘ sprechen.
Dieses war in seiner Entwicklung nicht statisch, sondern produzierte je nach Zeit und Ort unterschiedliche Farbspektren. Darüber hinaus blieb es stets von den vielfältigen Brechungen zwischen einer Geschichtsschreibung im Dienste von (Selbst-)Kritik und Wissenschaft auf der einen und Geschichtsschreibung als Geschichtspolitik auf der anderen Seite bestimmt. Anhand ausgewählter Erfahrungen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aus West, Ost, Nord und Süd werden in diesem Beitrag wichtige Charakteristika und Formen ‚linker‘ Geschichtsschreibung in ihrer Entwicklung zur Diskussion gestellt.
Dabei wird auch das schwierige Verhältnis zwischen dem Komplex von marxistisch inspirierten Geschichtsdeutungen und Arbeiterbewegungen einerseits und anderen theoretischen und politischen Auffassungen von ‚links‘ andererseits zur Sprache kommen. Im Blick bleiben soll dabei die häufige (und bisweilen toxische) Mischung aus emanzipatorisch fundierter Legitimität und machtnaher Legitimation: Neben den guten Gründen gab und gibt es in ‚linker Geschichtsschreibung‘ immer auch die doppelten Böden.

11.30 – Panel 1 Linke Geschichtsschreibung in der ‘Postmoderne’: Das Ende der großen Erzählungen?

Moderation: AK Loukanikos.

Cornelia Siebeck (Berlin): Kein ›Ende der großen Erzählungen‹ in Sicht. Nachdenken über Möglichkeiten emanzipatorischer Gedächtnispolitik
Vor bald 35 Jahren setzte der französische Philosoph Jean François Lyotard das viel zitierte Wort vom ›Ende der großen Erzählungen‹ in die Welt: Anstelle historischer Erzählungen, die von einer ›Verwirklichung der Universalität‹ handelten, sollte ein narrativer ›Krieg dem Ganzen‹ treten. Cornelia Siebeck fragt nach den Implikationen dieses Postulats für eine emanzipatorische Gedächtnispolitik, die einer hegemonialen Erzählung von historischer Alternativlosigkeit entgegenwirken will, ohne dabei zu ebenso apodiktischen Gegenerzählungen zu greifen oder in eine Vielzahl miteinander inkompatibler Identitätspolitiken zu zerfallen.

Florian Grams (Hannover): Die Geschichte historischer Befreiungsbewegungen – Lehrstoff aber keine Legenden. Ein Beitrag zu einer Geschichtswissenschaft des Gesamtzusammenhangs
Die großen Erzählungen vom zwangsläufigen Fortschritt der Menschheit und vom beschwerlichen aber unaufhaltsamen Aufstieg zu einer vernünftigen Ordnung des menschlichen Zusammenlebens sind in Misskredit geraten. Das hat Auswirkungen auf die Geschichtswissenschaft aber auch auf die Kampfbedingungen emanzipatorischer Bewegungen. Eine Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Perspektive wird darauf reagieren müssen, indem sie darum ringt, historische Prozesse in ihrer Widersprüchlichkeit zu erklären. Sie wird historische Erfahrungen für gegenwärtige Kämpfe nutz-

bar zu machen haben, ohne das Handeln der historischen Akteur_innen zu glorifizieren.
In diesem Beitrag soll die Geschichte der Arbeiterbewegung nach Ansatzpunkten für eine solche wissenschaftliche Praxis befragt werden. Gesucht wird nach Analyseinstrumenten, die den Anforderungen an Wissenschaftlichkeit genügen und zugleich den Weg zu eingreifender Praxis eröffnen.
Im Anschluss an die Beiträge ist Zeit zur Diskussion.

– – MITTAGSPAUSE – –

14.00 – Panel 2

Zwischen Akademie und Bewegung: Kritische Wissenschaft und ihr Verhältnis zu sozialen Kämpfen und Herrschaftsprojekten
Moderation: Ralf Hoffrogge (Berlin)

Dominik Nagl (Mannheim): E. P. Thompson, die Neue Linke und die Krise im britischen Marxismus der 1970er Jahre
In dem einflussreichen Werk des britischen Sozialhistorikers Edward Palmer Thompson verbanden sich eine innovative methodische Neuausrichtung der Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung, das Projekt einer Erneuerung marxistischer Theoriebildung und politische Interventionen in die Debatten der britischen Nachkriegslinken. Insbesondere Thompsons 1963 erschienenes Werk „The Making of the English Working Class“ eröffnete einen neuen Blick auf die Entstehungsphase der englischen Arbeiterklasse und übt bis heute eine große Wirkung auf die politischen und wissenschaftlichen Diskussionen über die Erweiterung des traditionellen marxistischen Klassenbegriffs. Dennoch war Thompsons Lesart des Marxismus innerhalb der Neuen Linken von Anfang an umstritten.
In Großbritannien stand E. P. Thompson in den 1960er und 1970er Jahren im Zentrum einer kontrovers und polemisch geführten Strategie- und Theoriedebatte mit dem Herausgeber der Zeitschrift “New Left Review” Perry Anderson. Der Vortrag unternimmt den Versuch einer kritischen Würdigung von Thompsons Werk im Lichte der damaligen Auseinandersetzungen und den aktuellen Problemen linker Theoriebildung und Praxis.

Susanne Götze (Paris/Berlin): Der Metaphilosoph Henri Lefebvre – linke Krise & Erneuerung in den 1960er Jahren
Durch die Vergangenheit wieder ins Jetzt steigen und so die Möglichkeiten sichtbar machen, die im Heute liegen: Der „Meta“philosoph Henri Lefebvre versuchte mit seiner „regressiv-progressiven Methode“, geschichtliche Momente und Situationen wieder zum Leben zu erwecken. In seinem Buch „La proclamation de la Commune“ (1965) lässt er in unermüdlicher Detailarbeit die revolutionären Ereignisse um das Jahr 1871 wieder auferstehen.
Die historische Analyse hat für den Soziologen und Philosophen nichts romantisches, sondern immer einen „Sinn“ und „Zweck“ – nämlich, die Erkenntnisse des Forschers über die „Praxis“ ohne Verzierungen weiterzureichen. Dieses Wissen zu vermitteln, war für Lefebvre nur „nützlich“, wenn es seine Rezipienten inspiriert, „geschichtsmachend“ tätig zu werden.

Anton Tantner (Wien): Sollen kritische HistorikerInnen „Europa Bauen“? – Luciano Canfora und Josep Fontana als Vorbilder für eine kritische Geschichtswissenschaft?
Während Luciano Canforas „kurze Geschichte der Demokratie“ auf Grund des kleinen Skandals, den die Nichtpublikation in der Buchreihe „Europa Bauen“ bei C.H. Beck 2005/2006 hervorrief, einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangte, ist Josep Fontanas 1995 in der besagten Reihe erschienenes Buch „Europa im Spiegel“ weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl es durchaus als Musterbeispiel kritischer Geschichtswissenschaft betrachtet werden kann.
Ich möchte in meinem Beitrag zunächst auf das Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten verunsichernde und zersetzende Potenzial kritischer Geschichtswissenschaft eingehen und anschließend die beiden Bücher vorstellen. Sollen sich kritische HistorikerInnen überhaupt an einem Projekt, eine europäische Geschichte zu „bauen“, beteiligen?
Im Anschluss an die Beiträge ist Zeit zur Diskussion.

16.00 – Workshop-Phase

Linke Geschichtspolitik: Kritische Praxen, Interventionen und Irritationen

audioscript (Dresden) & Mahngang Täterspuren (Raum Böll)
Unter Kopfhörern und mit Lautsprechern.
Workshop zu Grenzen und Möglichkeiten der Intervention in Gedenkdiskurse am Beispiel von audioscript und dem Mahngang Täterspuren
Das audioscript zur Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden 1933 bis 1945 ist ein Stadtrundgang und führt an zwölf exemplarische Orte antisemitischer Verfolgung während des Nationalsozialismus in Dresden. Jeder Audiobeitrag thematisiert historische und philosophische Aspekte des Verbrechens. Im Angesicht der absoluten Stille um das Erforschen der Shoah in Dresden kann anhand dieser Herangehensweise das Format – Audiostadtrundgang- zwischen Ignoranz und Instrumentalisierung politisch diskutiert werden.

Der Mahngang Täterspuren entstand aus dem Bündnis Dresden Nazifrei und versucht einen deutlichen Kontrapunkt zu der vorherrschenden Erinnerungskultur am 13. Februar in Dresden zu setzen. Die Idee war es, die Biografien von NS-Täter_innen in den Blickpunkt zu nehmen und damit deutlich zu machen, dass Dresden im Mustergau Sachsen ein wichtiger Ort in der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, der Rüstung und Verbreitung von NS-Ideologie war. Beim ersten Anlauf 2011 wurde „Täterspuren“ noch faktisch verboten, mittlerweile ist der Rundgang etabliert und weist kritisch und medial stark wahrnehmbar auf die durch den Opfermythos ausgeblendete NS-Geschichte von Dresden hin.

Berlin Postkolonial & Rroma-Informations-Centrum (Berlin) (Raum Seghers)
Just 30 Years? Workshop mit Mnyaka Sururu Mboro und Christian Kopp
Berlin Postkolonial ist eine Initiative von Nachfahren Kolonisierter und Kolonisierender, die sich seit 2007 kritisch mit der regionalen Kolonialgeschichte auseinandersetzt. Im Bündnis mit der wachsenden Zahl gleichgesinnter Initiativen thematisieren wir im Rahmen von Ausstellungen wie www.freedom-roads.de, Bündniskampagnen wie www.no-humboldt21.de und www.restitution-namibia.de, bei postkolonialen Stadtrundgängen und auf Bildungsveranstaltungen etc. die allgegenwärtigen Spuren und Kontinuitäten des Kolonialrassismus vor Ort. Erinnerungspolitisch engagieren wir uns für die Anerkennung und Entschädigung der Opfer von Kolonialismus und Rassismus. Wir erzählen vom (anhaltenden) Widerstand gegen Ausbeutung und Diskriminierung – hier und am anderen Ende der Welt.
Im Workshop wollen wir von unserer Arbeit berichten und mit Euch und dem Rroma Informations Centrum Erfahrungen austauschen. Besonders interessant fänden wir eine Diskussion über Chancen und Formen einer transkulturellen, diskriminierungsfreien Geschichtsschreibung und -politik, über Kooperationsmöglichkeiten für erinnerungspolitische Initiativen von diskriminierten Minderheiten & Privilegierten sowie über Strategien zur Bewahrung erinnerungskultureller Autonomie in Fällen von staatlicher Vereinnahmung und Intervention.

Bündnis „Rosa & Karl“ (Berlin) & TOP B3RLIN (Raum Tucholsky)
Fragend blicken wir zurück. (Bündnis “Rosa&Karl”)
Das Rosa und Karl Bündnis hat sich im letzten Jahr als Alternative zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration gegründet. Grund dafür war neben der Kritik an der Verherrlichung des Realsozialismus in Teilen der Demonstration und den immer wieder missglückten Versuchen einer Intervention innerhalb derselben, auch eine grundlegende Kritik an der Form des Gedenkens der LL-Demo, bei dem ein linker Gegenmythos geschaffen wird um sich mit der Vergangenheit zu identifizieren und somit sich selbst zu legitimieren.
Wir wollten gedenken ohne dabei kritiklos zu werden. Doch genau diese grundlegendere Kritik konnten wir im letzten Jahr kaum vermitteln. Der Workshop versucht einerseits unsere Kritik auszuformulieren und andererseits zu beleuchten, wo das Bündnis sein Ziel nicht erreichte und warum.
„Der Kapitalismus muss immer Hiebe kriegen!“ (Thälmann) (TOP B3RLIN)
Wer sich heute Kommunist nennt, ist mit Anfeindungen vom Standpunkt der herrschenden großen Erzählung der Totalitarismustheorie konfrontiert. Am Beispiel einer kleinen Diskussion zum Abriss des ThälmanndenkmalsThälmanndenkmals wollen wir zeigen, wie man angesichts dessen zu einer offensiven Gesellschaftskritik gelangen kann, ohne dabei in die nostalgische Rechtfertigungsfalle zu tappen oder sich auf die sich 3fach verleugnende Position einer unbefleckten reinen Kritik zurückziehen zu müssen.

Faites votre jeu! (Frankfurt/Main) (Raum Woolf)
Linke Geschichtspolitik am bespielbaren/konkreten Ort jenseits staatstragender Erinnerung
Faites votre jeu! ist eine selbstverwaltete Initiative aus Frankfurt, die ursprünglich ein ehemaliges Jugendzentrum besetzt hatte. Dann drohte die Stadt mit Räumung, bot aber aufgrund des politischen Drucks und nach Verhandlungen das ehemalige Polizeigefängnis “Klapperfeld” in der Frankfurter Innenstadt als Ersatzobjekt an. Was für eine Alternative: Das Gebäude war von 1886 bis 2003 durchgehend genutzt worden, es war u.a. Gestapogefängnis, Gewahrsam und Abschiebegefängnis. In langen Diskussionen wurde klar, dass ein Umzug nur in Frage kommt, wenn eine Auseinandersetzung mit dem Ort und seiner Geschichte stattfindet. Ein Weg für den wir uns schließlich entschieden.
Nach unseren Recherchen in verschiedenen Archiven und Interviews mit Zeitzeugen, die während des NS dort inhaftiert waren, wurde eine Dauerausstellung zur Geschichte des Klapperfelds eröffnet, die danach noch überarbeitet und erweitert wurde. Diese Auseinandersetzung kann nicht abgeschlossen sein, sondern geht weiter, sei es durch Veranstaltungen und Gastausstellungen, weitere Forschungen oder die Übersetzung der Inschriften im Abschiebetrakt.
Ein selbstverwaltetes Zentrum im ehemaligen Gestapo-Knast? Was heißt Geschichtsarbeit an einem solchen Ort und wie macht man das ohne Gedenkstätte oder Museum sein zu wollen? Wie geht man mit den verschiedenen Phasen der Nutzung um? Welche Darstellungsformen finden wir dabei richtig? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für ein selbstverwaltetes Zentrum? In dem Workshop möchten wir euch Faites

votre jeu! und unsere Arbeit im Klapperfeld vorstellen und diese und andere Fragen mit euch diskutieren.

Michael Willenbücher/Massimo Perinelli (Ex-Kanak Attak, Berlin) & Katharina Morawek/Lisa Bolyos („Smrt Postnazismus!", Wien)
(Großer Saal / Picasso, Kahlo, Klee)
kanak history experience: Generation Rostock fordert das Ende des Antirassismus
Nach den traumatischen Erfahrungen in Folge der deutschen Vereinigung trat das Netzwerk Kanak Attak um die Jahrtausendwende an, die rassistischen Verhältnisse jenseits von antirassistischer Betroffenheitspolitik und autoritärer Skandalisierung zu thematisieren. Ausgehend von der Geschichte der Kämpfe der Migration, die 2001 an der Volksbühne als Show auf die Bühne gebracht wurde, wollte man an kämpferische Praktiken anschließen, die ein besseres Leben für alle bedeuten können. Statt eine Hierarchisierung der Opfer oder eine Trennung entlang identitärer Linien ging es um eine allgemeine Pespektive der gesellschaftlichen Veränderung, die in den Kämpfen der Kanaken seit jeher angelegt war.
Im Workshop wollen wir versuchen, ein Reihe von Entwicklungslinien und Schwierigkeiten nachzuzeichnen, die sich daraus ergaben und die eine Gegenerzählung zu hegemonialen Perspektiven ermöglichen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Tendenzen im Antirassismus versuchen wir zu begreifen, warum dieser Ansatz vorerst gescheitert zu sein scheint.
Smrt Postnazismus! Strategien gegen Kontinuitäten aus dem Nazismus.
In unserem Beitrag stellen wir einige Strategien (zwischen Kunst, Aktivismus und historiographischer Forschung) zur Debatte, die den postnazistischen Konsens herausfordern, seine Strukturen sichtbar machen und diese angreifen. In der Erforschung von und der Auseinandersetzung mit Kontinuitäten halten wir es für notwendig, Transnationalität in (geschichts) wissenschaftliche Forschung und geschichtspolitische Praxis einzubringen, gleichzeitig ist es unerlässlich, in der Analyse von Kontinuitäten rassistischer Biopolitik (bspw. gegenüber Roma/Sinti), einem anhaltenden „Othering" in Psychiatrie und Medizin oder der Beharrlichkeit antisemitischer Phantasien jeweils genau zu bleiben.
Genauso halten wir es aber für notwendig, einen universalistischen Blick auf aktuelle gesellschaftliche Ausschlussmechanismen zu behalten und (aktivistische, institutionelle) Möglichkeiten dafür zu schaffen, ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen solidarisch gegen diese Ausschlüsse zu kämpfen. Der Beitrag beruht auf der von uns herausgegebenen Publikation "Diktatorpuppe zerstört, Schaden Gering. Kunst und Geschichtspolitik im Postnazismus" (Mandelbaum, Wien 2012).

18.00 – Abschlussdiskussion

Eine andere Gegenerzählung? Konturen einer gemeinsamen kritischen Verortung in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Moderation: David Mayer (Wien)
Bini Adamczak (Berlin), Ralf Hoffrogge (Berlin) & Renate Hürtgen (Berlin)
Die Abschlussdiskussion wirft die Frage nach möglichen gemeinsamen Fluchtlinien kritischer Geschichtspolitik auf, welche die interne Heterogenität sozialer Bewegungen anerkennt und zugleich eine gemeinsame Orientierung auf die Zukunft denkbar werden lässt. Wie kann ein Bezug auf die Vergangenheit aussehen, der emanzipatorische Zukunftsvisionen befördert, ohne die Vergangenheit für die Gegenwart zu instrumentalisieren?

Sonntag, 08. Dezember

11.00 Kritischer Museumsbesuch: „Wo geht's denn hier zur Kolonialgeschichte?"
Mit der Initiative "Kolonialismus im Kasten?": „Wo geht's denn hier zur Kolonialgeschichte? Auf der Suche im Deutschen Historischen Museum Berlin."
Im Deutschen Historischen Museum (DHM), Unter den Linden 2, S Friedrichstraße. Der Eintritt (8/ermäßigt 4 Euro) muss selbst getragen werden.
Im Anschluss Diskussion:
Museen hacken – was bringen kritische Interventionen?
Das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin versteht sich als modernes „nationales Geschichtsmuseum". Den als primäre Zielgruppe ins Auge gefassten deutschen Besucherinnen und Besuchern, darunter viele Schulklassen, wird eine Geschichte präsentiert, die sie als eigene verstehen sollen, als Geschichte, die sie mit manchen Menschen verbindet und von anderen trennt. An der 2006 eröffneten ständigen Ausstellung ist das Selbstverständnis des Hauses deutlich abzulesen. Von der Varusschlacht bis zur Wiedervereinigung bietet sie trotz der Fülle an Objekten eine letztlich auf einen Punkt, nämlich auf die Idee nationaler Einheit, hinauslaufende Erzählung. Der Parcours durch zwei Jahrtausende endet mit einem klaren Statement: „Wir sind ein Volk!"
Die Geschichte des deutschen Kolonialismus bleibt in dieser nationalen Meistererzählung nahezu unsichtbar. Eine einzige versteckte Vitrine im Obergeschoss soll den Besucherinnen und Besuchern ein Bild von der kolonialen Vergangenheit vermitteln. Kolonialgeschichte wird jedoch nicht nur marginalisiert, sondern vor allem aus ihren Verbindungen zur politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Geschichte des Deutschen Kaiserreichs herausgerissen und in zusammenhanglosen Artefakten

präsentiert, die zudem die Täterperspektive widerspiegeln. Damit reflektiert das Museum in exemplarischer Weise den allgemeinen öffentlichen Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit.
Der von der Initiative „Kolonialismus im Kasten?“ unabhängig vom DHM konzipierte Ausstellungsrundgang setzt sich kritisch mit dieser Art von Darstellung „nationaler“ Geschichte auseinander. Er beleuchtet die zahlreichen Verbindungen zwischen Kolonialismus einerseits und Populärkultur, Innenpolitik oder Wissenschaften andererseits und bietet so eine Alternative zur Erzählung des DHM an.

Die Tagung wird organisiert vom AutorInnenkollektiv Loukanikos (Berlin).
Kontakt: http://historyisunwritten.wordpress.com/

Autor*innenverzeichnis

Bini Adamczak, 1979, lebt in Kreuzberg und arbeitet – unter anderem als Autorin (*Kommunismus für Kinder,* Münster 2014; *Gestern Morgen,* Münster 2007), Performerin (*Little red, *Amsterdam 2006, *Timerepublic*, Brüssel 2007) oder bildende Künstlerin (*Perverser Universalismus*, Wien 2006, *Mirrors & Masks*, Oslo 2012), Doktorandin (*Das Geschlecht der Revolution, *Frankfurt, passim) – am liebsten nicht alleine, sondern in besseren Beziehungen.

Friedemann Affolderbach promoviert z.Z. an der Uni Frankfurt/Main mit einem Thema, das sich mit dem Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie in der politischen Bildungsarbeit befasst. Seine weiteren Interessengebiete sind Politische Bildung, Rassismus, Erinnerung und Erinnerungsarbeit.

Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) ist eine antifaschistische Gruppe aus Berlin-Moabit, die seit 1990 besteht. Sie hat, neben aktueller Anti-Naziarbeit, einen gedenkpolitischen Schwerpunkt. Zentrale Projekte sind dabei die Mitarbeit beim Fest zum Tag des Sieges am 9. Mai in Berlin und die Gedenkveranstaltung in Moabit am 9. November zum Jahrestag der Pogrome 1938. Geschrieben wurde der Beitrag von Mathis. Kontakt: a_i_m@gmx.de

Die Projektgruppe *audioscript* ist ein politischer und interdisziplinärer Zusammenschluss von sieben Absolvent_innen der Fachrichtungen Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Kunst und Landschaftsplanung. Allen gemeinsam ist die jahrelange politische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Rezeption des Nationalsozialismus und der Shoah sowie mit Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus, insbesondere im lokalen Erinnerungsdiskurs rund um den 13. Februar in Dresden.

AutorInnenkollektiv Loukanikos
Das *AutorInnenkollektiv Loukanikos* wurde im Jahr 2010 gegründet und ist seitdem im Bereich kritischer linker Geschichtspolitik und -wissenschaft aktiv. Es besteht aus Jana König, Till Sträter, Henning Fischer, Uwe Fuhrmann und Elisabeth Steffen. Zusammengebracht hat sie das Interesse, gegenüber wissenschaftlicher Vereinzelung und Konkurrenzlogik eine kollektive und solidarische Arbeitsweise zu entwickeln. Seither denken, diskutieren, organisieren und schreiben sie oft gemeinsam.

Im Jahr 2012 erschien der gemeinsam herausgegebene Sammelband „Zwischen Ignoranz und Inszenierung. Die Bedeutung von Mythos und Geschichte für die Gegenwart der Nation" (Verlag Westfälisches Dampfboot), im Jahr darauf organisierte das Kollektiv die Konferenz „History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft" in Berlin. Mittlerweile ist das AK Loukanikos auch hin und wieder in der Bildungsarbeit tätig. Es ist nicht vollständig ohne das kritische Milieu, in dem es sich bewegt und ebensowenig ohne die vielen GeisterfahrerInnen auf der Straße der Staatsraison, mit denen es in Kontakt steht.

Lisa Bolyos und *Katharina Morawek* forschen und arbeiten gemeinsam und mit anderen an den Schnittstellen von Geschichtspolitik, Antirassismus und kultureller Politik in Wien, Zürich und im Burgenland. In künstlerischen Projekten, Filmen, Kampagnen, grafischer Gestaltung, Fotografie, politischer Organisierung und als Autorinnen setzen sie sich mit geschichtspolitischen Fragestellungen auseinander. 2009 haben sie in Wien die Plattform Geschichtspolitik mitbegründet, die sich mit der Teilhabe der Akademie der bildenden Künste Wien an Kolonialismus, Austrofaschismus und Nazismus bzw. mit deren öffentlicher Verhandlung auseinandersetzt. Lisa Bolyos ist Redakteurin beim Wiener Boulevardblatt Augustin, Katharina Morawek ist Leiterin der Shedhalle in Zürich.

Ingeborg Boxhammer, M. A., freiberufliche IT-Trainerin, Germanistin und FrauenLesben(film)geschichtsforscherin, Schwerpunkte u.a.: Regionalgeschichte, FrauenLesben-Biografien. Aktuell: Lesbian-like Frauenpaare jüdischer Herkunft (1900-1945).

Das *„Rosa&Karl"-Bündnis* ist ein Bündnis aus verschiedenen Jugendverbänden, -organisationen und Einzelpersonen, die ab Herbst 2012 versucht haben auf verschiedenen Wegen, u.a. mit einer eigenständigen Demonstration in die bisherige Praxis des Gedenkens an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu intervenieren und dieses Gedenken mit gegenwärtigen Kämpfen zu verbinden.

Florian Grams wurde 1974 in Hildesheim geboren. Nach einem Lehramtsstudium der Germanistik und der Geschichte in Hannover lebt er heute als Historiker in Hannover. Zurzeit entsteht seine Dissertation über den Schulpolitiker und Pädagogen Edwin Hoernle an der Leibniz-Universität Hannover. Den Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit bilden die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Pädagogik. Daneben verfolgt er aber auch die Entwicklung eugenischer Diskurse und die entsprechenden Gegenbewegungen.

Susanne Götze hat ihre deutsch-französische Promotion mit dem Thema „Neue französische Linke von 1958-1968" im Oktober 2014 verteidigt und ist seit 2014 auch wieder als Journalistin in Berlin tätig. Zuvor hat sie fünf Jahre in Brüssel, Paris und Lille als Dozentin und freie Journalistin gearbeitet. Seit 2002 schreibt Susanne Götze für verschiedene Tageszeitungen und Online-Magazine in den Bereichen Soziale Bewegungen, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Saskia Helbling (Faites votre jeu!, Frankfurt am Main), MSc Computational Neuroscience, lebt in Frankfurt am Main und promoviert zu 'Advances in Magnetoencephalography methods and their application to studies on auditory perception'.

Uwe Hirschfeld arbeitet an der Evangelischen Hochschule Dresden mit den Schwerpunkten Politische Theorie und Bildung im Bereich Sozialer Arbeit. Zu seinen Interessengebieten gehören die Hegemonietheorie, Erinnerungsarbeit und Hochschuldidaktik.

Ralf Hoffrogge, Jg. 1980, studierte bis 2008 Geschichte an der FU Berlin, promovierte 2013 an der Uni Potsdam und ist Autor einer Einführung zur „Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung" für die Reihe theorie.org. Er war aktiv in Kämpfen gegen Studiengebühren und engagiert sich aktuell in Kämpfen für ein „Recht auf Stadt" gegen Mietpreisexplosion, Verdrängung und andere Zumutungen des Privateigentums an Grund und Boden.

Dr. Renate Hürtgen, Jg. 1947, Ostberlin, Studium Kulturwissenschaft und Ästhetik, aktiv in der Opposition; bis 2012 als Zeithistorikerin am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam tätig; zahlreiche Publikationen zu den Themen: Sozialgeschichte der DDR, Gewerkschaften, Frauen, Betriebsalltag, Arbeitergeschichte, Angestellte im Industriebetrieb, DDR-Alltagsgeschichte, Stasi in der Produktion, demokratische Revolution 1989, Alltag in der DDR-Provinz; Mitglied im Arbeitskreis Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West.

Bernd Hüttner
Politikwissenschaftler. Geboren 1966, zwei Kinder, ist seit 30 Jahren in der (radikalen) Linken aktiv. Gab mehrere Bücher zur Bewegungsgeschichte,

zu freien Archiven und alternativen Medien mit heraus und gründete 1999 das Archiv der sozialen Bewegungen Bremen. Seit 2004 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und seit 2012 deren Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik. Schwerpunkte: Neue Linke vor und nach „1968“, neue soziale Bewegungen, Global Labour History, Archive, Kunst. Private Website: www.bernd-huettner.de/.

Claudia Krieg findet, dass Antifaschismus auf die Kritik deutscher Erinnerungspolitiken- und praktiken und damit verbundenen Kollektivbildungen nicht verzichten darf. Die studierte Soziologin veröffentlicht dazu gelegentlich unabhängig und arbeitet in Berlin als Journalistin und Redakteurin. Als solche betreibt sie auch den Blog /preposition.de/.

Christiane Leidinger, freischaffende, promovierte Politikwissenschaftlerin, Forschungsschwerpunkte u.a.: Alte und Neue soziale Bewegungen, Protest im 20./21. Jh., Historische Biographik von FrauenLesben. Aktuell: Einführungsband zu politischen Aktionsformen seit 1968.

Dörte Lerp arbeitet seit 2013 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Institut der Universität Köln. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der transnationalen Tourismusgeschichte, der europäischen Kolonial- und Imperialgeschichte sowie der postkolonialen Erinnerungskultur. Zusammen mit Susann Lewerenz, Manuela Bauche, Marie Muschalek und Kristin Weber gehört sie zur Gruppe „Kolonialismus im Kasten?“, die den gleichnamigen unabhängigen Audioguide zur Darstellung von Kolonialgeschichte im Deutschen Historischen Museum Berlin entwickelt und produziert hat.

Susann Lewerenz ist Historikerin, Ausstellungsmacherin und Mitglied der Initiative „Kolonialismus im Kasten?“. Sie arbeitet zu post/kolonialer deutscher Geschichte, Migration und Rassismus in der visuellen Kultur.

Max Lill, Jg. 1981, ist Politikwissenschaftler und Geograph. Er lebt in Berlin und forscht in der Arbeits- und Geschlechtersoziologie. Daneben schreibt er Texte über Popkultur, Arbeiterbewegung und Alltagsbewusstsein und ist in der politischen Bildungsarbeit tätig. Ende 2013 veröffentlichte er das Buch „‘The whole wide world is watchin‘ – Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren. Bob Dylan und The Grateful Dead“ (Archiv der Jugendkulturen). Er befasst sich darin auch ausführlicher mit Fragen linker Geschichtspolitik und Gegenkultur.

David Mayer ist Historiker und Redakteur der International Review of Social History (Amsterdam). 2011 promovierte er an der Universität Wien mit einer Arbeit über marxistisch inspirierte Geschichtsdebatten in Lateinamerika in den langen 1960er Jahren. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte sozialer Bewegungen, Geschichte des Marxismus und der Links-Intellektuellen, Historiographiegeschichte sowie Geschichtspolitik.

Dominik Nagl ist Historiker an der Universität Mannheim und arbeitet derzeit an einer Studie zum Thema „Die Welt des Nationalsozialismus – Das globale Imaginäre im Dritten Reich“. Zu seinen Interessen- und Forschungsgebieten gehören die Kultur-, Ideen- und Globalgeschichte, die Geschichte der sozialen Bewegungen sowie Geschichte und aktuelle Perspektiven von Sozialphilosophie und kritischer Gesellschaftstheorie.

Gottfried Oy, Dr. phil., Sozialwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte sozialer Bewegungen rund um „68“, zuletzt (mit Christoph Schneider): Die Schärfe der Konkretion. Reinhard Strecker, 1968 und der Nationalsozialismus in der bundesdeutschen Historiografie. Münster 2014 (zweite Auflage). Mitglied im GK Geschichte der Rosa Luxemburg Stiftung, Redakteur von Sozial.Geschichte online.

Katharina Rhein (Faites votre jeu!, Frankfurt am Main), geb. 1982, Dipl. Pädagogik und Soziologie M.A., ist unter anderem aktiv bei der Initiative *Faites votre jeu!*, arbeitet in der Forschungsstelle NS-Pädagogik in Frankfurt/M. und promoviert zum Thema: Bildungsprozesse im Postnationalsozialismus – Nationale Selbstbilder und Nationalismus als Herausforderung für die Bildungsarbeit.

Chris Rotmund (Uckermarck-Initiative, Berlin) ist seit 1997 Mitglied der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V. und in der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. (LGRF).

Christoph Schneider, freier Autor und Kulturwissenschaftler, zahlreiche Veröffentlichungen zur Rezeption der NS-Vernichtungspolitik in Filmen, in Nachkriegsprozessen, in Geschichtswissenschaft und Populärkultur. Im Jahr 2011 erschien „Das Subjekt der Euthanasie. Transformationen einer tödlichen Praxis“.

Cornelia Siebeck forscht, schreibt und lehrt zu gedächtniskulturellen und gedächtnispolitischen Fragestellungen. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf Vergangenheitsrepräsentationen im öffentlichen Raum. Zahlreiche aka-

demische und nicht-akademische Veröffentlichungen, zuletzt: „... und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“ Zur Neukonstitution des gedächtnispolitischen Diskurses in der Bundesrepublik seit 1990, in: Gedenkstätten und Geschichtspolitik. Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Bd. 16, 2014; „The universal is an empty place.“ Nachdenken über die (Un-)Möglichkeit demokratischer KZ-Gedenkstätten, in: Imke Hansen, Enrico Heitzer, Katarzyna Nowak (Hg.): Ereignis & Gedächtnis. Neue Perspektiven auf die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Berlin 2014.

Anton Tantner ist Historiker und Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Wien. Veröffentlichungen u.a.: Vor Google. Eine Mediengeschichte der Suchmaschine im analogen Zeitalter (Hg. gemeinsam mit Thomas Brandstetter und Thomas Hübel, transcript 2012); Zu den historischen Wurzeln der Kontrollgesellschaft (Gemeinsam mit Jana Herwig, Picus 2014); Die ersten Suchmaschinen. Adressbüros, Fragämter, Intelligenz-Comptoirs (Wagenbach 2015). Homepage mit Galerie der Hausnummern: http://tantner.net/.

Das *tippel orchestra* besteht aus Paula Knieper und Tanja Röckemann. Beide leben in Berlin und stehen nicht hauptsächlich auf der Bühne: Paula ist Cafékollektivistin und arbeitet in der politischen Bildung, Tanja promoviert in Literaturwissenschaft. Außerdem sind beide politisch aktiv und machen seit langem Musik. Die szenischen Lesungen, die sie als *tippel orchestra* in unregelmäßigen Abständen entwickeln und aufführen, bilden gewissermaßen einen Querschnitt dieser verschiedenen Interessensbereiche. Meist handelt es sich dabei um irgendeine Form der Mischung von Selbstgeschriebenem, literarischen Texten, live vorgetragenen Liedern und abgespielten Tondokumenten. Für Anfragen sind wir unter tippel.orchestra@gmx.net erreichbar.

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen, Historiker und von 1982 bis 2014 Gewerkschaftssekretär, zuletzt Leiter des Bereichs Politik und Planung im ver.di Bundesvorstand. Veröffentlichungen: „Gewerkschaften in Deutschland 1848 bis 1996“ (München 1996); „‘Gegen Faschismus und Krieg‘ Die Auseinandersetzungen sozialdemokratischer Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus“ (Essen 2014) sowie zu aktuellen Fragen gewerkschaftlicher Politik. Vorsitzender des Förderkreises des Archivs der Arbeiterjugendbewegung.